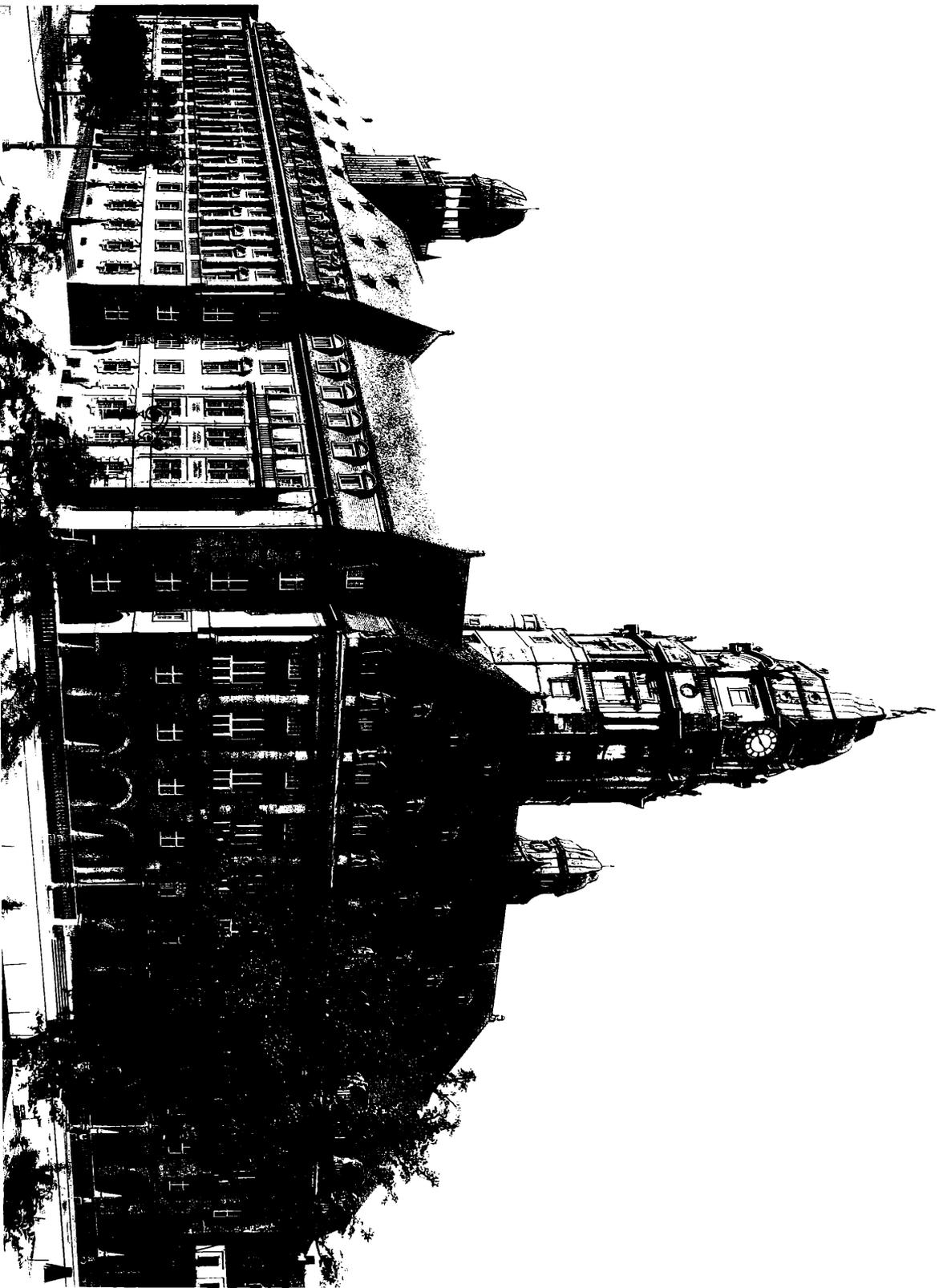


DRESDEN

1903 - 1909





Rathaus (Ost- und Südseite)

Dresdens Entwicklung in den Jahren 1903 bis 1909.



Festschrift

des Rates der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Dresden
zur Einweihung des neuen Rathauses am 1. Oktober 1910.



Mitarbeiter: Franz Dibelius, Felix Draeseke, Cornelius
Gurlitt, Georg Helm, Friedrich Kummer, Franz Niedner,
Ludwig Pohle, Friedrich Schäfer, Wilhelm Stieda,
Heinrich Stürenburg, Eugen Würzburger, Robert Wuttke.
Herausgeber: Otto Richter.

Mit 22 Lichtdruckbildern.



VIII 179



Buchdruckerei der Dr. Günzichen Stiftung.
Dresden 1910.



201



IN DEN JAHREN 1904 BIS 1910, ALS FRIEDRICH AUGUST III.
SACHSENS KRONE TRUG UND OTTO BEUTLER OBERBÜRGER-
MEISTER WAR, HABEN DRESDENS BÜRGER ZU NUTZ UND
EHR DER STADT DIESES HAUS DURCH KARL ROTH UND
EDMUND BRÄTER ERBAUEN LASSEN. GOTT SCHÜTZE ES!

Diese Worte, in goldenen Lettern über dem Aufgange zu den Festfälen des neuen Rathauses angebracht, künden der Nachwelt ein Ereignis, das in der Geschichte der Stadt wie ein Markstein emporragen wird. Nie haben die Bürger der deutschen Städte ihr Rathaus bloß als das behördliche Geschäftshaus betrachtet, es ist von ihnen jederzeit zugleich als das äußere Wahrzeichen der Zusammengehörigkeit, des Gemeinfinns und der Bürgerfreiheit hochgehalten worden. Das unsere erhält diese Bedeutung jetzt in erhöhtem Maße, weil darin neben der Stadtbehörde künftig auch die Bürgervertretung, die seit ihrem Bestehen in gesonderten Räumen tagte, ihres Amtes walten wird. Die Vollendung dieses stattlichen, reich mit Werken der Kunst geschmückten Gebäudes ist gewiß dazu angetan, von der ganzen Stadt festlich begangen zu werden.

Der mächtige Bau ist aber nicht das einzige große Werk, das unsre Zeit als Denkmal ihrer Schaffensfreudigkeit den kommenden Geschlechtern überliefert. Gerade in den letzten Jahren ist in unserer Stadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens noch so vieles andere Bedeutende geleistet worden, daß die Zeit der Erbauung des Rathauses immer als eine der fruchtbarsten in der großstädtischen Entwicklung Dresdens gelten wird.

Was die Stadtgemeinde in den sieben Jahren seit dem Abschluß der Einverleibungen geschaffen hat, würde in früheren Zeiten ebensoviele Jahrzehnte beansprucht haben. Große Errungenschaften sind namentlich auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege zu verzeichnen. Die seit zwei Jahrzehnten vorbereitete Einführung der Schwemmanalysation ist mit der Vollendung der Abwässerreinigungsanlage in Vorstadt Kaditz zum Abschluß gelangt. Das neue dritte Wasserwerk hat die Versorgung der Stadt mit gutem Trinkwasser auf lange Zeit hinaus sichergestellt. Ein allen technischen und gesundheitspolizeilichen Anforderungen entsprechender Schlacht- und Viehhof ist errichtet worden, der an Umfang wie an Zweck-

mäßigkeit der Einrichtungen in der Welt seinesgleichen sucht. In dem Günstz-bade wurde der Stadt eine trefflich eingerichtete große Schwimmbadeanstalt beschert. Mit dem Baue der Feuerbestattungsanstalt wird ein lebhaft empfun-denes neuzeitliches Bedürfnis befriedigt. Weiter ist die ehrwürdige Augustus-brücke dem gesteigerten Schiffsverkehr zuliebe durch einen Neubau ersetzt worden, der sich im Stadtbilde als würdiger Nachfolger des berühmten alten Baudenkmals darstellt. Die Gasanstalt zu Reich wurde durch einen neuen Gasometer von einem Umfange, daß darin die Frauenkirche Platz finden könnte. erweitert. Die Sparkasse, das König-Georg-Gymnasium und mehrere Bezirksschulen haben in neue, mustergültig eingerichtete Ge-bäude einziehen können. Dem evangelischen Gottesdienste sind in der Streh-lener Christuskirche, der Striesener Veröhnungskirche, der Kirche des Ehr-lichischen Gestifts neue weihewolle Stätten erstanden. An allen diesen Bauten ist der bildenden Kunst ein reichlicher Anteil eingeräumt worden, und auch sonst hat die Kunstpflege, besonders mit Hilfe der reichen Mittel der Dr. Günstz'schen Stiftung, in vielen Denkmälern, Zierbrunnen und Werken der Malerei Betätigung gefunden.

Zu gleicher Zeit hat die Stadtverwaltung umfangreiche gesetzgeberische und organisatorische Aufgaben gelöst, wie die neue Stadtverordneten-Wahl-ordnung, eine das gesamte Bauwesen regelnde Bauordnung, eine städtische Arbeiterordnung, die Neuregelung der Beamten- und Lehrergehalte und der städtischen Steuern, die Erwerbung und Übernahme der Straßenbahnen und die des Schillingmuseums auf die Stadtgemeinde, die Einführung des Reformgymnasiums und der Oberrealschule, die Neugestaltung der Fort-bildungsschulen wie der Volksbibliotheken und vieles andere.

Aber auch der Staat hat zur Ausgestaltung und Verschönerung der Hauptstadt nicht wenig beigetragen. Mit der Vollendung des Ständehauses ist dem Schloßplatze seine endgültige Gestalt gegeben worden. Der Rechts-pflege wurde eine neue Heimstätte in dem Landgerichtsgebäude am Münchner Platze geschaffen. Eine Anzahl Institute der Technischen Hochschule, die Königliche Frauenklinik, die Kunstgewerbeschule mit dem Kunstgewerbe-museum und das nach der Vorstadt Strehlen verlegte Friedrichstädter Lehrer-seminar sind mit kostspieligen Neubauten ausgestattet und dadurch in ihrer Entwicklung gefördert worden. Was endlich der Gemeinfinn und der geschäftliche Unternehmungsgeist der Einwohnerschaft zur Fortentwicklung der großstädtischen Einrichtungen beigetragen, ist zu vielgestaltig, als daß es sich in wenige Worte zusammenfassen ließe.

Und während die Mauern des Rathauses langsam emporwuchsen, herrschte in der Stadt ein überaus reges Leben. Die hochbedeutame Städte-ausstellung mit dem ersten Deutschen Städtetage und zahlreichen Fach-kongressen, die Kunstgewerbeausstellung, die eine glänzende Heerschau über

Vorwort.

die Leistungen des neuen deutschen Kunstgewerbes bot, die reich besuchte internationale photographische Ausstellung, mehrere große Kunstausstellungen, Versammlungen wie die der deutschen Naturforscher und Ärzte, der deutschen Ingenieure, der internationale Esperantisten-Kongress und andere führten Tausende und aber Tausende von Fremden in unsere Stadt. Die einheimische Bevölkerung ward durch traurige und freudige Ereignisse im Fürstenhause, wie es der Tod König Georgs und der Königin-Witwe Carola, andererseits die Thronbesteigung König Friedrich Augusts III. war, lebhaft berührt. Starke Bewegung herrschte auf dem politischen Gebiete: Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen vollzogen sich unter heftigen Parteikämpfen. Die Teilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten hatte eine ungemeine Steigerung erfahren.

So rechtfertigt wohl schon diese kurze Übersicht, die nur das Wichtigste aus den Schöpfungen und Ereignissen der Jahre 1903 bis 1909 hervorheben will, die Absicht des Herrn Oberbürgermeisters, dieser reichbewegten Epoche städtischen Lebens aus Anlaß der Rathausweihe eine geschichtliche Darstellung zu widmen, die das Geschehene rückschauend würdigen soll und damit zugleich auf das noch zu Erstrebende manches Licht werfen kann. Auf seine Anregung ist schon bei Gelegenheit der Deutschen Städteausstellung eine Geschichte Dresdens in den Jahren 1871 bis 1902 erschienen, an die sich das vorliegende Werk zeitlich anschließt. Die Gründe aber, aus denen damals die Abfassung des Buches einem einzigen Bearbeiter anvertraut wurde, haben diesmal keine Geltung. Denn der hier behandelte Zeitraum ist so kurz und liegt der Gegenwart so nahe, daß das Bestreben, ihn im geschichtlichen Zusammenhange und in voller Objektivität zu betrachten, vergeblich sein würde. Die Würdigung des Geschehenen wird notwendigerweise subjektiv und als solche nur dann von Wert sein, wenn sie auf jedem einzelnen Gebiete des städtischen Lebens von einem Fachmanne ausgeht, der darauf Anspruch machen kann, mit seinem Urteile in der Öffentlichkeit gehört zu werden. Solche zu Mitarbeitern zu gewinnen, ist das Bestreben des Herausgebers gewesen; von ihnen werden die Nachteile der verschiedenartigen Schreib- und Betrachtungsweise gewiß gern in Kauf genommen werden. Soweit etwa in der Auswahl der behandelten Stoffe Lücken vorhanden zu sein scheinen, möge berücksichtigt werden, daß es nicht darauf ankam, ein vollständiges Bild vom gegenwärtigen Leben der Stadt auf allen seinen Gebieten zu entwerfen; die Aufgabe bestand vielmehr im wesentlichen darin, das zu würdigen, was für die Entwicklung Dresdens als moderner Großstadt in den letzten Jahren von wirklicher Bedeutung gewesen ist.

Die fachmännische Darstellungsweise mancher Abschnitte des Buches fordert aufmerksame Leser; möge es solche in allen Kreisen der Bürgerschaft

Vorwort.

und darüber hinaus zahlreich finden. Wer die geschilderte Zeit mitarbeitend oder beobachtend hier mit durchlebt hat, wird naturgemäß nur wenigem Tatsächlichen begegnen, was ihm nicht in der Hauptsache bekannt wäre; immerhin wird es aber auch für ihn lehrreich sein, die Dinge im Zusammenhange mit der Gesamtentwicklung betrachtet und von einem Standpunkte aus gewürdigt zu sehen, von dem sich ein Blick über die Mauern unserer Stadt hinaus eröffnet. Wenn dabei in seinen Augen die Wertschätzung der Heimat und ihrer Zustände gewinnen sollte, so wäre dies ein schöner Erfolg des Buches. Allen Lesern aber möge es den Eindruck vermitteln, daß unsere Stadt unausgesetzt danach strebt, sich als Wohnplatz immer begehrenswerter zu gestalten, ihren Bürgern die günstigsten Bedingungen zur Betätigung des Arbeitsfleißes zu schaffen und allen Kulturbestrebungen eine würdige Heimstätte zu sein.

Der Herausgeber.



Inhaltsübersicht.

| | Seite |
|---|-------|
| I. Stadtbild und Bauten . | 1 |
| Von Geh. Hofrat Dr. Dr. Ing. h. c. Cornelius Gurlitt, Professor der Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule. | |
| II. Bevölkerungsverhältnisse | 23 |
| Von Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger, Direktor des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamts. | |
| III. Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse | 41 |
| Von Dr. Ludwig Pohle, Professor der Nationalökonomie an der Akademie zu Frankfurt a. M. | |
| IV. Öffentliche Gesundheitspflege | 77 |
| Von Geh. Medizinalrat Dr. Franz Niedner, Stadtbezirksarzt a. D. | |
| V. Die städtischen Finanzen | 98 |
| Von Dr. Robert Wuttke, Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule. | |
| VI. Gewerbe und Industrie | 133 |
| Von Geh. Hofrat Dr. Wilhelm Stieda, Professor der National- ökonomie an der Universität Leipzig. | |
| VII. Handel und Verkehr | 161 |
| Von demselben. | |
| VIII. Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge | 197 |
| Von Professor Dr. Friedrich Schäfer, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Dresden. | |
| IX. Das kirchliche Leben | 236 |
| Von Oberkonsistorialrat DDr. Franz Dibelius, Superintendent und Pastor primarius an der Kreuzkirche. | |
| X. Unterrichts- und Bildungswesen | 243 |
| Von Geh. Hofrat Dr. Georg Helm, Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule, derzeit Rector magnificus. | |
| XI. Bildende Kunst | 263 |
| Von Geh. Hofrat Professor Dr. Gurlitt. | |
| XII. Theater | 270 |
| Von Dr. Friedrich Kummer, Professor der Literaturgeschichte. | |
| XIII. Musik | 282 |
| Von Geh. Hofrat Felix Draeseke, Professor der Musik. | |
| XIV. Leibesübungen, Sport und Volkserholung | 291 |
| Von Geh. Studentat Professor Dr. Heinrich Stürenburg, Gymnasialdirektor a. D. | |



Bilderverzeichnis.

| | |
|--|-----------|
| Rathaus (Ost- und Südseite) | Titelbild |
| Rathaus (Ostseite) | Seite 4 |
| Kunstgewerbeschule mit Kunstgewerbemuseum an der Eliasstraße | 6 |
| Landgericht am Münchner Platz | 8 |
| Ständehaus am Schloßplatz | 22 |
| Drittes Wasserwerk in Hosterwitz | 40 |
| Schlacht- und Viehhof (Lageplan) | 76 |
| Schlacht- und Viehhof (Gesamtansicht) | 76 |
| Feuerbestattungsanstalt in Tolkewitz | 96 |
| Gasometer in Reich | 132 |
| Bismarckdenkmal an der Seestraße | 160 |
| König-Friedrich-August-Brücke | 178 |
| Bismarcksäule auf der Räcknitzer Höhe | 196 |
| Christuskirche in Vorstadt Strehlen | 236 |
| Veröhnungskirche in Vorstadt Striesen | 238 |
| Superintendentur und Sparkasse an der Schulgasse | 242 |
| König-Georg-Gymnasium am Fiedlerplatz | 252 |
| 32. Bezirksschule in Vorstadt Gruna | 262 |
| Tafelauffatz, Rathausgeschenk der Dr. Günzschens Stiftung | 268 |
| Badende Nymphe in der Bürgerwiese | 280 |
| Mozartdenkmal in der Bürgerwiese | 290 |
| Ballwerfer auf dem Günzplatz | 300 |



I.

Stadtbild und Bauten.

Sür den Verwaltungsbeamten ist es nicht immer leicht, in baukünstlerischen Dingen die rechte Stellung einzunehmen, zumal für den in verantwortungsvollem Amte. Die künstlerischen Richtungen und Überzeugungen wechseln rasch, die Theorien — jede mit dem Anspruch, die allein richtige zu sein — jagen sich, die Meinungen sind in ständigem Kampfe: Dieser Kampf nimmt zumeist harte, persönliche Gestalt an. Denn Kunst entsteht aus leidenschaftlichem Wollen besonders veranlagter Menschen; und wer die nach seiner Meinung richtige Kunst schaffen will, der muß dafür sorgen, daß die Aufträge ihm zufallen. Es ist also nicht, wie man so oft meint, Brotneid, wenn Künstler über die Vergabung von Arbeiten an andere klagen, nicht einmal Kunstneid; sondern es wirkt als stärkstes Anregungsmittel die Überzeugung, daß eben durch die andern die Arbeit nicht richtig, nicht aus der tiefsten Tiefe künstlerischer Erkenntnis heraus geschaffen werde.

Wie soll eine Verwaltung sich hierbei verhalten? Ihr Ziel kann gewiß nicht sein, zumal nicht in einer Großstadt, gewisse Stile, selbst nicht die am Orte geschichtlich überlieferten, zu pflegen. Überall, wo man solche Absichten verfolgte, zeigten sich bald schwere Schäden: Das im Stil der Alten Geschaffene schädigt die Wirkung der echten Zeugen der Vergangenheit. Das moderne Leben fordert größere Verhältnisse und mit diesen stärkere Effekte. Die alten Motive wirken an neuen Bauten nicht, wenn sie nicht derber und damit auch verroht zur Verwendung kommen. Und geschieht dies, so wirkt das Alte kleinlich, unfertig. Die Stilfrage ist für Dresden erledigt, von der Tagesordnung des neuen Jahrhunderts abgesetzt.

Die „Dresdner Schule“ der Baukunst, wie sie sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vorzugsweise unter Nicolais Einfluß in Anlehnung an oberitalienische Renaissance entwickelt hatte, war bereits seit den 1880er Jahren in Verfall. Der sie ablösenden Deutschrenaissance und dem aus ihr sich ergebenden Formenüberschwall hatte Nicolai selbst noch entschiedenen Widerstand geleistet: Er sah in ihr einen Feind seiner zarteren, vorsichtigeren Ausdrucksformen, er warnte vor Übertreibungen. Nicht minder sein Geistes-

genosse Weißbach, der ihm an Gestaltungskraft weit überlegen, aber durch die Ungunst der Verhältnisse nie dazu gekommen war, sein Können an einem monumentalen Werk zu betätigen und zur Reife zu bringen. Das ist zu bedauern, da keiner seiner Schüler mit gleichem Erfolge die starken Seiten seines Wesens aufnahm, die namentlich in der Ausbildung der Einzelheiten, in der feinen Hand seiner Detailzeichnung beruhte. Die Deutschrenaissance drang mit den 1880er Jahren siegreich vor, um rasch in eine Übertreibung auszuarten, der die Hinzunahme des Barock noch stärkere Anregungen bot. Schon zu Anfang der neunziger Jahre meldete sich der Widerspruch gegen die Ausschreitungen, nachdem ein Schüler Wallots, Kettig, die Leitung des Stadtbauamtes übernommen hatte. Er wurde aber zu Fall gebracht, als er für die Dreifönigsschule einen Entwurf einbrachte, der in seiner vornehmen Schlichtheit heute noch die größte Anerkennung finden würde. Man nannte das damals in Dresden „Hungerstil“, weil es der Gliederungen und des Ornaments nicht genug am Baue gebe. Daß Einfachheit, Schönheit und Vornehmheit der Formen den Monumentalbau ausmache, nicht Reichtum des Zierrates, wie Oberbürgermeister Stübel damals zur Verteidigung Kettigs ausführte, hatte man in Dresden eben vergessen. Stand doch der Barockstil und das Rokoko den Schaffenden in prunkvollen Beispielen vor Augen, ging doch die Richtung der deutschen Baukunst fast überall dahin, das Reichste aus allen Prachtbauten der Vergangenheit selbst an bürgerlichen Bauten zu verschwenden und zwar — war es anders nicht möglich — mit billigen Baustoffen.

Kettig war zweifellos der erste schaffende Künstler in Dresden, der in der alten Stadt Umschau hielt, wie denn eigentlich Dresdner Barock aussehe: Da mußte man erkennen, daß die Formen des Zwingers erfunden waren für einen bestimmten Zweck, nämlich für einen Festbau, daß aber die alten Meister das Wohnhaus, selbst für vornehmste Bauherren, sehr einfach gestalteten: Ruhige Aufteilung der Flächen, ein Ornament an richtiger Stelle, ein gutes Dach, ein paar bekrönende Formen und ein stattliches Tor — das ist zumeist alles!

Durchschreitet man die neuen Straßen Dresdens, so findet man nur ganz vereinzelt Anklänge an diese heimische Kunst, wohl aber Anklänge an das Bauwesen sehr verschiedener Zeiten und Länder, wie sie sich dem Architekten durch bequemeres Reisen und eine große Zahl von Aufmessungen und Aufnahmen alter Bauten darbieten.

In dem Hinweis auf den heimischen Stil liegt also nicht das Ziel der Einwirkung einer vorsorglichen Verwaltung: Sie vermag nicht nach eigenen künstlerischen Überzeugungen in den Gang der künstlerischen Entwicklung einzugreifen, sondern hat sich darauf zu beschränken, dem besten Manne dazu zu verhelfen, daß er beste Kunst machen kann. Die öffentlichen Mittel

sollen nicht zur Unterstützung der Künstler, sondern der Kunst ausgegeben werden. Und der Kunst hilft es nicht, wenn viel entsteht, sondern wenn das entsteht, in dem die Nation den Ausdruck ihres höchsten Strebens erkennt: also zeitgemäße allerhöchste Kunst, soweit immer diese zu erreichen möglich ist. Das Streben auf das Beste, was überhaupt erreicht werden kann, soll die Verwaltungen beherrschen, ihre Beschlüsse leiten.

Aber wie erkennt man dieses Beste? Die Zeiten sind vorbei, in denen man wie in den Tagen Ludwigs XIV. meinte, der Hof bilde die höchste Gerichtsstätte für den Geschmack. Es hat Fürsten und große Herren gegeben, die durch entschiedenes Eingreifen nach eigenem Kunsturteil Bedeutendes leisteten, ebenso wie es hochgestellte Männer von starkem Willen gab, deren Wirken nur als Hemmnis von Zeitgenossen und Nachlebenden angesehen wird. Nirgend ist dies Eingreifen bedeutungsvoller, als in der Baukunst: Denn Bilder und Statuen kann man entfernen, wenn sie dem Geschmack einer anderen Zeit widersprechen: Bauten zu beseitigen ist viel schwieriger, schon deshalb, weil man sie durch die Beseitigung zerstört.

Als das beliebteste Mittel, in künstlerischen Dingen sich Rat, für einen Bau sich einen einwandfreien Entwurf zu schaffen, gilt der öffentliche Wettbewerb. Ein solcher ist nötig, namentlich um jungen Talenten Gelegenheit zur Betätigung zu bieten. Aber längst hat man in Fachkreisen erkannt, daß die Wettbewerbe zugleich eine nahezu unerträgliche Belastung des Architektenstandes in seiner ohnehin ungünstigen Lage darstellen. Die ausgesetzten Preise entsprechen so wenig der in den zeichnerischen Arbeiten geleisteten geistigen und materiellen Einlage, daß, handelte es sich um Lotterieunternehmen, der auf Recht und Billigkeit haltende Staat längst solche Versuchungen zum Schaden der wirtschaftlich Schwächeren unter Aufsicht gestellt hätte. Dazu kommt die Eigenart der Preisgerichte, die zumeist aus älteren, in ihrer Richtung befestigten und diese gegen jüngere Bestrebungen verteidigenden Künstlern bestehen, die, auch unter sich verschiedener Meinung, einen Ausgleich suchen und nicht die starken, frischen, wenn vielleicht auch noch in einigen Punkten fehlerhaften Arbeiten wählen, jene, die den Weg für eine Zukunft öffnen, sondern sich auf Arbeiten mittleren Wertes einigen.

Der zweite Weg ist der, ein Bauwerk den im öffentlichen Dienst stehenden Architekten zu überweisen, d. h. jenen Männern, die auf der Stufenleiter amtlichen Lebens in die führenden Stellungen sich emporarbeiteten. Und gewiß ist es richtig, daß diesen Gelegenheit geboten wird, ihre Erfahrungen und ihr Können zu betätigen, da ihnen sonst die Freude im Amt genommen, das Amt selbst in seiner Bedeutung herabgedrückt würde. Aber der Baudienst fordert vielfach andere Betätigungen als die eigentlich künstlerischen, so daß an leitende Stellen sehr oft und nicht ohne Berechtigung tüchtige Baubeamte, nicht aber eigentliche Baukünstler treten. Zumeist

gelangen aber solche Beamte erst in späten Jahren in leitende Stellungen. Es ist im Baudienste nicht ganz zu vermeiden, daß sie in Hinsicht auf die künstlerische Zeitentwicklung nicht die Führung nehmen können. Die eigentlich fördernde Kraft fehlt ihnen zumeist.

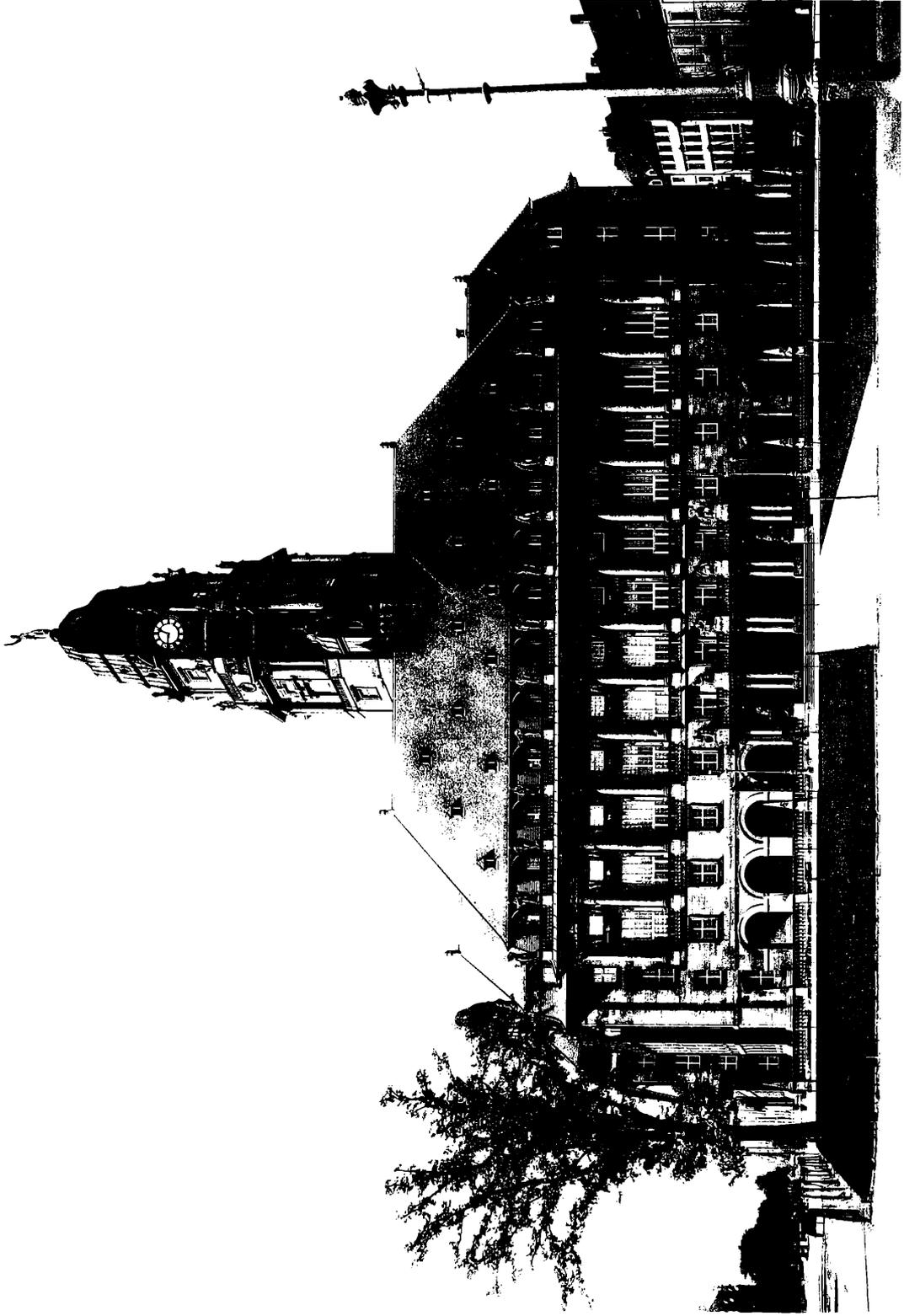
Der dritte Weg — wohl der beste — ist die Vergebung zum mindesten der baukünstlerischen Leitung bei großen Aufgaben an Architekten, die das öffentliche Zutrauen genießen, die vorliegende Aufgabe am besten lösen zu können. Dazu gehört ein klarer Einblick in das geistige Leben der Zeit und ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl, das dazu befähigt, den Vorwurf, andere benachteiligt und übergangen zu haben, auf sich zu nehmen.

Alle drei Wege sind in Dresden in den letzten Jahren von Staat und Stadt begangen worden. Gerade die Hauptbauten sind Zeugnisse hierfür: Aus Wettbewerben gingen hervor das Rathaus, aus Beauftragung eines Baubeamten das Landgericht und eine Reihe städtischer Bauten, aus Beauftragung anerkannter Privatarchitekten das Ständehaus und die Augustusbrücke.

Als die Stadt beschloffen hatte, ein neues Rathaus zu bauen, wählte sie zu ihren fachmännischen Beratern bei dem auszuschreibenden Preisgericht den Architekten Weißbach und fünf weitere Angehörige der alten Dresdner Renaissanceschule, ferner Wallot, Hoffmann (Berlin) und Gabriel Seidl (München). Architekten, die gewöhnt sind, an Wettbewerben sich zu beteiligen und die die Absicht haben, in diesen Erfolge zu erzielen, wissen, was ein solches Preisgericht besagt: Gewiß sind es ausgezeichnete Männer, die man zur Führerschaft berief, gewiß sind diese unanfechtbar in ihrem Streben, das Vorzüglichste zu wählen und auszuzeichnen: Aber die Frage, ob sich für einen Denkmalbau ersten Ranges, wie es das Rathaus einer Großstadt darstellt, möglich sei, in neuen Kunstformen den Ausdruck zu finden, war bei ihnen allen erledigt, ehe sie an die Preisrichterarbeit herantraten: Sie alle waren sich darin einig, daß man auf bereits gebahntem Wege wandeln, daß man keine Experimente machen dürfe.

Damals plante man, für das Rathaus die ganze Ecke an der Maximiliansallee so zu bebauen, daß der südliche Teil der Gewandhausstraße überbrückt werde. Dagegen blieben die alte Superintendentur und einige kleine Häuser an der Kreuzkirche vom Bau unberührt. Noch vor Einlieferung der Wettbewerbspläne erwarb die Stadt diese Grundstücke.

Im März 1901 sprach das Preisgericht drei Plänen erste Preise zu. Entscheidend sind bei solchen Urteilen zumeist die Grundrisse. Außerdem zeigte sich, daß die Preisrichter darin einig waren, den alten Stilen das Vorrecht zu gewähren. Der Wettbewerb war ergebnislos. Namentlich machte sich die Empfindung geltend, daß der Bauplatz nicht den Anforderungen entspreche. Man gab die Überbrückung der Gewandhausstraße auf und begann



Rathaus (Ostseite)

Verhandlungen wegen Austausch und Ankauf der gegen Westen die Entwicklung des Grundrisses hemmenden Bauten. Erst nach dem Ausschreiben eines zweiten Wettbewerbes kamen diese dadurch zum Abschluß, daß die Superintendentur und die Landständische Bank ihren Besitz aufgaben und durch das bisher für den Bau eines Stadtmuseums bestimmte Gelände in dem Block zwischen Schulgasse und Pfarrgasse entschädigt wurden. Zwischen beiden fand sich noch Platz für den Bau der städtischen Sparkasse. Somit konnte östlich vom Rathaus, an der Gewandhausstraße, ein Platz frei, das Preußische Stiftungshaus zunächst unberührt gelassen werden.

Die Stadt schrieb also erneut einen Wettbewerb aus, leider mit so niedrigen Preisen, daß dieser für Künstler ersten Ranges nicht eben viel Verlockendes hatte: höchstens durch die Bestimmung, nach der der Rat versprach, mit dem Preisträger einen Vertrag über die künstlerische Ausführung seines Planes zu schließen. Bei dem im Juli 1903 abgehaltenen zweiten Preisgericht, an dem neben sechs Dresdner Architekten und Baumeistern und den schon genannten Hoffmann, Seidl, Weißbach und Wallot noch Licht (Leipzig) teilnahmen, wurden vier erste Preise verteilt, unter denen die Arbeit von Karl Roth zur Ausführung gewählt wurde. Für dessen Prämierung waren ausschließlich die Gestaltung der Fassaden an der Gewandhausstraße und die des Turmes maßgebend, sowie die einheitliche ruhige Gesamtwirkung und die klaren Verhältnisse in der schönen Architektur. Der Grundriß wurde als minderwertig und die Stellung des mächtigen Turmes inmitten des Baublocks und in großer Nähe der Kreuzkirche als nicht glücklich bezeichnet. So der Wortlaut des Protokolles, der nicht eben ermutigend klang. Die Stadt veranlaßte den Architekten Roth, in einen Vertrag einzutreten, nach dem die Grundrisse in Gemeinschaft mit dem aus seiner Stellung ausscheidenden Stadtbaurat Bräter umzugestalten seien. Beide erhielten gemeinsam den Bauauftrag, der einen Aufwand von etwa 8 Millionen Mark in sich schloß. Roth, der als der Schöpfer des künstlerischen Teiles zu gelten hat, ist im wesentlichen seinen Plänen treu geblieben: Der gewaltige Turm, gegen dessen Lage auch später noch Widerspruch hervortrat, steht, wie im Leipziger Rathaus, inmitten des Baues. Seine Höhe ist bedingt durch den Umstand, daß er sonst für den Nahanblick nicht die Dächer bedeutungsvoll genug überschauen würde. Seine Wirkung im Stadtbilde hat aber den Spruch des Preisgerichts widerlegt: Man wird wohl jetzt allgemein anerkennen, daß seine Entwicklung eine der glücklichsten Lösungen am Rathausbau darstellt und daß durch den Koloss in viele Straßenzüge der Stadt eine wohltuende Geschlossenheit getragen worden ist. Die den Bau bekronende vergoldete Gestalt eines Riesen als Schutzgeist, vom Bildhauer Guhr wirkungsvoll und in klarem Umriß modelliert, ist den Dresdnern schnell ein beliebtes Wahrzeichen der Stadt geworden.

Die den späteren deutschen Renaissanceformen sich nähernde Architektur der Fassaden bestätigt die Ansicht des Preisgerichts hinsichtlich der Vornehmheit und Ruhe. Namentlich gegen den neu entstehenden Ostplatz, dessen Wände zum Teil sehr unruhig ausgebildet sind, hat die Architektur einen großen, der Bedeutung der dorthin verlegten Festräume entsprechenden Zug. Die Architektur wiederholt sich in breiterer Entwicklung längs der Friedrichsallee, dem Umstande gemäß, daß es eben eine Straßenfront ist, die hier zum Ausdruck kam. Reizvoll ist die durch die Unregelmäßigkeit des Baublockes bedingte Front gegen die Kreuzkirche. Im allgemeinen sind die Bauformen über das ganze Gebäude hin gleichmäßig eingehalten — ob nicht zu gleichmäßig, bleibe dahingestellt. Die moderne Architektur sucht nach dem Zweckausdruck in den Frontmassen wie in den einzelnen Teilen, möchte ruhige Wirkung mit lebendiger Formensprache verbinden: Sie findet in Roths Werk nicht überall ihre Rechnung. Der älteren Dresdner Stilentwicklung fernstehend, also in gewissem Sinne ein Fremdling in der Stadt, wird der Bau schwerlich anregende Kraft für die Zukunft gewinnen. Die Wege der Entwicklung gehen unverkennbar nach anderer Richtung.

Das Ergebnis eines gewonnenen Wettbewerbes ist weiter die neue Kunstgewerbeschule mit Museum, deren Planung den siegenden Architekten Lössow und Diehweger zufiel. Das Bauprogramm war insofern schwierig, als eine ganze Reihe verschiedenartiger Räume in Zusammenhang zu bringen waren. Die Kunstgewerbeschule an sich fordert schon für die eigentlichen Schulräume, meist Zeichensäle, Malerateliers und Bildhauerwerkstätten, Rücksichtnahme auf die Anforderungen namentlich an Licht. Dazu kamen die Ateliers der als Lehrer beschäftigten Künstler und allerhand technische Lehrwerkstätten. Ferner forderte die Vorschule, die sehr ansehnliche Bibliothek und vor allem das Museum besonders gestaltete Räume. Endlich kam dazu, daß die beim Abbruch des Brühl'schen Palais erhaltenen Schmuckteile des dortigen Festsaales in einer den Abmessungen dieses hervorragend schönen Rokoko-raumes genau entsprechenden Neuanlage wieder Verwendung finden sollten: So entstand die jetzige Aula der Schule als ein das Bedürfnis weit überragendes Schmuckstück. Allen diesen Bedingungen konnte nur durch Zerlegen des Baues in verschiedene Flügel entsprochen werden. Da nun auch für das Museum eine Anordnung gewählt wurde, die der Individualität der auszustellenden Gegenstände entspricht, so entstand eine reiche Gruppierung um vier verschiedenartig gestaltete Höfe, die nun wieder ihrerseits durch Anlage von Hallen und Gärten zur Aufstellung von Museumsobjekten benutzt wurden. Die architektonischen Formen stehen zwischen jenen der Renaissance und des Barock, ohne strenge Stilrichtigkeit anzustreben. Im Museumsviertel schließen sie sich mehrfach den Anregungen an, die durch die dort verwahrten Kunstschätze gegeben wurden.



Kunstgewerbeschule mit Kunstgewerbemuseum
an der Eliasstrasse

War am Rathaus Roths erster Entwurf das Entscheidende, dem eine gleich glückliche Durchbildung der Einzelheiten nicht folgte, so war bei dem zweiten großen Amtsgebäude, das in Dresden entstand, der Gang umgekehrt, an Waldows Ministerialgebäude. Hier beauftragte der Staat einen in seiner Verwaltung zur höchsten Dienststelle gelangten Architekten mit der Ausführung eines verantwortungsvollen Baues. Waldow bewährte sich als ein Mann, der mit starker aber doch nachgiebiger Hand die Zügel zu führen wußte. Nach der künstlerischen Seite von Professor Tscharmann kräftig beeinflusst, zeigt sich sein Bau als ein Weg, die den wachsenden Verhältnissen des Staatslebens entsprechenden größeren Zeitanforderungen ohne harten Bruch mit der Kunstüberlieferung Dresdens zu befriedigen.

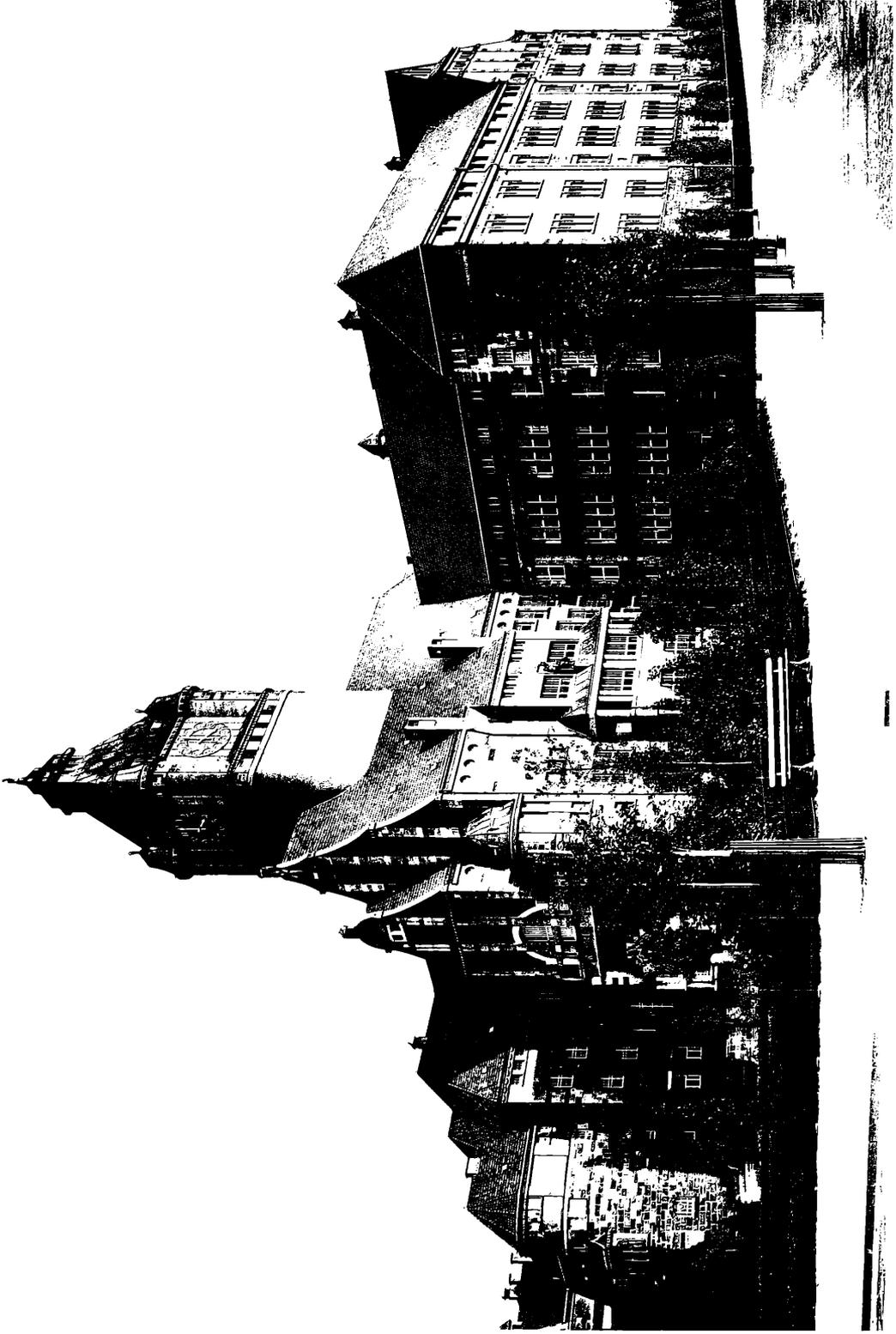
Der Bau, der drei etwa gleichwertige Ministerien in sich vereint, enthält außer den Sitzungssälen und den Arbeitszimmern der Minister und Räte keine großen Räume, keine Festgemächer, wie das sonst in den Verwaltungsgebäuden der Zentralbehörden üblich ist. Durch entschiedene Betonung des Treppenhauses und Ausgestaltung dieses zu einer Art Ehrenhalle wurde dem Bau ein Mittelpunkt geschaffen, der eigentliche Repräsentationsraum des ganzen Gebäudes, der dem Eintretenden den Eindruck der Bedeutung des Hauses übermittelt. Denn die Verwaltungsmaschine arbeitet heutzutage nicht mehr in weiten Hallen und Thronsälen, sondern in Zimmern für Einzelbeamte, die nach außen auch ihrem Werte nach zu charakterisieren, für den Architekten meist eine noch ungelöste Aufgabe ist. Denn wenn auch in den Risaliten die Zimmer der Minister und Räte und die Sitzungssäle herausgehoben sind, erscheint es doch hier wie an fast allen verwandten Bauten als der Bedeutung der Architektur nicht angemessen, daß hinter 3 Meter hohen Palastfenstern, in 5 Meter hohen Geschossen in der schönsten Lage der Hauptstadt je zwei Schreiberlein ihres Amtes walten.

Nicht minder ging das Gerichtsgebäude am Münchner Platz aus Beauftragung von Baubeamten hervor. Die Oberleitung führte Landbaumeister Gläser, die künstlerische Durchbildung erfolgte durch Landbauinspektor Kramer. Eine Reihe von sehr verschiedenartigen Bedürfnissen war zu befriedigen. Außer dem Landgerichte wurde auf dem stattlichen Bauplatze ein mächtiges Gefängnis in zentraler französischer Anlage geschaffen, in dessen Ecke die Wirtschafts- und Verwaltungsgebäude liegen, während am Münchner Platz das Gericht selbst seine Aufstellung erhielt. In diesem nimmt der Schwurgerichtssaal eine hervorragende Stellung ein, an den sich die Beratungssäle und die Arbeitszimmer der Richter anschließen. Das Streben beim Entwerfen war, möglichst klar den Zweck der einzelnen Bauteile zum Ausdruck zu bringen, die Schaufseiten so zu gestalten, wie die Grundrißentwicklung und die verschiedenen Raumwerte es forderten. Also hier die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, ein ver-

schiedenartigen Zwecken dienendes Gebäude auch im Maßstab verschiedenartig zu behandeln. Dazu die nicht minder deutliche Absicht, die einzelnen Bauteile ihrem Gebrauchswerte nach durch Stimmungsmotive, nicht durch ornamentale Form zu kennzeichnen: Daher das Überwiegen bildnerischer Plastik vor der stilistisch=architektonischen. Wenn auch vielleicht die Stimmung hier zu ernst, dort nicht ernst genug gefaßt wurde, so ist doch überall ein starkes künstlerisches Verantwortlichkeitsgefühl dem Bau eigen. Schon in der Art, wie die reich gegliederte Front des eigentlichen Gerichtsgebäudes zum Münchner Platz sich stellt, ohne jede Rücksicht auf Symmetrie und in einer durch die Grundrißplanung gegebenen Gruppe, zeigt sich deutlich der Kampf der Meinungen in unserer Zeit, namentlich im Vergleich zu den etwa in derselben Zeit entstandenen nahebei stehenden Weißbachschen Bauten für die Königliche Technische Hochschule.

Der Staat gab Weißbach, dem Professor für Baukunst und langjährigen erfolgreichen Lehrer architektonischen Schaffens, erst am Ende seines Lebens eine größere Aufgabe: den Bau einer Anzahl neuer *Institute für die Technische Hochschule*. Zugute kam dem Entwurf dieser Bauten Weißbachs große Erfahrung in der Ausgestaltung der Grundrisse, die geschickte Hand, oft sehr weit auseinander liegende Anforderungen an Lehr-, Werkstatt-, Maschinen- und Zeichenräume zu einem organischen Ganzen praktisch zu verbinden. Weniger glücklich sind die künstlerischen Lösungen: Sein Ziel war, in jedem Profil, jedem Ornament die statischen Elemente der Bauglieder zum Ausdruck zu bringen: Und wer sich die Mühe gibt, seine Sprache in diesen Dingen zu ergründen, der erkennt mit Freude, wie ernste und wohl überlegte Arbeit in seinem Werke steckt, zugleich welche ehrliche Abneigung gegen bequemes Nachbilden alter Stilformen; der erkennt den Urgrund, warum Weißbachs Schüler im Fortschreiten der Kunstentwicklung so kräftig mitwirken konnten. Der Gesamtbau verlor aber unter dem Streben nach Ausdruck im einzelnen. Auch die Abstriche, die die Ministerien an den Kosten seiner Pläne machten, beengten ihn. Er mußte sich immer mehr dies und jenes Ausdrucksmittel seiner künstlerischen Absichten versagen. Leider kam er nicht dazu, seine Kraft auf einzelne Hauptteile, etwa die Achsen der Bauten oder auch nur die Tore zu sammeln und durch geschickte Gruppierung der einzelnen Bauten zu einander wenigstens malerische Wirkungen zu erzielen, sondern er beschränkte sich darauf, mit bescheidenen Mitteln die Zierformen soweit herauszuheben, als es möglich war. Noch war Weißbachs Kunst nicht ausdrucksfähig genug, um durch die einfachen Werkformen künstlerisch zu wirken: Er glaubte diese noch überall durch sinnbildlich auszugestaltende Ornamente erklären zu müssen.

Bot somit hier die Übertragung des Baues an einen angesehenen Künstler nicht die vollste Befriedigung, so ergaben sich auch mancherlei



Landgericht am Münchner Platz

Widerstände in einem zweiten Falle, an Wallots *S t ä n d e h a u s*. Heute noch streitet man sich darüber, ob an seiner Stelle nicht besser ein Kaffeehaus, ein Modebasar, eine Gartenanlage oder dergleichen gestanden hätte. All das wäre sicher sehr verkehrt gewesen: Die Augustusbrücke bildet die feste Achse, die auf den Schloßplatz führt. *E s m u ß t e* links eine annähernd gleiche Masse stehen wie rechts, *e s m u ß t e* auch das Ständehaus gleich weit von der Achse abseits einen Turm erhalten, zumal da durch den hohen Giebel auf dem Georgentor diese Achse nochmals aufs Entschiedenste betont worden war. Der Platz vor dem Schloß durfte nicht übermäßig erweitert werden: Die Katholische Kirche und ihr Turm ist für einen engen Platz entworfen und es stand einem Künstler, der auf die Umgebung Rücksicht nimmt, nicht frei, diesen Platz beliebig zu erweitern. Vielmehr mußte die Schaufseite kräftig entwickelt werden, so daß sie den Platz wirklich schließt. Sie erhielt mit Recht ihre hohen Giebel und die Geschlossenheit der Untergeschosse. Daß Wallot das Hauptgesims und die Firmlinie an der Elbseite ruhig durchführte, ist ihm vielfach verargt worden. Der an zahlreiche, reich konturierte Giebel und Türmchen gewöhnte Geschmack fand es einfach „langweilig“. Er übersah die eindringliche Mahnung, die die übermäßig zerrissenen Umrißlinie der benachbarten Akademie bot und den ungünstigen Einfluß auf die Wirkung der Türme der Stadt.

Wallots männlich kräftige Bauweise, der volle Ton seines Pathos, der an den mächtigen Verhältnissen des Berliner Reichstagsgebäudes sich zu seiner Vollwucht entwickelt hatte, hat ja für Dresden etwas Befremdliches. Der Ortsgeist, der immer noch beherrscht ist von dem Wesen des Koffko, weist andere Wege. Die Dresdner Versuche zu strengerer Formgebung, wie sie z. B. schon Semper gemacht hatte, lösten immer wieder ein ziellicheres und anschniegenderes Wesen aus. Kein Wunder, daß auch hierdurch sich gegen Wallots Bau, auch gegen seine Innenausstattung Widerspruch erhob, daß man die Anmut vermißte, die in Dresden als erste Forderung gilt, das „Hübsch“ sein, daß der Zug aufs Große abstieß, der manchmal die tatsächlichen Verhältnisse wirklich übersteigt: Aber es sind dies wohl nur Übergangschmerzen. Dresden wird sich daran gewöhnen müssen, sich auf seinen Halbmillionen-Zustand einzurichten und demgemäß baulich zu gestalten.

Groß willst du und auch zierlich sein,
Mandrill, was zierlich ist, ist klein

sagt Lessing.

Wesentlich anders lagen die Fragen, als ein Schüler Wallots, Wilhelm Kreis, den Auftrag erhielt, die *A u g u s t u s b r ü c k e* umzugestalten. Die alte Brücke zu beseitigen, dies berühmte mittelalterliche Werk zu zerstören, ist den Dresdnern schwer genug geworden. Schweigen wir über die Frage, ob sie nicht hätte zum größten Teile erhalten werden können. Die Wasserbau-

techniker verneinten es unter Hinweis auf die Gefahren bei Hochwasser. Ob diese Gründe tatsächlich ausreichten, ebenso die Bedenken der Flußschiffahrt, um der ganzen alten Brücke das Todesurteil zu sprechen, bleibe ununtersucht. Genug, die maßgebenden Stellen sprachen es aus! Zunächst wurde der städtische Ingenieur Klette mit der Neuplanung beauftragt, und nachdem dieser in sorgfältigster Weise die verschiedenartigsten Lösungen erwogen hatte, dem Architekten Kreis der Auftrag gegeben, Klettes Brücke architektonisch auszubilden. Daß Kreis sich hierauf nicht einließ und daß Klette schließlich ihn gewähren ließ, ist den beiden, ihrem ganzen Wesen nach so verschiedenartig gesonnenen Männern als hohes Verdienst anzurechnen. Es zeigte sich eben, daß es nie zu einem guten Ergebnis führen könne, wenn die Architektur dem Ingenieurbau nur äußerlich angefügt wird, als Schmuck, Ornament, entbehrliche Zutat; daß vielmehr die Werkform zur Kunstform ausgestaltet werden mußte, daß gerade in der kunstgemäßen Ausgestaltung der Baumassen die Schönheit einer Brücke wie jedes Bauwerkes bestehe.

Die beiden Männer haben unter den schwersten Bedingungen gearbeitet. Die Wasserbautechniker stellten die Forderung auf, die Brücke müsse so und so viel Quadratmeter Durchlaßfläche haben. Sie ließen keinen Zentimeter ab. Daß trotzdem ein Werk von solcher Wucht und ruhiger Schönheit entstand, ist ein Beweis bewundernswerter Kunst. Freilich mußten die Bogen an den Scheiteln etwas schwach gebildet, die Brüstungen an den Fußbahnen zur Vermehrung der Masse aus Steinplatten gebildet werden, wodurch der Anblick des Verkehrs auf der Straße beeinträchtigt wird. Aber trotz dieser Einwände wurde doch durch die neue Brücke ein kräftiger Grundton angeschlagen, der in dem nun in Angriff zu nehmenden Ausbau der Ufer hoffentlich aufgenommen werden wird. Dafür sprechen die Bestrebungen, dem Theaterplatz gegen die Elbe zu einen angemessenen Abschluß zu schaffen. Der Dresdner Rat hat es nicht daran fehlen lassen, durch Wettbewerbe, Beratung durch einheimische und auswärtige Architekten, Anfertigung von Modellen die Frage zu klären. Als der Plan genehmigt worden war, längs dem Elbufer bis zum Bellevue eine nach dort ansteigende Straße zu schaffen, traten die verschiedenen Theorien des jung sich entwickelnden Städtebaues in hartem Zwiespalt sich gegenüber. Zunächst forderte man geschlossene Platzwirkung, also einen kräftigen Bau längs der Elbuferstraße; dann wies man auf die Piazzetta in Venedig und forderte freien Ausblick nach der Elbe und freien Einblick von der Elbbrücke: für beides fand man in Theorie und Praxis gute Gründe. Vielfach erneute Versuche führten zu der Planung des Stadtbaurats Erlwein, die einen Mittelweg suchte: nämlich den östlichen Teil der Platzfront gegen die Elbe zu freizuhalten, den westlichen aber mit einem Bau von mäßiger Ausdehnung zu umschließen. Die Frage

spitzte sich zumeist auf die Wahl der Abmessungen und auf den Charakter dieses Baues zu: Man entschloß sich, dorthin ein Gasthaus zu stellen und diesen Zweck auch in den Formen des zu errichtenden Gebäudes zum Ausdruck zu bringen. Denn die anstößenden Monumentalformen fordern ein Werk von bescheideneren Abmessungen, das ihnen als Maßstab diene. Im Gegensatz zu dem so lange maßgebenden Gedanken, daß man an ältere Bauten von Wert solche anfügen müsse, die in deren Geist entworfen seien, erkannte man nun, daß die wahre Pietät im Unterordnen liege: Gerade durch Heranrücken bescheiden bemessener Bauten, durch Einfügen eines selbständigen Tones wird die Harmonie gehoben.

Die H e i m a t s s c h u t z b e w e g u n g, die nicht zu kleinem Teil dank ihren Führern Karl Schmidt und Oskar Seyffert, in Sachsen zu einer segensreichen Wirksamkeit gelangt ist, spricht dabei mit. War schon vorher vom Staat durch Einsetzen einer „Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler“ Fürsorge für diese getroffen, so vertiefte sich die Bewegung immer mehr dahin, daß nicht etwa nur die großen Bauten und Bildwerke geschützt werden sollten, sondern auch die durch ihren malerischen Wert sich auszeichnenden schlichteren Bauten, deren Verhältnis zu einander die alten Stadtbilder so reizvoll macht. Viel ist auch in Dresden nach dieser Richtung gesündigt worden. Außer einer Reihe von Palais, dem Schönburgschen in der Moritzstraße, dem Brühl'schen an der Schießgasse und dem an der Augustusstraße, dem Maxpalais an der Ostra-Allee, sind zahlreiche ansehnliche Wohnhäuser, Reste des 16., 17. und 18. Jahrhunderts, dem Abbruch verfallen. Aber seit Sachsen ein Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land und durch dieses die Freunde einer minder doktrinären Kunstanschauung eine Handhabe zum Schutz auch bescheidenerer alter Baureste haben, kann man auf den Sieg einer gesunden Heimatspflege hoffen. Die Gesetzgebung dringt auf die Erhaltung des Erhaltenswerten und auch der Staatsfiskus und die Stadtverwaltung wird auf dem Standpunkt der rücksichtslosen Verwertung des alten Kunstguts für den Tagesbedarf nicht stehen bleiben können.

Zumeist sind die Vorkämpfer für die Heimatspflege dieselben Männer, die an das, was neu geschaffen werden soll, den Anspruch möglichst ausgesprochener Neuzeitlichkeit anlegen: Dem oberflächlich Urteilenden ein Widerspruch, tatsächlich aber eine Ergänzung. Denn nur der wird eine neue Kunst zu würdigen verstehen, der aus der alten nicht bloß Genuß, sondern auch den Ausdruck einer bestimmten Zeit herauszulesen vermag.

Das 20. Jahrhundert hat Dresden eine kräftige stilistische Bewegung gebracht, nämlich das Suchen nach eigenen Ausdrucksmitteln für die neue Zeit. Nahezu ein Jahrhundert litt die Kunst unter der Erkenntnis, daß es der Zeit an eigenen selbständigen Formen fehle. Die zahlreichen Versuche, zu solchen zu gelangen, die geschichtliche Verflechtung und das Schielen nach

den Werken der Vergangenheit aufzugeben, waren zumeist fehlgeschlagen, unter allgemeinem Hohn aufgegeben worden. Immer wieder trat die Ansicht hervor, das Heil unserer Kunst bestehe darin, das Alte zu beleben; man versuchte es mit den verschiedenartigsten Stilen und unter wechselnden Gesichtspunkten. Bis endlich im jetzt wieder so arg verlästerten „Jugendstile“ die Ansicht sich durchbrach, daß ein grundsätzliches Ablehnen des Alten die Vorbedingung selbständiger Entwicklung sei. Der Baukünstler sollte und wollte die Ausdrucksmittel für sein Schaffen selbst erfinden: Nicht in Mißachtung des Alten, sondern in der Erkenntnis, daß auch dies einst selbständig, neu gewesen sei und daß die großen Zeiten der Kunst wohl einzelne Formen ihrer Vergangenheit entlehnt, nie aber deren Geist neu zu beleben versucht haben. Wie in der Musik, der Dichtung, der Malerei und Bildnerei die historischen Schulen überwunden wurden und Selbständiges, gleichviel, ob es zunächst mißverstanden und mißachtet wurde, ausgestaltet werden mußte, wie hier eine so gründlich gewandelte Kultur und ein so vielseitig sich ausgestaltendes Volksleben sich in alte Formen nicht mehr pressen ließ, so entschloß sich, als die letzte, auch die Baukunst, einen Stil der Neuzeit zu schaffen, und sei es durch einen harten Bruch mit den lieb gewordenen Kunstmitteln der Vergangenheit.

Diese von Amerika angeregte Bewegung, die freilich dort rasch wieder erlahmte, hat in Deutschland die tiefsten Wurzeln geschlagen. Und Dresden gehört innerhalb der Bewegung zu den führenden Städten. Die Leitung fiel hierin den Firmen Schilling und Gräbner und Lössow und Kühne (früher Lössow und Diehweger) zu. Betrachtet man die Gesamtwerke beider Firmen, so ist das starke Schwanken im Stilausdruck für sie bezeichnend. Kirchen in mehr oder minder strengen Renaissanceformen, Geschäftshäuser und Theater in den lebhaftest bewegten und weit über die alten Bauten Dresdens hinausgreifenden Formen des Barock, dann solche, in denen die Jugendstilformen, das Verwenden naturalistischer Pflanzengebilde die entscheidende Rolle spielten, sind die Wandlungsstufen, über die beide zu eigenartigen Ausdrucksmitteln gelangten. An Monumentalbauten sind die neue Superintendentur von Schilling und Gräbner und die neue Landständische Bank von Lössow und Kühne bezeichnende Werke. Dazwischen reiht sich als drittes verwandtes Werk die Städtische Sparkasse des Stadtbaurats Erlwein. Es schließen sich diesen Werken eine Reihe anderer an, die alle — jedes auf seine Weise — nach selbständigem Ausdruck ringen. So die Bauten des Landwirtschaftlichen Kreditvereins und der Landwirtschaftlichen Feuerversicherungsgenossenschaft, beide von Kurt Diestel, in denen neben den Büroräumen und Bankfälen zahlreiche, schwer unter sich zu vereinigende Zwecke zu einem wirkungsvollen Ganzen verschmolzen wurden; die Gebäude der

Deutschen Bank (von Schnauder und Rohn) und der Boden-
kredit-Anstalt, das nach vielen Kämpfen und Versuchen endlich
durch Schleinitz hergestellte Künstlerhaus, das Geschäftshaus der
Handelskammer von Löffow und Kühne und vieles andere mehr.
Daß in diesen Bauten ein Endziel der Bewegung gefunden, daß die Lösungen
in allen Teilen so einwandfrei seien, daß es nicht an solchen fehle, deren ab-
sichtliche Originalität sich störend vordrängt, wird niemand zu leugnen wagen.
Aber der Schaden, der durch solche Umstände angerichtet wird, verschwindet
gegenüber der Erkenntnis, daß eben nur durch sorgfältige und mit starker
Überzeugungstreue durchgeführte Versuche das Reife gefunden werden
kann. Namentlich Schilling und Gräbner haben durch ihr kühnes Fortschreiten
viel Angriffe auf ihre Häupter gesammelt. Man hat ihnen den Wechsel
in ihrer Formgebung vorgeworfen. Aber ich glaube, daß dereinst, wenn
man aus größerer zeitlicher Ferne die Schlußabrechnung über die geistigen
Strömungen Dresdens wird machen können, sie dann als starke Anreger
und als Leute, die sich den Blick für Fortschritte bei anderen offen erhielten,
ein stattliches Guthaben werden aufweisen können.

Für Schilling und Gräbner kommt ihr Einfluß auf den protestantischen
Kirchenbau noch besonders in Anrechnung. Die Christuskirche in
Vorstadt Strehlen, sowie die im Bau begriffene Zionkirche an der
Hohen Straße sind in Anordnung und Ausbildung bemerkenswert. Die
Frage lautete dabei nicht dahin, welcher Stil beim Entwurf einer neuen
Kirche anzuwenden sei, sondern inwieweit die Anforderungen der Liturgie
Grundriß und Aufsatz zu bestimmen haben. Der 1903 in Dresden abgehaltene,
anregungsreiche Tag für protestantischen Kirchenbau brachte nach dieser Rich-
tung wenigstens insofern Klärung der Ansichten, daß nicht eine Form für
„kirchlich“, die andere aber für die verschiedenen Konfessionen für verwerflich
betrachtet wurde, sondern das „die Liturgie Bauherr“ sei, d. h. daß würdige
Zweckerfüllung auch hier den Grundmaßstab für das Schaffen bilden müsse,
nicht irgendeine früher für Kirchen verwendete, jetzt aber ihrer Bedeutung
entfremdete Form. Damit ist zwar noch nicht der endgültige Typus für den
Gottesdienst der sächsischen Landeskirche gefunden, aber der Weg zur Lösung
der strittigen Fragen doch veralteten Regulativen gegenüber geöffnet.
Die rege Teilnahme der Geistlichen und des Evangelisch-Lutherischen Landes-
konsistoriums an der ganzen Angelegenheit half diese in ein glückliches Fahr-
wasser zu bringen, nämlich in das des praktischen Erprobens. Der theoretische
Streit über den Wert der oder jener Stilform mußte natürlich an Bedeutung
verlieren, sobald man erkannt hatte, daß der Stil nebensächlich sei gegenüber
der inneren Wahrhaftigkeit des Baues, nämlich dem klaren Ausdruck seines
besonderen und besonders hohen Zweckes. So ist denn moderne Formgebung,
wie sie Schilling und Gräbner anwendeten, ebenso anstandslos angewendet

worden, wie strengere Stilformen an der Verſöhnungskirche in Vorſtadt Strieſen, die Kumpel und Krutzſch zugleich mit einem Gemeindehaus errichteten, oder der Kirche des Ehrlichſchen Geſtifts, eines Werkes von Scherz. Als dem Architekten Schleinitz inſolge ſeines Sieges bei einem Wettbewerbe die Aufgabe zufiel, die Annenkirche auszubauen, wählte er Formen, die an den beginnenden Klaſſizismus anklingen, ohne den Beſchauer in Zweifel darüber zu ſetzen, daß ſie neuzeitige Erfindungen ſeien. Er folgte hierin dem zuerſt in der ſächſiſchen Denkmalpflege durchgeführten Grundſatz, daß Reſtaurierungen, ſoweit ſie alten Bauten Neues zuzuſügen genötigt ſind, dies Neue auch als ſolches zu charakteriſieren haben, nicht aber den künſtleriſchen Ehrgeiz darein ſetzen ſollen, daß Neues und Altes nur der Fachmann und womöglich auch dieſer nicht zu unterſcheiden vermöge. Und zwar kam man zu dieſem Grundſatz nicht aus Unterſchätzung des Wertes des Alten, ſondern aus begeiſterter Liebe zu ihm, aus dem Streben, es den Nachlebenden unverfälſcht zu übermitteln.

Die katholiſche Kirche hat in Dresden weniger Gelegenheit, die Entwicklungsphaſen ihres Bauweſens zur Darſtellung zu bringen. Allgemein iſt bei ihr das Beſtreben nach großen Raumwirkungen, nach einheitlichen Schiſſen, von denen einer großen Volksmenge Einbliß in den Chor möglich iſt. Damit vollzieht ſich ein Wandel von der Vorliebe für den gotiſchen Baustil zu der Würdigung ſpäterer Kunſtformen und über dieſe hinaus der modernen Gebilde. Das Bedürfnis, billig zu bauen, führt auch hier auf die Anwendung neuzeitiger Konſtruktionsweiſen, und dieſe lenken ab von der Anwendung der für andere Materialien berechneten Kunſtformen. So vollzieht ſich aus den Grundbedingungen des Bauens heraus der Wandel. Die St. = Joſefs = Kirche in Vorſtadt Cotta, die Architekt Candler zu ſchaffen im Begriff ſteht, wird zwar als Baſilika, jedoch mit weiteſtem Mittelschiſſ in Eiſenbeton hergeſtellt und mithin auch in ſtiliſtiſchen Formen, die dem neuen Baustoffe angemessen ſind. Denn gotiſche oder romanische Betonbauten — das wäre denn doch ein zu arger Verstoß gegen die Logik der Geſchichte.

Modernen Ausdruck für kirchliche Bauten ſuchte Fritz Schumacher in dem Augenblißwerke der proteſtantiſchen Kirche, die er in der Kunſtgewerbeausſtellung 1906 vorführte. Neben dieſer ſtand eine nicht minder modern empfundene katholiſche Kirche, deren Bau von der Ausſtellungsleitung dem Münchner Brandl übertragen worden war. Zweifellos haben dieſe Vorführungen ihren Zweck erreicht, nämlich der Welt zu zeigen, daß der kirchliche Charakter nicht in den Stilformen liege. War Schumacher bei dem Einbau in einen vorhandenen, vielfach die freie Entfaltung hemmenden Raum — in die Feſthalle des Ausſtellungsgebäudes — behindert und gehemmt, ſo half ſeine großzügige Architektur doch die Augen der an „kirchliche“ Stile

Gewöhnten mit dem Ernst neuzeitiger Auffassung zu versöhnen. Freier konnte er seine Anschauungen in Form übertragen, seit ihm die Stadt Dresden den Bau des neuen Krematoriums übertrug, in dem nicht eine bestimmte Konfession, sondern im allgemeinen die ernste Würde des Todes zum Ausdruck gebracht werden soll. Der Bau reift seiner Vollendung entgegen.

Moderner Geist kam auch in das städtische Bauwesen durch den Eintritt Hans Erlweins in dessen Leitung. Dieser sah mit Recht seine Aufgabe nicht nur in der Einzelleistung, sondern auch darin, den zu einheitlichem Schaffen befähigten Kreis von Künstlern zu gemeinsamem Wirken zu sammeln. Der Einfluß dieses Kreises hat in den letzten Jahren auf die Gestaltung der Neubauten stark eingewirkt: Die Ornamente, wie sie die Bildhauer Karl Groß und Ernst Hottenroth schufen, die dekorative Malerei Otto Gufmanns und seiner Schüler, die kunstgewerblichen Leistungen, wie sie die „Dresdner Werkstätten“ pflegen — all das beginnt immer mehr zusammenzugreifen und der Einheit des stilistischen Ausdruckes zu dienen. Die große dekorative Plastik, wie sie Georg Wrba ausübt, die Schule Fritz Schumachers und des in Dresden beim Bau der weiteren Institute der Technischen Hochschule demnächst zum Ausdruck seiner Art kommenden Martin Dülfer, all dies mehrt trotz individueller Verschiedenheit der einzelnen Künstler die Geschlossenheit der modernen Dresdner Schule. Die Ausstellungen, namentlich die Deutsche Kunstgewerbeausstellung 1906, bot Gelegenheit, nach außen hin diese Schule darzustellen: Und diese Gelegenheit wurde benutzt, um einen weit über die Zeit der Ausstellung selbst hinausreichenden Erfolg zu erzielen.

Ein solcher würde von kurzer Dauer sein, handelte es sich um rein formale Fragen. Er beruht aber auf tiefer liegendem Grunde, der schon gelegentlich der Kirchenbauten berührt wurde: Der große Wandel, der sich in der Baukonstruktion vollzieht, zwingt zu einer Verjüngung der künstlerischen Form. Man konnte noch vor Jahrzehnten beim Bau eines Gasbehälters, also eines mächtigen Mauerzylinders mit kegelförmigem Dach, Formen wählen, die an jene des Grabes der Caecilia Metella in Rom mahnen. Ja man meinte durch eine solche Umstimmung des Mantels um einen eisernen Gasbehälter in die Formen eines pyramidenartig massigen Baukörpers künstlerisch Wertvolles leisten zu können. Erlwein hat den neuen Gasbehälter in Reick in Eisenbeton hergestellt und erblickte seine künstlerische Pflicht darin, an diesem keinerlei Form anzubringen, die aus der Herstellung dieses Baumaterials nicht sich von selbst ergibt: Also Verzicht auf alle Gliederungen, soweit sie nicht aus der Konstruktion selbst entspringen. Ähnlich bei anderen, vorzugsweise praktischen Zwecken dienenden Bauten, dem Feuerwehrrdepot in der Schlüterstraße, dem Wasserwerk in Hosterwitz und dem mächtigen Schlaucht- und Viehhof im Ostragehege. Es sind

dies alles Bauten, denen die Architekten bis vor nicht zu langer Zeit, soweit es sich um künstlerische Ausgestaltung handelte, ratlos oder doch mit einem Gefühl der Unzulänglichkeit gegenüber standen. Darüber hinweg half jene Erkenntnis, die uns den Sinn für Heimatschutz einbrachte: nämlich daß das Einbetten des Baues in seine Umgebung und daß die zu dieser gestimmten Massen eine künstlerische Wirkung ergeben. Das Loslösen des Entwurfs von Reißchiene und Papier, das Hineindenken des Neubaus in die Nachbarmassen half diesem zu einer befriedigenden Erscheinung, auch wenn er an sich keinerlei Schmuck zeigt. Das Verhältnis der Mauerfläche zu den Fenstern, beides zusammen zum Dach, der Aufbau einer ruhigen und doch nicht fahlen Umrißlinie, die Belebung durch kräftige, dem Baustoff angemessene Farbentöne, der Wechsel in der Frontrichtung der Bauten zu einander, ebenso wie das Einstreuen an der rechten Stelle angebrachter, meist absichtlich bescheiden gehaltener Schmuckglieder — all dies sind Gedanken, die an den Bauten vergangener Jahrhunderte beobachtet und auf das moderne Bauwesen übertragen wurden. Freilich nicht in Nachahmung alter Form, sondern nur in Wiederaufnahme der schlichteren älteren Bau-gesinnung.

Der Gedanke, daß durch die Ausgestaltung der Schulen Einfluß auf das schönheitliche Empfinden gewonnen werden müsse, bewegte namentlich die Architekten auf das lebhafteste. Auf dem ersten Kunsterziehungstag zu Dresden 1901 kam es hierüber zu einer teilweise erregten Aussprache. Seither hat Dresden immer stärker dahin gewirkt, daß der Schulbau außer technischer, hygienischer und praktischer Einwandfreiheit auch eine den verwendbaren Mitteln entsprechende künstlerische Ausgestaltung erhalte. Das K ö n i g = G e o r g = G y m n a s i u m , die 24. B e z i r k s s c h u l e Haydnstraße und die 32. B e z i r k s s c h u l e in Gruna gaben Aufschluß über die hierbei eingeschlagenen Wege: Erlwein suchte durch Anordnung plastischen Schmuckes an den zunächst in die Augen fallenden Stellen, durch kräftige, freudige Farbengebung und durch aus dem Zweck heraus entwickelte Gestaltung jeder Einzelheit den Sinn für das Wirkungsvolle und Naturgemäße schon im Kind zu wecken, wohlthuende und beruhigende Eindrücke in ihm zu schaffen. Gerade bei Bezirksschulen ist das Vermeiden jeder auffälligen Pracht, ja das Einführen einer über dem Verständnis der Kinder stehenden Kunst zu vermeiden; dafür ist der Sinn dahin zu lenken, daß selbst mit einfachen Mitteln eine wohlthuende Stimmung im Raume erzielt werden kann.

Dieser Zug nach Einfachheit betätigte sich auch im b ü r g e r l i c h e n B a u w e s e n. Ganz besonders ist dies der Fall bei den auf der Grundlage gemeinnützigen Wirkens entstandenen Bauten, bei denen das Streben nach äußerlichem und unwahrem Schein, aber auch der Eindruck der Armllichkeit vermieden werden soll: Das Streben geht dahin, dem Bewohner den Eindruck

zu ersparen, als habe er beim Beziehen der ihm offengestellten Wohnungen Wohlthaten anzunehmen, also ihm auf Kosten anderer billige Wohngelegenheit zu geben; es ist vielmehr die Absicht, durch sachliche Organisation und Zurückdrängen der Spekulation dem kleinen Manne ein preiswertes Heim zu schaffen. Der Dresdner Spar- und Bauverein, in baulicher Beziehung beraten hauptsächlich von Schilling und Gräbner, hat laut Bericht für 1909 bisher 559 Kleinwohnungen geschaffen, zum Teil in großen Häusergruppen, wie die Graf-Pofadowsky-Wehner-Häuser am Crispiplatz und die Dr.-Becker-Häuser an der Königsbrücker Straße oder die Häuser an der Holbeinstraße in Striesen. Stellt dies im Verhältnis zu den in Dresden vorhandenen etwa 140 000 Wohnungen zwar nur einen sehr bescheidenen Teil dar, so weist der Verein durch seine Ausnutzung des Erbbaurechtes und der genossenschaftlichen Verwaltung einen Weg zur Besserung unserer Wohnungsverhältnisse. Nicht minder bedeutend sind seine Leistungen hinsichtlich der Wohlfahrts-einrichtungen. Nach der baukünstlerischen Seite hat er die erneute Anregung zur Durchbildung wohnlicher Innenräume gegeben. Die Dresdner Ausstellungen waren auch hierin ein trefflich wirkendes Mittel, die Vereinsbestrebungen weiteren Kreisen vorzuführen und ihnen Freunde zu werben.

Handelt es sich hier zumeist um größere Gruppen von Häusern inmitten dicht bewohnter Vorstadtviertel, so wird in der Gartenstadt Hellerau der Versuch gemacht, in einem ländlichen Gebiete eine Siedlung anzulegen, durch deren Grundplanung und haugesetzliche Bestimmungen eine übermäßige Ausnutzung des Geländes für alle Zeiten verhindert ist. Begründet ist das Unternehmen auf dem Grundsätze des Rückfalles des Wertzuwachses an die Leitung der Gartenstadt, die durch ihre Satzungen sich aller Bodenspekulation begibt. Die geringen Kosten, die für Landerwerb ursprünglich entstehen, ermöglichen es, die Wohnungen billig herzustellen. Steigt ihr Wert, so fällt der Gewinn der Gartenstadt selbst zu. Es sind jene Gedanken hier verwirklicht, die E. Howard in seinem Werke *The cities of to-morrow* zuerst aussprach. Unter der Leitung des Direktors der „Dresdner Werkstätten“, Schmidt, hat der Gedanke rasch Verwirklichung gefunden. Nach der künstlerischen Richtung haben Riemerschmid und Th. Fischer in München den entscheidenden Einfluß auf das Bauwesen der anwachsenden Gartenstadt gehabt.

Handelt es sich hier um Versuche, das Antlitz Dresdens auch in seinen von dem minder wohlhabenden Teile der Bevölkerung bewohnten Stadtvierteln zu verschönern, so fällt doch naturgemäß dem Privatbauwesen der große Teil der Gesamtarbeit zu. Auf ein übereiltes Bauen ist ein schwerer Niedergang gefolgt: In den Jahren 1903 bis 1905 entstanden rund 10 650 neue Wohnungen, darunter viele vornehmer Gestaltung, im gleichen Zeitraum 1907 bis 1909 dagegen 2370 Wohnungen, also noch nicht ein Viertel!



Aber da die Zunahme der Bevölkerungszahl nicht inne hält, ist bald ein Aufschwung unter dem Druck einer sich vorbereitenden Wohnungsnot zu erwarten. Der Stillstand war dem künstlerischen Wert des Schaffens vielleicht zum Segen. Es setzten wenigstens auch hier im Privatbauwesen neue Anschauungen ein, die nicht zufällig erschienen, sondern lange vorbereitet sind.

Man kann hoffen, daß die neuere Gesetzgebung den Spekulanten das Bauen erschwert und eine gesündere Entwicklung herbeiführt. Man kann hoffen, daß die Bauschulen immer mehr Einfluß gewinnen und in diesen die Bestrebungen, die auf schlichte Sachlichkeit ausgehen. Schon seit Jahren weist man dort die jungen Baubeflissenen darauf hin, daß die Häufung architektonischer Glieder und der verschiedenartigsten Baustoffe das Haus nicht schön machen und daß Schmuckreichtum und Schönheit keineswegs übereinstimmen. Man ist lange gegen unechtes Material zu Felde gezogen, ehe man erkannte, daß jedes Material „echt“ ist, wenn es nur seiner Natur nach verwendet und seinem Wesen nach zum Ausdruck gebracht wird. Überall macht sich der Wunsch geltend, daß „Prozentum“ abzulegen — wenigstens dort, wo das künstlerische Empfinden etwas tiefer Wurzeln schlug. Die Erkenntnis schreitet fort, daß es eine vergebliche Mühe sei, jedes Haus unserer langen Straßen zu individualisieren; daß dies der Grund sei zu den oft mißglückten Versuchen, Neues zu schaffen, wo doch schon für die gleichmäßige Aufgabe alle verständigen Möglichkeiten der Ausgestaltung erschöpft sind.

Schwer beeinträchtigt werden diese Bestrebungen auf Heben der ästhetischen Wirkung des Stadtbildes durch die veralteten Formen der Dresdner *B e b a u u n g s p l ä n e*. Die Städteausstellung von 1903 zeigte deutlich, daß Dresden hierin hinter anderen Städten erheblich zurückstand: Hatte es einst durch seine für einzelne Stadtgebiete aufgestellten besonderen Baustatuten einen erheblichen Vorsprung gehabt, so war dieser durch die mißverstandene Art schematischer Bebauungspläne wieder verloren gegangen. Man hatte diese leider ganz dem Ingenieur überlassen, während doch gerade hier der Baukünstler eines der wichtigsten Felder seiner Betätigung hätte finden sollen. Eine Reihe der Hauptforderungen modernen Städtebaues blieben noch unerfüllt: die Anschmiegun g des Straßenzuges an das Gelände — man sehe auf die Folgen der Vernachlässigung dieses Gedankens in der Umgebung des neuen Seminars an der Teplitzer Straße —; Herausheben der natürlichen Reize des Bodens; entschiedene Unterscheidung zwischen Verkehrs- und Wohnstraßen; interessante Ausgestaltung der Straßenwandungen; Herausheben der für öffentliche Bauten bestimmten Grundstücke; künstlerische und praktische Ausbildung der Plätze als verkehrsfreie Ruhepunkte und so vieles andere mehr, was geeignet ist, den neuen Stadtteilen die Eintönigkeit zu nehmen, in die das 19. Jahrhundert sie verfallen ließ. Mit einer Anzahl Wettbewerben für Bebauungspläne, so für die am rechten Ufer stromab

von Dresden liegenden Fluren und für den Plauenschen Höhenzug, begann die Stadt, die Künstlerschaft zur Teilnahme an der Umgestaltung der Pläne aufzurufen, deren allzuvielen, von unzureichenden Kräften aufgestellten voreilig Gesetzeskraft gegeben worden war.

Aber nicht nur den neu zu schaffenden Stadtteilen gilt die Sorge des Kunstfreundes. Man fragt sich, welches wohl das Schicksal der alten Stadt Dresden in Zukunft sein werde. Immer mehr wächst der Verkehr, der sich konzentrisch in ihr zusammenballt, immer weniger reichen die für ganz andere Verhältnisse geschaffenen Straßen aus, um ihn zu bewältigen. Es ist wenig oder nichts geschehen, um durch geeignete Durchbrüche die innere Altstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Der Versuch wurde gemacht, durch Niederlegen einer Straßenwand die Wilsdruffer Straße zu verbreitern: Er kam nicht zur Ausführung. Andere Pläne tauchten hier und da auf. Währenddessen entwickelte sich die Altstadt mehr und mehr zur „City“ von Dresden. Die Geschäfte verdrängten die Einwohner, der Stadtteil entvölkerte sich, um nur dem Handelsverkehr zu dienen. Selbst der Staatsfiskus konnte sich nicht enthalten, Vorteil aus den Erdgeschossen seiner Bauten durch Einrichten von Läden zu ziehen. Die alten Palais, die der Stolz Dresdens waren, schwinden mehr und mehr, Straßenbegradungen bedrohen die schönen alten Häuser, die der Stadt ihren berühmten Grundcharakter geben, aufdringliche Ladenschilder entstellen sie.

Die Warenhäuser und Großgeschäfte brauchen die Reklame. Und die wirkungsvollste Reklame gibt die Architektur ihrer Kaufhäuser selbst. Es liegt nicht in der Macht der Architekten, ihre Auftraggeber zum Maßhalten in ihren Bauten zu zwingen: Hier müßte die Gesetzgebung eingreifen. Und diese hat ja den sächsischen Stadtverwaltungen Handhaben hierzu geboten.

Es muß aber die Frage geklärt werden, inwieweit es ersprießlich ist, die Stadtmitte zu dem bevorzugten Geschäftsviertel umzugestalten und welche Mittel es gibt, andere Stadtteile für diese Zweck herauszuheben. Man wird dabei erkennen, daß das moderne Geschäftsleben und das alte Dresden unvereinbare Gegensätze darstellen. Man klagt wohl über den Niedergang des Fremdenverkehrs in Dresden. Dieser suchte hier bei behaglichen Wohnverhältnissen die Zeugen einer alten künstlerischen Kultur. Dresdens ganze Anlage ist nicht auf „Großstädtlichkeit“ gerichtet. Es fehlt die Möglichkeit, Anlagen zu schaffen, wie sie Wien, Berlin, Paris besitzen. Der Ortsgeist widerspricht diesen. Das sollte man erkennen und diesen Ortsgeist sollte man namentlich in den alten Stadtteilen behüten.

Warenhäuser, die in Berlin durchaus nach keiner Richtung auffallen würden, entstellen die alten Straßen und Plätze der Stadt. Denn sie fallen aus dem Maßstab, sie schlagen die Umgebung tot, wie der Künstler sagt. An sich vielleicht nicht unerfreuliche Leistungen, erscheinen sie fremd in einem

Stadtbilde, das aus dem Aneinanderreihen stattlicher Wohnhäuser von gleichartigen Dimensionen entstand. Der Käufer eines solchen Hauses sieht sich beengt durch die alten Anordnungen bescheidener Fenster und Geschosshöhen, er wird durch wirtschaftliche Gründe gezwungen, seinen teuren Besitz angemessen zu verwerten. Noch ist in Dresden ein Warenhaus jener riesigen Art, wie sie auch in kleineren Städten entstanden, z. B. in Düsseldorf und Stuttgart, nicht entstanden: Es fehlt im Zentrum an geeigneten Grundstücken. Aber mehr und mehr führt die Konzentration des Handels in großen Betrieben zur Zerstörung des alten Stadtbildes.

Wirtschaftliche Gründe lassen rasches Bauen wünschenswert erscheinen, damit der Zinsenverlust an den im Grundstück und in den Baukosten liegenden Kapitalien nicht verloren gehen und damit das Geschäftsleben der Bauherren nicht zu lange beeinträchtigt wird. Das ist namentlich in wertvoller Stadtlage der Fall. So wurde das Kaufhaus des Herrenkleidergeschäfts Heinrich Esders nach Plänen des Architekten Candler durch Ingenieur B. Köfer in der Weise ausgeführt, daß die von der Firma neben ihrem Hause an der Ecke der Prager und Waisenhausstraße erkauften Gebäude zuerst abgebrochen, dann dort der entsprechende Teil des Neubaues aufgeführt und bezogen und nun erst das Eckhaus abgebrochen wurde. Dies geschah mit Anwendung des Eisenbetons und mit einer bisher in Dresden nicht bekannten Schnelligkeit. Trotz der beschwerlichen Enge des Bauplatzes beanspruchte die Anlage des an der Prager Straße $31\frac{1}{4}$, an der Waisenhausstraße $28\frac{1}{2}$ Meter langen Gebäudes, das aus Kellergeschoß, Erdgeschoß und vier Obergeschossen besteht, nur eine Bauzeit vom 9. Juni bis 12. Dezember 1909, derart, daß nach einem halben Jahr nach Übernahme der Grundstücke die Firma ihr Weihnachtsgeschäft schon im fertiggestellten und eingerichteten Neubau machen konnte.

Auch die neuen Dresdner Denkmäler zeichnen sich dadurch aus, daß endlich neue Wege gewählt wurden. Die übliche Form des mehr oder minder realistischen Standbildes mit allegorischen Begleitfiguren ist als künstlerisch erschöpft anzusehen. Ob es sich um Reiterbilder von Fürsten und Feldherren oder um Einzelfiguren handelt: Der Bronzemann auf schlichterem oder reicherem Sockel vermag nicht mehr dem Wunsche einer höher gespannten Kunstanschauung zu entsprechen. Das zeigte sich lebhaft bei dem Kampfe um Urbas Entwurf für das Denkmal König Georgs. Man kam zu der Erkenntnis, daß die Porträtähnlichkeit nicht das höchste Ziel eines Fürstendenkmals sein könne. Es fehlt ja nicht an Bildern und Büsten des verstorbenen Königs, und der nach dem Tode schaffende Bildhauer ist ja auch bei seiner Arbeit auf diese angewiesen. Sein Werk muß notwendig des ersten Reizes der realistischen Darstellung, der von der Natur unmittelbar gewonnenen geistigen Auffassung der Eigenart des Darzustellenden entbehren.

Die Größe einer auf öffentlichem Platze aufzustellenden Bildsäule muß unbedingt — soll die Gestalt nicht kleinlich wirken — die Natur übertreffen und zwingt damit zu einer Übertragung dieser ins Monumentale. Der Reiz einer realistischen Darstellung liegt im Erfassen des Details eines Kopfes und in dem entschiedenen Festhalten der Sonderbildungen: Ein Königsdenkmal soll aber nicht den Fürsten so darstellen, wie er seinem Hof, seiner nächsten Umgebung erschien, sondern als Herrscher: Sie soll ihn über die Alltagsstimmung erheben.

Die alte Prinzipienfrage trat auf, ob nicht ein Denkmal in einen idealeren Kreis erhoben werde, wenn man die Hauptfigur nackt darstelle, eine Frage, die etwa ein Jahrhundert früher die Geister bewegte. Damals handelte es sich z. B. um Friedrich den Großen oder um Blücher. Und ein Mann wie Goethe hielt die unbekleidete Darstellung für richtiger, künstlerischer. Freilich dachte man damals an das „klassische Kostüm“, wollte aus deutschen Fürsten und Feldherren Imperatoren und Konsuln gestalten. Heute handelt es sich darum, Menschen zu bilden, nicht aber Röcke und Hosen.

Diez' Bismarckdenkmal steht an der Grenze. Die mechanische Vergrößerung der Gestalt, namentlich der bekleideten, hat stets ihr Bedenkliches: Rockknöpfe und selbst ganze Uniformstücke werden nicht interessanter und auch nicht ausdrucksvoller durch Steigerung im Maßstab. Anders der in seiner Modellierung so unendlich viel feinere menschliche Körper. Diez tat recht, seiner bekleideten Gestalt einen niederen Sockel zu geben, damit den Kopf, das, worauf es hier doch vor allem ankommt, dem Blicke nicht zu fern zu rücken. Der Gestalt gab er eine energische Bewegung, da sie so deutlicher aus ihrer Umhüllung hervortritt.

Bismarck ist eine durchaus dem Volke bekannte Gestalt: nicht so Mozart. Jener spricht durch seine Erscheinung deutlich zu jedermann, ein aus den ungenügenden erhaltenen Bildnissen zusammengestoppelter Mozart wäre nur durch die Inschrift erkenntlich geworden. Auf Hofäus' Mozartdenkmal fehlt diese Inschrift nicht: aber es wurde nicht versucht, den Komponisten darzustellen — wie wenige, die seine Werke begeisterten, hatten wohl das Bedürfnis, zu sehen, wie der Meister ausah und welches Kleid er trug —, sondern der Bildner hat in drei Mädchengestalten das Wesen seiner Kunst wiederzugeben versucht. Der Dresdner Mozartverein, der das Denkmal setzen ließ, beschäftigt sich ja auch nicht mit der Person, sondern mit den Werken des Dichters: Sie in ihrer Anmut, in der Leichtflüchtigkeit und Bewegungschönheit und in ihrem durch feinen Rhythmus gemilderten Ernst zu schildern, war das leitende Motiv.

Man hat damit den Dresdnern unbekleidete oder doch durch das Gewand kaum verhüllte Mädchengestalten vor Augen geführt. Und das geschah ohne Widerspruch der Moralisten. Man konnte in Bruno Fischers Nymphen =

brunnen und in Fabricius' Ballwerfer auf der Bürgerwiese und dem anstoßenden Sportsplatz einen Schritt weiter gehen: Zwei edel gebildete Menschen in voller Nacktheit! Da zeigt sich ein gutes Stück ästhetischer Volks-
erziehung: Die durch Kunst schönheitlich gehobene unverhüllte Gestalt zeigte sich auch den Massen gegenüber als moralisch einwandfrei; man kann vor ihnen alle Tage beobachten, daß nicht ängstliches Verstecken, sondern ein offenes Bekennen zur höchsten Aufgabe der Kunst auf die Massen bildend wirkt.

Andere Denkmäler wirken nur durch architektonische Formen: So Kreis' Bismarcksäule auf der Räcknitzer Höhe, alle Sommer Sonnenwende das Ziel unserer studentischen Jugend, deren Begeisterung die Mittel zu dem großen Werke zusammenbrachte. Die ruhige Massigkeit und der gedrängte Kontur des Baues entspricht dem ihm zugrunde gelegten Gedanken. Im Gegensatz dazu steht Erlweins Artesischer Brunnen in der Neustadt, ein zierliches Tempelchen von feiner Gliederung.

Dem Architekten, wie den mit dem Bauwesen in Beziehung tretenden Verwaltungen drängt sich eine Fülle neuer Aufgaben, neuer Sorgen, neuer Pläne zu. Die alten Kämpfe um rein ästhetische Dinge treten in den Hintergrund, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten beherrschen das Schaffen. Das gewaltige Anwachsen der Städte heißt entsprechende Fürsorge für die Zukunft: Das Schwerste ist überall noch zu tun, um den Übergang zu neuen Lebensverhältnissen vorzubereiten und durchzuführen, ohne daß dabei die alte Welt zugrunde geht, in der die Wurzeln unserer Kraft ruhen.

Cornelius Gurlitt.





Ständehaus am Schlossplatz

II.

Bevölkerungsverhältnisse.

Die Einwohnerzahl der Stadt und ihres nächsten Einflußgebietes. Die sächsische Hauptstadt hat heute eine Einwohnerzahl erreicht, die sie schon allein zu einem der wichtigsten Bevölkerungsmittelpunkte nicht bloß des Deutschen Reiches, sondern auch Europas macht. Es gibt außer ihr im Deutschen Reiche nur 4 Städte, die die halbe Million überschritten haben — Berlin, Hamburg, München, Leipzig — und weitere 13 im übrigen festländischen Europa — Wien, Budapest, Paris, Brüssel, Amsterdam, Madrid, Barcelona, Rom, Neapel, Petersburg, Moskau, Warschau, Konstantinopel; hiervon stehen einige nach den letzten Zahlenfeststellungen Dresden an Einwohnerzahl um ein geringes nach.¹⁾

Für Sachsen selbst ist der Anteil der Hauptstadt an der Gesamtbevölkerung von 4,61 vom Hundert im Jahre 1834 auf 11,47 im Jahre 1905, und damit wohl mindestens im gleichen Verhältnis die Bedeutung von Dresdens Gemeindeverwaltung für das Staatsganze gewachsen.

Bei der allgemeinen Volkszählung am 1. Dezember 1905 hatte das Gebiet der Stadtgemeinde Dresden einschließlich des unter militärischer Verwaltung stehenden Gutsbezirkes Albertstadt 517 000 (genau 516 996) Einwohner. Seitdem ist durch den Überschuß der Lebendgeburten über die Sterbefälle, der regelmäßig genau festgestellt wird und sich bis Ende Juni 1910 auf 24 884 belief, ferner durch das Überwiegen der Zuzüge über die Wegzüge, durch welches in der gleichen Zeit schätzungsweise ein Gewinn von 10 350 Köpfen erzielt wurde, eine weitere Vermehrung um ungefähr 35 200 eingetreten, so daß die Einwohnerschaft, die ihrer Gemeindeverwaltung ein neues Heim zu eröffnen im Begriff ist, um die Mitte des Jahres 1910 auf 552 200 veranschlagt werden darf. Genauer wird dies am Jahresschluß festgestellt werden können, wenn die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 vorliegen werden.

Von der wirklichen Zahl der Personen aber, die als „Dresdner“ sich fühlen und gelten, und weiter, von der Zahl derjenigen, die ihrer wirtschaftlichen Existenz nach so eng mit der Stadt verbunden sind, daß man ohne ihre

¹⁾ Siehe O. Hübners geographisch-statistische Tabellen, Ausgabe 1910.

Mitzzählung kein richtiges Bild von der Bedeutung Dresdens als Bevölkerungsmittelpunkt gewinnen kann — von dem allen weicht die bei der Volkszählung ermittelte Einwohnerzahl erheblich ab. Letztere betrifft nur diejenigen Personen, die sich am bestimmten Stichtag, und das ist regelmäßig der 1. Dezember, innerhalb des städtischen Weichbildes aufhalten, gleichgültig seit wie lange und auf wie lange. Diese Zahl liefert natürlich den einfachsten Maßstab für die Größe einer Stadt, und es ist daher auch gebräuchlich, sie als die „Einwohnerzahl“ der Stadt schlechtweg zu bezeichnen. Im einzelnen Falle aber wird kaum jemand die in den Gasthäusern absteigenden Fremden als Einwohner ansprechen, — auch das polizeiliche Meldewesen unterscheidet ja zwischen Einwohnern und Fremden und rechnet zu letzteren diejenigen, die zu weniger als dreimonatigem Aufenthalt zuziehen —, und andererseits wird gewiß jedermann diejenigen Personen, die hier ihren Wohnsitz haben, aber am Zählungstage etwa zufällig auf Reisen waren, demungeachtet auch während der Zeit ihrer Abwesenheit zu den Dresdnern zählen. Der Begriff „Einwohner“ ist eben in einer allenthalben zutreffenden Weise überhaupt nicht zu umschreiben, man wird es daher mit in Kauf nehmen müssen, daß sich unter den „Dresdnern“, wie die Statistik sie auffaßt, viele befinden, die nicht einmal Sachsen, zum Teil auch nicht deutsche Reichsangehörige sind, während andererseits die vielen auf längere oder kürzere Zeit abwesenden richtigen „Dresdner“ für die Statistik nicht vorhanden sind.

Kann man aber vielleicht mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die aus diesen Gründen zu Unrecht Mitgezählten und die zu Unrecht Weggelassenen sich der Zahl nach gegenseitig ungefähr aufheben werden, so erscheint doch aus dem anderen oben angedeuteten Gesichtspunkte die Summe derjenigen, die am Zählungstage innerhalb des städtischen Weichbildes ihren augenblicklichen Wohnsitz haben, geringer als die der Personen, die wirtschaftlich zur Stadt gehören. Allerdings bietet auch der Begriff der wirtschaftlichen Zugehörigkeit keine Merkmale, die ihn mit einer für statistische Behandlung hinreichenden Bestimmtheit faßbar machen. Aber die am Morgen ankommenden und am Abend abgehenden Arbeiterzüge ermöglichen eine Vorstellung davon, wie viele in der näheren und weiteren Umgebung wohnende Personen durch Dresdens Industrie- und Handelsunternehmungen beschäftigt werden, abgesehen davon, daß auch die Inhaber und Angestellten zahlreicher städtischer Geschäfte und Betriebe ihren Wohnsitz außerhalb der Stadt haben und daß endlich die Einwohner der Vororte bis zu einer gewissen Entfernung überhaupt mit ihrer ganzen materiellen und geistigen Lebenshaltung mehr oder weniger mit der Stadt verwachsen und auf die hier vorhandenen Einrichtungen angewiesen sind.

Je größer Dresden im Laufe der letzten Jahrzehnte geworden ist, um so weiter hinaus erstreckte sich dieser wirtschaftliche Zusammenhang mit der

Umgebung, der bei einem Teile derjenigen Vororte, deren Flur unmittelbar an die Stadt angrenzte, zu den Eingemeindungen der Jahre 1892, 1897 und 1901 bis 1903 geführt hat, während andere, sogar baulich mit Dresden verwachsene Orte noch selbständige Gemeinwesen bilden.

Das Nebeneinandergehen der Bevölkerungsentwicklung der Stadt und ihre Umgebung, im wesentlichen eine Frucht der Erfolge der modernen Verkehrstechnik, läßt sich auf Grund der Ergebnisse der Volkszählungen in den einzelnen Gemeinden bis in den Beginn des Zeitalters der Eisenbahnen zurückverfolgen, da die erste eigentliche, den jetzigen Anforderungen entsprechende Volkszählung in Sachsen 1834 stattfand.

Beschränken wir uns darauf, einem öfter angewandten Schematismus folgend, die in einer Entfernung von 10 Kilometer vom Schloßthurm nach jeder Richtung hin liegenden Ortschaften in Betracht zu ziehen, deren Kreis sich von Zschachwitz über Loßwitz, Pössendorf, Deuben, Kesselsdorf, Niederwartha, Kötzschenbroda, Reichenberg, Kloßsche-Königswald, Bühlau, Gönnsdorf nach Hosterwitz erstreckt. Die Bevölkerungszunahme der Stadt selbst hat mit der dieses ringförmigen Gebietes bis 1870 ungefähr gleichen Schritt gehalten; denn die Einwohnerzahl der ganzen Fläche ist von 106 728 auf 252 996 gestiegen, wovon auf die Stadt selbst 68,97 Prozent (73 614) im Jahre 1834 und 70,0 Prozent (177 089) im Jahre 1871 entfielen. Dann kam die Zeit, in der das Stadtgebiet anfang, nicht mehr genügenden Raum für die weitere Bevölkerungszunahme zu bieten, so daß die Vororte mehr als die Stadt selbst durch ihr Wachsen zu gewinnen anfangen und der Anteil der Stadtgemeinde an der Bevölkerung des 10-Kilometertringes im Jahre 1890 nur noch 62,82 Prozent betrug. Auch die Einverleibungen von 1892 (Strehlen und Striesen) und von 1897 (Pieschen und Trachenberge) taten dieser Bewegung kaum Einhalt; denn auch das vergrößerte Stadtgebiet machte 1895 nur 63,45 Prozent, 1900 nur noch 62,42 Prozent der Bevölkerung des ganzen Ringes aus, woraus zu ersehen, daß immer noch das Außengebiet einen größeren Teil des Zuwachses an sich zog als selbst die vergrößerte Stadt. Erst die Eingemeindung von weiteren 13 Ortschaften in den Jahren 1901 bis 1903 bewirkte, daß nach der Zählung von 1905 von 683 238 Bewohnern des 10-Kilometertringes 75,67 Prozent (nämlich die erwähnten 517 000) im Stadtgebiet wohnten; und da das Weichbild der jetzigen Stadt an den meisten Stellen seiner Umfassungslinien nunmehr erheblich über das bebaute Gebiet hinausreicht, so dürfte eine solche Übersflügelung ihres Wachstums durch das der Umgebung, wie sie in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, sich nicht so bald wiederholen.

Wie zeitig der Vorgang der Auffaugung des Bevölkerungszuwachses durch die Vororte einsetzte und wie stark er sich vor der Stadtgebietsvergröße-

rung geltend gemacht hat, wird aber erst deutlich, wenn man die Berechnung auf die Fläche des jetzigen Stadtgebiets beschränkt. Von dessen 77 450 Einwohnern im Jahre 1834 entfielen nur 3726, also 4,95 Prozent auf die 17 jetzt einverleibten Gemeinden; im Jahre 1890 betrug dieser Prozentsatz 18,58 bei einer Gesamtbewohnerzahl von 339 638, und im Jahre 1900, trotz der inzwischen erfolgten Einverleibung von 4 Gemeinden, noch immer 14,58. Von den 517 000 Einwohnern des Volkszählungstages von 1905 bewohnte aber ein Drittel die Fläche, die bis 1891 noch nicht zum Stadtgebiet gehört hatte.

Daß ohne die Einverleibungen wahrscheinlich in absehbarer Zeit ein Stillstand oder sogar eine Abnahme der Bevölkerung der Stadt eingetreten wäre, ergibt sich auch aus der Gestaltung der Zuwanderungsbilanz (d. i. dem Unterschied zwischen der Zahl der Zugezogenen und der Weggezogenen), die in der Volkszählungsperiode 1885/90 noch mit einem Gewinn durch Zuzug von 18 271 Köpfen, 1890/95 von 16 884, 1895/1900 von 8447, für 1900/05 aber trotz vorher erfolgter Ausdehnung des Stadtgebiets mit einem Verlust von 7947 Köpfen abschloß. Letzterem Verlust stand zwar eine Zunahme um 24 106 durch Überschuß der Lebendgeburten über die Sterbefälle gegenüber; allein der gesamte Bevölkerungszuwachs betrug für das Jahresfünft 1900/05 in dem bisherigen Stadtgebiet doch nur 16 159, im neuen 20 179. Auf 100 berechnet bedeutet dies eine Zunahme dort nur um 4,8 Prozent, hier um 24,0 Prozent.

Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand und nach Haushaltungen. Nicht bloß Zu- und Wegzug führten der Bevölkerung fortwährend neue Bestandteile zu und nahmen ihr vorhandene. Auch die Eingemeindungen veränderten ihren Gesamtcharakter, indem sie der Stadt neue Vorstädte anfügten, die von einer Bevölkerung bewohnt werden, deren wirtschaftliche und soziale Eigenart der der Stammeinwohnerschaft nicht in allen Stücken gleich ist; und endlich darf nicht übersehen werden, daß selbst dann, wenn lediglich der natürliche Wechsel der Generationen durch Geburt und Tod stattgefunden hätte, von einem Gleichbleiben des Bevölkerungsganzen unter den veränderten Einflüssen der wirtschaftlichen Verhältnisse wie der demographischen Entwicklung kaum mehr die Rede sein könnte.

Die Verteilung der Bevölkerung auf die beiden Geschlechter hat sich allerdings trotz alledem in den letzten 60 Jahren kaum verändert und ist durch einen besonders starken Frauenüberschuß charakterisiert. Im ersten Jahre, für das genaue Zahlen hierzu vorliegen (1846), dann in den Volkszählungsjahren vor und nach den ersten Einverleibungen (1890 und

Bevölkerungsverhältnisse.

1895) und nach den neuesten Feststellungen (1905) war das Verhältnis folgendes. Es kamen

| im Jahre | bei insgesamt vorhandenen | | weibliche auf 100 männliche |
|----------|---------------------------|------------------------|-----------------------------------|
| | männlichen Personen | weiblichen Personen | |
| 1846 | 42 275 | 47 052 | 111,3 |
| 1890 | 132 435 | 144 087 | 108,8 |
| 1895 | 164 374 | 172 066 | 104,7 |
| 1905 | 244 456 | 272 450 | 111,5 |

Das Schlusergebnis in der letzten Spalte zeigt, ebenso wie manches aus den weiterfolgenden Ausführungen, daß die Stadtbevölkerung in den Zeiten der Einverleibungen gewissermaßen unvollständig geworden war und erst durch die Erweiterung des Gebietes ihre frühere Art der Zusammensetzung wiedererlangt hat.

In ganz Sachsen trafen im Jahre 1905 nur 106,9 weibliche auf 100 männliche, in Dresden aber 111,5. Ein Überwiegen des weiblichen Geschlechts ist zwar auch anderen Großstädten eigen, doch im allgemeinen in weniger starkem Maße; in Leipzig z. B. war 1905 das Verhältnis nur 106,9 zu 100. Daß gerade in Dresden das weibliche Geschlecht so sehr überwiegt, ist um so auffallender, als die Garnison, die Hochschulen und andere bestehende Einrichtungen eine besonders starke Ansammlung von Vertretern des männlichen Geschlechts herbeiführen. Möglich, daß die Frauen gerade im Dezember, zur Volkszählungszeit, zahlreicher als sonst vertreten sind; denn von den stets im Sommer stattfindenden Berufszählungen zeigte die von 1895 nur 100,6 weibliche auf 100 Personen und die von 1907 110,4 (gegenüber 111,5 bei der vorausgegangenen winterlichen Volkszählung).

Bei allen Ermittlungen war es ausschließlich die dem schulpflichtigen Alter entwachsene Bevölkerung von über 14 Jahren, die den Frauenüberschuß stellte, während unter den Kindern infolge der bekannten größeren Häufigkeit der Knabengeburt und des weniger bedeutenden Einflusses der Wanderungen die beiden Geschlechter sich an Zahl im ganzen ungefähr die Wage halten. Auch dies ist eine auf lange Zeit zurück zu beobachtende Eigentümlichkeit Dresdens; denn es gab unter den über 14 Jahre alten Personen

| im Jahre | männliche | weibliche | also weibliche auf 100 männliche |
|----------|-----------|-----------|-------------------------------------|
| 1846 | 30 892 | 35 707 | 115,6 |
| 1890 | 99 125 | 110 422 | 111,4 |
| 1895 | 124 597 | 132 185 | 106,1 |
| 1905 | 172 427 | 201 496 | 116,9 |

Bevölkerungsverhältnisse.

und es dürfte daher die Erklärung weniger in der neueren wirtschaftlichen Entwicklung als in dem verhältnismäßig großen Anteil der wohlhabenden Klassen an der Bevölkerung zu suchen sein, die ein zahlreiches weibliches Haus- und Dienstpersonal mit sich bringen und bei denen die erwachsenen Töchter länger im Familienhaushalt zu verbleiben pflegen; wie denn auch die Abstufung der Stadtbezirke nach dem Einkommen ziemlich genau mit derjenigen übereinstimmt, die der Überschuß der weiblichen über die männlichen Personen ergibt. Die wohlhabendsten Bezirke sind zugleich die frauenreichsten; in den 8 Einkommensteuerrdistrikten (unter 58) mit der höchsten durchschnittlichen Steuerleistung kamen nach der letzten Volkszählung sogar 150 weibliche auf 100 männliche Personen.

Die Eigentümlichkeit des Altersaufbaus einer großstädtischen Bevölkerung pflegt sich in einem besonders hohen Prozentsatz der im erwerbsfähigen Lebensalter stehenden Personen auszuspochen. So betrug 1905

| in | die Zahl der | | |
|--------------------------------------|--------------|---------------------------------|--|
| | Einwohner | über 15 Jahre alten Personen | über 15 Jahre alten unter 100 Einwohnern |
| Dresden | 516 996 | 364 952 | 70,6 |
| Leipzig | 503 672 | 356 044 | 71,0 |
| Sachsen ohne die 5 größten Städte | 3 069 123 | 1 963 272 | 64,0 |

Auch hier handelt es sich um keine neue Erscheinung; schon 1846 machten die über 14 Jahre alten Personen — das 15. Lebensjahr wird in der damaligen Statistik noch nicht gesondert angegeben — in Dresden 74,6 Prozent der Einwohnerzahl, im ganzen Königreich nur 67,4 aus. Die Entstehung und weiter die infolge der Einverleibung der Vororte erfolgte Angliederung einer kinderreichen Arbeiterbevölkerung in Dresden hat aber hier doch deutlich eingewirkt und den Prozentsatz, der 1890 noch 75,8 betrug, bis 1905 auf 72,5 herabgedrückt.

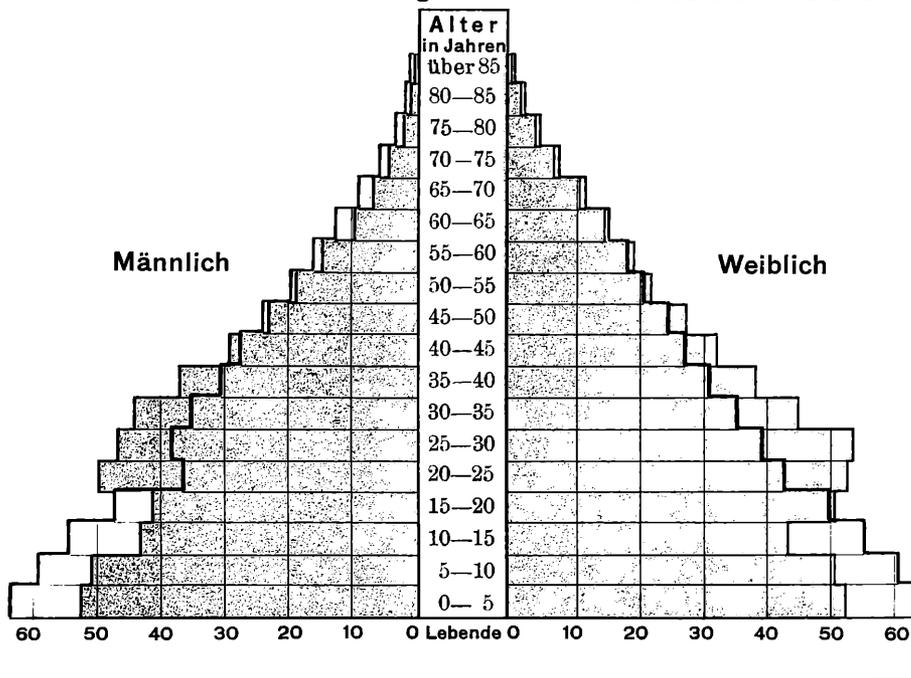
Im übrigen zeigt die nebenstehende graphische Darstellung¹⁾ den Unterschied, der in bezug auf die Zusammensetzung der Bevölkerung beiderlei Geschlechts nach dem Alter zwischen Dresden und dem übrigen Königreich Sachsen (ohne die exemten Städte) nach dem Ergebnis der Volkszählung

¹⁾ Die Breite einer jeden Stufe der Pyramide der oberen Zeichnung gibt an, links wie viele männliche, rechts wie viele weibliche Personen der in der Mitte bezeichneten fünfjährigen Altersgruppe sich unter 1000 Einwohnern befanden. Die Ziffern sind z. B. bei den Knaben von 0 bis 5 Jahren für Dresden fast 53 (genau 52,82), für Sachsen, ohne die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau, fast 64 (genau 63,71).

Volkszählung 1905

Anzahl der Lebenden nach fünfjährigen Altersklassen
auf 1000 der Gesamtbevölkerung

▨ in der Stadt Dresden — im Königreich Sachsen ohne die 5 exemten Städte



Zu Seite 28.

Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907

Verteilung der Gesamt-Bevölkerung auf vier große Berufs-Abteilungen
in der Stadt Dresden und im Königreich Sachsen

Landwirtschaft
 Industrie
 Handel
 Freie Berufe usw.

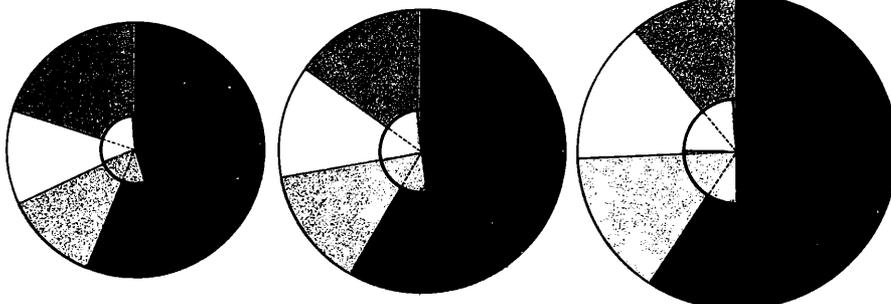
Innerer Kreis: Stadt Dresden.

Ganze Kreisscheibe: Königreich Sachsen.

1882

1895

1907



Zu Seite 37.

Bevölkerungsverhältnisse.

von 1905 bestand. Beim männlichen Geschlecht haben demnach die Altersklassen von 20 bis 45, beim weiblichen die von 15 bis zu 60 Jahren eine infolge Zuzugs besonders zahlreiche Vertretung unter der Bevölkerung Dresdens. Dementsprechend bildet die Landeshauptstadt einen Brennpunkt der hochentwickelten wirtschaftlichen und geistigen Leistungsfähigkeit Sachsens.

Eine eigentümliche Erscheinung ferner ist die seit 1900 eingetretene Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Familienstand. Machten unter den über 15 Jahre alten Personen die *L e d i g e n* im Jahre 1900 beim männlichen Geschlechte noch 46,47, beim weiblichen 41,20 aus, so ist dieser Anteil bis 1905 auf 40,57 beziehungsweise 38,16 gesunken. Die inzwischen erfolgten Einverleibungen dürften aber eine genügende Erklärung dieser Erscheinung bilden. Unmittelbar läßt sich das zwar nicht nachweisen, denn die Zahlen für 1905 liegen nicht nach alten und neuen Stadtteilen getrennt vor; aber die von 1895 zeigen, daß die damals noch selbständigen Gemeinden Pieschen und Trachenberge mit ihrer zahlreichen Arbeiterbevölkerung sich von Dresden durch eine weit geringere Zahl von Ledigen unter den erwachsenen Personen unterschieden und der Hundertanteil an der Bevölkerung in Dresden für die beiden Geschlechter 49,90 und 42,14, in Pieschen und Trachenberge nur 32,22 und 24,08 betrug. Für die Mehrzahl der später einverleibten Orte gilt jedenfalls ähnliches wie für die zwei genannten. Die neuen Vorstädte sind eben überwiegend von Arbeitern bewohnt, und der Arbeiter und die Arbeiterin pflegen frühzeitig zu heiraten.

Trotz der somit eingetretenen verhältnismäßigen — natürlich nicht absoluten — Verminderung der Zahl der ledigen Erwachsenen sind diese vor wie nach zahlreicher vertreten als in Sachsen überhaupt. Dresdens Bevölkerung im ganzen machte nämlich 1905 von derjenigen Sachsens 11,47 vom Hundert aus, und zwar 11,22 unter den männlichen und 11,70 unter den weiblichen Personen allein. Nun standen aber in Dresden von

| | 100 männlichen | 100 weiblichen |
|---|----------------|----------------|
| Bewohnern Sachsens des vorbezeichneten Familienstands | | |
| u n t e r dem genannten Durchschnitt: | | |
| die <i>W i t w e r</i> | 9,66 | — |
| die <i>K i n d e r</i> unter 15 Jahren. | 9,98 | 9,77 |
| die <i>V e r h e i r a t e t e n</i> | 11,08 | 11,20 |
| dagegen ü b e r dem Durchschnitt: | | |
| die <i>W i t w e n</i> mit | — | 13,22 |
| die <i>L e d i g e n</i> von über 15 Jahren | | |
| mit | 13,42 | 14,73 |
| besonders aber die <i>G e s c h i e d e n e n</i> | | |
| mit | 18,91 | 21,65 |

Dresdens Einwohnerschaft ist also vorzugsweise reich an ledigen und verwitweten Frauen und an geschiedenen Personen beiderlei Geschlechts. Die großen Zahlen der Geschiedenen entsprechen übrigens ungefähr dem Anteil, der unter den Ehescheidungen in Sachsen auf Dresden entfällt, sind also nicht etwa, wie man denken könnte, auf häufigen Zuzug geschiedener Personen nach Dresden zurückzuführen.

Zu den 2893 Geschiedenen — 812 Männer und 2081 Frauen, wobei das Überwiegen der letzteren auf häufigere Wiederverheiratung der Männer deutet, — kommen andere 5590 hinzu, die, obwohl verheiratet, nicht in ehelicher Gemeinschaft lebten, so daß den 184 002 verheirateten, zusammenlebenden Ehegatten 8483 gegenüberstehen, deren eheliches Band rechtlich oder nur tatsächlich gelöst ist. Auf je 1000, die zusammenleben, treffen demnach 46, bei denen dies nicht der Fall; Leipzig zeigt dieselbe Ziffer wie Dresden, Chemnitz etwa 44,5, das übrige Königreich aber nur 23. Dieses Ergebnis, das, wie ausdrücklich zu betonen, im Unterschied von allen anderen derartigen Nachweisungen lediglich die dauernde Trennung von Ehepaaren betrifft, nicht die vorübergehende, bildet einen Gradmesser für die Art, wie die Großstadt die Aufhebung des ehelichen Bandes besonders begünstigt; inwiefern diese Aufhebung gleichbedeutend ist mit der Lösung unerträglich gewordener Verhältnisse oder etwa nur mit der Abwälzung lästiger Verpflichtungen, entzieht sich der Untersuchung durch die statistische Methode.

Die Familienstandsstatistik leitet über zu der Frage nach der kleinsten und wichtigsten Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Familien, die die Statistik unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt als Haushaltungen erfaßt. Deren gab es bei der Zählung von 1905 in Dresden 126 447, und 214 920 Personen bekleideten den Rang eines Haushaltungsvorstandes oder seines Ehegatten. Dazu kommen 206 197 andere Familienangehörige, von denen natürlich der weitaus größte Teil auf die Kinder des Haushaltungsvorstandes trifft. Diesen rund 421 000 in ihren eigenen Familien Wohnenden stehen 71 000 Dienstboten, Untermieter, Gewerbsgehilfen usw. als familienfremde Elemente gegenüber, zu denen noch 24 271 überhaupt in keiner eigentlichen Haushaltung wohnende Personen kommen; letztere setzen sich zusammen aus dem kasernierten Militär, den Gasthaus- und Pensionsfremden, den Kranken in Anstalten usw. Immerhin wohnen, selbst wenn man die 11 000 selbständig für sich Lebenden ausnimmt, vier Fünftel der Dresdner Einwohner in der Haushaltung ihrer eigenen Familie. Von den übrigen stehen die 18 364 häuslichen Dienstboten und die 2203 „Hausbeamten“ (d. i. Erziehungs- und Lehrpersonal und ähnliche), sowie die rund 10 000 beim Arbeitgeber wohnenden Gewerbsgehilfen immer noch in einem näheren Verhältnis zu den Familien als die das beweglichste Bevölkerungselement bildenden 30 000 Zimmermieter und

Bevölkerungsverhältnisse.

Schlafleute, deren Zahl aber in den anderen sächsischen Großstädten im Verhältnis zur Bevölkerung noch größer ist; denn es gab ihrer in Dresden unter 100 Einwohnern 5,8, in Chemnitz 5,9, in Leipzig 8,8 und in Plauen 9,0.

Herkunft und Berufe. Es ist eine bekannte Eigentümlichkeit unserer Großstädte, daß der größte Teil der Bevölkerung nicht in ihnen geboren, sondern erst später zugezogen ist, und schon mehrfach mußte im vorstehenden auf die Bedeutung des Zuzugs auch für Dresden hingewiesen werden.

Wie wenige geborene Dresdner unter den älteren Leuten nur sein können, läßt sich annähernd auch ohne Zählung z. B. auf Grund der Tatsache schätzen, daß im Jahre 1858 die Zahl der Knaben unter 14 Jahren 14 567 betragen hat. Nach den unabänderlichen Gesetzen, die von Jugend auf den Bestand der Bevölkerung dezimieren, müssen von diesen bis 1905 etwa 7000 gestorben sein, so daß, selbst wenn kein einziger Dresden verlassen hätte, nur etwa 7600 Angehörige dieser Altersklassen, die inzwischen 47 bis 61 Jahre alt geworden, vorhanden sein könnten. Da aber in Wirklichkeit im alten Stadtgebiet etwa 19 000 Männer dieses Alters gezählt worden sind, so müssen mindestens 11 000 von ihnen inzwischen erst zugezogen sein.

Die Zählungen, bei denen der Geburtsort ermittelt wird, zeigen mit Genauigkeit nicht nur, wie viele oder vielleicht richtiger wie wenige von Dresdens Einwohnern hier geboren sind, sondern ermöglichen auch bis zu einem gewissen Grade die Beantwortung der Frage, woher die übrigen gekommen sind, und geben mittels der eingehenden Berufsangaben sogar Anhaltspunkte dafür, warum sie kamen. Es ist von vornherein selbstverständlich, daß die Gründe des Zuzugs in der Hauptsache Beruf — einschließlich der Ausbildung zum Beruf — und Ehe sind. Nach der Berufszählung von 1907 waren

| unter den | von den männl. Personen | | | von den weibl. Personen | | |
|------------------------|-------------------------|------------------|------------------------------|-------------------------|------------------|------------------------------|
| | in Dresden geboren | auswärts geboren | in Dresden geboren unter 100 | in Dresden geboren | auswärts geboren | in Dresden geboren unter 100 |
| berufstätigen Personen | 44 009 | 125 928 | 25,90 | 30 241 | 68 408 | 30,65 |
| berufslosen Angehörig. | 60 263 | 13 269 | 81,95 | 85 834 | 84 276 | 50,46 |
| Einwohnern überhaupt | 104 272 | 139 297 | 42,83 | 116 075 | 152 684 | 45,19 |

Die erwerbstätige männliche Bevölkerung besteht also nur zu wenig mehr als einem Viertel (25,9 Prozent) aus geborenen Dresdnern. Wenn aber nach der vorstehenden kleinen Tabelle von den berufslosen Familienangehörigen männlichen Geschlechts nur 13 269, von den weiblichen aber

84 276 nicht hier geboren sind, so ist dieser große Unterschied lediglich durch die nach Dresden sich verheiratenden Mädchen zu erklären, die als berufslose Ehefrauen die Scharen der auswärts geborenen weiblichen Angehörigen verstärken.

Unter den 293 000 Nichtdresdnern befinden sich sowohl die, die sich dauernd hier niedergelassen haben, wie auch diejenigen, die am Zählungstage gerade vorübergehend in hiesigen Gasthäusern waren. Letztere müßten zwecks Kennzeichnung der Dresdner Bevölkerung als solcher ausgeschieden werden. Diese Ausscheidung ist nun zwar auf Grund der vorliegenden Nachweisungen nicht möglich; aber der hierdurch bei den folgenden Mitteilungen über die nicht ortsgebürtigen Stadtbewohner entstehende Fehler kann nicht erheblich sein, wenn man bedenkt, daß jährlich etwa 420 000 Fremde (wobei allerdings mehrere zusammen gemeldete Angehörige der nämlichen Haushaltung nur für 1 zählen) hier ankommen und somit bei durchschnittlich zweitägiger Anwesenheit im Mittel etwa 2—3000 gleichzeitig hier anwesend, also nur ungefähr 1 Prozent aller Nichtdresdner Gasthausfremde sind.

Frägt man nach der Herkunft der Nichtdresdner, so zeigt die Statistik von 1907, daß sich unter ihnen 183 729 geborene Sachsen, 83 715 andere Reichsdeutsche, 18 306 in Osterreich-Ungarn und 6131 im übrigen Ausland Gebürtige befinden. Man muß, um nicht übertriebene Vorstellungen von der kosmopolitischen Zusammensetzung der Bevölkerung zu bekommen, sich vergegenwärtigen, daß ein sehr großer Teil der sonst in Sachsen Geborenen aus der allernächsten Umgebung der Stadt kommt, und daß ferner auch unter den 83 715 aus anderen Bundesstaaten Stammenden 17 944 sind, deren Geburtsort ganz nahe an der sächsischen Landesgrenze (bis 20 Kilometer davon entfernt) liegt; ebenso waren unter den 18 306 Osterreichern nicht weniger als 7496 nur bis zu 20 Kilometer von der sächsischen Grenze entfernt in dem benachbarten deutschsprachigen Teil Böhmens geboren.

Für die feinere Unterscheidung des aus dem Umkreis von etwa 100 bis 150 Kilometer Zugezogenen steht nur eine schon etwas weiter zurückliegende Quelle zu Gebote; sie bezieht sich auf die Volkszählung von 1880. Damals waren unter 92 603 in Sachsen, aber nicht in Dresden geborenen Einwohnern der Stadt 9016 aus Orten, die nicht mehr als 10 Kilometer von dem Stadtmittelpunkt entfernt waren und 32 564, deren Wiege in dem übrigen Regierungsbezirk Dresden stand. Die aus dem Bezirk der Amtshauptmannschaft Meissen kommenden Einwohner Dresdens machten ein Zehntel der Bevölkerung dieses Bezirks selbst, und jedenfalls noch einen erheblich höheren Prozentsatz der dort Geborenen aus. In absteigender Reihe folgten, wenn man die nämliche Berechnung für die übrigen sächsischen Amtshauptmannschaften weiter fortführt, die beiden Dresdner Bezirke, dann Großenhain, Oschatz, Kamenz und Dippoldiswalde; danach Pirna, Bautzen, Freiberg,

Bevölkerungsverhältnisse.

Döbeln, Löbau, Grimma, Marienberg, Zittau, Flöha. Jedoch schiebt sich zwischen Döbeln und Löbau der schlesische Kreis Hoyerswerda, zwischen Marienberg und Zittau der Kreis Liebenwerda der Provinz Sachsen ein.

Im übrigen sind — nach der Berufszählung vom Juni 1907 — außer den deutschen Bundesstaaten und dem benachbarten Österreich alle europäischen Staaten in Dresden mehr oder weniger zahlreich vertreten, und es dürfte nicht ohne Interesse sein, die Verteilung der Bevölkerung nach ihren Geburtsländern im einzelnen kennen zu lernen, wie sie sich in folgender Übersicht zeigt, in der für die an Sachsen unmittelbar angrenzenden Gebiete allenthalben der bis 20 Kilometer von der Grenze liegende Teil besonders herausgehoben ist. Es waren geboren

| in | männliche Personen | weibliche Personen | zusammen |
|----------------------------------|-----------------------|-----------------------|----------|
| Dresden | 104 272 | 116 075 | 220 347 |
| dem übrigen Sachsen | 87 264 | 96 465 | 183 729 |
| Brandenburg bis 20 Kilometer | 473 | 627 | 1 100 |
| dem übrigen Brandenburg | 2 461 | 2 489 | 4 950 |
| Berlin | 1 202 | 1 251 | 2 453 |
| Provinz Sachsen bis 20 Kilometer | 2 564 | 3 156 | 5 720 |
| der übrigen Provinz Sachsen | 3 182 | 3 219 | 6 401 |
| Schlesien bis 20 Kilometer | 3 165 | 3 553 | 6 718 |
| dem übrigen Schlesien | 13 013 | 13 526 | 26 539 |
| Ostpreußen | 694 | 762 | 1 456 |
| Westpreußen | 544 | 547 | 1 091 |
| Posen | 1 190 | 1 124 | 2 314 |
| Pommern | 772 | 718 | 1 490 |
| Schleswig-Holstein | 360 | 361 | 721 |
| Hannover | 975 | 879 | 1 854 |
| Hessen-Nassau | 562 | 549 | 1 111 |
| Westfalen | 443 | 391 | 834 |
| Rheinland | 850 | 770 | 1 620 |
| Oberfranken bis 20 Kilometer | 148 | 265 | 413 |
| dem übrigen Nordbayern | 799 | 800 | 1 599 |
| Südbayern | 461 | 529 | 990 |
| Rheinpfalz | 131 | 106 | 237 |
| Anhalt | 497 | 469 | 966 |
| Baden | 359 | 346 | 705 |
| Braunschweig | 287 | 235 | 522 |
| Bremen | 147 | 153 | 300 |
| Seitenbetrag | 226 815 | 249 365 | 476 180 |

Bevölkerungsverhältnisse.

| in | männliche Personen | weibliche Personen | zusammen |
|---------------------------------------|-----------------------|-----------------------|----------|
| Übertrag | 226 815 | 249 365 | 476 180 |
| Elfaß=Lothringen | 148 | 218 | 366 |
| Hamburg | 307 | 379 | 686 |
| dem Großherzogtum Hessen | 259 | 198 | 457 |
| den beiden Lippe | 69 | 44 | 113 |
| Lübeck | 51 | 57 | 108 |
| den beiden Mecklenburg | 412 | 377 | 789 |
| Oldenburg | 70 | 78 | 148 |
| den thüring. Staaten bis 20 Kilometer | 1 795 | 2 198 | 3 993 |
| den übrigen thüringischen Staaten | 1 823 | 2 369 | 4 192 |
| Waldeck | 14 | 16 | 30 |
| Württemberg und Hohenzollern | 400 | 329 | 729 |
| im Deutschen Reich zusammen | 232 163 | 255 628 | 487 791 |

| in | männliche Personen | weibliche Personen | zusammen |
|---------------------------------------|-----------------------|-----------------------|----------|
| Böhmen bis 20 Kilometer | 3 372 | 4 124 | 7 496 |
| dem übrigen Böhmen | 3 469 | 3 576 | 7 045 |
| Mähren und Österreichisch=Schlesien | 277 | 344 | 621 |
| Galizien und Bukowina | 345 | 282 | 627 |
| dem übrigen Österreich | 921 | 960 | 1 881 |
| Bosnien | 2 | 3 | 5 |
| Ungarn | 324 | 307 | 631 |
| dem europäischen und asiat. Rußland | 1 147 | 1 243 | 2 390 |
| der Schweiz | 195 | 320 | 515 |
| Italien | 144 | 67 | 211 |
| Frankreich | 100 | 157 | 257 |
| Luxemburg | 10 | 17 | 27 |
| Belgien | 34 | 39 | 73 |
| den Niederlanden | 59 | 78 | 137 |
| Dänemark | 88 | 69 | 157 |
| Schweden | 69 | 93 | 162 |
| Norwegen | 54 | 33 | 87 |
| Großbritannien | 162 | 510 | 672 |
| dem übrigen Ausland einschl. Kolonien | 534 | 909 | 1 443 |
| im Ausland zusammen | 11 306 | 13 131 | 24 437 |

Bevölkerungsverhältnisse.

Auch hierin tritt das überwiegende Zufließen aus den näher liegenden Gebieten zutage, was natürlich nicht ausschließt, daß die Anziehungskraft Dresdens im Laufe der Zeiten ihren Kreis nach allen Richtungen erweitert hat und voraussichtlich noch fernerhin erweitern wird. Auch besteht, ohne daß dies durch eine langjährige zahlenmäßige Beobachtung erweisbar wäre, eine Gegenströmung in der anziehenden Wirkung, die die anderen Großstädte, insbesondere die Reichshauptstadt, ebenfalls in steigendem Maße auf die Dresdner ausüben.

Unter den allerdings an Größe und Einwohnerzahl sehr ungleichen Zuwanderungsgebieten, die die vorstehende Statistik unterscheidet, ist es vor allem die Provinz Schlesien, die mit mehr als 35 000 ihrer Söhne und Töchter — der Anteil beider ist nicht sehr verschieden — in Dresden vertreten ist. Wenn aus der ebenso nahe gelegenen Provinz Sachsen nur 12 000 stammen, so ist dies einesteils durch das Überwiegen der Abwanderung nach dem von jener Provinz fast eingeschlossenen Leipzig, andererseits wohl damit zu erklären, daß der Schlesier auf dem „Zug nach dem Westen“ auf Dresden als erste Großstadt stößt und daher hier gern Halt macht.

Da im Jahre 1880 die später einverleibten Vororte noch keine allzu große Bevölkerung hatten, so gestatten die damaligen Zahlen einen Vergleich mit der Gegenwart. Von der Gesamtbevölkerung waren

| geboren in | in absoluten Zahlen | | | | unter 100 | | | |
|--------------------------------|---------------------|--------|---------|---------|-----------|--------|--------|--------|
| | 1880 | | 1907 | | 1880 | | 1907 | |
| | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. |
| Dresden selbst. | 41 128 | 46 234 | 104 272 | 116 075 | 38,84 | 40,23 | 42,83 | 43,19 |
| dem übrigen Königreich Sachsen | 45 483 | 47 120 | 87 264 | 96 465 | 42,94 | 41,00 | 35,84 | 35,89 |
| Schlesien | 4 402 | 4 423 | 16 178 | 17 079 | 4,16 | 3,85 | 6,65 | 6,35 |
| dem übrigen Reich | 11 175 | 12 229 | 24 449 | 26 009 | 10,56 | 10,64 | 10,04 | 9,68 |
| Böhmen | 2 034 | 2 368 | 6 841 | 7 700 | 1,92 | 2,06 | 2,81 | 2,87 |
| d. übrigen Ausland | 1 670 | 2 548 | 4 465 | 5 431 | 1,58 | 2,22 | 1,83 | 2,02 |

Diese Übersicht bietet manches den gewöhnlichen Annahmen Zuwiderlaufende. Daß die geborenen Dresdner ihren Anteil trotz der erhöhten Beweglichkeit der Bevölkerung nicht vermindert, sondern vermehrt sehen, ist zwar in der Hauptsache wohl durch die Einverleibungen zu erklären, die aus Personen, die vorher zu den „übrigen Sachsen“ gehörten, Dresdner gemacht haben. Eine ähnliche Erklärung aber gibt es nicht für die Tatsache, daß auch die Vermehrung der Nichtsachsen in Dresden, mit alleiniger Ausnahme der Schlesier, mit der der Sachsen nicht mindestens gleichen Schritt

Bevölkerungsverhältnisse.

gehalten, vielmehr ihr gegenüber zurückgeblieben ist. Besonders stark ist aber, bei allerdings geringeren absoluten Zahlen, der verhältnismäßige Zuwachs, den die Böhmen und die männlichen Personen aus dem übrigen Ausland erfahren haben.

In welchen Berufsgruppen ist nun das nicht ortsgebürtige Element über- oder unterdurchschnittlich vertreten, und wie verhalten sich in dieser Hinsicht die nur Ortsfremden zu den zugleich Staats- und weiter den Reichs-fremden?

Hier ergibt sich als wichtigste Unterscheidung die zwischen solchen, die um ihres Erwerbs willen nach Dresden kommen, und den übrigen. Rechnen wir zur ersteren Gruppe die gesamte erwerbstätige Zivilbevölkerung, zu letzterer diejenigen, die hier nur ihr Einkommen verzehren oder sich behufs ihrer Berufsausbildung hier aufhalten, sowie die Familienangehörigen, die im Gefolge des Gatten oder der Eltern kommen, und die Anstaltsinsassen und Unterstützten, während das Militär außer Betracht bleiben kann, so befanden sich

| unter 100 geborenen | bei den männlichen Personen | | bei den weiblichen Personen | |
|---------------------------|--------------------------------|---------|--------------------------------|---------|
| | Erwerbs- tätige | Anderer | Erwerbs- tätige | Anderer |
| Dresdnern | 37,45 | 61,08 | 21,80 | 78,20 |
| anderen Sachsen | 72,89 | 18,70 | 33,25 | 66,75 |
| anderen Reichsangehörigen | 80,60 | 13,84 | 35,18 | 64,82 |
| Ausländern | 80,14 | 18,93 | 37,64 | 62,36 |

Wie die Nichtdresdner und insbesondere die Nichtsachsen vornehmlich den erwerbenden Klassen angehören und welche über ihre Zahl hinausgehende Bedeutung sie demnach für die Stadt besitzen, das ergibt sich aus den Ziffern der zweiten und dritten Spalte dieser Übersicht.

Auf die berufliche Zusammensetzung der Dresdner Bevölkerung im allgemeinen und auf ihre Statistik ist in verschiedenen anderen Abschnitten dieses Werkes unter Berührung des Wichtigsten näher eingegangen worden, so daß hier bloß noch die Art, wie sich Dresden in dieser Beziehung von der Gesamtbevölkerung Sachsens im großen und ganzen unterscheidet, kurz berührt werden möchte. Dabei sollen nur die vier Haupt-Berufsabteilungen: Landwirtschaft, Industrie, Handel, freie Berufe usw. unterschieden werden. Auch in dieser Hinsicht dürfte das, was die Berufszählungen lehren, nicht ganz mit einer naheliegenden Annahme in Einklang stehen. Es ist natürlich daß der landwirtschaftliche Beruf in einer Großstadt, die nur wenig un-bebautes Gebiet umschließt, gegenüber dem übrigen Lande vollständig

Bevölkerungsverhältnisse.

zurücktritt, und man wird wohl vermuten, daß der Platz, den er in der sächsischen Bevölkerung überhaupt einnimmt, in Dresden durch Industrie und Handel ausgefüllt wird. Das trifft aber in Wirklichkeit nicht zu. Den zwei letztgenannten Berufen gehört in Dresden ein fast genau gleich großer Bruchteil der Bevölkerung an wie im ganzen Lande, und betrachtet man die Industrie allein, so ist ihre Bedeutung für die Bevölkerung sogar verhältnismäßig nicht unwesentlich geringer als im Königreich Sachsen. Der charakteristische Unterschied der Dresdner von der Landesbevölkerung liegt vielmehr außer in dem Fehlen der landwirtschaftlichen Berufe lediglich im Überwiegen der „freien Berufe“ und derjenigen, die sonst nicht zu den drei anderen Hauptabteilungen gehören, also der Beamten, des Militärs, der Rentner und Anstaltsinsassen usw. Das wird aus der unteren Zeichnung auf der beigegebenen graphischen Darstellung ersichtlich, in deren drei Figuren je eine kleinere Kreisscheibe, deren vier verschiedenfarbige Ausschnitte die Berufsverteilung in Dresden zeigen, in einer nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl größeren Scheibe sich befindet, deren Ausschnitte in gleicher Weise der Berufsverteilung im ganzen Königreich entsprechen. Allerdings hat sich dieses Verhältnis der Hauptstadt zu dem Lande in der Zeit zwischen den drei Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907, auf die sich die Darstellungen beziehen, einigermaßen dadurch geändert, daß Industrie und Handel an Berufszugehörigen (nebst ihren Familien und Dienstboten) mehr gewonnen haben als das ganze Land, während von den „freien Berufen“ usw. das Entgegengesetzte gilt; denn es kamen auf 100 Einwohner

| Berufszugehörige | Dresdens | | | Sachsens | | |
|--|----------|------|------|----------|------|------|
| | 1882 | 1895 | 1907 | 1882 | 1895 | 1907 |
| der Industrie | 45,2 | 48,1 | 50,0 | 56,2 | 58,0 | 59,3 |
| des Handels | 23,8 | 23,5 | 25,3 | 12,0 | 14,0 | 15,2 |
| der übrigen nichtlandwirtschaftlichen Berufe | 30,0 | 27,2 | 23,7 | 11,8 | 12,9 | 14,8 |

E i n f o m m e n s t a t i s t i k. — Zum Schluß noch einige Worte von einem Gesichtspunkt aus, den man zwar in der eigentlichen Bevölkerungslehre nicht zu berücksichtigen pflegt, und im Sinne einer streng wissenschaftlichen Stoffeinteilung auch gewiß mit Recht, der aber besser als die genauesten berufsstatistischen Nachweisungen erkennen läßt, wie die Bevölkerung beziehungsweise ihre einzelnen Teile leben.

Die Berufstätigkeit kann in dieser Hinsicht nicht viel erklären; nicht einmal die große Unterscheidung zwischen Selbständigen und Abhängigen entspricht, wie man allerdings zu glauben geneigt ist, zwei Gruppen, von

denen es der einen gut geht, der anderen schlecht. Denn manche „selbständige“ Existenz führt einen Kampf ums Dasein, wie ihn die Bessergestellten unter den Arbeitern und Angestellten nicht kennen. Es kommt darum vor allem auf den Ertrag der Berufstätigkeit, auf das Einkommen an, und gerade für dessen Nachweis hat man in Sachsen besonders brauchbare Unterlagen in den Ergebnissen der jährlichen Einschätzungen zur Staats-Einkommensteuer. Absolute Genauigkeit wird wohl selbstverständlich niemand von den Steuer-einschätzungen erwarten. Soweit sie durch Kommissionen erfolgen, wie es gesetzlich für die Personen geschieht, bei denen man ein Einkommen von nicht über 1600 M vermutet, ist ein gewisser Schematismus unvermeidlich; auch wird gewöhnlich nur das eigentliche Berufseinkommen geschätzt, während die mehr schwankenden Nebeneinnahmen kaum allgemein Berücksichtigung finden. Die in der Regel auf Grund von Selbstangaben — nur beim fehlen von solchen werden sie durch Schätzungen ersetzt — erfolgende Feststellung der steuerbaren Einkommen von über 1600 M andererseits dürfte immer noch, wenn auch in einem gegen früher geminderten Grade, hier und da sowohl infolge zu niedriger Deklaration als auch absichtslos irrtümlicher Angaben unter der Wirklichkeit bleiben. Aber das sind Mängel, wie sie auch allen anderen Einkommenstatistiken anhaften, vor denen die sächsische den Vorzug hat, daß sie alle Einkommen, auch die unter der Steuergrenze von 400 M liegenden, erfaßt.

In der folgenden Zusammenstellung sind die Haushaltungen, die für die Jahre 1904, 1906 und 1908 in Dresden zur Einkommensteuer eingeschätzt wurden, nach dem Einkommen unterschieden.

| Haushaltungen mit einem Einkommen von | 1904 | 1906 | 1908 | Haushaltungen mit dem vornbezeichneten Einkommen gab es wenn man die Zahl von 1904 = 100 setzt, im Jahre 1906 1908 im Jahre unter je 100 | | |
|---|---------|---------|---------|--|--------|--------|
| | | | | 1906 | 1908 | 1908 |
| bis 1100 M | 36 174 | 35 154 | 30 072 | 97,18 | 83,13 | 23,22 |
| über 1100 b. 1600 M | 28 488 | 31 839 | 34 838 | 111,76 | 122,29 | 26,90 |
| über 1600 b. 3400 M | 33 729 | 37 959 | 43 863 | 112,54 | 130,05 | 33,88 |
| über 3400 b. 10000 M | 14 656 | 15 435 | 16 662 | 105,32 | 113,69 | 12,87 |
| über 10000 M | 3 693 | 3 857 | 4 059 | 104,44 | 109,91 | 3,13 |
| zusammen | 116 740 | 124 244 | 129 494 | 106,43 | 110,71 | 100,00 |

Gegenüber anderen, auf irrtümlicher Auffassung der statistischen Ergebnisse beruhenden Meinungen, nach denen es scheinen könnte, als ob die größere Hälfte der Dresdner Bevölkerung nur ein unter dem Existenzminimum

bleibendes Einkommen besitze, zeigt die letzte Spalte dieser Übersicht, daß fast 77 unter 100 Haushaltungen über 1100 *M* Einkommen haben; und ferner ergibt sich aus den beiden vorletzten Spalten, daß eine Verschiebung unter den Einkommen in der Richtung einer Verstärkung der mittleren Klassen unter Verminderung der Zahl der oberen, namentlich aber der unteren erfolgt ist. Die Zahl der Haushaltungen mit Einkommen bis 1100 *M* hat sich in der kurzen Spanne von 4 Jahren von 36 000 auf 30 000 durch Eintritt der übrigen in die bessergestellten Klassen vermindert. Diese Tatsache bleibt auch dann bestehen, wenn man nur das Einkommen der Haushaltungsvorstände allein, ohne Einrechnung desjenigen der den Haushalt teilenden Familienangehörigen in Betracht zieht; alsdann sind die Zahlen der Besitzer von Einkommen bis 1100 *M* 47 696 im Jahre 1904 und nur mehr 42 161 im Jahre 1908.

Unter den rund 30 000 kleinen Haushaltseinkommen (bis 1100 *M*) von 1908 machten die von 800 bis 1100 *M* etwas über die Hälfte aus, nämlich 15 620. Unter den übrigen, deren Einkommen zu den ganz geringen gehören, findet sich aber noch eine Anzahl alleinstehender, zum Teil von Unterstützungen ihrer Angehörigen lebender Personen, die für ihren Lebensunterhalt nicht bloß auf das zur Steuer eingeschätzte Einkommen angewiesen sind.

Das Bild ist also ein ganz anderes wie das, welches die rohe Gesamtzahl der Eingeschätzten zeigt, die zufolge einem leider weitverbreiteten und auch in wissenschaftlichen Werken anzutreffenden Mißverständnis häufig als Quelle für die Wohlstandsstatistik auch der weniger bemittelten Klassen benutzt wird, während sie nur bezüglich der größeren Einkommen ein in dieser Hinsicht brauchbares Material bieten kann. Denn die eingeschätzten Personen sind fast zur Hälfte solche, meist jugendliche Personen mit geringem Einkommen, die keinen eigenen Haushalt führen und deren steuerpflichtige Einkünfte vielfach nur als Nebeneinkommen zu betrachten sind.

Unter den wegen ihres Frauenüberschusses bereits oben erwähnten Stadtgegenden mit dem höchsten Durchschnittseinkommen steht an der Spitze das Schweizerviertel mit über 5000 *M* durchschnittlichen Einkommens eines Eingeschätzten (also nicht einer Haushaltung). Dann folgen die daran grenzenden Teile des sogenannten Bayrischen Viertels und Plauens und die Stadtteile, die den großen Garten und die Bürgerwiese nördlich, westlich und südlich umschließen.

Das gesamte eingeschätzte jährliche Reineinkommen betrug für 1909 in Dresden $475\frac{1}{4}$ Millionen Mark gegen $130\frac{1}{2}$ Millionen Mark im Jahre 1878. Auf den Kopf der Bevölkerung bedeutet dies eine Zunahme von 652 *M* auf 872 *M*. In steigendem Maße hat an dem Gesamteinkommen dasjenige aus Gehalt und Lohn Anteil, das allein erheblich mehr ausmacht als die drei anderen nach dem Einkommensteuergesetz zu unterscheidenden Ein-

Bevölkerungsverhältnisse.

fommensquellen zusammen. Das Einkommen aus Gehalt und Lohn hat sich in dem 31 jährigen Zeitraum verfünffacht, dasjenige aus Handel und Gewerbe sowie das aus Renten ziemlich genau verdreifacht, während das Einkommen aus Grundbesitz letzteren Vermehrungsgrad nicht ganz erreichte. Außer der Erhöhung der Gehälter und Löhne hat zu diesem Ergebnis, das sich ähnlich in ganz Sachsen wiederholt, die Vermehrung der Zahl der gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen beigetragen, die es wohl auch hauptsächlich erklärt, daß im Jahre 1878 unter 100 Einwohnern Dresdens überhaupt 42,2, im Jahre 1908 aber 46,6 ein selbständiges Einkommen hatten.

Kurz zusammengefaßt ergibt sich aus alledem, daß Dresden sein wohl-gemessen Teil zu der neuzeitlichen Entwicklung aller Kräfte in unserem engeren und weiteren Vaterlande beigetragen hat; und wenn wir in diesen Schlußbemerkungen über die Einkommensverhältnisse über den engeren Rahmen der bevölkerungsstatistischen Untersuchung herausgegangen sind, so geschah es in der Überzeugung, daß für jede Gemeindeverwaltung die Kenntnis ihrer eigenen Bevölkerungsverhältnisse in erster Linie als Mittel zur Hebung des wirtschaftlichen Wohlergehens der Einwohner bedeutsam ist und sein muß.

E u g e n W ü r z b u r g e r.





Drittes Wasserwerk in Hosterwitz

III.

Grundbesitz und Wohnungsverhältnisse.

Ein Jahrzehnt bedeutet im Leben einer modernen Großstadt nur eine relativ kurze Zeitspanne. Insbesondere von den Grundbesitz- und den Wohnungsverhältnissen einer Stadt mit rund einer halben Million Einwohner darf man im allgemeinen nicht erwarten, daß sie in so knapper Frist durchgreifende Veränderungen erfahren. Für die Entwicklung der Grundbesitz- und der Wohnungsverhältnisse Dresdens bedeutet indessen die Zeit von 1899 bis 1909 einen außerordentlich wichtigen Abschnitt, und Wandlungen von großer Tragweite haben sich seit der Jahrhundertwende in der Lage des Dresdner Grundbesitzes und auch in den Wohnungsverhältnissen der Bevölkerung vollzogen. Dresden hat in diesem Zeitraum eine der für die Entwicklung der deutschen Städte der Gegenwart so charakteristischen Wellenbewegungen des Wohnungsmarktes von Anfang bis zu Ende durchgemacht und zugleich wurde es in dieser Zeit von einer Grundstücks- und Grundbesitzkrisis heimgesucht, die zur Entsetzung zahlreicher Personen aus ihrem Grundbesitz führte. Diese beiden Erscheinungen, die Wellenbewegung des Wohnungsmarktes und die Grundstückskrisis, berühren sich zwar nahe und sind mannigfach mit einander verschlungen, ihr Verhältnis darf aber nicht so aufgefaßt werden, als ob die zweite, die Grundstückskrisis, sich restlos aus der ersten, der Wellenbewegung des Wohnungsmarktes, ableiten lasse.

Über die Dresdner Grundstückskrisis und ihre Ursachen ist innerhalb und außerhalb Dresdens viel geschrieben und gestritten worden; auch in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik ist ihren Anfängen eine Schilderung aus der Feder des inzwischen verstorbenen Hofrats Felix Hecht in Mannheim zuteil geworden. Auf Grund der eingehenden Erhebungen, die vom städtischen Statistischen Amte veranstaltet worden sind, kann aber heute über die Verhältnisse, in denen sie ihren Ursprung hat, kaum noch ein Zweifel bestehen. Es ist einseitig und unberechtigt, den Gang der Bautätigkeit und die Gestaltung des Wohnungsmarktes für die Entstehung der Krisis verantwortlich zu machen. Das Anschwellen des Vorrats an leerstehenden Wohnungen hat den Ausbruch der Krisis allerdings beschleunigt und ihre Wirkungen verschärft. Ihre Hauptursache hat sie indessen nicht in der starken Zunahme der Ziffer der leerstehenden Wohnungen in dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts,

sondern in der durch spekulative Einflüsse hervorgerufenen Preisbewegung der Häuser und Grundstücke während der letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts. Wie oft bei solchen Erscheinungen, so liegt auch in diesem Falle das wirtschaftlich Ungefunde, das den Keim zu der späteren Katastrophe in sich trug, erheblich weiter zurück, als eine oberflächliche Betrachtung wohl meint. Nicht etwa eine abnorme Steigerung der Bautätigkeit in den Jahren 1901 bis 1904 hat die Besitzentsetzung so zahlreicher Hausbesitzer vor allem zwischen 1903 und 1906 bewirkt, sondern der eigentliche Grund hierfür liegt in der allgemeinen Überbewertung des Grundbesitzes, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eingetreten war. Dadurch war ein solches Mißverhältnis zwischen den Erträgen vieler Grundstücke und den für sie gezahlten Erwerbspreisen entstanden, daß schon ein geringer Konjunkturrückschlag ausreichen mußte, um den Zusammenbruch zahlreicher weniger widerstandsfähiger Existenzen herbeizuführen. Nun ist aber Dresden von der allgemeinen industriellen Depression, die zur Jahrhundertwende über das deutsche Wirtschaftsleben hereinbrach, in besonders starkem Maße betroffen worden. Indessen würde das immer mehr sich steigende Überangebot von Wohnungen, das bis 1905 nicht sowohl infolge einer starken Steigerung der Bautätigkeit als infolge des Nachlassens der Wohnungsnachfrage sich herausbildete, für sich allein nicht genügt haben, um eine so große Zahl von Hausbesitzern in eine Lage zu bringen, die ihren Besitz schließlich unhaltbar machte. In anderen deutschen Städten hat schon verschiedentlich ein ähnlich starkes oder sogar ein noch stärkeres Überangebot von Wohnungen bestanden, als es um die Mitte des letzten Jahrzehnts in Dresden herrschte, ohne daß es deshalb in diesen Orten zu einem ebenso gewaltigen Anschwellen der Zwangsversteigerungen gekommen ist wie in Dresden. So betrug in Hamburg in der ersten Hälfte der 90er Jahre der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen mehrere Jahre 8 Prozent und darüber, in Breslau war er 1890 auf 8 Prozent gestiegen, in Frankfurt a. M. 1895 gar auf 9,31 Prozent, in Mannheim stand er 1902 und 1903 höher als $6\frac{1}{2}$ Prozent, also mehr als doppelt so hoch, als dem gewöhnlich als Normalvorrat betrachteten Satz von 3 Prozent entspricht; in keiner dieser Städte aber sind die Schwankungen des Wohnungsvorrats von einer so starken Erschütterung der Grundbesitzverhältnisse begleitet worden wie in Dresden. Es geht also nicht an, die Dresdner Grundstückskrise allein oder auch nur hauptsächlich aus der Wellenbewegung des Wohnungsmarktes mit ihrem Wechsel zwischen Wohnungsüberfluß und Wohnungsmangel, die ja für die modernen Großstädte bei der meist rückweise erfolgenden Entwicklung ihrer Einwohnerzahl und bei den auf den Gang der Bautätigkeit bald beschleunigend, bald verlangsamend einwirkenden wirtschaftlichen Faktoren überhaupt als eine sozusagen ganz normale Erscheinung anzusehen

ist, erklären zu wollen. Was die zurückgehende Konjunktur auf dem Wohnungsmarkte zugleich zu einer weit um sich greifenden Krisis des Grundbesitzes sich hat zuspitzen lassen, das ist erst die falsche Beurteilung der Entwicklung der Bodenwerte gewesen, deren man sich in weiten Kreisen der Dresdner Bevölkerung in der Mitte und der zweiten Hälfte der 90er Jahre hingegeben hatte. Die Preistreiberereien, zu denen sich die von einem wahren Spekulationsfieber ergriffenen Teile der Dresdner Bevölkerung damals in ungeheuerlichster Überschätzung der realen Entwicklungsmöglichkeiten haben verführen lassen, haben sich an den wirtschaftlich weniger Widerstandsfähigen unter den Grundbesitzern bitter gerächt; niemand ignoriert eben ungestraft die Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung, deren Verlauf bisher noch nirgends, in keiner Stadt und in keinem Lande, ein von Rückschlägen völlig freies ununterbrochenes Aufsteigen gezeigt hat. Die nähere Schilderung der Gestaltung der Verhältnisse auf dem Dresdner Wohnungsmarkte und im Dresdner Grundbesitz während des letzten Jahrzehnts wird die Richtigkeit dieser Auffassung der Dresdner Grundstückskrise erhärten.

Am Ausgang des vorigen Jahrhunderts erscheint die Lage des Dresdner Wohnungsmarktes, wenn man den gewöhnlichen Maßstab an ihn anlegt, daß das Vorhandensein eines Vorrats von etwa 3 Prozent leerstehender Wohnungen normale Verhältnisse anzeigt, noch gesund und normal. Im Jahre 1897 — mit diesem Termin beginnen in Dresden die regelmäßigen jährlichen Zählungen der leerstehenden Wohnungen — machten die leerstehenden Wohnungen von der Wohnungsgesamtzahl 2,76 Prozent aus; bis 1899 stieg dieser Prozentsatz auf 3,12 an, und auch der im Jahre 1900 erreichte Prozentsatz von 4,33 weicht noch nicht allzu weit von der Norm ab. Indessen darf man die Frage aufwerfen, ob der scheinbar normale Zustand des Dresdner Wohnungsmarktes unter den zu dieser Zeit im deutschen Wirtschaftsleben herrschenden Verhältnissen nicht im Grunde schon etwas von der Norm Abweichendes bedeutete. Und wir stehen nicht an, diese Frage zu bejahen. Es kann ja keine Rede davon sein, daß in den modernen Städten etwa wirklich regelmäßig ein Wohnungsvorrat von der angegebenen Größe existiere. Nicht ein Wohnungsvorrat von 3 Prozent bildet im Leben die Regel, sondern es herrscht gewöhnlich bald ein größeres, bald ein geringeres Wohnungsangebot. Der Wohnungsvorrat von 3 Prozent ist nur insofern die Regel, als die Abweichungen nach oben und nach unten sich in längeren Perioden in vielen Städten zu diesem Mittelwert auszugleichen trachten, weil offenbar bei diesem Satz eine normale Preisbildung der Wohnungen für gewöhnlich am besten verbürgt ist. Der ideale Wohnungsvorrat von 3 Prozent hat also mit anderen Idealen das gemeinsam, daß er in der Wirklichkeit nur recht selten und nur vorübergehend anzutreffen ist. In der Tat hat auch keine einzige größere deutsche Stadt im letzten

Menschenalter eine längere Reihe von Jahren hindurch sich des angeblich normalen Wohnungsvorrats erfreuen können. Und wir werden bei genauerer Prüfung der Umstände, von denen die Wohnungsnachfrage sowie die Wohnungsproduktion in den Großstädten abhängen¹⁾, und sogar zu der Annahme gedrängt sehen, daß in Zeiten des industriellen Aufschwungs, wenn die Wohnungsnachfrage infolge des raschen Anwachsens der Zuwanderung in die Städte und der Zunahme der Eheschließungen stark sich ausdehnt, während die private spekulative Bautätigkeit wegen des Teurerwerdens der Baumaterialien und vor allem wegen des Höhergehens des Zinsfußes sich gleichzeitig einzuschränken genötigt ist, daß in solchen Zeiten ein geringerer Wohnungsvorrat als 3 Prozent eigentlich das Normale ist. Und umgekehrt wird man für die Zeiten des Niedergangs in der Industrie eine überdurchschnittliche Höhe des Wohnungsangebots als nichts Auffallendes zu betrachten haben. Zwei Momente wirken in solchen Zeiten zusammen, um den Wohnungsvorrat in die Höhe zu treiben. Einmal schrumpft die Wohnungsnachfrage zusammen, weil die Eheschließungen abnehmen und die Zuwanderung in die Städte ins Stocken gerät, oft sogar in einen Mehrabzug sich verwandelt. Zum anderen aber zeigt die Wohnungsproduktion gerade in solchen Zeiten eine starke Neigung, sich auszudehnen, weil der niedrige Stand des Zinsfußes und der Baumaterialpreise in Verbindung mit den aus der Zeit der Hochkonjunktur noch relativ hoch gebliebenen Mietpreisen ihr gute Verdienstaussichten eröffnen. So paradox es zunächst klingt, so liegen doch heute tatsächlich die Dinge so, daß in den Städten, wenn starker Wohnungsbedarf herrscht, gewöhnlich weniger als der Durchschnitt, und wenn der Wohnungsneubedarf nur relativ gering ist, überdurchschnittlich viel Wohnungen hergestellt werden. So belief sich z. B. in Frankfurt a. M. in dem Zeitraum 1891 bis 1895 die durchschnittliche jährliche Wohnungsproduktion auf 1748 Wohnungen, obwohl die Bevölkerungszunahme, von den Eingemeindungen abgesehen, gleichzeitig nur 2,92 Prozent jährlich betrug; in der Zeit von 1896 bis 1900 dagegen wurden, obwohl die Bevölkerungszunahme auf 3,31 Prozent gestiegen war, nur 1301 neue Wohnungen im Durchschnitt jährlich auf den Markt gebracht. Ebenso lieferte in Hamburg von 1891 bis 1895 bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszunahme von 1,81 Prozent die Bautätigkeit jährlich 5293 neue Wohnungen, 1896 bis 1900 dagegen war das jährliche Neuangebot von Wohnungen auf 2575 gesunken, obwohl die Zunahme der Einwohnerzahl auf 2,39 Prozent gestiegen war. Die Erklärung für dieses Verhalten des Baugewerbes liegt darin, daß von 1891 bis 1895 in der Industrie Depression oder wenigstens noch ruhiger Geschäfts-

¹⁾ Eine nähere Untersuchung dieser Umstände ist im ersten Teil meiner Schrift „Die Wohnungsfrage“, in der das Wohnungswesen in der modernen Stadt behandelt wird, enthalten. Sammlung Götschen, Nr. 495/6. Leipzig 1910.

gang herrschte, von 1896 bis 1900 dagegen machte Deutschland eine Periode des allerintensivsten geschäftlichen Aufschwungs durch, die in den letzten Jahren, namentlich als die aufsteigende industrielle Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht hatte, das Bauen und den Kredit sehr verteuerte.

Zu der eben entwickelten, natürlich im Leben nicht ausnahmslos gültigen, aber eine wichtige wirtschaftliche Tendenz bezeichnenden Regel steht nun die Lage des Dresdner Wohnungsmarktes am Ende des vorigen Jahrhunderts in einem gewissen Gegensatz. Der scheinbar normale Zustand, das Vorhandensein eines rund dreiprozentigen Wohnungsvorrats, erweist sich als auffallend und normwidrig, wenn man den wirtschaftlichen Charakter jener Jahre bedenkt. Und erst recht tritt das Eigenartige der Lage des Dresdner Wohnungsmarktes um die Jahrhundertwende hervor, wenn man die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt in anderen deutschen Städten zum Vergleich heranzieht. Mit Ausnahme von München haben die deutschen Großstädte, aus denen wir für 1900 Zählungen des Wohnungsvorrats besitzen, regelmäßig niedrigere Prozentfüße der leerstehenden Wohnungen aufzuweisen als Dresden; in vielen von ihnen erreicht der Wohnungsvorrat gerade um die Jahrhundertwende einen Tiefstand, in Leipzig betrug er z. B. 1900 nur 1,68, in Magdeburg 0,77, in Lübeck 2,1, in Berlin 1,34, in Königsberg 2,84 und in Mannheim 1,4 Prozent. Auch in Hamburg, wo 1899 der Wohnungsvorrat fast ebenso hoch wie in Dresden sich stellte, unterscheidet sich die Lage des Wohnungsmarktes doch dadurch wesentlich von der des Dresdner, daß der Teilfuß der leerstehenden Wohnungen in entschiedener Abnahme begriffen ist — von 6,37 Prozent im Jahre 1896 geht er bis 1901 bis auf 2,15 Prozent zurück —, während in Dresden, wie gezeigt, schon seit 1897 der Wohnungsvorrat regelmäßig anwächst. Dabei erfuhr Dresden in dieser Zeit ein ganz außerordentlich schnelles Anwachsen seiner Einwohnerzahl. In der Periode 1890 bis 1895 hatte Dresden um 3,03 Prozent jährlich seine Bevölkerung vermehrt. Das ist, von der Periode 1867 bis 1871 abgesehen, überhaupt die stärkste Vermehrung, die Dresden in einer der Volkszählungsperioden seit der Wiedererrichtung des Deutschen Reichs aufzuweisen hatte. Auch nach 1895 blieb das Tempo des Bevölkerungswachstums zunächst noch einige Jahre unvermindert lebhaft, wenn es sich im ganzen auch von 1896 bis 1900 nicht auf der gleichen Höhe halten konnte wie 1890 bis 1895, 2,26 gegenüber 3,03 Prozent. 1896 betrug die Bevölkerungszunahme 10 515 Personen (4758 Geburtenüberschuß + 5757 Wanderungsgewinn), 1897 stieg sie auf 11 708 (4932 + 6776) und auch 1898, wo der Wanderungsgewinn schon auf 3576 heruntersank, stellte sie sich noch auf 9665 Personen. Diesem Wachstum der Bevölkerung ging naturgemäß eine starke Ausdehnung der Wohnungsnachfrage parallel. Ja, da der Wohnungsneubedarf weniger durch die Höhe der Bevölkerungszunahme an sich, als durch die Eheschließungs-

ziffer bedingt wird — das Wohnungsbedürfnis des unverheirateten in die Städte einströmenden Bevölkerungselements kann zunächst auch durch eine vermehrte Aufnahme von Schlafgängern und Zimmermietern befriedigt werden —, die Eheschließungsziffer aber in Dresden von 1893 bis 1898 ununterbrochen, von 9,56 auf 10,64 auf je 1000 der mittleren Einwohnerzahl gestiegen ist und auch 1899 sich noch auf 10,52 pro Tausend hielt, so ist die Wohnungsnachfrage wohl noch schneller gewachsen als die Bevölkerung. Und trotz diesem stark steigenden Wohnungsbedarf finden wir seit 1897 eine Zunahme des Wohnungsvorrats und eine absolute Höhe desselben, die beinahe dem statistischen Durchschnitt für längere Perioden entspricht. Das läßt trotz der Hindernisse, die der privaten spekulativen Bautätigkeit durch das Ansteigen der industriellen Konjunktur mit ihren Einwirkungen auf die Preise und den Geldmarkt bereitet wurden, auf eine ungemein lebhafte Wohnungsproduktion schließen. Und in der Tat weist von 1896 bis 1899 der Wohnungszuwachs in Dresden von Jahr zu Jahr steigende Ziffern auf. Von 2464 Wohnungen 1896 stieg er auf 3263 Wohnungen im Jahre 1899 an und war auch 1900 mit 2993 Wohnungen noch nicht viel niedriger. Die beträchtliche Zunahme der Wohnungsproduktion in Zeiten lebhaften industriellen Geschäftsgangs, die hierin zum Ausdruck kommt, ist es in erster Linie, was auffallend erscheinen muß und der Erklärung bedarf. Denn die Steigerung der Bautätigkeit zur Zeit der Hochkonjunktur hat es vor allem verschuldet, daß Dresden in die Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs schon mit einem ungewöhnlich großen Wohnungsvorrat eintrat, so daß dann selbst bei stark verminderter Bautätigkeit auch ein geringes Nachlassen der Nachfrage genügte, um den Wohnungsvorrat auf eine abnorme, die Mietpreise stark drückende Höhe zu bringen.

Der Anreiz, der stark genug war, die Kräfte zu überwinden, die sonst gewöhnlich bei ansteigender industrieller Konjunktur das Bauunternehmertum infolge des Höhergehens der Löhne, Preise und Zinssätze zu einer Einschränkung des spekulativen Wohnungsbaus nötigen, kann nur in einer das gewöhnlich Maß weit hinter sich lassenden Steigerung der Bodenwerte bestanden haben. Sind die Bodenpreise in einer Stadt in einer rapiden Aufwärtsbewegung begriffen, so kann das für das Bauunternehmertum solche Gewinnaussichten eröffnen, daß das Hindernis der teurer gewordenen Baukosten daneben nicht mehr in Betracht kommt. Und so haben die Dinge offenbar in Dresden in der Mitte der 90er Jahre gelegen. Die Preise des Grund und Bodens stiegen damals in Dresden unaufhaltsam und in ganz gewaltiger Progression. Die Größe und Allgemeinheit der damaligen Steigerung der Bodenwerte geht aus den statistischen Tatsachen mit großer Sicherheit hervor. Zunächst ist es schon sehr kennzeichnend, daß der Verkehr in Grundstücken im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts eine sehr

starke Zunahme zeigt. Die Zahl der bebauten Grundstücke, die den Besitzer wechselten, stieg von 492 im Jahre 1891 bis auf 1373 im Jahre 1897 in regelmäßigem Wachstum an und hielt sich auch in den beiden nächsten Jahren noch auf einer 1000 Fälle übersteigenden Höhe. Das bedeutet, daß die Häufigkeit des Grundbesitzwechsels durch freiwilligen Verkauf sich von 1891 bis 1897 mehr als verdoppelt hat; von 1000 vorhandenen bebauten Grundstücken gingen 1891 erst 64,43, 1897 dagegen 133,29 auf dem Wege des Verkaufs in anderen Besitz über. Ebenso schnellte auch der Umsatz in unbebauten Grundstücken von 1891 bis 1897 gewaltig in die Höhe; das Anwachsen der Zahl der Besitzwechselfälle, das allerdings im Jahre 1896 vorübergehend unterbrochen wird, war hier im Verhältnis sogar noch stärker; 1891 wechselten nur 205, 1897 aber 945 unbebaute Parzellen den Besitzer durch Kauf, und auch in den nächsten drei Jahren wird noch ein lebhafter Handel mit unbebauten Terrains betrieben. Legt schon diese Häufigkeit des Grundbesitzwechsels am Ausgang des 19. Jahrhunderts die Annahme stark steigender Bodenwerte nahe, so wird dieser Schluß durch eine nähere Untersuchung der Verhältnisse derjenigen verkauften bebauten Grundstücke, bei denen sich der Wert feststellen ließ, und das war eigentlich nur bei verschwindenden Ausnahmen nicht der Fall, vollauf bestätigt. Als Ergebnis der sehr eingehenden und lehrreichen Erhebungen, die das Statistische Amt der Stadt hierüber angestellt hat, ergibt sich nämlich folgendes:

Der durchschnittliche Kaufpreis eines verkauften bebauten Grundstückes wächst am Ende des Jahrhunderts von Jahr zu Jahr mit einer Art von unheimlicher Regelmäßigkeit. 1892 stellt er sich noch auf 84 800 *M.*, bis 1896 ist er auf 108 000 *M.* gestiegen, nach einem kleinen unbedeutenden Rückgang im Jahre 1897 steigt er weiter und erreicht 1899 die Höhe von 124 300 *M.*, die er im folgenden Jahre behauptet, um 1901 sogar auf 126 300 *M.* zu steigen. Erst von da ab beginnt der durchschnittliche Kaufpreis wieder zu fallen. Gewiß können nun auf die Höhe des durchschnittlichen Kaufpreises der bebauten Grundstücke einer Stadt auch rein zufällige Momente, wie die verschiedene Größe der Objekte, von Einfluß sein. Allein die Zerlegung des Kaufpreises in seine beiden Hauptbestandteile, in den Gebäudewert und in den Bodenwert, läßt erkennen, daß der Einfluß der zufälligen Faktoren in diesem Falle nicht von wesentlicher Bedeutung war und daß das Ansteigen des durchschnittlichen Kaufpreises in der Hauptsache durch die gleichzeitige Bewegung des Bodenwertes hervorgerufen wurde und diese widerspiegelt. Das Anwachsen des durchschnittlichen Kaufpreises der bebauten Grundstücke von 1892 bis 1899 ist nämlich in der Weise zustande gekommen, daß der Gebäudeversicherungswert nur von 50 200 auf 60 200 *M.*, der durchschnittliche Bodenkaufwert dagegen, der sich aus dem um den Gebäudeversicherungswert verminderten Kaufpreis ergibt, von 34 600 auf 64 100 *M.*

gestiegen ist. Von der im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erfolgten Preissteigerung der Hausgrundstücke entfällt also der Löwenanteil nicht auf das Haus, sondern auf den Grund und Boden. Infolgedessen ist der Anteil, den der Bodenkaufwert vom Gesamtkaufpreis ausmacht, in diesem Zeitraum außerordentlich in die Höhe gegangen. Während Anfang der 90er Jahre der Bodenkaufwert nur erst wenig über 40 Prozent des Kaufpreises betrug, belief sich 1899 — dieses Jahr bezeichnet den Gipfelpunkt dieser ungesunden Entwicklung — sein Anteil auf 51,52 Prozent.

Die Höherbewertung des Grund und Bodens, die hierin ihren klaren Ausdruck findet, hat die einzelnen Stadtgegenden in etwas verschiedenem Maße erfaßt. Geringer war die Steigerung z. B. in der inneren Altstadt. Dort ist, wenn man die Perioden 1892 bis 1894 und 1898 bis 1900 mit einander vergleicht, der Anteil des Bodenwertes am Kaufpreise nur von 73,40 auf 78,40 gewachsen. Viel stärker war das Maß der Steigerung in der Mehrzahl der äußeren Stadtteile. In den Leipziger Vorstädten ging der Anteil des Bodenwertes am Kaufpreis, wenn man die eben genannten Perioden vergleicht, von 28,64 auf 45,04 Prozent, in Strehlen von 29,35 auf 46,72 und in Striesen von 33,75 auf 49,28 Prozent in die Höhe. In den Vororten, wie Pieschen und Trachenberge, Plauen, Löbtau, Cotta usw., die um diese Zeit oder später einverleibt wurden, war das Maß der Bodenpreissteigerung vermutlich ebenso groß, wenn nicht noch größer; leider ist es aber für diese nicht feststellbar.

Über die Ursachen der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Bodenpreise am Schluß des vorigen Jahrhunderts ist es schwer, etwas Zuverlässiges zu sagen. Die Preisbildung wird ja nicht allein von objektiven Faktoren bestimmt, wenn sich diese auch auf die Dauer immer siegreich durchsetzen müssen, sondern sie hängt sehr wesentlich auch von den subjektiven Anschauungen der am Wirtschaftsleben beteiligten Personen ab. Diese haben sich damals anscheinend aber allgemein einer großen Überschätzung der künftigen baulichen Entwicklung Dresdens hingegeben. Man war in Dresden durch das ununterbrochene Vorwärtsschreiten der Stadt an Einwohnerzahl seit dem Anfang der 80er Jahre verwöhnt worden, das von einem ebenso regelmäßigen Ansteigen der Wohnungsmieten begleitet worden war.

Im ganzen ist der durchschnittliche Mietpreis für ein heizbares Zimmer in Mietwohnungen ohne gewerbliche Nebenbenutzung von 1885 bis 1900 gestiegen: bei Einzimmerwohnungen von 143 auf 221 *M.*, bei Zweizimmerwohnungen von 132 auf 179, bei Wohnungen mit drei Zimmern von 141 auf 176, bei solchen mit vier Zimmern von 160 auf 193, bei solchen mit fünf Zimmern von 173 auf 217 *M.* In etwa demselben Verhältnis sind auch die Preise der größeren Wohnungen in die Höhe gegangen, die Preise der Wohnungen mit sieben Zimmern z. B. von 189 auf 258 *M.* für das

Zimmer, derjenigen mit acht Zimmern von 202 auf 262 *M.*, derjenigen mit neun von 198 auf 289 und derjenigen mit zehn und mehr Zimmern von 211 auf 301 *M.* Kurz, das Steigen der Mieten in Dresden war während der letzten beiden Jahrzehnte des verflossenen Jahrhunderts eine ganz allgemeine und anhaltende Erscheinung, von der auch die Wohnungen in den verschiedenen Stockwerken ziemlich gleichmäßig erfaßt wurden. Im Durchschnitt ist die Mietpreissteigerung auf etwa 40 Prozent zu veranschlagen.

Unter dem Eindruck dieser ununterbrochenen Aufwärtsbewegung während einer so langen Zeit — andere deutsche Städte haben dagegen Anfang der 90er Jahre zum Teil einen Rückgang oder wenigstens einen annähernden Stillstand ihrer Entwicklung durchmachen müssen — sind die Kreise der Bevölkerung Dresdens, die als Käufer und Verkäufer auf dem Grundstücks-
 markte auftraten, offenbar der Versuchung erlegen, diesen gleichmäßigen Gang der aufsteigenden Entwicklung als den normalen Zustand für das ja in vielen Beziehungen von der Natur und der Geschichte begünstigte Elbflorenz anzusehen und mit der Gefahr des Eintritts von Rückschlägen nicht mehr zu rechnen. Wenn in einem Erwerbszweig oder in einem Bezirk lange Zeit keine Krisen oder Konjunkturrückgänge vorkommen, dann pflegen die Menschen ja überhaupt gern die Möglichkeit von Störungen ganz aus dem Gedächtnis zu verlieren. Und von manchen Dresdner Bodenspekulanten, die vielleicht selbst größere wirtschaftliche Einsicht besaßen, ist dieser unbegrenzte Optimismus wohl auch noch absichtlich genährt worden. Glauben finden für ihre Behauptungen konnten solche Spekulanten aber doch nur deshalb, weil in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Dresdens blindes Vertrauen in die unge störte Fortdauer der günstigen Konjunktur auf dem Wohnungs- und dem Grundstücksmarkt gesetzt wurde. Und auch außerhalb Dresdens hat man dieses Vertrauen geteilt und den Erwerb von Grundbesitz in Dresden sowie die Kreditgewährung auf Dresdner Grundstücke als eine gute und sichere Kapitalanlage betrachtet. Bei der Untersuchung der Verhältnisse des subhastierten Dresdner Hausbesitzes, die das städtische Statistische Amt auf Grund der Zwangsversteigerungen der Jahre 1904 und 1905 vorgenommen hat, ergaben sich einige Tatsachen, die hierauf ein bezeichnendes Licht werfen. Von den zusammen 896 Zwangsversteigerungen der beiden Jahre 1904 und 1905 betrafen 764 den Hausbesitz Dresdner Einwohner und 132 den auswärtiger Personen. Das läßt auf eine außer-
 gewöhnlich starke Beteiligung auswärtiger Elemente am Grundbesitzerwerb in Dresden gerade am Ende des 19. Jahrhunderts schließen, dann im ganzen entfielen im Jahre 1900 von den einzelnen Privatpersonen gehörigen bebauten Grundstücken in Dresden nur 7,24 Prozent auf den Besitz von Personen, die außerhalb Dresdens wohnten. Und unter den Gläubigern des in den fraglichen beiden Jahren subhastierten Dresdner Hausbesitzes waren 1925

= 69 Prozent Dresdner und 878 = 31 Prozent auswärtige Geldgeber. Während aber die Forderungen der Dresdner Gläubiger rund 44 Millionen Mark betragen, stellten sich die der auswärtigen auf rund 49 Millionen Mark. Darunter waren 14 Millionen Forderungen von Privatkapitalisten, 11 Millionen Hypotheken auswärtiger sächsischer Sparkassen, 12 Millionen Hypotheken von 14 außer-sächsischen Hypothekenbanken und 9 Millionen Hypotheken von sonstigen auswärtigen Banken, auswärtigen Versicherungsgesellschaften usw. Das auswärtige Kapital hat also offenbar in der guten Zeit der 90er Jahre sich förmlich nach Dresden gedrängt, um von der für besonders vorteilhaft gehaltenen Anlage in Hypotheken auf Dresdner Grundstücke Gewinn zu ziehen.

Allgemein sind eben damals die Verhältnisse des Dresdner Grundstücksmarktes für hervorragend günstig und sicher gehalten worden. Nichts wirkt ja so ansteckend wie wirtschaftlicher Optimismus. Dem Anreiz zu einer Höherbewertung des Grundbesitzes, den er ausübte, konnte sich kaum jemand damals in Dresden entziehen. Auch die Werttagen der Behörden machen davon keine Ausnahme, und, wenn für Nachbargrundstücke auf einmal allgemein höhere Preise bewilligt werden, so müssen ja auch die Gerichte, Behörden usw. bei ihren Wertschätzungen dem notwendig Rechnung tragen, selbst wenn sie innerlich von der Beständigkeit der aufsteigenden Preisbewegung nicht recht überzeugt sind. So ist in Dresden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bei der Bewertung des Grundbesitzes allgemein gesündigt worden, ohne daß man hierfür bestimmte Kreise verantwortlich zu machen imstande ist. Es fragt sich höchstens, ob außer den schon erwähnten, aus der rasch und ununterbrochen aufsteigenden wirtschaftlichen Entwicklung Dresdens abgeleiteten allgemeinen Gründen etwa noch besondere objektive Faktoren vorhanden waren, welche der subjektiven Neigung, die Bodenpreise in die Höhe zu treiben, als Nährboden und Unterlage dienen konnten. Als solches Moment ist mehrfach die verspätete Verabschiedung der Baupläne für die noch nicht der Bebauung erschlossenen Teile Dresdens und seiner Umgebung sowie der hierdurch bewirkte Mangel an baureifem Gelände angeführt worden. Es mag sein, daß dieses Moment in gewissem Umfang dazu beigetragen hat, die aufsteigende Konjunktur auf dem Grundstücksmarkte zu stützen. Die eigentliche treibende Kraft der aufsteigenden Konjunktur ist dieser Umstand aber kaum gewesen. Einmal ist ein statistischer Beweis dafür, daß in den 90er Jahren ein wirklicher Mangel an fertigen Baustellen in Dresden bestanden habe — die früher mitgeteilten Zahlen über die Bautätigkeit von 1896 bis 1899 lassen davon nichts erkennen —, meines Wissens bisher noch nicht geführt worden. Dann aber widersprechen dieser Auffassung auch allgemeine Erwägungen. Die Höherbewertung des städtischen Bodens pflegt sich nicht von außen nach innen, von den Bauplänen zu den schon bebauten

Grundstücken, zu vollziehen, sondern vielmehr gerade in umgekehrter Richtung. Und auch in Dresden ist dem Anschein nach in der hier in Frage stehenden Zeit die Entwicklung von innen nach außen gegangen. Die Preissteigerung der bebauten Grundstücke ist vorangegangen und das unbebaute Gelände hat sich dieser Bewegung dann angeschlossen. Vielfach hat die Wertsteigerung der Hausgrundstücke wohl sogar, worauf manche Tatsachen hindeuten, die sich bei der Untersuchung der Verhältnisse des subhastierten Grundbesitzes herausstellten, den Hausbesitzern erst die Mittel geliefert, um in Baustellen spekulieren zu können. So ist das Spekulationsfieber, das sich damals eines großen Teils der Dresdner Bevölkerung bemächtigt hatte und das auch zahlreiche Personen, die ihren Beruf nach zum Erwerb vom Grundbesitz eigentlich keine Veranlassung hatten, zu Bodenankäufen reizte, als die eigentliche Ursache der allgemeinen stürmischen Aufwärtsbewegung der Preise des Grund und Bodens anzusehen. Wie das statistische Amt in seinem Bericht über die Verhältnisse des subhastierten Hausbesitzes ausdrücklich hervorhebt, „läßt die Tatsache sich nicht bestreiten, daß viele Personen ohne berufliche Nötigung Grundbesitz erworben und in den Strudel der Häuser- und Terrainspekulation sich gestürzt haben, die, wie das Schicksal ihres Besitzes lehrt, besser die Hand davon gelassen hätten.“

In den Ertragsverhältnissen des Dresdner Grundbesitzes waren die Preistreiberien, die am Ende des Jahrhunderts vorgenommen wurden, jedenfalls nicht begründet. Vielmehr wurde durch die hohen Preise, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gezahlt wurden, die Rente der Häuser stark heruntergedrückt. Bei den bebauten Grundstücken, die in Dresden während der Jahre 1892 und 1893 verkauft wurden, machte der jährliche Mietertrag im Durchschnitt noch 5,40 Prozent des Kaufpreises aus. Von da an gestaltet sich das Verhältnis zwischen Mietertrag und Kaufpreis fast von Jahr zu Jahr ungünstiger, bis im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1900 der Mietertrag der verkauften Hausgrundstücke nur noch 4,72 Prozent des Kaufpreises ausmacht. In den einzelnen Stadtteilen gestaltet sich das Sinken der Häuserrente natürlich verschieden; vergleicht man die Perioden 1892 bis 1894 und 1898 bis 1900, so ging die Rente in der inneren Altstadt z. B. von 4,77 auf 4,08, in der Pirnaischen Vorstadt und Johannstadt von 5,42 auf 4,94, in der See- und Südvorstadt von 5,16 auf 4,57, in der Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt von 5,69 auf 4,69, in Striesen von 5,64 auf 4,98 Prozent zurück usw. Wenn irgendetwas, so sind diese Tatsachen ein untrügliches Zeichen für die spekulative Natur der damaligen Preisbewegung. Die Preise der Hausgrundstücke stiegen nicht, weil ihr Ertrag entsprechend gewachsen war, sondern die hohen Preise wurden gezahlt, weil man auf ein weiteres Steigen der Häuserrente und damit auch der Häuserpreise spekulierte und daher für die Gegenwart sogar mit einer ge-

ringeren Verzinsung des in Häusern angelegten Kapitals als der sonst üblichen sich begnügte. Wenn nun aber die Erwartungen auf ein fortgesetztes Steigen der Mieten sich nicht erfüllten, wenn an die Stelle des regelmäßigen Wachstums der Mieterträge ein Rückgang oder auch nur ein Stillstand in der Entwicklung der Wohnungspreise trat, dann mußte die Überbewertung der Häuser im Verhältnis zu ihrem Ertrag, zu der die Hauskäufer am Schluß des Jahrhunderts sich meist hatten verführen lassen, für alle wirtschaftlich nicht genügend widerstandsfähigen Elemente schwere Gefahren in sich schließen.

Diese Gefahren sollten auch bald Wirklichkeit werden. Und zwar trat der Umschlag der Konjunktur auf dem Wohnungsmarkte viel schneller und in viel schärferer Form ein, als wohl irgend jemand noch im Jahre 1900 vorhergesehen hatte. Die Wendung wurde dabei nicht sowohl durch eine ungesunde Steigerung der Wohnungsproduktion, wie verschiedentlich behauptet worden ist, als vielmehr durch ein plötzliches Nachlassen der Wohnungsnachfrage bewirkt. Die Bautätigkeit hat sich in der ganzen Zeit seit 1900 in relativ engen Grenzen bewegt und in Altdresden in keinem Jahre des neuen Jahrhunderts bisher wieder die hohen Ziffern von 1897 bis 1900 erreicht, wo durchschnittlich jährlich über 3000 neue Wohnungen erstellt wurden. Im Jahre 1901 wurden 2267 neue Wohnungen erbaut, 1902 gar nur 2021, in den nächsten beiden Jahren steigen die Zahlen allerdings wieder auf 2821 und 2695 in Altdresden sowie auf 4369 und 4061 in Gesamtdresden einschließlich der neu einverleibten Vororte, um von da an bis zur Gegenwart aber regelmäßig weiter zu sinken und schließlich in den Jahren 1907 bis 1909 mit durchschnittlich noch nicht einmal 1000 neu erstellten Wohnungen einen lange nicht dagewesenen Tiefstand zu erreichen.

Diese Zurückhaltung der Bautätigkeit erscheint doppelt bemerkenswert, wenn man sich die wirtschaftlichen Verhältnisse während der ersten Jahre des neuen Säkulums vergegenwärtigt. Die industrielle Depression, die zu jener Zeit herrschte, ließ die Preise der Baumaterialien von dem 1899 und 1900 erreichten Hochstand wieder herabsinken; ebenso wurde das Angebot von Sparkapitalien, das in den Jahren 1899 und 1900, wo der Privatdiskont an der Berliner Börse auf durchschnittlich 4,45 beziehungsweise 4,41 Prozent gestanden hatte, ungemein knapp gewesen war, von Jahr zu Jahr wieder reichlicher. Das reichliche Kapitalangebot zu niedrigem Zinsfuß ist es auch vor allem gewesen, was die Wiederzunahme der Bautätigkeit in Dresden im Jahre 1903 bewirkt hat. Die Einverleibung einer Reihe von Vororten, die gern als das Reizmittel betrachtet wird, das auf die Bautätigkeit 1903 und 1904 hauptsächlich stimulierend gewirkt habe, ist daneben erst in die zweite Reihe zu stellen, wenn der Vorgang der Eingemeindung auf die Bautätigkeit in den Vororten natürlich auch einen erheblichen Einfluß gehabt hat, auf den man sich in

den betreffenden Orten durch Straßenbauten usw. übrigens schon teilweise seit einiger Zeit vorbereitet hatte. Viel wichtiger ist für die Wiedernahme der Bautätigkeit aber ohne Zweifel die günstige Lage des Geldmarktes in den Jahren 1902 und 1903 gewesen. Von allen Seiten wurde damals Kapital zu günstigen Bedingungen der Bautätigkeit zur Verfügung gestellt. Die Sparkasse der Stadt Dresden hatte daher, wie sie in ihrem Jahresbericht für 1903 mitteilt, große Schwierigkeiten, neue Hypotheken zu erlangen, da ihr beim Hypothekengeschäft von den Hypothekenbanken und anderen Instituten starke Konkurrenz gemacht wurde. In der Tat konnte die Dresdner Sparkasse ihren Bestand an Hypothekensforderungen, der 1901 um rund 6,2 und 1902 sogar um 10,75 Millionen Mark gestiegen war, im Jahre 1903 nur um 2,1 und 1904 nur um 3,3 Millionen Mark vergrößern trotz starkem Anwachsen der Einlegerguthaben auch in diesen Jahren. Die Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden dagegen, die in ihren Beleihungsbedingungen sich etwas freier zu bewegen vermag als die Sparkasse, erhöhte 1903 ihren Hypothekenbestand um 8,1 und 1904 um $6\frac{3}{4}$ Millionen Mark.

Vergegenwärtigt man sich diese der Ausdehnung der Bautätigkeit günstigen Verhältnisse und berücksichtigt man, daß es eigentlich Aufgabe der privaten Bautätigkeit ist, in Depressionszeiten für den abnehmenden industriellen Beschäftigungsgrad durch ihre Ausdehnung einen gewissen volkswirtschaftlichen Ausgleich zu schaffen, so wird man unmöglich von einer ungesunden und abnormen Steigerung der Wohnungsproduktion in Dresden am Beginn des neuen Jahrhunderts sprechen können. Und erst recht tritt die Zurückhaltung, deren sich die Dresdner Wohnungsproduktion befleißigte, bei einem Vergleich Dresdens mit anderen deutschen Städten von ähnlicher Einwohnerzahl hervor. Während in Dresden die Bautätigkeit in den Anfangsjahren des neuen Jahrhunderts hinter der in den Schlussjahren des alten erheblich zurückblieb, verhält es sich in anderen Großstädten gerade umgekehrt. In Frankfurt a. M. wurden in den Jahren 1902 bis 1906 durchschnittlich etwa dreimal soviel Wohnungen jährlich neu auf den Markt gebracht wie in der Periode 1896 bis 1899, und ähnlich liegen die Dinge auch in Hamburg, Leipzig und München. Die Zahl der im Dresdner Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, die allerdings nicht allein von dem Umfang der Wohnungsproduktion abhängt, ist auch seit 1900, wo sie 2216 betrug, nach den Arbeiterzählungen vom 1. Mai stark zurückgegangen; 1902 betrug sie 700 und 1905 790. Erst 1906 wurde die Zahl vom Jahre 1900 wieder erreicht und etwas überschritten.

Wenn man von einer ungesunden Lebhaftigkeit der Bautätigkeit in Dresden sprechen will, so trifft das also nicht für das neue Jahrhundert, sondern nach dem früher Gesagten eher für die Jahre 1897 bis 1900 zu. Die Hauptschuld an der für den Hausbesitz ungünstigen Gestaltung des Ver-

hältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt im neuen Jahrhundert trägt indessen überhaupt weniger der Gang der Wohnungsproduktion, als vielmehr die Entwicklung des Wohnungsbedarfs

Die Wohnungsnachfrage fing um die Jahrhundertwende auf einmal an, in ganz unerhörter Weise zusammenzuschrumpfen. Zwar der Geburtenüberschuß hielt sich auch im neuen Jahrhundert seiner absoluten Zahl nach noch auf der früheren Höhe, wenn auch die Zahl der Geburten auf je 1000 der mittleren Bevölkerung von 1899 bis 1908 von 35,43 auf 25,65 ununterbrochen zurückging; aber die zweite Hauptquelle des städtischen Bevölkerungswachstums, der Mehrzuzug, versiegte im neuen Jahrhundert wie mit einem Schlage. Schon 1899 war der Wanderungsgewinn, der 1897 noch 6776 und auch 1898 immer noch 3576 Personen betragen hatte, auf 398 zusammengeschmolzen, und seit 1900 ergab sich statt eines Wanderungsgewinns ein Wanderungsverlust von 2369 Personen, der sich in den nächsten Jahren noch steigerte. Wenn auch die letzten Jahre vor der Volkszählung von 1905 wieder ein Überwiegen der Zuwanderung brachten, so gestaltete sich im ganzen die Bevölkerungsentwicklung Dresdens zwischen den Volkszählungen von 1900 und 1905 doch so, daß das Wachstum der Bevölkerung, natürlich ohne Einrechnung der seit 1900 einverleibten Vororte, nur 0,84 Prozent jährlich betrug. Das ist weitaus die niedrigste Zuwachsrate, welche die Einwohnerzahl Dresdens in irgendeiner der Perioden seit 1834 aufzuweisen hatte. Absolut betrug die Bevölkerungszunahme nur 16 159 Personen, während sie in der unmittelbar vorhergehenden Volkszählungsperiode auf 33 631 und in der nächstfrüheren Periode sogar auf 34 161 sich belaufen hatte. Der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle würde auch in der Zeit von 1900 bis 1905 auf dem alten Stadtgebiet immer noch eine Bevölkerungszunahme von 24 106 = 1,19 Prozent jährlich ermöglicht haben, aber durch den Wanderungsverlust von 7947 Personen wurde das Wachstum der Einwohnerzahl auf nur 16 159 Personen heruntergedrückt. Diese Verlangsamung der Bevölkerungsvermehrung war gleichbedeutend mit einem rapiden Sinken der Wohnungsnachfrage, zumal mit dem Nachlassen der Zuwanderung auch ein Rückgang der Eheschließungsziffer Hand in Hand ging. Im Jahre 1899 waren auf je 1000 der mittleren Bevölkerung noch 10,52 und im Jahre vorher sogar 10,64 Ehen geschlossen worden. Von da ab geht die Eheschließungsziffer stetig von Jahr zu Jahr weiter herunter, bis sie 1908 auf dem Satz von 7,55 anlangt.

So kann es nicht Wunder nehmen, daß im neuen Jahrhundert bald eine starke Verschiebung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkte zu ungunsten des ersteren sich fühlbar machte. Auch die große Zurückhaltung, welche die Bautätigkeit sich auferlegte, konnte diesen Prozeß nicht aufhalten. Dazu war das Schwinden der Nachfrage

zu stark und außerdem war Dresden, wie früher gezeigt, in das neue Jahrhundert bereits mit einem für die damals herrschenden Verhältnisse abnorm großen Wohnungsvorrat eingetreten. So ging im neuen Jahrhundert der Anteilssatz der leerstehenden Wohnungen in rascher Progression in die Höhe. War er 1900 mit 4,33 Prozent noch nicht allzu weit von dem Normalwohnungsvorrat entfernt gewesen, so betrug er 1902 mit 6,09 Prozent bereits das Doppelte des Regelsatzes und erreichte 1904 mit 7,34 Prozent seinen höchsten Stand für ganz Dresden. Auch die nächsten beiden Jahre weisen mit 6,82 und 5,79 Prozent noch stark von der Norm nach oben abweichende Sätze auf. Erst im Herbst 1907 wird mit einem Vorrat von 3,80 Prozent der normale Zustand annähernd wieder erreicht. Nicht für alle Stadtteile übrigens brachte wie es auch nur natürlich ist, schon das Jahr 1904 das Maximum des Prozentsatzes an leerstehenden Wohnungen. Bei einer ganzen Reihe von ihnen, so vor allem für einige den Stadtkern unmittelbar umgebende Bezirke, wie die Pirnaische Vorstadt, die Seevorstadt, die Wilsdruffer Vorstadt, die Friedrichstadt und die Antonstadt, trat der Höchststand des Wohnungsvorrats erst 1905 ein, und zwei Stadtteile, nämlich die innere Altstadt sowie Trachenberge, erreichten ihn sogar erst 1906. Und auch im Jahre 1904 verteilte sich, wie nicht anders zu erwarten, der durchschnittliche Wohnungsvorrat von 7,34 Prozent mit sehr erheblichen Abweichungen auf die verschiedenen Stadtteile. Bemerkenswert ist insbesondere, daß die Stadtteile, die beträchtlich über den Durchschnitt hinausgingen, zu den vom Stadtkern weiter entfernten Stadtteilen und Vororten gehörten. Am meisten über dem Durchschnitt standen nämlich Gruna mit 8,69, Trachau mit 9,91, die Leipziger Vorstädte mit 9,91 und 10,29 Prozent, Pieschen mit 10,66, Trachenberge mit 10,95, Striesen mit 11,06 und Kaditz mit 11,92 Prozent. Große Teile der Altstadt und des älteren Hausbesitzes sind also von der Depression auf dem Wohnungsmarkte nicht so scharf betroffen worden wie die erst in neuerer Zeit bebauten Gegenden.

Die einzelnen Wohnungsgrößenklassen hatten unter der Gefahr, unvermietet zu bleiben, ziemlich gleichmäßig zu leiden. Am höchsten, auf 9,14 Prozent, stellte sich im Jahre 1904 der Wohnungsvorrat bei den Wohnungen mit sechs Räumen, am niedrigsten, nämlich nur auf 5,12 Prozent, bei den ganz großen Wohnungen, denjenigen mit mehr als zehn Wohnräumen. Bei den beiden quantitativ am meisten ins Gewicht fallenden Größenklassen, den Wohnungen mit drei und denen mit vier Räumen, auf die von insgesamt 131 021 im Jahre 1904 vorhandenen Wohnungen 44 019 beziehungsweise 39 162 entfielen, standen 6,92 und 7,15 Prozent der Wohnungen leer. Diese Verteilung der leerstehenden Wohnungen auf die verschiedenen Größenklassen hat in den Jahren 1902 bis 1907 auch keine wesentlichen Veränderungen erfahren.

Die wichtigste Wirkung, die sich aus der starken Verschiebung des Verhältnisses auf dem Wohnungsmarkte zu ungunsten des Angebots ergab, war ein allgemeiner Rückgang der Mieten, der bald nach Beginn des neuen Jahrhunderts einsetzte. Bereits an der Hand der Ergebnisse der Zählung der leerstehenden Wohnungen vom 12. Oktober 1903 konnte das städtische Statistische Amt feststellen, das seit 1900 auf dem Dresdner Wohnungsmarkte eine Preisbewegung größeren Umfanges sich geltend mache, deren Tendenz eine überwiegend sinkende sei. Dabei handelte es sich bei dieser Untersuchung um einen Vergleich der für die leerstehenden Wohnungen 1903 geforderten Preise mit den für dieselben Wohnungen im Dezember 1900 wirklich gezahlten und bei Gelegenheit der damaligen allgemeinen Wohnungsaufnahme ermittelten Preisen. Die Preise für leerstehende Wohnungen stellen aber eben nur geforderte Preise dar, an denen bei der Vermietung oft noch etwas nachgelassen wird. In den nächsten Jahren hat sich der Rückgang der Mieten noch weiter fortgesetzt und zwar wohl in beschleunigtem Tempo. In voller Klarheit tritt die rückläufige Bewegung, in der die Mieten damals in Dresden begriffen waren, bei einem Vergleich der Mietpreise der besetzten Mietwohnungen im Jahre 1905 mit den Ergebnissen der Mietpreistatistik von 1900 hervor. Von 1900 bis 1905 ging der durchschnittliche Mietpreis eines heizbaren Zimmers in den besetzten Mietwohnungen ohne gewerbliche Nebenbenutzung zurück: in Einzimmerwohnungen von 221 auf 211 *M*, in Zweizimmerwohnungen von 179 *M* auf 155 *M* 50 *S*, in Wohnungen mit drei Zimmern von 176 auf 155 *M*, in solchen mit vier Zimmern von 193 auf 173, in solchen mit fünf von 217 auf 210, in denen mit sechs von 240 auf 227 *M* usw. Ging damit auch nicht der gesamte, durch die Preissteigerungen der Jahre 1885 bis 1900 erzielte Mehrertrag der Häuser wieder verloren, so bedeutete das immerhin gegenüber dem Stande vom Jahre 1900 ein Sinken der Mieten um durchschnittlich fast 10 Prozent. Und auch nach 1905 scheint sich das Fallen der Mieten noch einige Zeit fortgesetzt zu haben. Nach der jährlichen Zählung der leerstehenden Wohnungen sind die für letztere geforderten Preise noch bis 1906 allgemein gesunken, und zwar betrug nach dieser Quelle der Rückgang bei den kleineren und mittleren Wohnungen, d. h. denjenigen mit drei bis sieben Wohnräumen (nicht heizbaren Zimmern) von 1903 bis 1906 durchschnittlich 3,5 Prozent. Erst von 1906 ab ist, zunächst in den neuen Vororten, der Rückgang zum Stillstand gekommen und hat dann allmählich einem neuen Wiederanziehen Platz gemacht. Ebenso stark, oder, wegen der durch das häufigere durchschnittliche Leerstehen der Wohnungen bedingten größeren Mietzinsverluste, sogar noch stärker wie die durchschnittlichen Zimmermieten gingen natürlich auch die Gesamterträge der Häuser zurück. Wir haben in lange Listen über die Erträgnisse Dresdner Häuser aus allen möglichen Gegenden der Stadt in

den Jahren von 1900 bis 1909 Einblick nehmen können und da zahlreiche Häuser gefunden, die im Jahre 1909 noch nicht wieder den Ertrag abzuwerfen imstande waren, den sie 1900 geliefert hatten. Der stärkste Rückgang des Ertrags fällt gewöhnlich in die Jahre 1904 bis 1906.

Und nun kam es, wie es kommen mußte. Die Häuser, die von 1897 bis 1900 im blinden Vertrauen auf das gleichmäßige Anhalten der aufsteigenden Entwicklung Dresdens zu Preisen, die erheblich über ihren tatsächlichen Ertragswert hinausgingen, gekauft worden waren, konnten, als die plötzliche Absatzstörung auf dem Wohnungsmarkte sowie die Umkehr der bisherigen Preisbewegung eintrat, von ihren Besitzern in großem Umfange nicht mehr gehalten werden. Damit ging die Zahl der Zwangsversteigerungen in beunruhigender Weise in die Höhe. Von 1886 bis 1899 hatten die Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke in Dresden in ziemlich engen Grenzen sich bewegt. Sie hatten zwischen 11 im Minimum im Jahre 1890 und 73 im Maximum im Jahre 1899 geschwankt, d. h. es waren von je 1000 am Jahres-schluß vorhandenen bebauten Grundstücken zwischen 1,32 und 6,23 in einem Jahr zwangsweise versteigert worden. Bedeutet schon die Zahl von 73 Zwangsversteigerungen im Jahre 1899 den höchsten Stand dieser ganzen Periode, so war das aber doch nur ein Vorspiel für das, was jetzt kommen sollte. Von Jahr zu Jahr schwoll die Zahl der Zwangsversteigerungen mehr an. Schon 1901 betrug sie beinahe das Vierfache der Zahl von 1899, und bis 1904, wo sie den Kulminationspunkt erreichte, stieg sie sogar auf 524. Das bedeutet, daß in diesem Jahre über 32,02 vom Tausend der vorhandenen Hausgrundstücke die Zwangsversteigerung verhängt werden mußte. Hand in Hand mit der Zunahme der Subhastation bebauter Grundstücke ging auch ein Anwachsen der Vergantungen unbebauten Grundbesitzes. Zwangsversteigerungen in unbebaute Grundstücke, die bis 1897 eigentlich eine Seltenheit gewesen waren, kamen schon 1899 in 91 Fällen vor. Bis 1904 — in dieses Jahr fällt auch hier das Maximum — stieg dann mit manchen Schwankungen die Zahl auf 177. Nach 1904 gehen die Zwangsversteigerungen in bebaute sowie in unbebaute Grundstücke — beide Fälle treten auch häufig verbunden auf — zwar allmählich wieder zurück, aber bis zum letzten Jahr, bis 1909 hat sich die Zahl der jährlichen Vergantungen doch noch auf einer beträchtlichen Höhe gehalten, und sie war selbst 1909 noch nicht wieder auf dem selbst schon relativ hohen Satze von zehn Jahren früher, der den Ausgangspunkt der ganzen ungünstigen Bewegung bildete, angelangt. Im ganzen sind in den sieben Jahren 1901 bis 1907, die man als die Hauptkrisenjahre bezeichnen darf, 2765 bebaute und 814 unbebaute Grundstücke zwangsweise versteigert worden.

So hoch diese Zahlen auch erscheinen mögen, so berechtigen sie doch nicht entfernt zu der Behauptung, daß im letzten Jahrzehnt etwa der g a n z e

Dresdner Grundbesitz eine Krisis habe durchmachen müssen. Allerdings ist das in der Zeit der Krisis auch in Dresden selbst vielfach gesagt worden. Indessen waren das nur Übertreibungen, und zwar recht unkluge und gefährliche Übertreibungen. Denn die heftigen Klagen, die damals aus Dresden ertönten, konnten die Wirkung haben, das erst herbeizuführen, was sie als schon vorhanden bezeichneten, indem sie die auswärtigen Geldgeber in großem Umfange zu Kapitalkündigungen veranlaßten. In der Tat haben solche Kreditzurückziehungen in jener Periode auch vielfach stattgefunden, wodurch die schwierige Lage des Dresdner Hausbesitzes nur noch verschlimmert wurde.

Die Grundstückskrisis, die mit dem neuen Jahrhundert über Dresden hereinbrach, war im Grunde indessen nicht eine allgemeine Krisis des Dresdner Grundbesitzes, sondern in erster Linie nur eine Krisis derjenigen Besitzer, die ihre Grundstücke in der Zeit der Hochkonjunktur zu hoch bezahlt hatten. Das geht evident aus einer Tatsache hervor, die von dem städtischen Statistischen Amt gelegentlich einer eingehenden Spezialuntersuchung über die Zwangsversteigerungen der Jahre 1904 und 1905 festgestellt worden ist. Die insgesamt 1087 Zwangsversteigerungen dieser beiden Jahre betreffen nämlich ganz überwiegend Grundbesitz, der erst nach 1894 erworben worden war. Auf 1894 und früher erworbenen Grundbesitz entfallen nur 57 Fälle, in 263 Fällen handelte es sich um Grundbesitz, der zwischen 1895 und 1899 erworben worden war, und in 767 Fällen sogar um Grundbesitz, dessen Erwerb erst in die Zeit nach 1899 fällt. Der weitaus größte Teil des verganteten Besitzes ist also von den Besitzern, die ihn nicht halten konnten, in der Periode der spekulativ in die Höhe getriebenen Bodenwerte erworben worden. Und dieser Erwerb ist auch ganz überwiegend, in rund 90 Prozent aller Fälle, ein freiwilliger gewesen, so daß die Besitzer auch nicht darauf sich berufen können, sie hätten sich beim Erwerb in einer Zwangslage befunden.

Und was die Lage dieser Besitzer kritisch und schließlich vielfach unhaltbar machte, das war nicht sowohl die Zunahme des Wohnungsangebots und die hieraus entspringenden Mietzinsverluste, als vielmehr der Umstand, daß die Grundstücke in falscher Beurteilung der Zukunft zu Preisen, die ihren Wert weit überstiegen, gekauft worden waren und daß die erwartete Wertsteigerung dann ausblieb. Darauf weist schon die Tatsache nachdrücklich hin, daß über ein Viertel sämtlicher Subhastationen der Jahre 1904 und 1905, nämlich 281 von 1087, auf die beiden älteren Vororte Striesen und Pieschen entfallen. Von diesen gehört aber Striesen, das mit 178 Vergantungen überhaupt an der Spitze aller Stadtteile steht, zu denjenigen Stadtgegenden, in denen, wie früher (Seite 48) gezeigt, der Bodenwert in den Jahren 1898 bis 1900 mit am stärksten in die Höhe getrieben worden war. In Pieschen wird es wohl nicht anders gewesen sein, wenn es sich hier auch aus den schon erwähnten Gründen nicht nachweisen läßt.

Auch das Statistische Amt kommt bei seiner Untersuchung über die Zwangsversteigerungen der Jahre 1904 und 1905 zu dem Ergebnis, daß bei 87 Prozent oder bei rund sieben Achtel aller in diesen beiden Jahren subhastierten Hausgrundstücke „das Maß ihrer Vermietbarkeit für ihr schließliches Schicksal größtenteils gänzlich belanglos und in den übrigen Fällen zum mindesten nicht entscheidend war“. Am schlagendsten tritt die Tatsache, daß der Grad der Vermietbarkeit des Hausbesitzes unter den Ursachen, die zu seiner Subhastation führten, nicht die ausschlaggebende Rolle gespielt hat, in folgendem hervor: in 111 von den 213 Fällen, in denen der Mietertrag hinter den aufzubringenden Hypothekenzinsen um über 4 Prozent zurückblieb, die also an sich dafür zu sprechen scheinen, daß zwischen der Subhastation und den Mietausfällen infolge von Leerstehen der Wohnungen ein Zusammenhang anzunehmen ist, würde nicht einmal der volle Mietertrag zur Bezahlung der Hypothekenzinsen ausgereicht haben. „In diesen 111 Fällen war“, wie das Statistische Amt treffend bemerkt, „der Hausbesitz derart verschuldet, daß seine nominellen Eigentümer in den beiden dem Zwangsversteigerungsjahr vorhergehenden Jahren aus dem Ertrag dieses Besitzes unter keinen Umständen ihre Hypothekenzinsen voll bezahlen konnten, selbst dann nicht, wenn die letzte Wohnung und der letzte sonstige vermietbare Raum in den beiden Jahren ständig vermietet gewesen wären.“

Aus diesen Feststellungen erhellt, daß es nicht angeht, die Entstehung der Grundstückskrisis auf das Überangebot, das sich am Wohnungsmarkte herausgebildet hatte, und die Mietzinsverluste, die sich in seinem Gefolge einstellten, zurückzuführen. Die für die Hausbesitzer ungünstige Lage des Wohnungsmarktes hat nur indirekt, durch ihre retardierende Einwirkung auf die Entwicklung der Wohnungs- und der Häuserpreise, zur Entstehung der Grundstückskrisis beigetragen. Nicht etwa aber hat diese ihre Ursachen direkt in den durch das häufigere Leerstehen der Wohnungen hervorgerufenen Ausfällen an Mieteinnahmen. Dem widerspricht schon die Tatsache, daß es in der Hauptsache immer wieder andere Wohnungen waren, die bei den Oktoberzählungen jedes Jahres als leerstehend ermittelt wurden. Bei der Erhebung vom 12. Oktober 1907 wurde z. B. festgestellt, daß über die Hälfte der gezählten leerstehenden Wohnungen noch bis in den unmittelbar vorangegangenen Monat hinein vermietet gewesen, also erst bei den Oktoberumzügen leergestellt worden war, und ferner, daß von den 7842 Wohnungen, die im Oktober 1906 leergestanden hatten, nur ein geringer Rest, nämlich 7 Prozent, auch im Oktober 1907 noch keinen neuen Mieter gefunden hatten. Die Mietzinsausfälle belasten also nicht etwa, wie man sich dies vielfach noch vorstellt, eine Gruppe der Hausbesitzer andauernd, sondern sie verteilen sich in der Hauptsache auf die Gesamtheit des Hausbesitzes, indem sie unter diesem gewissermaßen die Runde machen.

Eben deshalb können sie aber nicht als direkte Ursache der Zwangsversteigerungen in Betracht kommen. Was die Lage so vieler Dresdner Hausbesitzer um die Mitte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts unhaltbar machte, das war vielmehr in erster Linie der Umstand, daß sie für ihre Grundstücke zu hohe Preise gezahlt und daß sie vor allem auch sie mit zu geringen eigenen Mitteln erworben hatten. Der größte Teil der Grundstücke, über die in den Jahren 1904 und 1905 die Zwangsversteigerung verhängt werden mußte, war in ganz außerordentlichem Maße mit Schulden belastet. Sieht man eine Verschuldung der Hausgrundstücke, die bis zu 80 Prozent des Taxwertes geht, als normale Belastung an, eine Belastung zwischen 81 und 99 Prozent des Taxwertes als relative und eine solche von 100 Prozent und mehr des Taxwertes als absolute Überschuldung an, so waren von dem in dieser Periode subhastierten Hausbesitz nach den Untersuchungen des Statistischen Amtes 97 Prozent, nämlich 870 von 896 Hausgrundstücken, überschuldet und bei nahezu drei Vierteln des verganteten Hausbesitzes lag sogar eine absolute Überschuldung vor. Und zwar betrug in 26,7 Prozent aller Fälle die Hypothekensforderungen zwischen 100 und 110 Prozent des Taxwertes, in 24,3 Prozent schwankten sie zwischen 111 und 125 Prozent, in 13,4 Prozent zwischen 126 und 150 Prozent und in 7,8 Prozent der Fälle gingen sie noch über 150 Prozent des Taxwertes hinaus. Interessant ist dabei auch die Feststellung, daß bei den vor dem Jahre 1899 erworbenen Hausgrundstücken, die 1904 und 1905 subhastiert wurden, die auf dem Besitz lastenden Schulden von 1895 bis 1899 von 9,5 auf 12,9 Millionen Mark, also um 35 Prozent, gestiegen sind, obwohl die Grundstücke relativ schon hoch mit Hypotheken belastet waren. Also ohne daß die betreffenden Grundstücke gehandelt wurden, wurden auf sie von 1895 bis 1899 noch weitere 3½ Millionen Mark aufgenommen. In bezug auf den Zweck, dem die Aufnahme dieser Darlehen diente, liegt, da bei der Subhastation von den Geldern nichts mehr vorhanden war und sie anscheinend auch nur selten zu Umbauten oder Grundstücksmeliorationen verwendet worden sind, die Vermutung nahe, daß sie den Darlehnsempfängern die Beteiligung an der damals gerade blühenden Spekulation in unbebautem Vorortgrundbesitz ermöglichen sollten. Und diese Vermutung erhält eine gewisse Bestätigung durch die Tatsache, daß bei den Zwangsversteigerungen der Periode 1904 und 1905 eine recht beträchtliche Zahl von Fällen, im ganzen 129, vorkam, wo die Subhastation Altdresdner sowie Vorortgrundbesitz derselben Personen zugleich betraf. Diese Tatsache bildet auch ein weiteres Zeugnis für die weit verbreitete Spekulationslust, die damals in Dresden herrschte. Die Ausschreitungen der Spekulation in den Jahren 1895 bis 1899 sind es vor allem gewesen, die sich in den Jahren 1902 bis 1907 an dem Teile des Dresdner Grundbesitzes rächten, der sich selbst an diesem Treiben beteiligt hatte, ohne

genügend widerstandsfähig zu sein. Die Kapitalkraft des Dresdner Hauseigentümers und daher auch seine Widerstandsfähigkeit gegen Konjunkturrückgänge ist im allgemeinen aber nur gering. Durch eine im Jahre 1901 vorgenommene Untersuchung der Berufs- und Einkommensverhältnisse der Dresdner privaten Grundbesitzer ist festgestellt worden, daß von den insgesamt 7477 Privateigentümern bebauter Grundstücke in Dresden nur 36,2 Prozent den wohlhabenden Kreisen, den Klassen mit mehr als 5000 *M* Jahreseinkommen, angehörten. Den mittleren Einkommenschichten mit 3501 bis 6000 *M* Jahreseinkommen gehörten dagegen 21,9 Prozent der Hauseigentümer an und den unteren Einkommensstufen unter 3500 *M* Einkommen sogar 42 Prozent der Gesamtzahl. Von den letzteren entfiel zwar der größere Teil auf die Stufe von 1601 bis 3500 *M* Einkommen, aber auch die Gruppe von 801 bis 1600 *M* Jahreseinkommen war noch mit der stattlichen Ziffer von 8,4 Prozent vertreten, und ein Teil der Hauseigentümer bewegte sich sogar noch unter dieser Einkommensgrenze. Die kapitalschwachen, in vielen Fällen darf man wohl sogar sagen die vermögenslosen Elemente sind also unter den Dresdner Hauseigentümern — anderwärts scheint es übrigens nicht viel anders zu sein — ziemlich stark vertreten. Der Hausbesitz ist ja seit alters die Form der Kapitalanlage, die von den weniger Vermögenden mit Vorliebe gewählt wird. Und für dieses Streben auch der weniger kapitalkräftigen Elemente, Hausbesitz zu erwerben, läßt sich aus sozialen wie volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch mancherlei anführen, es erleichtert insbesondere bei genügender Vorsicht gewandten und tüchtigen Personen das Aufsteigen auf der sozialen Stufenleiter. Allein die Kehrseite der Medaille ist, daß die Widerstandsfähigkeit dieser Elemente gegen Krisenjahre nur eine höchst mangelhafte ist. Das hat sich auch in Dresden in der Berichtsperiode gezeigt. Für 262 in der Periode 1904 und 1905 vergantete Hausbesitzer, die unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller Stadtgegenden sowie Berufsgruppen ausgewählt worden waren, wurde festgestellt, welches Einkommen sie im Jahre vor der Subhastation deklariert hatten. Dabei stellte sich heraus, daß von den 262 Hausbesitzern nur 19 = 7 Prozent ein Einkommen über 6000 *M* angegeben hatten, über 3500 bis 6000 *M* hatten 37 = 14 Prozent, über 1500 bis 3500 *M* 125 = 48 Prozent und unter 1500 *M* 81 = 31 Prozent der Gesamtzahl fatiert. Ferner ergab sich, daß im Jahre vor der Subhastation 114, also beinahe die Hälfte, ihrer Steuerpflicht gegenüber der Gemeinde überhaupt nicht mehr und 40 nur noch mit Teilbeträgen genügt hatten. Bis auf 7 Prozent gehörten also die verganteten Hausbesitzer den weniger begüterten Klassen an und 31 Prozent von ihnen waren direkt unbemittelt. Kapitalrente bezogen von ihnen im ganzen nur 30, zur Hauptsache floß ihr Einkommen aus Grundbesitz, Handel und Gewerbe sowie Gehalt oder Lohn. Von denjenigen dagegen, welche die subhastierten Häuser erstanden,

gehörte ein viel größerer Teil den wohlhabenden Schichten an. In 232 Fällen wurde in der Periode 1904 und 1905 auch ermittelt, in welchen wirtschaftlichen Verhältnissen sich die Steigerer der subhastierten Grundstücke befanden. Da ergab sich die interessante Tatsache, daß 47 Prozent der neuen Besitzer, also fast die Hälfte, ein Einkommen von über 6000 M besaßen. Die Zwangsversteigerung hat hier also die Aufgabe erfüllt, den außerdem auch gewöhnlich noch erheblich verbilligten Besitz aus schwachen Händen, die ihn nicht festhalten konnten, in kapitalkräftigere Hände zu bringen.

Mit den Jahren 1904 und 1905 hatte die Grundstückskrisis ihren Höhepunkt überschritten. Seitdem ist eine allmähliche Besserung in der Lage des Grundbesitzes eingetreten, so daß gegenwärtig die Krisis im wesentlichen als überwunden betrachtet werden darf. 1909 war die Zahl der Zwangsversteigerungen, die 1904 mit 701 ihren Höhepunkt erreicht hatte, in allmählichem, aber ununterbrochenem Abfall wieder auf 188 gelangt und damit vom normalen Stande nicht mehr allzu weit entfernt. Angebahnt und unterstützt wurde die Besserung in der Lage des Grundbesitzes durch die für das Angebot günstigere Gestaltung, welche die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt seit 1905 annahmen. Der Wohnungsvorrat, der 1905 noch 6,82 Prozent betragen hatte, stand im Oktober 1907 nur noch auf 3,75 Prozent und sank dann 1908 weiter auf 2,57 und 1909 auf 1,92 Prozent, so daß er jetzt von der Normalrate schon wieder nach unten abweicht. Diese Wiederverschiebung zugunsten des Angebots auf dem Wohnungsmarkte, die allerdings den einzelnen Stadtteilen in verschiedenem Maße zugute gekommen ist (siehe unten Seite 70), wurde vor allem durch die langsame Vermehrung der Wohnungen bewirkt. Hatte schon in der ersten Hälfte des laufenden Jahrzehnts die Dresdner Bautätigkeit, wie gezeigt, ziemlich Zurückhaltung bewiesen, so ging in der zweiten Hälfte des Dezenniums die Zurückhaltung in ein förmliches Stocken über. Schon 1906 lieferte sie nur 1764 neue Wohnungen, 1907 aber weniger als 1000 jährlich, und auch 1909 erhob sie sich mit 1016 nur wenig über diese Grenze. Um diese Einschränkung recht zu verstehen, sei vergleichsweise hinzugefügt, daß von 1907 bis 1909 in dem inzwischen viel größer gewordenen Dresden der Zuwachs an neuen Wohnungen jährlich noch nicht den dritten Teil der Wohnungsproduktion in der Periode von 1897 bis 1899 erreichte.

Bei diesem gewaltigen Rückgang der Bautätigkeit haben verschiedene Momente zusammengewirkt. Zunächst ist hier der auf möglichste Einschränkung der Bautätigkeit gerichteten Bemühungen der städtischen Behörden zu gedenken. Wenn auch die für den Hausbesitz nachteilige Situation auf dem Wohnungsmarkte nach dem früher Gesagten weniger einer ungesunden Überspannung der Bautätigkeit seit 1901 als vielmehr dem plötzlichen Nachlassen des Wohnungsbedarfs zuzuschreiben war, so war es doch nur natürlich,

daß die Behörden ihr Augenmerk auf die Angebotsseite des Wohnungsmarktes richteten, weil diese einer Beeinflussung durch obrigkeitliche Maßnahmen viel eher zugänglich ist als die Nachfrageseite. In der Tat konnte, um eine schnellere Überwindung der Grundstückskrisis zu erzielen, nur bei der Wohnungsproduktion der Hebel angefaßt werden. Von diesen Erwägungen ausgehend, faßte der Rat zu Dresden am 22. November 1904 den Beschluß, daß in den Fällen, in denen Bauland zu Spekulationsbauten aufgeschlossen werden soll, vom Ausbau weiterer Straßen bis auf weiteres abzusehen sei; und auch im übrigen sollte die Genehmigung zum Ausbau neuer Straßen oder Straßenteile selbst in dem Falle, daß die Straßenerstellungskosten ausschließlich von den Anliegern zu tragen seien, von der Entschließung des Gesamtrates abhängen. Dieser Beschluß, der in der Wohnungsliteratur unter der irreführenden Bezeichnung eines „Bauverbots“ bekannt geworden und zum Teil heftig bekämpft worden ist, sollte zunächst für zwei Jahre, bis Ende 1906, gelten, wurde dann aber noch um ein Jahr verlängert. Außerdem faßte der Rat am 14. Januar 1905 den Beschluß, die Baugesellschaften und sonstigen größeren Geldgeber um größere Zurückhaltung bei der Gewährung von Baugeldern zu ersuchen. Der Rat konnte durch die ihm unterstehenden Institute, insbesondere die im Jahre 1900 errichtete „Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden“ auch selbst einen Einfluß nach dieser Richtung ausüben. Und das ist anscheinend auch insbesondere durch die eben erwähnte städtische Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt geschehen. Diese Anstalt war wesentlich mit zu dem Zwecke errichtet worden, die Straßen- und Entwässerungsbauten usw. zu erleichtern, indem sie den Grundbesitzern gegen Belastung ihrer Grundstücke mit Renten die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Ihre Gründung fiel aber zufälligerweise gerade in die Zeit, wo statt einer Erleichterung eher eine Erschwerung der Bautätigkeit im Interesse der Erhaltung gesunder Zustände im Dresdner Grundbesitz angezeigt erschien. Und die Anstalt hat diesen Verhältnissen auch dadurch Rechnung getragen, daß sie ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete, die in den ersten Jahren einen raschen Aufschwung zu verzeichnen gehabt hatte, von 1903 ab, wo die Grundstückskrisis zum offenen Ausbruch gekommen war, wieder stark einschränkte. Während von 1900 bis 1903 die Zahl der von der Anstalt gewährten Renten von 72 auf 327 und ihr Kapitalwert von 330 480 auf 1 427 220 *M* gestiegen war, ging bis 1908 die Zahl der Renten wieder auf 82 und ihr Kapitalwert auf 213 240 *M* zurück. Erst 1909 gingen beide Zahlen wieder stärker in die Höhe. Auf dem zweiten Hauptgebiete ihrer Tätigkeit, der Gewährung von Hypothekendarlehen, zeigen die Geschäftsergebnisse der Anstalt nicht so große Schwankungen. Von dem Eröffnungsjahr, in dem die Anstalt noch nicht voll im Betrieb war, abgesehen, bewegen sich die Schwankungen in der

Höhe der jährlich gewährten Hypotheken nur zwischen $5\frac{1}{2}$ und $9\frac{1}{3}$ Millionen Mark in dem Zeitraum von 1901 bis 1909. Die Hypothekenausleihungen der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt unterscheiden sich in dieser Beziehung wesentlich von den Ausleihungen der Sparkasse der Stadt Dresden. Die erstere ist dadurch, daß sie sich ihre Mittel durch die Ausgabe von Pfandbriefen verschafft, von der augenblicklich herrschenden Konjunktur erheblich unabhängiger als eine Sparkasse, die mit ihren Kreditgewährungen in ganz anderem Maße sich nach der Lage des Geldmarktes richten muß als ein Pfandbriefinstitut.

Die Einwirkung, welche das vorhin geschilderte Vorgehen des Rats auf die Bautätigkeit gehabt hat, darf man nicht sehr hoch veranschlagen. Insbesondere kann keine Rede davon sein, daß durch den Erlaß des sogenannten „Bauverbots“ etwa ein wirklicher Mangel an Baustellen und dadurch die Abnahme der Bautätigkeit, die seit 1905 ganz deutlich zu beobachten ist, hervorgerufen worden sei. Solche Behauptungen sind zwar damals hier und da aufgestellt worden; ihre Grundlosigkeit wird aber sofort klar durch die Feststellung, daß im April 1906, also zu einer Zeit, wo das Bauverbot — *sit venia verbo!* — schon längere Zeit in Kraft gestanden hatte, nach einer amtlichen Berechnung immer noch 3097 endgültig gebildete Baustellen vorhanden waren und in 3747 Fällen die Bildung von Baustellen sofort möglich war. Der Vorrat an Baustellen war also selbst zu dieser Zeit, wo man eine so vorsichtige Straßenbaupolitik trieb, noch groß genug, um dem Bedarf einer Großstadt von der Größe Dresdens auf eine Reihe von Jahren zu genügen.

Wenn von 1905 ab die Wohnungsproduktion stark fallende Ziffern aufweist, so ist die Hauptursache dafür nicht in den behördlichen Maßnahmen, sondern in dem Umschwung der industriellen Konjunktur zu suchen. Von 1901 bis 1904 hatten in der Industrie zunächst Depression und dann relativ ruhige Zeiten geherrscht, von 1905 ab geht die Kurve der industriellen Konjunkturbewegung auf einmal wieder sehr steil in die Höhe und 1907 ist ein Jahr der Hochkonjunktur in der Industrie, wie es in gleich scharf ausgeprägter Weise selbst die Jahre 1899 und 1900 nicht gewesen waren. Dadurch wurden die Preise der Baumaterialien, die Löhne und vor allem der Zinsfuß — der durchschnittliche Marktdiskont in Berlin erreichte 1907 den Rekordsatz von 5,12 Prozent — von neuem in die Höhe getrieben, was auf die Baulust lähmend wirken mußte. Die Sparkasse der Stadt Dresden stellte mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes im zweiten Halbjahr 1907 ihr Hypothekengeschäft ganz ein und nahm es auch im folgenden Jahre nur in minimalem Umfange wieder auf. Diese rein wirtschaftlichen Faktoren haben ohne Zweifel in viel höherem Maße als die behördlichen Bestrebungen dazu beigetragen, der Bautätigkeit Zügel anzulegen und da-

durch die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte zugunsten der Hausbesitzer zu bessern.

Mit der starken Einschränkung der Bautätigkeit verschwand auch eine Erscheinung aus dem Dresdner Baugewerbe wieder, die seit dem Ausbruch der Krisis ziemlich stark um sich gegriffen hatte, von der aber kein günstiger Einfluß auf den Grundstücks- und Wohnungsmarkt ausgehen konnte, die Baugesellschaften zu ungeteilter Hand. Im Jahre 1902 entstanden zunächst drei derartige Gesellschaften, dann ging ihre Anzahl sprunghaft in die Höhe, bis sie 1905 auf 42 Gesellschaften gestiegen war, von denen 50 Bauten, d. h. ein Sechstel aller Wohnhausneubauten dieses Jahres, ausgeführt wurden. 1906 hielt sich die Zahl der Gesellschaften und ihrer Bauten noch annähernd auf der gleichen Höhe, 1907 sank sie auf 17 mit 18 Bauten und 1908 war sie wieder auf 3 mit 6 Neubauten zusammengeschmolzen. Das Anwachsen dieser Gesellschaftsform mußte deshalb bedrohlich und unsolid erscheinen, weil sich die Mehrheit der Gesellschafter aus unbemittelten Personen zusammensetzte, die ihre Vermögenslosigkeit eben hinter der Gesellschaftsform zu verstecken suchten. Durch eine Erhebung des Statistischen Amtes ergab sich, daß von den 127 Gesellschaftern, die diesen Gesellschaften angehörten, in der Zeit von 1902 bis 1905 nicht weniger als 71, also 56 Prozent, den Offenbarungseid geleistet, davon 52, bevor sie Gesellschafter wurden, 19 nach Beendigung ihrer Bautätigkeit. Von der Gesamtzahl der Gesellschaften bestanden 69 Prozent in der Mehrzahl der Fälle ganz und im übrigen zur Hälfte aus gänzlich vermögenslosen Personen. Bei Gelegenheit dieser Erhebung wurde vom Statistischen Amt zugleich festgestellt, daß auch von 638 einzelnen Bauunternehmern in den Jahren 1902 bis 1905 rund 25 Prozent durch den Offenbarungseid ihre völlige Vermögenslosigkeit erhärtet hatten. Diese Tatsachen werfen ein bezeichnendes Licht auf die ungemein schwierige Lage des Dresdner Baugewerbes in der Zeit der Krise.

Eine Wendung zum Bessern in der Lage des Grundbesitzes trat erst nach 1906 ein, als durch das fast völlige Stocken der Bautätigkeit der Preisdruck beseitigt wurde, den das große Überangebot auf dem Wohnungsmarkte hervorgerufen hatte. Die Wohnungsmieten konnten nun wieder etwas anziehen. Nach den bei der Zählung der leerstehenden Wohnungen ermittelten Daten stieg z. B. von 1907 auf 1909 bei den dreiräumigen Wohnungen der durchschnittliche Mietpreis von 233 auf 238 *M.*, bei den Wohnungen von vier Räumen von 375 auf 381 *M.*, bei denen mit fünf Räumen von 561 auf 582 *M.* usw. Durch diese Umkehr der Mietpreise wurde schließlich auch der Dresdner Grundstücksmarkt von dem Banne befreit, der seit 1900 auf ihm gelegen hatte und der nur 1903, im Jahre der Einverleibung der neuen Vororte, vorübergehend einmal durch eine stärkere Zunahme des Umsatzes, insbesondere in un-

bebauten Grundstücken, durchbrochen worden war. Die Zahl der unbebauten Grundstücke, die ihren Besitzer freiwillig wechselten, schnellte von 1902 auf 1903 von 272 auf 1128 in die Höhe, um dann freilich wieder beständig zu sinken. Seit 1907 ist aber kein weiterer Rückgang mehr, sondern eher eine kleine Zunahme zu verzeichnen, und die Zahl der bebauten Grundstücke, die auf dem Wege des freiwilligen Verkaufs ihren Besitzer wechselten, hatte im Jahre 1909 ebenfalls zum ersten Male wieder eine Zunahme aufzuweisen. Die auf dem Grundstücksmarkte eingetretene Besserung kommt vorläufig aber noch weniger in einer absoluten Zunahme der Umsätze, als vielmehr darin zum Ausdruck, daß unter den Ursachen des Besitzwechsels seit 1905 der freiwillige Grundbesitzwechsel auf dem Wege des Kaufs und Verkaufs v e r h ä l t n i s m ä ß i g wieder eine größere Rolle zu spielen beginnt, während der unfreiwillige Besitzwechsel durch Zwangsversteigerung in den allerletzten Jahren langsam in den Hintergrund trat.

Die wichtigste Erscheinung bei den in den letzten Jahren bewirkten freiwilligen Verkäufen von Hausgrundstücken ist aber die, daß der Anteil des Bodenwertes am Kaufpreis wieder gesunken und das Verhältnis zwischen Kaufpreis und Mietertrag wieder ein gesünderes geworden ist. Der durchschnittliche Kaufpreis eines verkauften Hausgrundstücks, der im Jahre 1901 mit 126 300 *M* seinen höchsten Stand erreicht hatte, ist seitdem wieder beträchtlich gesunken und stellte sich schon 1905 nur noch auf 101 400 *M* und 1907, nachdem er allerdings im zwischenliegenden Jahr sich wieder auf 107 100 *M* erhöht hatte, gar nur auf 100 400 *M*. Und genau so wie am Ende des vorigen Jahrhunderts die stürmische Aufwärtsbewegung der Kaufpreise hauptsächlich durch ein rasches Anwachsen des Anteils des Bodenkaufwertes am Kaufpreis zustande gekommen war, so ist in den letzten Jahren die Abwärtsbewegung der Kaufpreise in erster Linie dem Sinken des Anteils des Bodenkaufwertes zu danken. Im Jahre 1899 hatte der Bodenkaufwert mit 51,52 Prozent des Kaufpreises seinen höchsten Stand erreicht. Diesen Höchststand kann er schon von 1900 an nicht mehr behaupten und er sinkt ununterbrochen bis 1904 und 1905, wo er in beiden Jahren gleichmäßig auf 40,64 Prozent sich hält. 1906 steigt er noch einmal auf 43,15 Prozent, sinkt dann aber 1907 auf 39,71 Prozent und beträgt auch 1908 nur 41,6 Prozent. Damit ist er fast wieder auf demselben Stande angelangt, den er zu Beginn der 90er Jahre vor dem Einsetzen des spekulativen Aufschwunges inne hatte. Die Bewegung der Bodenwerte hat also von 1892 und 1893 bis 1907 und 1908 in Dresden einen Kreislauf beschrieben; in der letzten Periode war die Bewegung der Bodenwerte wieder an dem Punkte angekommen, von dem sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre ihren Ausgang genommen hatte.

Parallel mit dieser ging noch eine andere Entwicklung. Ebenso wie der Anteil des Bodenwertes am Kaufpreis von 1892 bis 1908 einen Kreislauf

durchgemacht hat, hat dies auch das Verhältnis zwischen Mietertrag und Kaufpreis getan. Von der ersten Hälfte der 90er Jahre an bis zum Schluß des Jahrhunderts hatte sich dieses Verhältnis immer mehr verschlechtert, indem es von 5,43 Prozent im Jahre 1892 auf 4,70 Prozent im Jahre 1899 und 4,75 Prozent im Jahre 1900 zurückgegangen war. Im neuen Jahrhundert hat es sich allmählich wieder günstiger gestaltet: seit 1903 steht es wieder über 5 Prozent, im Jahre 1903 betrug es 5,37 Prozent und 1908 gar 5,40 Prozent. Nur das Jahr 1907, in dem ganz besondere Umstände, die noch der Aufklärung bedürfen, obgewaltet haben müssen, fällt mit 4,45 Prozent ganz aus der Reihe heraus. Damit war wieder ein normales Verhältnis zwischen den Mieterträgen und den Kaufpreisen der Häuser hergestellt. Die Fehler, die in der Spekulationsperiode von 1895 bis 1900 begangen worden waren, hatten ihre Korrektur erfahren. Mögen die Mühlen der wirtschaftlichen Entwicklung auch langsam mahlen, sie mahlen sicher. Erst durch die starke Reduktion der Grundstückspreise, die sich im neuen Jahrhundert teils gewaltsam durch die Zwangsversteigerung vieler früher zu hoch bezahlter Grundstücke durchsetzte, teils von den Verkäufern unter dem Druck der veränderten Lage freiwillig zugestanden wurde, ist der Dresdner Grundstücksmarkt auch innerlich wieder gesundet. Diese Gesundung wird aber nur dann von Dauer sein können, wenn nicht von neuem spekulative Übertreibungen in der Art der 1895 bis 1900 vorgekommenen begangen werden. Von den Wellenbewegungen des Wohnungsmarktes, von einem je nachdem starken Überwiegen entweder des Angebots oder aber des Bedarfs wird keine Stadt ganz verschont bleiben können, so lange der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in der modernen Volkswirtschaft ein so unsteter bleibt. Daß aber die Wellenbewegungen des Wohnungsmarktes nicht zu heftigen Grundstückerisiken ausarten, das läßt sich durch genügende Vorsicht beim Grundstückerwerb, indem man diesen nicht einseitig auf die Gewinnaussichten der fetten Jahre basiert, sehr wohl vermeiden. Darum trifft das Urteil des früheren Direktors der städtischen Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt, Dr. Koch, durchaus den Nagel auf den Kopf, daß der das Beste zur Verhütung der Wiederkehr ähnlicher Katastrophen, wie sie Dresden im letzten Jahrzehnt erlebt hat, tun würde, dem es gelänge, in weiteren Kreisen die Einsicht und das Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge und Zusammenhänge zu vertiefen.

Es bleibt zum Schluß noch übrig, auf die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse der Dresdner Bevölkerung während der Zeit der Grundstückerisis einzugehen. Die Wohnungszustände in Dresden lassen im letzten Jahrzehnt in einigen wichtigen Beziehungen eine deutliche Wendung zum Besseren erkennen. Charakteristisch ist ja für Dresden schon seit langem die weiträumige Bebauung, die Ausbreitung der Bevölkerung über eine

relativ weite Fläche. Kaum eine andere Großstadt in Deutschland hat wohl eine so geringe Ausnutzung der bebauten Fläche in horizontaler Richtung aufzuweisen wie Dresden. In den verschiedensten Stadtteilen Dresdens finden sich große Viertel, in denen noch der größte Teil der Häuser von wirklichen Gärten umgeben ist, nicht nur Vorgärten, wie in mancher anderen Stadt, die lediglich den Schein für die Wirklichkeit geben. Statistisch läßt sich ja diese Tatsache, die jedem, der Dresdner Wohnungsverhältnisse studiert und sie mit denen anderer Großstädte vergleicht, sofort auffallen muß, nur schwer exakt feststellen, aber man stelle beispielsweise nur folgende Zahlen nach dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“¹⁾ einander gegenüber. Absichtlich ist dabei das Jahr 1900/01, also ein Termin vor der Durchführung der letzten großen Einverleibungen gewählt, um die Verhältnisse für Berlin, das bekanntlich nicht in gleicher Weise eingemeindet kann, nicht noch ungünstiger erscheinen zu lassen. In Berlin betrug damals die Gesamtgemarkungsfläche 6349,47 Hektar, in Dresden 4016,22 Hektar. In Berlin entfielen von der Gesamtmarkung auf die mit Häusern bebaute Fläche einschließlich der Hofräume und Hausgärten 3000 Hektar, in Dresden 1375,16 Hektar. Die Bevölkerung beider Städte stellte sich zu dieser Zeit auf 399 000 bei Dresden und auf 1 889 040 bei Berlin. Das Verhältnis zwischen der Einwohnerzahl und der wirklich bebauten Fläche gestaltet sich also in Dresden mehr als doppelt so günstig wie in Berlin. Da nun keine Rede davon sein kann, daß in Berlin die Gebäude im Durchschnitt doppelt so viel Stockwerke zählten wie in Dresden, so bleibt nur der Schluß übrig, daß die Ausnutzung des bebauten Bodens in horizontaler Hinsicht in Dresden viel geringer ist, daß hier ein viel größerer Teil der Fläche auf Hofräume und namentlich auf Gärten entfällt als in Berlin. Und der Augenschein bestätigt ja für jeden, der Augen hat, zu sehen, diesen aus den Daten der Statistik gezogenen Schluß. Soweit man bei einer Großstadt überhaupt von einer „Gartenstadt“ sprechen kann, hat Dresden wegen seines Reichtums an wirklichen Hausgärten wohl am meisten von allen deutschen Städten Anspruch auf diese Bezeichnung, ganz ohne Rücksicht auf die neuerdings hervortretenden Bestrebungen, in Hellerau eine Gartenstadt im engeren Sinne des Worts zu gründen.

Diese weiträumige Bebauung hat Dresden zum Teil den Bestimmungen seiner Bauordnung zu danken, die seit altersher der offenen Bauweise ein großes — man darf vielleicht mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung sogar fragen, ob nicht ein allzu großes — Gebiet eingeräumt hat; von den dreizehn Bauklassen der Dresdner Bauordnung von 1905 gehören nur fünf der geschlossenen, dagegen acht der offenen

¹⁾ 11. Jahrgang, Breslau 1903, Seite 9 und 107.

Bauweise an; zu einem wesentlichen Teil aber auch der günstigen Entwicklung der Dresdner Verkehrsverhältnisse, welche die Ansiedlung in den Vororten erleichterten. Von allem Anfang an, von der Anlegung der ersten Straßenbahnlinie nach Blasewitz im Jahre 1872 an, hat sich die Entwicklung der Dresdner Straßenbahnen in der Richtung vollzogen, daß sie das Stadttinnere mit den Vororten in Verbindung brachten. Vor allem in den 90er Jahren, wo die Betriebslänge des Dresdner Straßenbahnnetzes von 58,6 Kilometern im Jahre 1890 auf 117,7 Kilometer im Jahre 1900 sich ausdehnte, sind eine Reihe neuer Linien eröffnet worden, welche von einem Vorort ausgehend durch das Stadttinnere hindurch über noch unbebautes Gelände wieder einem Vororte zustrebten. Dadurch unterscheiden sich die Verkehrseinrichtungen in Dresden — übrigens ebenso auch in Leipzig — zu ihrem Vorteil von denen in manchen anderen deutschen Städten, in denen, wie z. B. in Frankfurt a. M., zwar für gute Verbindungen mittels Straßenbahnen innerhalb der Stadt sehr reichlich gesorgt ist, in denen aber, wenigstens bis in die allerletzte Zeit, die Mehrzahl der Linien an der Grenze der bebauten Stadt endeten. Schon in der durchschnittlichen größeren Länge der Straßenbahnlinien in Dresden und Leipzig im Vergleich mit denen in Frankfurt tritt diese Tatsache, die für die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse naturgemäß von großer Tragweite ist, deutlich hervor.

Auch in der Zeit von 1900 bis 1905 hat das weiträumige Wohnen in Dresden noch weitere Fortschritte gemacht. Weitaus am stärksten hat nämlich in diesem Zeitraum derjenige Teil der Bevölkerung zugenommen, der auf Grundstücken wohnt, die im Gruppenbau oder nach der offenen Bauweise bebaut sind. Die Zahl der in offener Bauweise wohnenden Einwohner ist von 1900 bis 1905 von 76 647 auf 165 030 gestiegen, die der nach der Gruppenbauweise wohnenden von 8287 auf 24 431, dagegen ist die Zahl der in geschlossen bebauten Grundstücken wohnenden Einwohner nur von 213 361 auf 235 543 gestiegen und die der in dicht bebauten Grundstücken wohnenden Personen ist sogar von 86 212 auf 80 323 zurückgegangen. Natürlich ist diese Entwicklung in erster Linie auf die in der Zwischenzeit erfolgten Einverleibungen sowie auf den Umstand zurückzuführen, daß in den neu eingemeindeten Vororten die Bebauung ganz überwiegend nur nach der offenen Bauweise gestattet war. Es kommt in den mitgeteilten Zahlen aber auch ein sehr starkes Streben der Bevölkerung zum äußeren Ausdruck, weiträumig zu wohnen und das Stadttinnere zu verlassen, um dafür die mehr peripherisch gelegenen Stadtteile aufzusuchen. In sehr charakteristischer Weise tritt dieses eben von den günstigen Verkehrsverhältnissen Dresdens erleichterte Streben auch in der Art und Weise zutage, wie sich in den letzten Jahren die Besserung auf dem Wohnungsmarkte, von der früher schon berichtet wurde (Seite 62), vollzogen hat. Diese Besserung

ist nicht allen Stadtteilen gleichmäßig zugute gekommen. Der Rückgang des Wohnungsvorrats von 7,34 Prozent im Jahre 1904 auf 1,92 Prozent im Jahre 1909 verteilte sich vielmehr in höchst verschiedener Weise auf die einzelnen Stadtbezirke, und zwar lassen sich in dieser Hinsicht drei Hauptgebiete unterscheiden. Am geringsten war der Rückgang, von einigen Vororten abgesehen, die meist zur Gruppe der Villenorte gehören, in dem Stadtkern, in der inneren Altstadt und in der inneren Neustadt. In den zu diesem Gebiet gehörigen Stadtteilen ging der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen von 1904 bis 1908 nur von 7,81 auf 2,99 zurück. In einer zweiten Gruppe von Bezirken, die insbesondere die dem Stadtkern unmittelbar vorgelagerten Stadtteile, wie die Wilsdruffer, die See- und die Pirnaische Vorstadt links der Elbe und die Antonstadt rechts der Elbe sowie im Osten der Stadt auch weiter hinausliegende Stadtteile und Vororte umfaßt, sank der Wohnungsvorrat im gleichen Zeitraum von 7,21 auf 2,08 Prozent. In einer dritten Gruppe endlich, die vor allem die weiter entfernten Vororte, wie Plauen, Löbtau, Naußlitz, Wölfnitz, Pieschen, Mickten, auch die beiden Leipziger Vorstädte sowie die Friedrichstadt umfaßt, sank der Wohnungsvorrat am stärksten, von 7,45 auf 1,13 Prozent. Bemerkenswerterweise umfaßt diese dritte Gruppe auch die Mehrzahl der Stadtteile, wo 1904 das Überangebot an Wohnungen am stärksten über den Durchschnitt des ganzen Stadtgebiets hinausging. Im allgemeinen läßt sich also der Satz aufstellen: der Rückgang des Wohnungsvorrats war um so stärker, je weiter vom Stadtmittelpunkt entfernt der betreffende Stadtteil liegt. Auch hierin offenbart sich deutlich das Streben der Dresdner Bevölkerung, weiträumig zu wohnen. Die innere Altstadt entwickelt sich dadurch immer mehr zur City, zum überwiegenden Geschäftsviertel. Ihre Einwohnerzahl hat schon seit 1890 von Volkszählung zu Volkszählung eine Abnahme aufzuweisen. 1890 zählte sie noch 24 212, 1905 aber nur noch 17 429 Einwohner. Ebenso hat sich der Gesamtbestand der Wohnungen in diesem Bezirk beständig vermindert, von 6079 im Jahre 1895 auf 4478 im Jahre 1907. Die Gründe hierfür liegen, wie das Statistische Amt in seinem Bericht über „Die Lage des Dresdner Wohnungsmarktes im Jahre 1907“ mit Recht sagt, auf der Hand und bedürfen keiner besonderen Erklärung. „Es ist daran die verwinkelte und enge Bauart der älteren Häuser und Wohnungen und ihre intime Nachbarschaft mit Warenlagern und gewerblichen Produktions- und Verkaufsstätten ebenso stark beteiligt, wie der laute Verkehr, der den ganzen Tag die Straßen und Gassen dieses Stadtviertels durchflutet, in die Höfe und Hintergebäude der Häuser eindringt und selbst in die oberen Geschosse noch aufsteigt. Der Großstadtbewohner braucht zu seiner Erholung nach der Arbeit, gleichviel, ob sie in der Fabrik und Werkstatt oder im Laden und Kontor oder in der Amtsstube geleistet wird, vor allem Ruhe, Luft und

Sicht, und er wählt danach seinen Wohnplatz, wenn anders nicht besondere Umstände (Erwerbsinteressen, Besitzverhältnisse und dergleichen) ihn an eine bestimmte Lage fesseln. Mit dieser Tatsache muß der Hausbesitz in den Geschäftsvierteln einer Großstadt sich abfinden. Selbst ein Herabgehen der Mietpreise kann diesen Entwicklungsprozeß auf die Dauer nicht aufhalten.“

Noch in einer zweiten Richtung zeigen die Wohnungsverhältnisse der Dresdner Bevölkerung während des letzten Jahrzehnts die Tendenz zu einer günstigeren Gestaltung. Die Stärke der Belegung der Wohnungen mit Personen hat zwischen den Wohnungsaufnahmen von 1900 und 1905 erheblich abgenommen. Im Jahre 1900 betrug für das Stadtgebiet damaligen Umfangs die auf das heizbare Zimmer berechnete durchschnittliche Wohndichte 1,89 Personen, 1905 war sie im gleichen Gebiet auf 1,69 Personen gesunken. Diese Abnahme erstreckt sich auf alle Teile der Stadt ohne jede Ausnahme, wenn auch das Maß der Besserung in den einzelnen Gegenden Verschiedenheiten zeigt. Gerade in den von der Arbeiterbevölkerung vorzugsweise bewohnten Vierteln war übrigens der Rückgang mit am stärksten. In Pieschen z. B., das 1900 mit 3,14 die höchste durchschnittliche Wohndichte aufwies, ist sie bis 1905 auf 2,65 gesunken, in der östlichen Leipziger Vorstadt von 3,13 auf 2,45, in Friedrichstadt von 2,76 auf 2,31, in Trachenberge von 2,87 auf 2,27. Bei den besseren Wohnlagen dagegen, in denen schon 1900 die Wohndichte wesentlich geringer war, war der Rückgang im Verhältnis meist nicht so bedeutend. So ging in der Seedorstadt die Wohndichte von 1,50 auf 1,45, in der Südvorstadt von 1,30 auf 1,23, in der Pirnaischen Vorstadt von 1,63 auf 1,50, in Strehlen von 1,15 auf 1,08 herunter.

Für die seit 1901 einverleibten Vororte läßt sich die Entwicklung der Wohndichte nicht in gleicher Weise angeben, da sie für diese im Jahre 1900 nicht ermittelt werden konnte. Ihrem wirtschaftlichen Charakter entsprechend weisen die neuen Vororte, von Gruna, Räcknitz und Plauen abgesehen, meist eine höhere durchschnittliche Wohndichte als das Stadtgebiet alten Umfangs auf. Im ganzen stellte sich 1905 die Wohndichte in den neuen Vororten auf 1,79 gegenüber 1,69 in dem ehemaligen Gemeindegebiet. Bemerkenswert erscheint, daß unter den neu einverleibten Vororten Abigau mit 3,08, Kaditz mit 2,97, Naußlitz mit 2,95 und Wölfnitz mit 2,92 an der Spitze stehen. Also gerade in den Orten, die noch am meisten den ländlichen Charakter sich bewahrt haben, sind die Wohnungen am stärksten besetzt! Diese Tatsache stimmt schlecht zu der immer noch weit verbreiteten Ansicht, daß die Wohnungszustände mit der wachsenden Größe der Städte sich verschlimmern. Dabei wird die Durchschnittshöhe und -größe der Zimmer in diesen aus Dörfern entstandenen Vororten auch eher kleiner als größer sein im Vergleich zum übrigen Stadtgebiet, wie viele Häuser in ihnen schon von außen erkennen lassen.

Ein völlig zuverlässiger und untrüglicher Maßstab zur Beurteilung der Wohnungsverhältnisse ist die Entwicklung der auf ein heizbares Zimmer entfallenden Personenzahl allerdings nicht. Es kommt dabei auch sehr wesentlich mit in Betracht, wie sich die Zahl und die Beschaffenheit der neben den heizbaren Zimmern vorhandenen unheizbaren Nebenräume, insbesondere der Schlafkammern, entwickelt. Immerhin ist wohl kaum anzunehmen, daß in Dresden von 1900 auf 1905 die Zahl der unheizbaren Nebenräume sich plötzlich ebenso stark vermindert haben sollte, als die Wohndichte abgenommen hat. Statistische Unterlagen zur exakten Beantwortung dieser Frage stehen leider bei Abschluß der Arbeit noch nicht zur Verfügung.

Die Abnahme der Wohndichte steht ohne Zweifel in gewissem Zusammenhang mit der gleichzeitigen Entwicklung der Durchschnittsgröße der Haushaltungen, die sich in Dresden in rückläufiger Bewegung befindet. In Dresden ist die Durchschnittszahl der zu einer Haushaltung vereinigten Personen von 4,38 im Jahre 1885 auf 3,90 im Jahre 1905 zurückgegangen. Speziell von 1900 bis 1905 sank die durchschnittliche Größe der Haushaltungen von 4,04 auf 3,90 Köpfe. Bei diesem Prozeß, der auch in anderen deutschen Großstädten beobachtet worden ist, können verschiedene Ursachen zusammenwirken, wie: Abnahme der Geburtenziffer, Rückgang der Dienstoffhaltung, Schwinden der Sitte, Gewerbegehilfen in der Wohnung des Arbeitgebers unterzubringen, verminderte Aufnahme von Schlafgängern und Zimmermietern usw., und auch in Dresden sind wohl mehrere dieser Faktoren an dem Zustandekommen der Erscheinung beteiligt gewesen. Die Entwicklung des Untermieterwesens ist übrigens meistens eine ziemlich ungleichmäßige, da sie wesentlich mit von der Gestaltung der industriellen Konjunktur abhängt; in Zeiten zunehmenden industriellen Beschäftigungsgrades, wo viele unverheiratete Personen in die Städte einwandern, ist gewöhnlich eine Zunahme der Untermieter in den Städten festzustellen, während in der darauf folgenden Periode der Depression der Industrie die Aufnahme von Untermietern wieder nachläßt. In Dresden hat sich die Zahl der Untermieter von 1900 bis 1905 nicht erheblich verändert; im ganzen stieg die Zahl der Haushaltungen mit Untermietern von 19 460 auf 20 789. Die Zahl der Schlafgänger stieg dabei von 5923 auf 8876, während die der Zimmermieter von 13 537 auf 11 913 sank. Die starke Verschiebung in dem Verhältnis zwischen Zimmermietern und Schlafleuten berechtigt übrigens nicht zu irgendwelchen Schlußfolgerungen; sie ist zur Hauptsache aus Verschiedenheiten der statistischen Erhebungsmethoden, die 1900 und 1905 angewandt wurden, zu erklären. Da von den 1905 gezählten Haushaltungen mit Schlafleuten 1419 und von denen mit Zimmermietern 1123 auf die neu einverleibten Vororte entfielen, so ist die Zunahme des Untermieterwesens im ganzen von 1900 auf 1905 übrigens nur eine scheinbare.

Ebenso wie bei den einzeln wohnenden Untermietern ist auch bei den Familien, die in Untermiete wohnen, von 1900 bis 1905 keine Zunahme, sondern eher eine Abnahme eingetreten. Bei der Volkszählung von 1895 waren 1738 Wohnungen mit zwei und mehr selbständigen Haushaltungen vorhanden. Für 1900 läßt sich die Zahl dieser Wohnungen nach dem Statistischen Amt ziemlich genau auf 2010 berechnen; für 1905 ist sie auf 2025 festgestellt worden. Da von der letzteren Zahl aber nur 1712 derartige Wohnungen auf Altdresden entfallen, so ist für die Periode 1900 bis 1905 also eher eine Abnahme wie eine Zunahme der in Untermiete wohnenden Familien anzunehmen. Da jedoch das statistische Aufnahmeverfahren hier wie oben zu beiden Zeitpunkten nicht ganz übereinstimmend war, so sei auf diesen Vergleich kein besonderer Wert gelegt.

Auch nach 1905 scheint sich die zur Verringerung der durchschnittlichen Wohndichte führenden Bewegung noch fortgesetzt zu haben. Wenigstens hat sich bei den vom städtischen Wohnungsamt besichtigten Wohnungen, die allerdings nur einen Bruchteil der Gesamtzahl der Dresdner Wohnungen umfassen, — etwa 10 000 jährlich in der letzten Zeit, darunter aber überwiegend Kleinwohnungen, die gerade für diese Frage so wichtig sind, — in allen Wohnungsgrößenklassen eine meist ganz regelmäßig von Jahr zu Jahr sich vollziehende Abnahme der Wohndichte ergeben. Bei den einräumigen Wohnungen betrug diese z. B. 1905 noch 2,05, dagegen 1909 nur 1,51 Personen, bei den zweiräumigen Wohnungen sank sie von 2,08 auf 1,60 pro Wohnraum, bei den dreiräumigen von 1,72 auf 1,41, bei den vierräumigen von 1,49 auf 1,07, bei den fünfräumigen von 1,17 auf 0,78 usw. Zu einem Teile ist diese Entwicklung dem Einfluß des Wohnungsamtes selbst zuzuschreiben, dessen bedeutungsvoller Tätigkeit wenigstens mit einigen Worten hier zu gedenken ist. In Dresden war schon am 25. Januar 1898 eine *Wohnungsordnung* erlassen worden, die aber erst vom 1. Oktober 1905 ab in vollem Umfange in Kraft getreten ist. Sie ist dazu bestimmt, die Beschaffenheit und die Benutzung aller Wohn- und Arbeitsräume zu regeln, die dem regelmäßigen und dauernden Aufenthalt von Menschen tatsächlich dienen. In bezug auf Familienwohnungen erhebt sie z. B. die Forderung, daß sie wenigstens aus einem heizbaren Wohnraume sowie einem Schlafräume von zusammen mindestens 30 Quadratmeter Grundfläche und, wenn möglich, auch aus einer Küche bestehen sollen. Teilvermietung und die Aufnahme von Schlafleuten werden für unzulässig erklärt, wenn für die Familie des Vermieters nicht mindestens ein heizbarer Wohnraum und ein Schlafräume, für vermietende einzelne Personen nicht mindestens eines von beiden zur eigenen Benutzung verbleiben. Für die zum Schlafen bestimmten vermieteten Räume wird verlangt, daß auf jede darin untergebrachte Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und

3,5 Quadratmeter Bodenfläche entfallen sollen. Auch über die Schlafstellen der Dienstboten und Gewerbegehilfen werden Vorschriften gegeben.

Zur Durchführung der Wohnungsordnung wurde eine Wohnungsinspektion eingerichtet, die ihre Tätigkeit vom Jahre 1906 ab in vollem Umfang aufnahm. Gewissermaßen zur Vorbereitung der Einführung der Wohnungsinspektion wurde im Jahre 1901 vom städtischen Statistischen Amte eine besondere Aufnahme der Wohnungen mit Teilvermietung vorgenommen, da nach der ursprünglichen Absicht überwiegend nur die Wohnungen mit Teilvermietung der Aufsicht der Wohnungsinspektion unterstellt werden sollten. Diese Erhebung, auf deren Einzelresultate hier nicht eingegangen werden kann, ergab, daß von den 16 018 in die Untersuchung einbezogenen Teilmietwohnungen nicht weniger als 11 043 = 69 Prozent gegen irgendeine Bestimmung der Wohnungsordnung verstießen. Von den 11 043 regulativwidrigen Wohnungen verstießen sogar 5559 gegen zwei und mehr Vorschriften der Wohnungsordnung. Das Wohnungsamt, dem die Wohnungsinspektion unterstellt und das seinerseits dem Wohlfahrtspolizeiamt angegliedert ist, fand daher bei seiner Errichtung im Jahre 1906 ein reiches Feld für seine Tätigkeit vor. Es hat seine Aufgaben in außerordentlich systematischer Weise in Angriff genommen, wodurch es für die zum Teil schon viel länger bestehende Wohnungsaufsicht in anderen deutschen Städten neuerdings mehrfach vorbildlich geworden ist. Die Beschränkung der Besichtigungen nur auf die Wohnungen mit Teilvermietung und die Dienstbotenräume usw. wurde schon sehr bald aufgegeben, zumal da sich herausstellte, daß die mittleren und kleineren Wohnungen ohne Teilvermietung oft verhältnismäßig mehr Mißstände zeigten als die mit Teilvermietung. Schon 1907 ging die Wohnungsinspektion dazu über, nicht mehr nur einzelne Wohnungen herauszugreifen, sondern ganze Häuser vom Keller bis zum Boden zu besichtigen, aufzunehmen und alle vorhandenen Mängel, soweit sie gegen die Wohnungsordnung verstießen, festzustellen. Die Ergebnisse der Aufnahmen werden in einer Art Hauskataster niedergelegt; es wird natürlich noch eine Reihe von Jahren dauern, bis sämtliche bebauten Grundstücke Dresdens — 1905 rund 16 000 mit 134 000 Wohnungen — in dieser Weise aufgenommen sind. Dieses Verfahren bietet für den Wohnungsaufsichtsdienst selbst den Vorteil, daß auf Grund der Ergebnisse der ersten Besichtigung die künftigen Besichtigungen der Wohnungen sich unschwer in viel kürzerer Zeit durchführen lassen werden. Und für den Hausbesitzer ergibt sich als Vorteil, daß er bei neuen Vermietungen imstande ist, das Einschreiten des Wohnungsamts zu verhüten, da ihm nach beendeter Besichtigung die höchste zulässige Ausnutzungsmöglichkeit der Wohnungen mitgeteilt wird.

Im ganzen sind bei den vielen Tausenden von Wohnungsbesichtigungen, die vom 1. April 1905 bis Ende 1909 durchgeführt wurden — allein im Jahre 1909 betrug ihre Zahl 11 211 und einschließlich der Nachbesichtigungen sogar 17 612 —, 13 499 Mängel vorgefunden worden, auf deren Abstellung dann überwiegend kurzerhand direkt von der Wohnungsinspektion, zum Teil aber auch auf amtlichem Wege unter Inanspruchnahme des Wohnungsamtes hingewirkt wurde. Von der Gesamtzahl der Mängel waren 8539 solche allgemeiner wohnungspolizeilicher Natur, 4039 solche baulicher Natur und 921 solche feuerpolizeilicher Natur. Bei den gegen die Wohnungsordnung verstößenden Mängeln, die hier in erster Linie interessieren, handelte es sich in 1469 Fällen um die Leerstellung von ganzen Wohnungen oder von einzelnen Räumen, die zum Wohnen und Schlafen ungeeignet waren, wie Kfz-Kabine und Dachkammern, in 371 Fällen um die Leerstellung von unzulässigen Schlafräumen für Diensthboten und Gewerbegehilfen, in 1216 Fällen um die Beseitigung der Überfüllung von Wohnungen ohne Teilvermietung und in 844 Fällen um die Abstellung der Überfüllung von Wohnungen, die durch die Aufnahme von Teilmietern überfüllt worden waren.

Durch diese, übrigens nur langsam und unter großer Schonung der beteiligten Mieter und Hausbesitzer durchgeführte Tätigkeit der Wohnungsinspektion und des Wohnungsamtes ist unzweifelhaft die Entwicklung der Wohndichte in Dresden günstig beeinflusst worden. Und so darf die vorhin geschilderte Abnahme der durchschnittlichen Wohndichte in Dresden im letzten Jahrzehnt zu einem Teil auf das Konto der städtischen Wohnungspolitik gesetzt werden. Indessen ist die Besserung der Wohnungszustände, auf welche die allgemeine Abnahme der Wohndichte schließen läßt, doch wohl in noch höherem Grade als auf dieses behördliche Vorgehen auf die Wirksamkeit allgemeiner wirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen. Darauf weist der Umstand deutlich hin, daß schon von 1900 bis 1905, also bevor die Wohnungsordnung voll in Kraft trat und die Wohnungsinspektion ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, ein so starker Rückgang in der Wohndichte sich vollzogen hat. Als die Hauptursache für den gleichzeitigen Übergang zu einer etwas besseren Wohnweise ist das früher näher geschilderte Herabgehen der Mieten zu Beginn des 20. Jahrhunderts anzusehen. Was den Hausbesitzern vielfach, allerdings wie gezeigt, nicht ohne eigene Schuld, verderblich wurde, das ist zum Vorteil der Mieter ausgeschlagen. So stoßen wir auch hier, bei der Betrachtung der Wohnungsverhältnisse, wieder auf die Wellenbewegung des Wohnungsmarktes und die Grundstückskrisis als die für die Entwicklung Dresdens in der Berichtsperiode am meisten entscheidenden Faktoren. Und im Grunde ist das auch nur natürlich. Denn in der Wirtschaftsordnung,

in der wir leben, werden naturgemäß immer sinkende Mieten, steigende Einkommensverhältnisse und — last not least — die in immer weitere Volksschichten dringende Erkenntnis von dem kulturellen und sittlichen Wert einer reichlichen Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses die drei Normalwege zur Besserung der allgemeinen Wohnungsverhältnisse zu sein.¹⁾

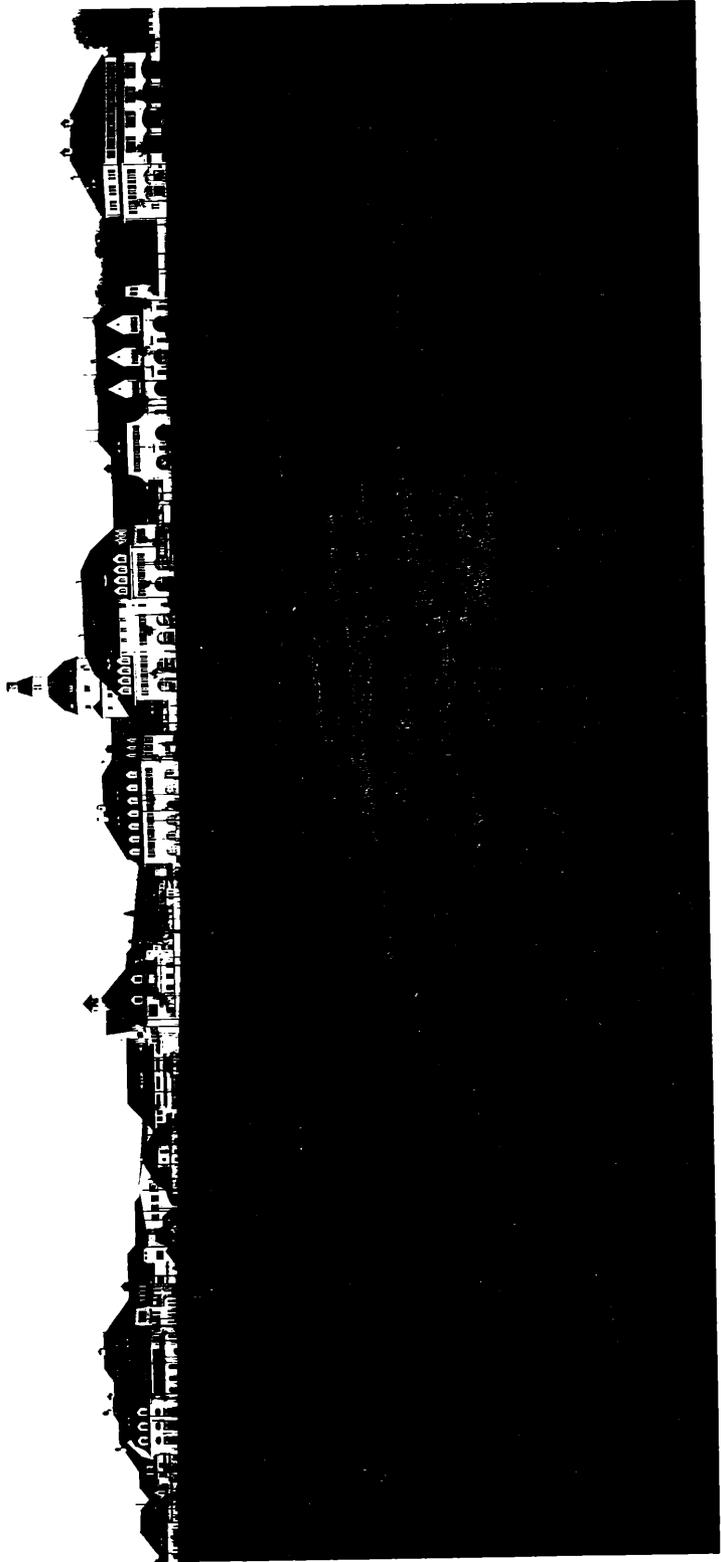
¹⁾ Die Darstellung fußt in erster Linie auf Angaben, die in Ratsdrucksachen und Verwaltungsberichten sowie in Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden enthalten sind. Von ersteren kommen insbesondere in Betracht die 64. Ratsdrucksache 1906 (Sammlung 1906/47), die sich mit den Maßnahmen zur Behebung der Grundstückskrise in Dresden beschäftigt, ferner die 128. Ratsdrucksache 1907 und die 58. Ratsdrucksache 1909, die sich auf den Einfluß der Baugesellschaften zu ungeteilter Hand auf das Dresdner Baugewerbe in den Jahren 1902 bis 1905 bezw. in den Jahren 1906 bis 1908 beziehen. Von letzteren wurden außer dem „Statistischen Jahrbuch für die Stadt Dresden“ (10. Jahrgang [1908], Dresden 1909), und den die Lage des Dresdner Wohnungsmarktes in den einzelnen Jahren behandelnden „Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Dresden“ insbesondere folgende, speziell auf die Grundbesitz- und die Wohnungsverhältnisse bezügliche Publikationen benützt:

Das bebaut und unbebaut private Grundeigentum in Dresden und die Berufs- und Einkommensverhältnisse der Eigentümer (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 14. Heft). — Die Verhältnisse des subhaftierten Dresdner Hausbesitzes. Ergebnisse einer Untersuchung über die Zwangsversteigerungen der Jahre 1904 und 1905 (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 15. Heft). — Die Lage des Dresdner Wohnungsmarktes im Jahre 1907 mit Rückblicken auf die Vorjahre und Vorbemerkungen über die Methode der Wohnungsstatistik (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 17. Heft). — Die Wohnungen mit Teilvermietung und die Dresdner Wohnungsordnung vom 25. Januar 1898 auf Grund einer statistischen Untersuchung vom Jahre 1901 (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 11. Heft). — Dresdner Wohnungsstatistik vom 1. Dezember 1900 (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 12. Heft).

Außerdem wurden mir durch das Entgegenkommen des Statistischen Amtes eine Reihe von bisher noch nicht veröffentlichten Tabellen, insbesondere solchen, die sich auf die Wohnungsaufnahme von 1905 bezogen, zur Verfügung gestellt; wegen Raummangel konnten sie leider nur zum Teil im Text Verwendung finden. Für Überlassung von Materialien sowie für Auskunfterteilung bin ich ferner auch der Direktion der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden sowie dem Direktor der Dresdner Baugesellschaft, Dr. Wara, zu aufrichtigem Danke verpflichtet. In einzelnen Punkten wurde auch der von Dr. Fr. Schäfer, Direktor des städtischen Statistischen Amtes, herausgegebene „Wissenschaftliche Führer durch Dresden“ benützt (Dresden 1907).

Wegen der allgemeinen Auffassung der Schwankungen des Wohnungsmarktes, auf der die Darstellung beruht, sei auf meine im Jahre 1910 in der „Sammlung Götschen“ erschienenen beiden Bändchen verwiesen, welche die Wohnungsfrage behandeln, und wegen der nur kurz berührten Entwicklung des Dresdner Verkehrs wesens auf die Schrift von Dr. Hermann Großmann, die Dresdner Straßenbahnen in ihrer geschichtlichen Entwicklung und kommunalen Bedeutung. Dresden 1903.

L u d w i g P o h l e.



Schlacht- und Viehhof (Gesamtansicht)

IV.

Öffentliche Gesundheitspflege.

Infolge des schnellen Anwachsens der Bewohnerzahl und der erheblichen Erweiterung des Stadtgebietes trat an den Staat, besonders aber an die Stadtgemeinde die große Aufgabe heran, fast auf allen Gebieten der öffentlichen Gesundheitspflege die vorhandenen Anstalten und Anlagen zu vermehren, die unzulänglich gewordenen Einrichtungen zu erweitern und neue Wege zu betreten, um den Bewohnern einen noch besseren Schutz vor Krankheit und Lebensgefahr als bisher zu verschaffen.

Bereits zu Anfang des neuen Jahrhunderts hatte die Stadtgemeinde den Beschluß gefaßt, die flüssigen Abfallstoffe und Fäkalien auf dem Wege der Schwemmkanalisation zu entfernen und in die Elbe abzuleiten. Es wurde daher das Tiefbauamt mit der Bearbeitung eines Entwurfes einer Schwemmkanalisation beauftragt und dieser Entwurf, der mit wenig Abänderungen die Zustimmung des Rates und der Gemeindevertreter gefunden hatte, im Jahre 1902 dem Königlichen Ministerium des Innern zur Genehmigung vorgelegt. Nachdem dieses zu seiner weiteren Unterrichtung die Gutachten des Königlichen Landesmedizinalkollegiums, der Königlichen Technischen Deputation und des Reichsgesundheitsamtes herbeigezogen hatte, machte es seine Genehmigung zur Ausführung des Entwässerungsplanes unter andern von der Bedingung abhängig, daß die sämtlichen Kanalwässer von Dresden links der Elbe nach dem rechten Elbufer übergeleitet, hier vereint mit den Abwässern des rechten Ufers in einer Reinigungsanlage von allen schwimmenden und schwebenden Stoffen von mehr als 2 Millimeter Durchmesser befreit und erst unterhalb Dresdens im tiefen Wasser in den Elbstrom gelassen würden.

Obgleich dies die Ausführung des Werkes sehr erschwerte und seine Kosten wesentlich erhöhte, beschloß doch der Rat, die gestellten Forderungen zu erfüllen, zumal sie geeignet waren, alle Bedenken zu beseitigen, die immer noch von mancher Seite über die beabsichtigte Schwemmkanalisation erhoben worden waren. Es wurde daher im Jahre 1903 das Tiefbauamt mit der Anfertigung eines abgeänderten Entwurfes betraut und auf Kaditzer

flur ein großes Landgebiet im Preise von rund $1\frac{1}{2}$ Million Mark gekauft, um darauf die verlangte Reinigungsanlage und Überpumpstation der Schmutzwässer einzurichten. Damit fand auch der neu ausgearbeitete Plan für die Schwemmkanalisation im Mai und Juni 1904 die Genehmigung der Staatsregierung.

Inzwischen war die Ausführung der Schwemmkanalisation eine dringliche Notwendigkeit geworden. Schon mußte alljährlich ein sehr großer Teil der Dungstoffe in die Elbe entleert werden, weil sie keine landwirtschaftliche Verwendung fanden, und mehr und mehr erfolgten bei den Staatsbehörden Klagen und Beschwerden der Bewohner der unterhalb Dresdens an der Elbe gelegenen Ortschaften über die durch das Einlassen der Fäkalien hervorgerufene Verunreinigung des Stromes. Dem konnte nur noch durch eine geordnete Schwemmkanalisation Abhilfe geschafft werden. Sie führte aber zugleich zu einer wesentlichen Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse, weil sie nicht nur eine einwandfreie und schnelle Entfernung aller flüssigen Abfallstoffe aus Dresden ermöglichte, sondern auch die niedrig gelegenen Stadtteile zur Zeit von Elbhochfluten vor der Überschwemmung der Keller und Wohnungen durch rückstauendes Schmutz- und Elbwasser bewahrte.

Die Ausführung des Werkes war bedeutend durch den Umstand gefördert worden, daß ein großer Teil der zur Schwemmkanalisation erforderlichen Kanäle vom Tiefbauamt bereits in den Jahren 1894 bis 1903 erbaut worden war. Es war dies unerwartet ihrer Genehmigung seitens der Staatsregierung geschehen, weil die Kanäle zur Entwässerung der Stadt nötig waren, mochte eine Schwemmkanalisation eingeführt werden oder nicht; insbesondere waren aus diesem Grunde schon über 4000 laufende Meter des linksufrigen und über 2000 Meter des rechtsufrigen großen Abfangkanals fertiggestellt. Freilich war damit erst der kleinere und leichtere Teil des großen Werkes getan; der weit größere und schwierigere konnte erst begonnen werden, nachdem die Staatsregierung dazu die Genehmigung erteilt hatte. Das Werk wurde nun in folgender Weise ausgeführt.

Zur Ableitung aller in Gebäuden und Grundstücken entstehenden Abwässer dienen wasserdicht verlegte Schamotterrohre, die mit den nächstliegenden Straßenkanälen verbunden sind. Die kleineren dieser Kanäle haben einen eiförmigen, die größeren einen haubenförmigen Querschnitt mit einer nach unten gewölbten Sohle. Alle Kanäle wurden aus bestem Zementbeton hergestellt und ihnen soviel Gefälle gegeben, daß das hineingelangende Abwasser mit mindestens 0,6 Meter Sekundengeschwindigkeit abläuft; allzu große Gefälle wurden durch Stufenbau gebrochen. Die größeren Kanäle, welche zeitweilig mehr Tagewässer als Schmutzwässer abzuleiten haben, die sogenannten Flutkanäle, wurden in der Mitte der Sohle mit einer besonderen Schmutzwasserrinne versehen. Die lichte Weite der Kanäle wächst von 45 bis

zu 390 Zentimeter und ihre Tiefelage unter der Straßenfläche beträgt mindestens 3 Meter, damit die Entwässerung der Keller aller an den Straßen liegenden Gebäude möglich wird, steigt aber in manchen Stadtteilen auf 7 bis 8 Meter, sogar an einzelnen Stellen auf 10 bis 12 Meter.

Das ganze Kanalnetz wurde in zwölf große Gebiete eingeteilt, aus deren jedem ein eigener Flutkanal die ablaufenden Abwässer in ziemlich senkrechter Richtung nach dem Elbufer führt und hier in den großen Abfangkanal ergießt. Diese Flutkanäle, deren sieben auf dem linken, fünf auf dem rechten Elbufer vorhanden sind, traten an die Stelle ehemaliger Hauptkanäle. Ihre früheren Mündungen wurden zu Notausläffen umgebaut, die als solche erst dann in Wirkung treten, wenn die Schmutzwässer durch massenhaft zuströmende Meteorwässer eine mehr als fünffache Verdünnung erhalten haben. Die Kreuzung der Flutkanäle und namentlich des wasserreichen Weißeritzmühlgrabens mit dem großen Abfangkanal verursachte eine der schwierigsten Aufgaben des Kanalbaues, doch ist diese durch sinnreiche und zum Teil ziemlich verwickelte Bauweise der Kanäle mit vollem Erfolg durchgeführt worden.

Der große Abfangkanal auf Altstädter Seite beginnt an der Blasewitzer Flurgrenze, verläuft auf dem rechten Elbufer bis unterhalb des Hafens, biegt darauf mittels zweier im Elbuntergrund liegenden Dächerrohre auf das rechte Elbufer über und vereinigt sich hier vor der auf Kaditzer Flur befindlichen Reinigungsanlage mit dem Neustädter Abfangkanal. Der letztere beginnt an der Albertbrücke, läuft dann längs des Elbufers bis Vorstadt Mitten und von hier ziemlich geradlinig bis zur Vereinigungsstelle mit dem Abfangkanal der Altstadt. Beiden Kanälen konnte zufolge ihres Laufes neben der Elbe nur ein Gefälle von etwa 1:3000 gegeben werden, weshalb die Gefahr besteht, daß aus dem darin fließenden Schmutzwasser ein Teil der mitgeführten unlöslichen Stoffe sich niederschlägt. Um etwaige Schlammablagerungen dieser Art zu verhüten, wurden beide Kanäle begehbar und mit Kähnen befahrbar gebaut, damit sie von Kanalarbeitern jederzeit gereinigt und etwaige darin entstandene Ablagerungen von Sand und Schlamm beseitigt werden können. Am Anfang und am Ende beider Abfangkanäle und an allen darin befindlichen Notausläffen wurden dicht schließende Schiebervorrichtungen angebracht, die bei Hochwasser der Elbe in Anwendung kommen, um ein Einströmen des Elbwassers und ein Zurückstauen des Kanalwassers in das Entwässerungsgebiet zu verhindern. Damit auch während solcher Hochfluten der gehörige Abfluß der Schmutzwässer ermöglicht wird, wurde unterhalb der Reinigungsanlage der Abwässer auf Kaditzer Flur eine Pumpstation errichtet, in welcher verschieden große Pumpen aufgestellt sind, die mittels elektrischen Betriebes jederzeit nach Bedarf in Tätigkeit gesetzt werden können und die gereinigten Abwässer in die Elbe überpumpen. Zur Über-

leitung der Abwässer des linken Elbufers nach der Reinigungsanlage dienen zwei flußeiserne geschmiedete kreisrunde Rohre, die 230 Meter lang sind und deren eines 200 Zentimeter, das andere 115 Zentimeter Durchmesser hat. Es wurden absichtlich zwei Rohre von verschiedener Weite gewählt, um je nach der Menge der überzuleitenden Abwässer nur das engere oder das weitere oder beide Rohre zugleich verwenden zu können, damit die Abwässer darin stets hinreichend schnell fließen und keinen Anlaß zum Ablagern von Schlamm erhalten. Die Einlagerung der beiden Dückerrohre in das Flußbett quer zur Stromrichtung war eine der schwierigsten Aufgaben des ganzen Baues und wurde im März und Juni 1907 unter lebhaftester Teilnahme der Bewohner Dresdens, die zu vielen Tausenden der sehenswerten Arbeit zuschauten, zur Ausführung gebracht.

Nachdem zur Aufnahme des größeren Rohres zunächst ein 3 Meter tiefer Graben quer durch das Flußbett in der Stromsohle ausgebaggert worden war, wurde am 12. März zur Versenkung des Rohres geschritten. Dieses besteht aus vier Teilen, deren mittelfte beiden durch Verschraubung ihrer Flanschen zu einem 122 Meter langen Rohr verbunden worden waren. Dieses lange Stück wurde nun mittels eiserner Ketten quer über den Strom gelegt und sollte unter allmählicher Füllung mit Wasser an diesen Ketten langsam in den Strom eingesenkt werden. Die Arbeit verlief anfänglich ganz nach Wunsch. Als aber der größte Teil des Rohres bereits unter den Wasserspiegel eingetaucht war, brach unter der Last des im Rohr enthaltenen Wassers die Verschraubung der Flanschen und die beiden Rohre sanken unter mächtigem Brausen und Schäumen der heraustretenden Luft, glücklicherweise ohne weiteren Unfall, in die Tiefe. Am nächsten Tage konnte durch Taucher festgestellt werden, daß nur die Schrauben der Flanschen gebrochen waren und der eingetretene Schaden daher nur gering und leicht zu beseitigen sei. Im Laufe der folgenden Woche wurden die schadhaften Flanschen und gebrochenen Schrauben durch neue ersetzt, darauf die Rohre wieder mit einander verbunden und gedichtet und damit die Verlegung des Rohres in voller Güte zu Ende geführt. Am 15. Juni fand die Versenkung des zweiten Dückerrohres ohne jeden Unfall statt.

Nachdem die Abwässer beider Abfangkanäle sich auf dem rechten Elbufer vereinigt haben, gelangen sie in die große, tief im Erdboden eingesenkte Reinigungsanlage. Hier werden die eintretenden Schmutzwässer zunächst durch Schwimmbalken, eiserne Rechen und ähnliche Vorrichtungen von größeren schwimmenden Gegenständen befreit und dann auf vier große Separatorscheiben nach dem System Riensch geleitet. Es sind dies metallene Scheiben von 8 Meter Durchmesser, die viele Tausend kleine, 2 Millimeter weite Schlitze besitzen, durch welche das Schmutzwasser hindurch fließen kann, während alle festen Stoffe, die größer als 2 Millimeter sind, auf den

Scheiben zurückbehalten werden. Die Scheiben liegen schräg im Wasserstrom, ragen zur Hälfte aus ihm heraus und werden langsam um ihre Achse gedreht. Dabei werden die Stoffe, die sich auf der Scheibe ablagern, aus dem Schmutzwasser herausgehoben und auf der aus dem Wasser herausragenden Seite der Scheibe mittels automatisch arbeitender Bürsten abgekehrt und dann in ein Baggerwerk aufgenommen, noch oben gehoben und in bereitstehende Loris geschüttet, die dann abgefahren werden. Schließlich tritt das auf diese Weise gereinigte Abwasser in einen Abflußkanal, der inmitten der Elbe 1 Meter tief unter dem Wasserspiegel ausmündet. Wenn bei etwaigem Steigen der Elbe ein Abfließen der gereinigten Abwässer gehindert wird oder Elbwasser in die Kanäle zurückstauen könnte, werden die Kanalwässer nach vorheriger Schließung der Kanäle durch Absperrschieber mittels Pumpen gehoben und in die angeschwollene Elbe übergedrückt. Die dazu dienenden mächtigen Pumpen befinden sich in der neben der Reinigungsanlage gelegenen Pumpstation und werden durch das elektrische Kraftwerk in Tätigkeit gesetzt.

Die Spülung der Kanäle erfolgt teils durch automatisch wirkende Spüleinrichtungen, teils durch Stauvorrichtungen. Dabei werden die durch Spülung nicht entfernbaren Ablagerungen in den Kanälen durch Handarbeit und verschieden große, dem Querschnitt der Kanäle entsprechende Spülwagen beseitigt, die durch die Kanäle von Schacht zu Schacht gezogen werden; in den Abfangkanälen dienen dazu besondere Spülwagen und eiserne Kähne, an welchen zur Fortbewegung der Sinkstoffe geeignete Stauschieber angebracht sind. Die Lüftung der Kanäle erfolgt teils durch Öffnungen in den eisernen Deckeln, mit denen die Einsteigeöffnungen der Kanäle bedeckt sind, teils durch Lufttürme, die sich an den Enden der Abfangkanäle befinden, in der Hauptsache aber durch die Zuflußöffnungen der Dachrinnen und Tagewasserröhren. An verschiedenen Stellen sind auch Luftabzugsrohre vorhanden, die aus den Kanälen nach den Kesselheizungen und Schornsteinen großer, in der Nähe befindlicher Fabrikanlagen führen.

Das große Werk der Schwemmkanalisation war Ende des Jahres 1909 bis auf die Pumpstation vollendet; diese wurde im Laufe des Sommers 1910 fertiggestellt und am 15. Juli in Tätigkeit gesetzt. Inzwischen waren alle Kanäle bereits seit dem Jahre 1908 in Betrieb genommen und dienten in vorzüglicher Weise zur Abschwemmung aller Schmutz- und Meteorwässer aus der Stadt, mit alleiniger Ausnahme der Klosett wässer, die erst nach Vollendung der Reinigungsanlage und der Pumpstation in das Kanalnetz eingelassen werden durften.

Während die Schwemmkanalisation die flüssigen Abfälle der Stadt in ebenso zweckmäßiger wie befriedigender Weise beseitigt, harret die Aufgabe

einer einwandfreien Entfernung und Verwertung der festen Abfälle, namentlich des sogenannten Mülls und des Straßenkehrichts, in Dresden noch der Lösung. Fast in allen Hausgrundstücken werden die trockenen Abfälle der Hauswirtschaft und vieler Gewerbe, gemischt mit Asche und halbverbranntem Brennmaterial, noch in Gruben geschüttet, wo sie monatelang liegen bleiben und einer bedenklichen Zersetzung unterliegen. Zwar haben einige Privatunternehmer in den letzten Jahren angefangen, in den Hausgrundstücken Behälter aus Eisenblech aufzustellen, die zur Aufnahme des Mülls dienen und nach ihrer Füllung abgefahren werden, um damit das lange Lagern des Mülls in den Gebäuden zu verhüten. Die Abfuhr dieser Behälter ist aber immer noch mit so erheblichen Kosten verbunden, daß sie keine allgemeine Anwendung gefunden hat. Es sind jedoch im Auftrage des Rates im letzten Jahre wiederholte Versuche über die Brennbarkeit des Mülls angestellt worden, und diese haben ergeben, daß frischer Müll, der seine brennbaren Bestandteile noch nicht durch vorgeschrittene Zersetzung verloren hat, in geeigneten Verbrennungsöfen ohne Zusatz von Brennstoffen verbrannt werden kann. Dieses Ergebnis läßt hoffen, daß doch vielleicht noch ein Weg gefunden wird, eine einwandfreie Beseitigung des Mülls und Straßenkehrichts mittels Verbrennens zu bewirken.

Die Notwendigkeit, an die Errichtung eines dritten Wasserwerks zu denken, trat an die Stadtgemeinde bereits im Jahre 1900 heran, kurz nachdem das zweite auf Tolkewitzer Flur vollendet war. Denn obschon seitdem der Stadtbevölkerung täglich, wenn erforderlich, über 80 000 Kubikmeter Wasser geliefert werden konnten, lehrte doch der Wasserverbrauch in den heißen Sommern der Jahre 1900 und 1901, der sich an einzelnen Tagen bis zu 67 000 Kubikmeter steigerte, daß bei dem voraussichtlich weiteren Anwachsen der Bewohnerzahl Dresdens und der Einführung der Schwemmkanalisation der Wasserverbrauch in einigen Jahren die Leistungsfähigkeit beider Wasserwerke überschreiten werde. Der Rat sah sich dadurch veranlaßt, bereits im Jahre 1901 neue Quellgebiete aufzusuchen, welche sich zur Errichtung eines dritten Wasserwerkes eigneten. Die erschöpfenden Untersuchungen, welche vor der Errichtung des ersten und zweiten Wasserwerkes über die Mittel und Wege zur Gewinnung einer ausreichenden Menge guten Wassers angestellt worden waren, hatten ergeben, daß gutes und reichliches Wasser, wenn man sich nicht viele Meilen weit von Dresden entfernen und unübersehbare Schwierigkeiten überwinden wollte, nur in den wasserführenden Sand- und Kieschichten der beiden Elbufer zu finden ist. Dieser Erfahrung zufolge wurde vom Rate beschlossen, sowohl auf dem rechten wie linken Elbufer Bohrversuche anzustellen. Nachdem drei solche Versuche, einer auf der Prinzenau bei Fischieren und zwei auf dem rechten Elbufer bei Kaditz und gegenüber Pirna, keine befriedigenden Ergebnisse

geliefert hatten, wurde im Jahre 1902 auf Hosterwitzer Flur ein großes, sehr günstig gelegenes Wiesen- und Feldgebiet gefunden, das unter einer mehrere Meter tiefen Lehmschicht mächtige wasserführende Kiesschichten enthält, aus welchen ein vorzügliches und sehr reichliches Trink- und Nutzwasser gewonnen werden kann.

Die Flur liegt unmittelbar an der Elbe, hat eine Breite von etwa 600 Meter und erstreckt sich längs der Elbe von dem Hinterland der letzten Dorfstraße in Hosterwitz an in einer Ausdehnung von rund 1400 Meter bis zur Flurgrenze von Niederpoyritz. Ein 100 bis 200 Meter breiter Streifen liegt zwar im Hochwassergebiet der Elbe, ist aber wie die landeinwärts gelegene Flur allenthalben mit einer 2 bis 7 Meter mächtigen Lehmschicht überdeckt, die ein Eindringen des Elbwassers im Falle einer Hochflut und eine Verunreinigung der unter der Lehmschicht befindlichen wasserführenden Kiesschichten vollständig ausschließt. Letztere haben eine Mächtigkeit von 12 bis 17 Meter. Es sind abwechselnde Schichten von Sand und Kies, in der Tiefe mit groben Steinen untermischt, die aus Basalten, Graniten und Sandsteinblöcken bestehen und böhmischen Gebirgsformationen angehören. Daraus geht mit Sicherheit hervor, daß die wasserführende Schicht ein ehemaliges Elbbett ist.

Nachdem bis zum Jahre 1905 eine größere Anzahl Versuchsbrunnen abgeteuft worden waren und die Pumpversuche ergeben hatten, daß aus dem ganzen Gebiet dauernd eine Wassermenge von etwa 60 000 Kubikmeter täglich gewonnen werden kann, wurde das Grundstück angekauft, die Errichtung eines Wasserwerkes daselbst beschlossen und zur Bearbeitung der Einzelpläne des Werkes geschritten. Auf Grund dieser Pläne sind nicht, wie bei dem zweiten Wasserwerk, weite Kesselbrunnen, sondern Rohrbrunnen von etwa 300 Millimeter Durchmesser in Anwendung gekommen. Sie bestehen aus kupfernen, durchlochtem Röhren, die bis auf die in 15 Meter Tiefe liegende Sohle des Grundwasserstromes eingetrieben wurden. Im ganzen sind 56 solcher Rohrbrunnen in einer etwa 100 Meter von der Elbe abstehenden und 1200 Meter langen Reihe in die wasserführenden Schichten eingesenkt worden, um in voller Breite des Ufers das vom Hinterland und von der Elbe zufließende Grundwasser abzufangen.

Weiter landeinwärts in 350 Meter Entfernung von der Elbe und hochwasserfrei liegen die Wasserwerksgebäude: ein Betriebsgebäude, ein großer Kohlenschuppen, das Beamtenhaus und ein überdachter Schöpfbrunnen. In diesen Schöpfbrunnen münden die beiden 80 Zentimeter Durchmesser haltenden Sammelrohre, welche von den Rohrbrunnen durch Heberleitungen gespeist werden. Das Betriebsgebäude besteht aus einem Maschinen- und Kesselhaus. Das erstere mit dem Pumpraum liegt 11,9 Meter

tief unter der Erdoberfläche, aber immer noch über dem mittleren Grundwasserstande. Seine Oberbauten sind bis zum Hauptsims 8,3 Meter hoch und enthalten im Erdgeschoß noch Arbeits-, Wasch-, Bade- und Aufenthaltsräume für die Arbeiter. An das Kesselhaus, das gleiche Höhe wie das Maschinenhaus besitzt, schließt sich ein 50 Meter hoher, 1,7 Meter weiter Schornstein an. Das Betriebsgebäude ist zur Aufnahme von 4 Pumpmaschinen und 6 Dampfkesseln bestimmt, doch sind zurzeit nur 2 Pumpen und 3 Dampfkessel aufgestellt. Die Maschinen sind dreifache Expansionsmaschinen mit Kondensation, die Pumpen doppelwirkende Drillingspumpen. Jede Maschine vermag bei normaler Umdrehungszahl von 60 in der Minute täglich 20 000 Kubikmeter Wasser zu fördern.

Zur Leitung des Wassers nach Dresden dienen zwei Druckrohre, deren eines durch die Elbe nach dem linken Ufer geführt und hier mit dem zweiten Wasserwerke verbunden werden soll, doch ist diese Druckleitung vorläufig noch nicht ausgeführt worden. Dagegen wurde ein zweites Druckrohr von 80 Zentimeter lichter Weite am Elbufer über Loschwitz bis zum ersten Wasserwerk gelegt, von wo es neben dessen Druckrohren nach einem neuerbauten, 20 000 Kubikmeter fassenden Wasserbehälter ansteigt, der noch 5 Meter über dem Wasserbehälter des ersten Wasserwerkes liegt. Seine 70 Meter hohe Lage über der Elbe ermöglicht nicht nur, daß von hier aus die hochgelegenen Grundstücke des rechten Elbufers bis Trachenberge mit Wasser versorgt, sondern daß auch die Behälter des zweiten Wasserwerks in Räcknitz mit Wasser gespeist werden können.

Das neue Wasserwerk wurde am 25. November 1908 in Betrieb gesetzt. Es arbeitet vorläufig nur mit der Hälfte der in Aussicht genommenen Maschinen und benutzt auch nur die Hälfte der Rohrbrunnen zur Wassergewinnung. Bis Ende des Jahres 1909 hat es täglich durchschnittlich 14 000 Kubikmeter Wasser gefördert, doch betrug seine größte Tagesleistung (in 24 Stunden) am 6. April 24 541 Kubikmeter und hat demnach die in Aussicht genommene normale Tagesleistung von 20 000 Kubikmeter um 22,7 Prozent überschritten. Damit haben die auf Grund der Vorarbeiten gehegten Erwartungen über die Ergiebigkeit der Wassergewinnungsanlage und die Güte des geförderten Wassers ihre volle Bestätigung gefunden und sind bisher alle Hoffnungen erfüllt worden, die auf die Errichtung des Hosterwitzer Wasserwerkes gesetzt wurden.

Dresden kann sich rühmen, bereits im Jahre 1872 einen großen öffentlichen Schlacht- und Viehhof errichtet zu haben und damit die erste größere Stadt Deutschlands zu sein, die diesem wichtigen Erfordernis der öffentlichen Gesundheitspflege in damals vorbildlicher Weise Rechnung getragen hat. Freilich war diese Anlage nur auf das Anwachsen der Bevölkerung Dresdens von damals 180 000 auf höchstens 300 000 Personen

berechnet, womit man den Bedarf auf 50 und mehr Jahre reichlich vorgesehen zu haben glaubte; auch konnte man bei der Planung des Unternehmens nur die wenigen und mangelhaften Erfahrungen zugrunde legen, die bis dahin im Ausland, namentlich in Frankreich und England, mit öffentlichen Schlachthöfen gemacht worden waren. Die Folge dieser Verhältnisse war, daß der Schlachthof nicht bloß in bezug auf Raum und Baulichkeiten, sondern auch in betreff der seit seiner Errichtung erheblich gewachsenen technischen und medizinapolizeilichen Anforderungen völlig unzulänglich geworden ist. Eine Beseitigung dieser Mängel wäre nur durch eine sehr bedeutende Vergrößerung des ganzen Schlachthofgrundstücks möglich gewesen, doch war eine solche unausführbar, weil auf den angrenzenden Grundstücken teils die Gleise der Staatseisenbahn, teils große Fabrikgebäude liegen, die ihren Besitzern unveräußerlich sind. Damit trat an die Stadtgemeinde die Notwendigkeit heran, die Errichtung eines neuen großen städtischen Schlachthofes in Aussicht zu nehmen.

Das hierzu erforderliche, hinlänglich große und passende Bauland war in der Nähe von Dresden nur noch auf dem linken Elbufer zu finden und wurde durch Ankauf der unterhalb der Stadt zwischen der Elbe und deren Hochflutrinne gelegenen, zum fiskalischen Ostravorwerke gehörigen großen Wiesenfläche gewonnen, die seitdem den Namen Schlachthofinsel führt. Allerdings lag diese Insel nicht hochwasserfrei; ihre Benutzung zu Schlachthofzwecken setzte daher ihre vorherige Heraushebung über die Hochwasserlinie durch Auffüllung des Bodens um etwa 2 $\frac{1}{2}$ Meter voraus, eine Arbeit, die in den Jahren 1902 bis 1908 zur Ausführung kam.

Inzwischen wurde ein aus Mitgliedern des Rates, der Gemeindevertretung und dem Direktor der Fleischschau bestehender Ausschuß mit der Bearbeitung eines Entwurfes für den neuen Schlachthof, und nach dessen Genehmigung das Hoch- und Tiefbauamt mit der Anfertigung der zum Bau erforderlichen Einzelpläne beauftragt, so daß vom Jahre 1906 an mit der Gründung und Errichtung der Gebäude begonnen werden konnte.

Von der etwa 55 Hektar großen Schlachthofinsel wurden gegen 36 Hektar zur Ausführung der ganzen Anlage in Anspruch genommen, und zwar entfällt der größere Teil dieses Landgebietes auf den Viehhof, der kleinere auf den eigentlichen Schlachthof. Zwei Brücken über die Elbflutrinne vermitteln den Verkehr von der Stadt nach der Insel. Die westliche, von Steinpfeilern und Eisenträgern erbaut, ist eine Eisenbahnbrücke mit Gleisanlagen, die bis zum Viehhof reichen, damit das auf der Eisenbahn ankommende Vieh unmittelbar an die Stallungen des Viehhofes gefahren und dort ausgeladen werden kann. Die andere von Holz erbaute Brücke ist für den Wagen- und Fußgängerverkehr, sowie für den Antrieb von Vieh bestimmt, das aus der Umgegend ohne Benutzung der Eisenbahn ankommt.

Den elbabwärts gelegenen größeren Teil der Anlage nimmt der Viehhof ein, dessen Baulichkeiten zwei Gruppen bilden, eine größere, den eigentlichen Viehhof, für Vieh, das aus Deutschland kommt, und eine kleinere Gruppe, das Sperrgebiet für Vieh, welches aus dem Auslande kommt. Dieses Sperrgebiet liegt nördlich vom Viehhof nach der Elbe zu und ist von ihm durch eine gemauerte Umfassung vollständig abgeschlossen. Längs des zum Viehhof gehörenden Eisenbahngleises liegen die Ställe mit Rampen zum Ausladen des Viehes. Davon sind zurzeit drei Futterställe mit Raum für 826 Rinder und ein Futterstall mit Raum für 1700 Schweine vollendet. Die Dächer dieser Stallungen enthalten Futterböden, der Schweinestall auch Futterküchen zur Bereitung des Schweinefutters. An der Nordseite des Viehhofes, durch eine besondere Einfriedigung von ihm getrennt, liegt der Überständlerhof mit einem vierteiligen Stall für Groß- und Kleinvieh. Den übrigen zwischen den Stallungen und dem Schlachthof gelegenen Teil des Viehhofes nehmen die Markthallen ein: eine große mit Raum für 1200 Rinder, eine für 3700 Schweine und 3100 Kälber und eine für 2200 Schafe. Ein an diese Halle angefügter Kopfbau enthält die staatliche und städtische Kasse und Auf-enthaltsräume für den Viehhofsinspektor, die Tierärzte und das Aufsichts- und Hilfspersonal des Viehhofes.

Eine 30 Meter breite und 300 Meter lange Straße trennt den Viehhof von dem eigentlichen Schlachthof, der überdies noch von einer Einfriedigung umgeben ist, die nur an zwei Toren einen Zugang nach dem Viehhof offen läßt. Auch der Schlachthof bildet mit seinen Baulichkeiten zwei Gruppen, eine größere zum Schlachten einwandfrei gefundener Schlachttiere, und eine kleinere, den nördlich davon gelegenen, durch eine 15 Meter breite Straße und besondere Einfriedigung abgetrennten Sanitätschlachthof, in welchem das Vieh geschlachtet, untersucht und verwertet wird, das bei der tierärztlichen Untersuchung beanstandet worden ist.

Der größere Schlachthof enthält auf der dem Viehhof zugewendeten Seite vier große parallel neben einander liegende, aber durch 15 Meter breite Wege von einander getrennte Schlachthallen, von welchen zwei zum Schlachten von Rindern und je eine zum Schlachten von Schweinen und von Kleinvieh bestimmt sind. In diesen Hallen befinden sich auch Räume für Tierärzte, Schlachthofbeamte, Probeentnehmer der Fleischschau, und zwei große Säle, in welchen etwa 100 Trichinenbeschauer arbeiten können. Längs der vier Schlachthallen liegt eine große, 187 Meter lange und 20 Meter breite Halle zur Verbindung der Schlachthallen mit dem Kühlhaus. Dieses gleich lange und 50 Meter breite Gebäude enthält außer dem Hauptkühlraum einen 720 Quadratmeter großen Vorkühlraum für Kleinvieh und Schweine, einen 1150 Quadratmeter großen Pöfelraum und einen gleich großen, in 14 Zellen geteilten Raum für Großschlächter, sein nördlichster Teil außerdem

noch eine Fleischhack- und Zubereitungsanstalt mit anstoßendem Maschinenraum. Nördlich vom Kühlhaus liegt das Kuttellei- und Düngergebäude. Sie sind unterkellert und erdgeschosshoch und haben 1300 Quadratmeter Grundfläche. Neben dem Kuttelleigebäude befindet sich noch ein großes, aus fünf Stallungen für Rinder, Schweine und Kleinvieh bestehendes Gebäude für solche Schlachttiere, die von den Fleischern zwar an den Markttagen gekauft worden sind, aber erst an einem späteren Tage geschlachtet werden sollen.

Östlich von dem großen Kühlhaus liegt das große Maschinenhaus mit hohem Wasserturm. Es enthält im Erdgeschos drei Turbo-Dynamos und zwei Dampfmaschinen mit angekuppelten Kompressoren zur Bereitung der erforderlichen Kältemischung und von täglich etwa 500 Zentner Eis. In den unteren Geschossen des Wasserturmes befindet sich die Wäscherei und Akkumulatorenbatterie, im fünften Geschos ein eiserner Warmwasserbehälter von 500 Kubikmeter Inhalt, im sechsten Geschos ein Kaltwasserbehälter von 600 Kubikmeter Inhalt.

Auf dem nördlich vom Schlachthof nach der Elbe zu gelegenen Hinterland, durch eine eiserne Einfriedigung vom eigentlichen Schlachthof getrennt, befindet sich der Sanitätschlachthof, der nur von den dazu berechtigten Beamten und Angestellten betreten werden darf. Er besteht aus einem großen Stallgebäude mit verschiedenen Isolierräumen für Groß- und Kleinvieh, einem Verwaltungsgebäude mit angebautem großen Schlachthaus für Groß- und Kleinvieh, einer Kuttellei mit Düngerhaus, einem Kühlhaus mit Kühlmaschinen und, vom Verwaltungsgebäude durch einen 15 Meter breiten Raum getrennt, einem Stall und Schlachthaus für Pferde.

Die sonst noch für den Betrieb eines Schlachthofes erforderlichen Gebäude liegen in der Nähe des Haupteingangs außerhalb der den Schlacht- und Viehhof umgebenden Einfriedigung, damit man zu ihnen gelangen kann, ohne den Schlachthof zu betreten. Sie bestehen aus einem Pförtnerhaus am Haupteingang mit Wachzimmern für das Wohlfahrts- und Sicherheitspersonal, einem großen Verwaltungsgebäude, dem Schauamtsgebäude für eingebrachtes Fleisch, einem großen Börsen- und Gastwirtschaftsgebäude, drei Ladengebäuden und einem großen Stallgebäude für Pferde und Hunde des den Schlachthof auffuchenden Fuhrwerks. In den erstgenannten Gebäuden befindet sich auch der größte Teil der Wohnungen der Schlachthofsbeamten.

Eine ganz besondere Sorgfalt ist den Fußböden der verschiedenen Gebäude, der Befestigung von Straßen, Plätzen und Gangbahnen, der Zufuhr von reichlichem Wasser und der Kanalisation und Abfuhr der flüssigen und festen Abfallstoffe des Schlacht- und Viehhofes zuteil geworden. Die Straßen des Viehhofes, Überfländerhofes, des allgemeinen wie des Sanitätschlacht-

hofes sind zum größten Teil mit Zementmakadam und die Verbindungshalle mit Asphaltpflaster befestigt. Die Gangbahnen innerhalb des Vieh- und Schlachthofes sind mit Zementmakadam, dagegen in der Verbindungshalle, vor der Gastwirtschaft und vor den Ladengebäuden aus Granitplatten hergestellt. Der Fußboden der Rinderschlachthallen besteht aus Granitplatten, der Fußboden der übrigen Schlachthallen und Gebäude aus Zementmakadam.

Der ganze Schlacht- und Viehhof ist kanalisiert und enthält Leitungen von kaltem und warmem Wasser nach allen Gebäuden und Räumen; desgleichen ist eine Dampf- und Warmwasserheizung und elektrisches Licht in allen Gebäuden vorgesehen. Zur Eis- und Kaltluftbereitung dient eine Ammoniak-Eismaschine.

Die Entwässerung des Schlacht- und Viehhofes erfolgt durch zwei verschiedene Kanalsysteme. Das eine dient zur Ableitung der Tagewässer, die darin unmittelbar der Elbe zufließen. In dem andern werden die Schmutzwässer aller Anlagen und die blutigen Abwässer, die besonders angesammelt und behandelt werden, vereint einer Reinigungsanlage zugeführt und dann erst in die Elbe abgeleitet. Für den Schlacht- und Viehhof ist ein täglicher Wasserbedarf von 5000 Kubikmeter in Aussicht genommen. Er wird von fünf Brunnen gedeckt, die an der nordöstlichen Ecke der Schlachthofinsel liegen und durch Heberleitungen mit einander in Verbindung stehen. Das von diesen Brunnen gelieferte Wasser hat eine tadellose Beschaffenheit und eignet sich sowohl als Trinkwasser wie als Nutzwasser.

Alle Baulichkeiten und Einrichtungen sind zurzeit so weit fertiggestellt, daß die Eröffnung des Betriebes voraussichtlich am 19. August 1910 stattfinden wird. Mit einem Kostenaufwande von etwa 15 Millionen Mark erbaut, ist es der größte und mit den neuesten und besten Einrichtungen und Hilfsmitteln ausgestattete Schlachthof nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas, und wird seiner ganzen Anlage nach der Stadt zu Ehre gereichen.

Am 16. März 1903 wurde die neue Königlich-frauenklinik an der Pfothenauerstraße eröffnet. Sie trat an die Stelle des alten Entbindungsinstituts an der Dinter- und Wachsbleichstraße, deren Grundstück wegen Mangel an Raum und der für den neuzeitlichen Betrieb einer Frauenklinik und Hebammen-Lehranstalt erforderlichen Einrichtungen aufgegeben und an die Stadtgemeinde verkauft worden war. Die neue Anstalt verfügt über ein erheblich größeres Grundstück und weiträumigere Gebäude als früher, doch soll damit keine Vermehrung der in der Anstalt zu verpflegenden Wöchnerinnen stattfinden. Der größere Raum und die neuen Einrichtungen sollen vielmehr lediglich dazu dienen, die Verpflegungsverhältnisse der Anstalt möglichst zu verbessern und die in der Anstalt zu ihrer Fortbildung beschäftigten jungen Ärzte und die Hebammen-Schülerinnen mit den neuesten Hilfsmitteln und Verfahren der ärztlichen Wissenschaft bekannt zu machen.

Die Anstalt liegt auf einem vom Fiedlerplatz, der Pfotenhauer- und Terschedstraße begrenzten Grundstück von rund 28 000 Quadratmeter Fläche und besteht aus einem Verwaltungsgebäude, dem Hauptgebäude, dem Sonderhaus und einem Wirtschaftsgebäude, die zusammen einen viereckigen, etwa 13 000 Quadratmeter großen Hof- und Gartenraum einschließen. Das Verwaltungsgebäude enthält in seinem Erdgeschoß die Expeditions- und Kassenräume, eine Poliklinik und die Wohnung des Inspektors. Im I. Obergeschoß befinden sich die Wohnung des Direktors, der Ärzte, Zimmer eines Geistlichen und ein Tauf- und Bettsaal, im II. Obergeschoß der große Vortragsaal, zwei Laboratorien, Bibliothek, Lesezimmer und Sammlungsraum, im Dachgeschoß Wohnungen für Anstaltsbeamte.

Das Hauptgebäude für Geburtshilfe und Gynäkologie enthält im Erdgeschoß 20 Zimmer für 48 Kranke, zwei Operationszimmer, Bäder und Räume für den ärztlichen Hilfsdienst. Im I. und II. Obergeschoß befinden sich 18 Zimmer und Säle für 100 Wöchnerinnen mit 100 Kindern, 4 Gebärsäle, 10 Baderäume für Wöchnerinnen und Kinder, die Wohnung der Oberhebamme und Wohn- und Schlafräume für Ärzte, Hebammen und Schülerinnen; im Dachgeschoß liegen 7 Schlafräume für 30 Hauschwangere und 45 Schülerinnen, 2 Waschräume, Bäder- und Wäscheräume.

Das Sonderhaus besteht aus Keller, Erd- und Dachgeschoß. Darin befinden sich zwei Säle und 2 Zimmer für 12 Kranke nebst einem septischen Gebärd- und Operationsaal, Räume für bakteriologische Untersuchungen, Verbandstoffe, Bäder, sowie Wohn- und Schlafräume.

Die sämtlichen Verwaltungsräume der Anstalt sind mit Niederdruck-Dampfheizung, alle von Kranken benutzten Räume und die Wohnung des Direktors mit Warmwasserheizung, außerdem die Operationssäle und die Krankenzimmer im Sonderhaus mit Fußbodenheizung ausgestattet. Die Lüftung aller Räume wird durch elektrisch betriebene Ventilatoren bewirkt, zur Beleuchtung dient im allgemeinen elektrisches Licht.

Der Bau und die Einrichtung der neuen Frauenklinik hat sich in den sechs Jahren ihres Bestehens in jeder Beziehung bewährt und der Anstalt nah und fern den Ruf einer Musteranstalt ersten Ranges erworben.

Durch die Verlegung der Frauenklinik an der Wachsbleichstraße nach dem neuen Gebäude an der Pfotenhauerstraße wurde das Grundstück mit den Gebäuden der alten Frauenklinik, die unmittelbar an das Grundstück des Stadtkrankenhauses Friedrichstadt angrenzen, zu anderweiter Benutzung verfügbar. Dieser Umstand bewog die Stadtgemeinde, das Grundstück, das früher schon einmal zum Stadtkrankenhaus Friedrichstadt gehört hatte, mit den darauf stehenden Gebäuden für den Preis von 1 106 000 M anzukaufen und damit eine notwendige Erweiterung des Stadtkrankenhauses Friedrichstadt zu bewirken. Demzufolge wurden

die vorhandenen Gebäude im Jahre 1904 mit einem Aufwand von rund 112 000 *M* den neuzeitlichen Anforderungen entsprechend umgebaut und darin teils Krankenzimmer mit 277 Betten, teils Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wohnräume für Ärzte, Pflegerinnen und Beamte des Stadtkrankenhauses eingerichtet. Es wurde infolge dieser Erweiterung auch möglich, im Jahre 1906 in der Abteilung für Frauenkrankheiten eine *N o t g e b ä r a n s t a l t* zu errichten, in welcher Schwangere, denen es in ihrer Wohnung an Raum, Einrichtung und Pflege bei dem Wochenbette mangelt, Aufnahme finden. Das Bedürfnis nach einer solchen Anstalt war schon seit Jahren vorhanden und hatte alljährlich zur Aufnahme einiger hilf- und obdachlosen Frauen, die vor ihrer Niederkunft standen, im Stadtkrankenhause geführt, wenn sie wegen Platzmangel in der Königlichen Frauenklinik keine Aufnahme fanden. Durch die Verlegung der Frauenklinik war das Bedürfnis nach einer solchen Gebäranstalt aber noch gewachsen, zumal in der neuen Frauenklinik die Bettenzahl für Schwangere nicht vermehrt worden war.

Das im Jahre 1897 von einem Wohltätigkeitsverein gegründete *S ä u g l i n g s h e i m*, dessen Begründer sich die Aufgabe gestellt hatten, die hohe Sterblichkeit der Säuglinge dadurch abzumindern, daß ihnen eine zweckmäßige Pflege und Ernährung, womöglich mit Muttermilch, gewährt wird, und überhaupt das Stillen der Säuglinge seitens ihrer Mütter wieder in Aufnahme zu bringen, wurde im Jahre 1903 in das dafür besonders erbaute und eingerichtete Haus Wormser Straße Nr. 4 verlegt. Da aber die dem Verein zu Gebote stehenden Geldmittel nicht ausreichten, um die Anstalt dauernd zu unterhalten, übernahm im Jahre 1907 die Stadtgemeinde die Verwaltung des Säuglingsheims. Daß die Anstalt nicht nur dem Bedürfnis nach Hilfe bei Erkrankung von Säuglingen, sondern auch einer hohen erzieherischen und sozialen Aufgabe nachkommt, zeigt deren wachsende Inanspruchnahme aus allen Kreisen der Stadtbevölkerung. Im Jahre 1908 wurden in der Anstalt 599 kranke Säuglinge ärztlich behandelt und verpflegt, 131 junge Mütter zum Stillen von Kindern aufgenommen und davon 89 als Ammen anderwärts untergebracht. Außerdem werden in der Anstalt ärztliche Unterrichtskurse für Frauen und Mädchen im Verpflegen von Säuglingen erteilt; es wurden in diesen Kursen 49 Mädchen als Kinderpflegerinnen ausgebildet.

Ferner wurde im Jahre 1903 von der Stadtgemeinde in Klingenberg eine *T r i n k e r h e i l a n s t a l t* für Männer mit einem Belegraum für 15, später für 22 Personen eingerichtet. Die Anstalt ermöglicht den darin aufgenommenen Pfléglingen bei Enthaltung von allen geistigen Getränken eine freundliche, tätige Lebensführung mit familiärem Charakter und will ihnen die zu einem geordneten Leben erforderlichen gesellschaftlichen Eigenschaften, die der Trinker meist eingebüßt hat, wieder zu verschaffen suchen.

Nach der für die Anstalt aufgestellten Verwaltungsordnung sollen darin heilbare oder wesentlich besserungsfähige Trunksüchtige aufgenommen werden, die sich freiwillig melden, zu körperlicher Arbeit fähig und willig sind und sich verpflichten, wenigstens 6 Monate in der Anstalt sich aufzuhalten. Für die Verpflegung zahlen Privatfranke täglich 2,80 M., die Ortsfrankenkasse 1,80 M., die Armenkasse 1,40 M. In die Anstalt wurden im Jahre 1903 fünf Pfleglinge aufgenommen, deren Zahl im nächsten Jahre auf acht stieg. Leider blieb aber die Benutzung der Anstalt seitens freiwillig eintretender Trunksüchtiger äußerst klein. Um die Anstalt nicht unbenutzt zu lassen, wurden daher in den späteren Jahren Trunksüchtige und andere Pfleglinge der Heil- und Pfleganstalt aus Dresden aufgenommen.

Am 2. Januar 1906 wurde die im großen Stile von der Verwaltung der Dr. Güntzschens Stiftung erbaute und der Stadtgemeinde als Geschenk übergebene Badeanstalt unter dem Namen *G ü n t z b a d* eröffnet. Die Stiftung beabsichtigte mit diesem Bau eine allen Klassen der Bevölkerung dienende und allen Anforderungen der Neuzeit genügende Badeanstalt zu errichten und hat diese Absicht in höchst glücklicher und dankenswerter Weise erreicht.

Das Bad ist auf einem großen, am Elbberg und an der Marschallstraße gelegenen Grundstück erbaut und besteht aus zwei an diesen Straßen liegenden Vorderwohngebäuden und dem angrenzenden großen Badehintergebäude. Dieses enthält in seinem Erdgeschoß zwei große Schwimmhallen, die eine mit einem Wasserbecken von 25 Meter Länge, 11 Meter Breite und 0,85 bis 3 Meter Tiefe, die andere von 17 Meter Länge, 8,8 Meter Breite und 0,85 bis 3 Meter Tiefe. Die erstere hat 90 Ankleidezellen und 75 Auskleideschränke und dient als Männerhalle, die andere enthält 66 Ankleidezellen und 38 Auskleideschränke und dient als Frauenhalle. Die Wasserbecken sind mit graugrünen Porzellanfliesen belegt und verleihen dem klaren Wasser eine schöne hellgrüne Farbe. Den Zugang zu beiden Schwimmhallen vermittelt ein Vestibül, in welchem sich die Kasse, zwei Ausgabestellen von Wäsche für Männer und Frauen und ein Erfrischungsraum befinden. In offener Verbindung mit jeder der beiden Schwimmhallen steht ein größerer Vorreinigungsraum, der Kopf- und Sitzbrausen, Fußbadewannen und im Frauenbad Bidetzellen enthält. Während der Badezeit fließen beiden Schwimmbädern stündlich 40 bis 50 Kubikmeter warmes Wasser zu. Zur Erneuerung der Luft in den Hallen wird diesen durch Niederdruckdampfheizkörper, die an den Umfassungen der Hallen unterhalb der Galeriefußböden angebracht sind, vorgewärmte Luft zugeführt und die verbrauchte Luft an Decken-Oberlichtöffnungen abgeführt.

An die Schwimmhallen schließen sich 50 Zellen für Wannensäuer, von welchen die 20 Zellen der I. Klasse Fayencewannen, die 30 Zellen der

II. Klasse gußeiserne emaillierte Wannen enthalten. Im I. Obergeschoß befindet sich ein bequem ausgestattetes Dampfbad, ein Warm- und Heißluftbad mit Liegebänken von Marmor, ein Knetraum und Brausebäder mit Warm- und Kaltwasserbecken. Im Untergeschoß des Vorderhauses ist außerdem ein Hundebad mit Abseif-, Spül- und Schwimmbecken eingerichtet und eine elektrisch betriebene Scheervorrichtung für Hunde vorhanden.

Das zu den Bädern erforderliche Wasser wird von einem eigenen Brunnen geliefert und durch drei Hoffmannsche Gegenstromapparate erwärmt.

Der Besuch des Günstbades ist sehr stark und nimmt von Jahr zu Jahr zu. Im Jahre 1909 wurden darin 203 600 Schwimmbäder, 29 600 Wannenbäder und 14 300 Schwitzbäder genommen, außerdem 2800 Hunde gebadet und geschoren. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1908 auf 125 330 M., die Ausgaben auf 120 771 M., sodaß der Betrieb einen mäßigen Reingewinn ergibt.

Es konnte nicht fehlen, daß das Günstbad mit seinen zweckmäßigen Einrichtungen und seiner angenehmen Ausstattung eine große Zugkraft auch auf die Bewohner entfernterer Stadtteile Dresdens ausübt und damit den in anderen Stadtgebieten errichteten Privat-Badeanstalten einen empfindlichen Wettbewerb bereitet. Tatsächlich ist der Besuch einiger dieser Badeanstalten seit der Eröffnung des Günstbades ganz erheblich zurückgegangen und hat nur einigermaßen dadurch wieder gehoben werden können, daß der Preis für die Benützung dieser Badeanstalten gegen früher wesentlich herabgesetzt wurde. Es hat dies natürlich mehrfach zu lebhaften und berechtigten Klagen der betreffenden Badeanstaltsbesitzer Anlaß gegeben und die Verwaltung des Günstbades bewogen, den Preis ihrer Bäder nicht zu niedrig zu stellen.

Zur Bekämpfung und Verhütung der Ausbreitung gemeingefährlicher, ansteckender Krankheiten sind seit einer Reihe von Jahren von der Reichs- und Landesgesetzgebung mancherlei Anordnungen getroffen worden, die, wenn sie rechtzeitig und sachgemäß befolgt werden, sehr nützlich und wirksam sind. Ihre Befolgung setzt aber in den meisten Fällen nicht nur hinreichend unterrichtete und willige Personen voraus, sondern auch das Vorhandensein von Einrichtungen und Hilfsmitteln bei der Krankenpflege, die viele Kranke oder deren Angehörige nicht besitzen und sich auch nicht ohne weiteres schnell und billig verschaffen können. Diese Tatsache hat die städtische Medizinalbehörde veranlaßt, nach und nach eine Menge zweckmäßiger Einrichtungen und Mittel zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten auf öffentliche Kosten zu beschaffen und außerdem seit dem Jahre 1904 einen einheitlich geordneten Sanitätsdienst einzurichten, damit die bei dem Auftreten schwerer ansteckender Krankheiten zur Bekämpfung der Ansteckungsgefahr notwendigen Maßregeln und Mittel auch wirklich

sofort fachgemäße Anwendung finden. Diesem Sanitätsdienst liegt eine Anweisung für die Beamten der Wohlfahrtspolizei zugrunde, die von dem Wohlfahrtspolizeiamt und Gesundheitsausschuß nach eingehender Beratung mit dem ärztlichen Bezirksverein ausgearbeitet worden ist und die das Verhalten der Beamten bei dem Auftreten einer anzeigepflichtigen Krankheit genau regelt. In der Hauptsache ist darin angeordnet, daß ansteckende Kranke womöglich in ein Krankenhaus übergeführt werden, eine Maßregel, die durch unentgeltliche Lieferung eines vorzüglichen Krankenwagens und des nötigen Transportpersonals erleichtert ist. Wird aber der Kranke in seiner Wohnung verpflegt, so soll er möglichst von dem Verkehr mit anderen Personen ferngehalten und alle mit ihm in Berührung gekommenen Gegenstände und seine Ausscheidungen einer fortwährenden, sogenannten laufenden Desinfektion unterzogen werden. Die dazu erforderlichen Geräte und Desinfektionsmittel erhält dann der Kranke vom Wohlfahrtspolizeiamt zum Selbstkostenpreis und der Unbemittelte unentgeltlich geliefert. Ist der Kranke genesen, gestorben oder vor seiner Genesung doch noch ins Krankenhaus übergeführt worden, so werden die Wohnung des Kranken und alle von ihm benutzten Gegenstände einer sorgfältigen Desinfektion durch das geschulte Personal der städtischen Desinfektionsanstalt unterworfen, die bei Unbemittelten ebenfalls unentgeltlich ist. Dabei gilt jeder Haushaltungsvorstand als unbemittelt, dessen Jahreseinkommen weniger als 3400 *M* beträgt. Die Anwendung aller dieser Vorsichtsmaßregeln wird seitens der Wohlfahrtspolizei überwacht. Von dem Auftreten der Krankheit werden alle übrigen Bewohner des Hauses und, falls ein Schulkind erkrankt ist, auch der Direktor seiner Schule in Kenntnis gesetzt. Ein solches Kind darf die Schule erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit oder nach einer besonderen Untersuchung seitens des Schularztes und der Beibringung eines von diesem ausgestellten Unbedenklichkeitszeugnisses wieder besuchen.

Zurzeit ist die Lungentuberkulose immer noch diejenige ansteckende Krankheit, welche in Dresden die meisten Opfer fordert. Es hat sich deshalb im Jahre 1904 in Dresden unter dem Protektorat der Königin Carola ein „freier Ausschuß“ gebildet, der den Kampf gegen die Lungenschwindsucht aufgenommen hat. Dieser Ausschuß, dem zur Erfüllung seiner Aufgabe außer dem Ertrag öffentlicher Sammlungen ziemlich reichliche Mittel seitens der Stadtgemeinde und des Staates zufließen, errichtete im Jahre 1906 am Kaiser-Wilhelm-Platz und im Carolahaus je eine Fürsorgestelle für Lungenschwindsüchtige, an der je ein Arzt, eine Krankenschwester und zahlreiche freiwillige Helferinnen tätig sind. Diese Fürsorgestellen sind dazu bestimmt, Lungenkranke zu beraten, ihre Aufnahme in Heilstätten zu vermitteln und, wenn dies nicht möglich ist, ihnen sonst passende Pflege zu verschaffen und ihre Angehörigen vor der Gefahr einer Ansteckung zu behüten. Beide Fürsorge-

anstalten haben seit ihrer Eröffnung eine reiche Tätigkeit entfaltet. Schon im ersten Jahre fanden darin 2605 erste Konsultationen und 5411 spätere Untersuchungen statt. Von den Krankenschwestern und Damen des Vereins wurden 3193 Besuche in der Wohnung der Kranken gemacht und im Interesse der Kranken 1953 Briefe geschrieben.

Eine große Förderung erfährt der Kampf gegen ansteckende Krankheiten durch das im Stadtfrankenhaus Friedrichstadt schon vor längerer Zeit eingerichtete städtische Bakteriologische Institut, das seit dem Jahre 1903 wesentlich erweitert und im Jahre 1909 mit einer serologischen Abteilung ausgestattet worden ist. Dieses Institut ist mit allen Hilfsmitteln der bakteriologischen Untersuchung von Krankheitsstoffen ausgerüstet und hat vom Stadtrat die Befugnis erhalten, auch auf Antrag von Privatpersonen, namentlich von Ärzten, derartige Untersuchungen zu einem billigen Preise und unter Umständen völlig unentgeltlich auszuführen. Die Zahl dieser Untersuchungen ist seit 1903 bis 1909 von jährlich 1942 auf 8641 gestiegen und steigt täglich noch weiter an.

Die Bekämpfung ansteckender Krankheiten kann aber erfahrungsgemäß erfolgreich nur mit einer guten Desinfektionsanstalt und mit Hilfe einer ausreichenden Anzahl zuverlässiger Arbeiter aufgenommen werden, die Verständnis von dem Wesen und den Aufgaben der Desinfektion besitzen und mit Desinfektionsapparaten umzugehen verstehen. Der Fabrikbesitzer Karl Lingner übernahm es, auf Grund einer Vereinbarung mit dem Wohlfahrtspolizeiamt in seinem Grundstück Fabrikstraße Nr. 6 eine allen Anforderungen der Wissenschaft entsprechende Desinfektionsanstalt zu errichten und darin eine Anzahl Leute als Desinfektoren auszubilden. Diese Anstalt, die im Jahre 1905 noch wesentlich erweitert und vervollkommenet wurde, führt seitdem die Bezeichnung Öffentliche Zentrale für Desinfektion. Sie besteht neben dem Verwaltungsgebäude aus dem eigentlichen Desinfektionsgebäude, einem Dampfwasch-, Reinigungs- und Baderaum, mehreren Wohnzimmern zum kurzen Aufenthalt einzelner Personen oder ganzer Familien, deren Wohnung zur Ausführung einer Desinfektion vorübergehend leerzustellen ist, zwei Wagenschuppen und mehreren anderen Räumen zur Unterbringung von Desinfektionsapparaten, Geräten und Materialien aller Art. Das Desinfektionsgebäude enthält zwei große Dampfdesinfektionsapparate für Betten, Decken, Kleider, Wäsche usw. und einen Desinfektionsraum für Pelze, Felle, Leder und dergleichen, die darin einem formaldehyd-Wasserdampfstrom von 55 Grad Celsius ausgesetzt werden. Diese Desinfektionsanlage ist in zwei durch eine Mauer völlig voneinander getrennte Abteilungen geschieden und wird streng in der Weise benutzt, daß auf der einen Seite der Anlage sich nur die unreinen Gegenstände und die damit beschäftigten Arbeiter, auf der anderen dagegen nur die in

den Desinfektionsapparaten gereinigten Gegenstände befinden und solche Arbeiter aufhalten, die mit infizierten Gegenständen nicht in Berührung gekommen sind. Alle in dem Desinfektionsapparat behandelten, noch feuchtwarmen Kleider und Wäschestücke gelangen zum Trocknen und Lüften in einen aus zwei Schächten bestehenden Turm, in welchem sie durch ein Paternosterwerk langsam auf und nieder bewegt und dabei 40 Minuten lang von einem kräftigen Strom frischer, vorgewärmter Luft getrocknet und gelüftet werden.

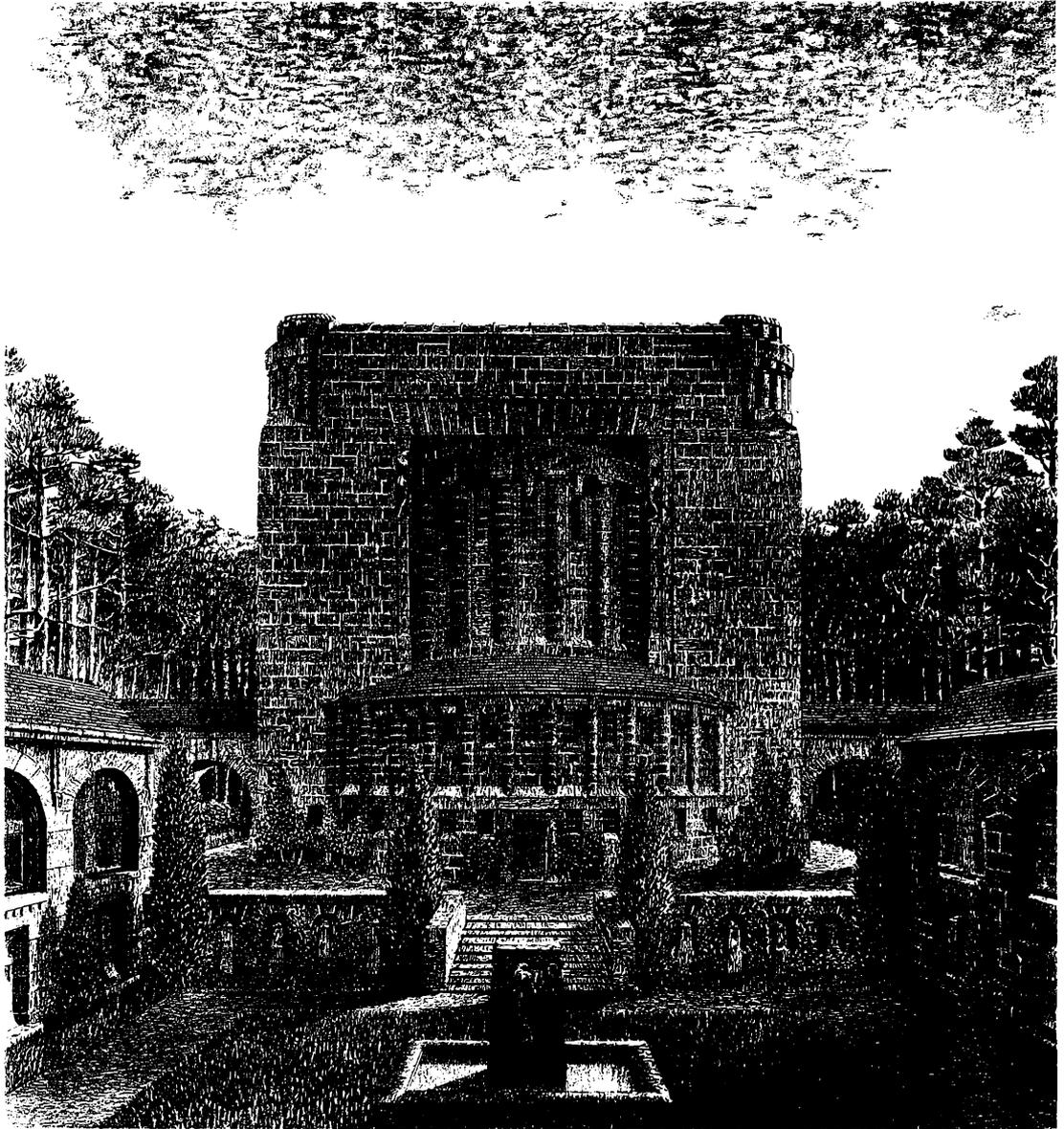
In dem I. Obergeschoß des Verwaltungsgebäudes befinden sich außerdem die Räume der im Jahre 1906 errichteten und unter staatlicher Aufsicht stehenden Landesdesinfektorenschule. In dieser Schule werden in zehntägigen Kursen, die von Ärzten, Chemikern und dem Inspektor der Anstalt abgehalten werden, Desinfektoren in Gruppen von 12 bis 15 Mann ausgebildet. Jeder dieser Leute erhält nach dem Bestehen einer Prüfung durch den königlichen Prüfungskommissar, den Direktor der königlichen Zentralfstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden, einen Ausweis als staatlich geprüfter Desinfektor. An den Unterrichtskursen haben auch sämtliche Aufsichtsbeamte der Wohlfahrtspolizei teilgenommen. Außer diesen sind seit dem Jahre 1905 93 Personen in sechs Kursen im Desinfektionswesen unterrichtet und 66 von ihnen auf Grund der staatlichen Prüfung als geprüfte Desinfektoren diplomiert worden.

Zur Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten wurden in Dresden im Jahre 1909 neben anderen Maßregeln 3837 Wohnungsdesinfektionen ausgeführt und 126 387 Stück Betten, Matratzen, Decken, Kleider usw. und 10 192 Wäschebündel in Beuteln von je $\frac{1}{20}$ Kubikmeter Inhalt desinfiziert. Zum Transport dieser Gegenstände nach der Desinfektionsanstalt waren 9918 Fuhrten und 8 Wagen erforderlich. Die Kosten dieser Desinfektionsarbeiten beliefen sich im Jahre 1909 auf rund 74 000 M, wovon etwa 61 000 M von der Stadtgemeinde getragen wurden.

Nach dem Landesgesetz ist bei vorkommenden Todesfällen die Beforgung des Leichendienstes und die Ausübung der Totenschau den Leichenfrauen übertragen, die in Dresden Heimbürgerinnen genannt werden. Die Pflichten dieser Frauen beruhten aber vielfach auf Vorschriften, die vor 50 und mehr Jahren erlassen worden waren und daher den Verhältnissen der Großstadt mehrfach nicht entsprachen. Dazu kam der Umstand, daß der Wettbewerb der Heimbürgerinnen untereinander bei der Übernahme von Beerdigungen, in Verbindung mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in welche sie von den verschiedenen Beerdigungsanstalten Dresdens gekommen waren, Anlaß zu Ungehörigkeiten und Übelständen bei der Beforgung des Leichendienstes gegeben hat. Zur Besserung dieser Verhältnisse beschloß der Rat im Jahre 1906, die bisherige Ausübung des Leichendienstes seitens der Heimbürgerinnen aufzuheben und die ganze Stadt in Leichenfrauenbezirke

einzuteilen, in welchen nur je eine für diesen Bezirk angestellte Heimbürgerin alle vorkommenden Dienstleistungen bei Todesfällen auszuüben hat. Dementsprechend wurden im Jahre 1906 27 solche Bezirke eingerichtet und jeder einer einzigen Heimbürgerin unterstellt. Zugleich erhielten die Beerdigungsgesellschaften die Weisung, sich bei Übernahme von Beerdigungen nur an die für den betreffenden Leichenbezirk angestellte Heimbürgerin zu wenden. Diese Einrichtung hat sich sehr gut bewährt und es sind mit ihr die hauptsächlichsten Übelstände beseitigt worden, nur hat sich später eine Vermehrung der Leichenbezirke von 27 auf 33 erforderlich gemacht. Eine weitere Verbesserung des Leichendienstes ist von dem Rat durch die Bestimmung getroffen worden, daß die Leichen von Personen, die an ansteckenden Krankheiten verstorben sind, innerhalb 24 Stunden aus dem Trauerhause entfernt und nach einer Leichenhalle übergeführt werden müssen.

Bei den Verhandlungen, welche im Jahre 1904 in betreff einer Desinfektionsordnung und einer Änderung des Leichendienstes zwischen dem Rat und dem Ärztlichen Bezirksverein stattfanden, wurde von letzterem auch ein Antrag auf Einführung der fakultativen *Leichenverbrennung* gestellt, doch konnte diesem keine Folge gegeben werden, weil damals in Sachsen das Verbrennen von Leichen noch nicht gestattet war. Nachdem aber 1906 die Verbrennung von Leichen durch Landesgesetz zugelassen worden ist, wurde der Antrag auf Errichtung einer Feuerbestattungsanstalt in Dresden vom Stadtverordnetenkollegium wieder aufgenommen und vom Rat die Erbauung einer solchen Anstalt beschlossen. Demzufolge kaufte der Rat im Jahre 1908 ein etwa 30 000 Quadratmeter großes Grundstück an, welches unmittelbar an den Johannesfriedhof in Tolkewitz angrenzt und insoweit sehr günstig für die Bewohner Dresdens gelegen ist; bedauerlich ist nur, daß es auf der Flur einer fremden Gemeinde liegt, die dadurch dem Unternehmen mancherlei Schwierigkeiten bereiten kann und die nach dem Landesgesetz bei etwaiger späterer Einstellung des Betriebes der Anstalt in den unentgeltlichen Besitz des Grundstückes und seiner Baulichkeiten gelangt. Der Entwurf des Gebäudes und seine Ausführung wurde vom Rat dem Architekten Fritz Schumacher übertragen, nach dessen Voranschlag die Kosten des Gebäudes und der Anlagen etwa 956 000 M betragen werden. Trotz dieser nicht unbedeutenden Kosten erwartet man von dem Betrieb des Krematoriums doch eine gewisse Rentabilität auf Grund der Annahme, daß jährlich etwa 300 Leichen eingeäschert werden und daß die dafür zu entrichtenden Gebühren und der Erlös aus dem Ankauf eines Platzes zur Beisetzung der Aschenreste auf dem Grundstück des Krematoriums groß genug sein werden, um nicht nur die mit dem Unternehmen verbundenen Ausgaben zu decken, sondern auch noch einen Überschuß von rund 10 000 M jährlich zu erzielen. Ob diese Annahmen, die sich in der Hauptsache nur



Feuerbestattungsanstalt in Tolkewitz

auf die kurzen Erfahrungen stützen, die anderwärts mit Krematorien gemacht worden sind, in Zukunft sich als richtig erweisen werden, ist freilich einigermaßen zweifelhaft.

Der Bau ist im Jahre 1909 in Angriff genommen worden und schreitet rüstig vorwärts; seine Vollendung ist für das Jahr 1911 in Aussicht genommen.

Obschon die vorstehenden Mitteilungen nur eine sehr gedrängte Übersicht über die wichtigsten Arbeiten, Werke und Maßregeln geben, die seitens der Stadtgemeinde und der königlichen Staatsregierung im Verlauf der letztvergangenen sieben Jahre zum Schutz der Gesundheit und zur Erhöhung des Wohlbefindens der Bewohner Dresdens unternommen und vollendet worden sind, so liefern sie doch den augenscheinlichen Beweis, daß Dresden in diesem Zeitraum ein mächtiges Fortschreiten auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege gezeigt und daß insbesondere die Gemeinde kein Opfer gescheut hat, um den Gesundheitszustand der Stadt nicht nur möglichst zu fördern, sondern ihn auch für eine weite Zukunft sicher zu stellen.

F r a n z N i e d n e r.



V.

Die städtischen Finanzen.

Wenn man behauptet hat, das Leben erhalte seinen eignen Reiz nur dadurch, daß der Mensch immer vor neue Aufgaben gestellt werde, dann, aber auch nur dann, kann man unser Zeitalter hoch preisen. Denn nicht ein langsames Verarbeiten und Ausreifen ist ihm charakteristisch. Im raschen Wechsel sehen wir neue Bedürfnisse entstehen, Forderungen auf Forderungen werden erhoben, eine jede neu erhobene dringlicher und notwendiger als die ihr kurz vorangegangene. Ein altväterliches Ausruhen gibt es nicht mehr.

Und gilt dies für das Leben des Einzelnen, so noch in stärkerem Maße für das Leben einer Gemeinschaft, in der sozial getrennte Kreise aufeinanderstoßen, in der die verschiedenartigsten, sich oft widersprechenden Ideen mit einander ringen, gegen einander kämpfen, in der sie danach streben, ihre innere Berechtigung zu erweisen. Ihnen allen soll die städtische Gemeinschaft Mittel gewähren, Schutz und Förderung zuteil werden lassen.

Die Mittel sind materielle Mittel und diese sollen durch die Finanzpolitik aufgebracht werden. Soll die Stadt aber nicht aus eigenen Unternehmungen Überschüsse im Wettbewerb mit den Privatwirtschaften erzielen, so bleibt ihr nur der eine stets begangene Weg: mit der einen Hand dem Einzelnen einen Teil seiner wirtschaftlichen Kraft zu nehmen, mit der anderen Hand alt bewährten und neu geforderten Aufgaben belebende Kräfte zuzuführen. Es muß dem Einen genommen werden, was dem Andern gegeben wird. Aber diesen einfachsten Grundsatz aller Einnahme- und Ausgabenpolitik in der Finanzwissenschaft kann man nicht hinwegkommen.

Eine jede gesunde Finanzpolitik soll ferner eine wirtschaftliche Ausgleichung von realen und idealen Werten anstreben. Ihr muß stets als oberstes Ziel ihres Handelns vorschweben: die Größe der neu zu schaffenden Werte in Vergleich mit den zu bringenden Opfern des Steuerzahlers zu ziehen. Nicht unbeschränkt kann eine städtische Verwaltung ihren Aufgabenkreis erweitern, neue Organe sich schaffen, mag dies im Einzelfalle als noch so dringlich begründet werden; immer werden ihr durch die jeweilige Höhe des Bedarfes Grenzen gezogen sein, die sie nur unter Schädigung der wirtschaftlichen Volkskraft überschreiten kann.

Etwas Selbstverständliches, das wir damit sagen, und doch zeigt uns die neuzeitliche Entwicklung des Staates wie der Gemeinden, daß unausgesetzt heftige Kämpfe geführt werden müssen, um diese allgemeinen Grundsätze einzuhalten. Die Finanzpolitik hat nicht nur die Wege zu weisen, wie neue Mittel aufgebracht werden könnten, sie hat ebenso das Recht des Einspruches gegen neue Bedürfnisse und das jeweilige Maß ihrer Befriedigung.

Vergleicht man unter diesem Gesichtspunkt den Stand unseres heutigen deutschen Städtewesens mit dem vor Einführung der Städteordnung, so treten bemerkenswerte Gegensätze hervor. In gerader Linie kann man die Entwicklung des Städtewesens von dem 16. Jahrhundert bis in die Zeit der Freiheitskriege hinein verfolgen. Der Aufgabenkreis der Städte war eng beschränkt. Das ganze frische geistige und politische Leben, das im Mittelalter die Städte zu Trägern des politischen Fortschrittes, der Kultur, des Gewerbes machte, hatte langsam von Jahrhundert zu Jahrhundert an innerer Kraft verloren. Ein kleinlicher, selbstgenügsamer Geist zog in unsere Städte ein, sie nahmen nicht mehr an den großen Schicksalen des deutschen Volkes tatkräftigen Anteil. Eine neue Schichtung des Volkes vollzog sich, und ein neuer Stand, der Beamtenstand, kam auf, Männer von hoher Bildung, technisch in allen Fragen des Staatslebens geschult, mit dem bewußten Willen, die Macht der Krone über alle Vorgänge des staatlichen und städtischen Lebens zu erstrecken. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik der deutschen Staaten im 18. Jahrhundert förderte auch auf den Gebieten des Erwerbsfleißes, des Handels und der Industrie das Übergewicht des Staates gegenüber dem Einzelnen wie den bürgerlichen Gemeinschaften. Nur Aufgaben, die im innersten Sein der Städte wurzelten, konnten ohne staatliche Einmischung erfüllt werden. Der ehemals innige Zusammenhang des Stadtregiments mit der Bürgerschaft war loser geworden.

Ein Widerspiel des ganzen politischen und wirtschaftlichen Lebens sehen wir in den städtischen Finanzen. Sie standen auf einer engen Grundlage; zwei Steuerquellen kamen vorzugsweise in Betracht: die Ein- und Ausfuhrabgaben auf Waren, die Besteuerung des Grund und Bodens.

Mit der Einführung der Stadtverfassung 1832 treten wir in einen neuen Zeitabschnitt des Städtewesens ein. Die Verbindung zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft wird enger, in der Selbstverwaltung werden neue Kräfte den Städten zugeführt, die rechtliche Ein- und Unterordnung der Städte in die allgemeine Stadtverwaltung erhält feste Formen.

In den ersten Jahrzehnten danach herrschte noch ruhig beschauliches Leben, dann, nach der Gründung des Deutschen Reiches, werden die deutschen Städte der sichtbarste äußere Ausdruck der gesteigerten Macht Deutschlands. Sie werden wieder zu Kulturzentren, in denen alle Bewegungen, die das Volksleben erfassen, um Ausdruck, um Betätigung ringen. Der Kreis der

städtischen Aufgaben erweitert sich so von innen heraus. Noch ist kein Abschluß dieser Bewegung zu sehen, immer und immer wieder werden neue Forderungen erhoben. Auch das Verhältnis des Staates zur Stadt hat sich verändert. Wir sehen ein bis in die Gegenwart stetig stärker verlaufendes Anwachsen von Aufgaben, die der Staat von sich ab den Städten zuwälzt.

Es wird sich bei einer allgemeinen Betrachtung schwer erkennen lassen, ob der Staat oder die innere kulturelle Entwicklung die größeren finanziellen Opfer von der Stadt erheischt. Wir können nur feststellen, daß unsere deutschen Städte heute enger als in früheren Jahrhunderten mit der Staatsgewalt zusammengewachsen sind und daß die geistigen und materiellen Strömungen, die unser Volk durchfluten, in unseren Städten einen sichtbaren äußeren Eindruck hinterlassen. Um es kurz zusammenzufassen: unsere Städte werden von der Welle des allgemeinen Fortschrittes getragen und sind wieder ihrerseits Trägerin dieses Fortschrittes.

Unsere Aufgabe kann es nicht sein, in alle Einzelheiten der städtischen Ausgabenpolitik einzudringen und die Frage uns vorzulegen, ob etwa diese oder jene Ausgabe berechtigt sei. Wir sehen sie vielmehr darin: in kurzen Umrissen die allgemeine finanzielle Entwicklung zu zeigen, auf die treibenden Kräfte hinzuweisen, um dann innerhalb dieses Rahmens die besonderen Verhältnisse, wie sie sich in der Finanzpolitik der Stadt Dresden widerspiegeln, einzuzeichnen.

Wir haben auf die engen Beziehungen zwischen Staat und Stadt hingewiesen; sie kommen zum Ausdruck in dem Verhältnisse, in dem staatliche und städtische Finanzpolitik zu einander stehen. So werden wir zunächst diesen Zusammenhang klarzustellen haben. Dabei zeigt sich, wenn wir die neuere Finanzpolitik in ihrem Verlaufe untersuchen, daß wir es mit Vorgängen zu tun haben, die nicht nationaler, sondern internationaler Natur sind und die damit nicht an eine Regierungsform, monarchisch oder republikanisch, oder an eine Regierungspolitik, parlamentarisch oder absolut, oder an eine Wirtschaftspolitik, Freihandel oder Schutzzoll, gebunden sind. Die gleichen Tendenzen zeigen sich, wenn wir das Deutsche Reich oder England, Frankreich oder Osterreich-Ungarn betrachten.

Welchen Staat wir auch auf seine finanzielle Leistungsfähigkeit würdigen, immer können wir die eine gleiche Tatsache beobachten: eine außerordentliche Steigerung seiner Ausgaben in dem letzten Jahrzehnt, und damit geht Hand in Hand Steigerung der Steuern, Anwachsen der Schulden, Zunahme des Steuerdrucks. Damit ist aber der staatliche Aufwand an sich nicht erschöpft. Vieles, was früher die Staaten aus eigener Kraft leisteten, suchen sie jetzt, um ihre finanziellen Schwierigkeiten zu mindern, auf die kommunalen Körperschaften abzuwälzen. Parallel zu dem Anwachsen der Staatsausgaben geht folglich überall ein Anwachsen der kommunalen Ausgaben. Das Budget

der städtischen und ländlichen Gemeinwesen wird belastet durch einen Druck, den der Staat wesentlich mit hervorruft.

Ein kurzer Überblick der finanziellen Entwicklung europäischer Großmächte wird dies zeigen.

England hatte am Anfang des 19. Jahrhunderts einen Vorsprung unter den europäischen Staaten gewonnen. Bei ihm vollzog sich damals — ohne große innere Kämpfe — die Umwandlung aus den älteren Wirtschaftsformen in die neuere kapitalistische Wirtschaft. So konservativ der Engländer war und ist, so war doch England der erste neuzeitliche Staat. Die großbritannischen Regierungsausgaben schwankten vor den napoleonischen Kriegen um 49 bis 60 Millionen Pfund Sterling, um danach auf 106 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1814 zu steigen. Es gelingt der sparsamen Finanzkunst, die Ausgaben wieder zu ermäßigen; mit 55 Millionen Pfund Sterling haben sie einen Normalstand erreicht, auf dem sie sich mit kleinen Schwankungen bis zum Krimkriege erhalten. Er bringt neben einer außerordentlichen — 1857: 92 Millionen Pfund Sterling — auch eine dauernde Erhöhung der Ausgaben: sie steigen auf 60 bis 70 Millionen Pfund Sterling; in den 80er Jahren erreichen sie den Stand von 80 Millionen Pfund Sterling, in den 90er Jahren 90 Millionen Pfund Sterling.

Berücksichtigt man die allgemeine Steigerung des Wohlstandes wie die Bevölkerungszunahme in England innerhalb dieses Zeitraumes, so wird man weniger von einem Steigen als einem relativen Stillstand der Ausgaben sprechen können. Zu beachten ist auch die erhebliche Schuldentilgung.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich uns, wenn wir die Weiterentwicklung der englischen Finanzen von 1895 an betrachten. Ein überaus rasches, man möchte fast sagen sprunghaftes Anwachsen der Ausgaben setzt ein:

1895: 93,9 Millionen Pfund Sterling,
1897: 101,4 Millionen Pfund Sterling,
1900: 133,7 Millionen Pfund Sterling,
1902: 195,5 Millionen Pfund Sterling.

Damit ist der höchste bis jetzt beobachtete Stand erreicht. Der Burenkrieg hatte zum Teil mit diese außerordentliche Steigerung verursacht. Ein Fallentritt tritt wohl ein, aber trotzdem sinken die Ausgaben in den folgenden Jahren nicht unter 140 Millionen Pfund Sterling. Folglich sind seit Mitte der 90er Jahre die Ausgaben dauernd um 50 Millionen Pfund Sterling gestiegen, d. h. in etwa 20 Jahren haben sich die staatlichen Ausgaben um mehr als ein Drittel gesteigert!

Und diesem plötzlichen Anschwellen des Staatsbedarfes entspricht eine fast noch stärkere Steigerung des Kommunalbedarfes. Die Ausgaben für die lokalen Verwaltungskörper betragen in England und Wales in Millionen Pfund Sterling

Die städtischen Finanzen.

| | 1884 | 1903 | 1904/05 |
|----------------------------|------|-------|---------|
| ohne Anleihen | 44,0 | 98,5 | 107,7 |
| auf Rechnung von Anleihen. | 10,4 | 30,5 | 31,4 |
| | 54,4 | 129,0 | 139,1 |

Eine Zunahme von 1884 bis 1904/05 um 84,7 Millionen Pfund Sterling! Die Zahlen spiegeln uns die tiefgreifenden Veränderungen wider, die sich in den staatlichen und kommunalen Verhältnissen Englands im letzten Menschenalter vollzogen haben. Sie beweisen uns andererseits, daß zwischen der staatlichen und der kommunalen Ausgabenpolitik in England ein innerer Zusammenhang besteht. Nicht ohne Besorgnis verfolgt man in England diese Vorgänge; man befürchtet, wenn diese Steigerung der Ausgaben andauern werde, einen Rückgang der wirtschaftlichen Kraft, eine Vertiefung der sozialen Gegensätze.

Frankreich zeigt im 19. Jahrhundert ein gleichmäßigeres Anwachsen seines Staatsbedarfes als England. Die Ausgaben steigen und fallen nicht ruckweise wie dort. Als nach den napoleonischen Kriegen und dem Zusammensturz des ersten Kaiserreiches eine Beruhigung des Landes eingetreten war, betragen die Ausgaben 800 bis 1000 Millionen Franken. Unter der Regierung Napoleons III. fand ein rasches Anwachsen der Staatsausgaben statt; von 1847 bis 1873 stiegen sie von 1600 Millionen Franken auf 2874 Millionen Franken. Unter der französischen Republik hat sich das Ausgabenbudget von 3 Milliarden auf 4 Milliarden erhöht.

Über die Finanzen der kommunalen Körperschaften in Frankreich liegen für die jüngste Zeitperiode keine zuverlässigen statistischen Angaben vor. Die Lokal- und Kommunalsteuern sind nach Berechnungen von Kaufmann von 1883 bis 1902 von 13,44 Fr. auf 16,42 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung gestiegen. Dagegen zeigt sich, wenn man die Gesamtausgaben der 10 französischen Großstädte mit über 100 000 Einwohnern in Betracht zieht, eine geringfügige Steigerung der Ausgaben. Sie betragen

| | 1878 | 1888 | 1898 |
|--------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | 315,2 Mill. Fr. | 384,4 Mill. Fr. | 411,8 Mill. Fr. |
| auf den Kopf | 72,69 Fr. | 76,42 Fr. | 74,28 Fr. |

An diesen Zahlen können wir den wirtschaftlichen Stillstand Frankreichs erkennen.

Unser Nachbarreich Österreich-Ungarn ist von der in der neueren Staatswirtschaft liegenden Tendenz der außerordentlichen Anspannung staatlicher Mittel erheblich beeinflusst worden. Die Steigerung der Ausgaben tritt erst in den letzten 15 Jahren ein. Es betragen die etatmäßigen Ausgaben 1890: 559,5 Millionen fl. (Gulden), 1895: 664,7 Millionen fl. Mit dem Jahre 1896 setzt die Periode raschen Anwachsens

Die städtischen Finanzen.

ein. Die Ausgaben betragen 1896 1378 Millionen Kronen, stiegen dann jährlich über 100 Millionen bis auf 2113 Millionen Kronen im Jahre 1908. Von 1890 bis 1908 sind also die etatmäßigen Ausgaben um rund das Doppelte gewachsen!

Wenden wir uns nun den einheimischen Zuständen zu.

Staatsbedarf des Deutschen Reiches

| | ordentlicher | außerordentlicher | zusammen |
|------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 1881 | 735,2 Mill. Mark | 100,9 Mill. Mark | 836,2 Mill. Mark |
| 1891 | 1489,1 Mill. Mark | 159,9 Mill. Mark | 1649,0 Mill. Mark |
| 1906 | 2371,8 Mill. Mark | 235,2 Mill. Mark | 2607,0 Mill. Mark |

Zunahme in 15 Jahren 1771,8 Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, daß von 1881 bis 1906, wie wir es schon bei Oesterreich beobachtet haben, der Staatsbedarf außerordentlich gestiegen ist. Die Einnahmen konnten dieser raschen Steigerung des Etatsbedarfes nicht folgen; durch Ausgabe von Anleihen suchte man das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen wieder herzustellen. Die fundierte Schuld des Deutschen Reiches, 1881 267,8 Millionen Mark, 1891 1317,8, 1906 3543, stieg in diesen 25 Jahren um 3275 Millionen Mark!

Diese außerordentliche Inanspruchnahme des Staatsbedarfes blieb aber nicht auf das Reich beschränkt. Die Bewegung pflanzte sich weiter fort. Die Finanzen der deutschen Bundesstaaten weisen ein entsprechendes Bild auf.

Staatsbedarf der deutschen Bundesstaaten

| | ordentlicher | außerordentlicher | zusammen |
|------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 1881 | 1693,0 Mill. Mark | 137,7 Mill. Mark | 1830,8 Mill. Mark |
| 1891 | 2833,4 Mill. Mark | 300,6 Mill. Mark | 3134,1 Mill. Mark |
| 1906 | 4747,8 Mill. Mark | 570,9 Mill. Mark | 5318,7 Mill. Mark |

Fundierte Staatsschulden der deutschen Bundesstaaten: 1881 5244,3 Millionen Mark, 1891 9299,9 Millionen Mark, 1906 12 452,0 Millionen Mark. Wir können also eine Steigerung des Staatsbedarfes von 1881 bis 1906 um 3487,9 Millionen Mark und der Schulden um 7209,7 Millionen Mark feststellen.

Mag dieser internationale Überblick auch etwas den Gang unserer Untersuchung aufgehalten haben, so bleibt es doch immerhin von Wert, zu erkennen, wie die nationale Entwicklung im Flusse der internationalen steht. Es ist beachtenswert, daß die eigentliche bedeutende Steigerung des Staatsbedarfes erst in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzt, einer Zeit, in der wir ein anscheinend ruhiges inneres Fortschreiten und Erstarken der Volkskraft sehen: keine Kriege, Epidemien und große Krisen er-

schüttern den Volkskörper. Wir haben die treibenden Kräfte, die dazu führten, unsere Staatswirtschaft immer umfangreicher und die Opfer, die die Volkswirtschaft bringen muß, immer erheblicher zu gestalten, nicht allein in den einheimischen Verhältnissen zu suchen. Die europäischen Kulturstaaten stehen unter einer gemeinsamen Gesamtentwicklung. Sie ist wohl darin zu sehen, daß seit 1880 eine innere Umbildung der Staaten eingesezt hat, ein Prozeß, in dem wir uns noch befinden und dessen endgültigen Abschluß wir noch nicht erkennen können. Sie liegt andererseits in der Übernahme sozialer Pflichten seitens der Staaten. Schließlich darf die sinkende Kaufkraft des Geldes nicht außer acht gelassen werden. Alles dies hat weiter dazu geführt, nach neuen Mitteln zur Deckung des Staatsbedarfes auszuforschen. Das alte Staatsideal des Liberalismus, durch Steuern allein den Staatsbedarf zu decken, ist zusammengebrochen. Der Staat ist wieder wirtschaftlicher Unternehmer geworden. Und im Zusammenhang damit, eines das andere beeinflussend, sind wieder seine Ausgaben, nun zum Teil zum Erwerb dienend, gewachsen.

Noch zu anderen Erwägungen geben uns die angeführten Zahlenreihen Anlaß. Rückblickend sehen wir, wie in dem kurzen Zeitraum von einem Vierteljahrhundert der Staatsbedarf sich verdoppelt, ja verdreifacht; in dem einen Staate wachsen die Ausgaben rascher, in dem anderen etwas langsamer, aber immer das gleiche Bild. Da drängt sich die Frage auf: wie wird sich die Zukunft gestalten, kann die europäische Volkswirtschaft eine solche steigende Belastung in gleicher Progression auf die Dauer ertragen. Wir besitzen in der Wirtschaft nicht die feinen Meßinstrumente, über die die Technik verfügt; wir können deshalb auch nicht mit Sicherheit ermessen, ob die Grenze der Belastungsfähigkeit erreicht ist, aber eines können wir behaupten: wächst die Steuerlast in gleichem Maße wie in den letzten drei Jahrzehnten weiter an, so ist in ein oder zwei weiteren Generationen, wenn nicht schon viel früher, der Bestand der heutigen europäischen Volkswirtschaft gefährdet. Dies hat aber nicht nur wirtschaftliche Folgen, sondern muß auch zu einer sozialen Verschiebung unserer heutigen Stände und Klassen führen.

Haben wir es hier mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun? Wird wie ein Strom, der plötzlich anschwillt, aus seinem Bett tritt, um dann langsam wieder zurückzuströmen, auch der Staatsbedarf wieder zurückgehen? Die Erfahrungen, die wir aus früheren Jahrhunderten gesammelt haben, sprechen nicht für einen Rückgang. Wir werden bleibend mit dieser Belastung des Volkseinkommens zu rechnen haben.

Alles das, was wir hier für die internationalen Grundlagen der Staatswirtschaft europäischer Großmächte ausgeführt haben, gilt auch für die Finanzentwicklung der deutschen Großstädte. Ihre jeweilige Finanzpolitik,

das Wechselverhältnis von Bedarf und Deckung wird in letzter Linie nicht bestimmt durch die jeweiligen städtischen Verhältnisse, sondern durch die großen Strömungen, die das europäische Volksleben durchfluten. Vom Standpunkt des Einzelnen aus gesehen, entwickeln sich die Verhältnisse unter dem persönlichen oder sachlichen Druck und Gegendruck, lokale Verhältnisse scheinen ausschlaggebend zu sein. Anders erscheinen demjenigen die Vorgänge, der bestrebt ist, den Einzelvorgang in den allgemeinen Entwicklungsgang einzuordnen.

Suchen wir nun zunächst die finanziellen Tatbestände der deutschen Städtegemeinschaften festzustellen.

Der ordentliche Gesamtbedarf der politischen Gemeinden ist auf den Kopf der Bevölkerung in folgender Weise gestiegen: 1891 42 *M* 29 *S*, 1901 59 *M* 70 *S*, 1908 63 *M* 47 *S*. Dies bedeutet eine Steigerung von 100 auf 149,4. Sie ist nicht so groß, wie wir sie für den staatlichen Bedarf feststellen konnten. Zu beachten bleibt, daß Groß- und Mittelstadt zusammengefaßt sind.

Ein jeder staatswirtschaftliche Betrieb, und darunter haben wir die heimische Stadtwirtschaft einzurechnen, wird in seiner finanziellen Entwicklung — wie die Erfahrung und die Theorie uns seit Jahrhunderten gelehrt haben — von Grundsätzen beherrscht, die in vollem Gegensatz zu denen der Privatwirtschaft stehen. Handelt es sich bei den Privatwirtschaften in erster Linie darum, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, so muß im Gegensatz dazu jeder staatswirtschaftliche Betrieb von den Ausgaben, d. h. von den Aufgaben, die er zu erfüllen hat, ausgehen. Er hat ihre Notwendigkeit, ihre Dringlichkeit zu prüfen, ehe er zur Deckungsfrage übergeht. Daraus ergibt sich auch der weitere Gang unserer Betrachtung; wir haben zuerst die Ausgaben der Stadt Dresden ins Auge zu fassen, ehe wir die verschiedenen Wege, auf denen die Deckung der Ausgaben erfolgt, in ihren Einzelheiten würdigen.

Nach dem Haushaltplan der Stadt Dresden betrug der Voranschlag auf das Jahr 1891 5 313 444 *M* Ausgaben. Wie aus einer längst vergangenen Zeit¹⁾ lesen sich diese Zahlen, wenn wir sie mit denen der Gegenwart vergleichen. Die jetzigen Haushaltpläne enthalten einen Etat

¹⁾ „Der Gesamtbedarf des städtischen Haushaltes, der im Jahre 1775 35 600 Taler, im Jahre 1825 101 700 Taler betrug, überschritt erstmalig im Jahre 1886 die Summe von 10 Millionen Mark. 11 Jahre lang, von 1886 bis 1896, hielt er sich zwischen 10 und 20 Millionen Mark; 7 weitere Jahre genügten, um ihn über 30 Millionen Mark ansteigen zu lassen, 5 Jahre später, 1908, hatte er 40 Millionen Mark überschritten.“ Vorbericht über die beim Wegfall der indirekten Abgaben zu ergreifenden Maßnahmen. 17. Ratsdruckache 1908, Seite 15.

Die städtischen Finanzen.

der Überschüsse und einen der Zuschüsse. Danach stellten sich in den letzten Jahren die Ausgaben in 1000 *M* Voranschlag:

| | Etat der Überschüsse | Etat der Zuschüsse |
|------|----------------------|--------------------|
| 1902 | 7 462,0 | 21 292,9 |
| 1903 | 6 782,8 | 22 477,0 |
| 1904 | 7 341,1 | 25 711,0 |
| 1905 | 7 706,8 | 26 176,5 |
| 1906 | 7 779,5 | 29 209,3 |
| 1907 | 8 330,8 | 30 475,5 |
| 1908 | 9 032,9 | 31 997,7 |
| 1909 | 9 812,8 | 34 724,8 |

Das rasche Wachsen der Ausgaben beweist uns die Abhängigkeit der Gemeindeverwaltung von den allgemeinen Tendenzen, die in der deutschen wie außerdeutschen Finanzpolitik gegenwärtig herrschen.

Der Etat der Überschüsse besteht aus den Ausgaben erstens für die Vermögensnutzung und selbständigen Unternehmungen, d. h. aus den Ausgaben für Grundbesitz, für gewisse städtische Betriebe: Gaswerk, elektrisches Lichtwerk und Kraftwerk, ferner Marstall und Beerdigungsanstalt, und zweitens aus den Ausgaben: Steuern, Abgaben, Gerechtsamen, indirekten Abgaben in 1000 *M* Voranschlag:

| | Ausgaben für | |
|--------------------|-----------------------------|--------------------|
| | 1) Vermögensnutzung usw. | 2) Steuern usw. |
| 1902 | 6 983,8 | 478,2 |
| 1903 ¹⁾ | 6 668,8 | 531,7 |
| 1904 | 6 816,0 | 525,1 |
| 1905 | 7 181,0 | 525,7 |
| 1906 | 7 245,8 | 533,7 |
| 1907 | 7 781,7 | 549,0 |
| 1908 | 8 499,7 | 533,2 |
| 1909 | 9 244,3 | 568,4 |

Die Steigerung der Ausgaben entfällt auf die städtischen Betriebe. Die Zahlenreihe kann nur im Vergleich zu den Einnahmen aus diesen Betrieben richtig gewürdigt werden. Wir müssen es uns deshalb versparen, an dieser Stelle auf sie näher einzugehen. Die Ausgaben für die indirekten Abgaben zeigen eine geringe Aufwärtsbewegung, die dem wachsenden Umfang und der zunehmenden Bevölkerung entspricht.

Die eigentlichen städtischen Ausgaben werden in dem Etat der Zuschüsse aufgezählt. Darin findet die ganze Verwaltungstätigkeit der Stadt ihren ziffernmäßigen und rechnerischen Ausdruck. Hier kann weder auf die

Die städtischen Finanzen.

ganze Organisation der städtischen Verwaltung, noch auf alle damit zusammenhängende Fragen der inneren Ausgabenpolitik eingegangen werden. Nur einzelne Stichproben aus wichtigen Verwaltungszweigen mögen uns ein Bild des Standes wie des fortschreitenden Bedarfes widerspiegeln.

Voranschlag des Haushaltsplans in 1000 M:

| | Allgemeine Finanzverwaltung | Polizei und Militärwesen | | Verkehr (Tief- und Hochbau) | Armenamt, Wohltätig- keitsanstalten usw. |
|--------------------|--------------------------------|--------------------------|--------------------------------|--------------------------------|---|
| 1902 | 5 767,6 | 1 526,2 | | 4 300,4 | 3 576,6 |
| 1903 ¹⁾ | 6 941,6 | 1 927,8 | | 4 629,6 | 4 344,6 |
| 1904 | 7 230,2 | 1 944,3 | | 4 441,6 | 4 506,6 |
| 1905 | 7 316,1 | 1 987,9 | | 4 364,8 | 4 731,2 |
| 1906 | 9 513,7 | 2 123,5 | | 4 859,9 | 4 604,7 |
| 1907 | 10 008,7 | 2 178,2 | | 4 844,7 | 4 699,9 |
| 1908 | 10 519,6 | 2 328,3 | | 5 135,9 | 4 930,9 |
| 1909 | 11 140,7 | 2 393,6 | | 5 326,2 | 5 447,3 |
| | — | — | | — | — |
| Zunahme | 5 373,1 | 867,4 | | 1 025,8 | 1 870,4 |
| | | | Unterrichtswesen ²⁾ | | |
| 1902 | 5 738,9 | | | | |
| 1903 ¹⁾ | 7 045,5 | | | | |
| 1904 | 7 400,1 | | | | |
| 1905 | 7 596,3 | | | | |
| 1906 | 7 822,0 | | | | |
| 1907 | 8 105,9 | | | | |
| 1908 | 8 468,0 | | | | |
| 1909 | 9 263,9 | | | | |
| | — | | | | |
| Zunahme | 3 525,0 | | | | |

Die Zahlen zeigen uns ein sehr verschiedenes Wachstum der einzelnen Gruppen: waren 1902 die Ausgaben für Verwaltung und Unterrichtswesen noch gleich, so ist seitdem der Abstand erheblich geworden; eine geringe Zunahme weist das Polizei- und Militärwesen auf. Außerordentlich sind die Ausgaben für den eigentlichen Verwaltungskörper gestiegen: sie

¹⁾ Es wurden 1903 einverleibt die Landgemeinden: Löbtau, Cotta, Plauen, Naußlitz, Wölfnitz, Mickten, Trachau, Kaditz und Übigau.

²⁾ Der Zuschuß auf 1 Kind betrug im Jahre 1887 46 M und im Jahre 1900 76 M, um dann zu fallen auf 70,83 M im Jahre 1907. An Schuleinkommensteuer wurde in Prozenten der Staatseinkommensteuer erhoben in den Jahren 1899 bis 1902 38 Prozent, 1903 40 Prozent, 1904 48 Prozent, 1905 50 Prozent, 1906 bis 1907 51 Prozent, 1908 53 Prozent. Vorbericht über die beim Wegfall der indirekten Abgaben zu ergreifenden Maßnahmen. 17. Ratsdrucksache 1908, Seite 25 und Seite 79 (Tabelle).

haben sich in dem kurzen Zeitraum von 1902 bis 1909 fast verdoppelt. Sie zeigen uns das stetige Anwachsen des Personalbedarfes, hervorgerufen durch die fallende Kaufkraft des Geldes, wie durch die steigenden Ansprüche, die die neuere reichere Entwicklung unseres Volks- und Wirtschaftslebens und die sozialen Forderungen mit sich gebracht haben. An ihnen ist deutlich erkennbar, daß wir in einer Übergangsperiode leben, denn es läßt sich leicht rechnerisch nachweisen, daß dieser Ausgabeposten auf die Dauer, ohne den Stadthaushalt zu gefährden, nicht in der gleichen Progression weiter wachsen kann. Unterrichts- und Armenwesen, die Betätigung für die heranwachsende Generation und die Fürsorge für die Kranken, Hilfsbedürftigen und Armen nehmen den Hauptanteil an den gesamten städtischen Ausgaben ein. Tief- und Hochbau, in denen die technischen Leistungen der Stadt ihren Ausdruck finden, müssen sich mit einem geringen Betrag bescheiden. Die Steigerung der Ausgaben um 1 Million Mark ist auf die Einverleibung der Vororte und auf Bevölkerungsvermehrung zurückzuführen. Die Kosten der städtischen Betriebe sind bei dieser Aufstellung nicht in Betracht gezogen.

Die eigentliche Finanzkunst setzt bei der Frage ein, durch welche finanzielle Mittel kann der Bedarf gedeckt werden. Die Wege, die man einschlagen kann, sind mannigfach. Die ältere Finanzpolitik unterschied im wesentlichen zwei: Besteuerung des privatwirtschaftlichen Einkommens durch Steuern und Abgaben, Beanspruchung des privatwirtschaftlichen Vermögens durch Aufnahme von Anleihen und Schulden. Dazu kommt, daß man seit altersher für den Besuch von Schulen Schulgeld erhoben hat.

Die Anforderungen, die in der Gegenwart an Staat wie an Stadt erhoben werden, nötigen neue Wege zur Deckung des Bedarfes ausfindig zu machen und die alten gangbaren weiter auszubauen. Die Städte haben aus dem 18. Jahrhundert eine Reihe Betriebe übernommen; prüft man diese aber auf ihre wirtschaftlichen Erträgnisse für die Stadt, so ist das Ergebnis ein unbefriedigendes. Das lag zumeist an der Eigenart dieser Betriebe. Aus dem starken Bedürfnis der städtischen Einwohner nach Licht, Kraft, Bewegung erwachsen den Städten neue Einnahmequellen. Sie standen bald vor der Frage: ob sie die Befriedigung dieser Bedürfnisse Privatunternehmungen überlassen und an den Erträgnissen durch Besteuerung derselben teilnehmen, oder ob sie die Unternehmungen in städtische Betriebe, die dann eine monopolartige Preisbemessung zuließen, überführen sollten. Die meisten größeren Städte haben den letzteren Weg eingeschlagen.

Aber auch die städtischen Betriebe genügten und genügen nicht. So hat man versucht, die Gebühren — Entgelt für gewisse städtische Leistungen — auszubauen. Sie bieten gegenüber den Steuern mannigfache Vorteile: die

Die städtischen Finanzen.

Reibungsfläche ist gering, der ganze kostspielige Steuerapparat braucht nicht eingesezt zu werden.

Wir werden zunächst die Einnahmen aus den Steuern zu untersuchen haben.

Es haben auf den Kopf der städtischen Bevölkerung **G e m e i n d e = f t e u e r n** erhoben in Mark:

| | 1891 (resp. 1891/92) | 1901 (resp. 1901/02) | 1906 (resp. 1906/07) | Zunahme |
|-----------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|---------|
| Frankfurt a. M. | 36,04 | 45,48 | 55,54 | 19,50 |
| Berlin | 23,24 | 33,29 | 37,55 | 14,31 |
| München | 21,21 | 25,53 | 29,96 | 8,75 |
| Leipzig | 21,05 | 26,61 | 28,58 | 7,53 |
| Chemnitz | 18,47 | 24,56 | 25,70 | 7,23 |
| Köln | 17,87 | 28,45 | 36,17 | 18,30 |
| Breslau | 16,66 | 30,40 | 32,80 | 16,14 |
| Magdeburg | 14,87 | 26,96 | 30,01 | 15,14 |
| Dresden ¹⁾ | 21,45 | 25,78 | 25,77 | 4,32 |

Die Steuerbelastung hat in allen diesen Großstädten zugenommen. In einer Reihe von ihnen — Breslau, Köln, Magdeburg — ist es zu einer Verdopplung gekommen; eine erhebliche Steigerung können wir in Frankfurt und Berlin beobachten.

Dieser Überblick zeigt uns, daß Dresden innerhalb dieser Großstadtgruppe eine Sonderstellung einnimmt: stand es 1891 an dritter Stelle, so 1906 mit Chemnitz an letzter Stelle. Am nächsten liegt der Vergleich von Dresden mit Breslau, Leipzig, München. Unter ihnen weist Dresden die niedrigste Steuerbelastung und die geringste Steuerzunahme auf. Breslau stand 1891 mit 4 M 79 S gegen Dresden zurück, um es jetzt mit 7 M 3 S zu übertreffen.

Die Stadt Dresden hatte drei große Steuerquellen: die Einkommensteuer, die Eingangsabgabe von Verzehrungsgegenständen, die Grundsteuer und die dazu einzurechnende Verkehrsabgabe vom Grundbesitz; dazu kommen dann mit höheren Erträgen noch die Bürger- und Einwohnersteuer, die Hundesteuer.

In der Gruppe Steuern, Abgaben, Gerechtfame werden unter die indirekten Abgaben gerechnet: Abgabe von den Wochenmärkten, Abgabe von den Jahrmärkten, Brückenzölle. Vom Standpunkt der Steuertheorie dürfte diese Einteilung anzufechten sein; der Brückenzoll trägt nicht den Charakter einer indirekten Abgabe, und die beiden Abgaben dürften richtiger

¹⁾ 1907 26 M 13 S, 1908 27 M 90 S.

Die städtischen Finanzen.

unter die Gebühren zu zählen sein. In dem folgenden Abschnitt, Gerechtfame, finden wir Geschoß und Erbzins, sowie Steuern, die aus einer uns fremd gewordenen Wirtschaftsperiode und Steuerverfassung sich noch bis in die Gegenwart erhalten haben; sie wären finanztheoretisch richtiger unter die direkten Gemeindesteuern einzuordnen. Am Schluß dieser Sammelgruppe sind Abgaben der Straßenbahn für Benutzung der Straßen und Anteil an der Betriebseinnahme der städtischen Straßenbahn aufgeführt. Die Abgaben der Straßenbahnen fielen, ehe sie in den Besitz der Stadt übergingen, unter die Gebühren, der Anteil an den Betriebseinnahmen ist als Unternehmergeinn der Stadt zu bezeichnen. Die ganze finanztheoretisch seltsam anmutende Gruppierung wird nur verständlich, wenn man sie als eine formlose Zusammenfassung von mancherlei Einnahmequellen auffaßt, die mit der allmählichen Entwicklung der Stadt in enger Verbindung stehen.

Die Einnahmen, die die Stadt erzielt hat, beliefen sich in 1000 M

| | | Einkommen= steuer | Verbrauchs= abgabe | Grundsteuer, Verkehrsabgabe |
|-----------------|---------|--------------------------------|-----------------------|--------------------------------|
| | 1893 | 4 465 | 1 623 | 1 171 |
| im Durchschnitt | 1895/98 | 4 938 | 1 861 | 2 033 |
| | 1903 | 6 498 | 2 273 | 1 389 |
| | 1904 | 7 946 | 2 407 | 2 453 |
| | 1905 | 7 886 | 2 342 | 2 329 |
| | 1906 | 7 972 | 2 306 | 2 388 |
| | 1907 | 8 430 | 2 327 | 2 327 |
| | 1908 | 9 709 | 2 331 | 2 209 |
| | | Bürger- und Einwohnersteuer | Hundesteuer | Verschiedene Steuern |
| | 1893 | 200 | 94 | 76 |
| | 1902 | — | 91 | 108 |
| | 1903 | — | 110 | 131 |
| | 1904 | 476 | 113 | 133 |
| | 1905 | 475 | 114 | 140 |
| | 1906 | 498 | 114 | 140 |
| | 1907 | 517 | 117 | 143 |
| | 1908 | 541 | 121 | 160 |

Das finanzielle Rückgrat der Stadt bildet die Einkommensteuer. Auf die Veranlagung wie auf die Ausgestaltung dieser Steuer hat die Stadt nur innerhalb sehr beschränkter Grenzen Einfluß, sie muß sich im wesentlichen den vom Staat vorgeschriebenen Formen fügen. Dasselbe gilt von der Grundsteuer, die staatlichen Charakter trägt und die vom Staat der Stadt zur Erhebung und zur Einnahme zugewiesen ist. Damit

ist der Kreis, innerhalb dessen die Stadt eine eigne, ihren wirtschaftlichen, sozialen und verwaltungstechnischen Grundsätzen angemessene Steuerpolitik treiben kann, sehr eng gezogen; sie findet ihren Ausdruck in der Abgabe vom Grundbesitzwechsel und den Verbrauchsabgaben. Aber auch hier stehen einem weiteren Ausbau unbezwingbare Widerstände entgegen. Bei den Besitzwechselabgaben konkurriert das Reich und der Staat, und bei den Verbrauchsabgaben hat das Reich dem städtischen Besteuerungsrecht enge Grenzen gezogen. Die Abgabe vom Grundbesitzwechsel ist in ihrem Ertragnis starken Schwankungen unterworfen; sie betrug z. B. 1898 1 792 000 M., dagegen 1901 988 000 M. Das Auf und Nieder der Steuerertragnisse wird von der Lage des Geldmarkts, dem jeweiligen Zufließen der Einwanderer, den allgemeinen Grundstücksverhältnissen beeinflusst: Faktoren, die sich der Schätzung entziehen; sichere Ertragnisse können im Haushaltsplan nicht eingestellt werden.

Von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung der städtischen Finanzen sind die **V e r b r a u c h s a b g a b e n** geworden.

Einnahme der Verbrauchsabgabe auf den Kopf der Einwohnerschaft:

| | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|
| 1880 | 1886 | 1887 | 1890 | 1900 | 1905 | 1906 | 1907 | 1908 |
| 2,74, | 2,34, | 5,19, | 5,33, | 5,19, | 4,58, | 4,42, | 4,39, | 4,32 M. |

Ist-Ertrag der Verbrauchsabgabe in 1000 M.:

| | 1902 | 1903 | 1904 | 1905 | 1906 | 1907 | 1908 |
|-------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Mehl u. Backwerk | 708,8 | 847,5 | 896,5 | 882,3 | 871,1 | 892,6 | 801,6 |
| eingeführtes Bier | 267,4 | 242,4 | 244,4 | 253,5 | 264,1 | 245,4 | 241,6 |
| hiesiges Bier | 107,7 | 200,3 | 191,8 | 180,8 | 164,4 | 156,5 | 154,8 |
| Wildbret | 41,6 | 70,0 | 103,0 | 91,9 | 88,5 | 86,2 | 81,5 |
| Geflügel | 41,9 | 50,9 | 68,6 | 65,9 | 64,6 | 63,0 | 62,3 |
| Fischen | 66,0 | 72,2 | 78,3 | 82,8 | 87,3 | 81,9 | 82,6 |
| Fleischwerk | 111,3 | 112,5 | 109,0 | 118,5 | 117,3 | 105,8 | 114,8 |
| Vieh | 590,2 | 676,3 | 715,4 | 666,4 | 648,6 | 695,1 | 711,7 |
| | 1935,3 | 2272,5 | 2407,3 | 2342,3 | 2306,6 | 2326,8 | 2331,3 |

Die Verbrauchsabgabe ist durch eine Erhöhung der Steuersätze 1887 um mehr als das Doppelte, wie die erste Tabelle angibt, gesteigert worden, aber die nächsten Jahre zeigen keine Zunahme, sondern eine Abnahme. Geht man die Liste der Steuerrolle durch, so sollte man erwarten, daß mit Zunahme des Wohlstandes der städtischen Bevölkerung auch die Steuereinnahmen wachsen müßten. Dies ist nun nicht eingetreten. Da nicht anzunehmen ist, daß der Wohlstand zurückgegangen ist, so muß die Abgabe sich nicht steuertechnisch den besonderen Verhältnissen anpassen.

Die Tabelle des Ist-Ertrages zeigt, daß die Haupteinnahmen aus der Besteuerung des Verbrauches von Mehl und Backwerk erzielt werden, an

zweiter Stelle stehen die Erträgnisse aus der Vieh- und Fleischbesteuerung, an dritter die Bierbesteuerung.

Gehen wir in die Vergangenheit zurück, so finden wir, daß Bier und Fleisch alte sächsische städtische Steuerobjekte waren; Mehl und Backwerk wurden durch die städtische Akzise getroffen. So hatten es jahrhundertlang unsere Vorfahren gehalten.

Diesem ganzen Entwicklungsgang hat das Reich durch das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 ein Ende gemacht. Der Paragraph 13 dieses Reichsgesetzes bestimmt, daß die kommunalen Verbrauchsabgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und sonstige Mühlenfabrikate, auf Backwaren, Fleisch, Vieh und Fett vom 1. April 1910 ab aufzuheben sind.

Die Anschauungen über die finanzpolitische Bedeutung der indirekten Abgaben, über den mit dieser Auflage notwendig verbundenen Steuerentlastungs- und Steuerbelastungskampf, über den Druck, den sie auf einzelne soziale Schichten ausübt, haben im Laufe der Jahrhunderte erheblich geschwankt. Als am Ausgang des 17. Jahrhunderts August der Starke eine großzügige Reform der Staatssteuern unter besonderer Berücksichtigung der Verbindung von Staats- und Gemeindesteuer durchführte, war es seine ausgesprochene Absicht, die direkte Besteuerung einzuschränken, sie durch eine indirekte Besteuerung zu ergänzen. Eine Reihe Flugschriften erschienen damals: in ihnen allen werden die indirekten Steuern als Steuern gepriesen, die eine Entlastung der mittleren und unteren Volksschichten herbeiführen. Und die städtische Bevölkerung nahm auch in diesem Sinne die Steuerreform Augusts des Starken, die er im Gegensatz zu dem ständischen Regiment durchsetzte, auf. Noch im 18. Jahrhundert herrschte die Ansicht vor, daß die indirekte Besteuerung bei weitem nicht so drückend für die wirtschaftlich Schwächeren sei, als die direkte. Dann im Laufe des 19. Jahrhunderts setzt der Umschwung ein. Größere Erträgnisse können bei indirekten Steuern nur durch Auflagen auf Massengüter erzielt werden. Als besonders geeignet haben sich die Nahrungsmittel erwiesen. Da an ihrem Verbrauch alle Volksschichten beteiligt sind, glaubte man damit den Beweis zu erbringen, daß sie besonders für die untersten, ärmsten, den wirtschaftlich geringsten Widerstand leistenden Klassen drückend wirkten; als ob dies nicht auch die direkten Steuern, wenn man sie zum Vergleich heranzieht, täten! Aber hier gab es einen sicheren und einfachen Ausweg: man ließ einfach für diese Klassen die direkte Besteuerung ausfallen oder verlangte eine wesentliche Minderung der Steuersätze. Der demokratische Zug, unter dem unsere neuere deutsche Finanzpolitik steht, macht sich auch in der Finanzgesetzgebung geltend.

Die so weitgehende Aufhebung der kommunalen Verbrauchsabgaben in einem Zolltarifgesetz weist auf die politischen Stimmungen hin, denen dies Gesetz sein Zustandekommen verdankt. Nicht reine und objektive Er-

wägungen gaben den Ausschlag, politische Machtinteressen rangen mit einander, und in diesem Kampfe unterlagen die städtischen Interessen.

So mußte die Stadtverwaltung in Dresden nicht nur für Deckung des an sich steigenden Bedarfes sorgen, sie mußte auch neue Steuerquellen erschließen und die Grundlage, auf der sich eine vielhundertjährige städtische Finanzpolitik erfolgreich aufgebaut hatte, verlassen. Und diese Änderung der Steuerverfassung mußte in einem überaus ungünstigen Zeitpunkt durchgeführt werden.

Das Deutsche Reich hatte durch das Zolltarifgesetz von 1902 im wesentlichen die indirekte Besteuerung an sich gebracht; auf Bier konnte seitens der Städte nach dem Zollvereinsvertrag nur eine Steuer von 65 \mathcal{H} auf das Hektoliter gelegt werden. Was aber noch bedeutungsvoller für den Zeitpunkt ins Gewicht fiel, war, daß 1908 und 1909 die große Reichsfinanzreform durchgeführt wurde. Sie löste heftige politische Kämpfe aus, die Interessengegensätze wurden, statt ausgeglichen zu werden, verschärft und die gesamte steuerzahlende Bevölkerung geriet in Erregung. Die Wirkungen der Reichssteuerreform auf die deutsche Politik sind noch nicht abzusehen. In einem solchen Zustand der allgemeinen Erregung wird jede neu hinzukommende Steuerbelastung schwerer und drückender als zu anderen, ruhigeren Zeiten empfunden.

Das Deutsche Reich hatte aber durch seinen Ausbau der Stempelabgaben, durch Besteuerung der Börsengeschäfte, durch die seine neuere Steuergesetzgebung durchziehende Tendenz, das städtische bewegliche Kapital zu treffen, eine bei einer Finanzreform für die Städte naheliegende Steuerquelle ganz für sich in Anspruch genommen.

Und ein weiteres Steuerobjekt, das sich der Eigenart der städtischen Entwicklung anpaßt und mehr für eine städtische als eine staatliche Besteuerung geeignet erscheint: die Wertzuwachssteuer, wurde bei der Reichsfinanzreform der städtischen Besteuerung entzogen, wenn auch hier die in Aussicht gestellte Beteiligung der Städte an den finanziellen Erträgnissen eine Entschädigung gewähren sollte.

Auch aus den Beziehungen zwischen Staat und Stadt ergaben sich Schwierigkeiten, die der Stadt Fesseln anlegten. In Preußen war unter Miquel eine großzügige Reform der städtischen Besteuerung durchgeführt worden. Ein fester Rahmen war gezogen worden, innerhalb dessen sich die staatliche wie die städtische Besteuerung bewegen mußten. Es zeigte sich später, daß diese nur für Preußen gezogenen Schranken von der Reichsfinanzpolitik berücksichtigt wurden. In Sachsen aber war der Versuch, zu einem Kommunalsteuergesetz zu kommen, gescheitert. Das gab wohl jedem Teil die volle Freiheit; nur zu bald aber zeigte es sich, daß dabei die sächsischen Städte zu kurz kamen. Bei der Einführung der Vermögens- (Ergänzungs-)

Die städtischen Finanzen.

steuer wurde den Städten das Recht, das sie an der Einkommensteuer befaßen, an den Erträgen teilzunehmen, nicht zuerteilt. Die Gemeindeanlage von den Mietzinsen (Mietsteuer) war von altersher „eine der wichtigsten Quellen der städtischen Finanzen Dresdens gewesen“. Wirtschaftspolitische Interessenkämpfe hatten es mit sich gebracht, daß 1890 die Mietsteuer fiel. Sie wurde nun durch den sächsischen Staat am 12. Januar 1909 als Staatssteuer neu eingeführt. Nach dem Stempelsteuergesetz werden sämtliche Miet- und Pachtverträge über Grundstücke, Wohn- und andere Räume nach dem Stande vom 12. Oktober jährlich mit 0,2 Prozent des jährlichen Miet- oder Pachtzinses versteuert. Ein altes Steuerobjekt der Stadtwirtschaft wurde damit vom Staat in Anspruch genommen.

Auch die innerpolitischen Verhältnisse erschwerten der Stadt eine durchgreifende Steuerreform. Ein neues Wahlgesetz hatte Kreise, die früher am Stadtr Regiment nicht teilnehmen konnten, herangezogen. Es mußte Zeit gewonnen werden, um das Zusammenarbeiten zu befördern. Vor allem aber machten sich zwei entgegengesetzte Strömungen geltend: die eine Partei vertrat die Interessen des Grund- und Hausbesitzerstandes und suchte jede weitergehende Besteuerung der Immobilien abzuwehren; die andere Partei hatte durch den § 13 des Solltarifgesetzes die von ihr stets geforderte Aufhebung der indirekten Abgaben erlangt. Sie hoffte, daß damit die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung wesentlich entlastet werde. Mit wieviel Recht, wird die Preisstatistik der Waren in den nächsten Jahren uns lehren. Es ist politisch verständlich, daß jene Partei die so glücklich erlangte Steuerfreiheit nicht mit der Einführung anderer neuer Steuern vertauschen wollte.

In dem Vorbericht über die beim Wegfall der indirekten Abgaben zu ergreifenden Maßnahmen wird folgender Fehlbetrag für die nächsten Jahre herausgerechnet:

| | |
|---|--------------|
| Wegfall der Eingangsabgaben | 1 750 000 M, |
| außerordentliche Steigerung der Ausgaben beim Anleihe dienst | 120 000 M, |
| Tiefbau | 180 000 M, |
| Volkschulwesen | 200 000 M, |
| Einschränkung der Besitzveränderungsabgaben durch die Beschlüsse der Stadtverordneten | 160 000 M, |
| | <hr/> |
| | 2 410 000 M. |

Diese Zahlen erscheinen, wenn man die finanzielle Entwicklung der Stadt in dem letzten Jahrzehnt verfolgt, als sehr niedrig. Die nächsten Jahre werden lehren und beweisen, inwieweit sie richtig oder falsch waren. Für die Finanzreform sind sie aber von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Als leitender Gesichtspunkt wird aufgestellt: „die heutige Steuerreform

unterscheidet sich wesentlich von derjenigen der 80er Jahre. Damals war das Ziel, an Stelle einer als mangelhaft erkannten Steuerfassung eine bessere zu setzen; heute handelt es sich darum, für die der Stadt durch Reichsgesetz entzogenen Steuern neue Einnahmequellen zu erschließen“.

Damit wurde die Aufgabe zu eng begrenzt. Ein „Steuerpfeiler“ fiel weg. Soll man das Gebäude durch Balken mühsam eine Zeitlang stützen, oder soll man neue Pfeiler organisch in den Bau einfügen? Eine vorausschauende Finanzpolitik mußte nach einer neuen Steuerfassung Umschau halten. Vom Standpunkt der Finanztheorie ist zu betonen, daß es Einzelsteuern nicht gibt. Man kann die Nerven, Muskeln usw. einzeln anatomisch untersuchen; der Mensch lebt aber durch das Zusammenwirken von Nerven, Muskeln usw. In einer geordneten Staatswirtschaft greifen die Steuern ineinander, und wenn wir den Steuerdruck, die Steuerbelastung erkennen wollen, können wir nicht eine einzelne Steuer auf ihre etwaigen wirtschaftlichen Wirkungen untersuchen, wir müssen das Steuersystem, wie es sich in der Steuerfassung darstellt, prüfen, um dann innerhalb dieses Rahmens die wirtschaftliche Bedeutung einer einzelnen Steuer zu ermessen.

Der Ausschuß zur „Vorberatung der beim Wegfall der indirekten Abgaben zu ergreifenden Maßnahmen“ hat deshalb im Anschluß an das von ihm aufgestellte Ziel nur einzelne etwa in Betracht kommende Steuern einer, wie anzuerkennen ist, sehr umsichtigen und treffenden Erörterung unterzogen, er hat aber nicht die Frage aufgeworfen, auf welchen Steuerquellen eine Stadtwirtschaft vorzugsweise ihre Steuerpolitik aufbauen soll.

Es ist wohl anzuerkennen, daß die dazu benötigten Vorarbeiten von der Finanztheorie wie der Volkswirtschaftslehre noch nicht in genügender Weise geleistet worden sind und daß durch diesen Mangel der Finanzpolitik die Grundlagen, von denen bei einer rein städtischen Besteuerungspolitik auszugehen wäre, fehlen. Man hatte sich bislang in der städtischen Finanzpolitik vielzusehr an das geschichtlich Überlieferte gehalten. Der Boden, auf dem sich die städtische Besteuerung seit dem 16. Jahrhundert entwickelt hatte, ist ihr zum Teil entzogen worden, teils ist er ins Wanken gekommen. Die gewaltigen Ansprüche, die das Reich und die Bundesstaaten an das Volkseinkommen erheben, und die Interessengegensätze, die sich aus der sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung unseres heutigen Staatswesens ergeben, haben im Verlauf der letzten Jahrzehnte dazu geführt, daß der Staat als der Mächtigere in die Stadtwirtschaft hineingreift und aus den vorwiegend städtischen Erwerbsquellen seine hauptsächlichlichen Einnahmen zu erzielen sucht.

Will man folglich erkennen, wo die städtische Besteuerung anzusetzen hat, so muß man vorher die Eigenart der heutigen Stadtwirtschaft erkennen. Sie beruht, wenn wir für unsere sächsischen Städte das Bild in allgemeinen

Umrisse kurz zeichnen wollen, im wesentlichen darin: Handel und Geldverkehr haben ihren Sitz in den Großstädten und strahlen von dort auf die kleineren und mittleren Städte aus; die Steigerung des Grundwertes, sei es durch Neubauten, Umbauten oder Erhöhung der Boden- und Baupreise, vollzieht sich vorzugsweise in den Großstädten, und schließlich bilden sie die großen Bassins, in die der Personen- wie Güterverkehr einführt und zurückflutet.

Drei große besteuerebare Wirtschaftsgebiete heben sich hervor: Grundbesitz, Verkehr, bewegliches Kapital. In die Besteuerung des Grundbesitzes haben sich von altersher Staat und Stadt geteilt. Die Besteuerung des Verkehrs dagegen lag bisher einseitig in den Händen des Staates und von den zum Teil neuerschlossenen Steuerquellen des beweglichen Kapitals haben Reich und Staat Besitz genommen. Damit sind die von der Steuer am leichtesten erfassbaren Objekte einer städtischen Besteuerung entzogen, trotzdem bleibt auch so noch Raum für eine weitere Besteuerung bestehen.

Diese allgemeinen theoretischen Erörterungen haben wir voranstellen müssen, um unsere Auffassung zu begründen, daß es sich bei der jetzigen Finanzreform nicht nur um einen Ersatz eines durch Reichsgesetz bewirkten Ausfalles, sondern um eine wesentliche Veränderung der Steuerverfassung handelte.

Aus den Beratungen des Ausschusses und unter Zustimmung der politischen Körperschaften ist dann die neue *Gemeindesteuerordnung* für die Stadt Dresden vom 10. Dezember 1909 hervorgegangen.

Sie brachte die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherfahren; aus der Luftbarkeitssteuer ging die Billett- und Luftbarkeitssteuer hervor; die alte Verbrauchsabgabe wurde in eine Abgabe von Verzehrungsgegenständen umgewandelt; die Sätze bei dem Brückenzoll und der Hundesteuer wurden erhöht; die schon bestehenden Steuern, Einkommen- und Grundsteuer wie die Besitzwechselabgabe, wurden einer Durchsicht unterworfen, die eine Mehr-, aber auch eine Mindereinnahme ergaben.

Die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherfahren kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Der sesshafte Gewerbe- und Händlerstand hat stets diese Steuer gefordert. In dem Vorbericht wird gesagt: „Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt spricht vieles gegen die Steuer. Unter den umherfahrenden Straßenhändlern befinden sich nicht weniger Leute aus den ärmsten Schichten, die mit einem kleinen Gelegenheitshandel sich dann und wann einen kärglichen Verdienst verschaffen. Diese kleinsten Händler, deren Konkurrenz für die Ladeninhaber wahrscheinlich nicht schwer wiegt, würden durch die Steuer einfach erdroffelt, und da es sich dabei wohl vielfach um Leute handelt, die für einen anderen Broterwerb nicht mehr recht tauglich sind, so würde die Armenkasse den Nachteil davon haben. Der

von den Ladeninhabern tatsächlich als unbequem empfundene Straßenhandel aber, der einigermaßen kaufmännisch zu rechnen versteht und mit etwas Betriebskapital arbeitet, würde durch die Steuer sicher nicht unterdrückt werden.“

Diesen treffenden Ausführungen können wir uns nur anschließen. Politische Erwägungen haben aber schließlich beim Rat den Ausschlag gegeben, und entgegen seinem fachmännischen Berater, der davon abriet, eine Steuer auf den Gewerbebetrieb im Umherfahren vorzuschlagen, ist sie eingeführt worden. Die Steuer wird für den einzelnen Tag erhoben und nach der Ladefläche des für den Handel benützten Wagens oder Fuhrwerkes berechnet. Sie beträgt bei einer Ladefläche

| | |
|--------------------------------------|-----------------------|
| bis zu 1 Quadratmeter | — M 20 S für den Tag, |
| von mehr als 1 bis zu 2 Quadratmeter | — M 50 S für den Tag, |
| von mehr als 2 bis zu 3 Quadratmeter | 1 M — S für den Tag, |
| von mehr als 3 Quadratmeter | 1 M 50 S für den Tag. |

Befreit von der Steuer ist nur der Handel mit Milch, Brennmaterialien, Sand, Ton, Stroh und Rutenbesen, sowie der Handel mit sonstigen Gegenständen des Wochenmarktverkehrs auf den für den Marktverkehr allgemein bestimmten Straßen und Plätzen.

Die Einnahmen aus dieser Steuer wurden im Vorbericht, bei einer etwas anderen Gestaltung der Steuersätze, auf 17 100 M jährlich geschätzt.

Die *Billetts- und Lustbarkeitssteuer* bildet eine Erweiterung der Lustbarkeitssteuer, die schon seit längerer Zeit bestand. Sie wurde von der königlichen Polizeidirektion erhoben. Die Einnahmen wuchsen von 1899 bis 1907 von 107 000 M auf 143 000 M an und flossen der Armenkasse zu. Sie besteht jetzt aus zwei Steuern: 1) der Billettsteuer. Eintrittskarten zu Theater-, Spezialitäten-, Variétévorstellungen usw., zu Tanzbelustigungen, Maskenbällen, Basaren usw., zu Wettrennen, Wettfahren, Wetttrudern, sportlichen Veranstaltungen, unterliegen nach der Höhe des Kasseneintrittspreises der Steuer. Sie stuft sich in folgender Weise ab: bei einem Eintrittspreis von 40 S bis 1 M: 5 S, von mehr als 1 M bis einschließlich 2 M: 10 S usw. aufwärts. 2) der Lustbarkeitssteuer. Ihr unterliegen alle Veranstaltungen, zu denen Eintrittskarten nicht ausgegeben werden, sowie weiter alle Festlichkeiten, bei denen öffentlicher Raum des Stadtgebietes benutzt wird. Es werden unterschieden: öffentliche Musikaufführungen; nächtliches Musikmachen in Gast- oder Schankwirtschaften; öffentliche Tanzvergnügen; öffentliche Masken- oder Kostümbälle; öffentliche Vorträge, Vorstellungen und Schaufstellungen, Karussells und dergleichen, Automaten und mechanische Musikwerke, öffentliche Auf- und Umzüge, öffentliche Auf- und Schlittenfahrten usw., Lustbarkeiten von Vereinen und Gesellschaften.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Lustbarkeitssteuer nach ihrer Technik, ihrer Stellung in der Finanztheorie und ihrer sozialen Ursachen hier zu untersuchen. Sie vereinigt verschiedene Elemente in sich. So lange sie in die Kasse des Armenamtes floß, war sie eine Ermahnung, in den Stunden der Erholung auch der Armen und Ärmsten zu gedenken; jetzt, wo sie als Ersatz für die Verbrauchsabgaben im Stadtbudget erscheint, wird man ihr einen anderen Charakter unterlegen. An Stelle des besteuerten Verbrauches von Nahrungs- und Genußmitteln wird der geistige Genuß besteuert. Vorteilhaft gegen diese indirekte Abgabe zeichnet sie aus, daß die verschiedenen Grade des Wohlstandes und Einkommens, und zwar zum Teil durch eine Selbsteinschätzung getroffen werden können. Noch eine andere Bedeutung ist ihr beizumessen: bei der Steuerveranlagung wird nicht zwischen Lustbarkeit an sich und geistigen und künstlerischen Genüssen unterschieden. Darin, daß alle Veranstaltungen gleichmäßig unter diese Steuer fallen, liegt eine Gefahr: die Lustbarkeitssteuer wandelt sich in eine Besteuerung von Kulturwerten um. Daran kann auch die Befugnis des Rates, den Veranstaltungen, die „lediglich“ volkserzieherischen, gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken dienen, ganz oder teilweise auf Ansuchen die Steuer zu erlassen, nichts ändern. Einmal hat die Erfahrung uns gezeigt, daß für die richtige Einschätzung von Kulturwerten Steuerbeamte kaum die geeigneten Beurteiler sind, und zum anderen erstreckt sich die Möglichkeit einer Steuerbefreiung im wesentlichen nur auf gemeinnützige Unternehmungen: es gibt aber noch viele nur einer kleinen gebildeten Minderheit zustehende höhere, kulturelle Genüsse, die nun ohne Ausnahme der Besteuerung unterliegen. So kann die Steuer, wenn sie rücksichtslos nach dem Gesetz veranlagt wird, für höhere Kulturbestrebungen, die nicht mit Massenwirkungen rechnen können, zu einer Gefahr werden.

Der Ertrag der Steuer wird einstweilen auf 100 000 *M* geschätzt. Nicht mit dem gleichen Recht für alle ist es zu vereinbaren, daß wohl die Theater- vorstellungen an sich besteuert, die Vorstellungen der königlichen Hoftheater aber befreit werden.

Die E i n g a n g s a b g a b e v o n V e r z e h r u n g s g e g e n s t ä n d e n weist einen kümmerlichen Rest ihres früheren Bestandes auf. Beim Bier ist ein Zuschlag von 5 *S* für 1 Hektoliter einfaches Bier, seit 1887 25, jetzt 30 *S*, bei allen übrigen Bieren früher 60, jetzt 65 *S*; damit ist der höchste zulässige Steuersatz erreicht. Besteuert werden Geflügel, Wild, Fische und Seetiere. Der Mehrertrag aus der Biersteuer wird auf 40 000 *M* veranschlagt.

Der B r ü d e n z o l l ist durch Herabsetzung des Rabatts von 40 auf 20 Prozent auf Blockquittungen erhöht worden. Im Jahre 1901 hatten die städtischen Kollegien den Dresdnern Fuhrwerksbesitzern einen Rabatt von

40 Prozent bewilligt. Früher war man stets davon ausgegangen, daß der Brückenzoll zur Verzinsung und Tilgung der Brückenherstellungs- und Erwerbungs-kosten dienen soll. Die aus der Minderung des Rabatts erzielten Einnahmen, auf jährlich 28 000 M veranschlagt, sollen nun als Steuerbeitrag eingezogen werden.

Die Sätze der Hundsteuer sind erhöht worden und sollen einen Mehrertrag von 35 000 M geben.

Von der Einführung einer Wertzuwachssteuer mußte abgesehen werden. Es ist zu erwarten, daß die geplante Reichswertzuwachssteuer bald und spätestens am 1. April 1912 in Kraft treten wird. Die Erhebung hätte der Stadt nur bis zur Einführung der Reichsteuer zugestanden. Und ebenso hat das Reich bei der Besitzwertsteuer durch seine Gesetzgebung eingegriffen. Das Reichsstempelgesetz vom 15. Juli 1909 belastet Grundstücksübertragungen und gerichtliche Zwangsversteigerungen, es engt damit den Spielraum für eine städtische Steuer erheblich ein. Während man bei den Vorarbeiten zur Steuerreform gehofft hatte, durch Erhöhung der Sätze einen wesentlichen Mehrertrag zu erzielen, mußte man sich jetzt mit der Beibehaltung der Steuersätze begnügen. Dagegen wurde bei Zwangsversteigerungen nur die Hälfte des regelmäßigen Betrages erhoben, und er fiel bei einem Grundstückserwerb durch Erbfolge seitens pflichtteilberechtigter Erben ganz aus. So trat schließlich statt einer Erhöhung eine Minderung des Steuereinkommens ein.

Endlich wurde die Grundsteuer auf Mietshäuser erstreckt und in die Einkommensteuer auf Umwegen eine Besteuerung der Warenhäuser usw. eingeführt. Befindet sich der Sitz, die Leitung eines Gesamtbetriebes in Dresden, so wird als Präzipialquote (!) in der Regel der 10. Teil des Gesamteinkommens aus dem Gewerbebetrieb vorab in Dresden in Anspruch genommen; der übrige Teil des Einkommens wird im Zweifel bei Unternehmungen, die vorwiegend den Einkauf von Waren im großen und deren Weiterverkauf im einzelnen betreiben, nach Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erzielten Umsätze verteilt.

Damit haben wir in der Hauptsache die Ergebnisse der Steuerreform zusammengestellt. Eine Deckung weder des Steuerausfalles durch Beschränkung der Eingangsabgabe von Verzehrungsgegenständen noch des steigenden Bedarfes der Stadt kann durch diese Reform erzielt werden. Geht man den einzelnen Verhandlungen nach, verfolgt man, wie sich das Bild von Jahr zu Jahr verschiebt, wie schließlich durch die Reichsteuerreform und durch das sächsische Stempelsteuergesetz von 1909 die Stadt in ihren Vorlagen immer mehr eingeengt wurde, so kann man wohl verstehen, wie man schließlich zufrieden war, wenigstens einen Teil des ursprünglichen Finanzplanes durchzuführen zu können.

Keine Freude wird man nicht gehabt haben; es wiederholt sich die Erfahrung, die man im politischen wie wirtschaftlichen Leben stets macht: fängt man klein an, so endet man klein. Hätte man einen großzügigen Plan für die ganze Steuerverfassung entworfen, hätte man im Hinblick auf die stetige Steigerung des Bedarfes Steuern, die Entwicklungsmöglichkeiten in sich tragen, gefordert, wäre es wohl leichter gewesen, die politischen und sozialen Widerstände, deren Kraft wir nicht unterschätzen, zu überwinden. So aber ist nur halbes Werk getan.

Der Stadt bleibt immer der Ausweg übrig, durch Zuschlag zur Einkommensteuer einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen herbeizuführen. Dazu hatte sie auch für 1910 greifen müssen. Ein weitaus größerer Teil des Stadtbedarfes ist jedoch durch die *U b e r s c h ü s s e d e r s t ä d t i s c h e n U n t e r n e h m u n g e n* gedeckt worden. Damit vollzieht sich eine Wandlung ihrer inneren finanzpolitischen Bedeutung, die wir später würdigen werden.

Der Haushaltplan einer Stadt macht den Eindruck eines alten ehrwürdigen Gebäudes. Er gibt Kunde von Zeiten, die längst vergangen sind; er hat geheime Winkelchen, in denen nur Wenige sich zurechtfinden. Sieht man sich darin um, so fallen einem die Fassade, Weg, Treppenhaus usw. sogleich in das Auge, und nur zu leicht übersieht man andere nicht minder wichtige Teile des Baues. Auch bei der Betrachtung eines Etats kann der Blick von sämtlichen Punkten leicht abgelenkt werden. Die unmittelbarste Verbindung zwischen der Finanzgewalt der Stadt und der Einwohnerschaft liegt in der Steuer. Mit dem Steuerzettel wird dem Einzelnen vor Augen geführt, was er an die Stadt unmittelbar zu leisten hat, in welchem Maße sein Einkommen gemindert wird. So hat sich von jeher die allgemeine Betrachtung vorzugsweise den Steuern zugewandt, und doch gibt es neben ihnen eine zweite reichlich fließende Quelle des städtischen Einkommens: die Gebühren.

Sie bilden den Übergang von den Steuern zu den Einnahmen aus den städtischen Gewerbebetrieben. Während die Einnahmen aus den Steuerleistungen der gesamten Stadtwirtschaft zufließen, tritt bei den *G e b ü h r e n* das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung hervor. Mag auch das Interesse der Allgemeinheit, das bei den Steuern ausschlaggebend ist, mehr im Hintergrunde stehen, ganz läßt es sich nicht ausscheiden. Der Einzelne aber, der zur Gebührenleistung herangezogen wird, sieht nur das unmittelbare Verhältnis zur Stadt; dieses erscheint ihm ausschlaggebend.

Der Sprachgebrauch in dem Haushaltplane wandelt sich mannigfach: wir finden Gebühren (Verwaltungs-, Leih-, Vollstreckungs-, Mahngebühren), Abgaben (Benutzungsabgaben), Einnahmen, Vergütungen, Sporteln. Die Gebühren im weiteren Sinne bildeten seit jeher eine beträchtliche Einnahme-

Die städtischen Finanzen.

quelle. In älteren Zeiten, als die Stellung des Beamten sich noch nicht gefestigt hatte, pflegte er einen Teil seiner Einnahmen aus den Neben= gebühren, Sporteln usw. zu beziehen. Die neuere Besoldungspolitik hat, um die finanzielle Gleichstellung der Beamtenkategorien besser durchführen zu können und auch um den Besoldungsetat übersichtlicher zu gestalten, von Nebenbezügen, so weit es irgend angeht, abgesehen und rechnet nur mit festen Gehaltsätzen. Wurde dadurch zunächst das Gebiet, wo Sporteln, Gebühren, Beiträge erhoben zu werden pflegten, erheblich eingeschränkt, so hat dann die neuere Finanzpolitik in ihnen eine fruchtbare Quelle des Einkommens entdeckt. Die Gebührenerhebung bietet einer vorsichtigen Finanzpolitik erhebliche Vorteile gegen die Steuerveranlagung. Der ganze große Apparat der Steuererhebung braucht nicht in Anwendung gesetzt zu werden: das Gebührenprinzip einmal durchgeführt, wirkt automatisch weiter. Der Idealismus, von dem die Steuer ausgeht: privatwirtschaftliche Opfer für die Allgemeinheit zu fordern, wird von dem Gebührenzahler nicht ver= langt; für das, was er gibt, erhält er unmittelbar eine Gegenleistung.

Es wäre eine interessante Aufgabe, an den Rechnungen der Haushalt= pläne die Zunahme der Gebühren im einzelnen nachzuweisen. Um eine Vorstellung zu geben, um welche Beträge es sich dabei handelt, führen wir aus dem letzten Haushaltvoranschlag einzelne Gebühreneinnahmen auf, sie lassen sich in den Rechnungen der 80er Jahre nur zum geringsten Teil nach= weisen.

| | | |
|--------------|--|---|
| Position 14. | Ratsgeschäftsstellen: Sporteln, Straf= gelder, Verwaltungs= und Einnahmergebühren usw. | 986 970 M. |
| Position 22. | Beiträge zur Unterhaltung, Erneuerung usw. von Maschinen, Geräten | 114 700 M. |
| Position 23. | Straßenreinigungsabgabe Vergütung für Straßenreinigung und Schnee= beseitigung | 201 475 M., 32 673 M. |
| Position 27. | Gebühren bei der Baupolizei | 80 000 M. |
| Position 28. | Sporteln bei der Wohlfahrtspolizei Gebühren für Krankentransport Gebühren für die Aufsichtsführung der Wasser= klosettanlagen Gebühren für die Prüfung und Abnahme von Bierdruckvorrichtungen Überschußgebühren für die Fleischbeschau und Trichinenschau Schau= und Untersuchungsgebühren bei der Fleischbeschau | 22 880 M., 10 000 M., 53 200 M., 9 000 M., 35 369 M., 293 750 M. |

Die städtischen Finanzen.

| | |
|--|-----------|
| Gebühren für die Sanitätsanstalt auf dem Schlachthof | 6 200 M., |
| Gebühren für Aufbewahrung, Transport und Verkauf von Fleisch | 19 500 M. |
| Position 26. Sporteln und Strafgeelder beim chemischen Untersuchungsamt | 19 360 M. |
| Position 33. Sporteln und Strafgeelder beim Schulamt | 7 500 M. |

Es handelt sich, wie man aus dieser Zahlenreihe ersieht, um sehr beträchtliche Einnahmen. Nicht immer sind es reine Gebühren, die wir gebucht finden, aber trotzdem wird ersichtbar sein, welchen bedeutenden Zuschuß die Stadt aus der Erhebung von Gebühren erzielt. In gewissem Sinne kann man die Schulgelder und Pflegegelder auch hierzu rechnen.

Die deutschen Stadtverwaltungen sind durchaus darauf bedacht, das Prinzip der Gebührenerhebung soweit als angängig zu erweitern. Es ist ein richtiger Weg, der hier eingeschlagen wird.

Unsere deutschen Städte sind nie reine Verwaltungskörper gewesen; immer gab es engere Beziehungen zwischen Stadt und Bürgerschaft, und stets hat die Stadt in größerem oder kleinerem Umfange eine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt. Was sich aber davon aus dem 18. in das 19. Jahrhundert gerettet hat, spielt im heutigen städtischen Haushalt nur eine untergeordnete Rolle. Die politischen und wirtschaftlichen Ideen des Liberalismus haben den außerordentlichen Aufschwung der europäischen Volkswirtschaft vorbereitet, sie haben an der sozialen Entwicklung in maßgebender Weise tätig Anteil genommen. Ohne diesen grundlegenden Einfluß können wir uns den heutigen Staat nicht vorstellen. Der Liberalismus hatte aber einst jede gewinnbringende Tätigkeit des Staates oder der Gemeinde bekämpft. Alles was Güter schafft und sie vertreibt, sollte einzig und allein der Privatwirtschaft vorbehalten bleiben. Und doch ist es auch unter der ausschließlichen Herrschaft des Liberalismus zu einem großen städtischen Gewerbebetrieb gekommen.

Wenn man im öffentlichen Leben schaffend und arbeitend steht, wenn man den Gang der Ereignisse beobachtend verfolgt, immer wird sich einem das Gefühl aufdrängen, daß die Ereignisse stärker sind als der Wille oder die Macht des Einzelnen; er wird von ihnen und mit ihnen dahingetrieben und das Ziel bleibt im Nebel der Zukunft verhüllt.

Solchen Gedankengängen wird man nachhängen, wenn man die Entwicklung der *G e m e i n d e b e t r i e b e* verfolgt und erkennt, welche verschiedenenartigen Ursachen auf ihr Wachstum eingewirkt haben.

Gerade England, wo Staat wie Gesellschaft von dem alleinigen Wert der Privatbetriebe überzeugt waren, ist zuerst unter den neueren Kulturstaaten zur Einführung von Gemeindebetrieben übergegangen. Schon in

der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die liberalen Ideen in England noch unumschränkt herrschten, gingen viele Gemeinden zur kommunalen Wasserversorgung über; dann folgte, weit allen europäischen Staaten voran, in den 60er und 70er Jahren die Übernahme von Gaswerken in die städtische Verwaltung¹⁾, und schließlich sind vor Deutschland in England die Straßenbahnen aus den Händen privater Unternehmungen in den städtischen Betrieb übergegangen. In keinem anderen Großstaat finden wir so viele und verschiedenartige Gemeindebetriebe.

Neuere vergleichende Untersuchungen weisen überzeugend nach, wie jede größere europäische Stadt früher oder später Gewerbebetriebe sich einverleibt. Wir haben es also mit einer durchaus internationalen Bewegung zu tun; die jeweiligen Verhältnisse der einzelnen Länder, wie der Vorausblick der leitenden Männer, bewirken nur eine schnellere oder langsamere Entwicklung. Auch lassen sich zurzeit die Grenzen noch nicht abstecken. Herrschte zunächst die Tendenz vor, große monopolartige Betriebe, wie Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen in den städtischen Betrieb überzuführen, so sehen wir, wie einzelne Städte sich an der Lebensmittelversorgung zu beteiligen versuchen; sie bauen und betreiben nicht nur Schlachthäuser, sie brauen Bier, gewinnen Eis und unterhalten Bäckereien, sie verkaufen Fische und errichten Apotheken usw.

Geht man den Kräften nach, von denen diese ganze Bewegung getragen wird, so erkennt man, daß diese abhängig sind einerseits von den jeweilig erkannten Bedürfnissen der Städte, andererseits von den von der Bürgerschaft erhobenen sozialen Forderungen; wir können deshalb auch nicht von einer Ursache, sondern müssen von Ursachenreihen sprechen.

In Deutschland hat es sich zuerst meist darum gehandelt, die aus der mittelalterlichen Stadtwirtschaft übernommenen Betriebe weiter auszubauen, sie den jetzigen Bedürfnissen anzupassen. Finanzielle Beweggründe waren nicht vorhanden; sie wurden gemeinnützig betrieben, lieferten durchschnittlich keine Überschüsse, oder wo diese doch — Sparkassen, Leihhäuser usw. — erzielt wurden, verwendete man sie zum Allgemeinwohle.

In einem späteren Zeitabschnitt finden wir andere Beweggründe. Ihrer Natur nach müssen Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke monopolistisch betrieben werden; zur Durchführung dieser Betriebe muß die Stadt den Unternehmern öffentliche Rechte einräumen; nur zu leicht ergibt sich dann ein Gegensatz zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Interesse. Kommen dazu mangelhafte Leistungen und hohe Preise, so ist der Nährboden für Unzufriedenheit in der Bürgerschaft gegeben; es findet den allgemeinen Beifall, wenn jetzt die Stadt die Betriebe erwirbt. Sie will

¹⁾ Schon 1817 wurde in Manchester ein kommunales Gaswerk errichtet.

sie nicht gemeinnützig bewirtschaften, sie will als städtischer Unternehmer sie betreiben. Die zu gewinnenden und zu erwirtschaftenden Überschüsse sollen unter den Einnahmen verrechnet werden.

Wenn wir uns nach diesen allgemeinen Erörterungen wieder den Verhältnissen der Stadt Dresden zuwenden, so können wir nur feststellen, daß auch sie in ihren Verwaltungsmaßregeln von den soeben ausführlich geschilderten Strömungen ergriffen worden ist. Sie hat als Erbschaft alter Zeiten den Marstall und eine Beerdigungsanstalt; seit 1769 besteht das frühere Pfand- und Leihhaus, heutige Leihamt. Diese tragen einen durchaus gemeinnütigen Charakter, der auch der städtischen Sparkasse beizumessen ist.

An der Einführung der Gasbeleuchtung 1828 nahm das Stadtpolizeikollegium Anteil, 1833 ging die Verwaltung der Gasanstalt ganz an die Stadt über. Von einer planmäßigen Wasserversorgung der Stadt kann man erst seit der Erbauung des ersten Wasserwerks an der Saloppe 1875 sprechen. Das erste elektrische Kraftwerk wurde 1895 von Siemens & Halske erworben, ein zweites wurde 1900 in Betrieb gesetzt. Ein elektrisches Lichtwerk wurde von der Stadt erbaut und steht seit 1895 in Benutzung. Zwei Straßenbahngesellschaften hatten ein vielmaschiges Verkehrsnetz geschaffen, beide gingen durch Ankauf an die Stadt über.

Dieser kurze Rückblick zeigt uns, daß einmal die Stadt die Betriebe von privaten Unternehmern ankauft, daß aber andererseits der Fall viel häufiger war, wo voraussehend die Stadt die Versorgung gleich in eigene Verwaltung nahm; waren auch dann die unvermeidlichen Kosten, die mit der Inbetriebsetzung verbunden sind, zu bezahlen, so wurden doch die Gründergewinne vermieden.

Gehen wir zur finanziellen Betrachtung über, so lag es bei der Gasbeleuchtung wie bei der Wasserversorgung nicht in der Absicht der Stadt, Überschüsse herauszuwirtschaften, man wollte beide Betriebe gemeinnützig verwalten. Von dieser ursprünglichen Absicht ist man allmählich abgekommen; der Bedarf an Mitteln wurde zu dringend, als daß man nicht jede Gelegenheit, sich Einnahmen zu verschaffen, benützt hätte. Erhebliche Überschüsse haben nur die Gaswerke abgeliefert, bei den Wasserwerken hat sich stets nur ein geringfügiger Überschuß ergeben.

Eine andere Wirtschaftspolitik setzte mit dem Erwerb der Kraftwerke, der Anlage des Lichtwerkes und später dem Ankauf der Straßenbahnen ein. Vorausschauend erkannte man die Entwicklungsmöglichkeiten, die in der Abgabe von Licht und Kraft bestanden. Die Übernahme dieser Betriebe geschah in der ausgesprochenen Absicht, Überschüsse zu erzielen, und zwar Überschüsse, die mit dem steigenden Wohlstand und der Zunahme der Bevölkerung sich heben würden. Noch andere Gründe waren wohl bei dem Ankauf der Straßenbahnen mitbestimmend: durch Anlage, Linienführung,

Die städtischen Finanzen.

Preisfestsetzung usw. kann man den städtischen Verkehr beeinflussen, Stadtteile, die man entwickeln möchte, begünstigen, der von städtischen Interessensvertretern geforderten Hemmung des Vorortsverkehrs nachgeben.

Mit der wachsenden Ausdehnung der städtischen Betriebe stellen sich noch weitere Vorteile ein. Neben der Ausübung von Hoheitsrechten, soweit sie der Stadt vom Staate übertragen sind, und der Durchführung der städtischen Sonderaufgaben kommt nun als Drittes die Beschaffung, Verwaltung, Benutzung von großen materiellen Mitteln hinzu. Indem die Stadt sich zur Stadtwirtschaft erweitert, gewinnt sie an Macht, Macht über Menschenmassen, die sie in ihre Dienste einstellt, und Macht über Gütermengen, die sie ankauft, die sie verkauft, wodurch sie preisbestimmend in das wirtschaftliche Leben eingreift. Die Waren sind nur der äußere Ausdruck von Menschenkraft und Menschenleistungen. Die Stadt vermag durch ihre Betriebe maßgebend in die Güterproduktion einzugreifen; damit hat sich ihre Einflusssphäre wesentlich erweitert, neue Interessengemeinschaften sind hinzugekommen, neue Abhängigkeiten geschaffen worden.

Im einzelnen zeigt sich, wenn wir den Ergebnissen dieser Finanzpolitik nachgehen, folgendes:

Im Haushaltplan waren Überschüsse eingestellt aus den

| in 1000 M | Gaswerken | elektr. Lichtwerk | elektr. Kraftwerk | zusammen | Damit städtischer Zuschußbedarf (auschl. Volks- schule gedeckt in Höhe von Prozent |
|-----------|-----------|----------------------|----------------------|----------|---|
| 1902 | 1 697,1 | 246,7 | 321,2 | 2 265,1 | 19 |
| 1903 | 1 951,2 | 271,4 | 373,4 | 2 596,0 | 19 |
| 1904 | 2 199,2 | 290,3 | 471,6 | 2 961,2 | 22 |
| 1905 | 2 387,6 | 414,6 | 518,6 | 3 320,9 | 24,5 |
| 1906 | 2 623,3 | 481,3 | 708,8 | 3 813,5 | 27 |
| 1907 | 2 755,0 | 555,5 | 747,9 | 4 058,5 | 28 |
| 1908 | 3 041,2 | 651,4 | 934,6 | 4 627,4 | 29,5 |

Die Zahlen ergeben, welche Bedeutung diese drei Betriebe für die Stadt gewonnen haben: von 19 auf 29,5 Prozent steigt ihr Anteil an dem städtischen Zuschußbedarf.

In dem Haushaltplan der Stadt Dresden sind im Etat der Überschüsse die Gas- und elektrischen Kraft- und Lichtwerke aufgenommen; dagegen haben einen eignen Etat, von dem der Stadt rechnerisch getrennt, die Wasserwerke und Straßenbahnen, ferner die Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt, das Kohlenlager, das Leihamt, die Sparkasse und das Bädgebäude. Jede

Die städtischen Finanzen.

dieser letzteren Unternehmungen wird etatsmäßig als ein selbständiges Unternehmen aufgefaßt, jede Leistung der Stadt muß das betreffende Unternehmen bezahlen, wie umgekehrt jeder Dienst, den es der Stadt leistet, von ihr bezahlt werden muß.

Nur zwei, Wasserwerk und Straßenbahnen, wollen wir noch etwas näher betrachten.

Haushaltvoranschlag des Wasserwerks.

| Einnahmen | 1902 | 1909 |
|--|--------------|--------------|
| Ertrag der tarifmäßigen Zahlungen für Wasser | 1 141 500 M, | 1 811 600 M, |
| Wasser zu städtischen Zwecken | 121 250 M, | 102 122 M. |
| Gesamteinnahme: | 1 705 685 M, | 1 972 287 M, |
| Ausgaben | | |
| Zinsen der Anleiheschuld an die Stadtkasse | 246 246 M, } | 610 400 M, |
| Tilgungsbetrag | 169 688 M, } | |
| Abschreibung | 228 263 M, | 276 900 M, |
| Rücklage für Erweiterungen | 579 741 M, | 355 804 M, |
| Verwaltungsgebühr zur Stadtkasse | 40 000 M, | 50 000 M, |
| Beiträge zu Kassen | 17 000 M, | 39 635 M, |
| Gesamtausgabe: | 1 705 685 M, | 1 972 287 M. |

für die Straßenbahnen wurde zuerst für das Jahr 1906 ein eigener Etat aufgestellt. Bis zum 1. Oktober 1909 wurden die Straßenbahnen im wesentlichen nach den Betriebsgrundsätzen der alten Eisenbahngesellschaften geführt, erst dann wurde mit einer teilweisen Umlegung der Linienführung der Zonentarif, der erhebliche Mehreinnahmen bringen sollte, eingeführt.

Die Kosten der Erwerbung der Straßenbahnen betragen 33,5 Millionen Mark, die in der Höhe von 33,1 Millionen Mark durch eine Anleihe von 1905 gedeckt wurden.

Haushaltvoranschlag der Straßenbahnen.

| Einnahmen | 1906 | 1909 |
|--|--------------|---------------|
| aus dem Betrieb der eigenen Linien | 8 151 100 M, | 9 862 600 M, |
| aus dem Betrieb fiskalischer und Gemeindevorstandslinien | 328 400 M, | 432 600 M, |
| Gesamteinnahme: | 8 550 860 M, | 10 460 720 M. |

Die städtischen Finanzen.

Von den Ausgaben kamen auf

| | 1906 | 1909 |
|---|--------------|---------------|
| A. Verzinsung des Anlagekapitals | 1 162 970 M, | 1 260 000 M, |
| Verzinsung und Tilgung der Prioritätsobligationen | 662 534 M, | 704 960 M, |
| Abschreibung | 69 730 M, | 58 400 M, |
| Überweisung an den Erneuerungsfonds | — | 400 000 M, |
| Rücklage zur Bildung eines Betriebsfonds | — | 14 370 M, |
| B. Abgabe für Benutzung der Stromführungsanlagen an das Kraftwerk | 333 630 M, | 336 600 M, |
| Stromentnahme aus städtischen und anderen Kraftwerken | 1 492 300 M, | 1 792 400 M, |
| Vergütung für Unterhaltung des Gleisbereiches im Straßenkörper an den Tiefbau | 170 000 M, | 170 000 M, |
| Unterhaltung und Erneuerung der Gleisanlagen | 662 650 M, | 264 500 M, |
| Reinhaltung des Gleisbereiches im Straßenkörper | 126 780 M, | 64 810 M, |
| C. Verwaltungsgebühr an die Stadtkasse | 75 000 M, | 98 000 M, |
| Abgabe an die Stadtkasse für Benutzung der Straßen und Plätze | 236 650 M, | 313 090 M, |
| Abgabe an die Stadtkasse für Benutzung der Brücken | 18 000 M, | 18 000 M, |
| Überschuß: | 177 576 M, | 730 000 M, |
| Gesamtausgabe: | 8 373 284 M, | 10 460 720 M. |

Ein kurzer Auszug aus einem Etat kann nur ein unvollkommenes Bild geben; nur auf einige Eigentümlichkeiten der Rechnungsaufstellung soll hingewiesen werden. Das städtische Kraftwerk liefert den Strom für die elektrischen Straßenbahnen, zu welchem Preise? Einen Preiskampf wie unter konkurrierenden Betrieben gibt es nicht, es werden also von der obersten Verwaltungsbehörde Beträge festgesetzt; dabei steht es ganz im Ermessen dieser Behörde, ob das Kraftwerk den Strom zu den Selbstkosten abgibt oder einen Gewinn beansprucht; man kann, je nachdem man die Höhe der Beiträge festsetzt, den Gewinn bei einem Betrieb herauf- oder herabsetzen. Dasselbe gilt für die Abgabe, die für die Benutzung der Straßen, Plätze

und Brücken an die Stadtkasse zu zahlen ist. Sie dürfte sich finanziell in dieser Höhe wohl kaum rechtfertigen lassen. Praktisch ist es aber ganz bedeutungslos, wie diese Posten berechnet werden und ob die Stadt ihren Zuschuß aus dem Überschuß der Straßenbahnen oder durch solche erhöhte Abgaben erhält. Eine eingehende Betrachtung der im Haushaltplan niedergelegten Etatsgrundsätze würde uns zeigen, daß eine objektive Klärung der finanziellen Verhältnisse, wie sie sich bei freier Preisbildung von konkurrierenden Betrieben ergibt, in dem Etat eines Verwaltungskörpers nie erreicht werden kann.

In dem Vorbericht über die beim Wegfall der indirekten Abgaben zu ergreifenden Maßnahmen wurde die Frage, in welcher Weise die Einnahmen aus den städtischen Betrieben gesteigert werden könnten, eingehend und sachgemäß erörtert. Die Verwendung der Überschüsse der Sparkasse, des Leihamtes und der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt zur Entlastung des städtischen Haushaltes war satzungsgemäß ausgeschlossen. Die Einnahmen aus Marstall und Beerdigungsanstalt konnten nicht in Frage kommen, weil der Betrieb der Beerdigungsanstalt nicht sowohl den Zweck haben kann, Überschüsse zu erzielen, als vielmehr die Bestattungskosten in angemessenen Grenzen zu halten. Bei dem Betrieb der Markthallen war im günstigsten Fall eine angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals zu erzielen. Die Gas-, Licht- und Kraftwerke warfen bereits erhebliche und steigende Zuschüsse ab; eine weitere erhebliche Steigerung anzusetzen, wäre bedenklich gewesen. So blieben Wasserwerk und Straßenbahn übrig.

Nach den Belegen, die auf der ersten deutschen Städteausstellung einzusehen waren, lieferten nur zwei städtische Wasserwerke keine Überschüsse ab. Die Wasserwerke der Stadt Dresden nahmen unter den gleichartigen Betrieben eine Ausnahmestellung ein, sie lieferten keinen Gewinn an die Stadt ab, sie wurden rein gemeinnützig verwaltet. Die Überschüsse, die herausgewirtschaftet wurden, flossen dem Erneuerungs- und Erweiterungsfonds zu. Nach längerer Beratung mit wechselnden Vorschlägen kam man dazu, einen allgemeinen Zuschlag auf den Wasserpreis von 12 auf 15 % einzuführen, als Berechnungsmaßstab nahm man den Mietwert der Wohn- und Geschäftsräume an; man belastete das Wasserwerk vom 1. Januar 1910 an mit einer jährlichen Abgabe von 500 000 M., die an die Stadtkasse abzuführen ist.

Auf den städtischen Straßenbahnen ist am 1. Oktober 1909 der Zonentarif eingeführt worden; er bedeutet eine erhebliche Verteuerung des Straßenbahnverkehrs und man hofft, auf größere Einnahmen rechnen zu können. Wie weit sich die Hoffnungen verwirklichen werden, läßt sich, ehe der Verkehr in die neuen Verhältnisse sich eingelebt hat, nicht absehen. Von den Betriebs-

überschüssen der Straßenbahnen hatte man einen Sonderfonds gebildet, der Ende des Jahres 1910 die Höhe von 1 500 000 *M* erreichen soll. Dieser Fonds ist zur Verzinsung und Tilgung des Restes der 1871 aufgenommenen Anleihe bestimmt. Man glaubte, wie man angab, nicht mit einem höheren Betriebsüberschusse rechnen zu können. Schließlich hat man sich aber doch entschlossen, den Anteil der Stadt an dem Überschuf der städtischen Straßenbahnen vom 1. Januar 1910 ab auf 500 000 *M* festzusetzen, die Beiträge der Straßenbahnen an den Überschuffonds dagegen auf die nächsten zwei Jahre auf jährlich 88 000 *M* zu bemessen.

Diese Ausführungen sind von großer prinzipieller Bedeutung. Sie beweisen, daß ein völliger Umschwung in der finanziellen Stellung der Überschüsse der städtischen Betriebe sich anbahnt. Ein Rückblick mag zeigen, um was es sich handelt. Die aus der älteren Stadtwirtschaft übernommenen Betriebe werden auch heute noch gemeinnützig geführt, sie geben keine oder nur geringfügige Überschüsse. Dann kam die zweite Periode: die Betriebe sollten Überschüsse ergeben; aber Überschüsse, wie sie jeder andere wirtschaftliche Betrieb auch ergeben würde. Die Stadt war Unternehmerin geworden und wollte einen Unternehmergeinn herausarbeiten. Jetzt sind wir in die dritte Periode eingetreten. Es handelt sich nicht mehr um einen Unternehmergeinn, sondern um eine Besteuerung. Wenn die Stadt den Wasserpreis von 12 auf 15 *S* erhöht, so ist dies nichts anderes als ein verkappter Steuerzuschlag. Die monopolistische Stellung, die die Stadt zu ihren Betrieben einnimmt, wird zu einer Preiserhöhung benutzt. Vorläufig sind wir am Anfang dieser Bewegung; sie greift aber sichtbar von den Wasserwerken zu den Straßenbahnen über; auch hier ermöglicht das städtische Verkehrsmonopol eine willkürliche Erhöhung der Fahrpreise. Es ist ein Wortspiel, wenn man derartige Preiszuschläge noch als Unternehmergeinn und nicht als Steuern bezeichnen will. Haben wir es aber mit Steuern zu tun, dann drängt sich die Frage auf, wie stellt sich das Mehrerträgnis aus Wasserwerk und Straßenbahn, das jetzt in das städtische Budget neu eingestellt wird, zu dem Steuerausfall, den die Aufhebung der Eingangsabgaben mit sich bringt. Der Wasserzins belastet nun als indirekte Abgabe den Verbrauch eines naturnotwendigen Lebensmittels; er ist fast einer Kopfsteuer gleichzurechnen: unterschiedslos ergreift er Reiche und Arme. Die Besteuerung des Verkehrs bei den Straßenbahnen läßt wohl durch die außerordentliche Ermäßigung der Arbeiter- und Angestelltenfahrkarten gewisse Schichten der Bevölkerung von der Steuer aus, trifft dafür aber um so härter den Mittelstand. Diese Gegenüberstellung erweist, eine wie nachteilige Maßnahme die reichsgesetzlich angeordnete Aufhebung der indirekten Abgaben war und daß sie die gehoffte Steuerbefreiung der unteren Volksschichten nur zum Teil gebracht hat.

Die städtischen Finanzen.

Der Überblick über die Finanzen der Städte wäre nicht vollkommen, wenn wir die Anleihepolitik ganz außer acht ließen. Schon der einleitende Überblick hat uns gezeigt, in welchem erheblichem Maße die Schuldsomme des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten in dem letzten Jahrzehnt angewachsen ist. Der Weg, durch Ausgabe von Anleihen den Ausgleich zwischen Bedarf und Deckung herzustellen, ist gangbarer und leichter, als wenn man neue Steuern ausschreiben muß. In dem einen Falle handelte es sich um zwangsmäßige Beiträge, die von der Einzelwirtschaft gezahlt werden müssen, in dem anderen um freiwillige Beiträge. Und in unserem Volke herrscht zudem die Neigung vor, sein erspartes Kapital lieber sicher, wie es glaubt, in Staats- oder Gemeindegeldanleihen, als in Industripapieren anzulegen.

In den Jahren 1901 bis 1908 wurden im Deutschen Reich an öffentlichen Anleihen 9254 Millionen Mark, Hypothekendarlehen 3296 Millionen Mark, anderen Obligationen 2272 Millionen Mark, Aktien 3664 Millionen Mark ausgegeben. Aus diesen Zahlen würde man zunächst schließen können, daß eine heillose Schuldenwirtschaft bei den öffentlichen Körperschaften eingerissen sei. Sie erhalten erst ihre wirtschaftliche Richtigstellung, wenn man sie auf ihren Verwendungszweck prüft und den Vermögensbestand als Gegenposten heranzieht. Nun geben Reich und Bundesstaaten wohl die Höhe ihrer Schuldsommen, aber nicht die ihres Vermögens an, so daß dem Fernstehenden ein Einblick in den Kern der staatlichen Finanzwirtschaft sehr erschwert ist: Schätzungen müssen an Stelle von festen Zahlen bei der Beurteilung der jeweiligen finanziellen Lage eingesetzt werden.

Auch die Finanzen der Städte weisen hier ein verwirrendes Bild auf. Angaben über die Ausgaben und den jeweiligen Stand der Anleihen liegen sichtbar in den Haushaltplänen vor; schwieriger wird es schon, wenn wir den eigentlichen Schuldbestand nach Stadtschuld und Betriebschuld trennen wollen; unübersichtlich gestalten sich die Verhältnisse, wenn wir fragen, welcher Teil der Anleihen durch Rücklagen gedeckt wird. Da finden wir Tilgungsquoten von Anleihen, Überweisung an einen Erneuerungsfonds, Rücklagen für einen Betriebsfonds, Abschreibungen, ein Liquidationsfondsfonto, einen Überschuffonds usw.

Es betrug in Dresden in 1000 M

| | der Vermögensbestand | die Anleiheschulden | das verbleibende Reinvermögen |
|------|-------------------------|------------------------|----------------------------------|
| 1890 | 52 325,4 | 23 540,8 | 28 784,6 |
| 1900 | 111 307,8 | 60 488,2 | 50 819,6 |
| 1902 | 121 267,9 | 71 130,6 | 50 137,4 |
| 1908 | 212 819,9 | 149 098,0 | 63 721,2 |

Suchen wir die Ergebnisse zusammenzufassen. Unser Weg hat uns über die Staatsfinanzen des In- und Auslandes zu den städtischen Finanzen von Dresden geführt. Wir konnten beobachten, wie überall die gleichen Tatbestandsreihen sich nachweisen lassen. Sie erscheinen alle von einer gemeinsamen Kraft vorwärts getrieben.

Unter dieser Betrachtungsweise erscheinen die Finanzen der Stadt Dresden ihres lokalen Charakters entkleidet. Wir sehen sie von der allgemeinen Bewegung ergriffen. Die Ausgaben steigen in den letzten zwei Jahrzehnten in einem außerordentlichen Maße; immer schwieriger wird es, Deckungsmittel zu gewinnen. Zunächst sucht man die eignen Betriebe auszubauen, neue sich anzugliedern; bringen diese auch in dem Unternehmervergewinn Zuschüsse, so erfordern sie andererseits zum Erwerb, zur Erweiterung große Kapitalismengen. Die Verschuldung steigt.

In diesem Zeitraum sucht Reich und Staat, von eigener Finanznot getrieben, aber auch von Widerstreben gegen die großen Gemeindeförpser befeelt, den Städten die alten Steuerquellen zu beschneiden. Und nun werden die Städte gedrängt, ihre wirtschaftliche Monopolstellung finanziell auszunutzen. Die Stadt Dresden hat diesen Schritt gewagt, sicher werden ihr andere Städte nachfolgen.

Das Ausland bewundert und beneidet die politische Machtstellung, die das Deutsche Reich seit seiner Gründung sich errungen hat, den beispiellosen Fortschritt unserer Industrie und unseres Handels, das rasche Anwachsen des Volksvermögens. Uns aber beschleicht die bange Sorge, ob das alles von Dauer sein wird. Einer der Grundpfeiler aller Staatskraft, aller Volkswirtschaft sind die öffentlichen Finanzen. Noch können wir die gewaltige Spannung, die in den letzten Jahren eingetreten ist, ertragen; aber für alles auf Erden ist ein Maß gegeben.

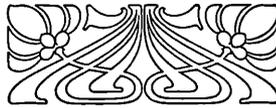
Eine vorausschauende Finanzpolitik wird einzusetzen haben. Unsere Städte müssen suchen, durch gemeinsame Anstrengung wenigstens an Stelle der alten, ihnen vom Staat genommenen oder mindestens eingeschränkten Steuerquellen neue, der städtischen Eigenart angepasste, wieder zu erhalten. Sie werden den steigenden Anforderungen, die an sie erhoben werden, größeren Widerstand entgegenstellen und den Wettbewerb untereinander, wenn nicht ganz aufgeben, so doch auf ein geringes Maß zurückführen müssen. Der Kreis der ertrags- und aussichtsreichen wirtschaftlichen Unternehmungen ist für eine Stadtwirtschaft eng beschränkt, er läßt sich nicht willkürlich erweitern; auch hier scheinen die Grenzen bald erreicht zu sein.

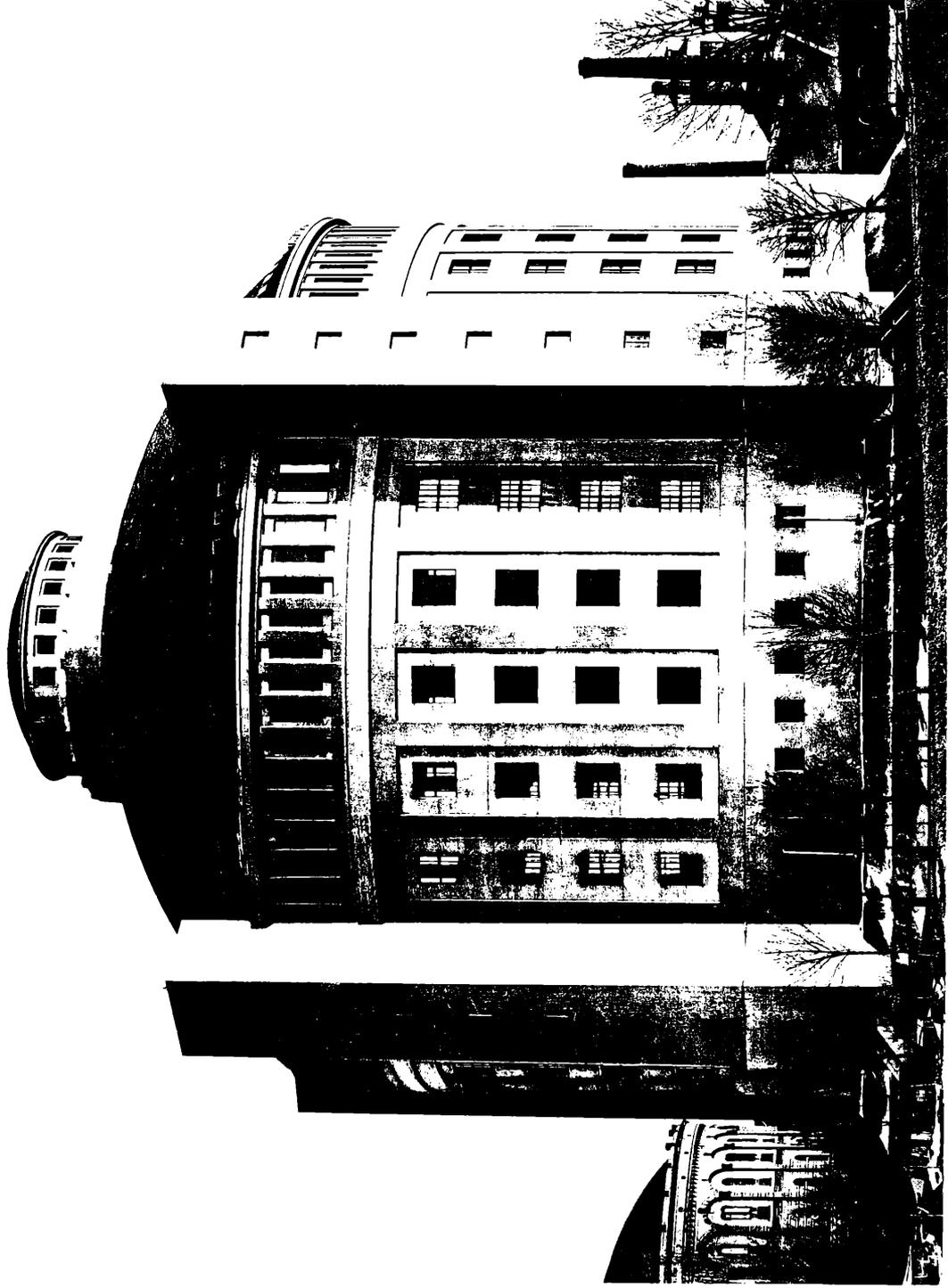
Nur so läßt sich hoffen, daß unsere Städte zum Wohl des Landes und der Bürgerschaft weiter gedeihen und blühen werden.

Die städtischen Finanzen.

L i t e r a t u r: Haushaltpläne der Stadt Dresden. — Statistisches Jahrbuch der Stadt Dresden. — Vorbericht über die beim Wegfall der indirekten Abgaben zu ergreifenden Maßnahmen. 17. Ratsdrucksache 1908. — Bericht des Ausschusses zur Vorberatung usw. 24. Ratsdrucksache 1909. — III. Bericht über die aus Anlaß des Wegfalls der indirekten Abgaben usw. 79. Ratsdrucksache 1909. — Verhandlungen der Stadtverordneten in Dresden. — Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dresden. 128. Ratsdrucksache 1909. — Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen. Teil I: Das Finanzwesen der öffentlichen Körperschaften Deutschlands. Teil II: Die Finanzen von Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien usw. Berlin 1908. — Wuttke, Reichsfinanzen und Landesfinanzen. Leipzig 1909. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik: Die Gemeindebetriebe und die Gemeindefinanzen, seit 1908 erscheinend. — Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1909. Leipzig 1910. — v. Kaufmann, Die Kommunalfinanzen, Großbritannien, Frankreich, Preußen. 2 Bände. Leipzig 1906.

Robert Wuttke.





Gasometer in Reick

VI.

Gewerbe und Industrie.

Sachsen ist ein Industriestaat ersten Ranges und schreitet in der Entwicklung seines Gewerbesleißes beständig fort. Nach der Gewerbe- zählung von 1895 hatte das Land 369 203 Gewerbebetriebe mit 1 145 437 Personen aufzuweisen und 1907 sind 448 119 Betriebe mit 1 588 102 Personen gezählt worden. Die Betriebe hätten sich in 12 Jahren demnach um 22,1 Prozent und die in ihnen beschäftigten Personen um 39 Prozent vermehrt.

In dem sächsischen Wirtschaftsleben, wie die vorstehenden Zahlen es beleuchten, spielt die Stadt Dresden, wenn sie auch keine eigentliche Industriestadt im engeren Sinne, wie etwa Chemnitz, oder eine Handelsstadt, wie Leipzig ist, dennoch eine bemerkenswerte Rolle. Von allen 380 498 Hauptgewerbebetrieben des Königreiches entfallen auf die Stadt Dresden 41 177, d. h. 10,8 Prozent, von allen 67 621 Nebenbetrieben 4631, d. h. 6,8 Prozent. Von allen gewerbstätigen Personen, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, haben in Dresden ihren Wohnsitz 190 961, d. h. 12 Prozent. Ja es scheint sogar in Dresden etwas mehr Neigung für den Großbetrieb vorhanden zu sein als im übrigen Sachsen. Denn durchschnittlich kommen in ganzen Lande 4,1 Personen auf 1 Hauptbetrieb, in der Stadt Dresden 4,6.

Unter den einzelnen Gewerbeabteilungen überwiegt die Industrie im engeren Sinne. Dann kommen Handel und Verkehr. Gast- und Schankwirtschaft stehen an dritter, Musik und Theater an vierter, Gärtnerei und Tierzucht an fünfter Stelle. Von 293 576 sächsischen Industriebetrieben, einschließlich Bergbau und Baugewerbe, sind in Dresden 24 081 oder 8,2 Prozent und von allen dazugehörenden 1 274 709 Personen 128 118 oder 10 Prozent. Relativ stärker, wie in der Großstadt leicht erklärlich, sind Handel und Verkehr vertreten. Denn von allen 143 551 in diese Abteilung gehörenden Betrieben finden sich in Dresden 20 018 oder 14 Prozent und von allen dabei tätigen 291 736 Personen 58 890 oder 20 Prozent. Durch den gleichen Umstand bedingt, erscheint einerseits das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, andererseits Theater, Musik und Schaustellung in Dresden stark vertreten.

Von 28 837 Gast- und Schankwirtschaften in Sachsen entfallen auf Dresden 3605 oder 12,5 Prozent und von allen 64 950 in ihnen dienenden Personen 11 190 oder 17,2 Prozent. Von allen im Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe nachgewiesenen 7553 sächsischen Betrieben besitzt Dresden 1336 oder 17,6 Prozent und von den dabei beschäftigten 9997 Personen nicht weniger als 2291 oder 22 Prozent.

Besser noch läßt sich die Intensität des Gewerbefleißes beurteilen, wenn man die gewerbetätigen Personen zu der gesamten Bevölkerung in Beziehung setzt¹⁾. Auf 1000 Einwohner berechnen sich dann im Jahre 1907 im ganzen Lande 343, in Dresden 360 gewerbetätige Personen. In der Gewerbegruppe Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe sind auf 1000 Einwohner im ganzen Lande 276, in Dresden 241 nachgewiesen. Als Industriestadt würde demnach Dresden hinter dem Durchschnitt des Landes zurückstehen. Dagegen übertrifft Dresden im Handel und Verkehr und im Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe den Durchschnitt des ganzen Landes. Bei ersterem können auf 1000 Einwohner im Lande 63, in Dresden 111 und bei letzterem im Lande 21, in Dresden 43 gerechnet werden.

In der Betätigung seines gewerblichen Lebens streiten in Dresden noch immer der Klein- und Großbetrieb mit einander. Auf einem rege entwickelten Boden kleingewerblicher Verhältnisse ist Sachsens Industrieblüte emporgewachsen. So kann man auch in Dresden die Spuren des einst blühenden Innungslebens in dem noch stark vertretenen Kleinbetriebe verfolgen. Wenn freilich Tuchmacher, Riemer, Tuchscherer, Beutler, Lohgerber, Weißgerber, Steinmetzen, Büttner, Gürtler, Lang- und Kurzmesserschmiede, Schwertfeger, Täschner, Barettmacher, Büchsenmacher, Korduanbereiter, Nagelschmiede und andere mehr längst verschwunden²⁾ oder nur noch vereinzelt vorhanden sind, so ist gleichwohl in gewissen Zweigen ein leistungsfähiges Handwerk sichtbar, das sich energisch gegen die Übermacht des Großbetriebs zu wehren sucht. Doch dieser, und darin kommt der moderne Zug des Erwerbslebens in Dresden ebenfalls zum Vorschein, hat nicht verfehlt sich einzustellen und nimmt einen ansehnlichen Platz ein. Mächtig ist er emporgekommen und hat Betriebe erstehen lassen, deren Ruf über die Grenzen des sächsischen Landes hinausgedrungen ist. An der Zahl der Betriebe gemessen überwiegt in den einzelnen Gewerbegruppen der

¹⁾ Bei den Vergleichen der gewerbtätigen Personen mit der gesamten Bevölkerung Sachsens oder Dresdens sind die im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen und in dem Statistischen Jahrbuch für die Stadt Dresden mitgeteilten Angaben über die mittlere Bevölkerung zugrunde gelegt worden.

²⁾ Flemming, Die Dresdner Innungen, in Mitteilungen des Vereins für Geschichte Dresdens, 12.—14. Heft, 1896.

Kleinbetrieb, d. h. der mit fünf und weniger Personen arbeitende. Von 22 623 Hauptbetrieben in Industrie einschließlich Baugewerbe, Gärtnerei und Tierzucht entfallen auf die Kleinbetriebe 19 439 oder 86 Prozent und auf die Großbetriebe 3184 oder 14 Prozent. Nur in der Gruppe der Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Seifen, Firnisse ist der Großbetrieb stärker vertreten als der Kleinbetrieb. Gewisse Gewerbe neigen mehr als andere zum Großbetrieb. Das ist der Fall bei der Metallverarbeitung, der Industrie der Maschinen und Apparate, den polygraphischen Gewerben, der chemischen Industrie, der Papierindustrie, der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel. In diesen Gruppen repräsentiert der Großbetrieb mehr als den vierten Teil aller Betriebe. Geradezu den vierten Teil aller Betriebe, oder nahezu den vierten Teil, stellt die Großindustrie in den Gruppen Hütten- und Salinenwesen, in der Industrie der Steine und der Erden, im Baugewerbe.

Das Bild verschiebt sich, wenn man nach der Zahl der in den Betrieben tätigen Personen fragt. Dann erscheint bei der Mehrzahl der Gruppen eine größere Anzahl von Erwerbstätigen im Großbetrieb als im Kleinbetrieb beschäftigt. Eine Ausnahme bilden das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, die künstlerischen Gewerbe. Im Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe sowie in Tierzucht und Fischerei, d. h. in Berufen, von denen der eine in der Großstadt besonders oft angetroffen wird und der andere kaum in die Großstadt noch hineingehört, halten sich Groß- und Kleinbetrieb das Gleichgewicht. Das Ergebnis der Betrachtung ist, daß der Kleinbetrieb im Wirtschaftsleben Dresdens eine wesentlich geringere Rolle als der Großbetrieb spielt. Von 129 780 Erwerbstätigen in der Industrie einschließlich Baugewerbe, Gärtnerei und Tierzucht entfallen auf den Kleinbetrieb 31 559 oder 24,3 Prozent und auf den Großbetrieb 98 221 oder 75,7 Prozent. Vor 25 Jahren (1882) stellte sich das Bild folgendermaßen. Damals waren in Dresden gezählt worden 15 801 Hauptbetriebe in Industrie, Baugewerbe, Gärtnerei und Tierzucht mit 51 044 gewerbstätigen Personen. Demnach sind die Betriebe von 1882 bis 1907 um 43 Prozent und die in ihnen tätigen Personen um 154 Prozent gewachsen. Unter den Betrieben des Jahres 1882 waren 14 780 oder 93,6 Prozent Kleinbetriebe und 1021 oder 6,4 Prozent Großbetriebe. In den ersteren waren 26 866 Personen oder 52,7 Prozent aller Gewerbstätigen und in den letzteren 24 178 oder 47,3 Prozent tätig.

Es bietet ein Interesse sich zu vergegenwärtigen, in welchen Gewerbe-
klassen und -arten der Kleinbetrieb eine bedeutsame Rolle spielt. Es sind
nachgewiesen in Kleinbetrieben der

| | |
|-----------------------------------|----------------|
| Schneiderei und Kleiderkonfektion | 4370 Personen, |
| Schuhmacherei | 1602 Personen, |

| | |
|---|----------------|
| Wasch- und Plättanstalten, Wäscherinnen u. Plätterinnen | 1571 Personen, |
| Näherei | 1272 Personen, |
| Wäschekonfektion | 491 Personen, |
| Verfertigung künstlicher Blumen und Federschmuck | 224 Personen, |
| Putzmacherei | 323 Personen. |

In der Gewerbegruppe der künstlerischen Betriebe wird der Kleinbetrieb repräsentiert durch die

Maler (Künstler) mit 305 Erwerbstätigen,
 Musterzeichner und Kalligraphen mit 74 Erwerbstätigen,
 Graveure, Steinzeichner, Ziseleure und Modelleure mit 69 Erwerbstätigen,
 Bildhauer (Künstler) mit 64 Erwerbstätigen.

Um die Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs zu beurteilen, sollte man in der Lage sein festzustellen, wieviel von dem gesamten Bedarf der Großstadt Dresden an gewerblichen Gegenständen durch ihn gedeckt wird. Doch eine derartige Produktionsstatistik wird schwerlich je aufgestellt werden können. An der Zahl der tätigen Personen gemessen ließe sich behaupten, daß ungefähr der vierte Teil der Produktion von Produzenten im Kleinbetriebe herrührte, wobei indes dem Umstande Rechnung getragen werden müßte, daß der Großbetrieb eine stärkere Produktivität entwickelt, also mit weniger Menschen mehr zu leisten imstande ist. Durch ausgiebige Benutzung von Maschinen ist dieselbe Zahl von Personen im Großbetriebe in der Lage, eine reichlichere Menge von Erzeugnissen auf den Markt zu werfen als die gleiche Anzahl im Kleinbetriebe.

An einer Aufrechterhaltung dieser Reste des Kleinbetriebes hat die Gesamtheit sicher ein lebhaftes Interesse. Es wird immer ansprechender sein, eine größere Zahl wirtschaftlich selbständiger Personen in einem Gemeinwesen zu haben, als eine große Zahl von Individuen, die in der Ausübung ihrer Arbeit von anderen abhängig sind und einen eigenen Willen nicht mehr betätigen können. Die ersteren empfinden durch ihre Unabhängigkeit, obwohl diese in engen Grenzen sich bewegt, Befriedigung, die letzteren werden die bittere Erkenntnis nicht los, daß sie durch die Not des Lebens gezwungen sind, sich in den Dienst anderer zu stellen, und keine Hoffnung haben, es jenen einmal gleich tun zu können.

Wie man dem untergehenden H a n d w e r f e neues Leben einzuhauchen vermag, ist freilich fraglich. Es hat sich heute in den größeren deutschen Bundesstaaten die Meinung herausgebildet, daß Geldmittel und anregende Gedanken von oben her in die fleingewerblichen Kreise hineingetragen werden müssen, wenn diese erstarren und dem nivellierenden Einfluß des Großkapitals entzogen werden sollen. Die Landesgewerbebeamter in Hessen, Württemberg, Baden, Bayern und Preußen dienen diesen Zwecken. In Sachsen fehlt eine derartige Anstalt mit deswegen, weil die an ihr zunächst

interessierten Kreise hoffen, daß sie durch ihre eigene Organisation sich die technische und materielle Förderung werden verschaffen können, deren sie zur Hebung der Fachgenossen bedürfen. Sachsen gehört wie Mecklenburg und Hamburg zu den Gegenden Deutschlands, wo in der Belebung und Ausgestaltung des Innungswesens sich die Hoffnung auf eine Besserung kleingewerblicher Zustände birgt. In Dresden hat der Innungsgedanke wohl etwas mehr Unterstützung erfahren als im übrigen Lande. Von den 1210 Innungen mit zusammen 59 248 Mitgliedern, die die Reichsenquete im Jahre 1904 im Königreiche Sachsen nachwies, entfielen auf Dresden 61 Innungen und 7474 Mitglieder. Während im Lande durchschnittlich auf eine Innung 49 Mitglieder gerechnet werden konnten, wies eine Dresdner Innung durchschnittlich 122 Mitglieder auf. Im übrigen scheint das Interesse für die Innungen in Dresden nachzulassen. Die Zahl der Innungen ist von 1900 bis 1908 von 62 auf 61 gesunken, die Zahl der Mitglieder freilich in der gleichen Zeit von 5829 auf 6641 gestiegen. Indes auf 1000 Einwohner berechnet, betragen die Innungsmitglieder im Jahre 1900 15, im Jahre 1908 nur noch 12. Den sich gesteckten Zielen sind die Innungen treu geblieben, sofern sie sich namentlich um das Prüfungswesen sorgen wollten. Im Jahre 1900 wurden 857 Lehrlinge und 47 Gesellen, im Jahre 1908 1003 Lehrlinge und 37 Gesellen geprüft.

In der geschichtlichen Entwicklung der Unternehmungsformen ist die *Hausindustrie* als Vorläuferin des Großbetriebs anzusehen. Zwar wird sie in kleinen Werkstätten, eine jede in bescheidenem Umfange, geübt, aber abhängig vom kaufmännischen Unternehmer, der den Absatz en gros in die Ferne betreibt, gewinnt sie den Charakter des kapitalistischen Großbetriebs. Längere Zeit vorzugsweise in Gebirgsgegenden heimisch, wo eine dichte Bevölkerung sehnsüchtig nach Erwerbsgelegenheit ausschaute und der Unternehmer daher auf niedrige Lohnsätze rechnen konnte, sind neuerdings die Großstädte ein Hauptherd für sie geworden. Die gleiche Voraussetzung, die die älteren Sitze der Heimarbeit hervorrief, hat sie auch in der Großstadt erstehen lassen: eine dicht gedrängte Bevölkerung, der es an Arbeit mangelt und die, durch die Not getrieben, ein Angebot von Arbeitskräften stellt, wie es der Unternehmer sonst nicht so bequem beieinander zu finden weiß. Diese Heimarbeit, die sich in den Behausungen der Gewerbetreibenden selbst für Rechnung eines fremden Geschäfts vollzieht, ist ein Vorteil für beide Parteien. Der Arbeiter hat nicht nötig, seine Wohnung zu verlassen, er ist nicht unter dem Zwange einer strengen Fabrikordnung tätig, kann seinen Körperkräften gemäß der Tätigkeit den Tag über obliegen, ohne sich über Gebühr anstrengen zu müssen, behält für häusliche Verrichtungen Muße übrig. Der Unternehmer seinerseits arbeitet mit geringerem Anlagekapital. Er hat nicht nötig, bei hochgehender Konjunktur mehr Maschinen anzuschaffen

oder größere Räumlichkeiten bereit zu halten, in denen er mehr Personen als bisher unterbringen kann. Er braucht nur soviel Kapital mehr, als erforderlich ist, um den Rohstoff einkaufen und die Löhne bezahlen zu können. Bei rückwärtsgehender Konjunktur hört er dann einfach auf, soviele Arbeiter zu beschäftigen.

So hat diese Unternehmungsform auch in Dresden ihren Einzug gehalten. Es sind 3549 hausgewerbliche Betriebe nachgewiesen, von denen 2806 als Hauptbetriebe, 743 als Nebenbetriebe, d. h. neben einer anderen beruflichen Tätigkeit oder ohne jede berufliche Haupttätigkeit ausgeübte anzusehen sind. Von den sämtlichen in Sachsen nachgewiesenen 115 082 hausgewerblichen Betrieben, nämlich 91 984 Haupt- und 23 098 Nebenbetrieben, entfallen auf Dresden 3 Prozent, ebensoviel von allen sächsischen Hauptbetrieben. Unter den 24 081 Industriebetrieben der Stadt Dresden machen die 3549 hausgewerblichen Betriebe 14,7 Prozent aus. Ein Vergleich mit den Zuständen von 1895 lehrt, daß damals in Dresden 2495 hausgewerbliche Betriebe, nämlich 8,2 Prozent aller Betriebe vorhanden waren. Demnach hat diese Unternehmungsform sich im letzten Jahrzehnt stärker ausgebreitet. Die heutigen hausgewerblichen Betriebe werden in Dresden von 562 Firmen in Anspruch genommen, d. h. von 10 Prozent aller der (6347) Betriebe, die in Sachsen überhaupt als solche nachgewiesen sind, die Hausgewerbetreibende beschäftigen. Daß die 562 Dresdner Firmen lediglich in Dresden wohnende Hausgewerbetreibende beschäftigen, ist nicht mit Sicherheit zu behaupten.

Der größte Teil aller hausgewerblichen Betriebe ist Alleinbetrieb. Von 2806 Hauptbetrieben sind 2540 oder 90,6 Prozent ohne Gehilfen. Gehilfenbetriebe sind demnach eine Seltenheit, und wenn überhaupt Hilfspersonen herangezogen werden, so hält sich das in engen Grenzen. 245 Betriebe arbeiten mit höchstens 3, 15 Betriebe mit 4 bis 5, und nur 6 Betriebe mit 6 und mehr Hilfspersonen.

Über die Zahl der in der Heimarbeit tätigen Personen scheint es übrigens nicht möglich, zuverlässige Angaben zu erhalten. Nach den eigenen der Heimarbeiter selbst gibt es in Dresden ihrer nicht mehr als 3184 und in ganz Sachsen 11 700, mithin in Dresden 2,7 Prozent aller. Es wäre demnach seit 1895 nur eine geringe Zunahme dieser Unternehmungsform wahrzunehmen, da damals 3131 Hausindustrielle nachgewiesen wurden. Größer fällt nach den Mitteilungen der Unternehmer, die Hausindustrielle beschäftigen, deren Zahl aus: 8753 und im ganzen Lande 149 435, in Dresden also etwa 5,8 Prozent. Aber die von Dresdner Firmen beschäftigten Personen brauchen natürlich nicht gerade in Dresden wohnhaft zu sein. Dresdner Geschäfte können Bewohner des Erzgebirges, anderer Städte, vielleicht auch die Bevölkerung des Thüringer Waldes in Nahrung setzen. Es wäre indes

auch denkbar, daß manche, namentlich weibliche Personen, nach ihrer beruflichen Tätigkeit bei der Zählung befragt, diese aus irgend einem Grunde verschwiegen haben. Schließlich weiß man nicht, wie die Deklaration der Unternehmer zu verstehen ist. Man denkt, daß sie die Zahl der durchschnittlich in deren Behausungen beschäftigten Arbeiter wiedergibt. Nun mag jedoch die Beschäftigung von Platzgesellen und Heimarbeitern nicht das ganze Jahr hindurch ununterbrochen erfolgen. Summiert jetzt ein Unternehmer die von ihm in gewissen Zwischenpausen beschäftigten Arbeiter, so kann für das Jahr eine größere Zahl herauskommen, als wenn er eine ununterbrochen beschäftigte Arbeiterschaft angegeben haben würde.

In jedem Falle spielt die Beschäftigung der Personen weiblichen Geschlechts in der Heimarbeit eine bemerkenswerte Rolle. Nach den Angaben der Heimarbeiter selbst kamen auf 100 männliche 164 weibliche, im ganzen Lande auf 100 männliche sogar 218 weibliche; nach den Angaben der Unternehmer in Dresden auf 100 männliche von ihnen beschäftigte Arbeiter 508 weibliche. Seit 1895 ist das weibliche Geschlecht stärker zur Mitarbeit herangezogen, denn damals konnten auf 100 männliche Hausindustrielle nur 120 weibliche nachgewiesen werden. Die lebhaftere Betätigung des weiblichen Geschlechts ist nicht immer als ein Vorteil anzusehen, obwohl im allgemeinen es als ein Segen aufzufassen sein mag, daß die nicht mehr ganz volle Arbeitsfähigkeit einer Witwe oder einer Frau, die für kleinere Kinder zu sorgen hat, auf diese Weise noch volkswirtschaftlich fruchtbringend verwertet werden kann. Es scheint ein Glück zu sein, daß auf diese Weise durch Beschäftigung zu Hause die Kraft zwischen der Sorge für den Haushalt und der Erwerbstätigkeit geteilt werden kann, eine Frau, die aus Gesundheitsrücksichten nicht einen vollen Tag unausgesetzt in der Fabrik sich aufzuhalten vermag, jetzt soviel verdienen kann als sie für ihren Unterhalt braucht; aber doch kommt es dabei auf die Art der Tätigkeit an. Wenn in der Tabakfabrikation, insbesondere in der Zigarettenindustrie, nach Angabe der Hausindustriellen selbst in Dresden 309 Personen weiblichen Geschlechts, nach den Angaben der Firmen sogar 1275 Personen weiblichen Geschlechts beschäftigt werden, so ist das keineswegs zweckmäßig. Nach den Angaben der Hausindustriellen kommen in der Tabakindustrie auf 100 männliche 657 weibliche Heimarbeiter und nach den Mitteilungen der Unternehmer sogar 2565 weibliche Hausindustrielle, d. h. die durchschnittlich beschäftigte Zahl weiblicher Personen wird in der Tabakindustrie außerordentlich übertroffen. Das ist aber beklagenswert, weil, wenn überhaupt die hausindustrielle Verarbeitung des Tabaks in ihren hygienischen Wirkungen Besorgnis einflößt, diese Sorge gegenüber dem weiblichen Geschlecht wächst. Erfahrungsmäßig beeinflusst die Verarbeitung des Tabaks den weiblichen Organismus viel ungünstiger als den männlichen.

Nach der Zahl der Hauptbetriebe gemessen erscheint die Heimarbeit wesentlich in folgenden Gewerbearten:

| | Zahl der Betriebe | | Die Dresdner |
|---|-------------------|---------------------------|-----------------------------------|
| | in Dresden | im Königreiche Sachsen | Betriebe in Prozenten aller |
| Strohhutfabrikation | 168 | 374 | 45,0 |
| Schneiderei und Kleiderkonfektion | 771 | 3760 | 20,5 |
| Schuhmacherei | 301 | 1903 | 15,7 |
| Tabaksfabrikation | 344 | 5508 | 6,2 |
| Wäschekonfektion | 257 | 4221 | 6,0 |
| Verfertigung künstlicher Blumen und Federschmuck | 175 | 4643 | 3,7 |
| Spitzenverfertigung | 131 | 8454 | 1,5 |

In allen anderen Gewerbearten sinkt die Zahl der Heimarbeitsbetriebe unter 100 und kommt nur noch in Strickerei und Wirkerei mit 94 Betrieben diesem Niveau nahe. Die Aufzählung der Tätigkeiten, in denen die Heimarbeit besonders verbreitet ist, erklärt, mit Ausnahme allerdings der Schuhmacherei und Tabaksfabrikation, warum die Frauenhand sich eingebürgert hat. Es sind vorzugsweise Beschäftigungen, deren Ausübung keine stärkere Körperkraft voraussetzt, wohl aber besondere Geschicklichkeit der Hand, Geschmeidigkeit, erhebliche Fingerfertigkeit, Sauberkeit erwartet werden. Die Schuhmacherei hat eine geringe Beteiligung des weiblichen Geschlechts aufzuweisen. Bei ihr werden auf 100 männliche Heimarbeiter nur 30 weibliche gerechnet. Bei der Tabakverarbeitung dürften wohl ähnliche Erwägungen die Unternehmer bewogen haben, sich so häufig der Frauenhand zu bedienen, aber das Überhandnehmen der Personen weiblichen Geschlechts bleibt trotzdem in diesem Falle naturwidrig.

Der Hauptnachdruck in der Produktion liegt also, wie erwähnt, auch in Dresden bei dem **Großbetrieb**. Zwar nach der Zahl der Betriebe zeigt sich das nicht. Jedoch an der Zahl der Personen erweist sich das Übergewicht stark und augenfällig, indem die Großindustrie mehr als dreimal soviel Personen als der Kleinbetrieb beschäftigt.

Worin die Ursachen für das Aufkommen der Großindustrie zu erblicken sind, ist noch nicht völlig aufgeklärt. Früh im Keime vorhanden, hat die Großindustrie erst in dem England des 18. Jahrhunderts ihr bestimmtes Gepräge als Weltindustrie erhalten. In der langen Reihe der auf die Konzentration des Gewerbebetriebes immer stärker hindrängenden Momente ist die Erfindung der Maschinen und Motore der Schlüsselstein. Was England damit erreichte, die Beherrschung des Weltmarktes, mußte naturgemäß den Kontinent dazu bewegen, es ihm gleichzutun zu wollen. So hat man seit Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa wohl überall danach gestrebt, den in-

dustriellen Großbetrieb einzubürgern. Was nun dann aber den Standort der Industrie im einzelnen bestimmte, ist ebenfalls noch nicht übereinstimmend festgestellt. Ebensooft als die Großindustrie an die vorhandenen Rohstoffe oder Hilfsstoffe anknüpfte, sei es daß diese schon gewohnheitsmäßig bearbeitet wurden oder erst neu in Angriff genommen werden sollten, ebensooft kam auch der Rohstoff zu denen, die ihn verarbeiten sollten. Wenn jetzt die Großstadt ein Mittelpunkt der neuen Industrie wurde, so dürfte dafür wohl der Gesichtspunkt maßgebend gewesen sein, sich einerseits die erforderlichen Arbeitskräfte bequem verschaffen zu können, andererseits zunächst durch Befriedigung des Bedarfs am Orte wenigstens einigermaßen den Absatz garantiert zu sehen. Dabei, daß Sachsen unter den deutschen Staaten heute ein Industrieland ersten Ranges geworden ist, haben der Reichtum an Roh- und Hilfsstoffen, die dichte Bevölkerung, der gewerbfleißige Charakter seiner Einwohner mit gesprochen. In der Residenzstadt Dresden aber hat in erster Linie der Bedarf einer konsumtionskräftigen, zahlreicher als an anderen Orten zusammengedrängten Einwohnerschaft auf die Entstehung von Fabriken geführt. Einige derselben sind dann alsbald, andere langsamer über ihren nächsten Zweck hinaus zu Versorgern des ganzen Landes, größerer Nachbargebiete, ja sogar fremder Länder und Weltteile geworden. Dabei werden die Erfahrung in gewerblichen Dingen, der Unternehmungsgeist, die von der Technischen Hochschule ausgehende Anregung, die verfügbare Kapitalkraft von mehr oder weniger Einfluß gewesen sein.

In Dresden bestehen zurzeit 179 Etablissements mit mehr als 100 Arbeitern. Von 138 ist bekannt¹⁾, in welchen Jahren sie begründet wurden. Es sind entstanden Etablissements mit mehr als 100 Arbeitern

| in der Periode | in Dresden | in Sachsen |
|----------------|------------|------------|
| 1777 | 1 | — |
| 1801—1810 | — | 9 |
| 1810—1820 | — | 12 |
| 1820—1830 | 4 | 29 |
| 1830—1840 | 6 | 54 |
| 1840—1850 | 5 | 85 |
| 1850—1860 | 16 | 134 |
| 1860—1870 | 23 | 204 |
| 1870—1880 | 24 | 223 |
| 1880—1890 | 29 | 292 |
| 1890—1900 | 22 | 232 |
| seit 1900 | 8 | 48 |

¹⁾ Nach gütiger Mitteilung aus dem Königlichen Ministerium des Innern. Die Daten über die Zeit der Gründung der sächsischen Fabriken aus dem Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen 1908, S. 97. Die Periode seit 1900 reicht für ganz Sachsen bis zum Jahre 1907 einschließlich.

In der Hauptsache scheint somit die heutige Großindustrie in Dresden nicht viel älter als 50 bis 60 Jahre zu sein. Im Zusammenhange mit der im ganzen Königreiche sich regenden Neigung, größere Etablissements zu errichten, ist die Großindustrie auch in Dresden aufgekommen. Um so beachtenswerter ist der Zuschnitt, den dieser Großbetrieb bereits genommen hat. Auf wieviel fruchtlose vorhergegangene Bestrebungen, der modernen Großunternehmung Eingang zu verschaffen, mag die Dresdner Industrie zurückblicken! Wahrscheinlich werden wie in anderen Städten ebenfalls im Ausgange des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Dresden größere Etablissements entstanden sein, die sich nicht zu erhalten vermocht haben und an die heute sich jede Erinnerung verloren hat.

Diejenigen Gewerbegruppen, in denen die Großindustrie nach der Zahl der beschäftigten Personen besonders stark auftritt, sind die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 19 509, die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 17 744 und die Baugewerbe mit 12 019 Personen. Mehr als 5000, jedoch unter 10 000, Personen beschäftigten die Metallverarbeitung: 8888, die Bekleidungs-gewerbe: 8390, die polygraphischen Gewerbe: 6328, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe: 6310. In den anderen Gewerbegruppen tritt der Großbetrieb nicht so augenfällig hervor, was nicht hindert, daß auch in ihnen sich das eine oder andere Etablissement als hervorragend bezeichnen läßt.

Ein besonderes Interesse knüpft sich an die Betriebe, die mehr als 100 Personen beschäftigen. Ihrer sind, wie erwähnt, in Dresden 179 und sie gewähren 46 015 Personen Beschäftigung. Von allen im Großbetrieb (mehr als 5 Personen) tätigen 98 221 Personen repräsentieren diese mithin 46,7 Prozent. Durchschnittlich werden in jedem dieser Großbetriebe im engeren Sinne 256 Personen beschäftigt. Hält man die Betriebe nach ihrer Personenzahl in vier Kategorien auseinander, nämlich 1) 101 bis 200, 2) 201 bis 500, 3) 501 bis 1000, 4) über 1000 Personen, so weisen die Betriebe der ersten durchschnittlich 144, der zweiten 295, der dritten 742, der vierten 1620 Personen auf. Die Verteilung dieser Großbetriebe auf die einzelnen Klassen ist ganz ungleich. Es treten durch Inanspruchnahme von mehr als 500 Personen im Betriebe hervor die Steingutfabrikation und -veredlung, die Herstellung und Veredlung des Glases, die Blechwarenfabrikation, die Fabrikation von Dampfmaschinen und Lokomotiven, die Fabrikation von Nähmaschinen und Fahrrädern, die Fabrikation von mathematischen Instrumenten und Apparaten, die Kakao- und Schokoladefabrikation, die Tabaksverarbeitung (Zigarettenindustrie), die Bauunternehmung.

Einen gewichtigen Maßstab zur Beurteilung der Großindustrie bietet die Benutzung von Motoren. Von allen 22 623 Hauptbetrieben Dresdens sind 7,7 Prozent Motorenbetriebe. Dieser Durchschnitt wird erheblich über-

troffen in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe: 12,7 Prozent; in der Metallverarbeitung: 17,8 Prozent; in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate: 29,5 Prozent; in der chemischen Industrie: 31,4 Prozent; in den polygraphischen Gewerben: 40 Prozent; in der Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle: 53,2 Prozent; in der Papierindustrie: 91,5 Prozent. Dabei ist bemerkenswert, daß unter den motorischen Kräften die Elektrizität eine ansehnliche Rolle spielt. In 44,6 Prozent aller Motorenbetriebe ist sie die treibende Kraft. Noch stärker haben sich die Elektrizität als Motor zunutze gemacht die Bekleidungsindustrie, in denen 48 Prozent aller Motorenbetriebe durch sie in Bewegung gesetzt werden; die Papierindustrie: 56 Prozent; die polygraphischen Gewerbe: 53,2 Prozent; die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel: 61,5 Prozent. Wie enorm in dieser Beziehung der Fortschritt ist, mag daraus hervorgehen, daß 1882 in Dresden überhaupt erst 323 Motorenbetriebe oder 2,05 Prozent aller Betriebe nachgewiesen sind. Die Treibkraft war damals fast ausschließlich durch den Dampf repräsentiert (283 Betriebe), in einigen Fällen durch Wind, Wasser, Gas- oder Heißluft.

Schließlich ist jedoch weder die Zahl der Personen noch der Gebrauch von Motoren allein maßgebend für die Beurteilung der Wichtigkeit eines Betriebs. Und so mag es erlaubt sein, auf einige der Dresden zur besonderen Zier gereichenden Etablissements aufmerksam zu machen.¹⁾ Bleiben wir in der Reihenfolge, wie sie die Reichsstatistik für die Gewerbegruppen annimmt, so zieht in der Industrie der Steine und Erden die Steingutfabrikation von Villeroy & Boch die Aufmerksamkeit auf sich. Sie ging im Jahre 1856 aus den Unternehmungen der beiden Genannten in Mettlach, Wallerfangen und Septfontaines (Luxemburg) hervor. Auf Dresden gerieten die Unternehmer, weil in der Umgegend von Meißen weißbrennender plastischer Ton vorkommt und Steinkohlenlager zur Hand waren. In guter Lage, nahe an der Elbe und dicht an der Leipzig-Dresdner Bahn, ist es dem Dresdner Etablissement sehr zustatten gekommen, daß es sich auf die reichen Erfahrungen von Besitzern gut eingerichteter Steingutfabriken stützen konnte. Der von Anfang an befriedigende Absatz, namentlich nach Norddeutschland, steigerte sich beständig und war bereits 1874/75 auf

¹⁾ Als Material für die obigen Skizzen konnten benutzt werden die von einzelnen Großbetrieben veröffentlichten Nachrichten über ihre Unternehmungen, einige Aufsätze über Dresden als Industriestadt im Dresdner Anzeiger 1907, Nr. 182 flg. und einige mir von dem Verbandsächsischer Industrieller freundlichst zur Verfügung gestellte handschriftliche Nachrichten. Alle für die Dresdner Industrie besonders bemerkenswerten Branchen und Geschäfte konnten nicht charakterisiert werden, auch schon deshalb nicht, weil auf eine vom Verband sächsischer Industrieller in der „Sächsischen Industrie“ veröffentlichte Notiz, mir Material zur Verfügung zu stellen, nur einige Großbetriebe geantwortet haben.

1³/₄ Millionen Mark gewachsen. Selbst die Kriege von 1864, 1866 und 1870 beeinträchtigten den Verkauf nicht wesentlich. Wenn der Betrieb sich auf diese Weise in den ersten 20 Jahren seines Bestehens ruhig entwickelte, so waren doch in der Folge manche Schwierigkeiten zu überwinden, um zu bewirken, daß er sich weiterhin hob. Durch Neubauten, technische Vervollkommnungen, stete Sorgfalt bei der Bereitung der Waren, Glasuren und Farben, unausgesetzte Überwachung der mannigfaltigen Arbeitsvorgänge wurde erreicht, daß die Erzeugnisse gut blieben und ihren Ruf behielten. Sie bestehen in Gebrauchs-, Zier-, Spülwaren, Öfen und Fliesen für die in Aufnahme gekommene Bekleidung von Innenwänden und Badewannen. So ist das Etablissement von 590 Arbeitern im Jahre 1874 auf 1598 im Jahre 1906 gestiegen, wozu noch 127 Beamte und Unterbeamte kommen. Die Löhne für die Arbeiter beliefen sich im Jahre 1906 auf 1 494 000 M, d. h. 46 Prozent des auf 3 270 000 M bezifferten Werts der Produktion. Für sie sorgen zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere Schenkungen der Firma an Witwen-, Waisen- und Beamtenpensionskassen.

In der Gruppe der Maschinen, Instrumente und Apparate sind verschiedene Großbetriebe erwähnenswert. Die *Maschinenbauanstalt der Gebrüder Barnewitz* wurde im April 1865 unter bescheidenen Verhältnissen in kleinen gemieteten Räumen als Eisen- und Metallgießerei von den beiden in Charlottenburg geborenen Brüdern Barnewitz auf der Neuen Gasse eröffnet. Durch die aufkommende Gasbeleuchtung gefördert, siedelte das Geschäft schon nach vier Jahren auf ein eigenes Fabrikgrundstück in der Falkenstraße über, das später durch Hinzukauf, anstoßender Grundstücke weiter ausgedehnt werden mußte. Nach und nach erweiterte sich das Arbeitsprogramm. Neben die Eisen- und Metallgießerei trat bald der Bau von Gas- und Wasserwerken, Eisenkonstruktionen für Eisenhochbau, die Fabrikation bronzener Pianoforteleuchter und von Metallwaren im Sturzuguß. Durch die sich verschiebenden Konjunkturen trat in den letzten Jahren die Abteilung für Eisenkonstruktionen zurück und der Maschinenbau in den Vordergrund. Zurzeit sind 400 Arbeiter und Beamte an ungefähr 400 Arbeitsmaschinen beschäftigt. Der Absatz bleibt für Eisenkonstruktionen und Gaswerke in Sachsen, bei Maschinen, Pianoforteleuchtern und Metallwaren dehnt er sich auf das übrige Reich aus, neben starkem Export nach England, Rußland, Osterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz, den nordischen Ländern und Amerika.

Die *Verenigte Eschbachschen Werke* nahmen mit einer kleinen Klempnerei im Jahre 1872 ihren Anfang auf der Neuen Gasse. Bereits nach drei Jahren konnte das Geschäft nach dem Pirnaischen Platz verlegt, und als es der beständig wachsenden Firma auch dort zu eng wurde, im Jahre 1878 nach dem am Elbufer belegenen ehemaligen Pontonschuppen und im Jahre 1880 nach dem Hospitalplatz in das frühere Garnisonlazarett

übergeführt werden. Nach der Vereinigung mit dem 1886 gegründeten Radeberger Werk bezog die nunmehrige Aktiengesellschaft im Jahre 1900 ein eigenes Gebäude unweit der Haltestelle Dresden-Pieschen. Die vier- und fünfstöckigen, aus Stein und Eisen errichteten Baulichkeiten bilden ein großes Viereck, in dessen Mitte sich die Kraftzentrale befindet. Sämtliche Arbeitsmaschinen werden durch zwei Dynamos und 40 Elektromotore mittels einer 450 pferdigen Dampfmaschine angetrieben. Den Warentransport vermitteln elektrische Aufzüge. Ein Musterlager, das eine Länge von 75 Meter aufweist, enthält von sämtlichen Erzeugnissen des Werks je ein Exemplar. Die Fabrikation erstreckte sich ursprünglich auf Badewannen, Badeöfen, Duschapparate, Petroleum-Kochöfen, Klosette, Waschmaschinen, Hand-, Straßen- und Kutschlaternen, Waschtouilletten, Blumentische usw. Nach der Vereinigung mit dem Radeberger Werk werden emaillierte und dekorierte Koch- und Haushaltsgeschirre, Küchenmöbel, Wärmeschränke, Aufwaschtische und dergleichen mehr hergestellt. Die Eischranksfabrikation, die jährlich 18 000 bis 20 000 Stück versendet und die Fabrikation der Emaillegeschirre verleihen dem Etablissement seinen besonderen Charakter. Die Dresdner Abteilung beschäftigt etwa 1000, die Radeberger Abteilung etwa 1200 Arbeiter als Klempner, Schlosser, Dreher, Gürtler, Drücker, Schmiede, Tischler, Nadler, Vernickler, Former usw. Der Jahresumsatz, der 1890 sich auf 2 900 000 Mark belief, ist bis 1906 auf 5 700 000 M gestiegen. Das 3 Millionen Mark betragende Aktienkapital hat von 1890 bis 1906 Dividenden von 11 bis 22 Prozent erhalten. Außerdem wurden 6000 Genußscheine mit 25 bis 50 M pro Stück jährlich vergütet.

Die Nähmaschinenfabrik von Clemen s Müller wurde im Jahre 1855 auf der Wallstraße eröffnet und stellte die ersten Nähmaschinen in Dresden, und zwar die schweren Handwerkermaschinen her. Bei der glücklichen Entwicklung des Geschäfts mußte der Betrieb bald in größere Räume verlegt werden, 1867 nach der Falkenstraße, 1873 nach der Großenhainer Straße, wo sich seit 1882 die mit Dampf betriebenen Tischlereiwerkstätten einfügten. Seit 1902 ist die Firma in eine Gesellschaft m. b. H. umgewandelt, zu der indes nur die Erben gehören. Etwa 1000 Arbeiter werden an 690 Spezialarbeitsmaschinen, die größtenteils eigens für diese Fabrikation konstruiert sind, beschäftigt. Die Fabrik produziert ausschließlich Nähmaschinen, ursprünglich die Original-Saxonia-Maschine, später auch andere Muster, jährlich etwa 100 000 Stück, sowie die zur Maschine gehörenden Möbel. Der Name „Veritas“, unter dem die Maschinen verkauft werden, hat in der ganzen Welt einen vorzüglichen Klang. Der Absatz ist vorzugsweise in außer-europäischen Ländern.

Die, wie behauptet wird, heute in Deutschland leistungsfähigste und angesehenste Fabrik für Mühlenbau und Mülerei in Maschinen

v o r m. G e b r. S e c k wurde 1873 von den aus Bockenheim bei Frankfurt a. M. stammenden Brüdern Secck begründet. Aus einer gemieteten Werkstatt auf der Freiburger Straße wurde sie 1876 auf ein in der Zelleschen Straße erworbenes Grundstück übergeführt und zunächst mit 27 Arbeitern in Gang gebracht. Der stetig wachsenden Zunahme des Betriebs vermochten die Räumlichkeiten bald nicht mehr zu genügen und daher wurde 1885 zu einer Vergrößerung des Fabrikgebäudes geschritten. Im folgenden Jahre wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Drei Jahre später wurde das Eisenwerk Schmiedeberg im Erzgebirge dazu gekauft, das erheblich umgebaut und erweitert wurde. Heute übertrifft das Schmiedeberger Unternehmen das Dresdner an Arbeiterzahl und Ausdehnung. Das Dresdner Werk zerfällt in zwei Teile, in die alte und neue Fabrik. Die alte Fabrik ist auf einer 3000 Quadratmeter großen Fläche errichtet und enthält die Dreherei, Schlosserei, Schmiede, den Schnecken- und Transmissionsbau sowie das vierstöckige Verwaltungsgebäude. Sie verfügt über 3 Dampfmaschinen von zusammen 270 Pferdekraften. Seit 1904 besitzt das Etablissement noch gemietete Räume, die ausschließlich Tischlereizwecken dienen. Für den Versand hat die Firma zwei große Schuppen und ein Holzlager mit Gleisanschluß zur Verfügung. Die Seccksche Zentrifugalsichtmaschine, von der über 16 000 Stück im Gebrauch sind, die Griesputzmaschine „Reform“, von der über 8500 Exemplare verbreitet sind, die „Secckmühle“ zum Schroten von Malz, die sogenannte Laboratoriumsmühle, die im Jahre 1903 vom internationalen Chemikerkongreß in Berlin als Normalapparat für Malzgrob- und Feinanalyse angenommen wurde, haben den Ruf ihrer Erzeugnisse in die ganze Welt hinausgetragen. Das Aktienkapital ist von 1 100 000 M im Jahre 1886/87 auf 3 Millionen Mark erhöht worden, während gleichzeitig die Reserven von 5310 auf 1 700 000 M anwuchsen. Die Umsätze stiegen in der gleichen Zeit von 667 000 M auf 6 540 000 M. Der Bestand an Arbeitern zählte 1886 bereits 216, 1898 850 und gegenwärtig über 2300. Der für sie von der Firma ausgeworfene Arbeiterunterstützungsfonds beläuft sich heute auf 200 000 M. Die daneben bestehende Beamtenpensionskasse hat heute ebenfalls ein Vermögen von etwa 200 000 M.

Die A k t i e n g e s e l l s c h a f t v o r m a l s S e i d e l & N a u m a n n wurde von Bruno Naumann, einem geborenen Dresdner, der bei dem bekanntesten Mechaniker Dresdens Hugo Schuckert seine Lehrzeit durchgemacht hatte, im Jahre 1868 auf der Ammonstraße als Fabrikationsstätte von Wheeler-Wilson-Nähmaschinen eröffnet. Nachdem 1870 Seidel als Teilhaber eingetreten war, verlegte man den Betrieb nach der Kleinen Plauenschen Gasse, wo das erworbene Terrain bald durch den Ankauf von Nachbargrundstücken erweitert werden mußte. Seit 1872 nahm die Firma als erste in Deutschland die Fabrikation der hocharmigen Singer-Nähmaschine auf,

die die Grundlage ihres Rufes bildet. In der Folge wurde im Jahre 1884 an der Hamburger Straße ein Neubau mit allen erforderlichen maschinellen Einrichtungen bezogen, der den Kern der heute an gleicher Stelle befindlichen, aber mehrfach ausgebauten Fabrikanlage abgibt. Zwei Jahre danach wurde, zumal Seidel sich schon seit 1876 ins Privatleben zurückgezogen hatte, die Firma in eine Aktiengesellschaft mit 2½ Millionen Mark verwandelt. Lokomotiven-Geschwindigkeitsmesser, Fahrräder seit 1886, Musikautomaten seit 1897, Schreibmaschine „Ideal“ seit 1899 erweiterten das Arbeitsprogramm der immer mehr sich ausdehnenden Unternehmung. Im Jahre 1904 erwarb die Fabrik ein bisher pachtweise bewirtschaftetes fiskalisches Terrain, auf dem seit 1900 ein fünfstöckiger Bau aufgeführt worden war, der 3600 Quadratmeter neuen Raum für den Betrieb schuf. Das feuerichere Gebäude enthält bei 50 Meter Frontlänge und 15 Meter Tiefe 5 Säle. Eine neue Löthalle für den Fahrradbau mit 450 Quadratmeter Fläche wurde im Jahre 1905 bezogen und durch Aufstellung einer 1200 pferdigen Dampfturbine in Verbindung mit einem Siemens-Schuckert-Generator die einheitliche Versorgung der gesamten Räume mit Kraft und Licht durchgeführt. Die ganze Unternehmung umfaßt heute eine Grundstücksfläche von ungefähr 22 500 Quadratmeter, wovon etwa drei Viertel bebaut sind. Der erste Block enthält außer den kaufmännischen Bureaus die Packerei, das Nähmaschinenlager und die Holzbearbeitungswerkstätten. Im zweiten Gebäudekomplex sind, um das Maschinen- und Kesselhaus gruppiert, die Gießerei, die Nähmaschinenfabrikation und das Rohlager. Im dritten Block sind die Schreibmaschinen- und Fahrradfabrikation, die Löthalle sowie die Werkstätten für die Herstellung der Geschwindigkeitsmesser untergebracht. Sämtliche Räume sind hell und luftig und die drei Blocks durch bedeckte Gänge miteinander verbunden. Das Aktienkapital ist seit 1897 auf 3 Millionen Mark erhöht und die Reserve seit derselben Zeit auf über 3 Millionen Mark gewachsen. Die Dividende, die 1886 und 1887 8,4, dann 1888 12 Prozent betrug, ist seit dem folgenden Jahre 15 Prozent gewesen und unter diesen Satz nicht wieder gesunken, wohl aber in verschiedenen Jahren erheblich höher gewesen. Die 6000 außer dem ausgegebenen Genußscheine haben von 1896 bis 1907 je 75 bis 100 M bezogen. Seidel & Naumannsche Nähmaschinen sind heute in der ganzen Welt bekannt. Sie verdanken ihre weite Verbreitung ihrer Haltbarkeit, die wiederum durch die ausgezeichnete Justierung und die Wahl des Materials bedingt ist, ihrer vorzüglichen Ausstattung und dem leichten Gang. Sie werden in 35 verschiedenen Konstruktionen und Ausführungen hergestellt. Das Fahrradlager weist ebenfalls mehrere Spezialitäten auf und bietet in Tourenrädern, Rennern und Halbbrennern eine erhebliche Auswahl von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung. Der Geschwindigkeitsmesser nach dem System Haughälter ist in einer Anzahl von weit über 30 000 Stück

für europäische und amerikanische Eisenbahnen geliefert worden. Er stellt eine aus 435 Teilen bestehende Präzisionsmaschine dar, so daß bei einer Tagesproduktion von 12 Stück 5220 Einzelteile die Werkstätten passieren. Ebenfalls allgemeine Anerkennung hat die Schreibmaschine erfahren, deren tägliche Produktion 40 Stück beträgt. Da zu jeder 2116 Einzelteile gehören, so machen täglich 84 640 Teile den langen Weg durch die Fabrikation, die von Anfang an Klein- und Präzisionsarbeit ist. Die Zahl der Arbeiter, die diese hervorragenden Erzeugnisse anfertigen, ist gegenwärtig auf 2700, neben 150 kaufmännischen und technischen Beamten, gestiegen. Sie kommen zum Teil aus mehr als 60 Ortschaften um Dresden herum täglich zur Arbeit. Für sie ist in Garderoben, Toiletten- und Waschräumen, Baderäumen, einer Kantine mit Zweigstellen usw. ausgiebig gesorgt. Eine eigene Fabrikkrankenkasse mit einem Vermögen von über 55 000 M., eine Beihilfskasse mit eigenem Vermögen von 25 000 M. für außergewöhnliche Unterstützungen, eine Invaliditätskasse, die durch eine Zuwendung von dem Stifter Bruno Naumann ins Leben gerufen wurde, jährlich eine Zuweisung aus dem Reingewinn empfängt und deren Vermögen sich heute auf 256 000 M. beläuft, eine Beamtenunterstützungskasse mit einem Vermögen von 171 000 M. sorgen für die Arbeiter in wünschenswerter Weise.

In der chemischen Industrie ist es weniger die Größe der Betriebe an der Zahl der Arbeiter gemessen als die Besonderheit der Fabrikation, die bei einzelnen Geschäften die Aufmerksamkeit auf sich lenkt. Dahin gehören die Farbenfabriken von E. T. Gleitsmann und die Fabrik für Lacke, Firnisse, Lack- und Firnisfarben von Knauth & Weidinger.

E. T. Gleitsmann hat 1847 in gemieteten Räumen der Mühle von Zehmen bei Leipzig die Herstellung von Buchdruckfarben und Firnissen begonnen. Zehn Jahre später verlegte er sein Etablissement von Leipzig nach Dresden an den Platz, wo es heute in der Gutenbergstraße von einer lebenskräftigen Industrie zu reden weiß. Auf einem Flächenraum von 8000 Quadratmeter erhebt sich ein im Jahre 1896 errichteter Hauptbau mit einem Komplex zahlreicher Hinter- und Seitengebäude, der im Laufe der Jahre mehrfach erweitert worden ist. Getrennt von diesem Betrieb findet sich jenseits der Straße die Leinölfirnisocherei mit ihren ausgedehnten Öllagerräumen. An das Hauptgrundstück gliedern sich in besonderen Hintergebäuden 2 Rußbrennereien, die Harzdestillation und die Fabrik der trockenen bunten Farben. Eigene Betriebslaboratorien, eine große Trockenanlage, die Walzenmassfabrikation und Lagerräume für Rohmaterial vervollständigen die Betriebsanlagen. Ihre Erzeugnisse sind die schwarzen und bunten Buch- und Steindruckfarben sowie die graphischen Farben überhaupt. Die Firma besitzt neben ihrem Stammhaus in Dresden noch Fabriken in Rabenstein bei Wien, in Budapest, in Turin und in Trelleborg (Schweden).

Die Lackfabrik von *K n a u t h & W e i d i n g e r*, 1867 gegründet, hat sich zu einer Anlage entwickelt, die vom fachtechnischen Standpunkt aus als auf der Höhe stehend anerkannt ist und eine Spezialindustrie pflegt, die ihresgleichen sucht. Aus fossilen und rezenten Kopalen werden die verschiedenen Lacke hergestellt, deren Bereitung bei ihrer Feuergefährlichkeit mit allen modernen Hilfsmitteln in bezug auf Feuerverhütung und Feuermeldung umgeben ist. Außenlacke, die sich durch hohen Leinölgehalt auszeichnen, Schleiflacke, die für Wagenbauanstalten und Maschinenfabriken in Betracht kommen, Asphaltlacke, die in der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie eine Rolle spielen, werden hier angefertigt. Die Spirituslacke werden aus Schellack, Sandarac, Mastix, Affaroidharz und spritlöslichen Kopalen bereitet. Sie kommen als Politur — weiße, braune, schwarze, mattschwarze (die in der Fabrikation von Damenhüten verwandt werden), als Stanzlacke, als Messing- und Goldlacke usw. in den Handel. Eine bewährte Spezialität sind die mit besonderen Spirituslacken hergestellten Modelllacke und Eisenglasuren.

Eine ebenfalls bemerkenswerte Spezialität bietet die *D r e s d n e r N ä h m a s c h i n e n z w i r n f a b r i k*. Sie wurde im Jahre 1870 von Wilhelm Eiselt auf einem Grundstücke der Blumenstraße eröffnet und zwei Jahre darauf in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital in Aktien und Obligationen von 850 000 *M* umgewandelt. Durch 4 Dampfkessel mit etwa 500 Quadratmeter Heizfläche, die Dampfmaschinen von 700 Pferdekraften bedienen, werden 12 000 Spindeln in Bewegung gesetzt. Eigene Färberei und Bleicherei vervollständigen die Anlagen. Das Etablissement beschäftigt ungefähr 260 Arbeiter.

Mit der Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie ist der Name von Jean Scherbel eng verknüpft. Aus dem von Scherbel gegründeten Geschäft zur Herstellung von Bilderrahmen und Galanteriewaren, das nach seiner Übersiedelung aus der Serreststraße in die Dresdner Straße in Loschwitz im Jahre 1882 sich stark entwickelte, wurde im Jahre 1888 die Metallabteilung abgezweigt und daraus eine besondere Gesellschaft, die Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie, gebildet. Bei ihr handelte es sich nicht nur um die Anfertigung von Blechklammern für Schachteln, sondern überhaupt um die Anfertigung von Kartonnagen. Nach dem Tode Scherbels im Jahre 1894 wurden der Gesellschaft zur besseren Ausnutzung des Aktienkapitals andere Unternehmungen angegliedert. Das von Grabasche Werk in Meißen, in welchem Emballagen aus Blech gefertigt wurden, die Schreger'sche Fabrik ebenda, die Ewers'sche Blechemballagen- und Maschinenfabrik in Lübeck und das Zuckers'sche Unternehmen in Tetschen-Bodenbach wurden nach und nach erworben. Von den im Laufe der Jahre gegründeten Niederlagen und Zweigniederlassungen wurden einige wieder aufgelöst; indes beschäftigt das Unternehmen in allen seinen Betrieben doch noch gegen

2000 Arbeiter. Der Schwerpunkt liegt in der Blechverarbeitung. Das Aktienkapital beträgt 2 600 000 *M* und ist durch eine Obligationsanleihe von 1 Million Mark verstärkt worden. Die Dividenden schwankten 1888 bis 1897 zwischen 10 und 20 Prozent jährlich. Dann wurden zu jeder Aktie erster Emission je zwei Genußscheine gratis ausgegeben, und wenn auch in zwei Jahren gar nichts gezahlt werden konnte, so ist die Dividende seitdem doch wieder gestiegen, belief sich im Jahre 1907 auf 9 Prozent nebst 50 *M* für den Genußschein. Für die Beamten und Arbeiter sorgen Stiftungen.

In der Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel ist die älteste bereits 1843 gegründete Schokoladenfabrik von Pechold & Ulrichorn erwähnenswert. Sie hat sich in den mehr als 60 Jahren ihres Bestehens zu einem Riesenwerke aufgearbeitet und gehört zu den größten Betrieben ihresgleichen in Deutschland. Das Etablissement nimmt eine Fläche von 22 500 Quadratmeter ein und besteht aus zwei dreistöckigen Gebäuden, die nach einer Seite 150 Meter Straßenfront, nach der daranstoßenden noch 120 Meter haben, und einem dritten ebenso hohen Gebäude hinter diesen beiden, das auch noch etwa 100 Meter lang ist. Die Karamelfabrik ist außerdem in einem besonderen Gebäude untergebracht. Außer Tafelschokolade werden Schokoladendesserts, Speisetäfelchen, Karamel, Backwaren, Marzipanartikel usw. hergestellt. Als Aktiengesellschaft seit 1899 hat sie allerdings mäßig rentiert, meist nicht mehr als 4 Prozent gewährt.

Auf 50 Jahre rückwärts konnte im Jahre 1907 die 1857 mit einem Aktienkapital von 300 000 Talern gegründete Brauerei Felsenkeller blicken. Zu Anfang Februar 1858 ist erstmalig das Brauen des Felsenkellerbieres vor sich gegangen, ein Ereignis von Bedeutung für Dresden, das in der Tagespresse entsprechend begrüßt wurde. Anfangs begnügte man sich mit der täglichen Herstellung von 250 Eimern. Gegenwärtig umfassen die zur Mälzerei gehörenden Malztennen einschließlich derjenigen der Malzfabrik zu Pirna, die im Jahre 1906 in das Eigentum der Brauerei zum Felsenkeller übergangen, eine Gesamtfläche von 7689 Quadratmeter und ermöglichen die Vermälzung von 14 500 Zentner Gerste während der Mälzereikampagne. Die Produktion, die im Jahre 1858 3073 Hektoliter betrug, ist bis zum Jahre 1907 auf 327 193 Hektoliter gestiegen. Einen bemerkenswerten Fortschritt bahnte die neue Brauerei an, indem sie die Kohlenfeuerung einführte, wozu vor ihr erst eine Brauerei (in Bayern) und obendrein nicht einmal mit durchschlagendem Erfolg übergegangen war. Die Mißstände der Kohlenfeuerung — schnelle Abnutzung der Braufessel durch die Stichflamme — gelang es durch entsprechende Bauart der Ofen vollständig zu beseitigen. Hierdurch bot sich der Vorteil, den Kohlenreichtum des Plauenschen Grundes ausnutzen zu können. Dabei wird der Brauprozess beschleunigt und verbilligt, so daß ihrem guten Beispiel die

anderen Brauereibetriebe allmählich gefolgt sind. In seiner ausgedehnten Produktion, seinen baulichen und technischen Einrichtungen, seiner soliden finanziellen Fundierung nimmt dieses Etablissement heute unter den sächsischen Brauereien den ersten Platz ein und marschiiert seit Jahren an der Spitze der deutschen Brauereiindustrie. Einige Zahlenangaben mögen die Großartigkeit des Betriebs veranschaulichen. Der Betrieb erstreckt sich über 299 000 Quadratmeter, die in 6 Gemeinden verteilt sind. Die baulichen Grundlagen bedecken eine Grundfläche von 32 982 Quadratmeter und erscheinen als eine äußerst geschickte Ausnützung eines verhältnismäßig beschränkten Raumes. Die Maischbottiche in den 4 Sudhäusern fassen 88 040 Liter, die Maischfessel 47 010, die Läuterbottiche 88 300 und die Würzpfannen 93 815 Liter. In der Böttcherei sind nicht weniger als 50 Böttcher mit Durchsicht und Reparatur der Gefäße beschäftigt. Die Reifen der Transportfässer werden durch eine Maschine rasch, gleichmäßig und geräuschlos angezogen. Im Kühlhause sind 8 Kühlschiffe mit einer Fläche von 549 Quadratmeter und einem Fassungsraume von 1199,5 Hektoliter aufgestellt. In den 7 Gärkellern sind 415 Gärbottiche mit einem Gesamtfassungsraum von 14 525 Hektoliter. Die Lagerkeller umfassen 39 Abteilungen und vermögen 99 300 Hektoliter zu bergen. 6 große Dampffessel mit etwa 630 Quadratmeter Heizfläche und rund 1000 Pferdekraften liefern Kraft und Wärme bei einem täglichen Kohlenverbrauche von 600 Zentnern. Mittels dieser Anlage können 10 000 Kilogramm Wasser in einer Stunde in Dampf verwandelt werden. Zur Abkühlung der Würzen, zur Kühlung der gesamten Kellerräume, zur Abführung der in den Gärbottichen freiwerdenden Wärme, zur Erzeugung von täglich 1000 Zentner Blockeis sind 4 Ammoniakkompressoren mit zusammen 820 000 Wärmeeinheiten stündlicher Leistung aufgestellt. Das Produkt dieses großartigen Etablissements bleibt in Sachsen und in den angrenzenden deutschen Gebietsteilen. Eine Ausfuhr nach überseeischen Ländern findet nicht statt. Das Aktienkapital ist seit der Gründung nicht erhöht worden und die in verschiedenen Jahren aufgenommenen Anleihen sind wieder getilgt. Dabei sind die Reserven auf Reservefondskonto bis zur Höhe von 300 000 M, auf Spezialreservefondskonto von 1 Million Mark und auf Veltrederekonto ebenso hoch gebracht. Für das Beamten- und Arbeiterpersonal einschließlich der Malzfabrik zu Pirna, rund 500 Personen, ist durch mannigfache Wohlfahrtseinrichtungen gesorgt. Ein Unterstützungsfonds von 420 089 M, aus dem im Laufe der letzten zehn Jahre 103 335 M für Hilfszwecke verausgabt wurden, die Eduard Wolf-Stiftung in Höhe von 35 000 M, Krankenunterstützung, jährliche Entsendung von etwa 50 Kindern der Arbeitnehmer in die Ferienkolonien, Weihnachtsgratifikationen, im letzten Jahrzehnt durchschnittlich jährlich 57 696 M, kommen den Arbeitern zugute.

Eine anziehende Entwicklung zeigt die Dampfmühle und Ölfabrik Hofmühle Dresden = Plauen, deren gegenwärtige Inhaber Theodor Bienert und Erwin Bienert sind. Die heutige Höhe ist von dem Vater der jetzigen Besitzer, G. C. Bienert, bewirkt worden, der vom 1. Mai 1852 bis 1. Mai 1872 die Hofmühle von dem königlichen Staatsfiskus in Pacht hatte und dann käuflich erwarb. In einer Mühlenanlage, in der sein Vorgänger nicht bestehen konnte, schaffte G. Bienert Staunenswertes und ist auf dem Gebiete der Müllerei und Bäckerei in Sachsen geradezu bahnbrechend gewesen. Ihm verdankt man die Einführung der österreichischen Hochmüllerei und des Turbinenbetriebes im Jahre 1853, der Bohlandschen Knetmaschine im folgenden Jahre, des rotierenden Backherdes mit Steinkohlenfeuerung im Jahre 1855, des Dampfbetriebes für die Mühle im Jahre 1858, des hydraulischen Ölpressenbetriebes im Jahre 1861, der Walzenmüllerei im Jahre 1878. Um die Gemeinde Plauen hat er sich verdient gemacht durch Anlage einer Gasanstalt und Wasserleitung für seine Mühle, die dann auch dem Orte zugute kamen. Auch hier mögen einige Angaben den Umfang des Geschäfts klarstellen. Die Mühle arbeitet mit 2 Turbinen, die eine von 320, die andere von 65 Pferdekraften und 3 Dampfmaschinen von zusammen 900 Pferdekraften, die von 6 Kesseln mit zusammen 1200 Quadratmeter Heizfläche gespeist werden. Die Jahresleistung beläuft sich auf 56 820 Tonnen Weizen, Roggen, Mais, die einer Produktion von 100 Kilogramm Mehl in der Minute entspricht, und in der Ölmühle bei 250 Tagen im Jahr 1730 Tonnen Lein und 1520 Tonnen Raps. Die Mahlmühlen sind mit 121 Getreideereinigungsmaschinen, 128 Sortiermaschinen, 90 Walzenstühlen und Mahlgängen, sowie 87 Griesputzmaschinen und Staubsaugern tätig; die Bäckerei mit 3 Knetmaschinen und 12 Backöfen. Für ein Personal von 323 Arbeitern und Beamten sind mannigfache Wohlfahrtseinrichtungen vorhanden.

Einen imposanten Fabrikbau weist die Kamerafabrikation von Heinrich Ernemann auf der Schandauer Straße auf. Sie ist durch den ungeheuren Aufschwung, den die Photographie mit der Erfindung der Trockenplatte genommen hat, veranlaßt. Ursprünglich war der Bau von Kameras kein selbständiger Industriezweig, sondern wurde von Tischlereien nebenher ausgeübt. Von Wien aus, wo die Fabrikation zuerst aufkam, gelangte sie über Berlin nach Dresden und Görlitz. Wenn Dresden heute als erster Platz des Kontinents für die gesamte photographische Branche gilt, so hat die Aktiengesellschaft H. Ernemann daran vollen Anteil. Die Fabrik wurde im Jahre 1889 mit 6 Arbeitern und einigen Maschinen begonnen. Nach drei Jahren, während welcher Zeit ausschließlich die sogenannten Holzkameras angefertigt und die dazu erforderlichen Messingbeschläge in fremden Werkstätten handwerksmäßig hergestellt wurden, hob sich der Bestand an Arbeitern auf 30. Ein moderner Fabrikbau wurde 1898 begonnen

und 1906 erheblich erweitert. Damals verwandelte sich die Firma in eine Aktiengesellschaft mit zunächst 650 000 *M* Aktienkapital, das seitdem auf 1 Million Mark verstärkt worden ist. Heute ist der Betrieb zu einer Anstalt von Weltruf mit etwa 400 Arbeitern, hunderten von Spezialmaschinen und 10 Auslandsbüros ausgewachsen. In der jetzigen Fabrik werden Tischler, Mechaniker, Schlosser, Maschinenbauer und Buchbinder beschäftigt, ist eine Schleiferei der optischen Gläser für photographische Apparate vorhanden und neuerdings eine Abteilung für Kinematographie. Der Umsatz, der für 1889 auf 4000 *M* beziffert werden kann, hat sich mittlerweile auf bald 1½ Millionen Mark gehoben. —

In der Hauptsache ist man berechtigt, die produktive Kraft, die erwerbend sich betätigen soll, vom erwachsenen männlichen Arbeiter zu erwarten. Doch wird man deshalb es nicht zu tadeln brauchen, soferne auch Personen weiblichen Geschlechts und jugendliche Personen regelmäßig zur Mitarbeit herangezogen werden. Es wird nur darauf ankommen, was man ihnen zumutet und unter welchen Umständen sie beschäftigt werden sollen. Im Königreich Sachsen sind unter allen in gewerblicher Tätigkeit beschäftigten 1 588 102 Personen 528 597 weiblichen Geschlechts, d. h. 33,2 Prozent, und nur wenig geringer erscheint der Prozentsatz weiblicher Erwerbstätiger in Dresden, nämlich 32,4. Faßt man die Erwerbstätigen der Gewerbegruppe Industrie einschließlich Baugewerbe allein ins Auge, so sind in Sachsen unter 1 274 709 Personen 31,3 Prozent weiblichen Geschlechts, nämlich 399 497 und in Dresden 30,2 Prozent, nämlich 38 471 unter 128 118 Personen überhaupt.

Seit 1895 hat sich die Zahl der in dieser Gewerbegruppe tätigen weiblichen Personen von 23 117 auf 38 741, also um 67 Prozent, die der männlichen Erwerbstätigen von 70 370 auf 89 337, also um 28 Prozent vermehrt. Während die Arbeiterinnen im Jahre 1895 erst 24,7 Prozent aller Arbeiter ausmachten, repräsentieren sie heute 30,2 Prozent. Darin spiegelt sich wohl klar die Überzeugung von der Notwendigkeit wieder, daß auch das weibliche Geschlecht auf die Arena des Erwerbslebens hinaustreten muß.

Eine über den Durchschnitt von 30,2 Prozent hinausgehende Beteiligung des weiblichen Geschlechts zeigt sich in den polygraphischen Gewerben: 33,3 Prozent; in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 51 Prozent; in der Papierindustrie 52,5 Prozent; in den Bekleidungsberufen 55,6 Prozent; in den Reinigungsgewerben 62,4 Prozent; in der Textilindustrie 70 Prozent. Andere Gewerbegruppen, wie die Baugewerbe, die chemische Industrie, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate bedienen sich nur selten der Mitwirkung der weiblichen Arbeitskraft. Absolut die größte Zahl von weiblichen Erwerbstätigen findet sich in den Industrien

der Nahrungs- und Genußmittel: 11 180 und in den Bekleidungsgewerben: 11 087. Auf diesen Gebieten werden ebenso wie in der Textilindustrie, wo die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen die Höhe von 1938 erreicht, höchst wahrscheinlich von den Arbeiterinnen nur solche Leistungen verlangt, denen ihre Kräfte gewachsen sind. Wenn somit die Verwendung der Frauenhände in Dresden über den bei allen 42 Großstädten nachgewiesenen Durchschnitt von 26,3 Prozent hinausgeht, so liegt darin kaum ein Grund, sich unzufrieden zu äußern. Sachsen gehört eben zu den in Deutschland industriell am meisten entwickelten Gebietsteilen, und unter solchen Verhältnissen pflegt die Heranziehung der Personen weiblichen Geschlechts stärker zu sein als etwa in Großstädten mit wesentlich ländlicher Umgebung. In Hannover beispielsweise macht das weibliche Geschlecht nur 22,8 Prozent aller Erwerbstätigen, in Königsberg i. Pr. 27,3 Prozent aus. Von den 4 sächsischen Großstädten übertrifft Plauen mit 42,6 Prozent weiblichen Erwerbstätigen den Dresdner Durchschnitt, während Chemnitz mit 31,1 Prozent und Leipzig mit 28,3 Prozent weiblicher Erwerbstätigen hinter Dresden mit 32,4 Prozent gerahnet, zurückstehen.

Geht man bei der Beurteilung dieser Verhältnisse von einer engeren Grundlage aus, nämlich von den Ergebnissen der Arbeiterzählungen, wie sie in Sachsen seit 1883 jährlich vorgenommen werden, so erscheint die Verwendung der Frauenhände allerdings in bemerkenswerter Zunahme. Nach diesen Zählungen, die sich auf eine kleinere Anzahl von Betrieben erstrecken (z. B. im Jahre 1909 auf 4439 Betriebe), kamen auf 100 Arbeiter im Jahre 1892 29,2, im Jahre 1909 36,6 Arbeiterinnen. Die männliche Arbeiterschar vermehrte sich von 1892 bis 1909 von 19 758 auf 49 964, d. h. um 153 Prozent, die weibliche Schar dagegen von 8132 auf 28 919, d. h. um 255 Prozent. Die Schuld daran trägt augenscheinlich die Großindustrie, da diese sich der weiblichen Arbeitskräfte relativ in stärkerem Umfange zu bedienen weiß als die Kleingewerbe.

Mit der regeren gewerblichen Tätigkeit hängt es wohl auch zusammen, daß die Heranziehung der verheirateten weiblichen Personen in Sachsen über den Reichsdurchschnitt hinausgeht. Im Reich können auf 1000 Erwerbstätige in der Gewerbegruppe Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe 26 weibliche Verheiratete gerechnet werden, in Sachsen dagegen 47. Dresden steht hier glücklicherweise, wenn auch nicht viel, gegen den Landesdurchschnitt zurück, indem auf 1000 Erwerbstätige dieser Gruppe 43 weibliche Verheiratete nachgewiesen sind. Ähnlich stellt sich die Sachlage in Chemnitz, wo 42 und in Plauen, wo 42 Promille der Erwerbstätigen gezählt sind. Nur Leipzig nähert sich dem Reichsdurchschnitt, indem auf 1000 Erwerbstätige der genannten Gewerbegruppe nur 28 weibliche Verheiratete nachgewiesen sind. Der Promillesatz verheirateter weiblicher Personen im Durch-

Schnitt für ganz Dresden wird übertroffen in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel: 116; in der Papierindustrie: 92; in der chemischen Industrie: 90, in der Textilindustrie und in den polygraphischen Gewerben: je 66 und in den Reinigungsgewerben: 50.

Geringer ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren. Sie beläuft sich in Dresden auf 4,2 Prozent aller gewerbtätigen Arbeiter (1909/10), auf weniger als im Königreich, wo sie 5,5 Prozent beträgt. Auch Leipzig mit 4,6 Prozent, Plauen mit 5,9 Prozent und Chemnitz mit 6,1 Prozent jugendlicher Arbeiter erscheinen rücksichtsloser in der Verwendung der jugendlichen Arbeitskräfte. So darf sich Dresden rühmen, unter den sächsischen Großstädten diejenige zu sein, die es verschmäht, ein gewerbliches Aufblühen auf die Heranziehung jugendlicher Personen zu stützen. Glücklicherweise steht es jetzt unter dem Einflusse der Reichsgesetzgebung mit der Ausbeutung von Kindern und jugendlichen Personen nicht so schlimm, wie es eine Zeitlang gewesen ist. Dresden kann dabei immerhin beanspruchen, die schonendste Stadt in Beziehung auf Verwendung von Kinderarbeit zu sein. Stützt man sich indes auch hier wieder auf die erwähnten Arbeiterzählungen, so schwindet der Nimbus einigermaßen. Auf 100 Arbeiter kommen nach diesen Zählungen Arbeiter unter 16 Jahren 1892: 6,70; 1893: 5,86; 1894: 5,74; 1895: 5,60; 1896: 5,80; 1897: 5,64; 1898: 5,66; 1899: 5,92; 1900: 5,79; 1901: 6,33; 1902: 6,76; 1903: 6,78; 1904: 6,58; 1905: 6,56; 1906: 7,44; 1907: 7,22; 1908: 7,07; 1909: 7,01. Somit würde auch bei den jugendlichen Arbeitern wie bei den Arbeiterinnen eine Tendenz zu verhältnismäßiger Heranziehung der jugendlichen Personen wenigstens bei den Großbetrieben, um deren Verhältnisse es sich bei diesen Arbeiterzählungen wesentlich handelt, wahrzunehmen sein. Diejenigen Industriezweige, die sich in Dresden häufiger der jugendlichen Arbeiter bedienen, sind die Metallverarbeitung: 9,7 Prozent; die Papierindustrie: 8,2 Prozent; die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate: 6,8 Prozent; die Industrie der Steine und der Erden: 6,2 Prozent; die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel: 6,2 Prozent; die polygraphischen Gewerbe: 6,2 Prozent; die künstlerischen Gewerbe: 6,1 Prozent.

Gewerbe und Industrie.

Tabelle 1.

| Gewerbegruppen | Hauptbetriebe | Gewerbetätige Personen | Weibliche Gewerbetätige | Verheiratete weibl. Personen | Arbeiter unter 16 Jahren | Von 100 Gewerbetätigen sind | | |
|--|---------------|------------------------|-------------------------|------------------------------|--------------------------|-----------------------------|---------------------|--------------------------|
| | | | | | | weibliche | verheiratete weibl. | Arbeiter unter 16 Jahren |
| 1) Kunst- u. Handlungsgärtnerei . | 324 | 1 606 | 436 | 103 | 56 | 58,3 | 6,7 | 3,5 |
| 2) Tierzucht, Fischerei | 22 | 56 | 9 | | 1 | 16,0 | | |
| 3) Hütten- u. Salinenwesen | 8 | 216 | 1 | | | | | |
| 4) Industrie d. Steine und Erden | 285 | 4 834 | 924 | 206 | 298 | 19,1 | 4,3 | 6,2 |
| 5) Metallverarbeitung | 1 144 | 10 881 | 1 602 | 290 | 1 056 | 14,7 | 2,7 | 9,7 |
| 6) Industrie der Maschinen, Instrum., Apparate | 957 | 20 763 | 1 174 | 249 | 1 404 | 5,7 | 1,2 | 6,8 |
| 7) Chem. Industrie | 178 | 2 556 | 995 | 239 | 32 | 3,9 | 9,0 | 1,3 |
| 8) Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse | 77 | 1 237 | 156 | 39 | 14 | 12,6 | 3,2 | 1,1 |
| 9) Textilindustrie | 848 | 2 769 | 1 938 | 184 | 128 | 70,0 | 6,6 | 4,6 |
| 10) Papierindustrie | 468 | 4 769 | 2 502 | 438 | 389 | 52,5 | 9,2 | 8,2 |
| 11) Lederindustrie | 610 | 3 288 | 464 | 59 | 127 | 14,4 | 1,8 | 3,9 |
| 12) Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 1 351 | 8 225 | 1 295 | 243 | 307 | 15,7 | 3,0 | 3,7 |
| 13) Ind. d. Nahrungs- und Genussmittel | 2 227 | 21 748 | 11 180 | 2 532 | 1 346 | 51,0 | 11,6 | 6,2 |
| 14) Bekleidungs-gew. | 9 050 | 19 924 | 11 087 | 409 | 599 | 55,6 | 2,0 | 3,0 |
| 15) Reinigungsgewerbe | 2 435 | 4 667 | 2 913 | 232 | 82 | 62,4 | 5,0 | 1,8 |
| 16) Baugewerbe | 1 609 | 14 139 | 94 | 7 | 181 | 0,6 | | 1,3 |
| 17) Polygraph. Gew. | 490 | 6 935 | 2 312 | 460 | 433 | 33,3 | 6,6 | 6,2 |
| 18) Künstlerische Gew. | 540 | 987 | 104 | | 60 | 10,5 | | 6,1 |
| 19) Handelsgewerbe | 13 136 | 36 187 | 14 102 | 420 | 430 | 39,0 | 1,2 | 2,6 |
| 20) Versicherungsgew. | 323 | 1 830 | 58 | 3 | 1 | 0,3 | | |
| 21) Verkehrsgewerbe | 741 | 9 683 | 233 | 25 | 55 | 2,4 | 0,2 | 0,6 |
| 22) Gast- und Schankwirtschaft | 3 443 | 11 190 | 7 322 | 113 | 404 | 66,0 | 0,1 | 3,6 |
| 23) Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe | 871 | 2 291 | 833 | 55 | 39 | 36,4 | 2,4 | 1,7 |
| Summe | 41 177 | 190 961 | 61 784 | 6 306 | 7 942 | 32,4 | 3,3 | 4,2 |

Gewerbe und Industrie.

Tabelle 2.

| Gewerbegruppen | Allein= betriebe | Betriebe mit höchst. 5 Pers. | Summe aller Klein= betriebe | Betriebe mit | | | | Summe der Groß= betriebe | Von 100 Be= trieben sind | |
|--|---------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|--------------|----------|--------------|-------------|-----------------------------------|-----------------------------|-------------------|
| | | | | 6 b. 10 | 11 b. 50 | 51 b. 200 | über 200 | | Klein= betriebe | Groß= betriebe |
| 1) Kunst- u. Handels= gärtnerei | 104 | 159 | 263 | 41 | 16 | 4 | | 61 | 81,2 | 18,8 |
| 2) Fischerei, Tierzucht | 17 | 4 | 21 | | 1 | | | 1 | 25,5 | 4,5 |
| 3) Hütten- u. Salinen= wesen | 3 | 3 | 6 | | 1 | 1 | | 2 | 75,0 | 25,0 |
| 4) Industrie d. Steine und Erden | 115 | 100 | 215 | 32 | 28 | 8 | 2 | 70 | 75,4 | 24,6 |
| 5) Metallverarbeitung | 286 | 532 | 818 | 162 | 127 | 34 | 3 | 326 | 71,5 | 28,5 |
| 6) Industrie der Ma= schinen, Instrum., Apparate | 305 | 314 | 619 | 110 | 146 | 61 | 21 | 338 | 64,6 | 35,4 |
| 7) Chem. Industrie | 38 | 73 | 111 | 32 | 26 | 7 | 2 | 67 | 62,3 | 37,7 |
| 8) Leuchtstoffe, Seifen, fette, Öle, Firnisse | 10 | 22 | 32 | 17 | 24 | 2 | 2 | 45 | 41,5 | 58,5 |
| 9) Textilindustrie | 717 | 80 | 797 | 24 | 20 | 4 | 3 | 51 | 94,0 | 6,0 |
| 10) Papierindustrie | 189 | 148 | 337 | 40 | 73 | 16 | 2 | 131 | 71,8 | 28,2 |
| 11) Lederindustrie | 260 | 268 | 528 | 39 | 30 | 11 | 2 | 82 | 86,5 | 13,5 |
| 12) Industrie der Holz= und Schnitzstoffe | 622 | 451 | 1 073 | 131 | 123 | 21 | 3 | 278 | 79,4 | 20,6 |
| 13) Industrie der Nah= rungs- und Genuß= mittel | 608 | 984 | 1 592 | 434 | 137 | 47 | 17 | 635 | 71,4 | 28,6 |
| 14) Bekleidungs-gew. | 6 898 | 1 756 | 8 654 | 224 | 135 | 35 | 2 | 396 | 95,6 | 4,4 |
| 15) Reinigungsgew. | 1 700 | 658 | 2 358 | 49 | 24 | 3 | 1 | 77 | 96,8 | 3,2 |
| 16) Baugewerbe | 662 | 547 | 1 209 | 181 | 180 | 31 | 8 | 400 | 75,1 | 24,9 |
| 17) Polygraphische Gewerbe | 134 | 160 | 294 | 56 | 108 | 30 | 2 | 196 | 60,0 | 40,0 |
| 18) Künstlerische Gew. | 429 | 83 | 512 | 18 | 10 | | | 28 | 94,8 | 5,2 |
| Summe | 13 097 | 6 342 | 19 439 | 1 590 | 1 209 | 315 | 70 | 3 184 | 86,0 | 14,0 |

Gewerbe und Industrie.

Tabelle 3.

| Gewerbegruppen | Personen in | | | Personen in Betrieben mit | | | | in allen Großbetrieben | Von 100 Personen entfallen auf den | |
|--|-----------------|-------------------------------|----------------------|---------------------------|-----------|------------|----------|------------------------|------------------------------------|-------------|
| | Alleinbetrieben | Betrieben mit höchst. 5 Pers. | allen Kleinbetrieben | 6 bis 10 | 11 bis 50 | 51 bis 200 | über 200 | | Kleinbetrieb | Großbetrieb |
| 1) Kunst- u. Handlungsgärtnerei | 104 | 471 | 575 | 297 | 266 | 468 | | 1 031 | 35,8 | 64,2 |
| 2) Fischerei, Tierzucht | 17 | 8 | 25 | | 31 | | | 31 | 44,7 | 55,3 |
| 3) Hütten- u. Salinenwesen | 3 | 9 | 12 | | 17 | 187 | | 204 | 5,6 | 94,4 |
| 4) Industrie d. Steine und Erden | 115 | 302 | 417 | 247 | 709 | 651 | 2 810 | 4 417 | 8,7 | 91,3 |
| 5) Metallverarbeitung | 286 | 1 707 | 1 993 | 1 190 | 2 598 | 3 173 | 1 927 | 8 888 | 18,3 | 81,7 |
| 6) Industrie der Maschinen, Instrum., Apparate | 305 | 949 | 1 254 | 804 | 3 484 | 5 583 | 9 638 | 19 509 | 5,6 | 94,4 |
| 7) Chem. Industrie | 38 | 232 | 270 | 238 | 532 | 820 | 696 | 2 286 | 10,5 | 89,5 |
| 8) Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse | 10 | 66 | 76 | 129 | 492 | 123 | 417 | 1 161 | 6,0 | 94,0 |
| 9) Textilindustrie | 717 | 209 | 926 | 188 | 445 | 381 | 827 | 1 841 | 33,5 | 66,5 |
| 10) Papierindustrie | 189 | 423 | 612 | 315 | 1 813 | 1 484 | 545 | 4 157 | 13,0 | 87,0 |
| 11) Lederindustrie | 260 | 738 | 998 | 279 | 578 | 963 | 470 | 2 290 | 30,3 | 69,7 |
| 12) Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 622 | 1 293 | 1 915 | 993 | 2 577 | 2 053 | 687 | 6 310 | 23,3 | 76,7 |
| 13) Industrie der Nahrungs- und Genussmittel | 608 | 3 396 | 4 004 | 3 122 | 2 648 | 5 028 | 6 946 | 17 744 | 18,4 | 81,6 |
| 14) Bekleidungs- u. Textilgew. | 6 898 | 4 636 | 11 534 | 1 669 | 2 859 | 3 240 | 622 | 8 390 | 58,0 | 42,0 |
| 15) Reinigungsgew. | 1 700 | 1 650 | 3 350 | 342 | 475 | 292 | 208 | 1 317 | 71,8 | 28,2 |
| 16) Baugewerbe | 662 | 1 638 | 2 300 | 1 375 | 3 880 | 3 000 | 3 764 | 12 019 | 16,0 | 84,0 |
| 17) Polygraphische Gewerbe | 134 | 473 | 607 | 439 | 2 450 | 2 881 | 558 | 6 328 | 8,7 | 91,3 |
| 18) Künstlerische Gew. | 429 | 260 | 689 | 139 | 159 | | | 298 | 69,8 | 30,2 |
| Summe | 13 097 | 18 460 | 31 557 | 11 766 | 26 013 | 30 327 | 30 115 | 98 221 | 24,3 | 75,7 |

Gewerbe und Industrie.

Tabelle 4.

| Gewerbegruppen | Betriebe mit 101 bis 200 Arbeitern | | Betriebe mit 201 bis 500 Arbeitern | | Betriebe mit 501 bis 1000 Arbeitern | | Betriebe mit über 1000 Arbeitern | | Alle Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern | |
|---|------------------------------------|----------|------------------------------------|----------|-------------------------------------|----------|----------------------------------|----------|--|----------|
| | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen |
| 1) Kunst- u. Handelsgärtnerei | 2 | 328 | | | | | | | 2 | 328 |
| 3) Hütten- u. Salinenwesen | 1 | 187 | | | | | | | 1 | 187 |
| 4) Industrie d. Steine und Erden | 2 | 275 | | | | | 2 | 2 810 | 4 | 3 085 |
| 5) Metallverarbeitung | 11 | 1 579 | 1 | 242 | 2 | 1 685 | | | 13 | 3 506 |
| 6) Industrie der Maschinen, Instrum., Apparate | 20 | 2 824 | 16 | 5 329 | 3 | 2 124 | 2 | 2 185 | 41 | 12 462 |
| 7) Chem. Industrie | 3 | 523 | 2 | 696 | | | | | 5 | 1 219 |
| 8) Leuchtstoffe, Seifen, fette, Öle, Firnisse | — | — | 2 | 417 | | | | | 2 | 417 |
| 9) Textilindustrie | 1 | 173 | 3 | 827 | | | | | 4 | 1 000 |
| 10) Papierindustrie | 5 | 727 | 2 | 545 | | | | | 7 | 1 272 |
| 11) Lederindustrie | 2 | 262 | 2 | 470 | | | | | 4 | 732 |
| 12) Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 10 | 1 361 | 3 | 687 | | | | | 13 | 2 048 |
| 13) Industrie der Nahrungsmittel und Genussmittel | 22 | 3 291 | 14 | 4 022 | 2 | 1 388 | 1 | 1 536 | 39 | 10 237 |
| 14) Bekleidungsgew. | 12 | 1 572 | 2 | 622 | | | | | 14 | 2 194 |
| 15) Reinigungsgew. | 1 | 126 | 1 | 208 | | | | | 2 | 334 |
| 16) Baugewerbe | 9 | 1 362 | 7 | 2 193 | | | 1 | 1 571 | 17 | 5 126 |
| 17) Polygraphische Gewerbe | 9 | 1 310 | 2 | 558 | | | | | 11 | 1 868 |
| Summe | 110 | 15 200 | 57 | 16 816 | 7 | 5 197 | 5 | 8 102 | 179 | 46 015 |

Gewerbe und Industrie.

Tabelle 5.

| Gewerbegruppen | Motoren= betriebe überhaupt | Darunter Betriebe mit | | |
|--|-----------------------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------|
| | | Dampf= kraft | Leuchtgas= kraft | elektrischer Kraft |
| 1) Kunst- und Handelsgärtnerei | 46 | 2 | | 1 |
| 3) Hütten- und Salinenwesen | 3 | 1 | 2 | 1 |
| 4) Industrie der Steine und Erden | 33 | 19 | 6 | 3 |
| 5) Metallverarbeitung | 204 | 53 | 74 | 77 |
| 6) Industrie der Maschinen, Instru- mente, Apparate | 283 | 100 | 75 | 115 |
| 7) Chemische Industrie | 56 | 12 | 9 | 24 |
| 8) Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse | 42 | 17 | 12 | 7 |
| 9) Textilindustrie | 24 | 10 | 9 | 4 |
| 10) Papierindustrie | 77 | 11 | 27 | 43 |
| 11) Lederindustrie | 27 | 10 | 11 | 8 |
| 12) Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 172 | 53 | 40 | 76 |
| 13) Industrie der Nahrungs- und Ge- nußmittel | 408 | 79 | 90 | 252 |
| 14) Bekleidungsgewerbe | 48 | 9 | 14 | 23 |
| 15) Reinigungsgewerbe | 76 | 30 | 9 | 19 |
| 16) Baugewerbe | 29 | 13 | 5 | 11 |
| 17) Polygraphische Gewerbe | 199 | 18 | 91 | 106 |
| 18) Künstlerische Gewerbe | 8 | | 4 | 3 |
| Summe | 1735 | 437 | 478 | 775 |

Wilhelm Stieda.





Bismarck-Denkmal an der Seestrasse

VII.

Handel und Verkehr.

Ebenso lebhaft wie die Industrie hat sich der Handel in Dresden in den letzten Jahrzehnten entwickelt. Im Jahre 1895 wurden 8 072 Hauptbetriebe mit 22 252 Personen gezählt, im Jahre 1907 13 136 mit 36 187 Personen. Die Betriebe haben sich somit um 62,8 Prozent und die in ihnen tätigen Personen um 62,6 Prozent vermehrt.

Im Handelsgewerbe ist der Kleinbetrieb sehr viel stärker vertreten als der Großbetrieb. Auf den ersteren entfallen 91,6 Prozent, auf den letzteren nur 8,4 Prozent. Auch in der Zahl der beschäftigten Personen übertrifft der Kleinbetrieb den Großbetrieb, indem auf den ersteren 55,4 Prozent und auf den letzteren 44,6 Prozent zu rechnen sind. Indes nähern sie sich hierin mehr einander. Sehr zahlreich sind im Handel die Alleinbetriebe, die von allen Handelsbetrieben 44,5 Prozent repräsentieren. Gleichwohl ist diese Form doch gegen 1895 verhältnismäßig zurückgegangen, da sie damals 47,4 Prozent ausmachte.

Es bietet ein unleugbares Interesse, sich zu vergegenwärtigen, ob eine der beiden Betriebsformen stärker gewachsen ist. Es sind nachgewiesen:

| | 1882 | 1895 | 1907 |
|---------------------------|--------|--------|--------|
| Hauptbetriebe | 5 568 | 8 072 | 13 136 |
| in ihnen tätige Personen | 13 168 | 22 252 | 36 187 |
| Kleinbetriebe | 5 282 | 7 413 | 12 033 |
| in diesen tätige Personen | 9 373 | 12 957 | 20 044 |
| Großbetriebe | 286 | 659 | 1 103 |
| in diesen tätige Personen | 3 795 | 9 295 | 16 143 |

Demnach haben sich die Kleinbetriebe, d. h. die mit höchstens 5 Erwerbstätigen arbeitenden, von 1882 bis 1895 um 40,3 Prozent und die in ihnen tätigen Personen um 38,2 Prozent, von 1895 bis 1907 die ersteren um 62,3 Prozent, die letzteren um 54,7 Prozent und von 1882 bis 1907 die ersteren um 127,8 Prozent, die letzteren um 113,7 Prozent vermehrt. Die

Großbetriebe sind von 1882 bis 1895 um 130,4 Prozent und ihre Arbeiter um 147,6 Prozent, von 1895 bis 1907 um 77,3 Prozent, ihre Arbeiter um 73,6 Prozent und von 1882 bis 1907 um 285,6 Prozent, ihre Arbeiter um 325,3 Prozent angewachsen. Demnach unterliegt es keinem Zweifel, daß im Handel wie in der Industrie die Großunternehmung jetzt stärker als vor Jahren die Tendenz hat, sich geltend zu machen.

Die Zunahme des Kleinhandels ist dabei durchaus mit der Zunahme der Bevölkerung parallel geschritten und die an anderen Orten gemachten Beobachtungen, daß zum Kleinhandel ein ungerechtfertigter Zudrang sich zeigt, wiederholen sich in Dresden nicht. Auf 1000 Einwohner des Jahres 1882¹⁾ lassen sich 23,9 Kleinhandelsbetriebe und 40,9 in ihnen tätige Personen nachweisen, im Jahre 1895 sind die entsprechenden Zahlen 22,3 und 39 und im Jahre 1907 22,6 und 37,6. Eher könnte man behaupten, daß in Dresden eine Neigung zum Zurücktreten des Kleinhandels sich zeigt.

Nach der Zahl der sich mit dem einzelnen Handelszweige befassenden Erwerbstätigen bemessen, sind die wichtigsten

| | |
|--|--------------------------------------|
| der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten | 2 245 Hauptbetriebe, 4 468 Personen, |
| der Handel mit Kolonial-, Eß- und Trinkwaren | 992 Hauptbetriebe, 2 981 Personen, |
| der Handel mit Manufaktur- (Schnitt)waren | 506 Hauptbetriebe, 2 532 Personen, |
| die Handelsvermittlung (Makler, Kommissionäre, Agenten) | 1 591 Hauptbetriebe, 2 162 Personen, |
| der Geld- und Kredithandel | 121 Hauptbetriebe, 1 466 Personen, |
| der Handel mit Brennmaterialien | 363 Hauptbetriebe, 1 282 Personen, |
| der Buch-, Kunst- und Musikalien- handel | 353 Hauptbetriebe, 1 197 Personen, |
| der Hausierhandel (einschließlich Straßenhandel) | 1 112 Hauptbetriebe, 1 164 Personen, |
| der Handel mit Drogen, Chemikalien und Farbwaren | 194 Hauptbetriebe, 1 093 Personen. |

Die Zahl der Betriebe steht zu der Zahl der in ihnen tätigen Personen nicht in allen den genannten Zweigen im gleichen Verhältnis. Einige dieser Zweige sind eben wie die Handelsvermittlung und der Hausierhandel Allein- oder Kleinbetriebe, daher ist ihre Zahl groß. Andere, wie der Geld- und Kredithandel und der Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, sind fast ausschließlich Großbetriebe und daher ist ihre Zahl gering.

¹⁾ Statistisches Jahrbuch der Stadt Dresden, 10. Jahrgang, Seite 8.

Einige Zweige haben sich im Laufe der Jahre 1895 bis 1907 auffallend stark vermehrt. Der Geld- und Kredithandel zählte im Jahre 1895 74 Hauptbetriebe mit zusammen 780 Personen, so daß mithin sich bis 1907 die Zahl der Betriebe um 64 Prozent, die der Personen um 88 Prozent vergrößert hat. Der Buch-, Kunst- und Musikalienhandel hat ebenfalls einen bemerkenswerten Aufschwung erfahren, insofern die Zahl der Hauptbetriebe im Jahre 1895 267, die der Personen 815 war, mithin sich die Betriebe um 32 Prozent, die Personen um 47 Prozent vermehrten. Es dürfte darin ein günstiges Zeichen für die zunehmende Wohlhabenheit, die für ersparte Kapitalien die Vermittlung der Bankinstitute sucht, als auch für das wachsende Interesse an den geistigen Gütern der Nation zu erblicken sein, das nicht aufhört, der literarischen Produktion dauernde Aufmerksamkeit zuzuwenden. Weniger erfreulich ist die Zunahme der Auktionsgeschäfte von 9 mit 23 Erwerbstätigen auf 18 mit 39 Erwerbstätigen im Jahre 1907, der Stellenvermittlung von 96 mit 108 Personen im Jahre 1895 auf 146 mit 210 Angestellten im Jahre 1907.

Die Zahl der Handlungen, die einen ungewöhnlich großen Zuschnitt aufweisen, indem sie über 50 Personen beschäftigen, sind in Dresden nicht gerade zahlreich, nämlich 34 oder 0,3 Prozent aller Hauptbetriebe. Leipzig hat deren mehr, nämlich 58 oder 0,4 Prozent, Chemnitz steht relativ mit Dresden gleich, indem es 16 derartiger Handelsbetriebe oder 0,3 Prozent aller aufweist. In Plauen sind nur 2 Betriebe mit mehr als 50 Personen gezählt worden. Im übrigen steht Dresden mit seinen Handeltreibenden zwischen den anderen sächsischen Großstädten. Leipzig hat auf 1000 Einwohner¹⁾ 97 Handeltreibende, Dresden 70, Chemnitz 62 und Plauen 50. Unter den Handelsbetrieben, die besonders viele Personen beschäftigen, sind beinahe alle Zweige vertreten. Je ein derart großes Geschäft erscheint im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, mit Bau- und Nutzholz, mit Eisen- und Eisenwaren, mit Drogen, Chemikalien und Farbwaren, mit Kolonial-, Ess- und Trinkwaren, mit Häuten, Fellen, Tierhaaren, mit Kleidern, mit Ölen und Fetten, im Zeitungsverlag und in Schreibbureaus, 2 in Lagerhäusern, 3 davon sind im Bierhandel, 4 im Handel mit verschiedenen Waren, 5 im Handel mit Manufakturwaren, 7 im Handel mit Geld und Kredit. In der letzten Branche hat Dresden sein umfangreichstes Handelsgeschäft, das mehr als 200 Angestellte aufzuweisen hat.

Eins der größten Geschäfte Dresdens, das mit dem Handel die Fabrikation verbindet, ist die Firma G e h e & C o., die im Jahre 1910 auf eine 75jährige Geschichte zurückblicken kann. Ihr Begründer Franz Ludwig Gehe begann

¹⁾ Die der Berechnung zugrunde liegenden Bevölkerungszahlen beziehen sich auf den 1. Dezember 1905.

mit einem Betriebskapital von 2000 Talern am 1. Mai 1835, nachdem eine das Jahr zuvor mit einem Apotheker namens Schwabe eingegangene Verbindung sich nicht bewährt hatte, selbständig einen Handel mit Drogen. In Kämpfen und Sorgen, in harter Arbeit um die innere Festigung seines Geschäfts vollzog sich das erste Jahrzehnt. In 6 oder 7 Mietslokalitäten waren die Lager untergebracht, bis auf dem Grundstücke in der Königstraße mehrere neue Magazine errichtet wurden und der gesamte Betrieb der Handlung dort vereinigt werden konnte. Seit 1866 vergrößerte sich die Handlung durch eine Drogen-Appreturanstalt, um deren Zustandekommen Gehe's Neffe Dr. Rud. August Luboldt sich große Verdienste erwarb. Ihre Aufgabe ist die Veredlung der Rohdrogen durch Trocknen, Sortieren und Reinigen, ihre mechanische Zerteilung vom groben Schneiden und Raspeln bis zur Herstellung der feinsten Pulver, weiter aber auch die chemisch-pharmazeutische Verarbeitung der Rohstoffe von der einfachsten wässerigen Extraktion bis zur Bereitung der teuersten Salze und Alkaloide. So entwickelte sich der pharmazeutische Großbetrieb, der die Apotheken in aller Herren Ländern mit feinen Waren versorgt. Aus den 8 Personen, die im Jahre 1844 zur Erledigung der Geschäfte genügten, waren bis 1869 schon 48 Beamte geworden, und zur Feier des 50jährigen Bestehens der Firma war das Personal so zahlreich, daß für dasselbe eine Pensionskasse gegründet wurde. Der Inhaber der Firma, Dr. Luboldt, der seinem im Jahre 1882 gestorbenen Onkel in der Leitung des Geschäfts gefolgt war, stiftete für diesen Zweck 100 000 M. In der Folge wurde dieser Fonds von dem Sohne des hochherzigen Stifters, der der Firma bis zum Jahre 1903 vorstand, auf 700 000 M erhöht. 1903 wurde die Firma Gehe & Co. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Unter der neuen Flagge nahm der Betrieb einen weiteren Aufschwung. Die Fortschritte der Wissenschaft, der Medizin und Chemie einerseits, die Umgestaltung der Handelspolitik andererseits veranlaßten weitere Veränderungen. Die Räume des alten Handlungshauses in der Königstraße genügten, obwohl sie aufs äußerste ausgenützt wurden, nicht mehr, und so wurde im Frühjahr 1908 auf den schon früher erworbenen Grundstücken in der Leipziger Straße neben der bisherigen Fabrik ein Neubau errichtet. Ende Juni 1909 konnte das ganz in Eisenbeton hergestellte stattliche Gebäude bezogen werden. Gegen 150 kaufmännische Beamte, Apotheker, Chemiker und Techniker erledigen heute die Fülle der täglichen Arbeit und mehr als 300 Arbeiter sind bei der Fabrik beschäftigt.

Andere große Handelsgeschäfte erscheinen in dem Handel mit landwirtschaftlichen Produkten (Darm- und Gewürzhandel), sowie, von wohl vorwiegend örtlicher Bedeutung, in dem Handel mit Manufakturwaren, in der Damenkonfektion und im Handel mit Modeartikeln.

Handel und Verkehr.

Der Handel zeigt eine größere Neigung als die Industrie, sich der Mitwirkung der Personen weiblichen Geschlechts zu bedienen, aber eine geringere, auch jugendliche Kräfte unter 16 Jahren heranzuziehen. Von allen im Handel nachgewiesenen Erwerbstätigen sind 39 Prozent weiblichen Geschlechts, während im Jahre 1895 erst 33 Prozent vorhanden waren (7 183 Personen weiblichen Geschlechts unter 21 978 überhaupt). Die Branchen, für die die weibliche Arbeitskraft besonders erwünscht scheint, sind

| | Erwerbstätige | davon weiblichen Geschlechts | die weiblichen Erwerbstätigen in Prozent aller Erwerbstätigen |
|--|---------------|------------------------------------|--|
| Handel mit Korsetts | 61 | 55 | 90 |
| Handel mit Schokolade, Zuckerwaren, Naschwerk | 449 | 359 | 80 |
| Handel mit Schuhwaren | 478 | 373 | 78 |
| Handel mit Seifen und Parfümerien | 182 | 141 | 77 |
| Handel mit Blumen und Samen | 545 | 411 | 75 |
| Handel mit Hüten und Mützen | 236 | 164 | 70 |
| Handel mit Putzwaren | 162 | 112 | 69 |
| Handel mit Wäsche | 436 | 291 | 67 |
| Handel mit Posamenten | 276 | 176 | 64 |
| Handel mit landwirtschaftlichen Pro- dukten | 4 468 | 2 629 | 59 |
| Handel mit Manufakturwaren | 2 532 | 1 445 | 57 |
| Handel mit Männer-, Frauen- und Kinderkleidern | 507 | 288 | 57 |
| Verleihungsgeschäfte | 189 | 108 | 57 |
| Handel mit Strümpfen, Trikotagen, Kurz- und Galanteriewaren | 882 | 489 | 55 |
| Stellenvermittlung | 210 | 116 | 55 |
| Handel mit Kolonial-, Ess- und Trink- waren | 2 781 | 1 256 | 42 |

Der Handel vollzieht sich in verschiedener Weise. Er kann von Kontoren aus betrieben werden und in offenen Verkaufsstellen vor sich gehen. Er kann auch nebenher von Industriebetrieben, deren Schwerpunkt eigentlich in der Fabrikation liegt, in Szene gesetzt sein. Betrachten wir den letzteren zuerst, so stehen die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel sowie die chemische Industrie wesentlich im Vordergrund. Bei der ersteren sind es die Bäckereien und Konditoreien einerseits, die Fleischereien andererseits, die ohne Verkaufsstätten schwer zu denken sind. In der letzteren sind es

Handel und Verkehr.

die Apotheken, die bewirken, daß mehr als ein Fünftel aller Betriebe mit offenen Verkaufsstellen ausgerüstet sind.

| Gewerbegruppen | Gewerbe- betriebe überhaupt | Davon mit offenen Ver- kaufsstellen | Gewerbe- betriebe mit offenen Ver- kaufsstellen in Prozent aller in Dresden |
|---|-----------------------------------|---|--|
| Kunst- und Handelsgärtnerei | 336 | 24 | 7,1 |
| Industrie der Steine und Erden | 295 | 15 | 5,1 |
| Metallverarbeitung | 1 180 | 165 | 14,0 |
| Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate | 1 013 | 182 | 18,0 |
| Chemische Industrie | 180 | 38 | 21,1 |
| Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle | 82 | 9 | 10,9 |
| Textilindustrie | 1 008 | 34 | 3,3 |
| Papierindustrie | 540 | 91 | 17,0 |
| Lederindustrie | 625 | 78 | 12,5 |
| Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 1 549 | 93 | 6,0 |
| Industrie der Nahrungs- und Genuß- mittel | 2 485 | 1 240 | 50,0 |
| Bekleidungs-gewerbe | 9 710 | 415 | 4,2 |
| Reinigungsgewerbe. | 2 674 | 77 | 2,9 |
| Baugewerbe | 1 647 | 45 | 2,7 |
| Polygraphische Gewerbe | 517 | 28 | 5,4 |
| Künstlerische Gewerbe | 568 | 9 | 1,5 |

Nahezu der fünfte Teil aller Betriebe ist mit offenen Verkaufsstellen versehen in der Industrie der Maschinen und Apparate und in der Papierindustrie. In dieser sind es die Buchbindereien, in jener die Herstellung von Fahrrädern, von Zeitmessinstrumenten, von mathematischen, chirurgischen und photographischen Instrumenten, die es als ein Bedürfnis empfinden, neben der Fabrikation eine offene Verkaufsstelle zu führen. In den anderen Gewerbegruppen spielt der offene Laden eine geringere Rolle.

Die Zahl der Handelsgeschäfte, die als Kontorgeschäfte anzusehen sind, erhält man, wenn man die Zahl der Geschäfte mit offenen Verkaufsstellen in Abzug bringt von der Zahl aller Geschäfte. Die Geschäfte ohne Verkaufsstellen könnten somit als Vertreter des Großhandels angesehen werden, der nicht direkt an die Konsumenten, sondern an die Zwischenhändler absetzt, dessen Aufgabe es ist, das Publikum zu bedienen. Die Geschäfte mit Verkaufsstellen repräsentierten alsdann den Kleinhandel. Doch ist dabei

Handel und Verkehr.

nicht ausgeschlossen, daß verschiedene Betriebe den Handel en gros und en détail mit einander vereinigen. Und innerhalb einer jeden Klasse gibt es Geschäfte mit und solche ohne Verkaufsstellen, so daß, da in Einzelheiten hier nicht eingegangen werden, nur der vorwiegende Charakter der Klasse als wesentlich in Groß- oder in Kleingeschäft bestehend hervorgehoben werden kann. Als diejenigen Handelszweige, die mehr dem Engros-handel bestimmt sind, ohne den Kleinhandel ganz zu verschmähen, erscheinen in Dresden

| | Zahl aller Betriebe | Davon | |
|--|------------------------|-----------------------|-------|
| | | mit Verkaufsstelle | ohne |
| der Handel mit Schlachtvieh | 52 | 7 | 45 |
| der Handel mit anderen Tieren | 54 | 21 | 38 |
| der Handel mit Getreide u. Mühlenfabrikaten | 82 | 27 | 55 |
| der Handel mit Bau- und Nutzholz | 41 | 1 | 40 |
| der Handel mit anderen Baumaterialien | 45 | 1 | 44 |
| der Handel mit Eisen und Eisenwaren | 196 | 85 | 111 |
| der Handel mit anderen Metallen und Metall- waren | 25 | 11 | 14 |
| der Handel mit Back- und Konditorwaren | 62 | 20 | 42 |
| der Handel mit Rauchwaren | 35 | 9 | 26 |
| der Handel mit Porzellan, Steingut und Glaswaren | 121 | 51 | 70 |
| der Handel mit Ölen und Fetten | 37 | 2 | 35 |
| der Handel mit verschiedenen und anderen als vorstehend genannten Waren | 1 252 | 561 | 691 |
| der Buch-, Kunst- und Musikalienhandel | 397 | 156 | 241 |
| Zeitungsverlag und Spedition | 66 | 2 | 64 |
| Handelsvermittlung | 1 713 | 129 | 1 584 |
| Auktionsgeschäfte | 22 | 1 | 21 |
| Verleihungsgeschäfte | 248 | 2 | 246 |

In allen anderen Handelszweigen überwiegen die Geschäfte mit offenen Verkaufsstellen. Unter den 48 verschiedenen Zweigen des Handels, die die Statistik unterscheidet, sind bei 30 die Betriebe überwiegend, die offene Verkaufsstellen führen. Im übrigen gibt es eine Reihe von Handelszweigen, die zwar überwiegend ohne offene Verkaufsstellen betrieben werden, bei denen man jedoch aus diesem Umstande nicht auf den Engroscharakter des Geschäfts schließen kann. Dahin gehören der Handel mit Brennmaterialien, bei dem von 375 Geschäften 373 ohne Verkaufsstellen sind, der Bierhandel, bei dem von 105 Betrieben 100 ohne Verkaufsstellen, der Handel mit Lumpen

und Knochen, bei dem von 95 80 ohne Verkaufsstellen, der Geld- und Kredithandel, bei dem von 160 Betrieben 134 ohne Verkaufsstellen sind. In diesen Fällen ist doch der Verkauf en détail und an Kunden, nicht an Wiederverkäufer, überwiegend die Regel. Dennoch sind die größere Mehrzahl der Geschäfte ohne Verkaufsstellen.

In einigen Handelszweigen besteht die Neigung, sich nicht an einer Verkaufsstelle genügen zu lassen, sondern den Absatz durch mehrere Verkaufsstellen erfolgreicher zu gestalten. Diese Fälle sind in Dresden gerade nicht häufig. Daß ein Geschäft mit zwei Verkaufsstellen tätig ist, kommt je ein Mal vor im Handel mit Wein und Spirituosen, im Handel mit Manufakturwaren, mit Kleidern, mit Wäsche, mit Hüten und Mützen, mit Posamenten, im Uhrenhandel, im Handel mit Papier, Pappe und dergleichen Waren, mit verschiedenen Waren und im Trödelhandel. Je zwei Mal ereignet es sich im Handel mit Eisen und Eisenwaren, mit Maschinen und Apparaten, mit Seifen und Parfümerien, mit Häuten, Fetten, Leder, Tierhaaren, mit Strümpfen, Tricotagen und Galanteriewaren, mit Putzwaren. Je drei Mal sind solche Geschäfte anzutreffen im Handel mit Drogen, Chemikalien und Farbwaren, mit Schokoladen und Zuckerwaren. Je vier Mal kommt es vor im Handel mit Tabak, Zigarren und Zigaretten, je sechs Mal im Handel mit Blumen und Samen. Den Rekord aber schlägt der Handel mit Kolonial-, Eß- und Trinkwaren, in dem 13 Geschäfte nachgewiesen sind, die über zwei offene Verkaufsstellen verfügen. Noch seltener ist natürlich der Fall, daß Geschäfte drei und mehr Verkaufsstellen eröffnet haben. Das trifft nur je ein Mal im Handel mit Drogen, Chemikalien und Farbwaren, mit Tabak, Zigarren und Zigaretten, mit Papier, Pappe und dergleichen Waren. Je drei Geschäfte mit dieser Anzahl Verkaufsstellen betätigen sich im Handel mit Kolonial-, Eß- und Trinkwaren.

Neben dem Warenhandel flößt der Geldhandel besonderes Interesse ein¹⁾. Ihm sind in Dresden 160 Betriebe, von denen 121 als Hauptbetriebe und 39 als Nebenbetriebe nachgewiesen sind, gewidmet. Alleinbetriebe sind unter ihnen spärlich vertreten: 21. Bankbetriebe mit 6 bis 10 Personen gibt es 31, solche mit 11 bis 50 Personen 14, mit 51 bis 200 Personen 6, darunter die Dresdner Bank und die Filiale der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt (Leipzig); ein Betrieb hat mehr als 200 Angestellte: die Dresdner Filiale der Deutschen Bank (Berlin). Im gesamten Geldhandel waren am 12. Juni 1907 in Dresden 1 466 Personen tätig. Seit dem Jahre 1882 hat dieser Zweig einen nicht zu verkennenden Aufschwung genommen, denn damals beschäftigte er erst 594 Personen, dreizehn Jahre später (1895)

¹⁾ An dem Abschnitt über das Bankwesen hat mein Famulus cand. cam. Hugo Lorenz mitgearbeitet.

auch noch nicht mehr als 788 Personen. Von 1882 bis 1895 hat sich die Zahl der im Geld- und Kredithandel beschäftigten Personen um 32,6 Prozent von 1895 bis 1907 um 87,3 Prozent vermehrt.

Von allen Hauptbetrieben, die sich im Königreich Sachsen mit dem Geldhandel befassen, nämlich 742, entfallen auf Dresden 16,3 Prozent und von den in ihnen tätigen Personen, 5 207, auf Dresden 28,1 Prozent. Dresden steht somit Leipzig nur wenig auf diesem Gebiete nach, indem dort von allen sächsischen Hauptbetrieben 21,7 Prozent und von allen Erwerbstätigen 29,5 Prozent nachgewiesen sind.

Es hat einige Zeit gedauert, bis die heutige Höhe der Entwicklung erreicht worden ist. Als man im Jahre 1839 eine „Dresdner Bank“ projektierte und in der Zeit vom 11. bis 16. November in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Bauzen und Zittau Aktien zur Subskription auflegte, wurden statt der erforderlichen 6000 Aktien nur gegen 1000 gezeichnet. Das Gründungskomitee gab daraufhin das Vorhaben auf, zumal sein Antrag auf Genehmigung einer nachträglichen Subskription abschlägig beschieden wurde. Und auch das im Jahre 1856 von dem Stadtrate zu Dresden wieder aufgenommene Projekt führte, da die Regierung sich nunmehr ablehnend verhielt, noch nicht zum Ziele. Erst am 18. Juli 1865 wurde die „Sächsische Bank“ gegründet, die eine Zeitlang das bestentwickelte Kreditinstitut Sachsens war, ein ausgebildetes Filialsystem hatte und sich des Privilegs der Notenemission erfreute. An sie schloß sich am 1. Oktober 1872, auf der Basis des Michael Kasfelschen Bankgeschäfts errichtet, die Dresdner Bank an, die heute das zweitgrößte deutsche Bankinstitut geworden ist, freilich mit einem Fuße in Berlin steht. Neben ihr kommt wesentlich die im Jahre 1875 eröffnete Reichsbankstelle in Betracht, die seit 1. Januar 1903 einem lange gehegten Wunsche der Dresdner Geschäftswelt folgend, in eine Hauptbankstelle verwandelt wurde. Weiter sind zu nennen der Dresdner Bankverein, die Sächsische Diskontbank und die Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden. Auch haben die Deutsche Bank in Berlin und die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt zu Leipzig in Dresden Zweiggeschäfte eröffnet, die erstere alsbald nach dem Falle der Leipziger Bank in der Absicht, deren Kundschaft an sich zu ziehen. Sie kaufte das von der 1898 gegründeten „Sächsischen Handelsbank“ erbaute neue Bankgebäude und nahm in ihre Filiale die Bankfirma Menz, Blochmann & Co. auf. Die letztere erwarb das alte Bankhaus Günther & Rudolph samt seinem neuen Gebäude am Altmarkte.

Unter allen Dresdner Bankinstituten steht die S ä c h s i s c h e B a n k dadurch im Vordergrund des Interesses, daß sie das Recht der Notenemission hat. Bei einem Stammkapital von 30 Millionen Mark ist ihr ein

Handel und Verkehr.

metallisch ungedeckter Notenbetrag in der Höhe von 16 771 000 *M* zugesprochen. Sie beschränkt sich in der Ausgabe von Noten auf Stücke zu 100 und 500 *M*. Die fünfprozentige Banknotensteuer erreichte bei ihr die Höhe von 39 393 *M* in 1900, von 10 053 in 1901, von 9 920 in 1902, von 5 735 in 1903, von 6 021 in 1904, von 26 313 in 1905, von 22 036 in 1906, von 3 856 in 1907, von 7 075 in 1908, von 13 679 in 1909. Im Jahresdurchschnitt stellte sich im letzten Jahrzehnte der Notenumlauf, die Bardeckung und der ungedeckte Betrag folgendermaßen:

| | Notenumlauf | Bardeckung in 1000 <i>M</i> | Ungedeckter Betrag |
|------|-------------|--------------------------------|--------------------|
| 1900 | 47 097,0 | 33 585,0 | 13 512,0 |
| 1901 | 46 062,9 | 42 457,9 | 3 605,0 |
| 1902 | 41 333,1 | 34 186,1 | 7 147,0 |
| 1903 | 39 267,3 | 29 187,1 | 10 080,2 |
| 1904 | 36 764,5 | 28 065,3 | 8 699,2 |
| 1905 | 40 237,0 | 27 768,4 | 12 468,6 |
| 1906 | 39 951,3 | 27 989,7 | 11 961,6 |
| 1907 | 38 552,3 | 27 546,0 | 11 006,3 |
| 1908 | 38 211,0 | 26 300,4 | 11 910,6 |
| 1909 | 39 559,4 | 27 767,4 | 11 792,0 |

Die Hauptaftingeschäfte erscheinen in der Bilanz mit folgenden Zahlen:

| | Wechseldisfont in Millionen Mark | Lombardgeschäft |
|------|-------------------------------------|-----------------|
| 1900 | 92,1 | 6,056 |
| 1901 | 47,3 | 31,5 |
| 1902 | 41,1 | 32,9 |
| 1903 | 44,9 | 23,4 |
| 1904 | 40,5 | 34,6 |
| 1905 | 47,1 | 36,98 |
| 1906 | 48,5 | 40,2 |
| 1907 | 63,1 | 18,2 |
| 1908 | 50,1 | 35,1 |
| 1909 | 66,3 | 21,1 |

Der Diskont im Einklang mit dem der Reichsbank betrug von 1900 bis 1909: 5,339; 4,1; 3,32; 3,837; 4,219; 3,814; 5,153; 6,032; 4,773; 3,93. Die Anlage in Effekten betrug in derselben Zeit in Millionen Mark: 1,336; 9,718; 17,566; 18,610; 19,767; 9,237; 8,111; 6,297; 6,760; 8,015.

Bei der Dresdner Bank ist das Anwachsen des Stammkapitals beträchtlich. Im Jahre 1900 auf 130 Millionen Mark bemessen, fand zwecks

Übernahme der Firma Erlanger und Söhne in Frankfurt a. M. und der Deutschen Genossenschaftsbank eine Erhöhung auf 160 Millionen Mark statt, in 1906 eine weitere auf 180 Millionen Mark und für 1910 ist eine Vermehrung auf 200 Millionen Mark vorgesehen. Dann würde ihr Stammkapital dem der Deutschen Bank gleichkommen und das der Diskontogesellschaft in Berlin (170 Millionen Mark), das sie bereits seit drei Jahren überflügelt, noch stärker übertreffen. Entsprechend sind die Reserven gestiegen, die gegenwärtig 51,5 Millionen Mark betragen, 28,61 Prozent des Aktienkapitals, während sie bei der Diskontogesellschaft 35,5 Prozent, bei der Deutschen Bank 52,8 Prozent ausmachen. Der Kapitalvermehrung ging die Ausdehnung des Geschäftskreises parallel. Seit 1900 stieg die Zahl der Filialen auf 27, die der Depositenkassen auf 59, letztere namentlich in Berlin, das überhaupt immer mehr zum Hauptumsatzplatz geworden ist. Seit 1903 ist die Dresdner Bank mit dem Schaaffhausenschen Bankverein eine Interessengemeinschaft eingegangen, bei der zwar die Kapitale getrennt blieben, aber eine gemeinsame Geschäftsführung und Zusammenwerfung der Gewinne stattfindet. Die letztere sowie die Einrichtung des Delegationsrates ist zwar 1909 wieder aufgehoben worden, aber es sind doch engere geschäftliche Beziehungen bestehen geblieben.

Die Entwicklung der Bank zeigt von 1900 bis 1909 eine erhebliche Zunahme der Aktiven, der Gesamtkonten und des Umsatzes:

| | Aktiva | Konten in 1000 M | Umsatz |
|------|-----------|---------------------|--------|
| 1900 | 604 700 | 42 524 | 27 207 |
| 1901 | 507 000 | 40 412 | 25 337 |
| 1902 | 575 800 | 43 409 | 27 114 |
| 1903 | 634 800 | 46 522 | 29 276 |
| 1904 | 890 800 | 58 472 | 38 430 |
| 1905 | 930 500 | 65 546 | 53 211 |
| 1906 | 1 079 000 | 80 989 | 58 600 |
| 1907 | 1 012 000 | 98 843 | 59 186 |
| 1908 | 1 039 000 | 114 730 | 58 857 |
| 1909 | 1 181 000 | 124 729 | 69 738 |

Die Dividenden haben allerdings mit diesem Aufschwunge nicht recht Schritt gehalten, indem sie sich von 1900 bis 1909 beliefen auf 8, 4, 6, 7, $7\frac{1}{2}$, $8\frac{1}{2}$, $8\frac{1}{2}$, 7, $7\frac{1}{2}$ und $8\frac{1}{2}$ Prozent.

Dem längere Zeit schlecht entwickelten Depositenwesen in Sachsen hat die Dresdner Bank durch Eröffnung der Depositenkassen wesentlich in die Höhe geholfen. Es betragen

Handel und Verkehr.

| | die Kontenzahl in Millionen Mark | die Einlagen |
|---------------|-------------------------------------|--------------|
| im Jahre 1900 | 26 934 | 94,6 |
| im Jahre 1901 | 24 854 | 77,6 |
| im Jahre 1902 | 26 775 | 93,2 |
| im Jahre 1903 | 29 114 | 108,2 |
| im Jahre 1904 | 35 634 | 136,6 |
| im Jahre 1905 | 40 335 | 163,4 |
| im Jahre 1906 | 52 821 | 199,0 |
| im Jahre 1907 | 67 212 | 224,8 |
| im Jahre 1908 | 79 188 | 224,5 |
| im Jahre 1909 | 84 905 | 255,6 |

Dazu kommen noch die unter „Kreditoren“ zusammengefaßten Gelder, die im Jahre 1900 sich auf 188,1 Millionen Mark und im Jahre 1909 auf 472,2 Millionen Mark beliefen. In derselben Zeit wuchsen die Depositen der Deutschen Bank von 138,2 Millionen Mark auf 489,3 Millionen Mark und die Kreditoren von 252,9 Millionen Mark auf 790,4 Millionen Mark an.

Die Anlegung der Mittel zeigt sich in dem Wechselgeschäft und im Debitoren-Kontokorrent. Der Wechselumlauf betrug im Jahre 1901 970 371 Stück im Betrage von 4116 Millionen Mark, im Jahre 1909 3 931 149 Stück im Betrage von 8761 Millionen Mark. Die Stückzahl der Wechsel hätte sich demnach vervierfacht, während der Gesamtbetrag auf das Doppelte angewachsen ist. Auf diese Weise erscheint der Durchschnittsbetrag des einzelnen Wechsels heute geringer als vor 8 Jahren. Man darf daraus schließen, daß der Wechselverkehr in weitere kreditbedürftige Kreise der Bevölkerung gedrungen ist. Das Debitoren-Kontokorrent war im Jahre 1900 281,4 Millionen Mark, im Jahre 1909 443,6 Millionen Mark. In diesem Geschäft ist der Dresdner Betrieb hinter dem Berliner zurückgeblieben, denn in Dresden ist das Debitoren-Kontokorrent von 26,2 Millionen Mark in 1901 auf 32,2 Millionen Mark in 1909 gestiegen, in Berlin dagegen von 87,1 Millionen Mark auf 176,6 Millionen Mark in der gleichen Zeit.

Auch im Unternehmergeschäft zeigt die Dresdner Bank im letzten Jahrzehnt eine staunenswerte Entwicklung. Dauernde Beteiligungen an fremden Banken, das Konto der eigenen Effekten, das Konsortialkonto — sie alle haben sich vergrößert. Ihre geschäftlichen Beziehungen hat die Dresdner Bank neben der gänzlichen Übernahme von Bankinstituten dadurch vervollständigt, daß sie eine Reihe von Banken durch dauernden Aktienbesitz an sich fesselte. Die Märkische Bank, die Rheinische Bank, die Oberschlesische Bank, die Württembergische Landesbank, die Oldenburgische Landesbank, die Landgräfllich Hessische konzeffionierte Landesbank, die Schwarzburgische

Landesbank gehören in ihren Konzern. Das Konto der Beteiligung an fremden Banken ist von 3,7 Millionen Mark in 1903 auf 31 Millionen Mark in 1909 gestiegen. Das Konto der eigenen Effekten zeigt in der gleichen Zeit eine Vermehrung von 37,9 Millionen Mark auf 57,9 Millionen Mark. Seine Veränderung ist wesentlich durch die Anlage in festverzinslichen Werten und Aktien von Eisenbahnunternehmungen bedingt, während der Besitz von Aktien anderer Gesellschaften stabil geblieben oder zurückgegangen ist. Das Konsortialkonto, das in 1900 sich auf 37,8 Millionen Mark belief, ist bis zum Jahre 1909 auf 36,7 Millionen Mark heruntergegangen, nachdem es im Jahre 1906 eine Höhe von 49,7 Millionen Mark erreicht hatte. Auch bei ihm handelt es sich im wesentlichen um Beteiligung an festverzinslichen Werten, so daß eine Verminderung der spekulativen Geschäfte angenommen werden kann.

Indes nicht nur im Inlande, auch im Auslande betätigt sich die Dresdner Bank. Seit dem Jahre 1905 hat sie es sich angelegen sein lassen, ihre ausländischen Verbindungen zu erweitern, besonders in überseeischen Gebieten. Zum Auslandgeschäft ließe sich bereits die Beteiligung an dem Bankhause Speyr & Co. in Basel im Jahre 1904 rechnen, die es darauf abgesehen hatte, den süddeutschen Wirkungskreis zu erweitern. Im Jahre 1905 trat die Dresdner Bank in nähere Beziehungen zu dem Hause J. P. Morgan in Newyork, besonders für den Austausch von Beteiligungen an den beiderseitigen Geschäften. Weiter hat sie in Verbindung mit dem Schaaffhausenschen Bankverein die Nationalbank für Deutschland, die deutsche Orientbank und die deutsche südamerikanische Bank gegründet. Im Jahre 1909 erwarb sie Anteile des Hauses Allard & Cie. in Paris. Außerdem hat sich die Bank an einer Reihe anderer Unternehmungen beteiligt, wie der General Mining and Finance Corporation, an Kabeltelegraphengesellschaften, der Victoria Falls Power Company und anderen. Auch bei einer Anzahl ausländischer Anleihen ist sie im letzten Jahrzehnt beteiligt gewesen.

Nicht so stark hat sich die Tätigkeit der Reichsbankhauptstelle in Dresden entwickelt, die hinter der Leipziger zurückgeblieben ist. Immerhin legt doch auch sie Zeugnis ab von dem rege vorwärts schreitenden Geschäftsgesist der Dresdner Kaufmannschaft und nimmt unter den einzelnen Reichsbankanstalten des Reiches nach dem Gesamtumsatz die 11. Stelle ein. Der Geschäftsumsatz in Einnahmen und Ausgaben betrug in Millionen Mark

| | Dresden | Leipzig |
|---------------|---------|---------|
| im Jahre 1900 | 4 399,9 | 5 927,4 |
| im Jahre 1901 | 4 177,7 | 4 969,9 |
| im Jahre 1902 | 2 975,6 | 4 363,1 |
| im Jahre 1903 | 2 894,2 | 4 645,6 |

Handel und Verkehr.

| | Dresden | Leipzig |
|---------------|---------|---------|
| im Jahre 1904 | 3 217,9 | 4 601,9 |
| im Jahre 1905 | 3 656,9 | 4 838,4 |
| im Jahre 1906 | 3 981,3 | 6 142,4 |
| im Jahre 1907 | 4 187,5 | 6 697,9 |
| im Jahre 1908 | 4 154,5 | 6 001,7 |
| im Jahre 1909 | 4 267,9 | 6 961,6 |

Eine eigenartige Umwandlung hat der **Dresdner Bankverein** durchgemacht. Er erhöhte sein Aktienkapital im Jahre 1900 von 12 Millionen Mark auf 18 Millionen Mark, zum Teil behufs Angliederung der Firma Bassenge & Co. Fünf Jahre später erfolgte eine weitere Erhöhung um 3 Millionen Mark, um die Sächsische Diskontbank übernehmen zu können. Demgemäß erweiterten sich unter gleichzeitiger Verstärkung der Reserven von 2,1 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 3 Millionen Mark im Jahre 1906 seine Geschäftskreise. Im Jahre 1904 wurde eine Filiale in Meißen, im Jahre 1906 eine Depositenkasse in Kommatzsch eröffnet. An der Vereinsbank Colditz beteiligte sich der Bankverein mit 250 000 *M.* Im Jahre 1907 wurden die Firmen Ernst Petasch in Chemnitz und Kröber & Co. in Meißen übernommen, sowie Filialen in Wurzen, Kamenz und Sebnitz, eine Depositenkasse in Oderan in Gang gebracht. Mit diesen Bestrebungen wollten die Dividenden allerdings nicht recht Schritt halten, denn sie beliefen sich von 1900 bis 1908 auf je 8, 5^{1/2}, 5, 5, 5^{1/2}, 6, 6, 6, 5 Prozent. Das Vertrauen des Publikums hielt sich nach Überwindung der Krise von 1901 gleichwohl, indem die dem Bankverein zufließenden Gelder allmählich nach vorübergehendem Rückgange wieder anwuchsen: das Konto der Depositen von 7,1 Millionen Mark in 1900 auf 12,1 Millionen Mark in 1908, das Konto der Kreditoren in der gleichen Zeit von 7,9 Millionen Mark auf 10,8 Millionen Mark. Die Entwicklung der Hauptaktiengeschäfte verlief jedoch nicht so vertrauenerweckend, insofern das Debitorenkonto nur eine Zunahme von 24,2 Millionen Mark auf 32,6 Millionen Mark und das Wechselkonto gar eine Abnahme von 15,4 Millionen Mark auf 13,7 Millionen Mark erkennen läßt. Daran mag es wohl gelegen haben, daß durch Beschluß der Generalversammlung vom 14. Oktober 1909 das Kapital des Bankvereins auf die Magdeburger Privatbank übertragen wurde, die ihre Firma in „Mitteldeutsche Privatbank“ umwandelte. Für 6 Aktien des Dresdner Bankvereins wurden 5 der neuen Bankunternehmung gegeben.

Zu den von dem Dresdner Bankverein aufgesogenen Anstalten gehört die **Sächsische Diskontbank**. Bei ihr bestand ein „Kreditverein zum Zweck der Diskontierung von Geschäftswechseln besonders mit Rücksicht auf kleinere Fabrikanten“ als eine von der Bank gegründete Vereinigung,

die ihr gegenüber beschränkt haftete. Die Diskontbank arbeitete mit einem Stammkapital von 3 Millionen Mark, ging jedoch in ihren Geschäften zurück. Die der Bank zufließenden Gelder beliefen sich auf dem Geldeinlagenkonto in 1900 auf 2 077 000 M, im Jahre 1904 nur 1 400 000 M; auf dem Kreditorenkonto in 1900 743 000 M, vier Jahre später 742 000 M. Das Wechselportefeuille zeigt in 1900 durchschnittlich 3 821 000 M, in 1904 2 532 000 M, die Außenstände in 1900 2 668 000 M, vier Jahre später 2 416 000 M. So schien es, daß das Institut sich von dem unheilvollen Einfluß der Krise nicht zu erholen vermochte, und daher wurde am 9. Dezember 1905 beschlossen, die Bank aufzulösen und das Vermögen an den Dresdner Bankverein zu übertragen. Für je 3000 M Aktien der Sächsischen Diskontbank wurden 3000 M des Dresdner Bankvereins gegeben, wobei der Dividendschein für 1905 mit 6 Prozent zur Einlösung kam.

Einen wenig erfreulichen Verlauf nahm die Kreditanstalt für Industrie und Handel. Ihr Kapital belief sich in 1894 auf 5 Millionen Mark und wurde in den Jahren 1895, 1897 und 1899 um je 5 Millionen Mark, mithin im ganzen auf 20 Millionen Mark erhöht. Sie begann im Jahre 1895 die Verbindung mit der Aktiengesellschaft Elektrizitätswerke Dresden vormals O. L. Kummer & Co., die infolge des Aufschwungs der Elektrizitätsindustrie einer verheißungsvollen Zukunft entgegenseh. Die Elektrizitätswerke riefen eine Anzahl von Elektrizitätsunternehmungen (Tochteranstalten) ins Leben und die Kreditanstalt bildete für den ganzen Konzern das Kreditinstitut in der Absicht, auf diese Weise ihren Geschäftskreis auszudehnen. Als jedoch der Rückschlag eintrat, erwies sich, daß die bedeutenden Kapitalsfixierungen in den Tochterinstituten verhängnisvoll und die meisten Gründungen nicht lebensfähig waren. Es stellte sich heraus, daß die ungeheure Ausdehnung eine übereilte gewesen war, und die Kummerwerke sahen sich genötigt, am 15. Juni 1901 den Konkurs anzumelden. Dadurch geriet die Kreditanstalt, die dem Kummerschen Konzern Kredite in der Höhe fast der Hälfte ihres eigenen Kapitals eingeräumt hatte, nämlich 9 Millionen Mark, selbst in Zahlungsschwierigkeiten. Durch die Hilfsaktion einer Anzahl von Banken unter Teilnahme der Reichsbankhauptstelle, die gegen Unterpand Mittel zur Befriedigung der Einleger und Buchgläubiger zur Verfügung stellten, konnte die Ankündigung des Konkurses verhindert werden. Die Generalversammlung vom 12. Juli 1901 beschloß die Liquidation, deren Abwicklung noch nicht beendet ist.

Besonderen Zwecken dient die Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden. Sie wurde am 29. September 1900 als gemeinnützige Anstalt durch Beschluß des Rates und der Stadtverordneten gegründet, ist Eigentum der Stadt Dresden und steht unter der Oberleitung des Rates. Die Anstalt will Straßen- und Ent-

wässerungsbauten, sowie die zur Beseitigung der Abfallstoffe dienenden Einrichtungen, die im Interesse der Erweiterung und Ausgestaltung der Stadt Dresden und der Wohlfahrt ihrer Bewohner durchzuführen sind, erleichtern, indem sie den Grundbesitzern gegen Belastung ihrer Grundstücke mit Renten die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Auch hat sie die Aufgabe, den Grundbesitz innerhalb der Stadt zu fördern, indem sie Darlehen gegen Hypotheken gewährt. Die Rente darf nicht über 6 Prozent des Kapitals zuzüglich der Beiträge zum Verwaltungsfonds und Reservefonds, die in jährlich höchstens ein viertel oder ein achteil Prozent des Kapitals bestehen, betragen. Die jährliche Tilgungsquote muß mindestens ein halbes Prozent des dargeliehenen Kapitals betragen. Durch ministerielle Genehmigung ist ihr erlaubt, Grundrentenbriefe bis zu 20 Millionen Mark und Pfandbriefe bis zu 90 Millionen Mark auszugeben. Von den ersteren sind bis jetzt 15 Millionen Mark zu 4 Prozent, von den letzteren 80 Millionen Mark zu $3\frac{3}{4}$ und 4 Prozent emittiert. — Laut Verfassung vom 7. Juli 1910 ist die Anstalt in eine selbständige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts unter der verantwortlichen Oberleitung des Rates umgewandelt worden.

Entsprechend der großen Wichtigkeit, die in moderner Zeit der Versicherung beigegeben wird, hat das Versicherungsgewerbe¹⁾ zugenommen. Es zählte im Jahre 1882 78 Hauptbetriebe mit zusammen 279 Personen, im Jahre 1895 105 Betriebe mit 411 Personen und im Jahre 1907 323 Betriebe mit zusammen 1830 Personen. Die Zahl der Betriebe hätte sich demnach von 1882 bis 1907 um 314 Prozent, die der Personen um 556 Prozent vermehrt. Dabei hat sich das Versicherungsgeschäft immer mehr in der Stadt Dresden zusammengedrängt, denn 1882 sind von allen im Versicherungsgeschäft in Sachsen vorhandenen Erwerbstätigen (1053) in Dresden 26,4 Prozent, im Jahre 1895 (1855) 22,1 Prozent und im Jahre 1907 (5093) 36 Prozent in Dresden nachgewiesen. Während im ganzen Lande die dem Versicherungsgeschäft sich widmenden Personen sich um 383,6 Prozent vermehrten, stiegen sie in Dresden um 556 Prozent. Neben den anderen sächsischen Großstädten spielt das Versicherungsgewerbe in Dresden auch eine größere Rolle, denn Leipzig hat 271 Hauptbetriebe mit 2114 Personen, Chemnitz 98 mit 302 Personen und Plauen nur 45 Betriebe mit 74 Personen aufzuweisen.

Das hauptsächlichste Interesse konzentriert sich hierbei auf die Versicherungsagenturen, deren 235 mit 709 Erwerbstätigen vorhanden sind, und auf die Krankenversicherung, die in 86 Betrieben mit 429 Personen geübt wird. Im übrigen haben verschiedene ansehnliche Versiche =

¹⁾ An den Abschnitten Versicherung, Elbverkehr, Post und Telegraphie hat der Assistent des volkswirtschaftlichen Seminars Dr. A. Danner mitgearbeitet.

run g s g e s e l l s c h a f t e n ihren Sitz in Dresden. Unter diesen ist zu nennen die Landwirtschaftliche Feuerversicherungs-genossenschaft im Königreich Sachsen, eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit, die im Jahre 1873 gegründet, die Feuerversicherung und seit 1907 auch die Versicherung gegen Einbruchs- diebstahl betreibt. Sie hatte in 1904 für 768,7 Millionen Mark und in 1908 für 960,3 Millionen Mark Versicherungen abgeschlossen und an Schäden in 1904 435 691 *M.*, in 1908 386 136 *M.* vergütet. Der Reservefonds erreichte in 1908 die Höhe von 1 Million Mark und die übrigen Reserven beliefen sich zur gleichen Zeit auf 1 642 000 *M.*

Für Kranken-, Unfall- und Lebensversicherung kommt in Dresden die Urania seit 1891 in Betracht. Sie arbeitet mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark, von dem 25 Prozent eingezahlt sind. Sie vergütete in Lebens-, Aussteuer- und Volksversicherung 1904 46 934 *M.*, 1908 159 450 *M.*, in der Krankenversicherung 1904 13 082 *M.*, 1908 32 602 *M.*, in der Unfallversicherung 1904 83 067 *M.*, 1908 119 897 *M.*

Für See-, Fluß- und Landtransport sorgt die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft seit dem Jahre 1860. Von dem auf 3 Millionen Mark bemessenen Aktienkapital sind 1908 30,4 Prozent eingezahlt. Der Reservefonds erreichte in 1908 die Höhe von 600 000 *M.*, die übrigen Reserven die Höhe von 1 660 668 *M.* Die Vergütung für Schäden belief sich 1904 auf 1 118 821 *M.*, in 1908 auf 1 774 318 *M.*

Der Viehversicherung sind die Vaterländische Viehversicherungs-Gesellschaft zu Dresden seit 1887 und die sächsische Vieh-Versicherungsbank in Dresden seit 1872 gewidmet. Die erstere arbeitet mit einem Garantie- und Betriebsfonds von 300 000 *M.*, von dem 25 Prozent bar eingezahlt sind, die letztere mit einem Gesellschaftskapital von 66 000 *M.* Die erstere hat in 1908 einen Reservefonds von 279 611 *M.*, die letztere von 151 537 *M.* Die Spezial-Prämien-Schaden-Reserve beläuft sich bei der ersteren auf 235 333 *M.*, bei der letzteren auf 274 520 *M.* Die Versicherungssumme belief sich in 1904 bei der ersteren auf 8,6 Millionen Mark und in 1908 auf 9,4 Millionen Mark; bei der letzteren stieg sie in der gleichen Zeit von 19 Millionen Mark auf 26,5 Millionen Mark. Die bezahlten Entschädigungen erreichten bei der ersteren die Höhe von 358 052 *M.* in 1908 (1904: 375 014 *M.*), bei der letzteren von 579 217 *M.* (1904: 804 960 *M.*).

Endlich verdient die Sächsische Rückversicherungs-Gesellschaft, die seit 1863 mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark, von dem 10 Prozent eingezahlt sind, besteht, Erwähnung. Ihr Reservefonds beträgt 300 000 *M.*, ihre Prämieinnahme in 1904 1 310 504 *M.*, in 1908 1 485 121 *M.*, in 1909: 1 629 844 *M.*, die Schaden- und Prämienreserve 877 762 *M.* Für Schäden bezahlte sie in 1904 593 741 *M.*, in 1909 835 370 *M.*

Im Verkehrsgewerbe macht sich gleichfalls die neue Zeit geltend. Die mit Straßenbahnbetrieb, Personenfuhrwerk, Spedition und Güterbeförderung, Frachtfuhrwerk usw. beschäftigten Personen haben in einer an Volkszahl wachsenden Stadt fortschreitend viel zu tun und man bedarf ihrer mehr. Sie vermehrten sich in Dresden von 1882 bis 1895 um 150 Prozent, von 1895 bis 1907 um 56 Prozent, im ganzen von 1882 bis 1907 um 293 Prozent. Die Binnenschifffahrt (der Wasserverkehr) tritt hinter dem Landtransport zurück. Noch im Jahre 1882 war der Wasserverkehr zahlreicher besetzt als der Landverkehr, ist aber bis zum Jahre 1907 relativ an Bedeutung gesunken. Wenn im Jahre 1882 von allen im Wasser- und Landverkehr nachgewiesenen Erwerbstätigen (3179) 63 Prozent auf den ersteren entfielen, so repräsentiert er im Jahre 1907 von allen (6872) in diesen Branchen tätigen Personen nur 42 Prozent.

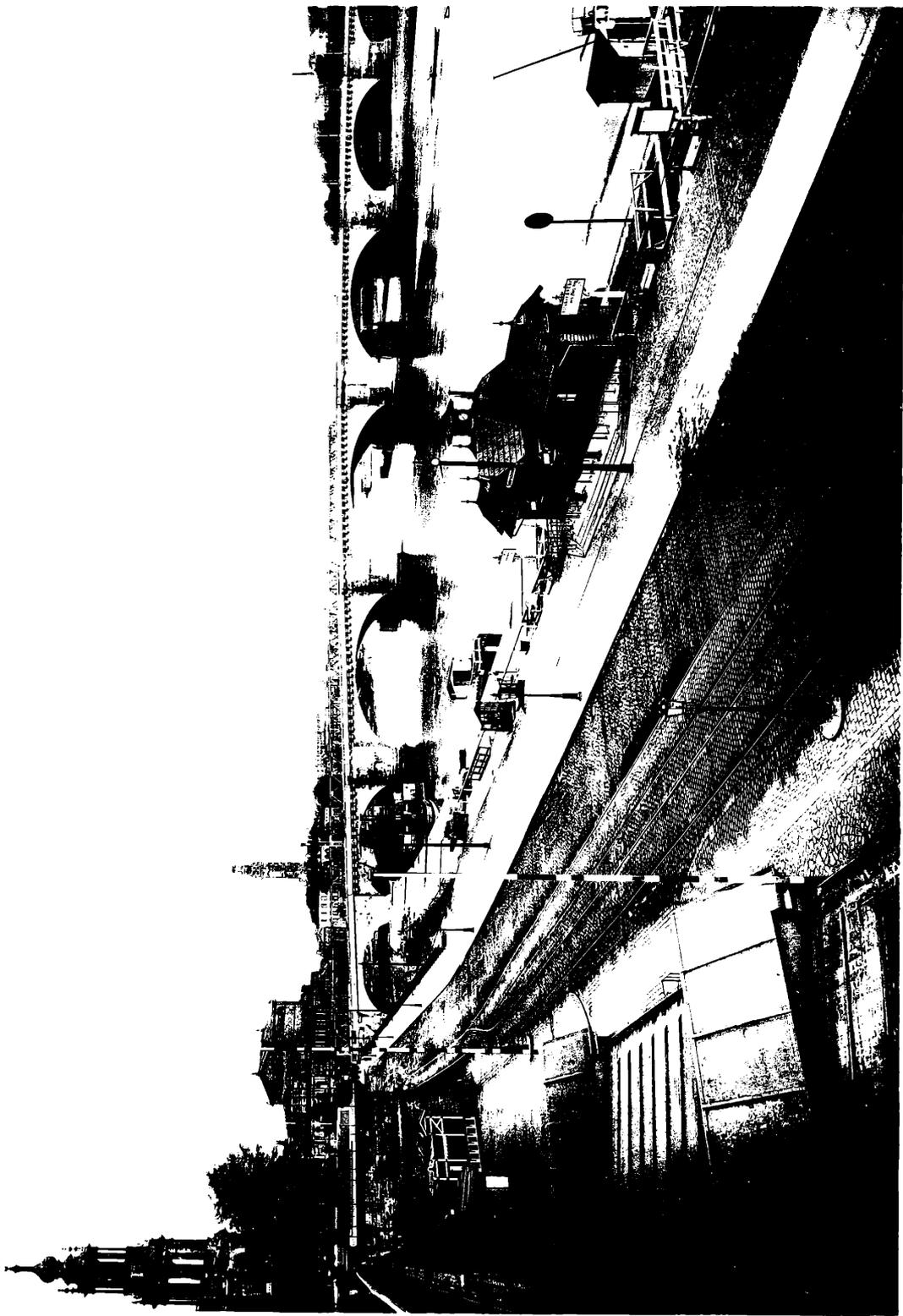
Es waren beschäftigt Personen

| | 1882 | 1895 | 1907 |
|------------------|-------|-------|-------|
| im Landtransport | 1 261 | 3 182 | 4 962 |
| im Wasserverkehr | 1 918 | 1 136 | 2 910 |
| als Dienstmänner | 595 | 537 | 691 |

Mit dem Anwachsen der Bevölkerung und dem gesteigerten Fremdenverkehr mußten Dienstmannsinstitute, Lohndiener, Fremdenführer und ähnliche Personen zahlreicher werden. In der Tat haben sie sich vermehrt, indes verhältnismäßig an Bedeutung gegenüber den anderen Erwerbstätigen verloren. Auf 1000 der gesamten gewerbstätigen Bevölkerung Dresdens wurden 1882 7,86, 1895 4,37 und 1907 nur noch 3,7 derartiger Persönlichkeiten nachgewiesen. Die Mode scheint sich vom Fremdenführer und Lohndiener abgewandt zu haben, und vermutlich würde der Rückgang dieser Gruppe stärker in die Augen fallen, wenn nicht in den modernen „Wach- und Schließgesellschaften“ eine beinahe 100 Angestellte umfassende, bis jetzt unbekanntere Erwerbsart sich in den Rahmen des Gewerbslebens eingefügt hätte.

Der wirtschaftlichen Selbständigkeit nach erscheinen die kleinen Betriebe mit höchstens 5 Personen im Verkehrsgewerbe obenan. Sie machen 80 Prozent aller aus. Aber wie schon in der Industrie haben die an Zahl geringen Großbetriebe doch die meisten Personen, und von allen im Verkehr tätigen Personen gehören 88,1 Prozent zu ihnen. Die ganz großen Betriebe, die mehr als 1000 Angestellte umfassen, sind im Straßenbahnbetrieb und in der Binnenschifffahrt anzutreffen.

Im Vergleich mit den drei anderen sächsischen Großstädten erscheint Dresden, im wesentlichen infolge seiner Lage an einem ansehnlichen Flusse, in besonderer Beleuchtung. Es sind Personen nachgewiesen



König-Friedrich-August-Brücke

Handel und Verkehr.

| | Dresden | Leipzig | Chemnitz | Plauen |
|--|---------|---------|----------|--------|
| im Landtransport | 4 962 | 5 057 | 1 451 | 409 |
| im Wassertransport | 2 910 | 17 | 1 | — |
| Auswanderungsvermittlung und Reisebureaus | 29 | 14 | 1 | — |
| Dienstmannsinstitute | 691 | 243 | 62 | 84 |
| Straßenreinigung, Abfuhranstalt | 815 | 733 | 344 | 37 |

Es ergibt sich aus diesen Daten, daß Dresden im Wassertransport einzigartig dasteht. Auf den Landtransport entfallen von je 1000 Erwerbstätigen in Dresden 25, in Leipzig 23, in Chemnitz 13 und in Plauen 8¹⁾. Auch für die Straßenreinigung, die Müllbeseitigung und Abfuhranstalten hält Dresden eine größere Zahl von Personen zur Verfügung, nämlich von 1000 Erwerbstätigen der Stadt entfallen auf diese Klasse in Dresden 4,3, in Leipzig 3,4, in Chemnitz 3 und in Plauen 0,7 Personen.

Die eigenartige Lage an einem großen Flusse verleiht dem Verkehre der Stadt Dresden einen besonderen Charakter, und daher muß den auf dieser Wasserstraße sich vollziehenden Leistungen Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Gesamtgüterverkehr auf der Elbe steht hinter dem des Rheins zurück und der Elbgüterverkehr Dresdens hinter dem Rheingüterverkehr Mannheims beispielsweise. Die Elbe ist eben eine unbeständige Wasserstraße, deren Vorratskammern nicht hinter Gletschertoren liegen und deren ganzer Lauf nirgend die 0 Januarisotherme, die Grenzmarke strengerer Winter, überschreitet. Besonders der Oberlauf leidet an diesen Mängeln. Dann aber ist Dresden kein so ausgesprochener Umschlagsplatz wie Mannheim. Dresden empfängt auf dem Wasser zu Tal durchschnittlich ebensoviel Güter wie zu Berg. Daher zeigt im letzten Jahrzehnt der Ortsverkehr weder eine rasch ansteigende noch überhaupt eine gerade aufsteigende Kurve, sondern eine Wellenlinie, die am Anfang des Zeitraums von einem Wellenberg, an dessen Ende gewissermaßen von einem Wellental flankiert ist, im übrigen um den durchschnittlichen Betrag von 900 000 Tonnen gleich 22 Prozent der gesamten angeschriebenen Güterbeförderung von und nach Dresden schwankt. Es sind in dem Elbgüterverkehr Dresdens

| | angekommen | abgegangen | zusammen |
|------|----------------|------------|----------|
| | in 1000 Tonnen | | |
| 1899 | 840 | 100 | 940 |
| 1900 | 734 | 131 | 865 |
| 1901 | 803 | 94 | 897 |
| 1902 | 670 | 108 | 778 |

¹⁾ Die Zahl der Erwerbstätigen, die hier zugrunde gelegt ist, beträgt in Dresden 190 911, in Leipzig 217 119, in Chemnitz 113 367, in Plauen 50 101.

Handel und Verkehr.

| | angekommen | abgegangen | zusammen |
|------|----------------|------------|----------|
| | in 1000 Tonnen | | |
| 1903 | 815 | 129 | 944 |
| 1904 | 616 | 90 | 706 |
| 1905 | 826 | 147 | 973 |
| 1906 | 790 | 170 | 960 |
| 1907 | 811 | 129 | 940 |
| 1908 | 702 | 125 | 827 |

Die größte Differenz zeigen vor allem die Jahre 1904, 1905 und 1906, eine Differenz von 267 000 Tonnen. Daß damals auch gerade der Wasserstand außerordentlich schwankte, beweist die Zahl der Tage, an denen ein Fahrzeug mit normalen Ausmaßen in halber bis ganzer Höhe seiner Tauchtiefe befrachtet werden konnte. Die Zahl dieser Tage betrug in 1904 210, in 1905 dagegen 305 und in 1906 326. Immerhin muß man sich doch davor hüten, den Einfluß des Wasserstandes zu überschätzen. Im Jahre 1906 ging der Güterverkehr, freilich nur wenig, zurück, obwohl die Wasserstandsverhältnisse günstigere als im Vorjahre waren. So scheint die Annahme begründet, daß 900 000 Tonnen die Leistungsfähigkeit der Elbe für Dresden in einigermaßen normalen Jahren keineswegs erschöpfen, wohl aber den Bedarf Dresdens an schwimmendem Gut zurzeit decken. Dresden bietet eben wegen des beschränkten Interesses des Hinterlandes an der Elbe überhaupt und an dem Dresdner Hafen speziell, keinen namhaften Umschlagsverkehr. Die Konkurrenz anderer Häfen, die Schiffbarkeit der Elbe oberhalb Dresdens, die Produktionsverhältnisse des Hinterlandes, das nur in geringem Umfange unbestrittene Interessensphäre Dresdens, ja der Elbe ist, die Konkurrenz des Schienenweges spielen hier in jährlich wechselnder Bedeutung mit.

An der Bewegung der beiden wichtigsten Massengüter des Dresdner Elbverkehrs, Kohle und Getreide, läßt sich das Gesagte am deutlichsten veranschaulichen. Dresden empfing von 1903 bis 1907 durchschnittlich jährlich 220 000 Tonnen Kohle auf der Elbe, aber rund viermal soviel, nämlich 900 000 Tonnen, auf der Eisenbahn, davon mindestens zwei Drittel aus den Kohlenbecken seines Hinterlandes. Dresdens Elbkais kommen somit für sein Hinterland überhaupt nicht in Frage, denn sie verschicken nicht nur keine Tonne angeschwommener Kohle ins Hinterland, sondern von dessen Gruben werden sogar Dresdens Öfen beschickt. Umgekehrt liegt das Verhältnis Mannheims zu seinem Hinterlande, obwohl ein Blick auf die Landkarte Mitteleuropas auf den Gedanken bringen könnte, daß die Natur beide Städte mit mütterlicher Unparteilichkeit gleich begünstigt hätte. Mannheim empfing 1895 bis 1904 durchschnittlich jährlich 1 800 000 Tonnen Kohle und versandte davon auf der Eisenbahn 1 270 000 Tonnen in sein Hinterland.

Mit dem Getreide verhält es sich ähnlich. Sachsen, dessen Bevölkerung nur zu einem Zehntel Landwirtschaft treibt, bedarf erheblicher Zufuhr an Weizen, Roggen und Mühlenfabrikaten, die zum Teil in der Tat auf der Elbe erfolgt. Allein die Größe des Schiffsempfangs wird wesentlich bestimmt von dem Ausfall der deutschen Ernte und dem Systeme der Einfuhrscheine. Ist die Ernte in Deutschland gut ausgefallen, so versorgt sich das Hinterland der sächsischen Elbhäfen durch Bahnbezug aus näherliegenden deutschen Überschußgebieten und umgekehrt. Die Einfuhrscheine aber begünstigen den Bezug ausländischen Getreides, für welches die Elbe das gegebene Einfallstor ist. Diese Momente erklären die Schwankungen der Getreidezufuhr auf der Elbe nach Dresden.

Es sind auf der Elbe angekommen bei Dresden in Tonnen:

| | Weizen, Spelz | Roggen | Hafer | Gerste | andere Getreide |
|------|---------------|--------|--------|--------|-----------------|
| 1900 | 29 358 | 22 094 | 9 979 | 9 006 | 25 440 |
| 1901 | 61 777 | 28 797 | 13 324 | 9 480 | 25 838 |
| 1902 | 60 331 | 12 143 | 3 911 | 5 385 | 22 332 |
| 1903 | 49 279 | 13 756 | 6 544 | 15 027 | 26 082 |
| 1904 | 52 991 | 6 105 | 751 | 6 872 | 12 328 |
| 1905 | 57 053 | 12 481 | 17 676 | 16 514 | 23 539 |
| 1906 | 49 111 | 13 617 | 7 441 | 19 644 | 21 219 |
| 1907 | 86 209 | 17 690 | 732 | 16 953 | 26 499 |

Allerdings hat der Wettbewerb Riefas die Hand ebenfalls mit im Spiele, das nur den kleineren Teil des nach Sachsen elbaufwärts schwimmenden Brotgetreides nach Dresden vorbeiläßt. In dieser Beziehung steht Mannheim unvergleichlich besser da, denn es empfing von 1895 bis 1904 durchschnittlich 800 000 Tonnen Getreide auf dem Rhein und verschickte mit der Eisenbahn über 500 000 Tonnen ins Hinterland. Dresden konsumiert mit den Vororten wohl den größten Teil seines Getreideempfanges selbst und gibt höchstens ein Drittel an die weitere Umgebung ab.

Wie man die bei den anderen Gütern sich zeigenden ähnlichen Schwankungen im Zugange erklären darf, kann fraglich sein. Es ist möglich, daß Produzenten, die nur per Bahn nach Dresden liefern können, elbanliegenden Konkurrenten auf dem Dresdner Markte die Aufträge wegnahmen. Doch bereitet schon jetzt vor Einführung der Schiffsabgaben die Eisenbahn eine scharfe Konkurrenz. Bei einzelnen Waren spielt die Schifffahrt der Elbe in gewissen Monaten eine Rolle. Endlich sind die Bewegungen der neben Getreide und Kohle bedeutendsten Massengüter, nämlich der Baumaterialien, ein Spiegelbild der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage. Mitunter bedeutet der Rückgang des Elbverkehrs in diesen Artikeln einen Rückgang des Gesamtumsatzes überhaupt, also auch der Zufuhr auf der Eisenbahn. Die Bautätigkeit ist besonders empfindlich gegen Krisen. Die Zufuhr

von Mauersteinen und Dachziegeln sinkt von 1901 bis 1903 von 5566 Tonnen auf 589 Tonnen und 1904 unter Mitwirkung des schlechten Wasserstandes auf 67 Tonnen, dann steigt sie bis 1906 auf 8270, um im folgenden Jahre wieder auf 491 Tonnen zurückzusinken. Freilich ist nicht zu übersehen, daß andere Warengattungen wie Steine und Steinwaren, Zement, Kalk, Traß, Erde, Lehm, Sand, Kies, Kreide seit 1902 einen ziemlich ständigen, teilweise scharfen Abfall der Zufuhr zeigen, während die Abgangszahlen für Steine und Steinwaren häufig die doppelte und dreifache Höhe der Rekordziffern der 90 er Jahre erreichen. Dieser sonderbaren Erscheinung gegenüber genügt offenbar der Hinweis auf die Konjunkturen nicht. Vielleicht emanzipiert sich ein Teil der elbanliegenden Lieferanten von Dresdner Aufträgen, und Dresdner Fabrikanten wiederum versorgen sich aus Rohstoffquellen, für die nur Bahnlieferung in Betracht kommt, oder es hat die Tarifpolitik der Eisenbahnen den Sieg davongetragen. Allerdings geben die Zahlen keinen Aufschluß darüber, ein wie großer Prozentsatz der genannten Warengattungen als Baumaterial wirklich Verwendung findet, und wieviel wieder in den „abgegangenen Steinen und Steinwaren“ enthalten ist, ob ferner das Sinken der „angekommenen“ mit dem Steigen der „abgegangenen“ Waren deshalb in keinen Zusammenhang gebracht werden darf, weil letzteres der Exportindustrie des Hinterlandes allein gutzuschreiben ist. Es sind auf der Elbe bei Dresden angekommen in Tonnen

| | Zement, Traß, Kalk | Erde, Lehm, Sand, Kies, Kreide | Glas, Glaswaren | Steine, Steinwaren |
|------|-----------------------|-----------------------------------|--------------------|-----------------------|
| 1901 | 3 097 | 160 078 | 198 | 81 468 |
| 1902 | 4 039 | 55 396 | 172 | 74 374 |
| 1903 | 3 904 | 51 858 | 103 | 77 561 |
| 1904 | 2 424 | 45 730 | 129 | 53 103 |
| 1905 | 1 205 | 34 754 | 242 | 44 023 |
| 1906 | 1 283 | 34 631 | 121 | 50 689 |
| 1907 | 651 | 31 578 | 118 | 45 412 |
| 1908 | 3 027 | 42 047 | 113 | 31 841 |

Es sind abgegangen auf der Elbe bei Dresden

| | Glas und Glaswaren | Steine und Steinwaren |
|------|--------------------|-----------------------|
| 1901 | 13 048 | 2 799 |
| 1902 | 14 013 | 2 867 |
| 1903 | 16 601 | 6 317 |
| 1904 | 15 309 | 3 026 |
| 1905 | 19 467 | 13 231 |
| 1906 | 20 496 | 11 836 |
| 1907 | 24 587 | 11 263 |
| 1908 | 18 499 | 8 396 |

Auf der Eisenbahn in Sachsen

| | kamen an Steine gebr. | gingen ab Bruch- und Bausteine |
|------|--------------------------|-----------------------------------|
| 1901 | 338 816 | 413 646 |
| 1902 | 380 999 | 426 227 |
| 1903 | 475 600 | 556 779 |
| 1904 | 491 656 | 795 844 |
| 1905 | 357 363 | 817 119 |
| 1906 | 369 347 | 1 093 553 |
| 1907 | 371 177 | 999 556 |

Für Steine und Steinwaren gewährt somit Dresdens Empfang und Versand auf der Elbe ein ähnliches Bild wie der Bahnempfang und Versand Sachsens in diesem Artikel. Dresdens Empfang sinkt, der Versand steigt. Sachsens Empfang bleibt beständig, sein Versand jedoch steigt um das Doppelte.

Die Warengattungen Kohle, Getreide nebst Mehl, Mühlenfabrikaten und Hülsenfrüchten sowie Baumaterialien machen in den meisten Jahren über die Hälfte des ganzen Elbverkehrs aus. Mit deren Umsatzziffern können sich nur noch messen der Verkehr in Holz (Stämme, Bretter, Scheite), Zucker, Melasse, Sirup, Petroleum, die oft 50 000 Tonnen fast erreicht oder überschritten haben. In weiterem Abstände folgen andere Waren, als Düngemittel, Roheisen, Glas und Glaswaren, von denen in der Regel 10 000 bis 20 000 Tonnen, in letzter Reihe Öle und Fette, Kaffee und Kakao, wovon durchschnittlich 8000 bis 10 000 Tonnen auf der Elbe bei Dresden angekommen und abgegangen sind.

Von den genannten Waren bilden Getreide, Mehl, Zucker, Melasse, Sirup, Petroleum, Kolonialprodukte, Steine, Steinwaren, Glas- und Glaswaren den Hauptbestandteil des Verkehrs Dresdens mit der unteren Elbe (An- und Abfuhr), dagegen Braunkohlen, Holz, Steine und Steinwaren, Erde, Sand usw. das Rückgrat des Verkehrs mit der oberen Elbe. Der letztere Verkehr ist fast ausschließlich passiv für Dresden und entpuppt sich als reine Zufuhr zu Tal, denn die Abfuhr zu Berg ist nicht nennenswert. Auf die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Häfen verteilt sich der Flußgüterverkehr Dresdens in der Weise, daß im König-Albert-Hafen ein halb bis drei Fünftel desselben und am Altstädter Elbkai fast ein Viertel sich abspielen.

Zur Bewältigung dieses Verkehrs steht ein stattlicher Schiffspark zur Verfügung, der nach Lage der Dinge weniger durch den Fassungsraum des Einzelgefäßes als durch seine große Zahl und seine Mannschaft gekennzeichnet ist. Güterdampfer, Schleppdampfer, diese wiederum nach Art ihres Antriebs als Rad-, Schrauben- oder Kettendampfer, Motorboote, Segel- und Schleppfähne aus Holz, Eisen oder Stahl wetteifern in der Beförderung

der Güter. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß die Zahl der kleinen Fahrzeuge abnimmt und die Tragfähigkeit der einzelnen Schiffe bei zunehmender Tonnage der Gesamt-Elbflotte wächst, eine Erscheinung, die den Rückgang der Kleinschiffer bewirkt hat. Dieser Zug zum Großbetrieb ist bei den in Sachsen registrierten Elbfahrzeugen, die im Dresdner Schiffsverkehr am stärksten zur Geltung kommen dürften, zu erkennen. Von 1899 bis 1908 stieg die Zahl der Segel- und Schleppschiffe, die in Sachsen registriert sind, von 489 auf 897, deren Tragfähigkeit jedoch von 139 700 auf 271 300 Tonnen, also auf das Doppelte. Für den Schluß des Jahres 1909 sind nach Mitteilung der Königlichen Wasserbaudirektion im ganzen 765 Fahrzeuge mit zusammen jedoch 280 882 Tonnen Tragfähigkeit registriert, nämlich 81 Personendampfer, 8 Güterdampfer, 45 Radschleppdampfer, 23 Ketten- dampfer und 608 Frachtschiffe. Trotz dieser wachsenden Leistungsfähigkeit der einzelnen Schiffe und des gleichzeitigen Stillstandes des Flußgüterverkehrs Dresdens hat dessen Schiffsverkehr, d. h. die Zahl der in Dresden als angekommen und abgegangen registrierten Frachtschiffe, auf der ursprünglichen Höhe sich gehalten.

| | Güter-Schlepp-Kettendampfer | | Segelschiffe und | Schleppfähne | unbeladen |
|------|-----------------------------|------------|------------------|--------------|------------|
| | angekommen | abgegangen | angekommen | abgegangen | abgegangen |
| 1899 | 721 | 114 | 7 203 | 6 276 | 3 290 |
| 1900 | 611 | 92 | 6 799 | 5 030 | 3 045 |
| 1901 | 609 | 114 | 6 389 | 3 129 | 2 487 |
| 1902 | — | — | 6 098 | 4 308 | — |
| 1903 | 3 364 | 3 334 | 7 154 | 3 972 | 3 179 |
| 1904 | 2 390 | 2 295 | 5 808 | 3 541 | 3 046 |
| 1905 | 3 423 | 3 231 | 6 890 | 3 954 | 3 164 |
| 1906 | 3 261 | 3 037 | 6 525 | 3 949 | 3 172 |
| 1907 | 3 548 | 3 400 | 6 747 | 3 908 | 3 233 |
| 1908 | 3 236 | 3 115 | 6 128 | 3 763 | 3 021 |

Der Schiffsverkehr zeigt somit keine hohen Schwankungen. Nur die Güter-Schlepp- und Kettendampfer erfuhren im Jahre 1902/03 eine sprunghafte Zunahme, offenbar weil die Statistik von da an eine strengere Scheidung der Personen- und Güterdampfer vornimmt, denn gleichzeitig sinken die Personendampfer von 10 769 im Jahre 1899 auf 7664 im Jahre 1903, also um den Betrag, um den sich der Frachtdampferverkehr hebt. Von den abgehenden Segelschiffen fährt rund vier Fünftel unbeladen ab, weil der Elbgüterverkehr Dresdens passiv ist, indem Dresden nur ein Sechstel bis ein Fünftel seines Empfanges wieder versendet. Vor allem kehren die meisten Kohlenschlepper ohne Fracht heim, da Dresden zu Tal 300 000 bis 400 000 Tonnen empfängt, aber kaum 10 Tonnen zu Berg absendet, mithin einen ganz einseitigen Verkehr mit der oberen Elbe unterhält.

Verhältnismäßig bedeutend ist der Personenverkehr auf der Elbe. In normalen Jahren sind mehr als 7000 Personendampfer als angekommen und ebensoviele als abgegangen verzeichnet. Das Vergnügen einer Dampfschiffahrt die schönen Ufer der oberen Elbe entlang zur Sächsischen Schweiz bietet der Bevölkerung Dresdens immer neue Reize. Auch auf die vorübergehend anwesenden Fremden, die etwa durch künstlerische Interessen nach Dresden gelockt sind, übt die Wasserfahrt Anziehungskraft aus. Mit der Bewegung der Frachtdampfer verglichen wirkt der Verkehr der Personendampfer geradezu imposant.

Regelmäßige und häufigere Fahrten werden täglich elbaufwärts bis Tetschen und Auffig, ja Leitmeritz, elbabwärts bis Riesa und Mühlberg ausgeführt. Die häufigste Fahrtgelegenheit wird nach Blasewitz, Pillnitz, Pirna, Wehlen, Rathen, Königstein, Schandau und stromabwärts nach Meißen geboten. Der regste Personenverkehr konzentriert sich ohne Zweifel auf die Strecke Dresden—Pirna. Kleine einfache Motorboote wetteifern in der Beförderung von Personen mit ansehnlichen Oberdeckdampfern, deren Luxusausstattung allen Komfort der Neuzeit bietet. Die meisten Dampfer haben mehr oder minder Restaurationsbetrieb. Promenadenfahrten vollenden das lebhafteste Bild des Dresdner Personenverkehrs, das Mitte Mai bis Ende August besonders reich sich entfaltet. Die Großstadtbevölkerung, die von der Tagesarbeit in der schönen Natur Erholung sucht, ist die Grundlage dieses starken Personenverkehrs.

Übertroffen wird der Fluß-Güterverkehr von der Eisenbahnbeförderung, die sich regelmäßiger vollzieht und überhaupt im Laufe des Jahrzehnts von 1899 bis 1908 nicht erheblich steigt. Die Beförderung von Gütern von und nach Dresden betrug 1899 3 069 786 Tonnen und 1908 3 308 348 Tonnen. Besser läßt sich an der Kohlenzufuhr das Anwachsen des Bedarfs einer sich dehnenden Großstadt erkennen. Denn 1898 wurden 789 031 Tonnen Steinkohle nach Dresden per Eisenbahn gebracht, 1908 aber 1 036 032 Tonnen. Jedenfalls treffen in den überhaupt bewegten Gütermengen mindestens drei Viertel, in der Regel mehr, auf den Eisenbahnverkehr. Von der gesamten angeschriebenen Güterbeförderung von und nach Dresden, die in 1899 4 009 366 Tonnen betrug, kamen 76,56 Prozent auf den Eisenbahnverkehr und 23,44 Prozent auf den Flußverkehr. Im Jahre 1908 entfielen von den nunmehr 4 135 401 Tonnen betragenden Güterbeförderung 80 Prozent auf die Eisenbahn und 20 Prozent auf den Flußverkehr. Daß die Zufuhr per Eisenbahn teilweise in Gegenständen besteht, die dem Konsum in Dresden zugute kommt, erweist der Eisenbahngüterverkehr der Hauptmarkthalle. Er ist im letzten Jahrzehnt stark gestiegen; im Jahre 1899 wurden der Hauptmarkthalle per Eisenbahn 13 719 Tonnen

zugeführt und 2807 Tonnen ausgeführt, im Jahre 1908 aber wurden 22 948 Tonnen eingeführt und 3649 Tonnen ausgeführt.

Eine enorme Steigerung hat der Personenverkehr auf der Eisenbahn erfahren, sofern man aus der nach verschiedenen Grundzügen in den einzelnen Jahren aufgezeichneten Statistik schließen darf. Es wurden 1900 auf den Dresdner Bahnhöfen 4 646 147 Reisende abgefertigt, 1908 aber 7 027 469, so daß mithin eine Zunahme der Frequenz sich um 51 Prozent herausstellt. Den größten Teil dieses lebhaften Verkehrs muß der Hauptbahnhof bewältigen und zwar in gleichbleibender Weise. Denn 1900 entfielen von allen abgefertigten Reisenden 54,7 Prozent, 1908 55,7 Prozent auf den Hauptbahnhof.

Innerhalb der Stadt sorgen für die Beförderung von Personen die Omnibusse, Droschken, Fiafer und die Straßenbahn. Der Omnibus ist in neuerer Zeit gerade kein in den größeren Städten beliebtes Mittel der Beförderung. Aber wenn er sich in London, Paris und Berlin hält, so ist es begreiflich, daß er auch in Dresden Anhänger findet. Indes sind es nur zwei Linien, auf denen er verkehrt: vom Schloßplatz nach der Reichenbachstraße und von Dresden nach Pössendorf. Wieviele auf der letzteren Strecke befördert sind, meldet die Statistik nicht. Auf der ersteren Strecke sind es seit Jahren — die Linie besteht seit 1897 — eine Million Menschen und darüber, die sich seiner bedienen. Seit dem Jahre 1904 scheint indes seine Benutzung im Rückgange begriffen zu sein. Die Zahl der Fiafer ist im letzten Jahrzehnt unverändert, seit 1899 bis 1908 93; aber in der Droschkenhaltung geht eine Veränderung vor sich. Es ist nicht richtig, daß durch das Aufkommen der Straßenbahn das Droschkenwesen an Bedeutung verliert; es hat vielmehr eine Verbesserung erfahren. Das weniger anspruchsvolle Publikum benutzt jetzt gerne die „Volksdroschke“ in steigendem Maße, daher geht die Zahl der Droschken zweiter Klasse, die im Jahre 1900 noch 350 war, auf 281 im Jahre 1908 zurück. Das finanziell leistungsfähigere Publikum jedoch verlangt häufiger als früher Droschken erster Klasse, die von 150 im Jahre 1900 sich auf 200 im Jahre 1908 vermehrt haben. Im ganzen ist die Zahl aller Droschken, die im Jahre 1900 noch 500 betrug, auf 481 im Jahre 1908 gesunken. Eine moderne Vervollständigung hat das Droschkenwesen durch die Automobildroschke erfahren, die durch eine im Jahre 1904 gegründete Gesellschaft eingeführt ist. Diese fing mit einem einzigen Fahrzeug an, zu dem im Jahre 1905 drei weitere gefügt wurden usw., bis sie im Jahre 1908 mit 21 Wagen arbeitete. Die Zahl der mit ihnen beförderten Personen betrug in 1907 154 000, im folgenden Jahre 216 000. Wie verschieden diese Wagen dem sich zeigenden Bedürfnis entgegenkamen, zeigt sich in den zurückgelegten Strecken. In 1906 wurden von den damals

17 Wagen 180 211 Kilometer, in 1907 519 638 und in 1908 743 090 Kilometer abgefahren.

Bei den Straßenbahnen hat sich die Länge der Strecken und Gleise innerhalb des Stadtgebietes von 1900 bis 1908 vergrößert. Die Streckenlänge ist von 80 024 Meter auf 98 416 Meter, d. h. um 23 Prozent, die Gleislänge von 152 447 auf 186 770 Meter, d. h. um 22 Prozent, gewachsen. Die Bahnen gehören zum kleinen Teile dem Staat: 3 Prozent der gesamten Streckenlänge, zum größeren Teile der Stadt Dresden, nämlich 97 Prozent. Das Staatseigentum hat sich von 1900 um 317 Prozent vergrößert, nämlich von 927 Meter auf 2 943 Meter. Die Zahl der auf der Straßenbahn beförderten Personen ist in der gleichen Zeit von 72 280 129 auf 103 503 186 gestiegen, also um 42 Prozent und belief sich in 1909 auf 107 826 790. Von 1900 bis 1905 wuchs die Zahl der beförderten Fahrgäste um 23 Prozent, während die Bevölkerung sich in der gleichen Zeit um 30 Prozent vermehrte. Auf 1000 Einwohner des Jahres 1900 (375 700) kamen 182, des Jahres 1905 (517 050) 173 und des Jahres 1908 189 Fahrgäste. Dennoch zeigt die Intensität des Verkehrs eine Steigerung von Jahr zu Jahr. Es entfielen auf einen Tag im Jahre 1906 260 469, im Jahre 1907 296 042, im Jahre 1908 303 807 beförderte Personen. Auf eine Fahrt konnten im Jahre 1906 22,7, im Jahre 1907 22,4 und im Jahre 1908 23,1 beförderte Personen gerechnet werden. Auf einen durchfahrenen Kilometer sind nachgewiesen 1906 3,5, 1907 3,4 und 1908 3,49 beförderte Personen.

Die Entwicklung des Verkehrs läßt sich schließlich auch in den Veränderungen des Post- und Telegraphenwesens verfolgen. Wenn auch die postalische Statistik in mancher Beziehung als eine recht ungenaue bezeichnet werden darf, da ja eine wirkliche Zählung der täglich aufgegebenen Postsendungen schwerlich vorgenommen werden könnte, so mag immerhin der Nachweis als der Wirklichkeit nahekommend angesehen werden. Jedenfalls vertragen sich die in ihm nachzuweisenden Verschiebungen, die auf eine Zunahme der geistigen Interessen der Bevölkerung deuten, mit den sonst den Auf- und Umschwung in Dresden bezeugenden Tatsachen.

Der Eingang an Briefen, Postkarten und dergleichen belief sich 1899 auf 48,8 Millionen Stück, 1908 auf 87,7 Millionen Stück. Die Briefpost wuchs somit um 79 Prozent. Während auf einen Einwohner 1899 125 Stück gerechnet werden konnten, entfielen 1908 deren 161. Zur Veranschaulichung des Abstandes von einer weiter zurückliegenden Epoche sei daran erinnert, daß 1875 bei damals 197 700 Einwohnern Dresdens auf einen Einwohner nur 55 Briefe gerechnet werden konnten. Noch stärker hat die abgehende

Briefpost zugenommen: von 60 Millionen auf 110 Millionen Stück. Auf einen Einwohner kamen 1899 153 abgesandte Briefe, Karten usw., 1908 202. Dagegen ist die Zahl der mit Hilfe der Post abgesetzten Zeitungsnummern nahezu gleichgeblieben. Es ist sogar von 1899 bis 1906 ein Rückgang in dieser Vermittlung zu erkennen, und erst seit jenem Jahre hebt sie sich wieder, um am Ende der zehnjährigen Periode auf ungefähr derselben Höhe zu stehen wie am Anfang: 1899 15 545 591, 1908 15 837 977. Eine befriedigende Erklärung läßt sich hierfür nicht finden, zumal in diesem Falle die gebotenen Daten volles Vertrauen verdienen. Vielleicht hält sich die Dresdner Bevölkerung vorzugsweise an die am Orte erscheinenden Zeitungen, die bei den Expeditionen bestellt werden, oder die anwesenden Fremden lesen fremdsprachliche, nicht in Deutschland gedruckte Zeitungen, auf die sie nicht abonnieren, sondern die sie sich einzeln nach Bedarf erstehen.

Die Briefe und Kästchen mit Wertangabe sind von 1899 bis 1908 zurückgegangen sowohl im Eingang (1899 165 944, 1908 149 553) als in der Aufgabe (1899 179 360, 1908 155 740). Das hängt vielleicht mit dem größeren Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Reichspost zusammen, die auch einfache Sendungen korrekt an den Bestimmungsort liefert. Andererseits spielt hierbei die starke Zunahme des Zahlungsverkehrs mit, der der Post lieber Geld zur Beförderung übergibt als solches im geschlossenen Briefe versendet.

Den Zahlungsverkehr und seine Veränderungen kann man an den nachfolgenden Zahlen sich vergegenwärtigen.

| Jahr | für Empfänger im Orts- und Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie | | Betrag der | |
|-------|--|--------------------|--|--------------|
| | Postnachnahmesendungen | Postauftragsbriefe | eingezahlten | ausgezahlten |
| | | | portopflichtigen und portofreien Postanweisungen | |
| Stück | Stück | ℳ | ℳ | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1899 | 295 696 | 64 735 | 106 862 868 | 154 727 386 |
| 1900 | 356 457 | 66 995 | 116 892 243 | 170 265 824 |
| 1901 | 357 783 | 64 331 | 120 286 569 | 174 494 468 |
| 1902 | 372 473 | 60 152 | 122 548 965 | 178 713 323 |
| 1903 | 405 940 | 58 169 | 128 575 723 | 189 439 389 |
| 1904 | 405 717 | 55 567 | 133 095 334 | 199 771 767 |
| 1905 | 418 865 | 53 746 | 136 881 556 | 211 399 057 |
| 1906 | 429 568 | 50 750 | 143 875 948 | 224 658 504 |
| 1907 | 455 589 | 49 213 | 148 394 617 | 238 662 507 |
| 1908 | 473 509 | 47 423 | 145 248 482 | 240 803 722 |

Der Gesamtbetrag der eingezahlten Postanweisungen hat sich von 106,8 Millionen Mark auf 145,2 Millionen Mark, also um 36 Prozent vermehrt, der Betrag der ausgezahlten von 154,7 Millionen Mark auf 240,8 Millionen Mark, d. h. um 55 Prozent. Wenn die letzteren sich stärker vermehrt haben als die ersteren, so mag dabei wohl der Fremdenzufluss seinen Einfluss ausgeübt haben. Die Angereisten lassen sich Geld nachschicken. Auch von auswärts eingehende Bestellungen bei Dresdner Firmen machen nachherige Geldsendungen nötig. In dieser Hinsicht erweist sich der neu eingeführte Postcheckverkehr, von dem Sachsen überhaupt von vornherein starken Gebrauch gemacht hat, indem die Zahl aller Konten sich 1909 auf 4 619 belief, für Dresden besonders großartig. Zwar steht der Oberpostdirektionsbezirk Dresden bei den Einzahlungen mittels Zahlkarte zurück hinter Chemnitz und Leipzig. In Dresden wurden eingezahlt 81,9 Millionen, in Chemnitz 85,9 Millionen und in Leipzig 107 Millionen Mark. Aber bei der Auszahlung übertrifft Dresden die anderen beiden Oberpostdirektionsbezirke. In Chemnitz wurden im Jahre 1909 58,5 Millionen, in Leipzig 41,3 Millionen und in Dresden 68,2 Millionen Mark auf diesem Wege ausgezahlt.

Stark vergrößert hat sich auch die Zahl der eingegangenen Postnachnahmesendungen: von 295 696 auf 473 509. Es ergibt sich daraus eine Zunahme der Beziehungen der Bevölkerung zu Fabrikunternehmungen und Versandgeschäften außerhalb Dresdens. Obgleich Dresden eine große Stadt ist, in der man alles und zwar in recht guter Beschaffenheit haben kann, ziehen offenbar manche Privatleute es vor, gelegentlich sich diesen oder jenen Gegenstand von auswärts kommen zu lassen. Eine Zunahme der Postnachnahmesendungen um 60 Prozent in zehn Jahren erscheint recht beträchtlich.

Nicht minder lebhaft hat sich der **P a k e t v e r k e h r** entwickelt. Die Zahl der eingegangenen Pakete stieg von 1899 bis 1908 von 2,5 Millionen auf 3,1 Millionen Stück, also um 22 Prozent, die Zahl der aufgegebenen Pakete in der gleichen Zeit von 3,4 Millionen auf 5,1 Millionen Stück, also um 50 Prozent. Im Jahre 1899 kamen auf einen Einwohner 6,6 eingegangene und 8,6 aufgebene Pakete — zehn Jahre später 5,8 eingegangene und 9,5 aufgebene Pakete. Im Verhältnis zur Bevölkerung weisen somit die eingehenden Pakete einen kleinen Rückgang auf. Die Ungenauigkeit der Statistik mag hierbei manches erklären. Der Verkehr in Paketen mit Wertangabe spielt sich in erheblich engeren Grenzen ab, zeigt im Eingange während des letzten Jahrzehnts ein Auf- und Niedersteigen, um schließlich am Ende der Periode auf derselben Höhe zu stehen wie zu Beginn. Bei den aus Dresden fortgeschickten Paketen macht sich eine ständig steigende Zunahme bemerklich.

Handel und Verkehr.

| Jahr | für Empfänger im Orts- und Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie | | Aufgegebene portopflichtige und portofreie | |
|------|--|-----------------------|--|-----------------------|
| | Pakete ohne Wertangabe | Pakete mit Wertangabe | Pakete ohne Wertangabe | Pakete mit Wertangabe |
| | Stück | Stück | Stück | Stück |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1899 | 2 598 748 | 70 833 | 3 407 922 | 46 495 |
| 1900 | 2 621 833 | 71 541 | 3 528 651 | 47 151 |
| 1901 | 2 585 945 | 65 877 | 3 625 883 | 51 996 |
| 1902 | 2 715 245 | 60 150 | 3 850 190 | 47 462 |
| 1903 | 2 795 416 | 65 283 | 4 138 757 | 50 228 |
| 1904 | 2 881 493 | 64 773 | 4 279 049 | 50 107 |
| 1905 | 2 950 158 | 62 954 | 4 487 439 | 54 742 |
| 1906 | 2 991 536 | 70 371 | 4 570 827 | 58 176 |
| 1907 | 3 086 755 | 73 266 | 4 920 468 | 60 661 |
| 1908 | 3 183 309 | 70 854 | 5 196 286 | 60 692 |

Dem Brief steht ergänzend das Telegramm zur Seite, das heute mehr im Dienste von Geschäftszwecken als für private Angelegenheiten benutzt wird. Seine Zunahme ist merkwürdigerweise weniger in die Augen

| Jahr | Telegramme | | Zahl der von den Fernsprechanstalten vermittelten Gespräche | Porto und Telegraphengebühreneinnahme |
|------|-------------|--------------|---|---------------------------------------|
| | aufgegebene | eingegangene | | |
| | Stück | Stück | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1899 | 578 898 | 587 555 | — | 7 291 097 |
| 1900 | 594 421 | 595 296 | 24 024 044 | 7 853 718 |
| 1901 | 566 585 | 575 183 | 28 051 694 | 8 133 160 |
| 1902 | 572 393 | 565 246 | 25 698 237 | 8 487 586 |
| 1903 | 602 785 | 589 382 | 20 093 736 | 9 097 009 |
| 1904 | 604 847 | 598 708 | 23 239 094 | 9 554 574 |
| 1905 | 637 031 | 637 502 | 24 049 721 | 10 066 800 |
| 1906 | 669 277 | 664 912 | 26 439 293 | 10 703 728 |
| 1907 | 646 866 | 678 386 | 29 144 888 | 11 498 860 |
| 1908 | 635 513 | 668 427 | 30 670 000 | 11 923 625 |

fallend. In zehn Jahren hat sich die Zahl der aufgegebenen Telegramme um 9,8 Prozent, die der eingegangenen um 13 Prozent vermehrt. Mit der sich vermehrenden Bevölkerung ist dieser Verkehr nicht vorwärts gegangen, denn im Jahre 1899 entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 1,3 aufgegebenen und 1,5 empfangene Telegramme, im Jahre 1908 1,2 eingegangene und 1,2 aufgegebenen Telegramme. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß im Jahre 1870 die Zahl der in Dresden aufgegebenen und eingegangenen Telegramme zusammen sich auf 241 000 belief, einige Jahre später auf 400 000 stieg, dann bis 1880 wieder auf 387 000 zurückging, während im Jahre 1908 die stattliche Zahl von 1 303 940 aufgegebenen und empfangenen Telegramme nachgewiesen ist. Im ganzen Deutschen Reich kamen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1907 0,74 eingegangene und 0,71 aufgegebenen Telegramme. Diesem Durchschnitt gegenüber erscheint die Großstadt Dresden weit vorausgeeilt.

Bei dem verhältnismäßigen Rückgang der Telegramme darf man nicht vergessen, daß die *Fernsprechanstalten* den Telegraphen neuerdings mehrfach entbehrlich machen. Die Bevölkerung Dresdens weiß sich diese ausgiebig zunutze zu machen, denn von 1900 bis 1908 hat die Zahl der von ihnen vermittelten Gespräche sich um 27 Prozent gehoben. Indes tritt auch hier die seltsame Beobachtung entgegen, daß im Verhältnis zur Bevölkerung die Zahl der Gespräche geringer wird. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1900 60 Gespräche, im Jahre 1908 56. Gegenüber dem Reiche, wo auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1907 23,6 Gespräche gerechnet werden konnten, bleibt indes die Intensität des Telephonverkehrs in der Großstadt Dresden doch eine erhebliche. Bei dieser Sachlage fährt auch die Reichspost nicht schlecht. Die ihr zufließenden Einnahmen aus Porto und Telegraphengebühren wachsen seit 1899 beständig. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen in Dresden im Jahre 1899 18 *M* 60 *S*, im Jahre 1908 21 *M* 80 *S*, während im Reich durchschnittlich auf den Einwohner nur 10 *M* 10 *S* sich nachweisen lassen. Die Einnahmen sind überhaupt von 1899 bis 1908 um 62,7 Prozent gewachsen.

Gast- und Schankwirtschaften lassen sich ebenfögut dem Gewerbefleiß als dem Verkehr zurechnen. Sie gehören, insoweit sie Nahrungs- und Genußmittel bereiten und verabfolgen, zum ersteren, soweit sie Wohnung und Aufenthalt gewähren, zum letzteren. Sie sind in Dresden zahlreich genug. Von 26 586 Hauptbetrieben dieser Art in Sachsen befinden sich in Dresden 3 443 oder 13 Prozent und von allen 64 950 in Sachsen in ihnen tätigen Personen arbeiten in Dresden 11 190 oder 17,2 Prozent.

Die Entwicklung seit 1882 zeigt folgende Zahlen.

Es sind nachgewiesen

| | 1882 | | 1895 | | 1907 | |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | Be- triebe | Per- sonen | Be- triebe | Per- sonen | Be- triebe | Per- sonen |
| Beherbergung | 487 | 1 495 | 973 | 2 674 | 1 510 | 3 033 |
| Erquidung | 1 117 | 3 238 | 1 162 | 4 783 | 1 933 | 8 157 |
| Gast- u. Schankwirtschaften überh. | 1 604 | 4 733 | 2 135 | 7 457 | 3 443 | 11 190 |

Hiernach hätten sich die Gast- und Schankwirtschaften überhaupt von 1882 bis 1895 um 33,1 Prozent und ihre Erwerbstätigen um 57,5 Prozent vermehrt. Von 1895 bis 1907 betrug der Zuwachs bei den Betrieben 61,2 Prozent, bei den Erwerbstätigen 50 Prozent und von 1882 bis 1907 bei den Betrieben 114,6 Prozent und bei den Personen 134,3 Prozent. Auf 1000 Einwohner Dresdens kamen im Jahre 1882 7 Gast- und Schankwirtschaften und 20,6 in ihnen tätige Personen, im Jahre 1895 6,4 Betriebe und 22,1 Personen und im Jahre 1907 6,5 Betriebe und 21,1 Personen. Somit wäre die Vermehrung der Gast- und Schankwirtschaften immer im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung geblieben. Höchstens könnte man auf die Vermutung kommen, daß die Betriebe durchschnittlich etwas größer geworden sein könnten, weil es ihrer verhältnismäßig weniger geworden sind. Möglicherweise käme das der Wirklichkeit nahe, da 1882 auf einen Betrieb nicht ganz 3 Personen und 1907 etwas über 3 Personen (3,2) nachgewiesen sind.

Mit den anderen sächsischen Großstädten verglichen, tritt eine große, wenn auch keine vollständige, Übereinstimmung zutage. In Leipzig¹⁾ kommen auf 1000 Einwohner 7 Gast- und Schankwirtschaften und 19,4 in ihnen tätige Personen, in Chemnitz 7,1 Betriebe und 16,5 Personen, in Plauen 5,8 Betriebe und 16 Personen. Dresden und Leipzig als Städte, die auf Fremde eine größere Anziehungskraft ausüben dürften, haben vor den beiden anderen einen leisen Vorzug in stärkerer Besetztheit des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes.

Nach der Größe der Unternehmungen halten sich in bezug auf die Personenzahl Groß- und Kleinbetrieb ungefähr die Wage, jedoch mit einem deutlichen Übergewicht des letzteren. Von allen in Gast- und Schankwirtschaft tätigen Personen entfallen auf den Kleinbetrieb 58,9 Prozent, auf den Großbetrieb 41,1 Prozent. An der Zahl der Betriebe gemessen tritt das Übergewicht des Kleinbetriebs, der 96,3 Prozent aller auf sich vereint, gegenüber den 3,7 Prozent der Großbetriebe offenkundiger hervor. Das

¹⁾ Die Bevölkerung von 1905 mangels anderer Daten zugrunde gelegt.

gleiche Verhältnis kann man 1882 beobachten, indem damals unter allen Gast- und Schankwirtschaften dem Kleinbetrieb 91,5 Prozent, dem Großbetrieb 8,5 Prozent zufielen und von den in ihnen tätigen Personen 60 Prozent auf die ersteren, 40 Prozent auf die letzteren kamen. Im Jahre 1895 waren von allen Betrieben 87,3 Prozent kleine und 12,7 Prozent große und in den ersteren 53,6 Prozent, in den letzteren 46,4 Prozent tätig. Eine bestimmte Tendenz ergibt sich aus diesen Zahlen nicht, da der Kleinbetrieb, der von 1882 bis 1895 zurückweicht, von 1895 bis 1907 wieder mehr hervortritt.

Nicht viel anders gestaltet sich die Sachlage, wenn man die beiden Klassen Beherbergung und Erquickung auseinandertreibt. Es sind nachgewiesen

B e h e r b e r g u n g .

| | 1882 | | 1895 | | 1907 | |
|--------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen | Betriebe | Personen |
| Kleinbetrieb | 439 | 709 | 877 | 1 281 | 1 424 | 1 974 |
| Großbetrieb | 48 | 786 | 96 | 1 393 | 86 | 1 059 |
| Summe | 487 | 1 495 | 973 | 2 674 | 1 510 | 3 033 |

E r q u i c k u n g .

| | | | | | | |
|--------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Kleinbetrieb | 1 030 | 2 140 | 987 | 2 722 | 1 662 | 4 613 |
| Großbetrieb | 87 | 1 098 | 175 | 2 061 | 271 | 3 544 |
| Summe | 1 117 | 3 238 | 1 162 | 4 783 | 1 933 | 8 157 |

Die der Beherbergung gewidmeten Betriebe wuchsen von 1882 bis 1895 um 100 Prozent, ihre Arbeitenden um 78 Prozent, von 1895 bis 1907 um 55 Prozent und ihre Arbeitenden um 13,4 Prozent, von 1882 bis 1907 um 210 Prozent und ihre Arbeitenden um 103 Prozent. Die der Erquickung dienenden Betriebe vermehrten sich von 1882 bis 1895 um 4 Prozent, ihre Erwerbstätigen um 47,5 Prozent, von 1895 bis 1907 um 66,1 Prozent, ihre Erwerbstätigen um 70,5 Prozent, von 1882 bis 1907 um 73 Prozent, ihre Erwerbstätigen um 152 Prozent.

Das Ergebnis ist nicht ohne Interesse. Es haben sich die der Beherbergung dienenden Stätten stärker als die der Erquickung dienenden vermehrt. Aber das in ihnen tätige Personal hat eine verhältnismäßig geringere Zunahme erfahren als das in Schankwirtschaften beschäftigte. Die Erklärung liegt vermutlich in der bestehenden Konzessionspflicht. Gegenüber Schankwirtschaften ist die Verwaltungsbehörde strenger gewesen. Sehr auffallend bleibt auch in den der Erquickung bestimmten Betriebsstätten der Rückgang des Kleinbetriebs von 1882 bis 1895 und das darauf folgende starke Anschwellen von 1895 bis 1907.

Die Zahl der *Fremden*, die keinen dauernden Aufenthalt in Dresden nahmen und daher sich eben der Hotels bedienen, ist im letzten Jahrzehnt entschieden im Wachsen begriffen gewesen, wenn auch einzelne Jahre wieder eine Verminderung erkennen lassen. Es kamen in Dresden an 1899: 321 428, 1900: 351 905, 1901: 284 173, 1904: 390 770, 1905: 371 677, 1906: 401 818, 1907: 432 491, 1908: 417 318, 1909: 433 308. Der allergrößte Teil dieser Fremden stieg in Gasthäusern, der kleinere Teil in Pensionen ab. Das Verhältnis in der Frequenz zwischen beiden Wohnarten war dieses:

Es stiegen ab in

| | Gasthäusern | Pensionen | | Gasthäusern | Pensionen |
|------|-------------|-----------|------|-------------|-----------|
| 1901 | 271 795 | 12 378 | 1907 | 405 195 | 27 296 |
| 1904 | 370 385 | 20 385 | 1908 | 394 419 | 22 899 |
| 1905 | 351 192 | 20 485 | 1909 | 409 040 | 24 268 |
| 1906 | 377 620 | 24 198 | | | |

Angesichts dieser zunehmenden Frequenz scheinen die aus den Kreisen der Hotels stammenden Klagen über den Rückgang Dresdens als Fremdenstadt stark übertrieben. Man behauptet, daß die allzueifrigen Nachforschungen der Steuerbehörden die Fremden von Dresden fernhielten. In Dresden „sei nichts los“; es fehle an Unterhaltung und Veranstaltungen, für die das internationale Fremdenpublikum Interesse zeige. Die durchgehenden Eisenbahnverbindungen zwischen Nord und Süd seien in den letzten Jahren mehr und mehr auf Strecken übergeleitet worden, die Dresden nicht berühren. Berlin habe davon Vorteil gezogen und locke neuerdings die Fremden mehr an.

Begreiflicher erscheinen die Klagen, daß im Hotelgeschäft bei gleichem Umfaze weniger als früher verdient werde. Die hohen Lebensmittelpreise und die sonstigen gestiegenen Unkosten erschwerten ein gewinnbringendes Arbeiten. Die Ansprüche des reisenden Publikums würden immer größere, während eine entsprechende Erhöhung der Preise nicht gut angängig sei. Gegenüber dieser Unzufriedenheit mit dem Geschäft darf doch darauf hingewiesen werden, daß die vielen Kongresse und Ausstellungen, die Herkomefahrt und andere Veranlassungen in den letzten Jahren eine steigende Zahl von Fremden nach Dresden geführt haben. Auch die Winterzeit pflegt eine größere Anzahl ständiger Gäste zur Teilnahme an den Hoffestlichkeiten nach Dresden zu führen. Russen und Amerikaner, Engländer vielleicht in geringerer Zahl, werden stets in Dresden angetroffen. Damit soll nicht gesagt sein, daß gewisse Reformen und Maßregeln unzweckmäßig wären. Auf die Vorzüge, die die Stadt und ihre landschaftlich anziehende Umgebung bietet, könnte in steigendem Umfaze aufmerksam gemacht werden. Einsetzung von Schlafwagen auf den großen Routen von Dresden nach Frank-

furt a. M., Paris über Köln, Hamburg und Bremen wäre sicher angebracht. Die Inhaber der Schankwirtschaften behaupten ebenfalls, daß trotz steigender Umsätze der Betrieb wenig lohnend sei. Die mehr und mehr um sich greifende Mäßigkeitsbewegung, die hohen Fleischpreise, die drückend werdenden behördlichen Bestimmungen und Verordnungen erschwerten den Schankwirten, namentlich den Saalwirten die Ausübung des Berufs. Die Geschäftskosten seien in den letzten Jahren gestiegen, da die Gäste an Einrichtung und Bequemlichkeit der Räume höhere Ansprüche stellen. Gleichwohl lasse sich ein den gestiegenen Bier- und Lebensmittelpreisen entsprechender Aufschlag auf Speisen und Getränke nicht durchführen. Wenn über die scharfe Konkurrenz und namentlich auch über den Wettbewerb der Kabarets und des Winkelschanks in Baukantinen, auf Bauplätzen und in Produktengeschäften geklagt wird, so möchte hierbei wohl Gelegenheit zu behördlichem Eingreifen gegeben sein¹⁾.

¹⁾ Literatur: Zeitschrift des Königlich sächsischen statistischen Bureaus. 2. Supplementheft zum 22. Jahrgang 1886. Dresden 1888. — Statistik des Deutschen Reiches, N. S., Band 116. Berlin 1898. Band 215, 1; 217, 1; 215, 1 und 2. — Statistisches Jahrbuch für die Stadt Dresden. — Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen. — Handschriftliche Mitteilungen des Königlich sächsischen statistischen Landesamtes. — Salings Börsenjahrbuch. — Jahresberichte der Handelskammer.

Tabelle 1.

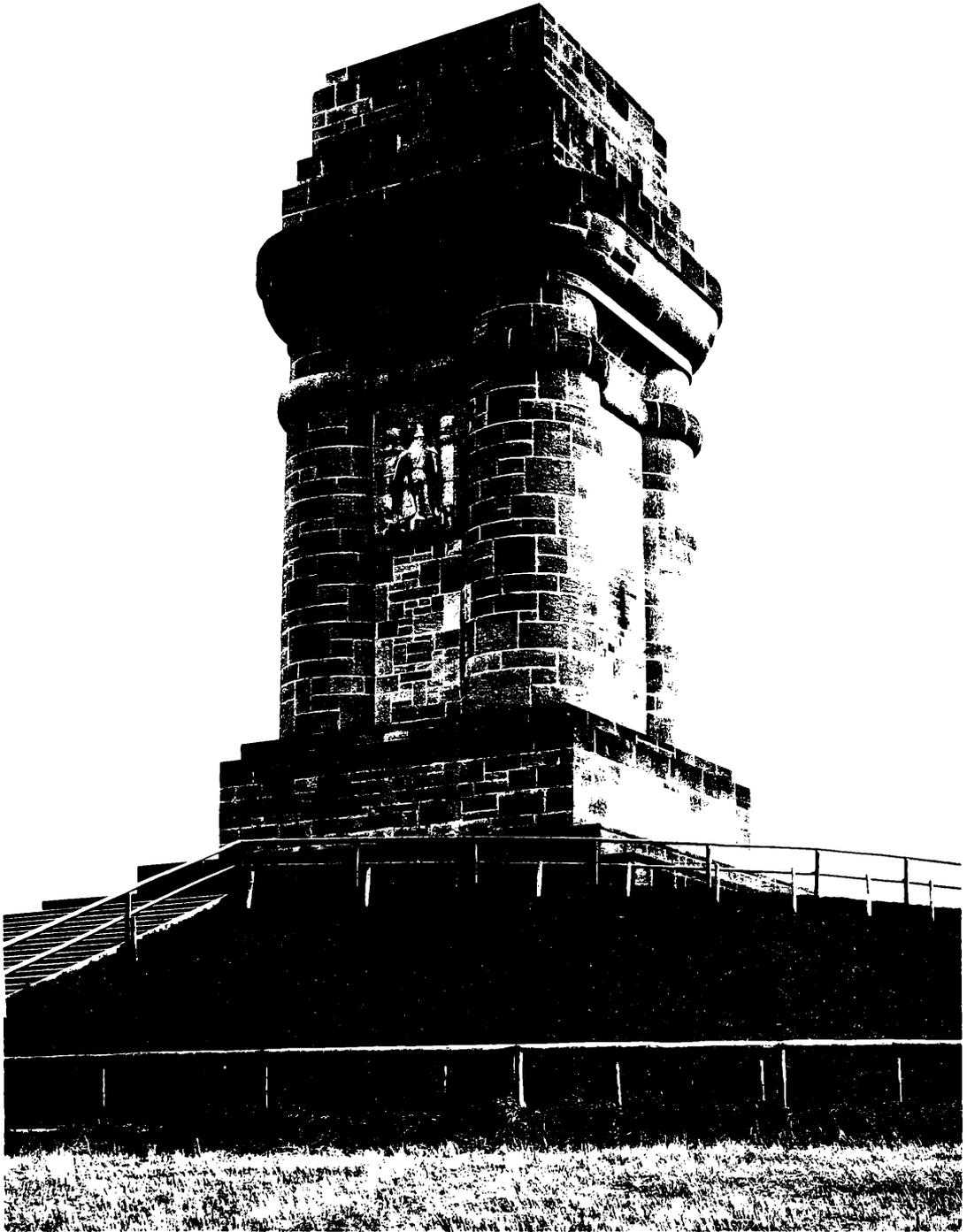
| Gewerbegruppen | Alleinbetriebe | Betriebe mit höchstens 5 Personen | Summe aller Kleinbetriebe | Betriebe mit | | | | Summe der Großbetriebe | Von 100 Betrieben sind | |
|---|----------------|-----------------------------------|---------------------------|-------------------|--------------------|---------------------|-------------------|------------------------|------------------------|--------------|
| | | | | 6 bis 10 Personen | 11 bis 50 Personen | 51 bis 200 Personen | über 200 Personen | | Kleinbetriebe | Großbetriebe |
| 19) Handelsgewerbe . | 5 843 | 6 190 | 12 033 | 655 | 414 | 33 | 1 | 1 103 | 91,6 | 8,4 |
| 20) Versicherungsgewerbe | 165 | 106 | 271 | 24 | 23 | 3 | 2 | 52 | 83,9 | 16,1 |
| 21) Verkehrsgewerbe | 352 | 273 | 625 | 69 | 70 | 11 | 6 | 156 | 80,0 | 20,0 |
| 22) Gast- und Schankwirtschaft | 1 246 | 1 840 | 3 086 | 235 | 112 | 10 | — | 357 | 89,7 | 10,3 |
| 23) Musik-, Theater- u. Schaustellungsgewerbe | 776 | 63 | 839 | 15 | 11 | 5 | 1 | 32 | 96,3 | 3,7 |
| | 8 382 | 8 472 | 16 854 | 998 | 630 | 62 | 10 | 1 700 | 90,8 | 9,2 |

Tabelle 2.

| Gewerbegruppen | Personen in | | | Personen in Betrieben mit | | | | in allen Groß- betrieben | Von 100 Personen entfallen auf den | |
|---|---------------------------|---|-----------------------------------|------------------------------|-----------------|------------------|-------------|--------------------------------|---|------------------|
| | Allein- be- trieben | Be- trieben mit höchstens 5 Per- sonen | allen Klein- be- trieben | 6 bis 10 | 11 bis 50 | 51 bis 200 | über 200 | | Klein- betrieb | Groß- betrieb |
| 19) Handelsgewerbe . | 5 843 | 14 201 | 20 044 | 4 893 | 7 949 | 3 083 | 218 | 16 143 | 55,4 | 44,6 |
| 20) Versicherungsgewerbe | 165 | 254 | 419 | 174 | 545 | 257 | 435 | 1 411 | 22,9 | 77,1 |
| 21) Verkehrsgewerbe | 352 | 795 | 1 147 | 534 | 1 380 | 1 006 | 5 616 | 8 536 | 11,9 | 88,1 |
| 22) Gast- u. Schankwirtschaft | 1 246 | 5 341 | 6 587 | 1 696 | 2 128 | 779 | — | 4 603 | 58,9 | 41,1 |
| 23) Musik-, Theater- u. Schaustellungsgewerbe . | 776 | 179 | 955 | 115 | 195 | 510 | 516 | 1 336 | 41,7 | 58,3 |
| | 8 382 | 20 770 | 29 152 | 7 412 | 12 197 | 5 635 | 6 785 | 32 029 | 47,7 | 52,3 |

Wilhelm Stieda.





Bismarcksäule auf der Räcknitzer Höhe

VIII.

Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge.

Dresden steht im Ruf, die Stadt der Rentner und Pensionäre zu sein. Was Dresden vor anderen Großstädten auszeichnet, sei der vornehm behagliche höhere Lebensgenuß, zu dem Natur und Kunst hier gleichermaßen einladen. Falsch ist ein solches Urteil nicht, aber einseitig. Es berührt nur die Schauseite des Dresdner Lebens, nur diejenigen Eindrücke, die sich jedermann aufdrängen beim Anblick der landschaftlichen Schönheit der Stadt und des einzigartigen Städtebildes am Ufer der Elbe, beim Genuß der Kunstschätze Dresdens und der Darbietungen seiner Opern, seiner Theater und Konzerte, und beim Durchstreifen der Villen- und Landhausquartiere der Stadt, die, eingebettet in dichtem Grün, die Empfindung höchsten wohnlichen Behagens auslösen. Es ist aber einseitig auch deshalb, weil viele dieser höheren Lebensgenüsse, weit entfernt, auf Rentner und Pensionäre und Personen in ähnlich günstiger Lage beschränkt zu sein, allen Schichten der Bevölkerung zugänglich sind — nach der Arbeit. Gewiß lagert über Dresden infolge der historisch überkommenen und mit Sorgfalt gepflegten selten innigen Verbindung von Natur und Kunst eine Feierabendstimmung, die anderen Großstädten in diesem Grade fremd sein mag, die alle Kreise der Bevölkerung berührt, die selbst im Getriebe des Alltags noch bemerkbar ist und auf das Tempo des Dresdner Lebens mäßigend einwirkt. Aber heiter ist die Kunst, ernst ist das Leben. Die ästhetische Außenseite des Lebens verhüllt in Dresden mehr als anderwärts vor dem Auge des flüchtigen Beschauers die Mühe und Not des Daseins, die strenge körperliche und geistige Arbeit, die in Dresden jahraus jahrein von Hunderttausenden geleistet wird. Von diesen Dingen, soweit sie die Lage der Dresdner Arbeiterbevölkerung kennzeichnen, sollen die folgenden Blätter berichten.

Am 12. Juni 1907, dem Tage der letzten Reichsberufszählung, wurden in Dresden bei einer Gesamtbevölkerung von 512 000 Köpfen¹⁾ 371 000

¹⁾ Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 hatte Dresden 517 000 Einwohner. Die Differenz erklärt sich daraus, daß die großstädtische Bevölkerung während der Sommermonate erfahrungsgemäß zurückgeht, und daß außerdem bei den Berufszählungen die im Kindesalter stehenden, noch nicht erwerbstätigen Personen in der Regel nicht vollständig erfaßt werden.

erwerb s f ä h i g e , d. h. über 14 Jahre alte Personen ermittelt. Davon waren 233 000 erwerb s t ä t i g , 138 000 b e r u f s l o s . Nicht ganz zwei Drittel (63 Prozent) der erwerb s f ä h i g e n Dresdner Bevölkerung sind also zugleich erwerb s t ä t i g , indem sie irgendeinen Beruf ausüben. Der Rest, die im Sinne der Reichszählung berufslose Bevölkerung, setzt sich aus Schülern, Seminaristen, Studenten, Anstaltsinsassen, Rentnern und Pensionären und aus der großen Zahl von Familienangehörigen zusammen, die keinem Erwerbe nachgehen. Hierher zählen vor allem 102 000 meist in der Hauswirtschaft tätige Frauen und Mädchen.

Nahezu die Hälfte der Dresdner erwerb s t ä t i g e n Bevölkerung besteht aus L o h n a r b e i t e r n . Im Gewerbe, Handel und Verkehr sind 115 000 derartige Personen beschäftigt, die zusammen mit ihren Familienangehörigen und vereinzelt Dienstboten 46 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Unter den Lohnarbeitern wiederum nimmt die g e w e r b l i c h e Arbeiter s c h a f t den ersten Platz ein. Die Industrie mit Einschluß der Staats- und Gemeindebetriebe und das Handwerk beschäftigten am 12. Juni 1907 zusammen 92 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, gleich 80 Prozent der gesamten Dresdner Lohnarbeiters c h a f t . Mit diesen Ziffern bleibt Dresden hinter Leipzig, dessen Lohnarbeiters c h a f t zu 82 Prozent aus gewerblichen Arbeitern besteht, nur wenig zurück. Noch stärker industrialisiert ist dagegen die Lohnarbeiters c h a f t von Chemnitz und Plauen, wo 90 und 92 Prozent von ihr auf die gewerbliche Arbeiters c h a f t , in der Hauptsache die Industriearbeiters c h a f t , entfallen.

Dringt man in die Einzelheiten der letzten Berufszählung ein, so finden sich da bezüglich des Geschlechtes, Alters und Familienstandes der Dresdner Arbeiterbevölkerung auch einige Hauptdaten, die in der neuesten Geschichte von Dresden festgehalten werden möchten. Die erwerb s f ä h i g e Dresdner Bevölkerung setzt sich aus 172 000 männlichen und 199 000 weiblichen Personen zusammen. Von den betreffenden männlichen Personen sind 156 000 erwerb s t ä t i g (90 Prozent), darunter 82 000 als Lohnarbeiter (53 Prozent) und unter diesen 69 000 als gewerbliche Lohnarbeiter (81 Prozent). Von den weiblichen erwerb s f ä h i g e n Personen sind 77 000 erwerb s t ä t i g (39 Prozent), davon 33 000 als Arbeiterinnen (43 Prozent) und unter diesen 23 000 als Industriearbeiterinnen (69 Prozent). Charakteristisch für das Verhältnis der Geschlechter zur Berufsarbeit überhaupt ist hiernach, daß die männliche Bevölkerung fast ausnahmslos irgendeinem Berufe obliegt, nur 10 Prozent von ihr machen davon eine Ausnahme, während von der weiblichen Bevölkerung nur etwa zwei Fünftel im Erwerbsleben stehen. Immerhin ist auch diese Quote noch erheblich und in mancher Hinsicht unerfreulich, wenn auch ihre sozialpolitische Bedeutung dadurch etwas vermindert wird, daß die meisten erwerb s t ä t i g e n weiblichen Personen, wovon

Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge.

später noch die Rede sein wird, ledig sind. Andererseits darf aber nicht übersehen werden, daß die obigen Daten die Berufstätigkeit nur insoweit entziffern, als sie die Hauptbeschäftigung darstellt, die gelegentliche und bei den Frauen so häufige Nebenarbeit außer Ansatz lassen. Im übrigen unterscheidet sich in Dresden die weibliche Erwerbstätigkeit nicht allzu sehr von der der Männer. 43 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen und 53 Prozent der männlichen sind Lohnarbeiter, und 69 Prozent der Arbeiterinnen und 81 Prozent der Arbeiter gehören dem Gewerbe an. Hier wie dort gibt also die industrielle Beschäftigung den Ausschlag, während die Lohnarbeit an sich allerdings unter der weiblichen erwerbstätigen Bevölkerung weniger stark vertreten ist, als unter der männlichen. Der Handel und die häuslichen Dienstbotenstellen ziehen einen beträchtlichen Teil (rund 8000 und rund 16 000 Personen) der auf Verdienst ausgehenden weiblichen Bevölkerung an sich.

Was sodann den *Altersaufbau* der Dresdner Arbeiterbevölkerung anlangt, so sind mit Rücksicht auf die natürliche Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft vier Altersstufen zu unterscheiden: jugendliche Personen, in

| Lebensjahre | männlich absolut | weiblich absolut | zusammen absolut | männlich Prozent | weiblich Prozent | zusammen Prozent |
|--------------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Berufsbevölkerung im ganzen. | | | | | | |
| 14 bis 20 | 20 679 | 20 588 | 41 267 | 13,30 | 26,62 | 17,72 |
| 21 bis 50 | 114 535 | 47 084 | 161 619 | 73,65 | 60,88 | 69,41 |
| 51 bis 70 | 19 490 | 9 063 | 28 553 | 12,53 | 11,72 | 12,26 |
| über 70 | 814 | 607 | 1 421 | 0,52 | 0,78 | 0,61 |
| zusammen | 155 518 | 77 342 | 232 860 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| Lohnarbeiterschaft überhaupt. | | | | | | |
| 14 bis 20 | 15 196 | 10 038 | 25 234 | 18,57 | 29,98 | 21,88 |
| 21 bis 50 | 58 047 | 20 116 | 78 163 | 70,91 | 60,07 | 67,76 |
| 51 bis 70 | 8 352 | 3 195 | 11 547 | 10,20 | 9,54 | 10,01 |
| über 70 | 263 | 137 | 400 | 0,32 | 0,41 | 0,35 |
| zusammen | 81 858 | 33 486 | 115 344 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| Gewerbliche Arbeiterchaft. | | | | | | |
| 14 bis 20 | 13 017 | 7 264 | 20 281 | 18,98 | 31,36 | 22,10 |
| 21 bis 50 | 48 521 | 14 748 | 63 269 | 70,74 | 63,66 | 68,95 |
| 51 bis 70 | 6 856 | 1 132 | 7 988 | 10,00 | 4,89 | 8,71 |
| über 70 | 197 | 22 | 219 | 0,28 | 0,09 | 0,24 |
| zusammen | 68 591 | 23 166 | 91 757 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

der Vollkraft der Jahre stehende Personen und ältere und alte Leute. Unter diesem Gesichtspunkte entziffert die vorstehende Übersicht, in der die Altersklassen der obigen Unterscheidung entsprechen, die Altersgliederung der berufstätigen Dresdner Bevölkerung überhaupt und der Lohnarbeiterschaft im besonderen.

Bei einer vergleichenden Betrachtung dieser Ziffern fällt zunächst das Eine auf, das in der Klasse der Lohnarbeiter die jugendlichen Personen stärker und die älteren und alten Leute schwächer vertreten sind, als in der Berufsbevölkerung im ganzen. Bei der Lohnarbeiterschaft machen die jugendlichen Personen 22 Prozent und die älteren und alten Leute etwas über 10 Prozent aus, in der Berufsbevölkerung überhaupt sind die jugendlichen Personen mit 18 Prozent und die älteren Jahrgänge mit 13 Prozent vertreten. Die nicht dem Arbeiterstande angehörige berufstätige Dresdner Bevölkerung enthält also weniger jugendliche und mehr ältere Leute als die Arbeiterschaft. Für diese auch anderwärts beobachtete Erscheinung gibt es verschiedene Erklärungsgründe. Der nächstliegende Gedanke ist, daß die Angehörigen des Arbeiterstandes in die Erwerbstätigkeit früher eintreten und mit ihr früher aufhören, als die Angehörigen anderer Berufe, daß also der Zeitpunkt des Beginnes und des Endes der Erwerbstätigkeit in ursächlichem Zusammenhange stehen. Wenn dies auch in gewissem Umfange zutrifft, so ist damit jedoch nicht erwiesen, wie manchmal ohne weiteres angenommen wird, daß die durchschnittliche Lebensdauer der Arbeiterbevölkerung kürzer ist, als die der übrigen Volksschichten, daß der Tod die dünnere Besetzung der höheren Altersklassen im Arbeiterstande verursacht. Das konstatierte Verhältnis ist vielmehr zunächst nur beweiskräftig für das frühere Ende der Erwerbsfähigkeit der Arbeiterschaft. Auch ist damit noch nicht einmal gesagt, daß die Dauer der Erwerbsfähigkeit an sich beim Arbeiterstande kürzer ist, als bei den anderen Ständen, denn die Erwerbstätigkeit fängt dort in früheren Jahren an. Außerdem aber gibt es noch eine Reihe anderer Momente, die den Altersaufbau der Arbeiterschaft beeinflussen. So vor allem die zahlreichen Umstände, die zum Austritt aus dem Arbeiterstande führen. Bei den Männern hängt dieser Schritt in der Regel mit der Selbständigmachung (Handwerksgesellen werden selbständige Meister) oder mit dem Aufrücken in die Stellung von Betriebsbeamten (Werkmeistern und dergleichen) zusammen; bei den Mädchen hört die gewerbliche Arbeit in vielen Fällen mit der Verheiratung auf. Die Altersgliederung der weiblichen Dresdner Arbeiterschaft läßt gerade den letzteren Vorgang deutlich erkennen. Die Zahl der Arbeiterinnen schwillt in Dresden bis zum 25. Lebensjahr mächtig an, von 2000 Köpfen in der Altersklasse zwischen 14 und 16 Jahren bis auf 8000 Köpfe in der Altersklasse zwischen 20 und 25 Jahren, fällt dann aber im folgenden Jahrzehnt jäh ab auf

4000 Köpfe. Später, zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr, erhebt sie sich wieder auf rund 5000 Köpfe, was sich wohl daraus erklärt, daß die Arbeiterfrauen in den späteren Jahren ihrer Ehe von der Kinderfürsorge weniger als in den ersten Jahren in Anspruch genommen werden — die Kinder wachsen heran — und deshalb leichter wieder einer Erwerbstätigkeit außerhalb des Hauses nachgehen können. Es sind also physiologische und soziale Vorgänge, die den Altersaufbau der Dresdner Arbeiterschaft etwas verschieden von dem der übrigen Berufsbevölkerung gestalten. Das hindert jedoch nicht, daß das Gros (67 bis 69 Prozent) der erwerbstätigen Lohnarbeiter sowohl wie der übrigen Berufstätigen auf die Jahre der besten Arbeitskraft, die zwischen dem 20. und 50. Lebensjahr, entfällt.

Aus einem anderen Grund ist die Alterszusammensetzung der männlichen Dresdner Lohnarbeiterschaft auch noch von Interesse. Je größer der Einschlag an jugendlichen Personen in eine Arbeiterbevölkerung ist, um so mehr gärt es in ihr. Sie vor allem, die Jugendlichen, sind die Stürmer und Dränger, die Begeisterungsfähigen für Mögliches und Unmögliches. Unter diesem Gesichtspunkt mag deshalb hier noch konstatiert werden, daß von den 82 000 Dresdner Lohnarbeitern 26 000, d. i. nahezu ein Drittel, zwischen 14 und 25 Jahre alt sind.

Zunächst zu ähnlichen Erwägungen führt auch ein Blick auf die Familienverhältnisse der hiesigen Arbeiterschaft. Es ist viel lediges Volk unter ihr, beweglicher und freier und den Wechselfällen des modernen Arbeiterlebens gegenüber unempfindlicher, als der durch Familienrücksichten an Wohnort und Arbeitsstelle gebundene verheiratete Arbeiter. 35 000 von den 82 000 hiesigen Lohnarbeitern sind unverheiratet, das sind 42 Prozent. Bei der weiblichen Arbeiterbevölkerung ist der Prozentanteil der Ledigen noch größer. Von den 33 000 hiesigen Lohnarbeiterinnen überhaupt sind 23 000, d. i. 70 Prozent, ledig, von den 23 000 gewerblichen Arbeiterinnen 17 000, gleich 74 Prozent. Die Zahl der in der Dresdner Industrie (und in sonstigem Gewerbe) hauptberuflich erwerbstätigen verheirateten Frauen beträgt genau 4202. Dazu kommen noch 1921 verwitwete oder geschiedene Frauen. Im ganzen sind 5482 Lohnarbeiterinnen verheiratet und 4600 verwitwet oder geschieden. Der Anteil der verheirateten Frau, die nach den Grundsätzen der natürlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ihre Tätigkeit im allgemeinen auf den häuslichen Herd beschränken soll, an der weiblichen Lohnarbeit in Dresden stellt sich hiernach auf 16 Prozent, und wenn man die gesamte Lohnarbeit in Betracht zieht, also die der Männer mit einschließt, auf 5 Prozent. Allerdings ist dabei die hausgewerbliche Arbeit der verheirateten Frauen nicht eingerechnet, aber die Zahl der betreffenden Frauen ist gering (500) und außerdem sind manche von ihnen selbständige Unternehmerinnen.

Auch über die **Arbeitsqualifikation** der Dresdner gewerblichen Arbeiterschaft soll hier noch ein Wort gesagt werden. Die Reichszählung unterscheidet zwischen „vorgebildeten“ Gewerbegehilfen und =gehilfinnen und Hilfspersonen ohne Vorbildung. Zur ersten Gruppe zählen außer den Personen, die eine förmliche Lehre durchgemacht haben, den „gelernten“ Arbeitern, auch die sogenannten „angelernten“ Arbeiter, die als ungelernete Arbeiter eintreten, mit der Zeit aber angelernt werden, Arbeiten zu verrichten, die gewisse technische Kenntnisse und Fertigkeiten voraussetzen. Die übrigen Arbeiter, die ungelernen, stellen in der Hauptsache lediglich ihre physische Arbeitskraft zur Verfügung. Derartig vorgebildete Arbeitskräfte finden sich im Dresdner Klein- und Großgewerbe rund 53 000, darunter 46 000 männliche und 7 000 weibliche Personen. Ihnen stehen 34 000 männliche und 18 000 weibliche ungelernete Arbeiter gegenüber. Der Anteil der gelernten Arbeiterschaft an der gewerblichen Gesamtarbeiterschaft¹⁾ beträgt mithin 61 Prozent. Von den Arbeitern sind 72 Prozent, von den Arbeiterinnen 30 Prozent vorgebildet oder nachträglich ausgebildet. Es wird nicht zu viel gesagt sein, wenn man hiernach behauptet, daß die Dresdner Arbeiterschaft im ganzen genommen schon vermöge ihrer technischen Kenntnisse und Leistungen eine achtungsgebietende Stellung im Dresdner Erwerbsleben tatsächlich einnimmt und auch verdient.

Alljährlich am 1. Mai findet in Sachsen auf Anordnung des Königlichen Ministeriums des Innern eine Betriebs- und Arbeiterzählung statt, die zwar nicht alle Arbeiter, in Dresden aber etwa zwei Drittel der Arbeiterschaft erfaßt. Auf den Ergebnissen dieser Zählung fußt die nachstehende Übersicht, die über die Verteilung der Dresdner Arbeiterschaft auf die verschiedenen Industrie- und Gewerbezüge nach dem Stande vom 1. Mai 1909 orientiert.

Bevor jedoch auf ihren Inhalt eingegangen wird, erübrigen noch ein paar Bemerkungen über die Größe der Betriebe. Denn das persönliche Verhältnis der Arbeiter untereinander und zu ihrem Arbeitgeber und alles, was sich daraus sowohl für die Lage der Arbeiter wie für die der Betriebe ergibt, wird auch heute noch, trotz des nivellierenden Einflusses der großindustriellen Entwicklung und der Organisationsbestrebungen der Arbeiter durch den Umstand mitbestimmt, ob in einem Betriebe nur eine kleinere Anzahl oder Dutzende und Hunderte von Arbeitern tätig sind. Wenn man nach der Terminologie der Reichsstatistik alle Betriebe mit 50 und mehr Arbeitern als Großbetriebe bezeichnet, so ist die Dresdner Arbeiterschaft in ihrem Hauptteile eine **g r o ß i n d u s t r i e l l e**. Rund 50 000 Arbeiter und

¹⁾ So wie sie hier beziffert ist. Die Reichszählung hebt die Arbeitsqualifikation nur für die Arbeiterschaft der Industrieabteilung hervor.

Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge.

| Gewerbegruppen | Zahl der Betriebe | Arbeiterschaft | | | | | |
|--|-------------------|----------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
| | | Grundzahlen | | | Verhältniszahlen | | |
| | | männl. | weibl. | zuf. | männl. | weibl. | zuf. |
| Industrie der Steine und Erden | 71 | 2 833 | 728 | 3 561 | 5,67 | 2,52 | 4,52 |
| Metallverarbeitung | 228 | 6 296 | 1 427 | 7 723 | 12,60 | 4,94 | 9,79 |
| Industrie der Maschinen, Apparate, Instrumente | 236 | 12 491 | 783 | 13 274 | 25,00 | 2,71 | 16,85 |
| Chemische Industrie | 40 | 575 | 533 | 1 108 | 1,15 | 1,84 | 1,40 |
| Industrie d. forstwirtschaftlichen Nebenprodukte | 42 | 755 | 105 | 860 | 1,51 | 0,36 | 1,09 |
| Textilindustrie | 33 | 469 | 1 021 | 1 490 | 0,94 | 3,53 | 1,89 |
| Papierindustrie | 97 | 1 303 | 2 065 | 3 368 | 2,61 | 7,14 | 4,27 |
| Lederindustrie | 26 | 798 | 264 | 1 062 | 1,60 | 0,91 | 1,35 |
| Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 220 | 2 984 | 334 | 3 318 | 5,97 | 1,15 | 4,21 |
| Industrie der Nahrungs- und Genussmittel | 1 135 | 7 638 | 10 269 | 17 907 | 15,29 | 35,51 | 22,70 |
| Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe | 693 | 2 389 | 7 254 | 9 643 | 4,78 | 25,09 | 12,22 |
| Baugewerbe | 285 | 2 729 | 7 | 2 736 | 5,46 | 0,02 | 3,47 |
| Polygraphische Gewerbe | 187 | 3 556 | 1 406 | 4 962 | 7,12 | 4,87 | 6,29 |
| Künstlerische Gewerbe | 27 | 170 | 25 | 195 | 0,34 | 0,09 | 0,25 |
| Handelsgewerbe | 103 | 876 | 308 | 1 184 | 1,75 | 1,06 | 1,50 |
| Verkehrsgewerbe | 15 | 2 193 | 27 | 2 220 | 4,39 | 0,09 | 2,81 |
| Beherbergungs- u. Erquickungsgewerbe | 1 001 | 1 909 | 2 363 | 4 272 | 3,82 | 8,17 | 5,41 |
| zusammen | 4 439 | 49 964 | 28 919 | 78 883 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Arbeiterinnen, 63 Prozent der hier in Frage stehenden Gesamtarbeiterschaft von 79 000 Köpfen, sind in solchen Betrieben beschäftigt. Verlegt man die Untergrenze der Großbetriebe höher, auf 100, 200 und 300 Arbeiter, so sind es immer noch 50, 35 und 25 Prozent der Gesamtarbeiterschaft, die auf sie entfallen. An dem ausgesprochen großindustriellen Charakter der Dresdner Arbeiterschaft kann also kein Zweifel sein. Dies gilt namentlich auch für die weibliche Arbeiterschaft. Von 29 000 Arbeiterinnen waren am 1. Mai 1909 19 000 in Betrieben mit 50 und mehr Arbeitern, 6000 in solchen mit 10 bis 49 Arbeitern und 4000 in solchen mit 1 bis 9 Arbeitern beschäftigt. Die korrespondierenden Prozentzahlen sind 64, 22 und 14. Die 50 000 Arbeiter verteilten sich auf die bezeichneten Betriebsgrößen mit 31 000, 13 000 und 6000 Köpfen, entsprechend 63, 25 und 12 Prozent. Man wird diese Tatsache im Auge behalten müssen, um das, was später über die Lohn- und Arbeitskämpfe der Dresdner Arbeiterschaft ausgeführt werden soll, richtig zu würdigen.

Auf der vorstehenden Übersicht fällt durch die Höhe der Arbeiterzahl vor allem eine Gewerbegruppe auf, die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 17 900 Arbeitskräften, gleich 23 Prozent der Gesamtarbeiterschaft. Sie umschließt auch in der Tat zwei der für Dresden wichtigsten und charakteristischsten Industriezweige: die Schokolade- und Zuckerwarenfabrikation und die Zigarren- und Zigarettenfabriken. Die Schokolade- und Zuckerwarenfabrikation beschäftigt in 30 Fabriken rund 4000 Arbeiter, 1400 männliche und 2600 weibliche; die Zigarren- und Zigarettenfabrikation in 71 Betrieben 7300 Arbeiter, darunter 1400 männliche und 5900 weibliche. Beide Fabrikationszweige sind also ein Hauptfeld der weiblichen Erwerbstätigkeit. Ihre weibliche Arbeiterschaft macht 30 Prozent der weiblichen Gesamtarbeiterschaft aus. Überhaupt sind in der Nahrungs- und Genußmittelbranche 10 269 Arbeiterinnen beschäftigt, gleich 36 Prozent aller gewerblichen Arbeiterinnen. Ähnlich umfangreiche Arbeitsgelegenheit bieten der weiblichen Dresdner Bevölkerung noch die Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit über 7000 Arbeiterinnen, gleich 25 Prozent der weiblichen Arbeiterschaft. Innerhalb dieser Gruppe treten besonders zwei Fabrikationszweige hervor, die für das Dresdner Gewerbe gleichfalls charakteristisch sind: die Strohhgeflecht- und Strohwarenfabrikation, die in 26 Fabriken 1800 Arbeiterinnen beschäftigt, und die Anfertigung von künstlichen Blumen mit 41 Betrieben und 2000 Arbeiterinnen. Eine große Anzahl von Arbeiterinnen ist ferner noch tätig in der Papierindustrie (2065), hier namentlich in der Kartonnagen- und Kotillonwarenfabrikation (800), in der Textilindustrie (1021), dem polygraphischen Gewerbe (1406), der Metallverarbeitung (1427) und in dem Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe (2363).

Wendet man sich dem männlichen Teile der Arbeiterbevölkerung zu, so überragt hier die Maschinenindustrie einschließlich der Fabrikation von Apparaten und Instrumenten alle übrigen Gewerbebezüge. Sie umfaßt in 236 Betrieben mit 12 491 Arbeitern genau ein Viertel der ganzen Arbeiterschaft. Ihr am nächsten kommt das Metallverarbeitungs-gewerbe mit 228 Betrieben und 6296 Arbeitern und die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 1135 Betrieben und 7638 Arbeitern. Außerdem wären noch hervorzuheben das polygraphische Gewerbe mit 187 Betrieben und 3556 Arbeitern, die Industrie der Steine und Erden mit 71 Betrieben und 2833 Arbeitern und das Baugewerbe mit 2729 Arbeitern.

Das Dresdner Gewerbeleben, über das an anderer Stelle aus anderer Feder berichtet wird, zeichnet sich aus nicht nur durch den Reichtum, sondern auch durch die Mannigfaltigkeit an Arbeitsgelegenheit, die es bietet. Und das ist für die Dresdner Arbeiterbevölkerung von hoher Wichtig-

feit. Denn die Rückschläge der wirtschaftlichen Konjunktur pflegen die verschiedenen Gewerbebezüge verschieden stark und oft auch zu verschiedenen Zeitpunkten zu treffen. Ihre nachteiligen Wirkungen auf die Arbeiterbevölkerung können deshalb an Orten, wie in Dresden, wo eine außerordentliche Mannigfaltigkeit des Gewerbelebens herrscht, leichter ausgeglichen oder wenigstens abgemildert werden, als an Plätzen mit nur einzelnen großen Industriezweigen, von deren Gang allein dann das Wohl und Wehe der gesamten Arbeiterschaft abhängt.

Die Hauptquelle des Arbeitereinkommens ist der Arbeitslohn. Das ist auch in Dresden nicht anders. Ganz ohne Vermögen oder, richtiger gesagt, ohne einen Notpfennig ist jedoch die Dresdner Arbeiterbevölkerung nicht. So zeigt z. B. die Sparfassenstatistik, daß in den drei größten Arbeitervororten Dresdens, in Pieschen, Cotta und Löbtau im Jahre 1908 auf Sparbücher zusammen nahezu 3 Millionen einbezahlt und über 2½ Millionen abgehoben wurden. Indes, der Zinsertrag derartiger Arbeitersparguthaben erscheint doch verschwindend geringfügig, wenn man damit einerseits den Gesamtbetrag des Kapitalrenteneinkommens in Dresden (im Jahre 1908 83 Millionen) und andererseits das Einkommen aus Löhnen und Gehältern (241 Millionen) vergleicht. Die wirtschaftliche Lage der Dresdner Arbeiterschaft hängt also in allen wesentlichen Beziehungen von der Höhe ihrer Löhne ab. Die **Arbeitslöhne** sind in Dresden im Zusammenhange mit dem Abzuge der letzten allgemeinen geschäftlichen Depression und dem Wiedererwachen der Unternehmungslust etwa vom Jahre 1905 ab in fast allen Gewerbebezügen gestiegen. Recht sinnfällig kommt diese allgemeine Lohnaufwärtsbewegung in den Verschiebungen zum Ausdruck, die in der Besetzung der einzelnen Lohnklassen der Ortskrankenkasse, die den größten Teil der Dresdner Lohnarbeiterschaft umfaßt, seit 1904 eingetreten sind. Vergleicht man an der Hand der nachstehenden Übersichten, die sich speziell auf die erwachsene Lohnarbeiterschaft der Industrie und des Handwerkes beziehen, die Löhne des Jahres 1904 mit denen des Jahres 1909, so zeigen sich folgende bemerkenswerte Veränderungen. Die Zahl der Arbeiter mit einem Tagesverdienst von **über 3 M 75 S** ist von 63 Prozent auf 77 Prozent der Arbeiterschaft, die der Arbeiterinnen mit einem Tagesverdienst von **über 2 M 25 S** von 41 Prozent auf 56 Prozent der Arbeiterinnen angewachsen. Über **4 M 25 S** verdienen 59 Prozent der Arbeiter statt 38 Prozent, über **2 M 75 S** 28 Prozent statt 17 Prozent der Arbeiterinnen. Schon in diesen Ziffern treten namhafte Lohnverschiebungen in die Erscheinung, die sich noch schärfer formulieren, wenn man die Hauptzweige der männlichen und weiblichen Beschäftigung für sich betrachtet. In der **Maschinenindustrie** haben die Löhne so angezogen, daß im Jahre 1909 80 Prozent der Arbeiterschaft einen Tagesverdienst von über **3 M 75 S**

Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge.

Die Löhne der erwachsenen gewerblichen Arbeiter und
Grundzahlen.

| Gewerbegruppen | Am 30. Juni | hatten von den Arbeitern einen Tagesverdienst von Mark | | | | | Ar- beiter zu- sam- men | hatten von den Arbeiterinnen einen Tagesverdienst von Mark | | | | | | | Ar- bei- terin- nen zu- sam- men |
|---|-------------------|--|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|-------------------------------------|--|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|--|
| | | über 4,75 | von 4,26 bis 4,75 | von 3,76 bis 4,25 | von 3,26 bis 3,75 | von 2,76 bis 3,25 | | über 4,75 | von 4,26 bis 4,75 | von 3,76 bis 4,25 | von 3,26 bis 3,75 | von 2,76 bis 3,25 | von 2,26 bis 2,75 | von 1,76 bis 2,25 | |
| | | Industrie der Steine und Erden | 1904 | 516 | 147 | 296 | | 335 | 387 | 1681 | 1 | | 1 | 2 | |
| | 1909 | 541 | 121 | 272 | 254 | 58 | 1246 | 6 | | 3 | 3 | 3 | 19 | 19 | 53 |
| Metallverarbeitung . | 1904 | 488 | 356 | 764 | 510 | 403 | 2521 | 2 | 2 | 3 | 7 | 12 | 29 | 189 | 244 |
| | 1909 | 1072 | 473 | 440 | 336 | 224 | 2545 | 7 | 1 | 4 | 15 | 36 | 123 | 366 | 552 |
| Maschinenbau und Instrumente | 1904 | 1849 | 1334 | 1867 | 1886 | 1481 | 8417 | 10 | 7 | 6 | 18 | 41 | 56 | 184 | 322 |
| | 1909 | 4765 | 1585 | 2001 | 1373 | 750 | 10474 | 13 | 8 | 22 | 25 | 61 | 180 | 247 | 556 |
| Chemische Industrie. | 1904 | 167 | 70 | 187 | 401 | 332 | 1157 | 3 | 1 | 7 | 6 | 42 | 41 | 138 | 238 |
| | 1909 | 224 | 113 | 344 | 398 | 171 | 1250 | 11 | 10 | 9 | 16 | 62 | 110 | 236 | 454 |
| Textilindustrie | 1904 | 41 | 14 | 58 | 57 | 93 | 263 | 1 | 7 | 12 | 10 | 45 | 64 | 242 | 381 |
| | 1909 | 32 | 21 | 48 | 60 | 38 | 199 | 8 | 2 | 11 | 13 | 54 | 127 | 217 | 432 |
| Papier und Leder | 1904 | 214 | 288 | 461 | 436 | 430 | 1829 | 1 | 2 | 15 | 2 | 13 | 120 | 475 | 628 |
| | 1909 | 491 | 445 | 470 | 379 | 279 | 2064 | 5 | 5 | 25 | 63 | 123 | 297 | 583 | 1101 |
| Holzindustrie | 1904 | 389 | 551 | 1205 | 690 | 359 | 3194 | 9 | 4 | 23 | 44 | 58 | 108 | 157 | 403 |
| | 1909 | 1530 | 1110 | 690 | 436 | 276 | 4042 | 32 | 10 | 39 | 61 | 113 | 225 | 327 | 807 |
| Nahrungs- und Ge- nussmittel | 1904 | 374 | 292 | 395 | 550 | 458 | 2069 | 12 | 5 | 39 | 109 | 351 | 1025 | 1983 | 3524 |
| | 1909 | 959 | 459 | 595 | 615 | 387 | 3015 | 28 | 46 | 140 | 439 | 1522 | 1989 | 2148 | 6312 |
| Bekleidungs-gewerbe | 1904 | 215 | 112 | 427 | 407 | 409 | 1660 | 69 | 21 | 80 | 74 | 210 | 586 | 1144 | 2184 |
| | 1909 | 507 | 273 | 440 | 464 | 475 | 2159 | 74 | 35 | 108 | 152 | 429 | 775 | 1388 | 2960 |
| Reinigungsgewerbe | 1904 | 1 | 14 | 35 | 75 | 125 | 250 | 2 | | 3 | 12 | 33 | 115 | 302 | 467 |
| | 1909 | 39 | 21 | 75 | 46 | 117 | 298 | 5 | 1 | 5 | 43 | 119 | 211 | 455 | 839 |
| Baugewerbe | 1904 | 2332 | 1522 | 2421 | 1193 | 652 | 8120 | | | 2 | | 10 | 13 | 28 | 53 |
| | 1909 | 3905 | 1193 | 931 | 557 | 144 | 6730 | 5 | 2 | 7 | 3 | 9 | 43 | 56 | 129 |
| Polygraph. Gewerbe | 1904 | 684 | 720 | 338 | 261 | 279 | 2282 | 5 | 4 | 4 | 15 | 41 | 49 | 447 | 565 |
| | 1909 | 1167 | 394 | 256 | 431 | 209 | 2457 | 7 | 4 | 17 | 12 | 64 | 202 | 660 | 966 |
| Künstler. Gewerbe | 1904 | 194 | 63 | 97 | 2 | 65 | 421 | | | | 1 | | | 4 | 5 |
| | 1909 | 278 | 68 | 55 | 66 | 34 | 501 | 1 | | 1 | 2 | 6 | 12 | 13 | 35 |
| Zusammen | 1904 | 7464 | 5483 | 8551 | 6803 | 5563 | 33864 | 115 | 53 | 195 | 300 | 859 | 2222 | 5387 | 9131 |
| | 1909 | 15510 | 6276 | 6617 | 5415 | 3162 | 36980 | 202 | 124 | 391 | 847 | 2601 | 4313 | 6715 | 15193 |

Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge.

Arbeiterinnen in Dresden in den Jahren 1904 und 1909.

Verhältniszahlen.

| Gewerbegruppen | Am 30. Juni | hatten | | | | | | von den Arbei- tern einen durch- schnittl. Tages- ver- dienst von M | hatten | | | | | | | | von den Arbei- terinnen einen durch- schnittl. Tages- ver- dienst von M |
|---|-------------------|--|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|------|--|--|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|--|--|
| | | von je 100 Arbeitern einen Tagesverdienst von Mark | | | | | | | von je 100 Arbeiterinnen einen Tagesverdienst von Mark | | | | | | | | |
| | | über 4,75 | von 4,26 bis 4,75 | von 5,76 bis 4,25 | von 3,26 bis 5,75 | von 2,76 bis 3,25 | | | über 4,75 | von 4,26 bis 4,75 | von 5,76 bis 4,25 | von 3,26 bis 5,75 | von 2,76 bis 3,25 | von 2,26 bis 2,75 | von 1,76 bis 2,25 | | |
| Industrie der Steine und Erden | 1904 | 31 | 8 | 18 | 20 | 23 | 4,02 | 1 | | 1 | 2 | 3 | 13 | 80 | 2,16 | | |
| | 1909 | 43 | 10 | 22 | 20 | 5 | 4,33 | 11 | | 6 | 6 | 6 | 36 | 36 | 2,77 | | |
| Metallverarbeitung . | 1904 | 19 | 14 | 31 | 20 | 16 | 4,00 | 1 | 1 | 1 | 3 | 5 | 12 | 77 | 2,22 | | |
| | 1909 | 42 | 19 | 17 | 13 | 9 | 4,36 | 1 | 0 | 1 | 3 | 7 | 22 | 66 | 2,27 | | |
| Maschinenbau und Instrumente | 1904 | 22 | 16 | 22 | 22 | 18 | 4,01 | 3 | 2 | 2 | 6 | 13 | 17 | 57 | 2,48 | | |
| | 1909 | 46 | 15 | 19 | 13 | 7 | 4,39 | 2 | 1 | 4 | 5 | 11 | 32 | 45 | 2,52 | | |
| Chemische Industrie | 1904 | 14 | 6 | 16 | 35 | 29 | 3,54 | 1 | 0 | 3 | 3 | 18 | 17 | 58 | 2,42 | | |
| | 1909 | 18 | 9 | 28 | 32 | 13 | 3,93 | 2 | 2 | 2 | 4 | 14 | 24 | 52 | 2,48 | | |
| Textilindustrie | 1904 | 16 | 5 | 22 | 22 | 35 | 3,38 | 0 | 2 | 3 | 3 | 12 | 17 | 63 | 2,36 | | |
| | 1909 | 16 | 11 | 24 | 30 | 19 | 3,87 | 2 | 0 | 3 | 3 | 13 | 29 | 50 | 2,44 | | |
| Papier und Leder.. | 1904 | 12 | 16 | 25 | 24 | 23 | 3,84 | 0 | 0 | 3 | 0 | 2 | 19 | 76 | 2,18 | | |
| | 1909 | 24 | 22 | 23 | 18 | 13 | 4,12 | 0,5 | 0,5 | 2 | 6 | 11 | 27 | 53 | 2,40 | | |
| Holzindustrie | 1904 | 12 | 17 | 38 | 22 | 11 | 3,99 | 2 | 1 | 6 | 11 | 14 | 27 | 39 | 2,65 | | |
| | 1909 | 38 | 27 | 17 | 11 | 7 | 4,39 | 4 | 1 | 5 | 8 | 14 | 28 | 40 | 2,64 | | |
| Nahrungs- und Ge- nussmittel | 1904 | 18 | 14 | 19 | 27 | 22 | 3,90 | 1 | 0 | 1 | 3 | 10 | 29 | 56 | 2,33 | | |
| | 1909 | 32 | 15 | 20 | 20 | 13 | 4,16 | 0 | 1 | 2 | 7 | 24 | 32 | 34 | 2,58 | | |
| Bekleidungs-gewerbe | 1904 | 13 | 7 | 26 | 24 | 30 | 3,74 | 3 | 1 | 4 | 3 | 10 | 27 | 52 | 2,47 | | |
| | 1909 | 24 | 13 | 20 | 21 | 22 | 3,97 | 2 | 1 | 4 | 5 | 15 | 26 | 47 | 2,53 | | |
| Reinigungsgewerbe | 1904 | 0 | 6 | 14 | 30 | 50 | 3,38 | 0 | | 1 | 3 | 7 | 24 | 65 | 2,26 | | |
| | 1909 | 13 | 7 | 25 | 16 | 39 | 3,70 | 1 | 0 | 1 | 5 | 14 | 25 | 54 | 2,38 | | |
| Baugewerbe | 1904 | 29 | 19 | 30 | 14 | 8 | 4,23 | | | 4 | | 19 | 24 | 53 | 2,39 | | |
| | 1909 | 58 | 18 | 14 | 8 | 2 | 4,61 | 4 | 2 | 6 | 2 | 7 | 34 | 45 | 2,55 | | |
| Polygraph. Gewerbe | 1904 | 30 | 32 | 15 | 11 | 12 | 4,28 | 1 | 1 | 1 | 3 | 7 | 8 | 79 | 2,21 | | |
| | 1909 | 47 | 16 | 10 | 18 | 9 | 4,38 | 1 | 0 | 2 | 1 | 7 | 21 | 68 | 2,26 | | |
| Künstler. Gewerbe | 1904 | 46 | 15 | 23 | 1 | 15 | 4,38 | | | | 20 | | | 80 | 2,30 | | |
| | 1909 | 55 | 14 | 11 | 13 | 7 | 4,49 | 3 | | 3 | 6 | 17 | 34 | 37 | 2,57 | | |
| Zusammen | 1904 | 22 | 16 | 25 | 20 | 17 | 4,04 | 1 | 1 | 2 | 3 | 10 | 24 | 59 | 2,36 | | |
| | 1909 | 42 | 17 | 18 | 14 | 9 | 4,35 | 1 | 1 | 3 | 6 | 17 | 28 | 44 | 2,51 | | |

hatten, statt 60 Prozent, ferner 61 Prozent einen solchen von über 4 M 25 S, statt 38 Prozent, und 46 Prozent einen solchen von über 4 M 75 S, statt 22 Prozent. Ähnlich war die Lohnentwicklung in der Industrie der Steine und Erden. Auf die Arbeiter mit über 3 M 75 S Tagesverdienst entfallen hier 75 Prozent der Gesamtarbeiterschaft, statt 57 Prozent, auf die mit über 4 M 25 S 53 Prozent, statt 39 Prozent, auf die höchstentlohnnten mit über 4 M 75 S 43 Prozent statt 31 Prozent. Für das Metallverarbeitungs-gewerbe sind die entsprechenden Prozentsätze des Jahres 1909: 78, 61 und 42 gegenüber 64, 33 und 19 im Jahre 1904; für die Holzindustrie 82, 65 und 38 gegenüber 67, 29 und 12. Der durchschnittliche Tagesverdienst hat sich von 1904 bis 1909 erhöht in der Industrie der Steine und Erden von 4 M 02 S auf 4 M 33 S (d. i. um 7,7 Prozent), im Metallverarbeitungsgewerbe von 4 M auf 4 M 36 S (9 Prozent), in der Maschinenindustrie von 4 M 01 S auf 4 M 39 S (9,5 Prozent) und in der Holzindustrie von 3 M 99 S auf 4 M 39 S (10 Prozent). Im Gesamtdurchschnitt der gewerblichen Arbeiterschaft ist der Tagesverdienst von 4 M 04 S auf 4 M 35 S angestiegen, entsprechend 7,7 Prozent.

Was die weibliche Arbeiterbevölkerung anlangt, so interessieren hier vor allem die Löhne der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die verhältnismäßig die meisten Arbeiterinnen beschäftigt. Die Lohnverschiebungen in dieser Industrie seit 1904 haben bewirkt, daß zurzeit zwei Drittel der betreffenden Arbeiterinnen einen Tagesverdienst von über 2 M 25 S beziehen, statt 44 Prozent im Jahre 1904, und daß ihr durchschnittlicher Tagelohn von 2 M 33 S auf 2 M 58 S, d. i. um rund 11 Prozent, gestiegen ist. In annähernd gleichem Umfange sind auch die Arbeiterinnen der Papier- und Lederindustrie aufgebessert worden. Ihr Durchschnittslohn ist von 2 M 18 S auf 2 M 40 S, also um rund 10 Prozent gestiegen, und nahezu die Hälfte (47 Prozent) von ihnen hat jetzt einen Tagesverdienst von über 2 M 25 S, während dies früher nur für ein Viertel dieser Arbeiterinnen zutraf. Auch in den anderen Gewerbezweigen mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft haben Lohn-erhöhungen stattgefunden, aber in geringerem Maße. So in der Textilindustrie, dem Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, dem polygraphischen Gewerbe und anderen. Die durchschnittliche Gesamtsteigerung des weiblichen Arbeitslohnes von 2 M 36 S auf 2 M 51 S macht 6,4 Prozent aus.

In Dresden verdient also zurzeit ein erwachsener gewerblicher Arbeiter im Tage durchschnittlich 4 M 35 S, eine solche Arbeiterin 2 M 51 S. Diese Sätze sind das Mittel aus den Löhnen von rund 37 000 Arbeitern und 15 000 Arbeiterinnen, und zwar sowohl gelernten und angelernten, wie ungelerten. Eine genaue Scheidung der Löhne für die einzelnen Arbeiterkategorien ist schon wegen der Flüssigkeit ihrer Grenzen untunlich. Selbst-

verständlich ist aber, daß der durchschnittliche Tagesverdienst der ausgebildeten Arbeiterschaft über, der der ungelerten unter den ermittelten Durchschnittssätzen liegen muß. Ebenso ist im allgemeinen zutreffend, daß die Löhne, soweit sie bei den Arbeitern den Satz von 3 M 75 S, und bei den Arbeiterinnen den von 2 M 25 S in erheblicherem Maße überschreiten, in der Hauptsache der ausgebildeten Arbeiterschaft bezahlt werden. Unter diesem Gesichtspunkte berechnet sich der durchschnittliche Tagesverdienst für ausgebildete Arbeiter auf rund 4 M 70 S, für solche Arbeiterinnen auf 2 M 90 S und der durchschnittliche Tagelohn für ungelernete Arbeiter auf 3 M 35 S, für ungelernete Arbeiterinnen auf 2 M. Diese Löhne werden durch andere Ermittlungen bestätigt, nur dürfte der Tagelohn für ungelernete Arbeiter in jüngster Zeit etwas höher sein, etwa 3 M 50 S betragen. Die qualifizierte männliche Arbeit steht also um 34 Prozent, die qualifizierte weibliche um 45 Prozent höher im Preise, als die ungeschulte Arbeitsleistung. Dabei sei daran erinnert, daß nach früher Gesagtem von den gewerblichen Arbeitern nahezu drei Viertel, von den gewerblichen Arbeiterinnen nicht ganz ein Drittel qualifizierte Arbeit verrichten. Die ungünstige Bedeutung dieses Unterschiedes für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen wird aber dadurch wesentlich eingeschränkt, daß von den Arbeiterinnen nahezu drei Viertel ledig, die Arbeiter dagegen in der überwiegenden Mehrzahl verheiratet sind. Bezüglich der jugendlichen Personen im Dresdner Gewerbe sei endlich noch bemerkt, daß der ortsübliche Tagelohn für ungelernete jugendliche Arbeiter zurzeit auf 1 M 60 S, der für solche Arbeiterinnen auf 1 M festgesetzt ist. Über die Bezahlung der Lehrlinge und Lehnmädchen unter ihnen lassen sich keine allgemeinen Angaben machen, weil deren Löhne zu verschieden sind, je nach der Dauer der Lehrzeit, der Branche und den Anforderungen und Leistungen. Außerdem handelt es sich hier, wie vielfach auch bei den sonstigen jugendlichen Arbeitern, nur um eine Zubeuße zu den Unterhaltskosten, die in der Hauptsache von anderer Seite bestritten werden.

„Mehr Lohn, weniger Arbeit“ lautet in programmatischer Zuspitzung eine der häufigsten Arbeiterforderungen. Gemeint ist mit dem zweiten Teile dieser Forderung die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Arbeiter bewertet seinen Lohn in erster Linie nach der Auskömmlichkeit und der Arbeitszeit. Ist sein Verdienst ausreichend und die Arbeitszeit eine mäßige, so werden die Anstrengungen und Gefahren der Arbeit im allgemeinen gering veranschlagt. Um die Verringerung der Arbeitszeit dagegen bemüht sich die Arbeiterschaft mit der gleichen Ausdauer, wie um die Erhöhung ihrer Löhne. Auch in dieser Richtung hat die Dresdner Arbeiterschaft in den letzten Jahren Forderungen gestellt und Erfolge erzielt. Die Arbeitszeit wurde in Dresden fast allenthalben herabgesetzt, teils auf Grund friedlicher Ver-

einbarungen, teils im Zusammenhange mit Arbeitskämpfen. Für die dermalige tägliche Arbeitszeit in den bedeutendsten Dresdner Industriezweigen sind die folgenden Daten charakteristisch. Abgesehen von den Sonnabenden und den Vorabenden der Festtage beträgt die tägliche Arbeitszeit nach Abzug aller Pausen in dem größten Dresdner Männergewerbe, der *Maschinenindustrie* und der *Metallverarbeitung*, in der Mehrzahl der Fälle $9\frac{1}{2}$ Stunden. Von rund 10 000 Arbeitern der größten Betriebe dieser Art haben 1600 eine effektive Arbeitszeit von $8\frac{3}{4}$ bis 9 Stunden, 6000 eine solche von $9\frac{1}{2}$ Stunden und 2000 eine solche von $9\frac{3}{4}$ bis 10 Stunden. In der *Industrie der Steine und Erden* schwankt die tägliche Arbeitszeit zwischen $8\frac{1}{2}$ und 10 Stunden. In den *Bau- und Möbeltischlereien* ist sie tarifmäßig auf 9 Stunden festgelegt. Ebenso im *Buchdruckergewerbe*. Die *Kunstdruckereien*, auch eines der für Dresden typischen Gewerbe mit etwa 2500 Arbeitern, haben eine tägliche Arbeitszeit von $8\frac{1}{2}$ bis 9 Stunden. In den *Zigarren- und Zigarettenfabriken* schwankt die Arbeitszeit zwischen 9 und 10 Stunden. In den größten Fabriken dieser Branche arbeiten von rund 5000 Arbeiterinnen und Arbeitern 2400 täglich 9 Stunden, 1700 $9\frac{1}{2}$ Stunden und 700 $9\frac{3}{4}$ bis 10 Stunden. In der *Textilindustrie* ist die zehnstündige Arbeitszeit vorherrschend. Ebenso in der *Strohgeflecht- und Strohwarenfabrikation* und in den *Blumenfabriken*. In den letzteren ist vielfach auch die $9\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit eingeführt, in den großen *Schokoladenfabriken* ist diese Arbeitszeit die übliche. Von den genannten Arbeitszeiten kommt aber an den Sonnabenden und den Vortagen der Feiertage mindestens noch eine Stunde in Abzug, um die die Nachmittagsarbeit gekürzt wird. Häufig sind es aber auch $1\frac{1}{2}$ bis 2 Stunden, vereinzelt selbst 3 und mehr Stunden. Die Arbeitszeiten im Dresdner Gewerbe entsprechen zwar noch nicht dem Idealziele der Arbeiterschaft, dem 8 stündigen Arbeitstage, aber sie haben sich ihm in den letzten Jahren merklich genähert. Und wenn die Dresdner Arbeiterschaft es verstehen sollte, was bisher im allgemeinen der Fall war, die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensität der Arbeit wettzumachen, so ist nicht abzusehen, warum dieses Ziel, besonders zu wünschen der weiblichen Arbeiterschaft, nicht auch mit der Zeit erreicht werden sollte.

In hohem Grade förderlich für diese, wie andere Bestrebungen der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lage ist die Regelung der Arbeitsbedingungen auf dem Wege des *Carifvertrages*. Die Bewegung auf den Abschluß von Tarifverträgen, von kollektiven Arbeitsverträgen, ist in Deutschland, vom Buchdruckergewerbe abgesehen, noch jung, kaum ein Jahrzehnt alt. Sie hat bis jetzt vornehmlich im Bereiche der handwerksmäßig betriebenen Gewerbe Boden gefaßt und die eigentliche Großindustrie

noch wenig berührt. Dresden besitzt entsprechend der Zusammensetzung seiner Gewerbe, in der nicht nur das eigentliche Handwerk, sondern auch Großbetriebe mit vorwiegend handwerksmäßiger Technik einen breiten Raum einnehmen, eine relativ große Zahl von Arbeitern, deren Arbeitsverhältnisse, namentlich was den Lohn und die Arbeitszeit anlangt, durch lokale Verbandstarife und vereinzelt auch durch Firmentarife oder durch Generaltarife, die für ganz Deutschland gelten, geordnet sind. Schätzungsweise¹⁾ sind es 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, also etwa der fünfte Teil der Dresdner gewerblichen Arbeiterschaft, die unter tarifmäßigen Bedingungen arbeiten. Die betreffenden Tarifverträge beziehen sich in der Hauptsache auf folgende Arbeiter: auf Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Steinmetzen, Stukkateure, Bildhauer, Dachdecker, Bau- und Möbeltischler, Parkettbodenleger, Glaser, Maler, Tapezierer, Ofenseher, Töpfer, Steinsetzer, Pflasterer, Fliesenleger, Asphaltateure, Sattler, Kürschner, Kupferschmiede, Böttcher, Schneider, Schuhmacher, Barbieri, Bäcker, Konditoren und Landschaftsgärtner. Dazu kommen weiter das in Dresden sehr verbreitete Buchdruckergewerbe und Kunstdruckergewerbe (Stein-, Zin-, Kupfer-, Farbdrukker usw.) und das Buchbindergewerbe mit Einschluß der Zigarettenkartonnagenfabrikation. Ferner das Brauergewerbe; zum Teil auch das Mühlengewerbe. Außerdem aus dem Kreise der Industrie im engeren Sinne die Tabakarbeiter, die Fabriktschler, die Arbeiter der Strohhutfabriken und vereinzelt Arbeitergruppen aus dem Metallverarbeitungsgewerbe (Arbeiter der Beleuchtungsindustrie, former und Gießereiarbeiter, Metallschläger, feingoldschläger). Endlich ist auch noch das Verkehrsgewerbe in einzelnen Zweigen (z. B. Transportarbeiter, Speichereiarbeiter, Kohlenfarrer) an Tarifgemeinschaften beteiligt. Aus dieser Übersicht, die auf unbedingte Genauigkeit keinen Anspruch machen kann, erhellt jedenfalls das eine, daß das Baugewerbe und die mit ihm verwandten Gewerbe einerseits und das Buchdrucker- und Kunstdruckergewerbe andererseits in Dresden die Hauptträger des tarifgenossenschaftlichen Gedankens sind, während die eigentliche Großindustrie Dresdens in dieser Hinsicht bis jetzt nur beachtliche Anfänge zeigt. Die Gründe für die zurückhaltende Stellung der Großindustrie gegenüber dem Abschluß von Tarifverträgen liegen keineswegs etwa bloß in der persönlichen Abneigung mancher Großindustriellen gegen die Bindung ihrer Bewegungsfreiheit durch Tarifverträge, es kommen dabei vielmehr auch Schwierigkeiten der Gewerbe- und Betriebstechnik in Frage, auf die aber hier nicht weiter einzugehen ist. Im übrigen hat die Tarifbewegung in Dresden den gleichen Verlauf genommen, wie in ganz Deutschland. Sie

¹⁾ Unter Zugrundelegung der Angaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes für das Jahr 1905 (Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 3 bis 5), die, soweit möglich, auf den neueren Stand gebracht wurden. Im übrigen sind die Zahlen in ständigem Fluß.

ist vom Buchdruckergewerbe und Baugewerbe ausgegangen (zu den ersten, die in Dresden sich tarifgemeinschaftlich organisierten, gehören auch die Feingoldschlägereien) und hat allmählich einen großen Teil der Betriebe mit vorwiegend handwerklicher Technik in ihren Kreis gezogen.

Von mancher Seite wird der Tarifvertrag für das Friedensinstrument schlechthin gehalten, wird erwartet, daß mit der Ausbreitung der Tarifgemeinschaften die Arbeitskämpfe allgemach verschwinden. Das ist indes eine Hoffnung, die vor der Wirklichkeit kaum standhalten dürfte. Die Tarifverträge sind stets befristet und ihre Erneuerung vollzieht sich, wie die Erfahrung lehrt, keinesfalls überall in friedlicher Weise. Es kommt immer wieder der Zeitpunkt, manchmal schon vor dem Ablauf der Verträge, wo ein Teil der Kontrahenten die Vertragsbedingungen zu ändern wünscht und mit seinen Wünschen glaubt durchdringen zu können, und dann hängt es lediglich von den besonderen Umständen, namentlich der beiderseitigen Machtlage ab, ob darüber ein Streit ausbricht oder nicht. Die *Arbeitskämpfe* im Dresdner Gewerbe während der letzten Jahre liefern unter anderem auch dafür Beispiele. Diese Kämpfe alle einzeln zu schildern, ist im Rahmen dieser Skizze unmöglich, nur das Wichtigste kann daraus mitgeteilt werden. Überblickt man das ablaufende Jahrzehnt des Dresdner Gewerbelebens, so gleicht das Ganze einem ständig bewegten, durch Windstöße aus allen Himmelsgegenden fortgesetzt beunruhigten Gewässer, in dem eine Welle die andere ablöst. Fast kein Monat ist vergangen, in dem nicht an irgendeiner Stelle in Dresden Arbeiter gestreift haben oder ausgesperrt waren. Von 1903 bis Ende 1909 hat Dresden 185 Streiks und 22 Aussperrungen erlebt. In 1400 Betrieben wurde gestreift, in 250 ausgesperrt. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 6400, die der gleichzeitig Ausgesperrten 5900 Köpfe. Die Ursachen dieser Streitigkeiten waren im einzelnen sehr verschieden, in der Hauptsache aber handelte es sich immer wieder um zwei Forderungen, um Erhöhung der Löhne und um Verkürzung der Arbeitszeit; in der Regel um beides zugleich. Dazu kamen noch sogenannte Sympathiestreiks zur Unterstützung auswärtig streikender Arbeiter und Aussperrungen zur Unterstützung auswärtig im Kampfe mit ihrer Arbeiterschaft befindlicher Unternehmer. Der Ausgang dieser Streitigkeiten, die nur vereinzelt die öffentliche Ordnung bedrohten und der Polizei oder Strafgewalt zum Einschreiten Veranlassung gaben, war ein wechselnder. In der Hälfte der Fälle etwa wurden Teilerfolge erzielt, in je einem Viertel der Fälle ein voller Erfolg beziehungsweise gar kein Erfolg. Charakteristisch für die einzelnen Jahre, sowohl ihres Umfanges wie ihrer Zeitdauer wegen, sind folgende Streiks und Aussperrungen. Mitte Mai 1903 brach im Dresdner *Töpfergewerbe* ein Streik aus, der bis 1. September anhielt, 35 Betriebe berührte und zeitweise gegen 300 Arbeiter erfaßte. Hauptforderung

war die Wiederherstellung eines paritätischen Arbeitsnachweises und die Neuregelung der Lohnzahlung. Der Streik, der das Eingreifen der Polizei zum Schutz der Arbeitswilligen und des Eigentums nötig machte, wurde durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters Beutler beendet. Die Arbeiter erhielten Anteil an der Kontrolle über die Tätigkeit des Arbeitsnachweises und für bestimmte Arbeiten Lohnerhöhung. Im gleichen Jahr hatte das *Baugewerbe* zwei größere und länger andauernde Streiks, bei denen es sich um Lohnerhöhung und daneben noch um Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und um Entlassung Arbeitswilliger handelte. Der erste Streik dauerte von Mitte Juni bis Ende September und erstreckte sich auf 25 Betriebe und über 600 Arbeiter¹⁾, der zweite setzte unmittelbar danach, Ende September, ein und währte bis Weihnachten. Er erfaßte 14 Betriebe und gegen 400 Arbeiter. Bei beiden Streiks wurden Lohnerhöhungen erreicht, teilweise auch die sonstigen Forderungen durchgesetzt.

Das Jahr 1904 stand gleichfalls im Zeichen der *Bauarbeiterstreiks*. Sie entwickelten sich in rascher Folge nacheinander und wohl auch auseinander. Von Anfang Januar bis Ende März streikten in 12 Betrieben rund 300 Arbeiter, von Anfang April bis Ende Juni und von Mitte Juli bis Anfang September in je 6 Betrieben je 100 Arbeiter. Ihre Lohnforderungen, darum drehte sich der Streit im wesentlichen, wurden in der Hauptsache, wenn auch nicht überall in der verlangten Höhe, bewilligt. Zwischenhinein fiel ein Streik der *Bautischler*. Von Anfang Juli bis Anfang August streikten rund 500 Bautischler in 99 Tischlereien. Der Streik endete mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages auf 1. April 1905, der außer namhafteren Lohnerhöhungen auch eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit zur Folge hatte. Dagegen wurde die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises von den Streikenden nicht durchgesetzt. Das Jahr schloß mit einem Streik der *Buchbinder und Papierarbeiter* wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, der aber nur in 17 Betrieben erfolgreich war; in 27 Betrieben wurden die Streikenden durch andere Arbeiter ersetzt. Der Streik dauerte von Anfang Oktober bis Anfang November und brachte über 700 Arbeiter außer Arbeit.

Mehr Abwechslung in der Reihe der größeren Streiks weist das Jahr 1905 auf. Es verzeichnet außer einem Streik der *Maler, Lackierer und Anstreicher*, also wiederum von Angehörigen der Baugewerbe, auch einen solchen der *Bäcker, Schuhmacher und Klempner* und eines Teils der Arbeiter der *Zigarettenfabrikation* und eine *Schneiderausperrung*. Während der zweiten Hälfte des April streikten in 123 Bäckereien 186 *Bäcker*

¹⁾ Ungegeben wird stets die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden oder ausgesperrten Arbeiter.

gehilfen, etwa 70 Prozent der betreffenden Gehilfenschaft. Sie verlangten Lohnerhöhung und die Abschaffung von Kost und Logis bei den Meistern, vermochten diese Forderungen jedoch nur in wenigen Betrieben durchzusetzen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wurde die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Erfolgreicher war der Schumachergehilfenstreik, der Anfang Mai eine Woche lang dauerte und sich auf 131 Betriebe und fast alle Gehilfen (258) erstreckte. Es wurde ein neuer Tarif mit erhöhten Löhnen und verkürzter Arbeitszeit vereinbart. Nur Teilerfolge haben die Klempner, die vom 16. Juni bis 28. August 268 Mann in 85 Betrieben streikten, mit ihren Forderungen nach Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit erzielt. Außerdem blieb der gleichfalls von ihnen angestrebte paritätische Arbeitsnachweis abgelehnt. Zu Streik und Aussperrung führte die Bewegung unter der Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie. Vom 18. Mai bis 4. Juli streikten in 24 Zigarettenfabriken gegen 3000 Personen. Der Anlaß dazu war, derselben Wurzel entspringend, ein zwiefacher: die Arbeiter verlangten unter dem Einfluß des deutschen Tabakarbeiterverbandes Lohn-erhöhungen, die Fabrikanten aber verlangten, wenigstens in der Mehrzahl, von ihren Arbeitern Austritt aus diesem Verbands. Das Ergebnis des Streikes war ein Vergleich zugunsten der Arbeiter, die Löhne wurden zum Teil erhöht und die Fabrikanten begnügten sich damit, daß ihre Arbeiter eine eigene Sektion in dem deutschen Tabakarbeiterverbande bilden. Im Zusammenhange damit sperrten 7 Fabriken 300 Arbeiter auf kurze Zeit aus. Die Hauptaussperrung des Jahres war, von der eine Woche dauernden Aussperrung einiger Hundert Bauarbeiter wegen Beteiligung (Arbeits-einstellung) an der Maifeier abgesehen, die Aussperrung der Schneide-gehilfen. Die organisierten Arbeiter hatten verlangt, daß nach bestimmten Städten, in denen gestreift wurde, keine Arbeit geliefert werde. Dies führte im Mai zur Aussperrung von 162 Gehilfen in 32 Betrieben. Mit dem Wegfall der auswärtigen Streiks hörte die Aussperrung auf. Was endlich den Streik der Maler, Lackierer und Anstreicher anlangt, der von Anfang Mai bis Mitte Juni dauerte und 155 Betriebe und zirka 800 Arbeiter ergriff, so wurde er durch tarifmäßige Regelung des Minimallohnes und der Arbeitszeit beendet.

Im Jahr 1906 übernahm die Arbeiterschaft der Metallindustrie die Führung in den Lohnkämpfen. Ende März traten in 11 Dresdner Maschinen- und Metallwarenfabriken über 800 Arbeiter in den Ausstand. Lohnänderung und Verkürzung der Arbeitszeit waren ihre Forderungen. Daraufhin verhängte der Verband der deutschen Metallindustriellen die Aussperrung. Vom 4. April bis zum 9. Juni waren in Dresden über 5000 Arbeiter in 65 Betrieben ausgesperrt. Schließlich wurde die Arbeit

in den sämtlichen Betrieben unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Nahezu einen vollen Erfolg erreichten dagegen die *Schmiedegewerkschaften*, die in 46 Betrieben während des Juli 3 Wochen lang streikten. Fast überall wurden ihnen Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit zugestanden. Nur eine Woche, vom 16. bis 23. Juli, dauerte der *Dachdeckerstreik*, der 30 Betriebe und über 200 Gehilfen betraf. Im großen Ganzen brachte auch dieser Streik den Ausständigen die verlangten Lohnaufbesserungen. Außerdem wurde in verschiedenen Betrieben für einen späteren Zeitpunkt eine Kürzung der täglichen Arbeitszeit vereinbart. Lange und schwer lastete dagegen auf den Gehilfen der *Steindruckereien* eine vom Schutzverband der deutschen Steindruckereien zur Bekämpfung von Streiks über die Gesamtgehilfenschaft verhängte Aussperrung. In Dresden waren aus diesem Grunde und ohne örtlichen Anlaß 300 Steindruckere von 2. Juni bis 22. August ausgesperrt.

Vorwiegend durch Aussperrungen wird das Jahr 1907 gekennzeichnet. Den *Tischlerarbeitern* wurde Ende März ein neuer Lohn tarif an Stelle des abgelaufenen seitens der Arbeitgeber vorgelegt, den aber der Verband der deutschen Holzarbeiter nicht anerkannte. Infolgedessen kam es in verschiedenen Städten zum Streik, den der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe mit der Aussperrung beantwortete. In Dresden waren an der Aussperrung 54 Betriebe beteiligt und über 400 Tischler von Anfang April bis Ende Mai ausgesperrt. Mit kleineren Zugeständnissen hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit an die Arbeiter endete in Dresden diese Aussperrung. Ein großer Streik, den die *Schneidergewerkschaften* in 38 deutschen Städten wegen Nichtbewilligung erhöhter Tariflöhne inszeniert hatten, führte Anfang April zur allgemeinen Aussperrung. Sie währte nicht ganz 14 Tage und endete mit der Niederlage der Schneidergewerkschaften. In Dresden berührte diese Aussperrung 34 Schneidereien und über 200 Gehilfen. Auch um auswärtiger Streiks willen sperrten schließlich 3 große Dresdner *Maschinenfabriken* ihre Schmiede, Dreher und Schlosser aus, gegen 600 Mann. Der Kampf dauerte 2 Monate (April und Mai). Ein Kompromiß schloß ihn ab.

Das Jahr 1908 verlief verhältnismäßig ruhig. Die Zahl der Streiks und Aussperrungen, die in den Vorjahren zwischen 24 und 48 schwankte, ging im Jahre 1908 auf 16 Streiks und 2 Aussperrungen herunter. Von den wenigen größeren Streiks, die aber alle von kurzer Dauer waren, ist nur der *Schuhmachereistreik* etwa bemerkenswert. Er dauerte vom 1. bis 9. Mai, berührte 88 Betriebe mit über 200 Ausständigen und endete mit einem ziemlich glatten Erfolg der Streikenden. Die Schuhmachergehilfen drangen mit ihren Lohnforderungen zwar nicht in vollem, aber doch in erheblichem Umfange fast überall durch. Außerdem wurde noch in der

Landschaftsgärtnerei ziemlich erfolglos und in der Damenschneiderei und von den Stukkateuren und Bildhauern mit teilweisem Erfolge vorübergehend gestreift.

Schärfere Arbeitskämpfe setzte es dagegen in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 ab. Vor allem traten die *Elektromonteur*e und die *Elektroinstallateur*e in eine allgemeine Bewegung ein, die auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung abzielte, aber im ganzen fruchtlos verlief. Von Ende Oktober bis Ende November streikten zu diesem Zweck gegen 600 Arbeiter der elektrischen Industrie in 35 Betrieben. Ebenso resultatlos ging eine Lohnbewegung im *Buchdruckergewerbe* aus, die sich der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (Anlegerinnen) in den Druckereien annahm und den Abschluß eines Tarifvertrages für diese Arbeitergruppe verlangte. Von Anfang Dezember ab streikte in den Druckereien das weibliche Hilfspersonal (139 Anlegerinnen in 21 Druckereien) einige Wochen erfolglos. Es wurde größtenteils ersetzt. Die Regelung der Hilfsarbeiterfrage ist bis zum Abschluß eines neuen Buchdruckertarifvertrages verschoben.

Endlich noch ein Blick auf das laufende Jahr 1910, das mit seiner *Generalausperrung* im *Baugewerbe* das zu dem Thema dieses ganzen Abschnittes passende finale liefert. Mitte April entbrannte in ganz Deutschland der Kampf zwischen dem Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe und den Organisationen der Bauarbeiter. Kampfpunkt war der Abschluß eines neuen Tarifvertrages, den die Arbeitgeber zentral, d. h. mit den Zentralorganen der Arbeiter, die Bauarbeiter dagegen mit ihren lokalen Organisationen vereinbart wissen wollten. Außerdem waren die Organisation des Arbeitsnachweises und, wenn auch erst in zweiter Linie und zunächst sich im Hintergrunde haltend, die Höhe der Löhne und die Dauer der Arbeitszeit Streitpunkte. Die Aussperrung und die sie begleitenden Streiks legten in Dresden, nachdem ein erster Vermittlungsversuch des Reichsamtes des Innern gescheitert, zeitweise fast die ganze Bautätigkeit lahm. Es war dem Eingreifen des Oberbürgermeisters Beutler zu verdanken, daß die Streitenden sich schließlich doch zu Einigungsverhandlungen herbeiließen. Unter seiner Mitwirkung und der des Reichsamtes des Innern wurde der Streit durch die Schiedsprüche dreier Unparteiischer Mitte Juni beigelegt. Ende Juni war der Friede im Baugewerbe fast allerorten wieder hergestellt.

Zu diesen mehr oder weniger freiwilligen, zum Teil jedenfalls durch die Arbeiter selbst herbeigeführten Arbeitsunterbrechungen gesellte sich in den Jahren der letzten allgemeinen Geschäftsstockung auch in Dresden noch eine durch die Ungunst der Wirtschaftslage erzwungene *Arbeitslosigkeit* größeren Umfanges. Es ist freilich nicht ganz leicht, unter den Arbeitslosen einer Großstadt die durch die Konjunktur stellenlos gewordenen oder gebliebenen von den übrigen Stellenlosen zu scheiden. Denn jede Großstadt

hat jederzeit, selbst in den Tagen des flottesten Geschäftsganges, Arbeitslose, d. h. Personen, die auf Arbeit angewiesen sind, aber zu einem bestimmten Zeitpunkte (dem der Zählung) keine Arbeitsstelle haben. Der eigene junge Nachwuchs, der erstmals in die Reihe der Arbeitsuchenden eintritt, Militär- und Anstaltsentlassene, im Stellenwechsel befindliche, die den letzten Arbeitsplatz freiwillig aufgegeben haben, ohne schon einen neuen zu besitzen, und die massenhaften Zuzügler von auswärts, die in den meisten Fällen bei ihrer Ankunft ohne Engagement sind, zählen hierher. Diese ständig vorhandenen Arbeiterreserven werden zu bestimmten Jahreszeiten noch durch die Saisonarbeiter der Gärtnerei und der Hoch- und Tiefbaugewerbe verstärkt. Dabei sind die in Großstädten doch auch nicht so gar seltenen Arbeitsunlustigen und die zahlreichen durch Krankheit und dergleichen außer Stellung Gekommenen noch nicht veranschlagt. Also einige Hundert oder auch einige Tausend Arbeitslose — es hängt dies von der Größe und dem gewerblichen Charakter einer Stadt ab — lassen sich in jeder Großstadt jeden Tag ausfindig machen, und es wäre verfehlt, schon um dieser Tatsache willen, die zu den gewöhnlichen Erscheinungen des großstädtischen Lebens gehört und, solange der individuellen Entschließungs- und Bewegungsfreiheit keine engeren Schranken als heute gezogen sind, auch niemals ganz verschwinden wird, von Arbeitslosigkeit im Sinne einer allgemeinen Notlage infolge Arbeitsmangels zu reden. Zum Eintritt einer solchen Notlage gehört vielmehr, daß die Ziffern der verschiedenen Gruppen von Arbeitslosen, und insbesondere die der Gruppe der entlassenen Arbeiter, weit über das gewöhnliche Maß hinaus anschwellen.

Im Oktober des Jahres 1906, das recht günstige Erwerbsverhältnisse aufwies und insofern als Normaljahr bezeichnet werden kann, waren in Dresden, nach Abrechnung der Arbeitsunfähigen, 2600 Personen, d. i. ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung, ohne Stellung. Davon 900 infolge Entlassung und 700 infolge freiwilligen Austritts, in der Hauptsache Stellenwechsels. Dazu kamen noch 1000 Personen, die gerade zugezogen waren oder erstmals auf Arbeit ausgingen. Vergleicht man mit diesen Ziffern das Jahr der schlimmsten Arbeitslosigkeit in Dresden, das Jahr 1902, so tritt der Unterschied zwischen den oben als gewöhnlich und den als Notlage gekennzeichneten Verhältnissen scharf zutage. Im Oktober 1902 war in Dresden die Zahl der Arbeitslosen mehr als doppelt so groß, wie 1906; sie betrug damals 5800 Köpfe (gegenüber 2600), entsprechend anderthalb Prozent der Bevölkerung¹⁾. Ferner waren damals dreimal soviel Personen infolge Kündigung außer Arbeit, 2800 statt 900, und mehr als doppelt soviel Zu-

¹⁾ In Wirklichkeit war die Arbeitslosigkeit im Wirtschaftsgebiete der Stadt Dresden noch erheblich größer, denn eine Reihe der erst später eingemeindeten Arbeitervororte blieben bei der Arbeitslosenzählung des Jahres 1902 noch außer Betracht.

gezogene oder erstmalige Arbeitsanwärter, 2100 statt 1000, suchten damals vergeblich nach Arbeit. Auch die Zahl der freiwillig aus der Arbeit Geschiedenen war im Herbst 1902 etwas größer, als im Herbst 1906 (900 statt 700). Im Jahr 1903 verbesserte sich zwar die Lage des Dresdner Arbeitsmarktes, blieb aber trotzdem noch ungünstig¹⁾. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen sank auf 4900 (dem Jahr 1906 gegenüber immer noch + 88 Prozent), die Zahl der Entlassenen ging auf 2200 (+ 124 Prozent), die der fremden und sonstigen Arbeitsuchenden auf 1700 (+ 70 Prozent) zurück. In den folgenden 4 Jahren, 1904 bis 1907, kehrten allmählich normalere Zustände wieder, die Arbeitslosigkeit verminderte sich auf 4100, 3500 und 2600 Köpfe. Seitdem hat sie wieder zugenommen. Das Jahr 1908 war mit 4100 Arbeitslosen belastet, darunter 1800 entlassenen, im Vergleich zu 900 in den beiden Vorjahren, das Jahr 1909 mit 3500. In allen Jahren, den ungünstigen wie den günstigeren, überwog die Arbeitslosigkeit der Männer (rund 75 Prozent aller Arbeitslosen) sehr bedeutend die der Arbeiterinnen. In gewissen Umfange waren auf diese Ziffern natürlich auch die Streiks und Aussperrungen von Einfluß, doch machte es sich so, daß um den Anfang Oktober, den Termin der jährlichen Arbeitslosenzählungen, regelmäßig verhältnismäßige Ruhe herrschte.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind bekanntlich schon mancherlei Versuche gemacht worden, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, ein Universalmittel dagegen zu finden. Handelt es sich bei der Arbeitslosigkeit vorwiegend um lokale Ursachen oder um die Verschlechterung des Geschäftsganges in nur einzelnen Gewerbebezweigen, und dies ist häufig der Fall, so leistet ein rationell ausgestalteter zentraler *Arbeitsnachweis* ausgezeichnete Dienste. Die Überleitung der überflüssigen Arbeiterschaft in andere, Arbeiter bedürftige oder wenigstens aufnahmefähige Betriebe am Orte selbst oder auswärts, vollzieht sich dann leicht. An Bemühungen des Rates und der Regierung um die Errichtung einer derartigen Anstalt in Dresden hat es seit langem nicht gefehlt; sie scheiterten aber immer wieder an dem Widerstande der Arbeitgeberkreise, denen mit dem Verzicht auf die selbständige Verwaltung ihrer Arbeitsnachweise allerdings ein Opfer zugemutet wird. Erst im Oktober 1909 konnte wenigstens der Anfang mit einer Zentralanstalt gemacht werden. Der schon mehr als zwei Jahrzehnte vom Verein gegen Armennot und Bettelerei unterhaltene Arbeitsnachweis wurde mit Unterstützung der Regierung und von Dresdner und auswärtigen Arbeiterorganisationen erweitert und in einen Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden umgewandelt. Die Verwaltung

¹⁾ Allerdings waren nunmehr sämtliche Vororte eingemeindet und an der Arbeitslosenzählung beteiligt.

dieses neuen Arbeitsnachweises ist eine paritätische, sein Hauptziel die „Schaffung eines Ausgleiches zwischen Arbeiterüberschuß und Arbeitermangel in der Kreishauptmannschaft Dresden“. Ein großer Teil der Gewerbetreibenden steht auch dieser Schöpfung noch ablehnend gegenüber und zum Mittelpunkte der ganzen Arbeitsvermittlung, zur zentralen Abrechnungsstelle, an der die Aktiv- und Passivkonten des lokalen und interlokalen Arbeitsmarktes regelmäßig beglichen werden, muß sie sich erst noch entwickeln. Immerhin ist aber damit die Grundlage für eine solche Stelle geschaffen, die für Dresden und die Nachbarschaft Dresdens um so nützlicher werden kann, als die Mannigfaltigkeit des Dresdner Gewerbelebens, wie früher erwähnt, den Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage an sich begünstigt. Die bisherigen Dresdner Arbeitsnachweise, deren Tätigkeit hier übrigens keineswegs unterschätzt werden soll, schon weil sie bisher die einzige Arbeitsvermittlung darstellte, sind teils Innungsnachweise, teils Arbeitsnachweise einzelner Arbeitnehmerverbände. Dazu kommen noch 2 oder, wenn man den nur für weibliche Arbeitskräfte eingerichteten Nachweis des Stadtvereins für innere Mission mitrechnet, 3 allgemeine Arbeitsnachweise. Es sind also in der Hauptsache Arbeitsnachweise für gewisse Facharbeiter. Die 27 Innungsnachweise haben im Jahr 1908, das eine Verschlechterung der Konjunktur brachte, 11 000 Stellen besetzt, 63 Prozent der Arbeitsuchenden in Arbeit gebracht. Die 25 Arbeitsnachweise der Arbeitnehmerverbände (nur die wichtigeren Arbeitsnachweise werden hier angezogen) haben im gleichen Jahre 13 000 Stellen vermittelt (44 Prozent der Arbeitsuchenden). Der Verein gegen Armut und Bettel und der Verein für Arbeitsnachweisung, seither die beiden größten Vereine mit allgemeinen Arbeitsnachweisen, haben 40 000 Arbeitsuchende untergebracht (81 Prozent).

Auch die Stadtverwaltung, die seit 1907 einen besonderen Ausschuß für soziale Angelegenheiten besitzt, hat der Frage der Arbeitslosigkeit ständig ihr Augenmerk zugewendet und der Arbeitslosigkeit namentlich durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu steuern gesucht. In beträchtlichem Umfange bot sich dazu von selbst Gelegenheit durch die mancherlei großen Bauten, die die Stadt in den letzten Jahren ausführen ließ. Erinnerung sei in dieser Hinsicht nur an den Rathausneubau, an den Bau der König-Friedrich-August-Brücke, an den Bau des Schlacht- und Viehhofes und an die Durchführung der Schwemmkanalisation. Lauter große Unternehmen — sie kosteten zusammen rund 41 Millionen —, die zahlreichen Arbeitern langandauernde Beschäftigung boten. Aber auch unmittelbar hat die Stadtverwaltung mehrmals eingegriffen, so im Jahre 1903 durch die Vornahme von Geländeabtragungs- und Regulierungsarbeiten auf dem linken Elbufer, die als Notstandsarbeiten mit einem Kostenaufwande von über 100 000 M

ausgeführt wurden, und im Jahre 1909 durch Bereitstellung eines Unterstützungsfonds für Arbeitslose. Außerdem läßt das Tiefbauamt jeden Winter Steinschlagarbeiten vornehmen.

Auch der Frage der Arbeitslosenversicherung ist die Stadtverwaltung näher getreten, ohne jedoch bis jetzt zu einer EntschlieÙung gelangen zu können, denn diese Frage ist noch nicht spruchreif. Ihre Lösung setzt vor allem eine einheitliche, große Gebietskomplexe, möglichst das ganze Deutsche Reich, umfassende öffentlichrechtliche Organisation der Arbeitsvermittlung voraus. Den tüchtigen stellenlosen Arbeiter verlangt es nach Arbeit, nicht nach Kassenunterstützung. Was in letzterer Hinsicht von seiten der Dresdner Arbeitnehmer selbst zur Linderung der mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Not geschehen ist, ist indes immerhin erwähnenswert.

An der Spitze der Dresdner Arbeiterorganisationen steht das Kartell der freien Gewerkschaften. Nach dem Stand vom Ende Dezember 1908 umfaßt es 58 Gewerkschaften mit rund 44 000 Mitgliedern, von denen jedoch ein Teil außerhalb Dresdens wohnt und beschäftigt ist. Der Organisation nach stehen den freien Gewerkschaften die deutschen Gewerksvereine, die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, am nächsten. Ihr Dresdner Ortsverband, 15 Gewerksvereine umschließend, zählte am Ende des Jahres 1908 714 Mitglieder. Stärker an Zahl als diese, aber weniger straff organisiert sind die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, 17 Vereine mit 5900 Mitgliedern. Zur Förderung von Arbeiterangelegenheiten gesellt sich bei diesen Vereinen die Pflege der kirchlichen Gesinnung und der Geselligkeit. Außerdem gibt es in Dresden noch eine Anzahl anderer Arbeiterfachvereine mit rund 3000 Mitgliedern. Dahin zählen, um nur die größeren zu nennen, der Buchdruckerverein, der Bund freier Maschinisten und Heizer, der Kellnerbund, der Köcheverein, der Zuschneiderverein und andere mehr. Auch die sogenannten gelben Gewerkschaften, die grundsätzlich bestrebt sind, unter möglichster Vermeidung von Arbeitskämpfen sich mit den Arbeitgebern über die Arbeitsbedingungen friedlich zu verständigen, haben in Dresden seit 1907 eine Vertretung, die „freie Vereinigung deutscher Metallarbeiter“ mit zirka 2000 Mitgliedern. Ein Teil der genannten Gewerkschaften, Gewerksvereine und anderen Arbeitervereinigungen hat sich nun unter anderem auch die Arbeitslosenunterstützung zur Aufgabe gemacht. Voran stehen auch hier die freien Gewerkschaften. Von den 58 Dresdner Gewerkschaften gewähren 34 Arbeitslosenunterstützung. Sie haben für diesen Zweck im Jahre 1908 die an sich recht namhafte Summe von 371 000 M. verausgabt. Der Löwenanteil davon entfiel auf die Gewerkschaften der Metallarbeiter mit rund 131 000 M., der Holzarbeiter mit rund 48 000 M., der Buchdrucker mit rund 47 000 M., der Lithographen, Stein- und Lichtdrucker mit über

13 000 *M* und der Hutarbeiter und Hutarbeiterinnen mit rund 13 000 *M*. Auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine unterstützen Arbeitslose. 7 dieser Gewerkvereine haben im Jahre 1908 dafür 3000 *M* aufgebracht. Von 2 sonstigen Arbeitervereinen wurden 2000 *M* Unterstützung bezahlt. Tropfen auf einen heißen Stein kann man diese Summen mit Rücksicht auf die Zahl der Bedürftigen und die Dauer der Bedürftigkeit nennen, aber sie fallen sozialethisch ins Gewicht, sie legen Zeugnis ab für das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter und die Opferwilligkeit des Arbeiterstandes für seine Angehörigen.

Von der streitbaren Dresdner Arbeiterschaft, ihren Kämpfen, Erfolgen und Niederlagen, ihren Organisationen zur Selbsthilfe und von der öffentlichen Hilfe, die in Zeiten der Not ihr zuteil wird, haben die letzten Blätter berichtet; ein Hinweis auf das häusliche Leben der Arbeiter soll nunmehr diese allgemeinen Betrachtungen abschließen. Zunächst ein Wort über die *B e h a u s u n g* selbst, wobei jedoch an das besondere Kapitel dieses Buches über die Wohnungsverhältnisse Dresdens zu erinnern ist. Der Arbeiter wohnt in Dresden nicht durchweg befriedigend, aber vielfach besser als in anderen Großstädten. Schon die baugeschichtliche Entwicklung Dresdens bringt dies mit sich. Alte Stadtteile mit engen Straßen und dumpfen Höfen und Hinterhäusern besitzt Dresden, trotz seines ehrwürdigen Alters, in geringerem Umfange wie andere Städte. Feuersbrünste und sonstige Verheerungen früherer Jahrhunderte haben damit stark aufgeräumt. Auch den Straßendurchbrüchen der neueren Zeit, wie z. B. der Herstellung der Wettinerstraße, der König-Johann-Straße, ist eine Menge von Winkeln und Gäßchen zum Opfer gefallen. Außerhalb des ältesten Weichbildes von Dresden, dessen Mittelpunkt der Altmarkt bildet, gibt es in Dresden nur wenig alte und altertümliche Straßen. Dazu kommt, daß in den ältesten Dresdner Vierteln, die mehr und mehr dem Geschäftsverkehr vorbehalten werden, nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft wohnt. Die meisten Arbeiter haben sich in den Vororten rechts und links der Elbe (Löbtau, Cotta, Pieschen, Trachau usw.) niedergelassen, die teilweise noch ländliche Bauweise aufzeigen. In den inneren, dem ältesten Stadtkern vorgelagerten Stadtteilen, wie z. B. der Friedrichstadt, der Wilsdruffer Vorstadt oder der Pirnaischen Vorstadt und der Johannstadt, findet sich zwar ein starker Arbeitereinschlag in die Bevölkerung, aber das Kleinbürgerliche Element überwiegt in ihr. Und ähnlich gemischt sind auch die älteren Neustädter Viertel. Die Dresdner Arbeiterschaft wohnt also in der Hauptsache in neueren, dem letzten Jahrhundert entstammenden Straßen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Bauart dieser Viertel, die Straßenbreite, Häuserhöhe, Raumverbauung und dergleichen, in jeder Beziehung den Anforderungen entspricht, die man in der Jüngstzeit bezüglich der Arbeiterwohnungen glaubt stellen zu müssen. Davon

kann selbstverständlich keine Rede sein, am allerwenigsten hinsichtlich des verlangten Flachbaues oder gar der Forderung des Einfamilienhauses. Das mehrstöckige Mietshaus wiegt überall vor. Es ist aber, sofern man es überhaupt für unhygienisch erklären kann, was ja auch bestritten wird, in Dresden weniger zu beanstanden wie anderwärts, weil hier viele derartige Straßenzüge auch von der Hinterseite her Licht und Luft in reichlichem Maße Zutritt lassen. Wer schon einmal die Arbeiterquartiere anderer Industriestädte, besonders solcher in der rheinischen Gegend, durchstreift hat, dem drängt sich der Eindruck auf, daß die Behausungen der Dresdner Arbeiterschaft besser, sauberer und freundlicher sind. Allerdings trägt sie selbst dazu ein gutes Stück bei. Es ist die Vorliebe des Sachsen und speziell des Dresdners für saubere Häuslichkeit, für Gartenkultur und Blumenschmuck, die jenen Eindruck mit hervorruft. In den Vororten Dresdens ist fast jedes Stückchen Landes angeblümt und auch in den inneren Bezirken fehlt selten der Blumenstock auf dem Fensterbrett und die weiße Gardine hinter den Fenstern. In Dresden versteht es auch die Arbeiterfamilie, sich mit einem gewissen wohnlichen Behagen zu umgeben, vorausgesetzt, daß ihre Mittel nicht allzu kärglich bemessen sind.

Von der Quelle des Arbeitereinkommens, dem Arbeitslohne, war schon die Rede. Rechnet man den derzeitigen durchschnittlichen Tagesverdienst eines ausgebildeten Arbeiters von 4 M 70 S und den eines ungelerten Arbeiters von 3 M 50 S aufs Jahr aus, so stellt sich der Jahresverdienst in dem einen Falle auf 1410 M, in dem anderen auf 1050 M. Damit stimmt das Ergebnis einer Einkommensstatistik des Jahres 1905, die sich auf 1600 gelernte und 1000 ungelerte verheiratete Arbeiter der verschiedensten Berufsarten erstreckt, wenn man berücksichtigt, daß die Löhne im Jahre 1905 niedriger als heute waren, gut überein. Die gelernten Arbeiter verdienten damals durchschnittlich 1339 M, die ungelerten 1018 M. Nicht eingerechnet ist jedoch in diese Summe das Einkommen der erwerbstätigen Angehörigen; sie beziffern lediglich den Verdienst der Haushaltungsvorstände. Das Familieneinkommen war durchweg bedeutend höher. Es belief sich bei den gelernten Arbeitern auf durchschnittlich 2244 M, bei den ungelerten auf 1818 M. Das sind wesentlich größere Beträge; die Plusdifferenz macht bei der einen Gruppe 68 Prozent, bei der zweiten 79 Prozent aus. Sie zeigen, von welch' erheblichem Einfluß in Dresden der Miterwerb der Angehörigen auf die Lage der Arbeiterfamilien ist, und sind um so beachtlicher, als in Dresden, wie früher dargetan, die Erwerbsgelegenheit für unverheiratete Personen, namentlich für Mädchen, eine besonders reichliche ist.

Über die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der Arbeitereinkommen läßt sich generell schwer urteilen. Man hat nach absoluten Maßstäben dafür gesucht und unter anderem den Begriff des Existenzminimums auf physio-

logischer Basis konstruiert; aber diese Schwelle haben die Arbeitereinkommen, wenigstens in Deutschland, im ganzen überschritten, und jenseits von ihr, im Bereiche der erweiterten Kulturbedürfnisse, eröffnet sich für das individuelle Begehren wie Urteilen der Ausblick ins Endlose. Aberdies sind diese Dinge ständig im Fluß; es wachsen und wechseln die Einkommen, die Bedürfnisse, die Kosten. Aus diesem Grunde ist es auch untunlich, für gewisse Ausgabezwecke, wie Wohnung und Nahrung, eine bestimmte Einkommensquote als die normale Aufwandquote festzulegen und darunter und darüber den Überfluß und den Mangel beginnen zu lassen. Derartige Hilfskonstruktionen hängen mit dünner Wurzel an wenigen Einzelbeobachtungen und erscheinen, je tiefer man in das wirkliche Leben eindringt, um so gekünstelter. Wir verzichten deshalb hier auf eine nähere Wertung der Dresdner Arbeitereinkommen und begnügen uns, an einigen Beispielen zu zeigen, wie sie verwendet werden.

Im Ausgabebudget der Arbeiterfamilien spielen der Wohnungsaufwand und der Nahrungsaufwand die Hauptrolle, sie beanspruchen verhältnismäßig den größten Teil des Einkommens. Nach einer Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes aus dem Jahre 1907, die sich auf 34 deutsche Großstädte und auf die Familien von 852 Arbeitern und sonstigen minderbemittelten Personen erstreckte, entfielen auf den Wohnungsaufwand im Durchschnitt aller Familien 18,4 Prozent des jährlichen Gesamtaufwandes. Dieser Satz wurde in Dresden, das zu jener Erhebung 64 Haushaltsrechnungen gestellt hat, nicht erreicht. Mit einer Mietsquote von 16,5 Prozent, also etwa einem Sechstel des Einkommens, blieb es erheblich darunter. Teurer als in Dresden waren die Mieten unter anderem in Nürnberg (16,8 Prozent), Köln (17,4 Prozent), Breslau (18,3 Prozent), Hamburg (18,5 Prozent) und Düsseldorf (19,6 Prozent). Billiger dagegen als Dresden erscheinen z. B. München (15,7 Prozent), Barmen (15,3 Prozent), Magdeburg (14,4 Prozent) und Chemnitz (12,9 Prozent). Auch der Druck der Miete hängt wesentlich davon ab, ob in einer Familie miterwerbende Angehörige vorhanden sind oder nicht. Die früher erwähnten 2600 Dresdner Arbeiterfamilien mit solchen Angehörigen verwandten durchschnittlich nur 13,3 Prozent ihres Einkommens auf Miete; ihr Mietsaufwand blieb in mehr als 2000 Fällen unter dem Dresdner Sechstel. Inzwischen (seit 1905 und 1907) haben die Mietspreise in Dresden jedoch so stark angezogen, daß heute sicher eine beträchtlich größere Quote des Arbeitereinkommens in der Wohnungsmiete aufgeht; statt 16,5 Prozent sind es jetzt vielleicht 18 Prozent.

An der Spitze sämtlicher Ausgaben der minderbemittelten Familien steht der Aufwand für Nahrungs- und Genußmittel. Er ist zwar in den einzelnen Familien sehr verschieden je nach der Größe der

Familien und dem Lebensalter ihrer Mitglieder und er zeigt auch wesentliche örtliche Unterschiede auf, herrührend von den Preisunterschieden und den verschiedenen Lebensgewohnheiten der Bevölkerung, aber der größte Ausgabeposten entfällt überall auf die Nahrungsmittel. In den Dresdner Haushaltrechnungen macht er 49,6 Prozent aus, bei Schwankungen im einzelnen zwischen 37,8 Prozent und 65,7 Prozent. Der Einfluß der Kopfzahl auf die Ernährungskosten kommt in folgenden Ansätzen zum Ausdruck: Es stellte sich in Dresden die Nahrungsquote (der Lebensmittelaufwand in Prozent des Gesamtaufwandes) für die dreiköpfigen Familien auf 46,7 Prozent, die vierköpfigen auf 49,9 Prozent, die fünfköpfigen auf 50,6 Prozent und die sechsköpfigen auf 54,6 Prozent. Einen Einblick in die Art, wie die Dresdner Arbeiterbevölkerung sich ernährt, gibt die nachstehende Übersicht, die einem aus den 64 Dresdner Haushaltrechnungen gebildeten Durchschnittshaushalte zu 4,4 Köpfen und mit einem Einkommen von 1786 M., also mit einem Einkommen, wie es in Dresden etwa ein besser bezahlter gelernter oder ein ungelerner Arbeiter mit erwerbstätigen Angehörigen bezieht, entnommen ist. Die Gesamtausgaben dieses Haushaltes für Nahrungs- und Genußmittel betragen 881 M. (49,7 Prozent der Haushaltkosten überhaupt). Davon entfallen auf:

| | |
|---|------------------------|
| Fleisch, Schinken, Speck, Wurst, Fische | 189 M. = 21,4 Prozent, |
| Butter, Schmalz, Margarine, Käse | 142 M. = 16,1 Prozent, |
| Eier | 18 M. = 2,0 Prozent, |
| Kartoffeln | 25 M. = 2,8 Prozent, |
| Grünwaren | 20 M. = 2,3 Prozent, |
| Salz, Gewürze, Öl | 9 M. = 1,0 Prozent, |
| Zucker, Sirup, Honig | 23 M. = 2,6 Prozent, |
| Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw. | 26 M. = 3,0 Prozent, |
| Obst usw. | 27 M. = 3,1 Prozent, |
| Brot und Backwaren | 170 M. = 19,3 Prozent, |
| Kaffee, Tee, Schokolade, Kakao usw. | 30 M. = 3,4 Prozent, |
| Milch | 68 M. = 7,7 Prozent, |
| Sonstige Getränke im Haus | 19 M. = 2,2 Prozent, |
| Tabak und Zigarren | 22 M. = 2,5 Prozent, |
| Ausgaben in Gastwirtschaften | 93 M. = 10,6 Prozent. |

Zwei Drittel (595 M.) des Nahrungsmittelaufwandes treffen auf Mehl und Brot, Fleisch und Fleischwaren, Butter und Milch. Für Genußmittel, wie Kaffee, Kakao, Tee, alkoholische Getränke, Tabak und Zigarren sind 71 M. (8 Prozent) verausgabt worden. Dazu kommt noch ein Verbrauch in Gastwirtschaften von 93 M. (11 Prozent). Ein Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Städten zeigt hier und da bemerkenswerte Unterschiede.

In den süddeutschen Städten, z. B. in Nürnberg und München, ist der Verbrauch an Butter und Fetten wesentlich geringer, der Fleischverbrauch und der Verbrauch an Getränken in und außerhalb des Hauses dagegen wesentlich größer wie in Dresden. Die Nürnberger Arbeiterfamilien haben 28 Prozent und 5,5 Prozent ihres Nahrungsmittelaufwandes für Fleisch und Butter verausgabt, die Dresdner 21 Prozent und 16 Prozent. In München machte der Aufwand für Getränke im Hause 9,5 Prozent und die Zehrung in Gasthäusern 19,7 Prozent aus, in Dresden 2,1 Prozent und 10,5 Prozent. Chemnitz dagegen weist ganz ähnliche Verhältnisse wie Dresden auf; der Butterverbrauch ist dort noch etwas stärker, der Getränkeverbrauch etwas geringer als in Dresden. Es sind also neben örtlichen Verschiedenheiten auch Landesitten und -gebräuche hier mit im Spiele.

Bei der Betrachtung dieser Daten darf jedoch eines nicht übersehen werden, die allgemeine **Lebensmittelpreissteuerung**, die seit einer Reihe von Jahren schon anhält. Ohne sie würde die Nahrungsmitteldquote vermutlich niedriger sein, das Ausgabebudget weniger belasten und sich im einzelnen auch etwas anders aufteilen. Seit 1903 haben nahezu alle Lebensmittel aufgeschlagen. Von 1903 bis 1909 ist in Dresden gestiegen der Kilogrammpreis des Mehles von 37 auf 50 \mathcal{M} , des Brotes von 24 auf 28 \mathcal{M} , der Butter von 262 auf 280 \mathcal{M} , des Rindfleisches von 123 auf 134 \mathcal{M} , des Kalbfleisches von 154 auf 175 \mathcal{M} , des Schweinefleisches von 135 auf 159 \mathcal{M} . Ebenso ist der Milchpreis erhöht worden von 17 auf 20 \mathcal{M} für den Liter; die Eier sind teurer geworden, die Mandel kostet jetzt 104 \mathcal{M} statt 79 \mathcal{M} , der Kartoffelpreis ist gestiegen von 299 auf 347 \mathcal{M} pro Zentner, und so fort. Im ganzen haben die Preisveränderungen derjenigen Lebensmittel, auf die der Arbeiterhaushalt in erster Linie angewiesen ist, seit 1903 den Nahrungsmittelaufwand einer Dresdner Arbeiterfamilie um etwa 4 bis 5 Prozent erhöht. Rechnet man das Steigen der Mieten noch dazu, so steht es außer Zweifel, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der inzwischen gleichfalls eingetretenen Lohnerhöhungen zum Ausgleich dieser Differenzen verwendet werden mußte.

Von den 1774 \mathcal{M} Jahresunkosten des hier beschriebenen Dresdner Arbeiterhaushaltes entfallen auf die Nahrung und die Wohnung, wenn der Heizungs- und Beleuchtungsaufwand von 68 \mathcal{M} den Wohnungskosten noch zugeschlagen wird, 1241 \mathcal{M} , gleich 70 Prozent. Der Rest von 533 \mathcal{M} verteilt sich auf Kleidung, Wäsche und Reinigung mit 186 \mathcal{M} , Gesundheits- und Körperpflege mit 30 \mathcal{M} , Unterricht, Schulgeld, Lehrmittel mit 15 \mathcal{M} , geistige und gefellige Bedürfnisse mit 74 \mathcal{M} , Vor- und Fürsorge mit 55 \mathcal{M} , Verkehrsmittel mit 40 \mathcal{M} , staatliche, gemeindliche, kirchliche Lasten mit 33 \mathcal{M} . Das übrige zersplittert.

Unter der Dresdner Arbeiterschaft nimmt die städtische Arbeiterschaft in mehrfacher Hinsicht eine besondere Stellung ein. Zunächst ist der Rat zu Dresden nächst der Staatsverwaltung der größte Arbeitgeber in Dresden. Er beschäftigte am Ende des Jahres 1909 3445 Arbeiter und 76 Arbeiterinnen. Diese Arbeiterschaft verteilte sich auf die verschiedenen städtischen Betriebe in der Art, daß auf das Tiefbauamt 1048, die Straßenreinigung 470, die Gartenverwaltung 110, die Gasfabriken 566, die öffentliche Gasbeleuchtung 286, die elektrischen Licht- und Kraftwerke 254, die Wasserwerke 91, den Marstall und die Beerdigungsanstalt 88, die Marktverwaltung 19 und die Straßenbahn 509 Arbeiter entfielen. Die Arbeiterschaft der Straßenbahn ist der jüngste Zweig der städtischen Arbeiterschaft und der Rest des beim Übergange der Straßenbahnen an die Stadt im Dezember 1905 und August 1906 übernommenen Personals von 2600 Köpfen, das im übrigen in Beamten- und Hilfsarbeiterstellen einrückte. Ohne die Verstädtlichung der Straßenbahnen hätte sich die städtische Arbeiterschaft seit 1903 nicht sonderlich stark vermehrt, denn sie zählte schon damals 2877 Köpfe.

Die überwiegende Mehrzahl der städtischen Arbeiter besteht aus ungelerten Arbeitern; rund 2700 Stadttagelöhnern stehen mit Einschluß der angelernten Arbeiter rund 800 ausgebildete Arbeiter gegenüber. Um die städtischen Lohnverhältnisse richtig zu beurteilen, muß man diese Tatsache im Auge behalten; die Stadtverwaltung hat es in der Hauptsache, zu vier Fünftel, mit Arbeitern zu tun, die für ihre Tätigkeit keinerlei Berufsvorbildung notwendig haben. Nur die Elektrizitätswerke und die Straßenbahn, die etwa zur Hälfte gelerntes Arbeiterpersonal beschäftigen, machen davon eine Ausnahme.

Sämtliche städtische Arbeiter, soweit sie nicht lediglich zu vorübergehender Beschäftigung angenommen sind, unterstehen der „Allgemeinen Arbeiterordnung für die Stadt Dresden“, die die wesentlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle städtischen Betriebe einheitlich regelt. Diese Arbeiterordnung bildet das Band, das die unter sich so verschiedenartigen Arbeitergruppen auf dem Boden der gleichen Rechte und Pflichten zu einer Einheit, der Stadtarbeiterschaft, verbindet. Sie ist im Laufe der Jahre in diesem Sinne und zu diesem Zweck revidiert worden und gilt heute in der Fassung vom 11. Juli 1907. Von ihrem Inhalte wird noch die Rede sein.

Eine wichtige Ergänzung der Allgemeinen Arbeiterordnung hinsichtlich der Lohnbemessungsgrunde brachte das Jahr 1909. Die Allgemeine Arbeiterordnung bestimmt in dieser Beziehung nur, daß der Lohn der städtischen Arbeiter dem ortsüblichen Werte der ihnen obliegenden Arbeit entsprechen soll und bei unverminderter Leistungsfähigkeit nicht unter

den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter herabgehen darf und überläßt im übrigen die Regelung der Löhne den verschiedenen Betriebsleitungen. Wie es bei der Unsicherheit und den ständigen Schwankungen des ortsüblichen Preises der verschiedenen Hantierungen begreiflich ist, war eine so allgemein gehaltene Bestimmung für die Prager nicht ganz ausreichend. Jedenfalls konnte sie nicht verhindern, daß mit der Zeit sich eine gewisse Ungleichmäßigkeit der Bezahlung in den verschiedenen städtischen Betrieben herausbildete, die zu mancherlei Ausstellungen Anlaß gab und sich ohne durchgreifende Änderungen nicht beseitigen ließ. Mit Lohnaufbesserungen allein, die in den letzten Jahren wiederholt und in namhafterem Umfange vorgenommen wurden — allein die Jahre 1904 bis 1906 z. B. weisen eine allgemeine Lohnsteigerung um durchschnittlich 9 Prozent auf — war da nicht zu bessern, sie vermehrten eher noch die Unstimmigkeit der Löhne. Hier galt es vielmehr systematisch Ordnung zu schaffen, und diese Ordnung hat die *Neuregelung der städtischen Arbeiterlöhne* vom 1. Juli 1909 gebracht. Sie hat drei nach dem Dienstalter abgestufte Normallohnstaffeln eingeführt, eine für die ungelerten Arbeiter und zwei für die gelernten Arbeiter, die grundsätzlich für alle Betriebe gelten. Nach der ersten Lohnstaffel erhöht sich der Stundenlohn der ungelerten Arbeiter in 10 Jahren von 37 Sch auf 42 Sch. Es entspricht dies bei zehnstündiger Arbeit, die nach der Allgemeinen Arbeiterordnung als Norm zu gelten hat, einem Tagelohn von 3 M 70 Sch und 4 M 20 Sch. Unter die zweite Lohnstaffel fallen die gelernten Metall- und Holzarbeiter (Schlosser, Schmiede, Klempner, Tischler, Maler, Sattler) und die Gärtner mit einem in der gleichen Zeit von 40 Sch auf 46 Sch anwachsenden Stundenlohn. Der obersten Staffel mit einem Stundenlohn von 43 Sch bis 48 Sch gehören die Maurer, Zimmerleute, Heizer, Maschinisten und Mechaniker an. Dazu erhalten sämtliche Arbeiter, die gelernten wie die ungelerten, noch Lohnzuschläge für erschwerte Arbeit (2 Sch pro Stunde) oder für besondere, vom Dienstvorstande angeordnete Leistungen (2 bis 7 Sch), und gelegentlich Budengeld und Wegstundenvergütung. Außerdem wird, wie dies auch vordem schon der Fall war, die Überstundenarbeit noch mit 20 Prozent und die feiertags- und Nachtarbeit, sofern sie nicht dienstplanmäßig eintritt, noch mit 25 Prozent Lohnzuschlag vergütet. Mit diesen Grundsätzen, von denen nur wenige Arbeitergruppen, für die wegen der Eigenart ihres Dienstes Sonderstaffeln und -tarife existieren, ausgenommen sind, hat die neue Lohnordnung Einheitlichkeit und Klarheit in die städtischen Lohnverhältnisse hineingetragen, so daß nunmehr jedermann und nicht zuletzt die städtische Arbeiterschaft selbst sich leicht darüber orientieren kann, wie die Stadt ihre Arbeiter bezahlt. Zugleich aber und im Zusammenhange damit hat das Jahr 1909 die Löhne der städtischen Arbeiterschaft abermals aufgebessert. Die Neustaffel-

lung der Löhne und die sonstigen Lohnänderungen verursachten im Jahre 1909 einen Aufwand von 96 000 M.; sie belasten jährlich das städtische Budget mit rund 200 000 M. Ferner erhielten mit Rücksicht darauf, daß den städtischen Beamten die Befoldungserhöhungen des Jahres 1909 auf den Jahresanfang zurückdatiert wurden, die städtischen Arbeiter in diesem Jahre für jede volle Arbeitswoche in der ersten Jahreshälfte 1 M. Sondervergütung. Gelten die bisher erwähnten Bestimmungen für alle regelmäßig beschäftigten städtischen Arbeiter, so gibt es in der Allgemeinen Arbeiterordnung noch besondere Vorschriften über die Dienstverhältnisse des städtischen Arbeiterstammes, der sogenannten ständigen Arbeiterschaft. Ständiger Arbeiter kann jeder städtische Arbeiter werden, der, abgesehen von unverschuldeten Arbeitsverhinderungen, ohne Unterbrechung durch 10 Jahre bei der Stadt beschäftigt war und sich während dieser Zeit dienstlich und außerdienstlich ohne Tadel geführt hat. Die Ständigkeit, die besagt, daß ein Arbeiter bei gleichem Verhalten, unbeschadet des Kündigungsrechtes des Rates, fortan von der Stadt dauernd beschäftigt wird, bringt den städtischen Arbeitern eine ganze Reihe wichtiger Vergünstigungen. Zunächst eine Verbesserung des Einkommens in Form von Lohnzulagen, die jeweils am 15. Dezember in einer Summe ausbezahlt werden und für das 11. bis 15. Dienstjahr auf 30 M., für das 16. bis 20. auf 40 M. und für das 21. und die folgenden Dienstjahre auf 50 M. normiert sind. Nach 25 Dienstjahren erhalten die ständigen Arbeiter außerdem eine einmalige Ehrengabe von 100 M. An derartigen Lohnzulagen und Ehrengaben wurden am 15. Dezember 1909 40 360 M. ausbezahlt. Viel wichtiger aber noch als diese Lohnzulagen und auch als der Urlaub, der ständigen Arbeitern bis zu einer Woche erteilt werden kann, ist die Anwartschaft auf Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung, die sich mit der Ständigwerdung den städtischen Arbeitern eröffnet. Denn damit sind die ständigen Arbeiter, wenn auch nicht de jure — es handelt sich um kein flagbares Recht —, so doch de facto — der Ruhe-lohn und die Reliktenversorgung werden nur aus besonderen Gründen verweigert und die Handhabung der Bestimmungen darüber unterliegt, wie alle Handlung des Rates, der öffentlichen Kontrolle — aus der städtischen Arbeiterschaft herausgehoben und als Arbeiterbeamte in ihrem Dienstverhältnis der städtischen Beamtschaft genähert. In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen solchen Arbeiterbeamten und den übrigen städtischen Beamten kein gar erheblicher mehr. Die Hinterbliebenenversorgung der ständigen Arbeiter ist nach den gleichen Grundsätzen, wie die der Beamten geregelt, und ihr Ruhe-lohn nach ähnlichen, und der Genuß von beidem hängt beim Beamten wie beim Arbeiter in erster Linie von persönlichen Voraussetzungen ab. Im Besitze dieser Vorzugsstellung sind zurzeit 1041 städtische Arbeiter, also etwa ein Drittel der städtischen Arbeiterschaft.

Sie vor allem ist es, die der städtischen Arbeiterschaft einen besonderen Platz in der Gesamtarbeiterschaft Dresdens anweist.

„Soziale Fürsorge“ hat es allezeit gegeben, wenn man darunter die Hilfe versteht, die die Gesellschaft ihren aus irgendwelchen Gründen (Krankheit, Alter, Unglück) in Not geratenen oder in ihrer Existenz entwurzelten Mitgliedern angedeihen läßt. In Dresden legen dafür mannigfache und große Stiftungen aus früheren Jahrhunderten ein beredtes Zeugnis ab. Erinnerung sei z. B. nur an die jetzt im Frauenhospital vereinigten, dem 13. Jahrhundert entstammenden Materni- und Bartholomäihospitäler mit einem Kapitalvermögen von über 7 $\frac{1}{2}$ Millionen, aus dessen Zinsen alljährlich einigen Hundert bedürftigen alten Frauen Unterkunft und Versorgung gewährt wird. Aber diese allgemeine Nächstenhilfe ist hier, wo von den Dresdner sozialen Fürsorgeverhältnissen die Rede sein soll, nicht gemeint. Wir haben den modernen Begriff der sozialen Fürsorge im Auge, der enger und zugleich umfassender ist. Er knüpft an die neuzeitliche Erscheinung an, daß nicht nur vereinzelt Angehörige aller Stände in ihrer Existenz auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, sondern daß eine ganze Gesellschaftsklasse, und zwar eine der größten, infolge der eigenartigen Gestaltung ihrer Arbeits- und Erwerbsbedingungen von sich aus nicht imstande ist, ihre wirtschaftliche Lage mit dem allgemeinen Kulturfortschritt im Einklang zu erhalten. Die Gesamtheit der Maßnahmen, die das Reich, der Staat, die Gemeinden und die Gesellschaft in ihren verschiedenen freien Organisationsformen zur Verbesserung der Existenz- und Entwicklungsbedingungen des Standes der Handarbeiter ergriffen haben und noch ergreifen, bildet den Inhalt der modernen sozialen Fürsorge. Der damit aber noch nicht einmal erschöpft ist, denn in ähnlicher Situation befinden sich auch zahlreiche Angehörige der anderen Stände, soweit sie ausschließlich auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind. Man braucht an diese Tatsache nur zu erinnern und es erscheint verständlich, daß es sich bei der sozialen Fürsorge im modernen Sinne um eine außerordentlich vielseitige, alle Zweige der öffentlichen Verwaltung berührende Tätigkeit handelt, ja letzten Endes um die öffentliche Verwaltung überhaupt, die überall unter sozialen Gesichtspunkten geführt und beurteilt werden kann. Entsprechend dieser Sachlage ist denn auch das meiste, was über die sozialen Einrichtungen und Maßnahmen der Stadt Dresden gesagt werden kann, teils in unseren eigenen Ausführungen über die Arbeiterverhältnisse, teils in den übrigen Kapiteln dieses Buches bereits gesagt und verbleibt hier nur noch eine kurze Nachlese.

In erster Linie sei einiges über die Leistungen der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung des Reiches für die Dresdner Arbeiterschaft hier mitgeteilt. Die Dresdner Arbeiterschaft

ist in einer Ortskrankenkasse mit 111 604 Mitgliedern (die Daten beziehen sich auf das Jahr 1909), in 46 Betriebskrankenkassen mit 31 844, in 9 Innungskrankenkassen mit 12 035, in 20 eingeschriebenen Hilfskassen mit 15 341 und in 12 Zuschußkassen mit 3702 Mitgliedern für den Fall der Erkrankung versichert. Der gesamte Mitgliederstand dieser Kassen belief sich im Jahr 1909 auf 174 526, im Jahre 1903 auf 153 648 Köpfe, was einer Zunahme um 20 878 Mitglieder, gleich 14 Prozent entspricht. Die Kassenleistungen sind seit 1903 absolut von 3 509 079 *M* auf 5 079 459 *M*, also um 1 570 380 *M*, gleich 45 Prozent, und pro Mitglied von 22 *M* 84 *S* auf 29 *M* 10 *S*, das ist um 27 Prozent, gestiegen. Im Jahr 1903 und 1909 betrug die Kopfrate bei der Ortskrankenkasse 31 *M* 81 *S* und 37 *M* 09 *S*, bei der Betriebskrankenkasse der Stadt 64 *M* 75 *S* und 78 *M* 08 *S*, bei den übrigen Betriebskrankenkassen 32 *M* 34 *S* und 41 *M* 60 *S*, bei den Innungskrankenkassen 34 *M* 84 *S* und 35 *M* 56 *S*, bei den freien Hilfskassen 21 *M* 86 *S* und 27 *M* 48 *S* und bei den Zuschußkassen 17 *M* 56 *S* und 20 *M* 38 *S*. Die größte Zunahme der Kopfrate haben mithin die Betriebskrankenkassen der Privatindustrie mit 29 Prozent und die freien Hilfskassen mit 26 Prozent Mehrleistung aufzuweisen; in der Mitte stehen die Betriebskrankenkasse der Stadt, die Ortskrankenkasse und die Zuschußkassen mit 21, 17 und 16 Prozent, am wenigsten hat sich der Satz der Innungskrankenkassen bei einer Zunahme von nur 2 Prozent verändert. Da die Mitgliederzahl sämtlicher Kassen seit 1903 gewachsen ist, so zeigen alle Kassen absolute Mehrleistungen auf. Sie hängen in der Hauptsache mit der Novelle vom 25. Mai 1903 zum Krankenversicherungsgesetze zusammen, durch die die Unterstützungshöchstdauer von 13 auf 26 Wochen erhöht wurde. Während im Jahr 1903 von 99 Kassen nur 36 diese Unterstützungshöchstdauer eingeführt hatten, waren es im Jahr 1909 deren 73 von jetzt 88 Kassen. Bis zu einem vollen Jahr gewährten 1903 zwei, 1909 drei Kassen Unterstützung. Außerdem waren auf die Mehraufwendungen natürlich auch die Schwankungen im Krankenstande und in der Art der Erkrankungen von Einfluß. Dagegen haben Veränderungen in der Höhe des Krankengeldes (fast überall 50 Prozent des Lohnes) und der sonstigen Geldleistungen der Kassen in bemerkenswertem Umfange nicht stattgefunden. Von den Kassenleistungen entfielen im Jahr 1903 und 1909 45 und 44 Prozent auf Krankengelder an Mitglieder und deren Angehörige, Wöchnerinnenunterstützungen und Sterbegeld, der Rest auf ärztliche Behandlung, Heilmittel und Verpflegung. Die reichsgesetzliche Verdoppelung der Unterstützungsdauer war also auch im Dresdner Krankenkassenwesen das wichtigste und erfreulichste Ereignis der letzten Jahre. Allerdings hatte sie auch eine fast durchgängige Erhöhung der Versicherungsbeiträge zur Folge. Im Jahr 1903 erhoben von 64 Kassen 13 über 3 Prozent des Lohnes als Beitrag, 1909 traf das gleiche auf 34 von 56 Kassen zu.

Bei der Berufszählung vom 12. Juni 1907 wurden in Dresden 143 481 Mitglieder der *I n v a l i d e n v e r s i c h e r u n g* gezählt, auf 1903 130 087 berechnet. Die Zunahme beträgt 13 394, entsprechend 10 Prozent. Invalidenrente bezogen im Jahr 1907 in Dresden 3278 Personen. Der Jahresbetrag ihrer Renten läßt sich nur schätzen, er belief sich auf etwa 600 000 *M.* Die Zahl der Neubewilligungen an Invalidenrente stieg von 1903 bis 1908 von 782 auf 839 an, der Betrag der Neubewilligungen von 131 856 *M.* auf 157 248 *M.* Letzteres bedeutet eine Steigerung der Renten von durchschnittlich 169 *M.* auf 187 *M.*, entsprechend 11 Prozent. *U n f a l l r e n t n e r* wurden bei der letzten Berufszählung in Dresden 2654 ermittelt; über den Betrag ihrer Renten ist leider nichts bekannt. Von den in Dresden lebenden *U l t e r s r e n t n e r n* fehlt uns die Zahl. Dagegen steht der jährliche Zugang an Altersrentnern und die bewilligte Rente fest. Der Zugang hat in den Jahren 1903 bis 1908 zwischen 51 und 78 geschwankt, die bewilligte Gesamrente zwischen 9067 *M.* und 13 969 *M.* Auch in dieser lückenhaften Aufzählung sind es noch gewichtige Summen, die alljährlich der Dresdner Arbeiterschaft aus der Reichsversicherung zufließen. Die Leistungen der Krankenkassen und die Invalidenrenten allein machen zusammen jährlich rund 5 700 000 *M.* aus. Kommt dazu künftighin noch die Hinterbliebenenversicherung des Reiches, die sich nach den Ermittlungen der Berufszählung in Dresden auf über 20 000 Arbeiterwitwen zu erstrecken hätte, so erhöht sich obiger Posten bei ganz mäßigem Anschlag ohne weiteres noch um ein bis zwei Millionen.

Ein ganz anderes Thema — es ist ja das Recht einer Nachlese, unsystematisch zu sein, zuzugreifen, wo übrig gelassen ist —, es soll von der *g e m e i n n ü t z i g e n B a u t ä t i g k e i t* handeln. Verstanden wird darunter die uneigennützigte Erstellung von billigen und guten Wohnungen für Angehörige der minderbemittelten Klassen. Selbstverständlich zählen zu diesen nicht bloß Arbeiter, sondern auch untere Beamte und sonstige kleine Leute. Solche Wohnungen sind in Dresden vom Staatsfiskus, von der Stadtgemeinde, von mehreren Bauvereinen und einer Anzahl sonstiger gemeinnütziger Vereine, aus Stiftungsmitteln und von privaten Arbeitgebern errichtet worden. Zu Anfang des Jahres 1909 waren es deren im ganzen 2357 in 185 Häusern. Ihr Bestand hat sich seit 1903 nicht besonders stark, nur um 264 Wohnungen in 17 Häusern vermehrt. Wenn man bedenkt, daß in der gleichen Zeit nahezu 14 000 Wohnungen neu erbaut wurden, so zeigt dies recht deutlich, in welcher bescheidenen Grenzen sich in Dresden die gemeinnützige Bautätigkeit hält, und daß sie als Konkurrentin der übrigen Bautätigkeit noch wenig in Betracht kommt. Die Führung hat in der gemeinnützigen Bautätigkeit der Dresdner Spar- und Bauverein, eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, die ihren weniger bemittelten

Mitgliedern Wohnungen erbaut. Dieser Verein besitzt zurzeit 52 Häuser mit 550 Wohnungen. Seit 1903 hat er 31 Häuser mit 423 Wohnungen neu-erstellt. Außer ihm hat während der genannten Zeit nur der Gemeinnützige Bauverein, eine Aktiengesellschaft, die ebenfalls im Interesse des Wohn-bedürfnisses der Kleinen Leute tätig ist, noch Wohnungen hergestellt. Ihr Besitz hat sich seit 1903 von 12 Häusern mit 259 Wohnungen auf 15 Häuser mit 292 Wohnungen vermehrt. Zu dem gleichen Zwecke haben ferner in früheren Jahren, also vor 1903, Wohnungen erbaut, die jetzt in entsprechender Weise vermietet und verwaltet werden, der Allgemeine Mietbewohner-verein (4 Häuser mit 55 Wohnungen, der Johannesverein (4 Häuser mit 137 Wohnungen), die Genossenschaft Schwerterheim (4 Häuser mit 55 Woh-nungen) und die evangelisch=lutherische Gemeinde böhmischer Exulanten (1 Haus mit 22 Wohnungen). Weiter sind aus der von Brandtschen Stiftung 2 Häuser mit 44 Wohnungen für gering dotierte Witwen von Geistlichen und Schullehrern und von den Reichardtschen Erben 11 Häuser mit 159 Woh-nungen für die minderbemittelte Bevölkerung erbaut worden. Ausschließlich oder doch vorwiegend im Interesse der *Arbeiter* haben gebaut — gleich-falls vor 1903 — der Verein gegen Armennot und Bettelerei ein Haus mit 24 Wohnungen, der Stadtverein für innere Mission 4 Häuser mit 102 Woh-nungen und die Johann=Meyer=Stiftung 18 Häuser mit 109 Wohnungen. Ihren eigenen Arbeitern haben Wohnungen errichtet die Schokoladenfabrik von Jordan & Timaeus (3 Häuser mit 24 Wohnungen), die Dresdner Mol-kerei Gebrüder Pfund (5 Häuser mit 23 Wohnungen) und die Aktiengesell-schaft für Glasindustrie vormals Friedrich Siemens (10 Häuser mit 201 Woh-nungen). Auch der Staat und die Gemeinde haben, größtenteils vor dem Jahre 1903, für Arbeiter, Bedienstete und Beamte Wohnungen beschafft. Der Staatsfiskus besitzt zurzeit in Dresden 24 Häuser mit 347 Wohnungen für Eisenbahnbeamte und =bedienstete und 2 Häuser mit 15 Wohnungen für Beamte und Arbeiter. Außerdem hat noch die Arbeiterpensionskasse der Staatsbahnen 4 Häuser mit 52 Wohnungen für Eisenbahnarbeiter, die Mitglieder der Kasse sind, erbaut. Im Besitze der Stadtgemeinde sind 5 Häuser mit 49 Wohnungen für Beamte und Bedienstete und 6 Häuser mit 41 Wohnungen für Arbeiter und Bedienstete der städtischen Gasfabriken.

Die Preise dieser Wohnungen liegen in der Mehrzahl der Fälle (1753 gleich 74 Prozent) zwischen 150 M. und 300 M. Niedrigere und höhere Preise entsprechen besonderen Verhältnissen. Eine dreiräumige Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, die in Dresden übliche Arbeiter-wohnung, kostet durchschnittlich 216 M. Die gewerblichen Vermieter ver-langen dafür durchschnittlich 233 M. Die Differenz ist also keine sehr erheb-liche. Es liegt der Wert der gemeinnützigen Bautätigkeit auch schließlich weniger in der Billigkeit der Wohnungen, wenn schon in dieser Hinsicht

die Verhältnisse örtlich verschieden sind, als in der Qualität der Wohnungen und in der Gewöhnung der Mieter an Wohnungspflege und überhaupt an geordnete Wohnungszustände. Die Umgebung, in die die Mieter derartiger Wohnungen eintreten, ist häufig besser, als in anderen Mietshäusern, und die Umgebung steckt an im guten wie im schlimmen Sinne. Im Jahre 1909 hat sich übrigens auf Anregung des städtischen Wohnungsamtes in Dresden ein Wohnungsfürsorgeverein gebildet, der sich die Wohnungspflege, die Anleitung der Mieter zu verständiger Benutzung und guter Instandhaltung ihrer Wohnungen zum Ziele setzt. Er will den erzieherischen Gedanken, dem die gemeinnützige Bautätigkeit schon mit Erfolg nachgegangen ist, auf weitere Kreise übertragen. Zugleich sucht dieser Verein an der Durchführung der städtischen Wohnungsordnung mitzuwirken, indem er Dresdner Einwohnern, die auf Grund der Wohnungsordnung zu Veränderungen ihrer Wohnungsverhältnisse veranlaßt werden, denen sie finanziell allein nicht gewachsen sind, Geldbeihilfen gewährt.

Wieder einer anderen Seite der sozialen Wohlfahrtspflege hat sich in Dresden der Verein Volkswohl zugewendet, der im Dezember dieses Jahres auf eine 22 jährige Tätigkeit zurückblickt. Sein Schöpfer ist der auf allen Gebieten der sozialen Vereinstätigkeit hochverdiente Professor Viktor Böhmert. Die Mitgliederzahl dieses Vereins ist seit 1889 von 1470 auf 6409, seine Einnahme aus Mitgliederbeiträgen von 6630 *M* auf 19 072 *M* angewachsen. Die Hauptaufgabe des Vereins Volkswohl ist die Errichtung und Unterhaltung von *V o l k s h e i m e n*. Es sind dies „keine zu Erwerbszwecken eingerichtete Restaurationen, sondern gesellige Erholungsstätten und Leseräume, die allen Vereinsmitgliedern und Gästen am Tage oder nach der Arbeit gemüthlichen Aufenthalt zum Ausruhen, Sichunterhalten oder Lesen und einfache Beföstigung ohne Trink- und Verzehrungszwang bieten“¹⁾. Derartige Volksheime, die also der Pflege der Volksgeselligkeit und Volksbildung dienen und ein Gegengewicht gegen die mit dem üblichen Gasthausbesuch verbundenen Gefahren bilden sollen, besitzt der Verein zurzeit 7. Das gleiche Ziel verfolgt der Verein weiter durch die Abhaltung von Volksunterhaltungsabenden, an denen theatralische Aufführungen mit Vorträgen abwechseln. Sein in der Heide gelegenes Naturtheater bietet in den Sommermonaten Tausenden von Dresdnern einen ebenso edlen Kunst- wie Naturgenuß. In den Wintermonaten konzentriert sich die belehrende und unterhaltende Tätigkeit des Vereins seit dem Jahre 1908 in dem neuen Volkswohlssaale (dem früheren Crianonsaal). Außerdem unterhält der Verein noch ein Lehrlingsheim, ein Mädchenheim, eine gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle und eine Bibliothek. Innerhalb der weitverzweigten

¹⁾ Aus dem 20. Jahresbericht des Vereins Volkswohl.

Vereinstätigkeit bildet die Jugendfürsorge einen besonders sorgsam gepflegten Zweig.

Ein letzter Hinweis soll endlich den Maßnahmen gelten, die die Stadtverwaltung im Interesse der Fürsorge für die unehelichen Kinder und der Fürsorge für die Erziehung von Minderjährigen in den letzten Jahren getroffen hat. Beides betrifft Gebiete von echt sozialem Inhalte, denn die unehelichen Kinder entstammen in den Großstädten zu neun Zehntel mütterlicher- wie väterlicherseits den unteren Klassen, und bei den der Fürsorgeerziehung bedürftigen Minderjährigen ist es schon deswegen nicht wesentlich anders, weil ein großer Teil von ihnen unehelich geboren ist. Die Stadt Dresden hat seit 1. Januar 1907 für uneheliche Kinder die gesetzliche Vormundschaft eingeführt. Verursacht wurde diese Maßnahme in erster Linie durch die Schwierigkeiten, die sich der Gewinnung geeigneter Vormünder für uneheliche Kinder in zunehmend stärkerem Maße entgegenstellen, und durch die Nachteile, die sich aus der häufig nur ungern übernommenen Vormundschaftstätigkeit für die Mündel ergeben. Auf der anderen Seite ermutigten die guten Erfahrungen, die in anderen Städten mit der gesetzlichen Vormundschaft gemacht worden. Die Generalvormundschaft bringt die Unehelichen unter einheitliche Aufsicht und ist in der Wahrung ihrer Unterhaltsansprüche viel rascher, energischer und erfolgreicher als die meisten Einzelvormundschaften. Zunächst wurde die gesetzliche Vormundschaft in Dresden jedoch nur versuchsweise auf drei Jahre eingerichtet und auf die nach dem 31. Dezember 1906 in Dresden selbst Geborenen und Verpflegten beschränkt. Gesetzlicher Vormund wurde unter der Aufsicht des Oberbürgermeisters als Gemeindewaisenrates der Vorstand des städtischen Waisenamtes. Ihm stehen 10 besoldete Pflegerinnen, 6 Ärzte und für den Melde- und Erkundigungsdienst die Beamten der Wohlfahrtspolizei zur Seite. Außerdem haben die Aufsichtsdamen des Albertvereins die Kontrolle über die älteren unehelichen Kinder ehrenamtlich übernommen. Der Geschäftskreis der neuen Generalvormundschaft hat sich rasch und umfangreich entwickelt. Im ersten Jahre ihres Bestehens, 1907, wurden von 2681 unehelichen Kindern 1098, das ist 41 Prozent, ihr unterstellt. Im Jahre 1908 waren es deren 1594 von 3248, gleich 49 Prozent, 1909 stieg die Zahl ihrer Mündel auf 2240 von 3996, entsprechend 56 Prozent. Der Bedürfnisnachweis für die Neueinrichtung war damit voll erbracht. Bei den unehelichen Müttern fand die gesetzliche Vormundschaft in kurzer Zeit Verständnis und Anerkennung, den Vätern, die sich ihrer Unterhaltungspflicht entziehen wollten, machte sie sich gleichfalls, wenn auch in anderem Sinne, fühlbar, die Aufsicht über die Pfleglinge wurde eine geordnetere, die Waisenräte wurden entlastet, und so sprach alles für ihre Beibehaltung und definitive Einführung. Diese ist denn auch vom 1. Januar 1910 ab erfolgt. Zugleich

wurde der Kreis der der Generalvormundschaft unterstehenden Kinder noch etwas erweitert.

Eines der sozialpolitisch wichtigsten Landesgesetze der letzten Jahre ist das Sächsische Fürsorgegesetz vom 1. Februar 1909. Seine Bedeutung liegt vor allem darin, daß es das Fürsorgeerziehungswesen vom Armen- und Schulwesen lostrennt und zu einem selbständigen Zweige der öffentlichen Verwaltung macht. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes hatten die Verwaltungsbehörden sich mit der Fürsorgeerziehung nur dann zu befassen, wenn sie auf öffentliche Kosten erfolgte, also vornehmlich in ihrer Eigenschaft als Armenbehörde und als Schulbehörde. Jetzt dagegen ist der Vollzug der von den Vormundschaftsgerichten angeordneten Fürsorgeerziehungen den Verwaltungsbehörden, in den Städten mit Revidierter Städteordnung den Stadträten, ausnahmslos für alle Fälle übertragen. Sie werden dabei, soweit es sich um allgemeinere Fragen, insbesondere solche wirtschaftlicher Art handelt, von den durch das Gesetz gleichfalls neugeschaffenen Fürsorgeverbänden, die sich mit den bestehenden Regierungsbezirken decken, unterstützt. Außerdem brachte das Gesetz eine beträchtliche Erweiterung des Umfangs der Fürsorgeerziehung. Die Zwangserziehung beschränkte sich bisher in der Hauptsache auf Kinder im schulpflichtigen Alter; das neue Gesetz dehnt sie auf alle verwahrlosten oder sittlich gefährdeten *m i n d e r j ä h r i g e n* Personen überhaupt aus.

Das neue Fürsorgegesetz trat am 1. Oktober 1909, also gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Dresdner Stadtverwaltung die endgültige Übernahme der gesetzlichen Vormundschaft vorbereitete, in Kraft. Dieses Zusammen treffen einer ganzen Reihe neuer und gleichartiger Aufgaben legte den Gedanken nahe, die gesamte städtische Kinder- und Jugendfürsorge fortan in einer Hand und in einem Amte zu vereinigen. Es wurde ein städtisches *F ü r s o r g e a m t* geschaffen, auf das die gesamte Tätigkeit des bisherigen Waisenamtes, also auch die Generalvormundschaft, und die gesamte Kindererziehung und Kinderpflege des Schulamtes, des Krankenpfleg- und Stiftsamtes und des Armenamtes im Oktober 1909 übergingen.

F r i e d r i c h S c h ä f e r.

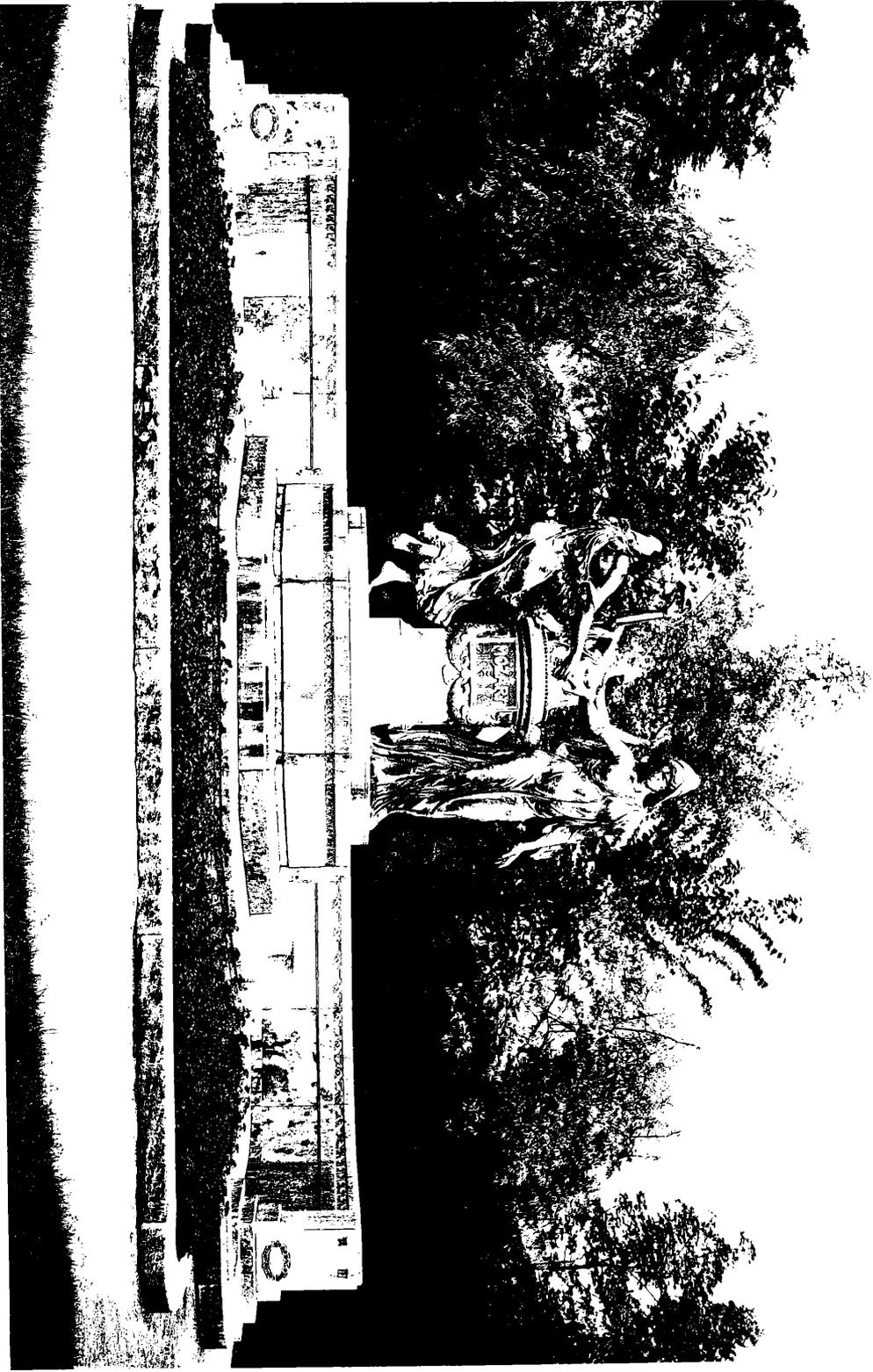


IX.

Das kirchliche Leben.

Wie fern liegt doch die Zeit, in der Heinrich der Städteerbauer die Leute zwingen mußte, in die Städte zu ziehen! Landflucht und Zug in die Großstadt sind charakteristische Zeichen des Volkslebens unserer Tage. Dadurch erwachsen dem kirchlichen Leben einer Großstadt ganz besondere Schwierigkeiten äußerer und innerer Art. Während die innere Stadt durch die Fürsorge der Väter mit Kirchen reichlich versorgt war — wie nahe liegen Kreuzkirche, Frauenkirche, Sophienkirche und Annenkirche Dresdens beieinander! — breiten sich jetzt in unheimlich schnellem Wachstum Vorstädte aus, nur seltener von Villenbewohnern, zumeist aber von unvermögenden Leuten bevölkert, denen man die Kirchen erst bauen und die Mittel des kirchlichen Lebens darreichen muß, sollen sie nicht — Gefahr ist im Verzug! — ganz entkirchlicht werden. Und ist damit, von andern Schwierigkeiten abgesehen, vor allem eine sehr große Geldopfer erfordernde Aufgabe genannt, so tritt ihr die viel größere Not zur Seite, daß der wahre Beruf der Kirche, seelsorgerisch zu wirken, bei den durch solche Menschenanhäufung hervorgerufenen Zuständen des Massenelends und der Massenentartung selbst einem fröhlichen Optimismus immer weniger ausführbar erscheint. Bedenkt man, wie durch das Zusammenpferchen der Leute in ungenügenden Wohnungen die Sittlichkeit arg gefährdet wird, wie die Anpreisung der in der Großstadt aufgehäuften Genüsse sehr leicht dem Leben einen stark materiellen Stempel aufdrückt, und wie die vom Lande hereinströmende Jugend, hier zumeist jeglicher Kontrolle entzogen, ohne sittlichen und religiösen Halt nur zu bald eine Beute des im Finstern schleichenden Verderbens wird, so hat man etliche der Schwierigkeiten vor Augen, mit denen das kirchliche Leben einer Großstadt heutzutage kämpfen muß.

Wenn nun im folgenden dargestellt werden soll, wie man in Dresden 1903 bis 1909 das kirchliche Leben weiter zu entwickeln versucht hat, so muß zuvor einerseits einer günstigen, das evangelische Leben in unserer Stadt ermunternden Zeitströmung dankbar gedacht werden, es läßt sich aber auch andererseits ein in dieser Periode hier und da zutage tretendes Müdewerden gegenüber den immer neuen Forderungen auf kirchlichem Gebiet nicht ganz verschweigen.



Mozart - Denkmal in der Bürgerwiese

Die frühere Schilderung der Jahre 1871 bis 1902 schloß mit den Worten: „Im Jahre 1902 sind in Dresden nur 12 Lutheraner zum Katholizismus, dagegen 196 Katholiken zur evangelischen Kirche übergetreten; Dresden hat sich bei aller Umwälzung seiner Bevölkerungsverhältnisse den Charakter einer protestantischen Stadt unverfehrt bewahrt“. Die folgenden Jahre zeigten nun in noch höherem Maße, wie die Wellen der evangelischen Bewegung in Böhmen zu uns herüberschlugen. Es traten in Dresden aus der römischen Kirche zur evangelisch = lutherischen:

| | |
|---------------------|---------------------|
| im Jahre 1903: 449, | im Jahre 1906: 296, |
| im Jahre 1904: 372, | im Jahre 1907: 245, |
| im Jahre 1905: 312, | im Jahre 1908: 220, |
| im Jahre 1909: 216, | |

insgesamt also in dem hier zu behandelnden Zeitabschnitt von sieben Jahren 2110 Personen. Dagegen beschränkte sich der Austritt aus der evangelisch = lutherischen zur römischen Kirche auf:

| | |
|--------------------|--------------------|
| im Jahre 1903: 23, | im Jahre 1906: 15, |
| im Jahre 1904: 12, | im Jahre 1907: 19, |
| im Jahre 1905: 21, | im Jahre 1908: 18, |
| im Jahre 1909: 15, | |

insgesamt also auf 123 Personen. Daß durch solche Zeitströmung nicht nur der zur tätigen Bruderliebe für bedürftige evangelische Glaubensgenossen aufrufende Gustav-Adolf-Verein an Volkstümlichkeit in unserer Stadt gewann und der zur Wahrung protestantischer Interessen gegründete Evangelische Bund an Mitgliederzahl erheblich wuchs, sondern auch das gesamte evangelische Leben günstig beeinflusst wurde, bedarf keines Beweises.

Aber die Hoffnung, es würden nun auch die nötigen Opfer zur Pflege des kirchlichen Lebens, zumal in den neuen Vorstädten, um so freudiger gebracht werden, erfüllte sich nicht allenthalben. In den Jahrzehnten zuvor waren die Auspendungen und Gründungen kleinerer Gemeinden weitblickend als eine Notwendigkeit für die Kirche und, so gewiß die Kirche das Gewissen des Staates sein soll, auch als eine Wohltat für das bürgerliche Leben anerkannt und unterstützt worden. Als aber die Einverleibung bevölkerter und armer Vororte der Stadt auf anderen Gebieten nicht unerhebliche Lasten auferlegte, schien sich die Freude zu Opfern für den Ausbau des kirchlichen Lebens in diesen neuen Gebietsteilen der Stadt zu vermindern; und da der finanzielle Zusammenschluß der Kirchgemeinden, den das Stadtverordnetenkollegium fast Jahr um Jahr aufs neue forderte, ohne gesetzlichen Zwang nicht zu erreichen ist, so blieb nur als ein zwar willkommenes, aber doch ganz unzureichendes Hilfsmittel die von Beiträgen der einzelnen

Kirchgemeinden je nach den jährlichen Beschlüssen gefüllte „Hilfskasse für zuschußbedürftige Gemeinden“ übrig, um das für den Augenblick Aller-
notwendigste zu leisten. Diese Hilfskasse, im Jahre 1902 durch den Super-
intendenten begründet, hat bis 1910 durch Zuschüsse in einer Gesamthöhe
von 294 413 M eine Verminderung der Kirchensteuern in den am schwersten
betroffenen Gemeinden herbeigeführt und die Möglichkeit eines Kirchbaues
in Dresden-Cotta gefördert, aber, wie alsbald gezeigt werden soll, selbst
dringende Notstände nicht befriedigen können.

In schon länger bestehenden und besser situierten Kirchgemeinden konnten
hervorragende, unserer Stadt zu hoher Ehre und der evangelischen Kirchen-
baukunst unserer Tage zur Ehre gereichende K i r c h b a u e n entstehen. Es
wurden 1903 die Lukaskirche (Architekt Weidenbach in Leipzig), 1905 die
Christuskirche (Architekten Schilling und Graebner), 1909 die Versöhnungs-
kirche (Architekten Rumpel und Krutzsch) eingeweiht; und es darf hierüber
noch die aus Mitteln des Ehrlich'schen Stifts für dessen Anstaltsgemeinde
an bedeutendem Platz errichtete, 1907 vollendete Stiftskirche (Architekt
Scherz in Blasewitz) genannt werden. Der moderne Kirchbaustil tritt in der
Christus- und in der Versöhnungskirche mit besonders glanzvollen Leistungen
hervor. Als der zweite Kongreß für protestantischen Kirchenbau 1906 in
Dresden gehalten wurde, fanden die neueren Kirchenbauten unserer Stadt
bei den zahlreichen Kongreßteilnehmern das größte Interesse. Nach dem
auf demselben Kongreß behandelten, von Architekt Graebner näher detaillierten
Plan des Schreibers dieser Zeilen, der Kanzel eine axiale Stellung zum
Altar in einer auch für die lutherische Observanz geeigneten Weise zu geben,
wird jetzt die Zionskirche in Dresden gebaut (Architekten Schilling und Graebner)
die, im Herbst 1910 im Rohbau vollendet, bald den Beweis erbringen dürfte,
ob diese ungewohnte Art, wie sie den Gedanken der lutherischen Reformation
zu klarem Ausdruck bringt und die Stätte der Verkündigung des Evangeliums
nicht an die Seite, sondern wirklich in die Mitte — an die unterste der vom
Altarplatz zum Schiff hinunterführenden Stufen — stellt, auch dem prak-
tischen Bedürfnis in befriedigender Weise entspricht. Die Zionskirche ist
aus den Mitteln, die der 1896 verstorbene, für seine Person der römisch-
katholischen Kirche zugehörige Maschinenfabrikant Hampel für den Bau
einer evangelischen Kirche testamentarisch hinterlassen hat, errichtet worden.

Nächst den Neubauten von Kirchen sind wenigstens bedeutsame Um-
bauten älterer Kirchen zu erwähnen; so die Erneuerung der Annenkirche
1909 (Architekt Schleinitz) und der durch großartigen Gräberfund Aufsehen
erregende Umbau der Sophienkirche 1910 durch das städtische Hochbauamt.

Aber für die Vororte sind da, wo ein Kirchbau dringend nötig wäre,
die erforderlichen Mittel noch immer nicht aufgebracht worden, und die



Versöhnungskirche in Vorstadt Striesen

dortige Bevölkerung selbst ist auf lange Zeit hinaus dazu nicht imstande. Wohl hat Cotta endlich so viel Hilfe erfahren, daß man hoffen darf, dort in nächster Zukunft den Bau der Heilandskirche zu sehen; aber die Parochie der Friedenskirche in Dresden-Löbtau mit Naußlitz zählt 42 000 Seelen, hat nur eine Kirche mit 1000 Sitzplätzen, bedarf schon längst der Teilung, muß sich aber immer noch außer jener Kirche mit einem mehrere Treppen hoch gelegenen Schulsaal behelfen; und der zur St. Markusgemeinde in Pieschen gehörende Vorort Trachenberge mit 8500 Evangelischen hat überhaupt noch keine Kirche und muß im Schulsaal seine Gottesdienste halten. Hier liegt der großstädtische Notstand klar zutage.

Einzelne neue Gemeinden konnten auch in diesem Zeitabschnitt gebildet werden: 1904 durch Abtrennung von der Trinitatisparochie die Andreas-Kirchgemeinde, 1908 durch Auspfarrung aus der Kreuzparochie — das letzte ihrer einst zahlreichen ländlichen Glieder — die Thomasmgemeinde Dresden-Gruna, und ebenfalls 1908 durch Loslösung von der Mutterkirche in Kaditz die Apostelgemeinde Dresden-Trachau. Auch wurde mit dem 1. Januar 1910 die Gemeinde Dresden-Striesen in zwei Parochien, die der Erlöserkirche und die der neuerbauten Versöhnungskirche, geteilt und dabei die altehrwürdige Gemeinde böhmischer Exulanten durch besonderen Vertrag derart mit der Erlöserkirchgemeinde verbunden, daß sie, ohne ihrer Eigentümlichkeiten verlustig zu gehen, doch ein Kirchenwesen mit jener bildet.

Entsprechend den bisher geschilderten Neuschöpfungen an Kirchen und Gemeinden wurde die Zahl der Geistlichen stetig vermehrt, und es beträgt gegenwärtig unter Hinzurechnung der nicht zur Ephorie gehörigen, der Verwaltung anderer Behörden unterstellten, die Zahl sämtlicher evangelisch-lutherischer Geistlichen in unserer Stadt 96.

Auch neue P f a r r h ä u s e r sind errichtet. 1903 wurde zugleich mit der Lukaskirche das neben ihr erbaute sehr stattliche Pfarrhaus (Architekt Weidenbach in Leipzig) bezogen; und als 1907 die alte Superintendentur um des neuen Rathauses willen von der Stelle weichen mußte, an der seit Gründung der Stadt das Pfarrhaus für die jetzt sogenannte Kreuzparochie gestanden, hatte man für einen künstlerisch schönen Ersatzbau (Architekten Schilling und Graebner) an demselben Kreuzkirchplatz gesorgt. Aber noch sind 7 Kirchengemeinden ohne ein als Mittelpunkt des seelsorgerlichen Verkehrs hochnötiges Pfarrhaus.

Bisher ist zumeist von dem äußeren Aufbau des kirchlichen Lebens die Rede gewesen. Es ist von manchem Fortschritt während des hier behandelten Zeitraums berichtet worden; es sollte aber auch nicht verschwiegen werden, daß mit der durch die Einverleibung der Vororte plötzlich entstandenen Vergrößerung der Stadt und ihrer Bevölkerungszunahme die Entwicklung des kirchlichen Lebens nicht gleichen Schritt zu halten ver-

mochte und in dieser Beziehung sehr berechtigte Wünsche bis jetzt unerfüllt blieben.

Doch trotz aller Schwierigkeiten und Schäden der Großstadt ist Dresden noch heute eine gut kirchliche Stadt. Für das in den einzelnen Gemeinden wirklich pulsierende kirchliche Leben sind zunächst der Besuch der Gottesdienste, die Kommunikantenzahl und die Beteiligung an den kirchlichen Liebeswerken der nach außen hin erkennbare Gradmesser. Ist nun auch der Kirchenbesuch, wie in allen Großstädten, je nach der Art der einzelnen Prediger, ein recht verschiedener, so darf man doch im allgemeinen der Teilnahme einer großen Gemeinde an den Gottesdiensten sich freuen, und aus dem guten Besuch der erst in neuester Zeit ganz allgemein eingeführten Bibelstunden und apologetischen Vorträge läßt sich das in nicht kleinen Kreisen erhöhte kirchliche Interesse deutlich erkennen. Weniger gut steht es um die Kommunikantenzahl, die nur 25 Prozent beträgt; es wäre ein leidiger Trost, wollten wir uns auf das noch schlechtere Verhältnis in anderen Großstädten berufen. Desto erfreulicher ist der Aufschwung, den die kirchlichen Liebeswerke in unserer Zeit gewonnen haben, und die große Opferfreudigkeit für die zahlreichen Arbeiten christlicher Barmherzigkeit, aber erst recht die persönliche Hingebung in weiten Kreisen für solchen kirchlichen Dienst muß besonders dankbar hervor gehoben werden.

Die Kirchenvorstände, in denen nach wie vor Männer aus allen Ständen, die höchsten nicht ausgeschlossen, sich zum Wohl des kirchlichen Lebens vereinigen, sind wahrlich nicht die einzigen Helferkreise; so manches Werk, das früher die Innere Mission, auch unser Stadtverein für Innere Mission, allein trieb, ist nun in den Arbeitsplan der einzelnen Gemeinden aufgenommen; und von besonderer Bedeutung ist es, daß in immer mehr Pfarochien Gemeindehäuser beziehentlich Gemeindefäle — außer dem Evangelischen Vereinshaus — für gemeinsame Bestrebungen auf kirchlichem Gebiete offen stehen.

Ein Kristallisationspunkt für allerlei kirchliche Arbeit ist die nunmehr in allen Pfarochien eingeführte, von Diakonissen des hiesigen Mutterhauses ausgeübte Gemeindepflege. Es ist ohne Zweifel eine soziale Tat der Kirche, daß sie den Ärmsten in den durch Krankheitsnöte schwersten Zeiten ihres Lebens unentgeltliche und sachkundige Hilfe darbietet; es entspricht dem Wesen christlicher, durch Christus in die Welt gekommener Barmherzigkeit, daß sie allen Hilfsbedürftigen mit dem Trost des Evangeliums zugleich leibliche Erleichterung schaffen möchte; und es bleibt auch solche stille Tat der Liebe wie ein Lied ohne Worte für viele, die zuvor der Kirche den Rücken gekehrt hatten, nicht ohne missionierende Wirkung. Aber zugleich gruppiert sich um die Gemeindepflege her so manche andere Vereinigung zu Nutz und Frommen des kirchlichen Lebens; hier sind es Damen, die in regelmäßigen

Zusammenkünften für die Armen der Gemeinde nähern; dort werden die Jungfrauen zu fröhlicher, fördernder und bewahrender Gemeinschaft gesammelt, und dort bietet man den Ältesten unter den armen Frauen in den sogenannten Großmütterchenvereinen beglückende Feierstunden.

Den Kirchenvorständen sind in einigen Parochien Hausväterverbände als freie V e r e i n e zur Seite getreten, die eine Förderung evangelischen Glaubens, kirchlichen Sinnes und Gemeindelebens sich zur Aufgabe machen; die zum Wohl der Jungmännerwelt gebildeten parochialen evangelischen Jünglingsvereine stehen wie der Christliche Verein junger Männer in erfreulichster Entwicklung und haben in unserer Zeit, wo die kirchenfeindliche Sozialdemokratie, wie nie zuvor, einen Sturm auf die schulentlassene Jugend unternimmt, eine erhöhte Bedeutung; und die evangelischen Arbeitervereine, die mit ihrer Losung „Gottesfurcht, Königstreue, Nächstenliebe“, wenn auch nur indirekt, so doch sehr wirksam, dem kirchlichen Leben dienen, entfalten eine großartig rege, auch von den Gegnern nicht mehr zu leugnende Tätigkeit.

Kann aber aller der einzelnen Vereine, die in besonderen Bestrebungen der Kirche dienen und deren Bedeutung, wenn man auch oft vor ihrer immer größer werdenden Zahl erschrecken mag, doch nur von sehr einseitiger, vorgefaßter Meinung geleugnet werden kann, hier nicht Erwähnung geschehen, so sei doch zum Beweise der Kirchlichkeit Dresdens die Tatsache hervorgehoben, daß, sobald eine kirchliche Frage im engeren oder weiteren Vaterland in den Vordergrund des Interesses tritt — und wir haben solche „Fälle“ 1903 bis 1910 oftmals erlebt — die größten Säle unserer Stadt nicht ausreichen, um die Menge derer zu fassen, die an der Behandlung solcher Fragen den lebhaftesten Anteil nehmen.

Noch sei der k i r c h l i c h e M u s i k und ihrer Pflege in Dresden gedacht. Es wird wenige Großstädte geben, in denen auch außerhalb der Gottesdienste evangelische Kirchenmusik so oft und so künstlerisch hervorragend zur Erhebung für jeden, der solche Kunst zu schätzen weiß, unentgeltlich dargeboten wird. Der in Dresdens Geschichte schon im Jahre 1300 urkundlich erwähnte Kreuzchor, der durch die Jahrhunderte den Bürgern der Stadt auf den Straßen mit seiner Kurrende, vom Turm her mit seinem Festgruß und auf dem letzten Wege mit seinem Nunc dimittis gedient, setzt noch heute in zeitgemäßer Weise die Pflege kirchlichen Gesanges fort. Zwar sind die jugendlichen Sänger mit ihren altertümlichen Chormänteln von den Straßen verschwunden, und auch auf den Friedhöfen weihen ihre frischen Stimmen nur in seltenen Fällen die ernste Abschiedsfeier, aber der Festgruß vom Kreuzturm her ist seit 1908 mit bestem Erfolg von frühster Morgenstunde des ersten Feiertags auf die Vorabende der hohen Feste verlegt und zieht, durch Orchester verstärkt, jedesmal einen großen Hörerkreis an, der den Chorälen und geist-

lichen Volksliedern mit sichtbarer Freude lauscht. Vor allem aber sind es die Sonnabendvespern, in denen der Kreuzchor Schätze alter und neuer Kirchenmusik einer großen Gemeinde darbietet. Die Vesper ist ein Gottesdienst mit Schriftvorlesung, Gebet und Segen im Mittelpunkt, aber vorher und nachher treibt die nach dem Brande der Kirche 1901 neu erbaute Orgel (Gebrüder Jehmlich in Dresden) mit ihren 92 klingenden Stimmen ihr Evangelistenamt, und abwechselnd mit Sologesängen oder Instrumentalvorträgen bringt der aus 66 Alumnen und Kurrendanern des Gymnasiums zum heiligen Kreuz bestehende Chor die heilige Musik alter und neuer Meister zu Gehör. Um die alte Stiftung zeitgemäß auf der Höhe zu erhalten, wendet die Kreuzkirchengemeinde jährlich mehr als 11 500 M auf. Zu dem Oratorium am Karfreitag — aller zwei Jahre Bachs Matthäuspassion — werden freilich Eintrittspreise erhoben, da die Kosten der mit den besten Solo Kräften ausgestatteten Darbietung in jedem Jahre 3500 M betragen. Aber eine unentgeltliche, trefflich ausgestattete Sonnabendvesper oder Motette findet neuerdings auch in der Frauenkirche statt; in Dresden-Neustadt ragen besonders die musikalischen Leistungen in der Martin=Luther=Kirche hervor, und unter den anderen Kirchenchören der Stadt verdient mit seinen Darbietungen innerhalb des Gottesdienstes der evangelische Hofchor lobende Erwähnung.

Zum Schluß werde der Vollständigkeit wegen eine statistische Übersicht über die konfessionellen Verhältnisse unserer Stadt nach dem Stande von 1905 gegeben. Den 462 136 Evangelisch=Lutherischen stehen 2872 Evangelisch=Reformierte, 44 079 Römisch=Katholische, 90 Russisch=Orthodoxe und 463 andere Griechisch=Katholische und 297 Deutsch=Katholische gegenüber. Die Anglikanische Kirche zählt 1200, die Schottische 200, die Amerikanische 200 Gemeindeglieder. Die Dissidentenvereinigungen haben ihre Zahl zumeist nur für das ganze Land angegeben. Zur israelitischen Religionsgemeinde gehören in Dresden 3514.

franz Dibelius.





Superintendentur und Sparkasse an der Schulgasse

X.

Unterrichts- und Bildungswesen.

Hochschulwesen. Das Bild der städtischen Entwicklung würde in einem wesentlichen Punkte unvollständig bleiben, wenn sich unser Blick nicht auch den mannigfachen geistigen Anregungen zuwenden würde, die von den Lehranstalten unserer Stadt ausgehen und von den Bildungsbestrebungen, die ihre Bevölkerung durchsetzen. Die ganz erheblichen materiellen Einflüsse, die alle diese Einrichtungen und die von ihnen nach Dresden gezogenen Personen in wirtschaftlicher Beziehung ausüben, insbesondere die finanziellen Einwirkungen des Volksschulwesens auf den städtischen Haushalt, würden es allein schon rechtfertigen, daß dem Dresdner Bildungswesen ein besonderer Abschnitt dieser Schrift gewidmet wird, viel höher sind aber die nicht unmittelbar in Geld ausdrückbaren, innerlichen Wirkungen zu bewerten, die von den Sammelpunkten geistiger Interessen auf alle Kreise der Stadt ausstrahlen.

In einsichtiger Würdigung dieser Beziehungen hat die städtische Verwaltung wiederholt, obwohl die beiden höchsten wissenschaftlichen Lehranstalten Dresdens ihr nicht unterstehen, ihnen finanzielle Opfer gebracht; zweimal alljährlich werden vom Stadtrat Stipendien für die Technische und die Tierärztliche Hochschule ausgezahlt, für jene jährlich 10 000 M., für diese 2400 M., und das große Gelände zwischen Helmholz- und Berg-, George-Bähr- und Mommsenstraße, auf das sich seit 1902, seitdem die alten Gebäude am Bismarckplatz ihr zu eng wurden, die Technische Hochschule auszudehnen begonnen hat, verdankt sie zum Teil einer Schenkung der Stadt. Nachdem 1902 das Maschinenlaboratorium, bald danach das Elektrotechnische Institut und die Mechanisch-technische Versuchsanstalt eröffnet worden waren, konnte die gesamte Mechanische Abteilung ihren Studienbetrieb 1905 in die neuen Gebäude verlegen; jetzt werden die Bauten für die Ingenieurabteilung der Hochschule unternommen, und nach ihrer Errichtung wird das Gelände noch reichlichen Raum bieten für zukünftige Verlegungen und Erweiterungen, wie sie die schnelle Entwicklung der Technik nach sich zieht.

Zu den früheren Professuren an der Technischen Hochschule ist eine neue, an den meisten Technischen Hochschulen noch fehlende hinzugekommen,

die in naher Beziehung zu einer bedeutsamen Richtung der Dresdner Industrie steht, die Professur für Photographie. Zwar hat der Altmeister deutscher Photographie, Hermann Krone, der seit ihren Anfängen diese Kunst in Dresden übte und all ihren Entwicklungsstadien mit wissenschaftlichem Interesse folgte, als Privatdozent und Professor an der Technischen Hochschule schon seit 1870 mit äußerst bescheidenen Mitteln diese Technik gelehrt, aber zu einem wohlausgestatteten Institut und einer ordentlichen Professur kam es erst 1908, als die inzwischen gerade in Dresden kräftig erblühte photographische Industrie sich bereit erklärte, einen Jahresbeitrag für diese Zwecke zu leisten, der in dem Etat für 1910 mit 1500 M. eingestellt ist. Der in die Professur berufene Professor Lütner fand bereits im vergangenen Jahre bei der Leitung der Internationalen Photographischen Ausstellung in unserer Stadt eine große, über den Rahmen der Hochschule hinaustretende Aufgabe vor. Das Institut ist vorläufig mietweise untergebracht, wird aber in dem zurzeit geplanten Neubau auf dem Gelände an der Bergstraße eine würdige Stätte finden.

Als eine eigenartige Erweiterung der Lehrmittel der Technischen Hochschule wurde bei der Dresdner Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure im Jahre 1908 unter Professor Hundhaufens Leitung die Maschinenausstellung eröffnet, die ihr von der Industrie, vorzugsweise der sächsischen, eingesendete Maschinen für Metall- und Holzbearbeitung, Arbeitsmaschinen für Papierindustrie, landwirtschaftliche Maschinen, auch andere Hilfsmaschinen, Werkzeuge, Lehren, Werkstücke sowie Herstellungsverfahren und Fabrikeinrichtungen dem Unterrichts dienlich und zu bestimmten Besuchszeiten auch weiteren Kreisen zugänglich macht. Die Vorteile, die eine solche, die neuesten Erzeugnisse des Maschinenwesens im Betrieb vorführende Ausstellung der gesamten Industrie gewährt, haben die weit über den gegenwärtigen Rahmen hinausgreifende Idee einer ständigen allgemeinen deutschen Maschinenausstellung gezeitigt, die mit reichen Mitteln aus den Kreisen der deutschen Industrie in großem Stile auf städtischem Gebiete angelegt werden soll. Eine im Januar 1910 unter Beteiligung der staatlichen und städtischen Behörden abgehaltene Versammlung sächsischer Industrieller, sowie der Besuch des Königs und der Prinzen söhne im März dieses Jahres erwecken die Hoffnung, daß die eifrigen Bemühungen Professor Küblers zu dem erstrebten Erfolge führen.

Ein anderer, leicht ausgereifter und in nächster Zeit ins Leben tretender Plan soll dem Städtewesen noch mehr als bisher die Aufmerksamkeit zuwenden: in einem Städtebauseminar sollen die Teile des Hoch- und Tiefbauwesens, der Wirtschafts-, Rechts- und Verwaltungslehre, die für den Betrieb der Großstadt heute in Betracht kommen, der mächtigen

Entwicklung dieser Aufgaben entsprechend den jungen Technikern zugänglich gemacht werden, um sie noch unmittelbarer als bisher für städtische Stellen vorzubereiten.

Als der vornehmsten Erweiterung der Hochschulaufgaben, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, ist noch der technischen Kurse zu gedenken, die für Juristen abgehalten wurden. Zunächst haben wiederholt Verwaltungsbeamte, Richter und Rechtsanwälte sich zu Abendkursen vereinigt und einzelne Professoren dafür gewonnen, sie in die für die juristische Praxis wichtigen technischen Beziehungen einzuführen; Ostern 1910 hat aber zum ersten Male ein von den betreffenden Ministerien veranlaßter Kursus für jüngere Verwaltungsbeamte und Richter an der Hochschule stattgefunden, der den Teilnehmern durch Vorträge und durch Besuch von Fabriken technische Anregungen zu übermitteln bestimmt war.

Der Etat der Hochschule hat sich entsprechend den durch die Fortschritte der Technik bedingten Erweiterungen in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt und beträgt jetzt rund 1 Million Mark. Die Frequenz der Studierenden und Zuhörer hat sich während des Jahrzehnts ziemlich gleichmäßig erhalten. Im Winter zu 1910 betrug sie 1034. Aber die Zahl der Hospitanten ist in dieser Zeit erheblich gestiegen, so daß die Gesamtzahl aller Hörer 1432 beträgt gegen 1154 im Jahre 1900. Dieser Zuwachs ist zu erheblichem Teil dadurch veranlaßt, daß seit 1901 auch Damen als Hospitantinnen zugelassen sind; seit 1907 werden Damen auch als Studentinnen unter denselben Bedingungen wie die Studenten aufgenommen.

Daß in den Kreisen der Studierenden frisches akademisches Leben erblüht, bedarf nicht besonderer Hervorhebung. Nur um die Mannigfaltigkeit der studentischen Strömungen zu bezeichnen, sei erwähnt, daß an der Hochschule drei Korps bestehen, drei Burschenschaften verschiedener Richtung, zwei freischlagende Verbindungen, eine Landsmannschaft, eine Turnverbindung, fünf verschieden organisierte fachwissenschaftliche Vereine, eine Sängerschaft, ein Verein deutscher Studenten, ein Ausländerverein, fünf verschiedene sportliche Vereine, ein stenographischer, ein polnischer, ein christlicher Verein, auch ein Abstinentenverein sowie eine Vereinigung zur Abhaltung von Arbeiterkursen.

Die Gesamtheit der Studenten wird durch einen Ausschuß vertreten, dem vor allem bei den akademischen Festlichkeiten die Leitung zufällt. Aller zwei Jahre zieht die Studentenschaft im Fackelzug durch die Straßen der Stadt, um dem abgehenden Rektor zu danken und den antretenden zu begrüßen. Einmal im Jahre sogar ereignet es sich, daß die Studierenden der Technischen und der Tierärztlichen Hochschule, vereinigt mit denen der Kunstakademie, nach der Räcknitzer Höhe ziehen, um am Fuße der am 23. Juni 1906 eingeweihten, durch öffentliche Sammlungen und durch

städtische Mittel begründeten Bismarcksäule im Fackelscheine eine Sonnwendfeier zum Gedächtnis des großen Kanzlers zu begehen.

Für die Studierenden stehen jetzt der Hochschule 58 000 *M* jährlich an Stipendien zur Verfügung und das letzte Jahrzehnt hat in erheblichem Maße beigetragen, um solche Mittel zu beschaffen; namentlich haben die 1904 zur Erinnerung an Friedrich Siemens errichtete Stiftung von 100 000 *M* und die 1905 überwiesene Stiftung der sächsischen Industrie im Betrage von 131 000 *M* es ermöglicht, den an der Hochschule ausgebildeten Ingenieuren Mittel zu größeren Experimentalarbeiten und Instruktionsreisen zu gewähren. Wie in diesen Fällen, so betätigte sich auch durch die 30 000 *M* betragende, zur Erweiterung der Maschinenlaboratorien bestimmte Stiftung der sächsischen Bezirksvereine des Vereins Deutscher Ingenieure das lebendige Interesse, das die Fachreise der Entwicklung unserer Hochschule entgegenbringen.

Die bedeutsame Errungenschaft der deutschen technischen Hochschulen, die Doktorpromotion, wurde im Jahre 1900 der sächsischen Hochschule vom Könige zuerkannt. Die Ausübung dieses Rechtes ist hier, vorzüglich in der chemischen Abteilung, besonders rege: es finden jährlich etwa 40 Doktorprüfungen statt.

Wie sich — oft genug unter dem Einflusse der Anregungen, die von der Technischen Hochschule ausgingen — die *T e c h n i k* in Dresden während des letzten Jahrzehnts entfaltet hat, kann im Rahmen dieser Schrift selbstverständlich nur flüchtig berührt werden, aber zu einer Schilderung der Veränderungen im Niveau der öffentlichen Bildung gehört es denn doch, daran zu erinnern, wie in der Stadt die Elektrizität und die Fernheizung, der Betonbau und die Entwässerung vorgeschritten sind, ja daß auch im Versuchsstadium befindliche Arbeiten, wie die über den Scherlschen Kreiswagen, die drahtlose Telegraphie, die Wünschelrute, diese allerdings nur in den engeren Fachkreisen, auf Dresdner Boden zum Teil durchgeführt oder vorgeführt wurden. Nur die Luftschiffahrt in ihren neueren Formen des Motorballons und der Aviatik hat ein neidisches Geschick den Dresdnern lange vorenthalten, trotz aller Bemühungen der hier eifrig tätigen Luftschiffahrtsgesellschaften wie der städtischen Behörden, bis endlich am 12. Juli 1910 ein Parsevalluftschiff stolzen Fluges über unserer Stadt kreuzte und auf kurze Zeit am Heller landete.

Das seit 1900 im Betrieb stehende Fernheiz- und Elektrizitätswerk liefert nicht nur die Heizung für die Zoll- und Steuerdirektion an der Stallstraße, das Opernhaus, den Zwinger, die katholische Kirche und das Schloß, das Ständehaus und die öffentlichen Gebäude auf der Terrasse, sondern auch für das Coselsche Palais und die Polizeidirektion an der Schießgasse, außerdem die elektrische Beleuchtung noch für eine ganze Reihe anderer

Gebäude. Der in 10 Kesseln hergestellte Dampf von 8 Atmosphären Überdruck wird in einem unterirdischen begehbaren Kanale seinen Heizwecken zugeführt; das Kondenswasser wird wieder zu den Kesseln zurückgeleitet. Die Vereinigung der Heizanlage mit der Elektrizitätserzeugung dient zur Verminderung der Kosten, der Ersatz einer so großen Zahl einzelner Heizungen durch eine einzige Zentralanlage, die in rationellster Weise geheizt werden kann, vermindert den Rauch, wenn schon der gewaltige Schornstein sich den Dresdnern nicht immer rauchfrei präsentiert.

Für den Gasverbrauch der Stadt lieferte im Jahre 1909 das Neustädter Gaswerk 23 Millionen, das Reicker $26\frac{3}{4}$ Millionen Kubikmeter, so daß unter Mitwirkung der seit 1903 für Dresden arbeitenden kleineren Werke zu Löbtau und Trachau der gesamte Gasverbrauch 52 Millionen Kubikmeter betrug. Das allen Werken gemeinsame Rohrnetz hatte Ende 1909 eine Länge von 829 113 Meter und umfaßt auch die Vororte Blasewitz, Loschwitz, Colke-
witz, Reick, Dölzchen, Niedergorbitz, sowie die Albertstadt. Das Reicker Gaswerk erreicht zurzeit eine Tageshöchstleistung von 160 000 Kubikmeter Gas unter Hinzuziehung der 1906 in Betrieb genommenen Wassergasanstalt (System Dellwid-Fleischer) zu den auf 140 000 Kubikmeter bemessenen Steinkohlengasanlagen; das Werk ist aber so angelegt, daß sich ein Ausbau bis auf täglich 300 000 Kubikmeter Steinkohlen- und Wassergaserzeugung durchführen läßt. Das Wassergas wird dem Steinkohlengas unmittelbar hinter den Öfen in den Teervorlagen zugeführt, also in den weiter zu durchlaufenden Apparaten innig mit ihm gemischt.

Die Stadt besitzt vier Elektrizitätswerke, ein Lichtwerk auf dem Gebiet der früheren Gasanstalt Dresden-Altstadt, zwei für Straßenbahnbetrieb mit Gleichstrom, und eins, das mit Drehstrom für Licht und mit Gleichstrom für Straßenbahnbetrieb sorgt. Das 1895 eröffnete Lichtwerk ist bereits dreimal vergrößert worden, zuletzt im Februar 1910 durch zwei 700 Kilowatt-Wechselstromdynamos. Es liefert einphasigen Wechselstrom von 50 Perioden in der Sekunde mit 2000 Volt primär und 110 Volt sekundär; die Transformatoren stehen bei den Abnehmern. Für den Strom, der in Kaditz zum Betrieb der Reinigungs- und Pumptanlage für die Schwemmfanalisation gebraucht wird, wird in einem besonderen Transformatorenhaufe die Spannung auf 10 000 Volt erhöht. Das Leitungsnetz ist unterirdisch in mit Sand gefüllten Schutzkanälen aus Ziegelsteinen verlegt und umfaßt jetzt 271 Kilometer. Ende 1909 waren 5760 Elektrizitätszähler und 3016 Transformatoren vorhanden. Für das Lichtwerk einschließlich des Kabelnetzes ist bis Ende 1908 ein Kapital von $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark aufgewendet worden.

Das Kraftwerk im Osten der Stadt, das ihr seit 1895 gehört und seitdem wiederholt erweitert wurde, ist nach dem Gleichstrom-Zweileitersystem mit 500 bis 600 Volt Spannung eingerichtet. Das Leitungsnetz ist teils unter-

irdisch wie das des Lichtwerkes verlegt, teils besteht es in oberirdischen Stromzuführungsanlagen für Bügelstromabnehmer an konischen geschweiften Masten. Es gibt außer an die städtischen Straßenbahnen auch an Private für Kraft und Licht Strom ab. Für den Westen der Stadt wurde 1900 auf demselben Grundstück wie das Lichtwerk ein Kraftwerk eröffnet. Das vierte Elektrizitätswerk in Tolkewitz ging mit dem Ankauf der Straßenbahnen in städtischen Besitz über, ist im wesentlichen wie die beiden anderen Kraftwerke eingerichtet und dient zum Betriebe der Vorortsbahnen Loschwitz—Pillnitz und Laubegast—Leuben, erzeugt aber auch Drehstrom für Kraft und Licht, der mittels Freileitung nach Tolkewitz und mittels Kabel durch die Elbe den rechtselbischen Ortschaften zugeleitet wird. In Transformatoren, die kleine Sekundärnetze speisen, wird er auf die Gebrauchsspannung von 3×120 Volt umgeformt. Das Verteilungsnetz besteht hauptsächlich aus blanken Freileitungen von 50 Kilometer Gesamtlänge. Die beiden Kraftwerke und das Tolkewitzer Werk haben bis Ende 1908 ein Kapital von 9 Millionen Mark erfordert.

Die großen Fortschritte im Bauwesen, die sich an die Einführung des Betons und des Eisenbetons knüpfen, fanden frühzeitig gerade in Dresden groß angelegte Verwendungen. Der leider zu früh kurz vor der Vollendung seiner bedeutendsten Schöpfungen durch einen schnellen Tod uns entrissene Hermann Klette hat als Stadtbaurat für Tiefbauwesen schon bei der Weißeritzverlegung den Beton in ausgedehntem Maße für Futtermauern und Brücken verwendet, vor allem aber die umfangreichen Kanalbauten für die von ihm in großem Stile zum Zwecke der Schwemmkanalisation geplante und durchgeführte Entwässerung der Stadt sind nach den von der Firma Dyckerhoff & Widmann gelieferten Formen durchgehends in Beton ausgeführt. Was diese Anlagen, deren hygienischer Wert an anderer Stelle zu würdigen ist, in technischer Hinsicht bedeuten, wird einigermaßen durch eine Zahl gekennzeichnet: auf 28 Millionen Mark bemißt sich das Kapital, das im Laufe zweier Jahrzehnte in die Erde eingebaut wurde für das tief in den Straßen liegende Kanalnetz, für die den Elbufern entlang laufenden mächtigen Sammelkanäle, für die beiden Dückerrohre unter der Elbe bei Cotta, für die Reinigungsanlage usw.

Und in den letzten Jahren hat der Eisenbeton für Hochbauten nicht nur bei Fabrikgebäuden und Kaufhäusern musterhafte Verwendung gefunden, sondern wurde auch unter Stadtbaurat Erlweins Leitung maßgebend für die städtischen Bauten des neuen Schlachthofes und besonders in technisch fühner und vorbildlicher Weise für den Bau des großen Gasometers in Reich.

Die Tierärztliche Hochschule erhielt im Jahre 1903 ihr neues Statut, das ihre Leitung einem Rektor, seit 1903 stets Professor

Ellenberger, dem ein dreigliedriger Senat zur Seite steht, überträgt und die Hochschule, die bis dahin der Kommission für das Veterinärwesen untergeordnet gewesen war, unmittelbar dem Ministerium des Innern unterstellt. Von den Studierenden wird jetzt volle Universitätsreife verlangt. In den zahlreichen Instituten der Hochschule, über deren Leistungen der alljährliche Bericht des Rektors und Senats Rechenschaft gibt, haben schon vielfach Dresdner Ärzte Gelegenheit zu umfassenden Experimentalarbeiten gefunden.

Der Hochschule ist das Recht der Promotion von Tierärzten zu Doktoren der Veterinärmedizin in der Weise gewährt worden, daß die durch ordentliche Professoren verstärkte medizinische Fakultät der Universität Leipzig diese Würde erteilt. Bis Ende 1908 wurden so 29 Doktoren promoviert. Die Stipendien betragen etwa jährlich 4500 M., darunter 2400 M. von der Stadt Dresden zu verleihende. Die Hochschule erfordert einen Staatszuschuß von nahe 300 000 M. Die Interessen der Studierenden (etwa 200) vertritt ein Ausschuß; unter ihnen bestehen drei Korps, drei andere Vereinigungen, eine Turnerschaft, eine Burschenschaft und eine Organisation der Nicht-Inkorporierten.

Der Hochschule wurde auch die weitbekannte *Gehe-Sammlung*, die der Begründer der Firma Gehe & Co., Franz Ludwig Gehe, geschaffen hatte, zugewiesen, als 1905 die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Sie ist im Kurländer Palais am Zeughausplatz untergebracht worden und wird unter der Verwaltung des Professor Kunz-Krause auch noch weiter vermehrt.

Öffentliches Bildungswesen. Zwar haben schon seit langer Zeit die deutschen Hochschullehrer auch weiteren Kreisen der Gebildeten die Fortschritte der Wissenschaft durch populäre Vorträge und Vortragszyklen zugänglich gemacht, in den letzten Jahrzehnten hat sich aber unter ausländischem Einflusse mit modernen Schlagworten diese Bewegung auch auf tiefere Schichten und Arbeiterkreise auszudehnen gesucht.

Trefflich hat der Verfasser der Geschichte Dresdens von 1871 bis 1902 geschildert, wie von den Professuren der Technischen Hochschule, die weniger der fachlichen Ausbildung als der allgemeinen Vertiefung und Förderung auf dem Gebiete der Geschichte, der Literatur- und Kunstgeschichte, der Philosophie und der Volkswirtschaft zu dienen bestimmt sind, auch über die Hochschule hinaus in die weiteren Kreise der Dresdner Bevölkerung geistige Anregungen ausgehen. Wohl haben gerade in diesen Professuren während des letzten Jahrzehnts persönliche Änderungen stattgefunden; bereits 1903 hatte an Stelle des in den Ruhestand getretenen Viktor Böhmert der bis dahin nur an der Gehe-Stiftung wirkende Robert Wuttke die volkswirtschaftliche Professur an der Technischen Hochschule übernommen, 1907

starben in schneller Folge Adolf Stern und Lücke, 1908 Fritz Schulze, und 1909 gab Treu seine Vorlesungen über Kunstgeschichte auf, um sich ganz seinen Arbeiten im Albertinum widmen zu können. Aber bei der Berufung der Nachfolger, Walzel für Literaturgeschichte, Elsenhans für Philosophie, blieb ebenso wie bei der ersatzweisen Übernahme der kunstgeschichtlichen Vorlesungen durch Cornelius Gurlitt und Herrmann die Wirkung auf weitere Kreise als wertvolle Überlieferung der Vorgänger erhalten, ja die Erleichterungen des Studiums, die seit 1901 den Damen gewährt wurden, erweiterten noch diese Wirkungen nach außen.

Nimmt man hinzu, daß in noch ausgedehnterem Maße, als es bereits früher geschah, Dozenten der Technischen Hochschule auch in anderen Lehranstalten, der Tierärztlichen Hochschule, der Kunstakademie, der Kunstgewerbeschule Vorlesungen übertragen wurden, daß öffentliche Institute und Museen, wie der 1910 durch städtische Mittel finanziell sanierte Zoologische Garten, der Botanische Garten, die Landeswetterwarte, das Mineralogisch-geologische Museum und die Prähistorische Sammlung, der Mathematisch-physikalische Salon, das Zoologische und Anthropologisch-ethnographische Museum meist unter Leitung von Professoren der Hochschulen für wissenschaftliche Bildung sorgen; daß die großen Vereine, wie der naturwissenschaftliche Verein „Iris“ (1910: 279 Mitglieder), der Verein für Erdkunde (1909: 613 Mitglieder), der Altertumsverein (1910: 496 Mitglieder) und der Verein für Geschichte Dresdens (1910: 1005 Mitglieder), die Lehrervereine, vor allem die Gehe-Stiftung, regelmäßig Vorträge veranstalten, so gewinnt man das Bild einer Hochschulerweiterung von größerem Umfange, als andere deutsche Städte sie erwerben konnten, man sieht geradezu den Ersatz einer Akademie vor sich in dem Sinne, wie Frankfurt, Hamburg, Posen sie besitzen, nur in der für Dresden naturgemäßen Anlehnung an die bestehenden Hochschulen und deren staatliche Mittel.

Um nur einige Einzelheiten zu nennen, sei an die meteorologischen Instruktionkurse für Lehrer erinnert, die seit 1907 in der Landeswetterwarte wiederholt abgehalten worden sind, sowie an die Instruktionkurse für Luftballonführer, die dort seit 1909 stattfinden. Von lokalem Interesse ist besonders, daß der Mathematisch-physikalische Salon die wertvolle Uhrensammlung erwarb, die R. Pleißner hier gesammelt hat, aber Zugänge von ähnlich hervorragender Bedeutung haben selbstverständlich auch die übrigen wissenschaftlichen Sammlungen zu verzeichnen.

Noch weitergehend sind die Bestrebungen, selbst über die Kreise der höher Gebildeten hinaus die Einrichtungen der Hochschulen zu verwerten und die Mittel der Hochschulen für bürgerliche Kreise und für Arbeiter zu verwenden: volkstümliche Hochschulkurse werden seit 1907 abgehalten, unternommen durch eine Vereinigung von Dozenten der Technischen Hoch-

schule, Tierärztlichen Hochschule, der Charandter Forstakademie und der Freiburger Bergakademie. In hervorragendem Maße haben sich auf Dr. Strubells Anregung die Dozenten der Tierärztlichen Hochschule bei der Veranstaltung von Vortragszyklen betätigt, insbesondere über die für die weitesten Kreise bedeutungsvollen Gebiete der Gesundheitspflege. Es werden hierdurch von den Hochschullehrern Bestrebungen aufgenommen, wie sie in Dresden seit Jahrzehnten der Gemeinnützige Verein mit großem Erfolge vertreten hat.

Seit 1909 sind auf Anregung von Professor Esche an der Technischen Hochschule sogar Studierende tätig, um in den Abendstunden Arbeitern elementares und fachliches Wissen zugänglich zu machen.

Wer die der Dresdner Bevölkerung im Laufe des letzten Jahrzehnts zugänglich gewordenen Bildungsmittel großen Stils überblickt, wird auch der mannigfachen Anregungen gedenken, die von den großen Tagungen und Ausstellungen der letzten Jahre ausgegangen sind, die in Dresden stattgefunden haben. Durch die 1907 von über 2000 Teilnehmern besuchte Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte, wie durch die 1908 von dem mächtigen, über 20000 Mitglieder zählenden Verein Deutscher Ingenieure abgehaltene Jahresversammlung sind ja nicht allein die unmittelbar beteiligten wissenschaftlichen, ärztlichen und technischen Kreise bewegt, sondern auch die gebildeten Stände durch das Auftreten hervorragender Männer wie Graf Zeppelin, durch Diskussion großer wissenschaftlicher Fragen weitgehend interessiert worden, und nicht minder wirkten die wissenschaftlichen, gewerblichen und künstlerischen Anregungen der großen Ausstellungen, die während der letzten Jahre stattfanden, weit über die Fachkreise hinaus.

Unter den dauernden Einrichtungen aber, die zur Verbreitung wissenschaftlicher und literarischer Bildung im letzten Jahrzehnt neu ins Leben gerufen wurden, steht wohl obenan die seit 1902 in ihren jetzigen Räumen bestehende Lesehalle. Der gegen Eintrittsgeld zugängliche Teil der Lesehalle wurde von 50 bis 250 (614), durchschnittlich von 150 Personen täglich besucht, der unentgeltliche Teil von 400 bis 1200, durchschnittlich 750 täglich.

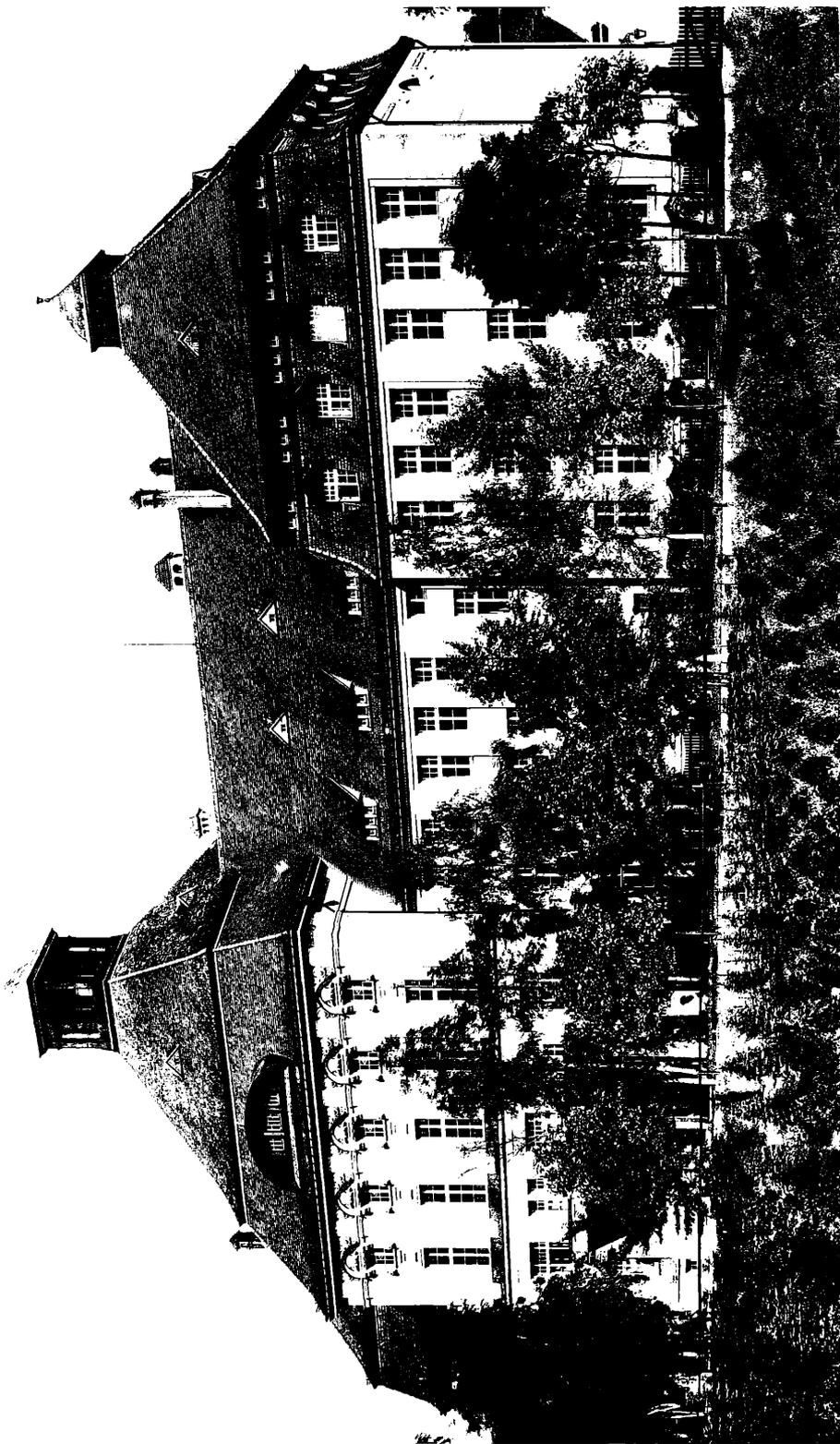
Neben dieser Lesehalle sorgten bisher noch viele kleinere Bibliotheken, insbesondere die vom Gemeinnützigen Verein verwalteten 18 städtischen Volksbibliotheken, die 1908 über 68 000 Bände verfügten und den Band durchschnittlich viermal im Jahre an 15 700 eingetragene Leser verliehen, für die Dresdner Bevölkerung. Im Jahre 1909 hat die Stadtgemeinde diese Volksbibliotheken mit der Absicht, den Betrieb ganz neu zu gestalten, in eigne Verwaltung übernommen und an ihrer Stelle in räumlicher Verbindung mit der Lesehalle eine Zentralbibliothek, sowie drei Zweigbibliotheken, von denen zwei gleichfalls mit Lesezimmern verbunden sind, und acht Bücherausgabestellen in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet, die im Sommer

1910 eröffnet wurden. Gewiß wird diese in anderen Städten erprobte Zentralisierung für die großen Aufgaben öffentlicher Büchereien förderlich wirken; mußten doch von den 68 000 übernommenen Bänden 50 000 als veraltet und aus hygienischen Gründen unbrauchbar ausgeschieden und ersetzt werden; ist doch jetzt das ganze Büchermaterial täglich zugänglich und wird von geschulten Bibliothekaren im Hauptamte verwaltet, während es früher nur an zwei Wochentagen während weniger Stunden benutzt werden konnte. Möge es nun auch der neuen Verwaltung gelingen, mit dem Buche zu den Vielen vorzudringen, die es aufzusuchen noch nicht gewöhnt sind.

Und nun zum Schlusse die Bildungsquelle, die heutzutage für die meisten wohl die einzige ist, die ihnen von den Veränderungen im menschlichen Wissen und Können berichtet — die Zeitung. Was die Zeitung politisch, literarisch, künstlerisch bedeutet, gehört nicht in den Gesichtskreis dieses Abschnittes; aber welche Bedeutung könnte sie nicht für Wissenschaft und Bildung entfalten! Daß die wissenschaftliche Berichterstattung, besonders die naturwissenschaftliche und technische, nicht die starke Seite der Zeitung ist, wen könnte es verwundern. Um so mehr verdient es Anerkennung, daß das Organ des Stadtrats, der Dresdner Anzeiger, auch dieser Aufgabe mit ernsterem Bemühen als andere Zeitungen entsprechenden Leserkreises gerecht zu werden sucht.

H ö h e r e s S c h u l w e s e n. Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens brachte auch das letzte Jahrzehnt mannigfache Ansätze zu neuer nachhaltiger Entwicklung. Zu den alten Formen des Gymnasiums und Realgymnasiums trat nach preußischem und süddeutschem Vorbild nun auch in Sachsen als mit jenen im wesentlichen gleichberechtigt die O b e r r e a l s c h u l e. Dresden entschied sich nach längeren Verhandlungen dazu, die erste Realschule in der Johannstadt durch Aufsetzen von Oberklassen zu einer Oberrealschule auszubauen, die 1911 die ersten Abiturienten entläßt.

Die Ausbildung von R e f o r m g y m n a s i e n und R e f o r m r e a l g y m n a s i e n neben den Schulen des älteren Lehrplanes ergibt eine Mannigfaltigkeit des höheren Schulwesens, die in den vorausgegangenen Jahrzehnten für unzulässig gehalten worden wäre und in der Tat bei Wechsel der Wohnung, z. B. bei Versetzungen des Vaters eines Schülers, sich unliebsam geltend macht. Da seit Ostern 1910 das Wettiner Gymnasium als Reformschule eingerichtet wird, stehen der Dresdner Bevölkerung (abgesehen von dem zur Ausbildung des Kadettenkorps dienenden Realgymnasium) jetzt drei Altgymnasien (städtische Kreuzschule, städtisches Vitzthumsches Gymnasium, Königliches Gymnasium in der Neustadt) zur Verfügung, zwei Reformgymnasien mit Reformrealgymnasien (städtisches König-Georg-



König-Georg-Gymnasium am Fiedlerplatz

Gymnasium, städtisches Wettiner Gymnasium), ein Altrealgymnasium (städtische Annenschule), ein Reformrealgymnasium (städtische Dreikönigschule), eine Oberrealschule, zu denen noch seit kurzem das Blasewitzer Realgymnasium tritt. Das merkwürdige Zusammentreffen, daß diese Schulen sämtlich während des letzten Jahrzehnts einen neuen Rektor erhielten, eine sogar dreimal den Rektor wechselte, läßt schon auf die innere Bewegung schließen, denen sie unterworfen waren.

Von den mit dem Freiwilligenrecht abschließenden Realschulen stehen drei in städtischer Verwaltung, eine mit Internat verbundene, das Freimaureerinstitut, das 1899 von Friedrichstadt nach der Eisenacher Straße übersiedelte, ist eine Stiftungsschule, die öffentliche Handelslehranstalt ein Unternehmen der Dresdner Kaufmannschaft und drei mit Pensionat verbundene sind Privatunternehmungen.

Auch ein Vorort, Radebeul, führt seit einigen Jahren eine Realschule mit Realprogymnasium.

Während die Schülerzahl der Gymnasien zu wachsen aufgehört hat, ja sogar im Vergleich zur Bevölkerung seit 25 Jahren auf die Hälfte gesunken ist, denn 1884 kamen auf 1000 Einwohner 7 Gymnasiasten, jetzt 3,6, hebt sich die Schülerzahl der Realanstalten alljährlich bedeutend, so daß sie etwa dauernd 8 auf 1000 Einwohner bleibt.

Über den Stand und die Änderungen des Besuchs unserer höheren Schulen gibt folgende Übersicht Auskunft.

| | Höchstzahl der Schüler: | | |
|-------------------------|------------------------------------|------|------|
| | <i>mit Reifezeugnis Abgehende:</i> | | |
| | 1901 | 1905 | 1909 |
| Kreuzschule | { 582 | 544 | 502 |
| | { 56 | 42 | 35 |
| Wettiner Gymnasium | { 510 | 522 | 445 |
| | { 30 | 35 | 39 |
| Königliches Gymnasium | { 561 | 568 | 506 |
| | { 43 | 45 | 52 |
| Dixthum'sches Gymnasium | { 244 | 263 | 279 |
| | { 19 | 22 | 22 |
| König-Georg-Gymnasium | { — | 184 | 507 |
| | { — | — | — |
| Dreikönigschule | { 589 | 636 | 641 |
| | { 29 | 45 | 35 |
| Annenschule | { 634 | 652 | 648 |
| | { 36 | 35 | 37 |

| | | Höchstzahl der Schüler: mit Reifezeugnis Abgehende: | | |
|---|---|--|-----------|-----------|
| | | 1901 | 1905 | 1909 |
| 1. Realschule | { | 631 70 | 585 76 | 575 57 |
| 2. Realschule | { | 200 — | 371 23 | 445 47 |
| 3. Realschule | { | — — | 320 19 | 513 51 |
| Freimaurerinstitut | { | 258 18 | 278 19 | 270 26 |
| Handelslehranstalt | { | 179 43 | 149 42 | 188 46 |
| Privat-Realschule Größel (vormals Zeidler) | { | 314 35 | 368 56 | 352 50 |
| Privat-Realschule Koldewey | { | — 36 | — 46 | 273 46 |
| Privat-Realschule Müller-Gelineß | { | 251 23 | 275 25 | 304 34 |

In mehreren höheren Schulen wurde den Primanern durch Einrichtung von Parallelklassen die Wahl freigestellt, ob sie mehr in mathematischer oder mehr in sprachlicher Richtung beschäftigt sein wollen, und es scheint, daß eine umsichtige Weiterausbildung dieser Bewegungsfreiheit in den Oberklassen zur Beseitigung mancher Klagen über zu schwer empfundene Belastung führen wird.

Wie seit Jahrzehnten, fordert die mathematisch-naturwissenschaftliche Seite der höheren Bildung mehr und mehr ihr Recht neben der sprachlichen, die Ausrüstung der physikalischen und chemischen Institute hat sich in den Schulneubauten des letzten Jahrzehnts erheblich ausgedehnt, wie früher (1896) die Annenschule, mußte auch die Kreuzschule durch ein Nebengebäude die Beschaffung würdiger Räume für diese Unterrichtsfächer ermöglichen. Die schon jetzt an einigen unserer höheren Schulen versuchsweise eingeführten praktischen physikalischen und chemischen Schülerübungen werden demnächst noch auf weitere Schulen ausgedehnt werden.

Vor allem brach sich die neue Auffassung der Aufgabe des naturgeschichtlichen Unterrichts Bahn und forderte Zeit für die

Biologie in den Oberklassen. Ein seit 1906 gebildeter Verein von Lehrern der Mathematik und Physik sorgt für wissenschaftliche Anregung und Vertretung der Standesinteressen. Eine kräftige, ebenfalls durch einen Verein gestützte Bewegung setzte ein, um dem Zeichenunterricht seine tiefe Bedeutung für die Ausbildung des ganzen Menschen zu sichern, und wer heute die österlichen Zeichenausstellungen unserer höheren Schulen in der Erinnerung mit denen vor 10 Jahren vergleicht, wird in freudiger Anerkennung zugestehen, daß hier überraschend schnell und sichtbar Wandlung geschaffen wurde. Es ist daneben ja nur eine äußerliche, aber doch auch ein bedeutsames Zeichen der Zeit, daß die einst schmucklos kalten Wände der Schulräume von anregenden Stichen belebt werden, die durch Linienführung und Farbenreiz wirken. Einen äußerlichen Ausdruck fanden diese Bestrebungen auch darin, daß seit 1910 in Sachsen die Zensuren für Zeichnen wie für Gesang und Turnen ins Reifezeugnis aufgenommen werden müssen, was bisher nicht allgemein der Fall war.

Die Förderung des neusprachlichen Unterrichts läßt sich die aus einem Lehrerverein hervorgewachsene Gesellschaft für neuere Philologie (1910: 144 Mitglieder) angelegen sein, die in den letzten Jahren wiederholt Gelegenheit verschaffte, musterhafte französische und englische Vortragszyklen in Dresden zu hören. Daß die Lehrer der neueren Sprachen von Zeit zu Zeit im Auslande ihre Anschauungen und ihre Sprachgewandtheit auffrischen, kann heutzutage als selbstverständliche Forderung gelten; auch die Stadt Dresden wendet alljährlich 1750 M zu Reifestipendien für diesen Zweck an. (Die Volksschullehrer werden für den französischen Unterricht in den Bürgerschulen durch städtische Kurse ausgebildet, wofür aus Mitteln der Schulgemeinde jährlich 2400 M bewilligt sind.)

In der Verwaltung der von der Stadt Dresden gegründeten höheren Schulen ist insofern eine Veränderung eingetreten, als seit 1907 dem ständigen gemischten Ausschuß, der aus fünf Ratsmitgliedern, sechs Stadtverordneten, dem Stadtschulrat, vier Leitern höherer Unterrichtsanstalten besteht, auch zwei ständige Lehrer dieser Schulen angehören.

Die Lehrergehälter wurden 1908 neu geregelt und werden seit 1. Januar 1909 für ständige wissenschaftlich gebildete Lehrer nach einer Staffel gewährt, die für verheiratete mit 3360 M (einschließlich Wohnungsgeld) beginnt und mit 7680 M nach 22 Jahren abschließt; bei unverheirateten sind die Beträge anfangs um 180 M, dann um 240 M geringer. Für Lehrerinnen, die die pädagogische oder die Oberlehrerinnenprüfung abgelegt haben, beginnt die Staffel mit 2680 M und schließt nach 16 Jahren mit 4540 M.

Die Gehalte der Direktoren steigen von 7680 *M* in dreijährigen Dienstaltersstufen bis auf 9780 *M*, während die Direktoren der Realschulen und höheren Töchterschulen von 7280 *M* bis 8880 *M* erhalten.

Das jährliche Schulgeld beträgt für Dresdner seit 1908 an den Gymnasien, Realgymnasien und der Oberrealschule 150 *M*, nur am Vitzthumschen Gymnasium 240 *M*, an der Realschule 132 *M*, von 1911 an 150 *M*, an der höheren Töchterschule 108 *M*.

Bedeutungsvoll in das Tagesleben der ganzen Bürgerschaft greift der Beginn des Unterrichts am Morgen ein. Noch vor 50 Jahren kam es vor, daß selbst im Winter die Schule um 7 Uhr begann. Oberbürgermeister Stübel trat noch für den 7 Uhr-Beginn aller Schulen im Sommer mit der Absicht ein, dadurch der Ausdehnung des städtischen Lebens in die Nachtstunden hinein entgegenzuwirken und der Mittagspause der Arbeit aller Stände förderlich zu sein. Jetzt halten, nachdem die Volksschulen bis 1900 für die drei wärmsten Sommermonate den 7 Uhr-Beginn sich erhalten hatten, nur noch die höheren Schulen am 7 Uhr-Beginn im Sommer fest, um den fünfstündigen Unterricht nicht in die Mittagshitze auszudehnen, aber die Entwicklung des städtischen Lebens scheint auch über diesen Rest Überlieferung hinwegschreiten zu wollen.

Große Wandlungen hat das neue Jahrhundert in Deutschland auf dem Gebiete der Frauenbildung und des Mädchenschulwesens ausgelöst. Die Schulverwaltung der Stadt ist den Strömungen mit Aufmerksamkeit gefolgt, ohne bisher einen entscheidenden Schritt unternommen zu haben. Daß, wie schon früher für Knaben fast ausschließlich, jetzt auch mehr und mehr für Mädchen höherer Stände die Ausbildung in öffentlichen Schulen gesucht wird, hatte bereits 1902 den Übergang einer Neustädter Privatschule in die Hände der Stadt herbeigeführt, so daß diese seitdem zwei höhere Töchterschulen unterhält. Sie hat außerdem in Aussicht genommen, die Dorotheenschule unter städtische Verwaltung zu stellen, und gewährt ihr zurzeit jährliche Unterstützungsbeiträge. Den mannigfachen Bestrebungen, die den Töchtern höherer Stände über die Volksschulzeit hinaus eine umfassendere Bildung sichern wollen, sei es eine eigenartige dem weiblichen Geschlecht angepasste, sei es eine der Schulung ihrer männlichen Altersgenossen gleichartige, also gymnasiale Ausbildung, hat die Stadt bisher nur dadurch Rechnung getragen, daß sie seit einigen Jahren Mädchen als Hospitantinnen in den Oberklassen des Wettiner und König-Georg-Gymnasiums zuläßt, und dadurch, daß sie zu den unter Mitwirkung der Lehrkräfte städtischer höherer Schulen stattfindenden Realgymnasialkursen der Privat-Mädchenschule von Fräulein Nolden jährlich 2000 *M* zuschießt. Eine dauernde Ordnung wird diese wichtige Frage voraussichtlich bald finden, da im letzten

Unterrichts- und Bildungswesen.

Landtag die Neuordnung des Mädchenschulwesens für Sachsen gesetzlich festgelegt worden ist.

Die Zahl der Schülerinnen in den höheren Töchterschulen hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt.

Von den vier S e m i n a r e n , die der Staat in unserer Stadt unterhält, drei Lehrer- und ein Lehrerinnenseminar, ist hier nur zu erwähnen, daß das älteste der sächsischen Seminare Ostern 1910 aus der Friedrichstadt nach seiner neuen Wirkungsstätte, einer stattlichen Gebäudegruppe in der Vorstadt Strehlen, übersiedelte.

V o l k s s c h u l w e s e n . Der breite, mächtige Unterbau deutscher Bildung, die Volksschule, stellt auch in Dresden große Anforderungen an die Steuerkraft der Gemeinde. 16 Bürger- und 42 Bezirksschulen, jene als höhere, diese als mittlere Volksschulen im Sinne des sächsischen Volksschulgesetzes organisiert, dazu für die katholische Bevölkerung eine Bürger- und 6 Bezirksschulen, bilden den Hauptstamm, neben dem noch einige Stifts- und Vereinsschulen stehen.

Am 1. Juni 1909 wurden in den Bürgerschulen 13 899, in den Bezirksschulen 60 849 Schüler unterrichtet; auf 1000 Einwohner kommen rund 25 Bürger- und 110 Bezirksschüler.

Einige Anhaltspunkte zum Vergleich des Zustandes und der Entwicklung unseres Schulwesens mit den Verhältnissen anderer deutscher Städte bieten folgende Übersichten, bei denen freilich zu beachten ist, daß die Schulgattungen, besonders die der gehobenen Volksschulen (Bürgerschulen, höhere Bürgerschulen) in den verschiedenen Städten nicht ganz gleichartig zusammengesetzt sind.

Lehrer $\frac{1900}{1907}$

| | Einwohner 1905 | Gym- nastien | Real- gymnastien, Ober- Real- schulen | Real- schulen | Höhere Schulen | Töchter- schulen | Zu- sammen | Ge- hobene Volkss- schulen | Ge- wöhn- liche Volkss- schulen | Zu- sammen |
|----------|-------------------|-----------------|---|------------------|-------------------|---------------------|---------------|-------------------------------------|---|---------------|
| Leipzig. | 503 637 | 112 | 33 | 169 | 335 | 193 | 528 | 108 | 1 628 | — |
| | | 145 | 35 | 189 | 418 | 212 | 630 | 164 | 1 743 | — |
| Breslau | 470 904 | 147 | 76 | 49 | 308 | 322 | 630 | 104 | 1 096 | 1 860 |
| | | 174 | 75 | 57 | 321 | 375 | 696 | 116 | 1 353 | 2 198 |
| München. | 538 983 | 199 | 25 | 82 | 331 | 61 | 392 | 259 | 1 299 | 1 950 |
| | | 225 | 40 | 115 | 380 | 97 | 477 | 353 | 1 884 | 2 714 |
| Köln. | 428 722 | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | | 119 | 84 | 21 | 233 | 269 | 502 | 76 | 1 111 | 1 702 |
| Dresden | 516 996 | 124 | 61 | 92 | 277 | 27 | 304 | 545 | 911 | 1 760 |
| | | 144 | 61 | 133 | 338 | 40 | 378 | 702 | 1 396 | 2 476 |

Unterrichts- und Bildungswesen.

Schüler $\frac{1900}{1907}$

| | Einwohner 1905 | Gym- nastien | Real- gymnasien, Ober- Real- schulen | Real- schulen | Höhere Schulen | Töchter- schulen | Zu- ammen | Ge- höbene Volks- schulen | Ge- wöhn- liche Volks- schulen | Zu- ammen |
|-----------|-------------------|-----------------|--|------------------|-------------------|---------------------|-----------------|------------------------------------|--|------------------|
| Leipzig. | 503 637 | 1 896 2 139 | 474 531 | 3 036 3 205 | 5 595 6 227 | 1 914 2 408 | 7 509 8 635 | 3 813 5 622 | 61 560 67 081 | — 81 879 |
| Breslau . | 470 904 | 2 494 2 863 | 1 096 1 297 | 1 165 1 404 | 5 018 5 904 | 3 321 4 222 | 8 339 10 126 | 2 096 3 166 | 49 724 60 675 | 61 347 73 967 |
| München . | 538 985 | 3 304 3 875 | 255 426 | 1 628 1 939 | 5 546 6 240 | 566 1 257 | 6 112 9 497 | 1 697 1 829 | 47 561 62 210 | 55 370 71 536 |
| Köln. | 428 722 | — 2 197 | — 1 532 | — 472 | — 4 201 | — 3 961 | — 8 162 | — 2 260 | — 55 950 | — 66 918 |
| Dresden . | 516 996 | 1 915 2 262 | 1 208 1 283 | 1 792 2 533 | 4 915 6 078 | 454 870 | 5 369 6 948 | 10 539 15 137 | 35 702 60 981 | 51 610 83 066 |

Die allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter in Sachsen führte auch zu einer Erhöhung der Ausgaben für die Dresdner Volksschulen. Die gesamten Ausgaben der evangelischen Schulgemeinde betragen 1898 noch 3,5, 1909 aber 7,4 Millionen Mark, damals 9, jetzt $13\frac{1}{2}$ Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Die Gehälter der Lehrkräfte allein beanspruchten 1898 einen Aufwand von 2,3, 1909 von 5 Millionen Mark. Das Schulgeld beträgt seit 1909 an den Bürgerschulen 5 M monatlich, an den Bezirksschulen 60 S monatlich.

Die Gehälter der ständigen Lehrer und Lehrerinnen werden seit 1. Januar 1909 durch eine Staffel bestimmt, die für verheiratete Lehrer mit 2200 M (einschließlich Wohnungsgeld) beginnt und nach 27 Jahren mit 4700 M schließt; bei unverheirateten sind die Beträge um 100 M geringer; bei Lehrerinnen beginnt die Staffel mit 2100 M und endet nach 15 Jahren mit 3400 M.

Nadelarbeitslehrerinnen erhalten entweder Vergütung nach Wochenstunden oder, wenn sie mehr als 24 Unterrichtsstunden wöchentlich erteilen, ein Gehalt, das in dreijährigen Dienstaltersstufen von 1300 M bis 2000 M wächst; eine Aufbesserung dieses Gehaltes steht bevor.

Die Gehälter der Direktoren steigen von 4800 M in dreijährigen Dienstaltersstufen bis auf 6800 M.

Ist auch der Rahmen für den Unterricht an der Volksschule durch das Volksschulgesetz bestimmt, so dringen doch stetig neue Bestrebungen in ihn ein und fordern immer lauter ihr Recht. Seit Jahrzehnten führt eine stetige Bewegung zu immer wachsender Aufmerksamkeit auf die körperliche Schonung

und Ausbildung der Jugend; mit den paar Turnstunden und einigen Bewegungsspielen ist es nicht getan, regelmäßige Unterbrechung des Unterrichts durch körperliche Bewegung, womöglich Bewegung in freier Luft, Gelegenheit zum Baden und Schwimmen, zum Schlittschuhlaufen, zu Wanderungen in der Ferienzeit, zu Bädern in der Schule tritt hinzu und kann den Kindern der ärmeren Bevölkerung nur durch Bereitstellung öffentlicher Mittel zugänglich gemacht werden. Dazu kommt, daß den Ärmern im Winter Suppe und Gemüse mit Fleisch durch mehrere wohlthätige Vereine mit städtischer Unterstützung verabreicht wird.

Für schwachsinige und völlig schwach befähigte Kinder bestehen zwei städtische Hilfsschulen mit einer dreistufigen Fortbildungsschule für Schwachsinige, auch sind einigen Schulen Hilfsschulklassen angegliedert.

Für besonderen Handfertigkeitunterricht der Knaben sorgen mit einem Aufwande der Schulgemeinde von (1909) 2150 *M* außer wahlfreien Kursen an einigen Volksschulen acht vom Gemeinnützigen Verein ins Leben gerufene Schülerwerkstätten. Daneben tritt für die Mädchen in den Bezirksschulen seit 1898 die Einrichtung eines besonderen Haushaltungs- und Kochunterrichtes, für den in 11 Schulen Lehrküchen eingerichtet wurden. Über 30 000 *M* verwendet Dresden jährlich für die Kochschulen. In einer Koch- und Haushaltungsschule für schulentlassene Mädchen einfacher Stände gewährt die Stadt jährlich 70 Mädchen unentgeltlichen Unterricht.

Um die Lehrkräfte für solchen Haushaltungsunterricht zu gewinnen, hat seit 1903 die Innere Mission ein Seminar in Gruna eingerichtet, das Mädchen, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, in einjährigem Kursus ausbildet.

1888 wurde in Dresden der erste Schulgarten angelegt, 1903 bestanden an den Volksschulen schon 42 Schulgärten, die zusammen über 1 Hektar bedeckten. Der Lehrerverein für Naturkunde hat die Anlage und Pflege dieser Gärten, die selbstverständlich in den inneren Teilen der Stadt ein schwieriges Dasein führen, angelegentlich gefördert.

Die Mühen, die sich in der wachsenden Großstadt allgemein der Beschaffung von Anschauungsmitteln für heimatkundlichen und naturwissenschaftlichen Unterricht entgegenstellen, erleichtert mit schönem Erfolg das heimatkundliche Schulmuseum, das seit 1905 der Dresdner Lehrerverein mit städtischer Hilfe unterhält. Die von den Schulen fleißig besuchten Sonderausstellungen, die dort stattfanden — über den Elbstrom, über die Dresdner Heide, über geologische und urgeschichtliche Ergebnisse der Heimatkunde, über den Erzbergbau Sachsens, über die Kohlen der Heimat —, gaben bereitetes Zeugnis von der pädagogischen Umsicht ihrer Veranstalter wie von den mannigfachen naturwissenschaftlichen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, die

sie beherrschen; der schönste Ruhm dieser Erfolge ist aber, daß sie aus eigener Kraft der Lehrer hervorgegangen sind, die sich seit fast zwei Jahrzehnten besonders im Lehrerverein für Naturkunde (1910: 625 Mitglieder) zu dieser Aufgabe gerüstet haben.

Unter den neuen Anregungen, die an die Volksschule herantreten, dürften bürgerliche Kreise besonders die auf Einführung des U n t e r r i c h t s i n B ü r g e r k u n d e gerichteten Bestrebungen interessieren. Allen Bürgern eine Einsicht in die wirtschaftlichen Bedingungen und die rechtlichen Regelungen unseres öffentlichen Lebens zu verschaffen, das ist in der Tat für die Festigung vaterländischen Sinnes gegenüber zersetzenden Strömungen von hoher Bedeutung ebenso in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht, wie in der Selbstverwaltung der Gemeinde. So wird denn in allen Schulen beim Geschichtsunterricht, in den höheren Schulen zum Teil in Anlehnung an ein besonderes Lehrbuch, das Verständnis für die gegenwärtigen Einrichtungen des Staats und der Gemeinden gefördert.

Ein hervorragendes öffentliches Interesse beansprucht der seit Jahren von den Lehrern der Volks- und der höheren Schulen geführte K a m p f g e g e n d i e S c h u n d l i t e r a t u r und ihre Reklame. Wie seit langem eine Jugendschriften-Kommission des Pädagogischen Vereins die Weihnachtseinkäufe zu beeinflussen sucht, so hat auch der Jugendschriftenausschuß der Vereinigung von Lehrern an höheren Schulen 1909 ein Verzeichnis guter Schriften veröffentlicht; in den letzten Jahren fanden Weihnachtsausstellungen guter Jugendschriften statt. Dem eigentlichen Krebschaden der aufreizenden Groschenlektüre suchen in Preis und Ausstattung sich diesem Niveau anpassende Ausgaben guter Erzählungen beizufügen.

So lebhaft alle diese Bewegungen das Leben der Schule beeinflusst haben, zu scharfen Auseinandersetzungen, die auch weitere Kreise erregten, ist es doch nur in Sachen des R e l i g i o n s u n t e r r i c h t s und der geistlichen Schulaufsicht gekommen. Der sächsische Lehrerverein hat 1909 mit den Zwickauer Thesen eine Stellung zur religiösen Ausbildung in der Volksschule genommen, die lebhaft bekämpft wird. Nicht nur in den Verhandlungen verschiedener Vereine, sondern auch in öffentlichen Versammlungen und literarischen Veröffentlichungen kam es zu erregten Fehden. Ein Evangelischer Schulverein wendete sich mit einem sogenannten Roten Katechismus gegen die Vorschläge des sächsischen Lehrervereins, die Vereine verschiedener kirchlicher Richtungen nahmen Stellung für und wider, der Keplerbund beförderte, der Monistenbund unterstützte die Absichten der Zwickauer Thesen. So sehr es zu begrüßen ist, daß in Sachsen reger Sinn für Luthers Tat und für die evangelische Kirche lebendig ist, vom pädagogischen Standpunkt wäre zu beklagen, wenn in der Hitze des Kampfes die ursprüng-

liche, rein schultechnische Frage zur Seite geschoben würde und unerledigt bliebe, die Frage, was soll bereits von der Schule und nicht erst unmittelbar vor der Konfirmation von der Kirche überliefert werden, und vor allem die Frage, was soll von den Kindern auswendig gelernt werden. Daß diese Fragen niemand besser als der Lehrer beurteilen kann, sollte doch ernstlich nicht bestritten werden.

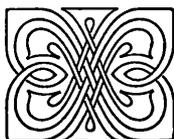
Mehrfach hat das Ehrliche Gestift die Aufmerksamkeit der Schulverwaltung auf sich gelenkt. Nachdem es im Jahre 1894 seine alte Stätte verlassen und am Stübelpfad in bevorzugter Lage Schule und Kirche erstanden waren, gibt es seinen Schülern eine über das Maß der Dresdner Bürgerschulen gehobene Schulbildung, indem es englischen und lateinischen Unterricht bietet, sowie Selekten für zwei Jahrgänge aufgesetzt hat.

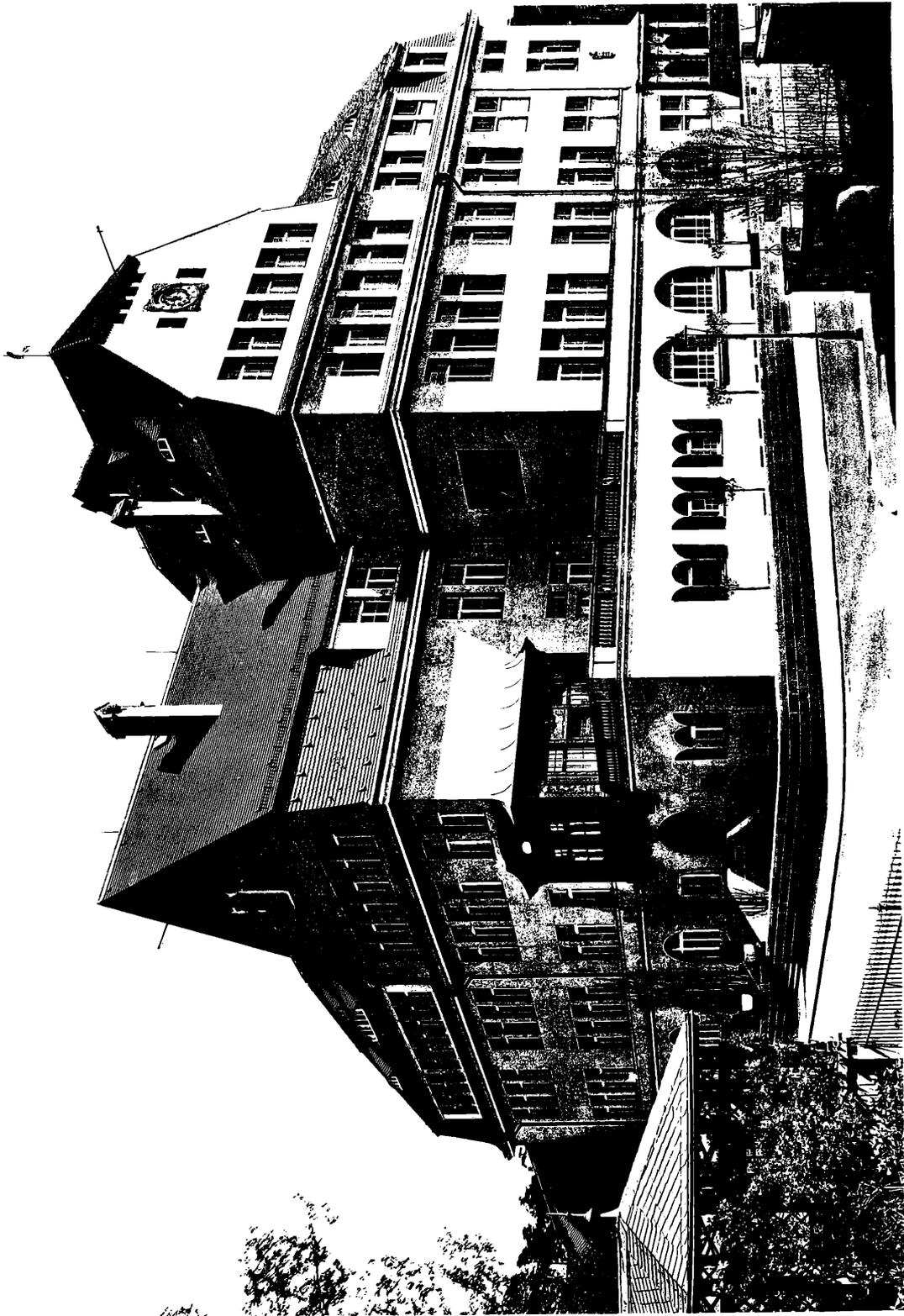
Einer tiefer gehenden organischen Umgestaltung unterlag 1909 das Dresdner Fach- und Fortbildungswesen. Das sächsische Gesetz von 1880 hatte die obligatorische Fortbildungsschule zunächst zur Ergänzung der in der Volksschule gewonnenen allgemeinen Ausbildung eingeführt. In Dresden wurde 1894 begonnen, die Fortbildungsschule in Fachklassen zu trennen, so daß eine fachliche Vorbildung, verschieden für die verschiedenen Berufe, neben der allgemeinen Hebung und Befestigung des schulmäßigen Wissens erreicht werden konnte. Stadtschulrat Lyon ist es zu verdanken, daß 1909 die neuen städtischen Fach- und Fortbildungsschulen eröffnet werden konnten, die nun neben zahlreichen Innungs- und Vereinsfachschulen für die Weiterbildung sorgen. Nicht mehr wie früher bei den meisten derartigen Schulen ist die Schularbeit für Lehrer und Schüler nur ein Anhängsel an das Tagewerk: Vielmehr sind die Lehrer zumeist ständig an der Schule angestellt und die Schüler besuchen sie tagsüber in der Zeit von früh 7 bis abends 7 Uhr in der Regel 6 Stunden wöchentlich. In Übereinstimmung mit den beteiligten gewerblichen Kreisen haben wir nicht das Münchner System der Lehrwerkstätte in der Schule eingeführt, in Dresden soll der Lehrling in der Werkstätte des Meisters lernen und in der Schule nur finden, was die Werkstätte nicht zu bieten vermag. Jede der bestehenden fünf Fach- und Fortbildungsschulen wird von einem Direktor geleitet und zerfällt in sechs Abteilungen, für gewerbliche Berufe mit Fachzeichnen, für solche ohne Fachzeichnen, für Kaufleute, für Bureaubeamte, für ungelernte Arbeiter und für Schwachbefähigte. Der Unterricht erstreckt sich außer auf die den besonderen Beruf betreffenden Kenntnisse und Fertigkeiten auch auf das Lesen guter Dichtungen, die Geschichte großer Männer, auch aus dem industriellen Leben, sowie auf Bürgerkunde, volkswirtschaftliche Gegenstände und Gesundheitslehre. Die Lehrergehälter sind je nach dem Dienstalter um 200 bis 400 M. höher als die der städtischen Volksschullehrer.

Unterrichts- und Bildungswesen.

Der Fortbildung junger Handwerker dient außerdem die seit 1901 in eigenem Gebäude wirkende städtische *Gewerbeschule*, die seit 1906 auch eine Schülerinnenabteilung in städtischer Verwaltung umfaßt. Neben den Tagesabteilungen für Schüler und für Schülerinnen besteht eine Abend- und Sonntagsabteilung für Schüler, sowie eine Abendabteilung und eine Handelsschule für Schülerinnen. Die Schule hat zurzeit 1420 Schüler und 449 Schülerinnen. Das Gehalt der Lehrer steigt von 2400 *M* in dreijährigen Altersstufen bis auf 5300 *M*, bei akademischer oder höherer technischer und künstlerischer Bildung von 3400 *M* bis auf 6500 *M*.

Georg Helm.

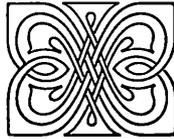


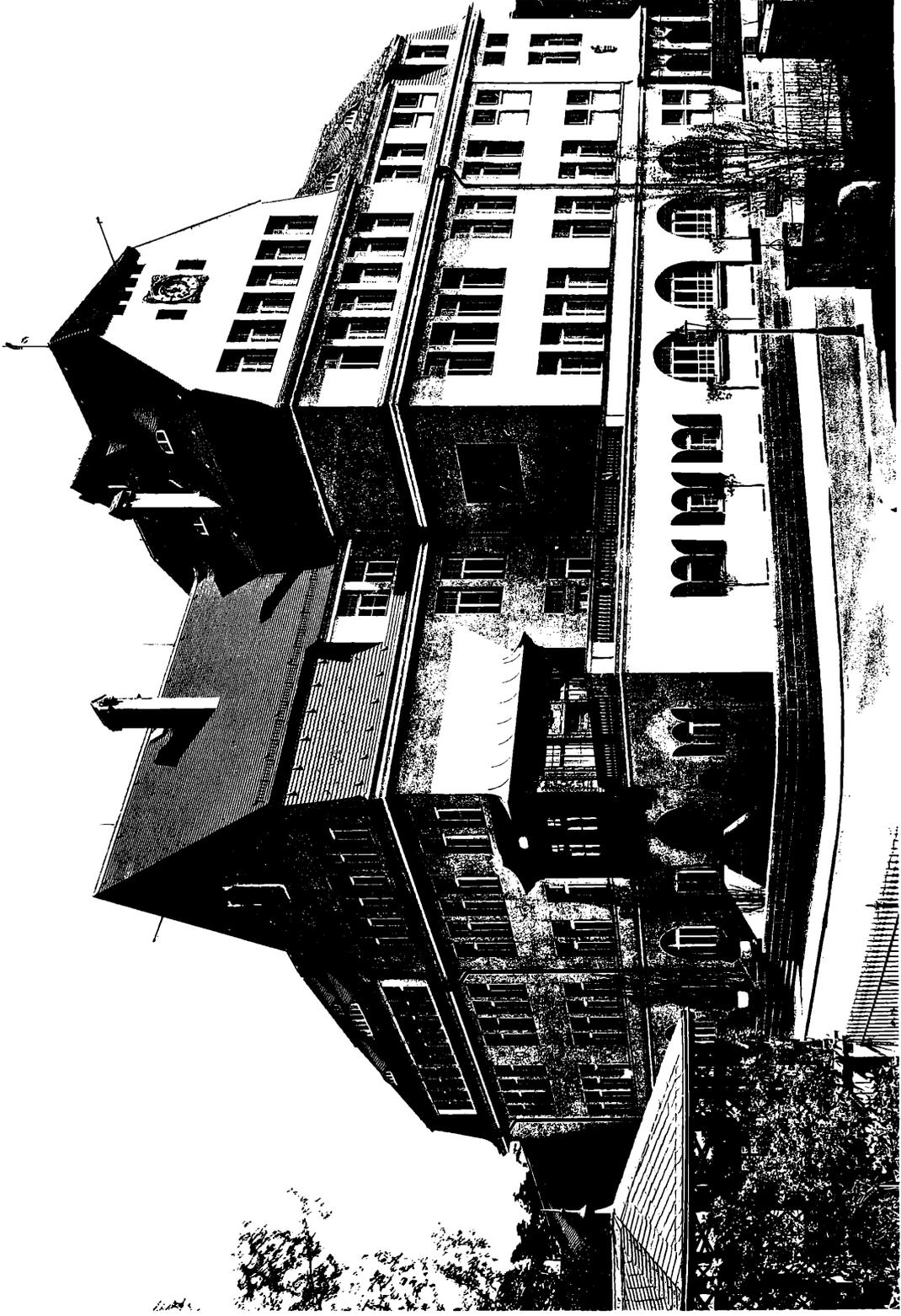


32. Bezirksschule in Vorstadt Gruna

Der Fortbildung junger Handwerker dient außerdem die seit 1901 in eigenem Gebäude wirkende städtische *Gewerbeschule*, die seit 1906 auch eine Schülerinnenabteilung in städtischer Verwaltung umfaßt. Neben den Tagesabteilungen für Schüler und für Schülerinnen besteht eine Abend- und Sonntagsabteilung für Schüler, sowie eine Abendabteilung und eine Handelsschule für Schülerinnen. Die Schule hat zurzeit 1420 Schüler und 449 Schülerinnen. Das Gehalt der Lehrer steigt von 2400 *M* in dreijährigen Altersstufen bis auf 5300 *M*, bei akademischer oder höherer technischer und künstlerischer Bildung von 3400 *M* bis auf 6500 *M*.

Georg Helm.





32. Bezirksschule in Vorstadt Gruna

XI.

Bildende Kunst.

Die öffentliche Kunstpflege in Dresden stand unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse. Namentlich der Staat hatte bei der Verwaltung der Museen mit seiner „Finanzlage“ zu rechnen, und er tat dies in ausgiebigstem Maße. „Da der Skulpturensammlung“, sagt der offizielle Bericht für 1906, „durch die Finanzlage immer noch Beschränkungen auferlegt waren, so haben sich deren eigene Anschaffungen wenig umfangreich gestaltet.“ „Die eigenen Erwerbungen der Sammlung an Originalen“, heißt es 1907, „haben auch in diesem Jahre nur sehr bescheiden sein können.“ „Wenn man die Bedeutung eines Jahresabschnittes für die Entwicklung einer Kunstsammlung“, sagt der Bericht von 1906/07, „lediglich nach den Mitteln für Ankäufe, die ihr zur Verfügung gestanden, bemessen wollte, so hätte das verfloßene Jahr zu den belanglosesten der Geschichte der Königlichen Galerie gehört. Aus Staatsmitteln stand ihr nur eine so geringe Summe zur Verfügung, daß von der Anschaffung allgemein begehrter dem Weltmarke angehörender Werke von vornherein abgesehen werden mußte.“ Ähnliche Klagen wiederholen sich vielfach.

Dazu kamen Veränderungen im Personenstand der Museen. Koetschau verließ Dresden, um über Weimar nach Berlin an hervorragende Stelle zu gehen, Lehms, der hochverdiente Leiter des Kupferstichkabinetts, siedelte für einige Jahre an das entsprechende Berliner Institut über, Treu legte sein Lehramt an den Dresdner Kunstanstalten nieder, Woermann trat in den Ruhestand. Überall erwartete man nun eine tiefgreifende Neuorganisation der Museen, Anregungen für eine bessere Zeit, Vorbereitungen für Neubauten und Neuordnungen der Sammlungen. Die so gerichteten Hoffnungen fanden nur in bescheidenem Maße Erfüllung. Nach wie vor leiden die Dresdner Sammlungen Mangel an Raum und Mangel an planmäßiger Gesamtorganisation.

Trotz des Ausfalles an Mitteln haben sie allerlei Bereicherungen erfahren: Skulpturensammlung und Gemäldegalerie unter der Leitung der ausgezeichneten Direktoren Karl Woermann und Georg Treu, die beide unter herzlichster Teilnahme aller sächsischen Kunstfreunde 1907 ihr 25jähriges

Dienstjubiläum feierten. Es ziemt sich also wohl ein Wort über ihr Wirken. Treu hat das Skulpturenmuseum in einen ganz neuen Stand erhoben. Als Vertreter der klassischen Archäologie hatte er bald gelernt, mit feinem Gefühl die jüngste Kunst zu würdigen, und hat als Kenner der gesamten Skulptur durch die lange Zeit seiner Wirksamkeit an der Spitze der Entwicklung seinen Platz gesucht. Das mächtige Aufblühen der belgischen Bildnererei mit Meunier an der Spitze hat er in seiner Größe früher erkannt als die Belgier selbst: Meunier hat mir selbst davon erzählt. Rodins Bedeutung erkannt zu haben, ist nicht minder sein Verdienst. Einst zieh man ihn um seiner Begeisterung für diese Meister willen der Fremdländerei. Kam es doch zu einer ziemlich erregten Aussprache dadurch, daß die sächsischen Bildhauer sich benachteiligt und zurückgesetzt sahen. Die Folge war die Bewilligung von 20 000 M jährlich durch den Staat zur Pflege der Kabinetts- und Kleinpplastik (1905). Die Wettbewerbe, die nun für in Sachsen lebende oder staatsangehörige Bildner ausgeschrieben wurden, haben in hohem Grade befruchtend gewirkt. Nicht nur in den Häusern begüterter Bürger, sondern namentlich auch in den öffentlichen Bauten begegnet man jetzt schon häufig einzelnen Schmuckwerken, die lediglich um ihrer Kunst willen aufgestellt der Lehre dienen, daß das Schöne auch in dem dem Tagesdienste gewidmeten Raume seine Heimatstätte haben kann und haben soll. Die zahlreichen Arbeiten für öffentliche Bauten, so diejenigen für das Rathaus, das Landgerichtsgebäude am Münchner Platz, für die Königin-Carola-Brücke und viele andere mehr beschäftigten unsere Bildhauer ebenso wie die Wettbewerbe für das Mozartdenkmal, das ein Musikverein errichten ließ, das Schillerdenkmal und das König-Georg-Denkmal.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, den Wert der einzelnen Arbeiten abzuwägen. Wohl aber erkennt man einen allgemeinen Wandel im Schaffen, der den Zeitverhältnissen entspricht.

Die alten Großmeister der Dresdner Bildnerschule sind dahin gegangen, zuletzt Johannes Schilling. Mit ihnen endete auch ihre Zeit, die Führung fiel naturgemäß einem jüngeren Geschlechte zu: In Robert Diez verehrt heute Dresden seinen Altmeister. Die jüngste Arbeit, die ihm zufiel, der Schmuck der elbseitigen Fassade des Albertinums mit einer Reihe mächtiger Bronzereliefs, war leider durch die an unruhigen Teilungen allzureiche Architektur dieser Fassade sehr erschwert. Aber die anmutreiche Hand des Bildners überwand glücklich die mißliche Aufgabe.

Man sah sonst in Dresden ein Schwanken zwischen zwei Richtungen, die auch in den übrigen Künsten sich geltend machen: Die ältere ruht auf der Formgebung der Hochrenaissance, wie sie in Giovanni da Bologna ihren Gipfel erreicht und zu Bernini sich fortentwickelt, zu dem allzulang blind Geschmähten. Ziel war, den Gestalten das höchste Leben, deren Kontur

den wichtigsten Schwung zu geben, die Bewegung in den Gelenken und Muskeln aufs sorgfältigste zu beobachten und mit raschem Blick die augenblickliche leidenschaftliche Erregung festzuhalten. Reiches Beiwerk, vielgestalteter Schmuck waren beliebt, das Streben ging auf vielfache Gliederung des Umrisses, auf passende Wirkung. Aber wenn man Eplers Zwei Mütter, Offermanns Flußgötter auf der Carolabrücke, Prells Skulpturen im Treppenhause des Albertinums, Hofäus' Mozartdenkmal nacheinander betrachtet, so wird man finden, daß die klare Umgrenzung der Einzelgestalt, der schlichtere Aufbau immer stärkeren Einfluß gewinnt.

Es ist Adolf Hildebrands Verdienst, die Forderung größter Ruhe in den Massen für die Bildnerei aufgestellt zu haben. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist das Hauptziel neuerer Bestrebungen. Wenn Urba in seinem König-Georg-Denkmal den Fürsten zunächst nackt und in einer nicht porträtmäßigen, sondern verallgemeinerten Form darstellen wollte und wenn er darin vielfachen Widerspruch fand, so hat das seinen Grund in der nicht zu erwartenden raschen Eingewöhnung der Kunstfreunde in die veränderte Auffassung der Plastik. Es vollzieht sich derselbe Vorgang, der das 18. Jahrhundert so interessant macht: Nach manchem Überstrangschlagen im Streben nach Formenreichtum ein entschieden gewolltes Verzichtleisten auf diesen, ein Sammeln zu stiller Einfachheit, zu geschlossenem Umriss.

Den Mittler zwischen neuen Anregungen und dem naturgemäßen Widerstand der großen Menge gegen diese bildete, ebenso wie in der Bildnerei Treu, so in der Malerei Woermann. Unvergessen seien ihm die Anregungen, die er durch die Cranach- und Ludwig-Richter-Ausstellungen bot. Im allgemeinen hat ja die Malerei Dresdens in den letzten Jahren weniger ihr Antlitz verändert als die Bildnerei. Eine alte Schule gab es schon längst nicht mehr, seit den Zeiten eines Hübner und der Nachfolger Schnorrs. Im Gegenteil, man beginnt diese bereits historisch zu betrachten und wenigstens in ihren Anfangsstadien beifällig zu würdigen. Sieht man die Reihe der Neuerwerbungen der Galerie durch, so begegnet man einer Mehrzahl von Namen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Jos. Ant. Koch, Ant. Graff, Ludw. Richter, Waldmüller, G. v. Kügelgen, C. D. Friedrich; dazu die durch das Vertiefen in die Kunstentwicklung jener Zeit gewissermaßen neu Entdeckten: v. Rayski, Kersting, Karl Schuch und andere; sowie die um die Mitte des Jahrhunderts Blühenden: Adolf Menzel, Sonne, Gussow; aber auch Th. Couture und in einem Hauptbilde G. Courbet, der einst so arg Verlästerte. So ist denn ein freilich sehr bescheidener Anfang damit gemacht, das, was das 18. Jahrhundert aus der Galerie herausgebildet hatte, nämlich eine Stätte für alle Arten damals gefeierter Malerei, für das 19. Jahrhundert nachzutragen, das in arger Einseitigkeit sich gegen die eigentlich förderlichen Strömungen der Kunst verschloß. Es ist der Galerie-

Kommission oft nicht leicht gemacht worden, ihre bessere Erkenntnis gegen den „Geschmack“ der Geschmacksarmen durchzukämpfen.

Durch die privaten Kunstsalons und namentlich durch die großen *Ausstellungen* war Dresden nach langem Stillstande einer neuen Auffassung zugeführt worden. Dafür wird unsere Stadt Gotthardt Kuehl dauernd Dank schulden. Er hat entschiedene Mittel anwenden müssen, hat sich manchen Haß zugezogen, um sich durch die Unzulänglichkeiten den Weg zu bahnen, die in Dresden so leicht die Oberhand gewinnen. Die Ausstellungen verschwinden und selbst im Gedächtnis bleibt von ihnen nicht allzuviel haften. Aber ihre Wirkung bleibt, und zwar ist die den Massen unbewußt bleibende stille Wirkung wichtiger als der äußere Erfolg. Schon das in geschlossener Aufstellung zu sehen, was ernstern Künstlern als ernste Kunst erscheint, wirkt mächtig erzieherisch selbst auf die, die in endlosem Schimpfen ihre Rückständigkeit beurkunden zu müssen glauben.

1903 fand eine kleine sächsische Ausstellung im Gebäude auf der Brühl'schen Terrasse statt: An sich schon ein sonderbares Zusammenspiel. Das Gebäude in jener ruhmredigen Kunst der 1880er und 1890er Jahre, unzweckmäßig und unwirlich: Die neue Kunst neben der Ludwig Richters in unauffällige Einbauten aufgestellt, die den Bildern sich unterordnen sollten. Einst meinte man der Würde der Kunst zu dienen, indem man ihr „monumentale“ Säle anwies: Jetzt diente man ihr, indem man alles vermied, was das Auge von ihr ablenken könne.

Darin lag die Lehre der vorhergehenden wie der folgenden großen Kunstausstellungen 1904 und 1908. Beide waren bemüht, und das sprach Kuehl programmatisch aus, nachzuweisen, daß die neue Kunst nicht traditionslos, sondern eine selbständige Äußerung und ein folgerichtiges Glied in der Gesamtentwicklung sei. Sie taten das durch die Anfügung rückblickender Abteilungen in der ersten der Malerei des 19. Jahrhunderts und der Empirekunst, in der zweiten der „Kunst und Kultur unter den sächsischen Kurfürsten“. Man wagte also, das Neue mit ausgewähltem Alten in Vergleich zu stellen, und hat hierin Flug gehandelt, wenn auch manche Kunstbestrebungen dabei verloren gingen, die einst besonders hoch gehalten wurden.

Es fehlte z. B. in den sonst besonders für diese bestimmten Ehrensälen die „große Historie“, d. h. jene umfangreichen Bilder, die eine gegebene Wandfläche mit Darstellungen eines geschichtlich oder geschichtsphilosophisch bedeutsamen Gegenstandes anfüllen. Einst sah der Staat seine mäzenatische Aufgabe darin, recht viele und recht große Wände auf diese Weise mit „hoher“ Kunst bemalen zu lassen. Man hat mehr und mehr das dienende Wesen auch der *Wandmalerei* erkannt: Sie ist ein Teil der Raumbildung und steht der Architektur nahe. Keiner hat das besser erkannt als Gußmann, dem das schmückende Element in seinem Schaffen über dem

sachlich ausdrückenden steht. In der großen Zahl seiner Entwürfe und Ausführungen ist ebenso sehr der Sinn für Einheitlichkeit des Bildwerkes mit der Gesamtraumwirkung wie die Einfachheit der malerischen Mittel zu beachten. Es gibt nicht eben viele in Deutschland, die gleich ihm das so gesteckte Ziel erreichten. Man vergleiche damit beispielsweise Prells Malereien im Treppenhaufe des Albertinums. Ich rede hier nicht vom absoluten Wert als Kunstwerk, wohl aber vom Dekorativen als Raumschmuck, wenn ich die Meinung ausspreche: Prells Bilder könnten ebenso gut auf einer Staffelei stehen, Gufmanns Arbeiten sind nur dann recht zu würdigen, wenn sie an dem Ort sich befinden, für den sie bestimmt sind. Wo der höhere Wert liegt, das mag jeder für sich entscheiden.

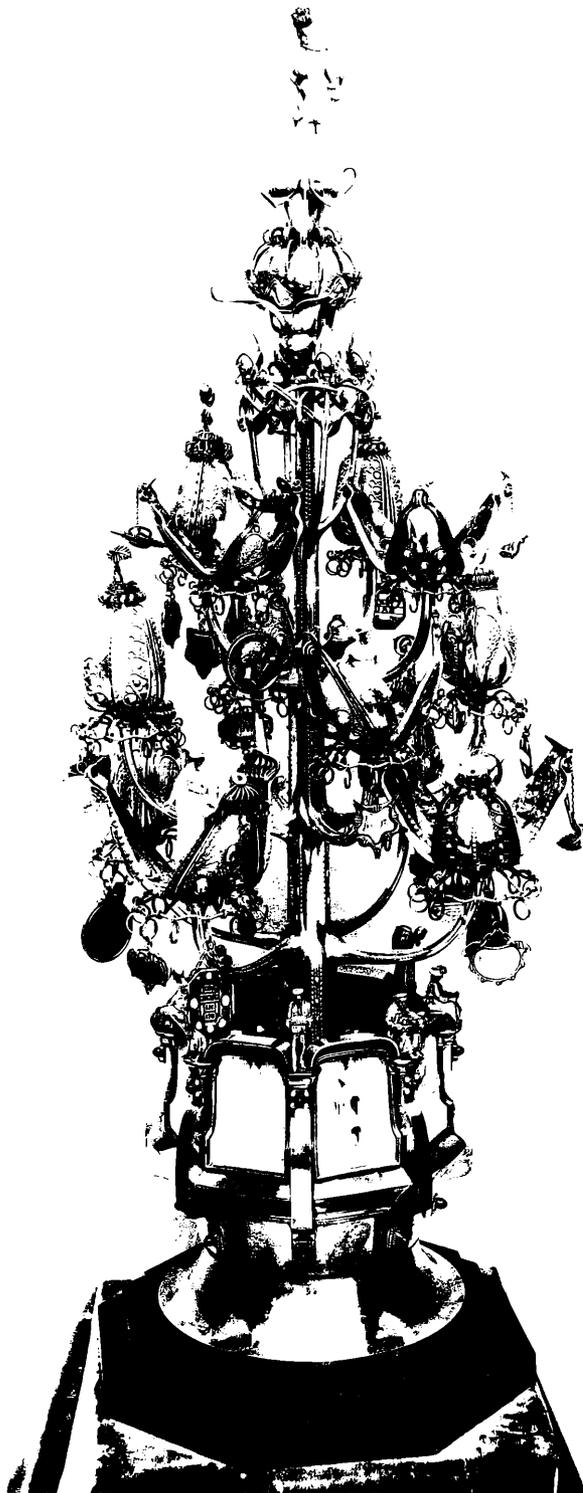
Aber die Historienmalerei ist nicht allein im Absterben. Einst waren im Adreßbuch die Maler so geordnet: Genre-, Schlachten-, Landschafts-, Architektur- usw. Maler. Jeder hatte sein Gebiet und innerhalb dieses seine Gesetze und Regeln. Heute bemühen sich fast alle, zum großen Gebiet der Naturmaler zu gehören. Dabei erweist sich die Natur reich genug, um vielen „Richtungen“ in ihrer Darstellung Raum zu geben. Im Grunde kann man wohl sagen, daß jeder seine eigene Richtung habe; wenigstens erscheint es dem sorgfältigen zeitgenössischen Beobachter so. Zwischen der Kunst von Kuehl und Bracht, Zwintscher und Bantzer, Schindler und Müller, Sterl und Hegenbarth, um nur die Lehrer an der Akademie zu nennen, sind so tiefgehende Unterschiede, daß man wohl glauben kann, auch spätere Zeiten werden sie aus dem notwendig Gemeinsamen herauskennen. Schon die Vielseitigkeit der Ausdrucksmittel bürgt dafür. Welchen Wandel haben nicht die r e p r o d u z i e r e n d e n K ü n s t e erfahren! Wer fürchtete, die Photographie in ihren feineren Verfahren werde die Zeichnung völlig verdrängen, muß am Aufblühen der Radierung und verwandter Techniken seine helle Freude haben. Auch hierin hat Dresden regen Anteil genommen, sowohl durch seine Künstler als dadurch, daß es half, die Nation zur Aufnahmefähigkeit zu erziehen.

Die Leistungen des Kunstwart und des Dürerbundes dürfen nicht vergessen werden, wenn man von Dresdens Anteil am nationalen Kunstleben spricht. Der unermüdlchen belehrenden Arbeit von Ferd. Avenarius und Paul Schumann steht die starke Betätigung der volkskünstlerischen Vereine zur Seite. Es helfen da nicht große durchschlagende Maßnahmen, sondern nur eine nie aussetzende Kleinarbeit, die selbst an den bescheidensten Dingen Anteil nimmt. Der erste Tag für Kunsterziehung fand 1901 in Dresden statt, der Dresdner Tag für Denkmalpflege 1900 wurde der Vorläufer einer langen Reihe von gleichen immer tiefer in das Kunstleben eingreifenden Veranstaltungen, der zweite Tag für protestantischen Kirchenbau 1906 übertraf den ein Jahrzehnt zurückliegenden Berliner an eingreifender Bedeutung,

die dritte deutsche Kunstgewerbeausstellung 1906 wurde zu einer Beurkundung der zur Reife gelangten neuen nationalen Kunst, die Gartenstadtbewegung fand in der Gründung von Hellerau hier zuerst Boden und in zahlreichen Veranstaltungen kam das ernste Bestreben zur Geltung, die Geschmacksverfeinerung in die Tiefen des Volkes zu tragen: Der Ausstellung von Volkskunst 1906, die Oskar Seyffert veranstaltete, standen solche für das Haus des Arbeiters von heute zur Seite. Die Internationale Photographische Ausstellung 1909 wies auf, was ein mechanisches Verfahren an künstlerischen Tun in sich bergen könne. Einst fürchtete man, die realistisch werdende Kunst werde in der Photographie, als der realistischsten Darstellung, untergehen: Heute sucht die Photographie mit feinen Mitteln Kunst zu werden, bildmäßig zu schaffen, die Überlegenheit der Menschenhand über die Maschine dankbar anerkennend.

In der K ü n s t l e r s c h a f t selbst regte es sich kräftig. Eine wahre Leidensgeschichte ist die des Baues eines Künstlerhauses für die älteste Vereinigung, der Dresdner Kunstgenossenschaft. Aber dieser Rahmen, einst zum mindesten der gefellige Mittelpunkt der schaffenden Kräfte, in dem auch den Kunstfreunden ein reiches Betätigungsfeld geboten war, faßt zurzeit nicht mehr in alter Weise die Gemeinschaft zusammen. Es entstanden besondere Genossenschaften, die zum Teil als „Sezessionen“ nach dem Vorbild anderer Städte die rein künstlerischen Ziele stärker betonten. So die Malervereinigung der „Elbier“ und die aus Künstlern aller Art gebildete „Zunft“, die neuerdings vereint, im Leben der Stadt eine nicht unwesentliche Rolle spielten. In den von der „Zunft“ herausgegebenen „Dresdner Künstlerheften“ spiegelt sich in starkem Schaffensdrang und in frischer Auffassung wieder, daß Dresden aufs neue in die Reihe der führenden Städte Deutschlands eintrat. Ebenso haben die Bildhauer sich zu einer Vertretung ihrer Interessen zusammengefunden und hat sich neben dem Dresdner Architektenverein und dem Sächsischen Ingenieur- und Architektenverein in der Dresdner Ortsgruppe des „Bundes Deutscher Architekten“ (BDA) eine Genossenschaft gebildet, die den Zweck hat, eine reinliche Scheidung zwischen entwerfenden und bauleitenden Künstlern und dem Bauunternehmertum herbeizuführen. Bei Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen standen sich die Parteien oft in scharfem Widerspruch gegenüber, ein Umstand, der für das künstlerische Leben Dresdens zwar mancherlei Nachteil, wohl aber auch manche Anregung zu frischem Fortschritt bot.

Nicht minder standen sich im K u n s t g e w e r b e Menschen und Ansichten gegenüber. Der Kunstgewerbeverein und die aus der Kunstgewerbeausstellung 1906 hervorgegangene Landesstelle für Kunstgewerbe behielten auch hier in ihrem Bestreben für „Qualität“ in der Arbeit der Hand wie der Maschine zu sorgen, die Leitung in der Hand. Karl Berling hat in der Neu-



Tafelaufsatz von Karl Gross
Rathausgeschenk der Dr. Gützschen Stiftung

aufstellung des Kunstgewerbemuseums, bei der geschicht in die technisch=historische Ordnung innerhalb der einzelnen Fachgebiete Gesamtbilder des Schaffens bestimmter Zeiten in gefondertem stimmungsvollen Raume eingefügt wurden, der Betrachtung anregende Unterlagen geboten. Nicht minder tat dies Oskar Seyffert durch die Sammlung für Sächsische Volkskunst, die leider infolge Raummangels ihren reichen Besitz nicht zeigen konnte. Für die Denkmalspflege beginnt das von Robert Bruck eingerichtete Denkmalarchiv eine wertvolle Stütze zu bieten; so daß allseitig die Gelegenheit zu kunstgeschichtlichem Studium erneute Anregung fand. Das der Technischen Hochschule verliehene Recht der Doktorpromotion gab vielen jungen Architekten den Anlaß, sich diesem in einem bisher nicht geübten Umfange zu widmen, während der Königlich Sächsische Altertumsverein und der Verein für Geschichte Dresdens in alter Weise ihre Kräfte für dieses einsetzten. Eine Reihe wertvoller Publikationen geben hiervon Zeugnis.

Im Leben der Kunst und besonders in dem einer einzelnen Stadt bietet ein so kurzer Zeitraum, wie der in diesem Berichte zu behandelnde, nicht starke, deutlich erkennbare Wandelungen. Das Urteil schwankt über das, was die Zeitgenossen schaffen; alte Anschauungen streiten oft hart mit dem Hinstreben auf neue Ziele. Wie eine aus geschichtlicher Ferne das Schaffen von heute betrachtende Zukunft sich zu diesem stellen werde, dies ergründen zu wollen, wäre ein vergebliches Bemühen. Aber die im Kampfe Stehenden können wenigstens auf einen Umstand mit Zuversicht blicken: Künstler und Kunstfreunde haben in den letzten Jahren nicht die Hände in den Schoß gelegt, sie haben treu für das Alte gesorgt und waren ernst bestrebt, der eigenen Zeit und den eigenen Lebensbedingungen künstlerischen Ausdruck zu geben.

Cornelius Gurlitt.



XII.

Theater.

Die Geschichte des Schauspiels in Dresden während der letzten sieben Jahre schreiben, heißt eine Geschichte des Königlich-Schauspielhauses schreiben. Mit einer Ausschließlichkeit wie in keiner zweiten Stadt von der Größe Dresdens beherrscht das königliche Institut das rezitierende Drama unserer Stadt: in Hamburg steht das deutsche Schauspielhaus neben dem Stadttheater und dem Thalia-theater, in München ist das Schauspielhaus ein mindestens so wichtiger Faktor wie das Hoftheater und in Leipzig, Köln, Breslau, Nürnberg und Düsseldorf treten wenigstens zwei Theater gleichberechtigt nebeneinander auf den Plan. Davon ist in Dresden nicht die Rede. Nur eine Bühne kann hier den Anspruch erheben, eine literarische Bühne zu sein; was sie an Neuheiten bringt, das ist schon von vornherein empfohlen, was sie ablehnt, das mag rundum wohl die größten Erfolge erzielen, erscheint aber als ein Werk minderer Gattung, wenn es im Hoftheater nicht aufgeführt wird. Diese Bühne kann wohl als eine königliche angesprochen werden: sie übt eine große Macht aus durch das, was sie bietet, wie durch das, was sie ausschließt. Den beiden Privattheatern, dem Residenztheater und dem Zentraltheater, verbleibt nur der Masse nach viel; dem Wert nach wiegen die meisten Stücke der Privattheater nicht schwer.

Aus dieser Stellung des Hoftheaters ergibt sich zweierlei. Wenn man die Spielpläne der großen Theater der letzten acht bis neun Jahre vergleicht, so wird man in den Spielverzeichnissen des königlichen Schauspielhauses zu Dresden fast gar keinen Schund finden, wie er sonst auch auf literarisch vornehmen Bühnen (Stuttgart, Hamburg, Frankfurt, Leipzig) nicht selten anzutreffen ist. Das Dresdner Schauspielhaus ist fast das einzige Theater Deutschlands, das die moderne Produktion selbständig fördert und dabei von Berlin unabhängig bleibt. Gewiß ist der Geschmaç der Dresdner nicht besser, als der Geschmaç der Stuttgarter oder Leipziger; auch die Theaterlust der Dresdner ist gering. Müßte das königliche Hoftheater auf den Beitrag der Zivilliste verzichten und wäre es nur auf die Hilfsmittel eines Privattheaters angewiesen, dann hätte Dresden trotz seines Fremdenpublikums vielleicht nur ein Theater vom Rang des Magdeburger Stadttheaters. Die Zivilliste ist es allein, die die Blüte der Oper erhält, die den hohen Stand des Schauspiels verbürgt, die den vornehmen künstlerischen Charakter der

Vorstellungen und die hervorragenden schauspielerischen Darbietungen ermöglicht. Doch der fürstliche Zuschuß für beide Hoftheater und die Königliche musikalische Kapelle, so reichlich er fließen mag — 500 000 *M* im Jahre 1874, 880 000 *M* im Jahre 1904 — könnte niemals allein die Blüte eines Kunstinstituts herbeiführen. Es ist hier nicht der Ort, eine Geschichte der Aera Seebach zu schreiben. Man kann jedoch sagen, sie hat eine der glücklichsten Epochen im Dresdner Theaterleben geschaffen. Das Hoftheater stand, als Graf Seebach die Generalintendanz übernahm, nahe vor dem Punkt, ein bloßes Geschäfts- und Unterhaltungstheater zu werden. Der Spielplan war leicht und konventionell, die moderne Literatur war von den Aufführungen so gut wie ausgeschlossen; Darstellung und Regie erfrenten sich zwar tüchtiger Kräfte, aber es mangelte an Fortschritt und Leben. Insbesondere beherrschte die Angstlichkeit, „oben“ mit einem Werke anzustoßen, die Gemüter in übertriebener Weise. Ein langes Zwischenreich hatte nach der Direktion Platen die Zustände beim alten gelassen. Graf Nikolaus Seebach, als Sohn eines sächsischen Diplomaten am Pariser Hof in naher Fühlung mit der großen Welt, fand sich, nachdem er 1894 die Leitung der Hofbühnen übernommen hatte, überraschend schnell in seine Aufgabe hinein. Obschon von Haus aus keineswegs literarisch veranlagt, sondern Offizier und Diplomat, erkannte er doch mit dem Auge des Weltmannes, was dem Theater nottat. Nachdem er erst einige Lehrjahre hinter sich hatte, in denen er sich abwartend verhielt, hörte der bequeme Paßschritt am Schauspielhaus auf, der Anschluß an die moderne Produktion wurde gesucht, die Knauserigkeit auf der einen und die falsche Prachtentfaltung auf der anderen Seite wurden vermieden; vor allem aber erkannte Graf Seebach, daß man auf die Dauer am Theater nur mit wertvollen Werken gute Geschäfte machen könne. Und nun ging es mit den Verhältnissen am Schauspielhaus wieder empor. Nicht die von außen sichtbare Arbeit war am schwierigsten, sondern der dem Auge verborgene Kampf mit fest eingewurzelten Meinungen. Es galt, der modernen Literatur am Schauspielhaus die Bahn zu brechen, mancherlei Vorurteile höheren Ortes, beim Publikum und bei der Kritik zu überwinden und durch Erfolge zu beweisen, daß der eingeschlagene neue Weg der richtige sei. Dramaturgisch unterstützt wurde Graf Seebach hierbei von Meyer-Waldeck (seit 1897) und von Karl Zeiß (seit 1901).

Mitten in dieser Zeit der Umbildung des Schauspielhauses befinden wir uns in den Jahren, die hier kurz überblickt werden sollen. Wir werden die Erfolge dieser unablässigen Arbeit dankbar begrüßen, aber den großen Mangel, der im Dresdner Theaterleben liegt, wollen wir darum nicht verkennen. Es ist kurz gesagt dieser: Dresden hat ein Hoftheater ersten Ranges, aber es hat kein Privattheater, das in gewissem Sinne mit dem Hoftheater wetteifern kann. Die Privattheater haben so gut wie jedes schöpferische Vorgehen im

Schauspiel verloren. Sie teilen ihre Zeit und ihre Kraft zwischen Operette und Schauspiel, und die Operette hat dabei die Oberhand. Das Publikum, das in den Privattheatern nur selten eine wertvolle Neuheit fand, gewöhnte sich nicht daran, die gute literarische Produktion, die das Hoftheater schließlich doch nicht allein bewältigen konnte, auch auf den Privattheatern zu suchen. Die schauspielerische Verkörperung fesselte hier selten, ebensowenig die Ausstattung, die Regie fast nie. War es zu verwundern, wenn nur große Gastspiele, nur einzelne Zugstücke, die auf einer königlichen Bühne schließlich unmöglich waren, die literarisch anspruchsvolleren Leute in das Zentral- oder Residenztheater führten? Ein schwerfälliges Abonnentenpublikum ohne eignes Urteil hemmte im Residenztheater die Entwicklung. Eine gewisse Ehrfurcht, eine Scheu vor dem Ausdruck der eigenen Meinung ist auch dem Publikum des königlichen Schauspielhauses eigen. Was dem Dresdner Theaterleben ganz und gar fehlt, das ist eine frische, kühne, warmherzige Begeisterung. Schauspielerkultus gibt es hier genug, aber es ist ein lächerlicher Personenkultus, nicht eigentlich ein intelligentes und liebevolles Verstehen einer Künstlerpersönlichkeit. Die Dresdner Erstaufführungen gleichen friedlichen Teichen, die kein Sturmwind aufwühlt. Ein Durchfall ist hier bereits, was anderwärts ein Erfolg ist. Es ist bei manchen Erstaufführungen nicht zu sagen, ob das Stück in Dresden gefallen hat oder nicht. Die Kritik sagt es einem Teil des Publikums erst am anderen Morgen.

Das Spieljahr 1903/04 wurde im Schauspielhaus mit der Jungfrau von Orleans eröffnet. Es bestand der Plan, alljährlich wenigstens eins der großen klassischen Dramen im königlichen Schauspielhaus völlig neu auszustatten. So waren in den vergangenen Jahren Maria Stuart, Götz, Wilhelm Tell neu ausgestattet worden. Es folgten 1903 Jungfrau von Orleans, 1904 Agnes Bernauer, 1907 Hebbels Nibelungen, 1908 Hamlet und Erbförster, 1909 Minna von Barnhelm und die Räuber, 1910 Wallenstein. Die Inszenierung der Jungfrau von Orleans atmete Pilotyschen Geist. Überall waren Pracht, Pomp, stielichte Kostüme und glänzende Dekorationen zu sehen. Die Kosten beliefen sich auf 40 000 M. Im allgemeinen war der Versuch eines Ausstattungsstücks nach Meininger Muster nicht gelungen. Kunstwerk und äußerer Rahmen standen einander fremd gegenüber. Dekoration und Kostüm waren nicht einheitlich zusammengestimmt; das Rasseln der historisch echten Rüstungen, der Lärm der Komparsen deckte oft die Worte der Dichtung. Belehrt von der Unfruchtbarkeit dieser Ausstattungsweise, suchte man in der Folgezeit nach anderen Wegen der Inszenierung. Der eigentliche und in gewissem Sinne denkwürdige Erfolg dieser Spielzeit war die Aufführung von Hebbels Herodes und Mariamne. Die gewaltige Dichtung wurde von den Schauspielern mit begeisterter Liebe dargestellt und von der

Kritik in eindringlicher Weise dem Publikum nahegebracht. Das Stück konnte 17mal in dieser Spielzeit wiederholt werden. Ein Fehlschlag in gewissem Sinne war Mirbeaus Drama *Geschäft ist Geschäft*. Stärker wirkte Stella und Antonie von Bierbaum, eins jener Theaterstücke, die wohl mit poetischen Mitteln arbeiten und ein Stück wirklichen und eigentümlichen Lebens enthalten, aber von einem gewissem Punkt an abbiegen und theatralischer Unwahrheit oder herkömmlichem Schein verfallen. Reiner und tiefer war die Wirkung von Halbes Strom, mit dem der von hartnäckigem Mißgeschick verfolgte Dramatiker auf Jahre hinaus seinen stärksten Erfolg erntete. Die neuesten symbolistischen Dichter kamen mit Hofmannsthals *Tor und Tod* und *Elektra* zu Worte. Tiefer berührten beide Stücke nicht. Von Hauptmann wurde *Rose Bernd*, das wertvollste moderne Drama aus der gesamten letzten Jahresernte, 10 mal gegeben. Richard Franz, der viele Jahre hindurch der gefeierte jugendliche Liebhaber war, schied aus. Neu trat Frau *Bleibtreu* ein, eine vorzügliche Charakterspielerin von scharfem Darstellungsvermögen, die leider nicht allzulange dem Hoftheater erhalten blieb. Adolf von Sonnenthal führte in drei Rollen (*Nathan*, *Herr v. d. Egge* und *Wallenstein*) den schönen, aber doch schon sinkenden Glanz seines Talents in einem Ehrengastspiel vor. Ein Versuch eigener Art war die Aufführung von *Candida* von Bernard Shaw, der früheste Versuch auf der deutschen Bühne, diesem später so viel gespielten Satiriker den Weg zu bereiten. Der für Shaw eigentümliche Stil fehlte; die Regie, die Schauspieler, das Publikum und wohl auch die Kritik mißverstanden gleicherweise das Stück, so daß von einem Erfolg keine Rede sein konnte. Nur literarische Ehren, ohne dauernden Erfolg errangen die Uraufführungen von *König Saul* (Eberhard König) und dem *Neuen Tag* (Servaes).

Eine wichtige und segensreiche Einrichtung waren die *Volksvorstellungen* im königlichen Schauspielhaus, die zuerst im Jahre 1902 eingerichtet wurden und deren Preise sich zwischen 20 S und 1 M 25 S bewegen. Gegeben wurden die Werke der Klassiker, Nachklassiker und einzelne moderne Werke. Jährlich fanden 6 bis 10 solcher Vorstellungen statt, durch die weiten Schichten des Volkes Gelegenheit gegeben war, zu billigen Preisen gute Vorstellungen zu besuchen.

Im Jahre 1904 wurde das Schauspielhaus infolge der Landestruer um König Georg erst am 23. Oktober eröffnet. Es war in den vorhergehenden Wochen im Innern einem Umbau nach den Plänen der Hofbaumeister Dunger und Frölich unterzogen worden. Der 2. und 3. Rang erhielten neue Treppen, die in den einspringenden Ecken der Vorderfront angelegt wurden; ein neuer eiserner Vorhang trennte Bühne und Zuschauerraum, die Parkettlogen wurden beseitigt und das Parkett gehoben; das Innere wurde mit goldenen Schnurornamenten freundlich und glänzend umgestaltet. An den

Grundmauern ließ sich freilich nichts ändern, auch die Umfassungsmauern ließen sich nicht hinauschieben, und in Hinsicht auf Akustik und technische Einrichtungen blieben die alten Wünsche bestehen, die erst viel später eine Erfüllung finden sollten. Das moderne Schaffen wurde durch 5 Uraufführungen gefördert: Ramzarit von Gimmerthal, Jahrmarkt in Pulsnitz von Walter Harlan, Privatdozent von Wittenbauer, Ovid von Roth und König Friedwahn von Borngräber. Die Reihe der Hebbeldramen wurde durch Agnes Bernauer vervollständigt, die 17mal in dieser Spielzeit in Szene ging; daneben war Ibsens Brand mit Wiecke in der Titelrolle und Fräulein Politz als Agnes von nachhaltiger Wirkung. Einen Kunstgenuß eigener Art bot das Gastspiel der Traumtänzerin Frau Magdeleine G., von wichtigen Verpflichtungen sind die von Lothar Mehnert für schwere Charakterrollen, von Hans Fischer für komische Charakterrollen und von Wierrh für jugendliche Liebhaberrollen zu nennen.

Ein Vorhaben, das die Gemüter aufs heftigste bewegte, war der Plan, mit privaten Mitteln auf Grund und Boden der Krone in Dresden Altstadt ein neues Schauspielhaus zu bauen. Ein Kunstfreund, dem Dresden bereits sehr viel zu danken hatte, so Böcklins Bild in der Gemäldegalerie Ein Sommertag, zahlreiche moderne Werke in der Skulpturensammlung, die Errichtung der Dresdner Lesehalle, Karl Lingner, hatte sich im Jahre 1904 durch einen vom König Georg bereits genehmigten Werkvertrag verpflichtet, auf dem Lande des alten Herzogingartens an der Ostra-Allee, das Kroneneigentum war, ein Schauspielhaus zu errichten, ohne eine grundschuldliche oder andere Sicherstellung zu fordern, und dieses Haus der Krone gegen eine bestimmte auf Jahre hinaus festgelegte Summe zur Verfügung zu stellen. Das Angebot war, an sich betrachtet, außerordentlich günstig, da Dresden das so dringend nötige moderne Schauspielhaus in Altstadt erhalten haben würde, ohne das Mittel des Staates oder der Zivilliste in Anspruch genommen worden wären. Doch der Vorschlag erregte im Landtag Anstoß; das Gesamtministerium machte formale Bedenken geltend, und der Plan scheiterte. Dresden sollte erst sechs Jahre später das lang erstrebte Ziel erreichen.

Ein ertragreiches Jahr war das Spieljahr 1905/06. Gleich die erste Hälfte brachte die Uraufführung von Erlers Jar Peter und weckte damit begründete Hoffnung auf die Entwicklung eines heimischen Dramatikers von Kraft und Eigenart; von Ibsen wurden Gespenster und Wildente gegeben. Die Aufführung der Gespenster mit Fräulein Ulrich als Frau Alving und Wiecke als Oswald war kaum als gelungen zu bezeichnen; gleichwohl war die Aufführung der Gespenster an sich für ein Hoftheater eine mutige Tat. Um so besser gelang die Aufführung der Wildente. Von Gerhart Hauptmann erschienen zwei neue Dramen Elga und Biberpelz, ein interessanter Versuch wurde mit Oskar Wildes brilliantem Gesellschaftsdrama Ernst ge-

macht, das durch die Regie von Karl Zeiß, dem verdienstvollen Dramaturgen und durch die Ausstattung in modernem Stil — es war die erste dieser Art im Königlichen Schauspielhaus — einen großen Erfolg erzielte; ferner erschien Eleonora Duse zum erstenmal auf der Bühne des Schauspielhauses (in Rosmersholm und Hedda Gabler) und das Moskauer Künstlerische Theater trug auf seiner Rundfahrt durch Deutschland, die für lange Zeit einen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Theaters bilden wird, seine szenischen und darstellerischen Anregungen auch nach Dresden. Die Russen spielten Werke von ganz verschiedener Eigenart: Nachtsyl, Zar Fedor und Onkel Wanja, sie überzeugten uns durch die schlechthin vollendete Darstellung und durch die meisterhafte Regie, wie die Kunst der zarten, ver-schwebenden Stimmungen zu erreichen und die Natürlichkeit der Spielweise zu verfeinern sei.

Nicht von gleicher Bedeutung war die Spielzeit 1906/07. Die Uraufführungen, die ja mit Recht den Stolz eines großen Theaters bilden, erwiesen sich diesmal als wenig ergiebig (Der reiche Jüngling von Karl Rößler, Lohndiener von Adolf Paul, Das alte Heim von Gustav Esmann, Hauptmann Blomet von Bergerat). Der Schlager der Spielzeit war Oskar Wildes Idealer Gatte, der den vorjährigen Erfolg noch übertraf und einen weiteren Schritt auf dem Gebiet der modernen Inszenierung bedeutete. Grillparzers Libussa, dies tiefgründige symbolische Werk aus des Dichters Spätzeit, sprach zu den Wenigen, die für so ernste Kunst Verständnis besitzen. König Lear konnte mit Mehnert in der Titelrolle nach langer Unterbrechung wieder in den Spielplan aufgenommen werden. Ein bedeutames Gastspiel war das von Suzanne Després, die mit der Gesellschaft des Theaters de l'Oeuvre in Robe Rouge, Phèdre und Nora auftrat. War es auch nicht große, so war es doch echte Kunst, die sie bot. — Veränderungen erfuhr das Schauspielpersonal des Hoftheaters insofern, als 1906 Hedwig Gasny und Adolf Winds, 1907 Alice Politz und Valeska Guinand — diese nach 50 jähriger Dienstzeit — ausschieden. Der langjährige Lustspielregisseur Gustav Erdmann starb 1907; an seine Stell trat Ludwig Stahl, der freilich nur kurze Zeit das Amt des Regisseurs versehen sollte.

1907 bis 1908 brachte unter 67 Werken 12 Erstaufführungen (davon 5 Uraufführungen) und 3 Neueinstudierungen. Das größte Ereignis der Spielzeit war ohne Zweifel die Neueinstudierung der beiden Teile von Hebbels Nibelungen mit Frau Salbach, Wiecke, Mehnert, Müller und Fräulein Treßnitz, eine in jeder Beziehung mustergültige Wiedererweckung des großartigen Werkes; äußerlich wurde dieser Erfolg noch überboten durch den von 2 mal 2 = 5 von Gustav Wied, das 25 Vorstellungen erzielte, eine Zahl, die auch Wildenbruchs Rabensteinerin annähernd erreichte. Mit Hedda Gabler wurde der Kreis der Ibsenschen Stücke im Spielplan erweitert,

jedoch ohne daß damit eine dauernde Bereicherung erzielt worden wäre. Hebbel erreichte in diesem Jahr die höchste Zahl von Aufführungen (33) und übertraf damit selbst Schiller (20). Zwei glückliche schauspielerische Erwerbungen waren die von Fräulein Trefnitß als Nachfolgerin für Fräulein Politz und von Wahlberg für Väter- und moderne Rollen. Zu bedauern war der Weggang von Wiene, der als Charakterspieler namentlich in Ibsenrollen lange Jahre einer der namhaftesten Künstler gewesen war.

Wie mannigfaltig die Anregungen wirkten, die das Hoftheater bot, zeigte die Saison 1908—09. Ein hervorragender Wiener Neuromantiker, Stefan Zweig, kam mit einem sprachlich glänzenden Drama *Thersites* zu Wort. Zwei geistvolle Franzosen, Cavaillet und Flers, konnten mit dem Lustspiel *Die Liebe wacht* einen der größten Erfolge erringen. Von Gerhart Hauptmann wurde Fuhrmann Henschel in den Spielplan aufgenommen. Otto Ludwigs Erbförster erschien in neuer Einstudierung und die alte Posse *Robert und Bertram* wurde durch die Ausstattung zu einer Sehenswürdigkeit umgeschaffen. Die größten Anstrengungen galten der Neueinstudierung des *Hamlet*. Der Architekt Fritz Schumacher hatte hierzu Dekorationen im Sinne der Reliefbühne entworfen. Mit höchster Vereinfachung der Szene verband sich die stimmungsvollste Wiedergabe des Grundcharakters der Dichtung. Die Gewänder hatte der Kostümzeichner des Hoftheaters Leon Fanto entworfen, der schon in anderen Fällen seinen künstlerischen Geschmack bewährt hatte. Wiecks Leistung als *Hamlet* war zumal nach der geistigen Seite hin sehr bedeutend. Im Jahre 1908 starb Ludwig Stahl, sein Nachfolger als Regisseur war Hans Fischer. Die Verteilung der Regiearbeit war derart, daß Ernst Lewinger in der Hauptsache das hohe Drama inszenierte. Seine Gewissenhaftigkeit, seine Sorgfalt und der Ernst seines künstlerischen Strebens ließen etwas Unfertiges niemals an die Öffentlichkeit gelangen; Fischer bewies im modernen Drama und im Lustspiel oft eine sehr glückliche Hand, er war beweglicher und hatte für das schauspielerische einen sichereren Instinkt; Karl Zeiß, der immer mehr als Dramaturg hervortrat und seit dem Weggang Meyer-Waldecks 1909 der künstlerische Leiter des Schauspielhauses wurde, führte nur bisweilen, bei einzelnen auch äußerlich bemerkenswerten Aufführungen Regie. Von den alten technischen Meistern des Hoftheaters traten Beleuchtungsinspektor Bähr und Dekorationsmaler Rieck 1910 in den Ruhestand; Sinnebach gab als technischer Oberinspektor Proben einer hochentwickelten Kunst und Altenkirch, ein Schüler Professor Brachts, ebnete der modernen Malerei den Weg auf die Bühne. Ein Ehrentag, an dem alle künstlerischen und literarischen Kreise Dresdens Anteil nahmen, war das 50 jährige Dresdner Bühnenjubiläum von Pauline Ulrich, die, ihrer 75 Jahre spottend, auch weiterhin auf der Bühne die Erinnerung an ihren früheren großen Stil lebendig erhielt.

Zum Schluß sei noch kurz der wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres gedacht; es waren folgende Aufführungen: *Tantris der Narr* (Ernst Hardt), *Graf von Gleichen* (Schmidtbonn), *Wenn der junge Wein blüht* (Björnson), *Das Konzert* (Bahr), *Der Arzt am Scheidewege* (Shaw), *Hanneles Himmelfahrt* (Hauptmann), *Leidenschaft* (Eulenberg) und Schillers *Räuber*.

Das folgenschwerste und größte Ereignis war die Gründung eines Theatervereins zur Errichtung eines neuen Schauspielhauses in Altstadt. Die technischen Mängel des vor 40 Jahren gebauten Neustädter Schauspielhauses, hervorgegangen aus der ursprünglich ganz anderen Zweckbestimmung des Hauses, wurden nach den großen Fortschritten im Theaterwesen der letzten zwei Jahrzehnte immer fühlbarer. Daß das neue moderne Schauspielhaus nach Altstadt verlegt werden müsse, war ebenso im Sinne der Zentralisierung wie der Entwicklung der Stadt notwendig. Der Vorschlag Lingners im Jahre 1904, auf Kroneigentum mit privaten Mitteln ein Theater zu errichten, war gescheitert. Die Zivilliste erklärte außerstande zu sein, mit eigenen Mitteln ein Schauspielhaus zu erbauen. Da war es ein glücklicher Gedanke des Oberbürgermeisters Beutler, durch das Zusammenwirken von Zivilliste, Stadtgemeinde und einem eigens ins Leben gerufenen Theaterverein das erstrebte Ziel zu erreichen. Daß auch die Stadt dabei Opfer bringen müsse, war bei dem Vorteil, den sie davon hat, durchaus selbstverständlich. Jahrhundertlang hatte Dresden die Pflege der Kunst dem Königlichen Hof und dem Staat überlassen. Es war grundsätzlich gerechtfertigt, wenn die Stadtgemeinde zur Erfüllung des gegenwärtig auftretenden künstlerischen Bedürfnisses nach Errichtung eines neuen Schauspielhauses erhebliche Opfer brachte. Mit gewohnter Tatkraft führte der Oberbürgermeister in raschen Zügen den Plan der Vollendung entgegen. Am 20. März 1909 wurde der Theaterverein gegründet; am 25. April desselben Jahres waren von den erforderlichen 1 500 000 M für die Baukosten bereits 1 229 000 M in 3 prozentigen Anteilen von 87 Personen gezeichnet.

Die Stadtgemeinde verkaufte das zwischen Ostta-Allee, Gerbergasse, Zwingerstraße und Malergäßchen gelegene Gelände von 2981 Quadratmeter an den Theaterverein für 300 000 M, legte neue Straßen an und sanierte das ganze Gelände. Das Opfer, das die Stadt durch die niedrige Festsetzung des Kaufpreises dem Unternehmen brachte, betrug 200 000 M. Auf Verzinsung des Kaufpreises (300 000 M) verzichtete die Stadt, bis die Bauschuld getilgt sein wird. Der Theaterverein verpflichtete sich, die Baukosten in Höhe von anderthalb Millionen aufzubringen; die Teilschuldverschreibungen werden nur mit 3 Prozent verzinst und allmählich im Laufe von 37 Jahren getilgt. Die Königliche Zivilliste pachtete zunächst vom Theaterverein das Schauspielhaus für eine jährliche Pacht- und Tilgungssumme von 75 000 M. In 37 Jahren werden

Baufkosten und Grunderwerb getilgt und die Zivilliste wird freie Eigentümerin des Gebäudes und des Grund und Bodens. Das Neustädter Theater soll ausdrücklich seiner Bestimmung als Theater erhalten bleiben; im neuen Haus sollen jährlich 20 Volks- und Schülervorstellungen und in einem der Hoftheater auch während der Sommermonate Vorstellungen der eigenen Kräfte oder fremder Theatertruppen stattfinden.

Der Plan wurde später noch dahin vereinfacht, daß die Stadt Dresden an die Stelle des Theatervereins trat und daß der Pachtvertrag mit dem Theaterverein in einen Grundschulvertrag mit der Stadt umgewandelt wurde. Der gesamte Plan fand die Zustimmung des Königs Anfang Mai 1910. Vorgeesehen ist ein einfaches, vornehmes, aber für die Zwecke des rezitierenden Dramas geeignetes und mit allen Hilfsmitteln der modernen Theaterkunst eingerichtetes Haus für 1500 Zuschauer. Am 9. November 1909 wurde ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben und zwar für eine beschränkte Zahl von erfahrenen Theaterbauleuten gegen Gewähr einer festen Entschädigung; der Dresdner Architektenchaft war die Beteiligung freigestellt.

Auf das Preisausschreiben gingen 20 Entwürfe ein. Das Preisgericht, dem unter anderen Oberbürgermeister Beutler, Graf Seebach, Baron von Putlitz-Stuttgart, von Seidl-München angehörten, erkannte am 14. April 1910 die ersten drei Preise den Architekten Martin Dülfer, William Löffow und Max Hans Kühne in Dresden, sowie Max Litzmann in München zu. Die beiden ersten Preisträger wurden beauftragt, einen gemeinsamen Bauplan auszuarbeiten. Die Aufgabe wurde sinngemäß derart geteilt, daß die Gestaltung der Außenseite, der Kassenräume, Wandelgänge und Treppen Dülfer zufiel, während Löffow und Kühne das Innere des Zuschauer- und Bühnenhauses schaffen sollen. Im Spätherbst 1910 soll das gemeinsame Projekt ausgestellt und im Frühjahr 1911 mit dem Bau begonnen werden. Die Vollendung ist für den Sommer 1912 vorgesehen. Damit wird Dresden endlich ein den modernen Ansprüchen genügendes Schauspielhaus besitzen und an die Schwelle einer neuen Entwicklung des rezitierenden Dramas gelangt sein.

Das R e s i d e n z t h e a t e r (Direktion Frau Madeleine Karl) erlangte in dem verflossenen Zeitraum nur durch Gastspiele auswärtiger Künstler Bedeutung. Helene Odilon, Agnes Sorma, Rudolf Rittner traten 1899/1900 auf, Annie Dirksens und Adele Sandrock 1900/01; im folgenden Jahr erschien Josef Kainz zum erstenmal in Dresden (Sodoms Ende, Galeotto, Hamlet, Räuber) und hatte in diesem denkwürdigen Gastspiel einen glänzenden Erfolg; auch in den Jahren 1902 bis 1906 kehrte er in das Residenztheater zurück. Die zugkräftigsten Gäste dieser Bühne waren lange Zeit Jenny Groß, Felix Schweighofer und Adalbert Matkowsky, die jedes Jahr regel-

Theater.

mäßig bejubelt wurden. Aber 1904 starb Jenny Groß, in demselben Jahre ging Schweighofer von der Bühne ab und 1905 spielte Matfowsky das letzte mal in Dresden. Sehr fruchtbar und anregend waren die Gesamtgastspiele des Berliner Lessingtheaters im Jahre 1908 (Stützen der Gesellschaft, Kaiser Karls Geißel, Sommernachtstraum, Nora, Frau vom Meer). Auch die Gastspiele der Einsemannschen Gesellschaft waren bemerkenswert. Unter den eigenen Kräften des Residenztheaters waren Karl Frieße, ein trefflicher Charakterkomiker, die inzwischen verstorbene Julie Kronthal, die seit 1909 engagierte Maria Grundmann und Direktor Karl Witt die bedeutendsten. Die großen Jugstücke der letzten Jahre brachten dem Residenztheater natürlich auch die stärksten Erfolge: Altheidelberg September 1902, Zapfenstreich Januar 1904, Lustige Witwe 1906, Walzertraum 1907, Försterchristel 1908. Im Herbst 1902 wurde das Haus erneuert, bald nachher feierte die Direktion Karl ihr 25 jähriges Jubiläum; 1903 bis 1904 fanden die Volksvorstellungen des Goethebundes statt; 1904 bis 1905 wurden die äußerlich ertragreichen, aber den Spielplan sehr einengenden Operetten- und Schauspielabonnements eingeführt. 1909 machte die Direktion Versuche mit literarischen Abenden. Im allgemeinen läßt sich nicht verkennen, daß das Residenztheater unter der Direktion Witt in neuerer Zeit Anstrengungen macht, ein höheres Niveau zu erreichen.

Das Z e n t r a l t h e a t e r (seit 1900 Direktor Rotter, seit 1909 Heinz Gordon) gibt im Winter einige Monate Variétés und Operetten-, im Sommer Schauspielvorstellungen. Auch hier lag das künstlerische Schwergewicht in den Gastspielen, deren bedeutendste die von Sarah Bernhardt 1904 als Kameliendame, Uglon und Tosca, sowie von Eleonora Duse, Isidora Duncan, Coquelin, Madame Réjane, vom deutschen Volkstheater in Wien und später von Josef Kainz waren. Das prunkvolle Haus, das in akustischer Beziehung nicht sehr günstig wirkt, ist für Operette und Ausstattungstücke der glänzendste Schauplatz.

Einen kräftigen Aufschwung volkstümlicher Dramatik zeigten 1905 und 1906 die L u t h e r = u n d G u s t a v = A d o l f = F e s t s p i e l e. Weite protestantische Kreise der Bürgerschaft stellten sich mit Eifer und Geschick in den Dienst der Volksschauspielidee. Hunderte von Teilnehmern, alt und jung, wirkten mit. Nur die Hauptrollen waren mit Berufsschauspielern besetzt. Das Lutherfestspiel von Devrient wurde 26 mal, das Gustav=Adolf=festspiel 29 mal binnen wenigen Wochen gegeben. Im großen Ausstellungsaal und im Vereinshausaal kamen Vorstellungen voll Kraft und Lebendigkeit zustande, durch die ein volkstümlicher Zug und religiöser Ernst ging. Urheber und Anreger der Lutherfestspiele war Pastor Kühn von der Martin=Luther=Kirche. 1908 wurden Kurfürst=Moritz=festspiele in Löbtau abgehalten. Der

Gedanke volkstümlicher Festspiele hat so kräftig Wurzel in Dresden geschlagen, daß er verdiente, weiter gepflegt zu werden.

Die Übersicht über das Dresdner Theaterleben der letzten Jahre wäre unvollständig, wollte man nicht zweier Faktoren gedenken, die sehr stark zum Fortschritt beigetragen haben: Die Kritik und die Literarische Gesellschaft. Mit Unrecht übergehen die meisten Theatergeschichten den Einfluß, den die Tagespresse auf die Empfänglichkeit und den Geschmack des Publikums ausübt. Und doch beweist das Beispiel Gottschalls in Leipzig, Speidels in Wien, Perfalls in Köln, wie lange oft ein einzelner Kritiker hemmend wirken kann. Umgekehrt kann ein Kritiker von Bedeutung das gesamte Theaterleben mit den Kräften des Fortschritts durchdringen. Das Gepräge, das eine Theaterstadt besitzt, hängt nicht zum geringsten Teil von der Kritik ab. Viele Jahre stand an der Spitze der Dresdner Kritik Adolf Stern (gestorben 1907), dessen maßvolle, abgeklärte Kritiken später gesammelt herauskamen (Zwölf Jahre Dresdner Schauspielkritik 1894 bis 1907, herausgegeben von Christian Gaehde 1909). In den Dresdner Nachrichten waltete zuerst des kritischen Amtes P. A. Wolff, nach ihm Paul Hermann Hartwig; in der Sächsischen Arbeiterzeitung Gustav Morgenstern, dann Franz Diederich, im Dresdner Journal seit 1907 Karl Reuschel, in den Neuesten Nachrichten Julius Ferdinand Wolff, im Dresdner Anzeiger seit 1901 Friedrich Kummer.

Die Literarische Gesellschaft, die aus dem Verein Offene Loge (gegründet 1881) hervorgegangen ist und seit 1886 Literarische Gesellschaft für Herren und Damen, seit 1894 Literarische Gesellschaft hieß, hat sich ein unbestreitbares Verdienst um die Verbreitung des modernen Dramas in Dresden erworben. Sie zog nach dem Vorbild der Vortragsabende der Dresdner Presse auswärtige Schriftsteller und Dichter von Bedeutung und Ruf als Vortragende heran und steigerte durch Sondervorstellungen solcher Dramen, die aus irgendeinem Grunde in Dresden der Öffentlichkeit vorenthalten blieben, das literarische Interesse an der modernen Dichtung in nachdrücklichster Weise. Leider mußte aus äußeren Gründen die Zahl der Mitglieder auf 1000 beschränkt bleiben. Im April 1899 fand die erste dramatische Sondervorstellung (Halbes Jugend) statt. Im Laufe der folgenden zehn Jahre wurden zum erstenmal in den Mittagsvorstellungen der Literarischen Gesellschaft u. a. gegeben: 1901 Über unsere Kraft, 1902 Amphitryon, Salome, Kammerjäger, 1903 Die Kleinbürger von Gorfi, Ein Frühlingsoffer von Kayserling, 1904 Der Meister von Hermann Bahr, 1905 Der Jude von Konstanz von Scholz, Der Menschenfeind von Schiller, 1906 Erdgeist von Wedekind, Die Kindesmörderin von Wagner, Frau Warrens Gewerbe von Shaw, 1907 Mudder News von Stavenhagen, Zweimal zwei ist fünf



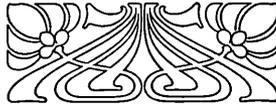
Badende Nymphe in der Bürgerwiese

Theater.

und Frühlings Erwachen, 1908 Erde von Schönherr, 1909 Ludwig Thomas Moral und Otto Falkenbergs Doktor Eisenbart.

So herrscht auf den verschiedensten Gebieten des rezitierenden Dramas in Dresden heute das regste Leben und manch frohe Hoffnung geht noch ihrer Erfüllung in Zukunft entgegen.

f r i e d r i c h K u m m e r.



XIII.

Musik.

Auf Dresden als Musikstadt sind die Blicke der Welt schon frühzeitig gelenkt worden und zwar durch einen ganz großen Künstler, der, obwohl er Italien seine Belehrung verdankte, doch sich als kräftiger mannhafter Deutscher erwies und die Fahne der deutschen Kunst hoch gehalten hat. Heinrich Schütz, dieser große Vorläufer Bachs und Händels, der erst neuerdings in seiner vollen Größe wieder erkannt worden ist, hat hier den Grund gelegt für eine solide und großartige Kunstentfaltung, und seine ihm gleichgesinnten tüchtigen Nachfolger, insbesondere Heinicke und Zelenka, sowie der allerdings ganz zum Italiener gewordene Hesse haben den Ruf Dresdens als einer hervorragenden Musikstadt nie erlöschen lassen. Konnten sich die während des 18. Jahrhunderts ganz Deutschland beherrschenden Italiener hier am längsten halten und ist sogar Richard Wagner im Amt noch der Italiener Morlacchi vorangegangen, so hatte doch Carl Maria von Weber die deutsche Kunst und seine Kapellmeisterstellung so kräftig gewahrt, daß von dieser Zeit ab die Oper nur von deutschen Künstlern geleitet worden ist. Den in Webers Bahnen wandelnden Meistern Marschner und Reiziger hatte sich später der große Richard Wagner zugesellt, nach dessen Abgang sich noch seine hauptsächlich als Musikgelehrte ausgezeichneten Nachfolger Riez und Wüllner um die hiesigen Zustände verdient machten. Bekanntlich wurden dann die Komponisten, die früher stets die Kapellmeisterstellen inne hatten, von den ausschließlich der Direktion sich widmenden Künstlern abgelöst und dem zu ihnen zählenden Ernst von Schuch, der noch heute als Generalmusikdirektor die Königliche Oper und Kapelle leitet, verdanken diese Institute eine großartige Steigerung ihrer ausführenden Kräfte, indem diese gegenwärtig vor den riesigsten, früher für fast unlösbar gehaltenen Aufgaben nicht zurückschrecken und aller technischen Schwierigkeiten spotten.

Da in den ersten Jahrhunderten ihres schöpferischen Wirkens die Tonkunst bekanntlich auf den Chorgesang beschränkt geblieben war und die Instrumentalmusik nur mühsam und mit der aufblühenden Oper verbunden, sich ihr

feld eroberte, ist es begreiflich, daß von der früheren Kurfürstlich sächsischen Kapelle die Kirchenmusik, und zwar hauptsächlich der Gesang, fast ausschließlich gepflegt wurde. So hat die Katholische Hofkirche denn von jeher die Besucher und Bewohner Dresdens durch ihre berühmte Kirchenmusik angelockt, die übrigens schon zu Haffes Zeit die Mitwirkung des Orchesters gern und reichlich in Anspruch genommen hatte. Der altitalienischen Kirchenmusik in diesen Aufführungen einen breiteren Platz zu sichern, war bereits Richard Wagner bemüht gewesen; noch mehr begünstigte aber Wüllner die a cappella-Musik, wie dies bei der gesteigerten Inanspruchnahme des Orchesters durch die sehr vermehrten Opernabende sich auch als eine notwendig gewordene Maßregel erweisen mußte. Altitalienische Meister kann man leider nur in der Advent- und der Fastenzeit zu hören bekommen; in bezug auf diese ältere Musik dürfte eine Bereicherung des Repertoires also wohl erwünscht scheinen. Gegenwärtig trägt dieses einen vorwiegend neuzeitlichen Charakter; auch bekommt man oft genug Messen zu hören, deren Stil sich nicht gerade als ein echt kirchlicher darstellt. Gehören zu diesen auch die von Wüllner wieder berücksichtigten Messen Franz Schuberts, so wird man freilich, angesichts ihrer rein musikalischen Schönheit, die Darbietung derselben nur als wohltuend empfinden. Alles in dieser Kirche zum Vortrag Gelangende erfährt eine vorzügliche Ausführung, und da außer dem trefflichen Kirchenchor häufig große Opernsolisten und die Königliche Kapelle mitwirken, übt die allsonntägliche gottesdienstliche Musik nach wie vor ihre große Anziehungskraft auf die Dresdner Bewohner nicht weniger wie auf die Fremden aus, von denen kaum einer versäumen wird, sich von der Schönheit des dort Gebotenen zu überzeugen.

Die Kurfürstlich und später Königlich sächsische Oper, unter der Intendanz des Grafen Seebach stehend, hat stets über bedeutende künstlerische Kräfte verfügt: es seien aus der Vergangenheit nur Haffes weltberühmte Gattin, sowie die noch in Wagners ersten Opern hier tätig gewesene Schröder-Devrient genannt und auf die gegenwärtig noch mitwirkenden, zum Teil hochberühmten Mitglieder hingewiesen, wie Frau Wittich, Fräulein von Chavanne und von der Osten, die Frauen Nast, Krull, Boehm van Endert, die Tenoristen Burrian, von Bary, sowie die alten getreuen Baritonisten Scheidemantel und Perron, denen sich neuerdings Plaschke zugesellt hat. Durch den Tod verlor die Oper den sehr betraurten Tenoristen Grosch und zu lebhaftem Bedauern vieler Verehrer verließ die hiesige Bühne ihre langjährige Zierde, Erika Wedekind, eine der berühmtesten Schülerinnen unserer ausgezeichneten einheimischen Gesanglehrerin Aglaja Orgeni. Bis in die neuesten Zeiten hat sich die Anziehungskraft der Königlichen Oper bewährt, hauptsächlich durch vortreffliche Aufführungen der späteren Wagnerschen Werke, insbesondere des Nibelungenringes. In die letzten Jahre

fällt die ebenfalls Sensation erregende Aufführung von Richard Strauß' Salome, der seine Feuersnot vorangegangen war und in allerneuester Zeit die Elektra gefolgt ist. In diesen Uraufführungen konnte sich glänzend zeigen, bis zu welcher Höhe des technischen Könnens die Gesangskräfte wie insbesondere das Können des bei Strauß vorwiegenden Orchesters gesteigert worden sind, und den gesanglichen wie orchestralen Leistungen gegenüber ist auch nur eine Lobesstimme laut geworden. Sind im Repertoire der Königlichen Oper die genannten Komponisten besonders bevorzugt worden, so hat man im übrigen den ausländischen Komponisten, hauptsächlich Franzosen und Neuitalienern, ziemlich viel Platz eingeräumt, von welchem ein Teil vielleicht mit einem gewissen Recht den deutschen zeitgenössischen Komponisten vorbehalten bleiben könnte. Von neuen Opern sind in den letzten Jahren im Königlichen Opernhause zur Aufführung gelangt d'Alberts Abreise und Tiefland, Manens Acte, Puccinis Tosca, Bohème und Madame Butterfly, Schjelderups Frühlingsnacht, Leo Blechs Versiegelt, Das war ich, und mehrere andere.

Im Residenztheater ist von jeher die Operette mit Glück gepflegt worden und der auf diesem Gebiet auch als Komponist namhafte Kapellmeister Dellinger hat sich als Dirigent stets ausgezeichnet bewährt. Das später gegründete Centraltheater hat sich teilweise ebenfalls der Operette und mit gutem Erfolge zugewandt und sich in dem Dresdner Stadtkinde Georg Pittrich eine tüchtige Dirigentenkraft gesichert.

In sehr reicher Blüte steht das Konzertleben und besonders wird von Sängern und Instrumentalvirtuosen Dresden gern aufgesucht. Viele Künstler haben sich hier ein getreues Publikum geschaffen, das einigen sogar ermöglichte, eine ganze Reihe von Konzerten sich folgen zu lassen und dabei sich voller Säle zu erfreuen. Wer irgend von Berühmtheiten der reproduktiven Kunst zurzeit von sich reden gemacht, ist nie an Dresden vorbeigegangen und hat stets auf eine kunstverständige, wie gewöhnlich auch liebevolle und dankbare Aufnahme rechnen können.

Den ersten Rang unter den großen ständigen Konzerten Dresdens nehmen wohl die Symphoniekonzerte der Königlichen Kapelle ein, für die es oft schwierig ist, sich einen Platz zu sichern, und die, früher in ihren Programmen ziemlich konservativ geartet, heute auch den kühnsten und weitgehendsten Schöpfungen sich nicht verschließen. Die klassische Instrumentalmusik wird hier natürlich keineswegs vernachlässigt, dagegen hat sich bisher noch kein großes Terrain erobert und wird auch Berlioz, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gerade in Dresden sich so lebhafter Sympathien zu erfreuen hatte, dem gegenwärtigen Geschlecht selten genug vorgeführt. Dem Verfasser dieser Abhandlung sei aber hier zu erwähnen vergönnt, daß er in früheren Zeiten für Uraufführungen seiner eignen

Symphonien der Königlichen Kapelle, sowie für die Darstellung einer Oper der Königlichen Hofbühne zu Dank verpflichtet worden ist. — Über die Leistungen des Orchesters ist von jeher nur das Rühmlichste zu sagen gewesen und unter der sicheren und befeuernden Leitung seiner Führer, von Schuch, Hagen, Kutzschbach, bietet es immer Gewähr für ausgezeichnete Kunstgenüsse. Es finden zwölf Konzerte allwinterlich statt und zwar in zwei Serien, von denen die eine auch Solovorträgen Raum gewährt und den Abonnenten die Leistungen großer, berühmter Künstler vermittelt. Außerdem noch zwei Konzerte, am Aschermittwoch und Palmsonntag, in welchen auch große Chorwerke zur Aufführung gelangen. In letzterem wird uns seit Jahrzehnten stets die neunte Symphonie von Beethoven vorgefetzt.

Bei der Größe Dresdens erscheint es wunderbar, daß neben der Königlichen Kapelle kein anderes erstklassiges Orchester vorhanden ist, denn als ein solches hat, bei aller Beliebtheit, die ihre Darbietungen genießen, die Gewerbehauskapelle sich noch nicht kundgegeben. Gleichwohl könnten die Gewerbehauskonzerte für das Dresdner Musikleben sich sehr nützlich erweisen, wenn es ermöglicht würde, für sie ein gut bezahltes, mit vorzüglichen Künstlern besetztes Orchester zu sichern und durch reichhaltige und interessante Programme all denen, die zu den Kapellkonzerten keinen Zutritt finden, die musikalische Literatur der Vergangenheit und Gegenwart nahezubringen. Ein solches Ziel hatte sich Jean Louis Nicodé gesetzt, als er in den neunziger Jahren mit Herbeiziehung des ausgezeichneten Chemnitzer Orchesters den Dresdnern vorzügliche Konzerte darbot, in welchen Bruckner, Berlioz, Liszt und verschiedene andere Komponisten sorgfältig vorbereitete Aufführungen erfuhren und die man mit großem Bedauern hat wieder verschwinden sehen.

Ferner gibt es hier noch mehrere, gewissen Vereinen angehörende Kapellen, die aber, wie z. B. die des Mozartvereins, nur eben für die Zwecke des betreffenden Kreises in Anspruch genommen werden dürfen, sowie gute, auch für Streichmusik eingeschulte Militärböden, von denen der unter Leitung des Musikdirektors Herrmann im Konzerthaus des Zoologischen Gartens sich produzierende hervorgehoben sei. Den von der Firma Ries alljährlich veranstalteten Konzerten steht die Gewerbehauskapelle zur Verfügung, doch treten in denselben weniger die aufgeführten Orchesterwerke, wie die Vorträge der hierfür engagierten Solisten in den Vordergrund. Im übrigen bietet die Gewerbehauskapelle, die im Sommer sich auf dem Belvedere der Terrasse hören läßt, populäre Unterhaltungskunst, hat aber im Winter für den Sonnabend ein Symphoniekonzert eingeführt, in welchem neben klassischer Musik auch manches neuere Werk zum Vortrag gelangt und das beim Dresdner Publikum ausgesprochene Beliebtheit genießt.

Der Kammermusik widmet sich in ausgedehntester Weise der hiesige Tonkünstlerverein, der 1854 begründet, im Dresdner Musikleben eine große Rolle spielt und dessen sehr zahlreiche inaktive Mitglieder zum Teil den allerhöchsten Zirkeln der Residenz angehören. Die ausführenden Kräfte sind in ihrer Mehrheit der Königlichen Kapelle entnommen, und infolgedessen finden ausnahmsweise auch Orchesterwerke in den Programmen der Aufführungsabende Platz. Im übrigen aber ergänzen sich die Mitwirkenden aus der Zahl der einheimischen Sänger und Virtuosen. Freilich war die holde Weiblichkeit bisher systematisch ausgeschlossen und selbst die Zulassung einer Dame bei den Übungsabenden konnte nur ausnahmsweise erreicht werden. Zu den vier öffentlichen Vortragsabenden, die sich eines sehr zahlreichen Zuspruches erfreuen, hat aber das gesamte Dresdner Publikum Zutritt; auch werden sie nicht selten durch den Besuch des Hofes ausgezeichnet. Bei der ausgesprochenen Vorliebe der inaktiven Mitglieder für ältere Musik, welcher gern Rechnung getragen wird, weisen die Programme nicht nur viele der klassischen Instrumentalmusik angehörige, sondern auch manche bereits vergessene Werke auf, von denen einige durch ihren hohen Wert die Ausgrabung rechtfertigen, während bei andern die Notwendigkeit einer solchen nicht so zwingend erscheint. Eine besondere Bevorzugung erfahren Kompositionen für Blasinstrumente, die in der Königlichen Kapelle bekanntlich ganz ausgezeichneten Künstlern anvertraut sind, während die neuere Kammermusik deren Verwendung bei einseitiger Benützung der Streichinstrumente und des Klaviers fast ausgeschlossen hatte. Die Wiederheranziehung dieser Blasinstrumente kann nur erfrischend wirken und muß freudig anerkannt werden, um so mehr, als vortreffliche ältere, insbesondere Mozartsche Tonstücke vorliegen, die einen außerordentlichen Klangzauber ausüben.

Auch außerhalb des Tonkünstlervereins hat sich die Kammermusik hier von jeher einer sorglichen Pflege erfreut, und die von Lauterbach, Rappoldi und dem erst kürzlich verstorbenen Lewinger veranstalteten Quartett-Soireen werden den meisten musikliebenden Dresdnern in angenehmer Erinnerung verblieben sein. Gegenwärtig besitzen wir nur die um Henri Petri gescharte Quartettvereinigung mit Wille, Spizner und Warwas, auf welche freilich Dresden stolz zu sein alle Ursache hat. Denn bei sorgfältigstem Studium und bewundernswertem Zusammenspiel erfreut sie uns durch einen edlen Wohlklang und eine unverkennbare begeisterte Hingabe an die vorgeführten Werke, sowie durch reichhaltige vornehme Programme, die sich vor der neueren Musikentwicklung nicht verschließen, aber in der großen älteren Literatur und namentlich Beethovens späteren Schöpfungen ihren festen Halt finden. Mit Lewingers Tode sind dessen Soireen eingegangen, mittlerweile aber ist eine Triovereinigung Bachmann, Bärtich

und Stenz ins Leben getreten, die sich ein anhängliches Publikum gesichert hat. Ferner wäre der fast allsonntäglichen im Musiksaale von Bertrand Roth stattfindenden *Matinées* zu gedenken, in welchen der treffliche Pianist sich häufig selbst hören läßt, in der Hauptsache aber vielen zeitgenössischen Consectern die Möglichkeit gewährt, vor einem gewählten Kreise von Musikverständigen zu Worte zu kommen. Außerdem mögen noch die volkstümlichen Abende der Innern Mission erwähnt werden.

Weniger gute Pflege als die Oper und die Instrumentalmusik hat bisher der Chorgesang in Dresden erfahren, obwohl es weder an Vereinen mangelt, noch an stimmbegabten Sängern und Sängerinnen. Außer den Kirchenchören, deren Wirksamkeit im wesentlichen sich nur in den Gotteshäusern kundgibt, existierten hier drei gemischte Chorvereinigungen, die bei gewissen Gelegenheiten zu einem gemeinschaftlichen Konzerte zusammentraten, im übrigen aber für ihre eignen Zwecke tätig waren und Aufführungen veranstalteten: die Dreyßigische und die Robert Schumannsche Singakademie sowie der Neustädter Chorgesangverein, von denen die beiden letzteren sich im Jahre 1904 vereinigt haben. Leider hat das Moltkesche Wort „Getrennt marschieren und vereint schlagen“ im vorliegenden Falle sich als weniger empfehlenswert erwiesen, da gerade die gemeinsamen Konzerte nur selten solche Eindrücke erzeugten, wie sie in bedeutend kleineren Städten ohne besondere Anstrengungen erzielt wurden und in Dresden bei energievoller einheitlicher Leitung gewiß auch nicht fehlen würden. Kantor Römhild hat mit seinem Kirchenchor verdienstvolle Aufführungen zustande gebracht und ebenso Johannes Reichert mit seiner Volksingakademie, die erst im Herbst 1900 zusammengetreten, schon ganz Überraschendes geleistet hat. Aber so imposante Chorvereinigungen, wie sie bereits 1856 Berlin in der Singakademie und dem Sternschen Vereine besaß und deren jede über mehr als vierhundert Stimmen gebot (in einer Stadt, die damals noch weniger Einwohner zählte, als das jetzige Dresden); solche einheitliche und stets großen Aufgaben gegenübergestellte Vereinigungen besitzen wir hier noch nicht und können vor der Hand auch noch keine Anzeichen bemerken, das eine so überaus wünschenswerte Vereinigung der vorhandenen Kräfte erhoffen ließe. — In den Dresdner evangelischen Kirchen bekommt man oft genug wertvolle Musik zu hören. Einen alten Ruf genießen die bis 1905 von Oskar Wermann energisch geleiteten, für jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr angesetzten *Vespern* des Kreuzkirchenchors. Letzterer bildete auch den Stamm, um den sich viele verstärkende Stimmen scharten, wenn Aufführungen großer Werke, wie der Matthäus-Passion von Bach, ermöglicht werden sollten. Gegenwärtiger Dirigent dieses Chores ist Otto Richter, der hauptsächlich Bach pflegt und in dessen Vorträgen man sich häufig am Spiel des Orgelvirtuosen Sittard erfreuen kann. In der Frauenkirche sind neuerdings

auch Vespere eingerichtet worden, die am selben Tage nachmittags 4 Uhr unter der Direktion des Kantors Schöne stattfinden. — Männerchöre gibt es in Dresden natürlich in ungeheurer Anzahl, und aus dieser mögen, als öfters ruhmvoll hervorgetreten, die Dresdner Liedertafel, der Lehrergesangverein, der Dresdner Männergesangverein und der Orpheus genannt sein. Der letztere konnte 1909 sein fünfundsiebzigjähriges Jubiläum, das mit einer Abschiedsfeier der Frau Wedekind verbunden war, feiern und zwar in den Räumen des Königlichen Opernhäuses.

1907 fand in Dresden auch eine der Tonkünstler-Versammlungen, jetzt feste genannt, des durch Liszt 1859 begründeten Allgemeinen Deutschen Musikvereins statt, die nach mehreren früher gemachten vergeblichen Versuchen erst in diesem Jahre sich hier hatte ermöglichen lassen. Der Verein, welcher bezweckt, die Werke zeitgenössischer Komponisten zur Darstellung zu bringen, vermittelte die Bekanntschaft mit manchen interessanten Schöpfungen für Orchester wie für Kammermusik, während das Hoftheater Aufführungen der Salome von Strauß und des Moloch von Schillings darbot. Infolge einer eigentümlichen Bestimmung waren die sämtlichen einheimischen Dresdner Komponisten bei diesen Konzerten unberücksichtigt geblieben, was um so auffälliger erschien, als derselbe Verein bei der 1908 in München abgehaltenen Versammlung dort eine ziemliche Anzahl von Kompositionen Münchner Komponisten zum Vortrag brachte.

Von Vereinen stehen neben dem ausführlich besprochenen Tonkünstlerverein verschiedene andere in Beziehung zur Musik, wie der durch Germer 1884 ins Leben gerufene, durch Eugen Krantz kraftvoll weitergeführte Musikpädagogischer Verein, der für die Dresdner Musiklehrerschaft sich sehr wohlthätig erwiesen hat, jetzt unter der gewissenhaften Leitung von Wilhelm Seifhardt steht und 1909 sein fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum erlebte. Ferner der Mozartverein, dessen Direktion nach des verdienstvollen Aloys Schmitt Abscheiden auf Max von Haken übergegangen ist, der hauptsächlich der Pflege des großen Künstlers, nach dem er benannt ist, sich widmen, im übrigen aber auch andere ältere Meister in den Bereich seiner Aufführungen ziehen soll.

Schließlich möge noch mit einem Worte der Musikinstitute gedacht werden, an denen Dresden ebenfalls keinen Mangel leidet. An erster Stelle steht das Königliche Konservatorium für Musik und Theater, das 1856 gegründet, heute über 1500 Schüler und eine sehr stattliche Lehrerzahl aufzuweisen hat und 1906 unter allgemeiner Teilnahme sein fünfzigjähriges Jubiläum begehen konnte. Ihm hierin bald zu folgen, war auch dem ältesten Lehrer der Anstalt, dem als Pädagogen hochverdienten Carl Heinrich Döring beschieden, der von allen anderen allein der Anstalt fünfzig Jahre seine Dienste gewidmet hat und noch heute

dasselbst tätig ist. Auf die jetzige Höhe wurde das Konservatorium erhoben durch die gewissenhafte, zielbewußte und energische Leitung des leider schon 1898 verstorbenen Eugen Kranz; seinen als Direktoren nachfolgenden Söhnen ist es mit Unterstützung und Hilfe vorzüglicher Lehrkräfte, die zum Teil der Königlichen Kapelle angehören, andrerseits sich aber auch aus vorzüglichen Schülern der Anstalt rekrutiert haben, ermöglicht worden, es bis jetzt auf dieser Höhe zu erhalten. Zu nicht geringem Ansehen hat sich die Musikschule von Schneider erhoben, sehr guten Rufes erfreut sich auch die Rollfußsche, jetzt von Gustav Schumann geleitete Damenakademie, die vorzugsweise das Klavierspiel pflegt, sowie das unter Lehmann-Ostens Führung stehende ehemalige Ehrlich'sche Institut, das auch den Gesang pflegt und Choraufführungen veranstaltet. Daneben leisten noch verschiedene Anstalten Verdienstliches.

Was den musikalischen Geschmack der Dresdner anbelangt, so hat sich derselbe in früheren Zeiten vielleicht hie und da als ein konservativer kundgegeben. Doch würde man den Bewohnern der Elbstadt Unrecht tun, wenn man sie durchweg als musikalisch konservativ gesinnt bezeichnen wollte. Schon die sympathische Aufnahme der Berlioz'schen Schöpfungen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts sowie die große Popularität, die Richard Wagner sich in frühester Zeit hier erworben, dürften dagegen sprechen. Neuerdings ist jedoch in ganz Deutschland der musikalische Geschmack vielen Schwankungen ausgesetzt worden und bis jetzt darin verblieben, beides aus sehr begreiflichen Gründen. Wie bekannt, hat sich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts fast in allen Künsten eine stürmische Strömung erhoben, die man nach diesem Zeitraum geradezu als *fin de siècle*-Bewegung bezeichnet hat und die mit dem Schluß des Jahrhunderts nicht zu Ende gekommen ist. Sehr bemerklich machte dieselbe sich in der Musik, insbesondere als ein hochbegabter Komponist Pfade beschritt, auf welchen ihm zu folgen jeder der früher so hart angefeindeten Zukunftsmusiker gerechtes Bedenken getragen hätte. Aber diese Strömung Klarheit zu verbreiten, wären die Kritiker berufen gewesen, die sich ja früher oft als Zionswächter gebärdet hatten. Aber wunderbarerweise zeigte sich angesichts der neuesten, das künstlerisch Häßliche bevorzugenden Entwicklung ein großer Teil der deutschen Kritiker keineswegs abwehrend, vielmehr zustimmend; ja es machten sich Heißsporne bemerkbar, denen der künstlerische Radikalismus noch zu lau erschien und die die Komponisten zu immer tolleren Wagnissen anfeuertem. In Dresden ließen sich zwar gegnerische Stimmen deutlich vernehmen, doch machte die allgemeine Strömung sich so stark geltend, daß das Publikum sich oft nicht mehr zurecht fand, rechts und links nicht mehr zu unterscheiden wußte und ruhig alles über sich ergehen ließ.

Dieser Zustand dauert leider, wie in ganz Deutschland, auch hier noch fort, doch gibt es Anzeichen, daß er einem gesunderen wieder weichen werde. Aus

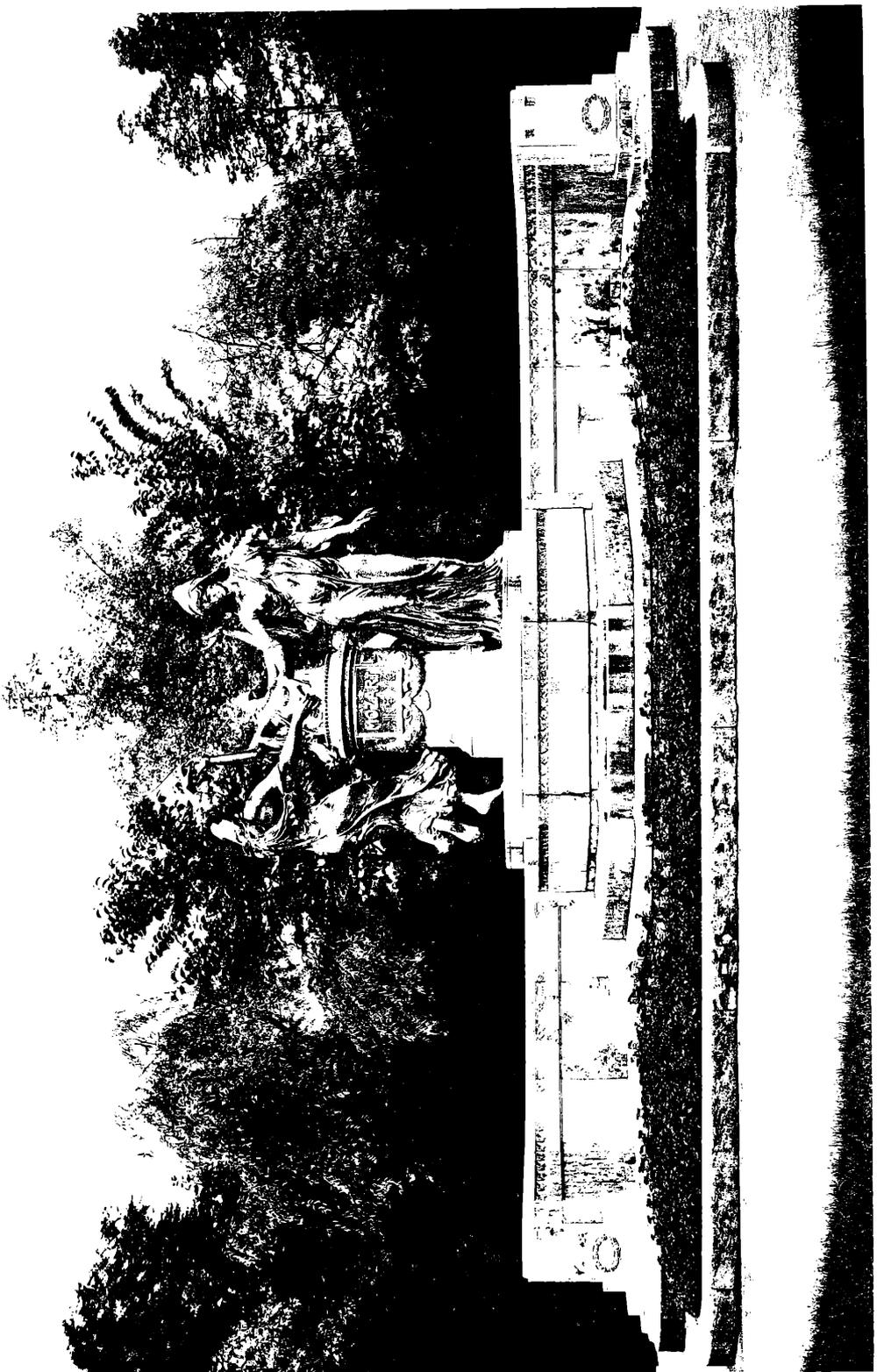
Musik.

den lebhaften Sympathien, die der Mozartverein hier wachgerufen, und aus dem Jubel, mit dem in Petris Soireen gar nicht selten Haydn'sche Quartette begrüßt werden, läßt sich schließen, daß die moderne Unmusik noch nicht überall siegreich geblieben und ein gesunder musikalischer Sinn noch keineswegs ertötet worden ist.

Andrerseits hat aber, wie schon im Anfang erwähnt, diese letzte Epoche durch die überaus schwierigen Aufgaben, die sie den reproduktiven Kräften zugewiesen, deren Fähigkeiten in so ungeahnter und staunenerregender Weise entwickelt, daß wir hoffen können, bei Eintritt wohlthuenderer Kunstzustände und einer weniger geschraubten und raffinierten Empfindungsart werde nachfolgenden glücklicheren Zeiten der Segen dieser Errungenschaften voll zugute kommen und Dresden die Möglichkeit gewähren, als berühmte große Musikstadt auf weitere Zeiträume hinaus zu glänzen und sich geltend zu machen.

Felix Draeseke.





Mozart-Denkmal in der Bürgerwiese

XIV.

Leibesübungen, Sport und Volkserholung.

Aus den hier einschlägigen Gebieten ist mehr von Fortschreiten auf bereits vor 1903 eröffneten Wegen als von Erschließung neuer Bahnen zu berichten. Am meisten gilt dies vom Schulturnen, das ja als Pflichtfach an allen Volks- und Mittelschulen der äußeren Werbetätigkeit enthoben und dem zu wünschen ist, daß es dafür überall im Sinne der neuen Lehrordnung für die Bürger- und Bezirksschulen von 1908 mit der inneren Werbekraft zur Jugendlust an der Leibesübung betrieben wird. Daß Versuche, sich diesem Unterricht zu entziehen, in Dresden nicht häufig sind oder doch bei unseren Ärzten nicht so leicht Unterstützung finden, zeigen anderen, besonders preußischen Großstädten gegenüber die geringen Befreiungen von ihm an unseren höheren Schulen¹⁾. So kann im hundertsten Jahre nach der Eröffnung des ersten Turnplatzes durch F. L. Jahn festgestellt werden, daß in unserer Stadt mit etwa einer halben Million Einwohner 30 000 Schüler und 22 000 Schülerinnen klassenweise einen wöchentlich zweistündigen Turnunterricht hatten und daß hierfür außer den Plätzen etwa 90 Schulturnhallen, darunter 16 in den Jahren 1903 bis 1909 erbaute, zur Verfügung standen. Was die Aufwendungen für diese Bauten und ihre Ausstattung sowie für die Lehrkräfte anlangt, sicher ein über die kühnsten Hoffnungen jener Zeit hinausgehender Erfolg. Andererseits würde aber wohl die zu starke Gebundenheit des Turnunterrichts an diese Hallen — zum Teil wegen nicht ausreichender Staubfreiheit der Plätze und bei den Volksschulen zu geringer Ausstattung derselben mit Geräten — den Männern jener Zeit ihre damals draußen in der Heide geübte Kunst jetzt zu sehr als Stubenkunst erscheinen lassen. So finden die Bestrebungen nach möglichster Verlegung der Übungen in die freie Luft auch hier Unterstützung, wie seit Jahren durch unsern Turnlehrerverein. Auch das sogenannte *Ze h n m i n u t e n t u r n e n* in Unterrichtspausen, das seit 1906 eine steigende Anzahl hiesiger Volks- und höheren Schulen betreibt, um der Sitzarbeit möglichst täglich durch dazu besonders

¹⁾ Der Verfasser hat hierfür in der Monatschrift für das Turnwesen 1905 Seite 321 flg. Belege gegeben.

ausgewählte Übungen ein Gegengewicht zu bieten, tritt in den Dienst dieser Bestrebungen, insofern es in der Regel gemeinsam im Schulhof unternommen wird¹⁾. Noch weit mehr gilt dies von den **Bewegungsspielen**, die einen ihrer größten Vorzüge eben darin haben, daß sie im Freien möglichst außerhalb enger Schulhöfe und rauch- und staubdurchsetzter Straßenviertel vorgenommen werden. Ihren Besuch wenigstens für einmal in der Woche verbindlich zu machen, hat man sich hier noch nicht entschließen können. Für die Volksschüler bieten jetzt teils einzelne Bürger- und Bezirksschulen einige Gelegenheit zu ihnen, teils die vom Gemeinnützigen Verein mit städtischer Beihilfe seit 1883 veranstalteten Spiele. Bei diesen sind in den 25 Jahren von 1884 bis 1908 durchschnittlich 16 984 Besuche von Knaben, 30 689 von Mädchen gezählt worden, und zwar im Jahre 1885 9570 Knaben und 11 152 Mädchen, im Jahre 1907 34 176 und 57 835. Ihre Leitung hat im Jahre 1905 durch den Tod des Seminaroberlehrers Netsch, der sich seit 1884 besonders um die Spiele der Mädchen hervorragend verdient gemacht hat, einen empfindlichen Verlust erlitten. Die mit Spielen verbundenen, seit 1893 vom Verein Volkswohl unternommenen **H e i d e f a h r t e n** sind auch in den Sommern 1903 bis 1909 mit rund 1350 Kindern bei jeder der etwa 25 Fahrten fortgesetzt worden. Für die Spiele der höheren Schulen hat hier 1903 der VI. Kongreß für Volks- und Jugendspiele mit Vorführung von Spielen durch ausgezeichnete norddeutsche Mannschaften eine nachhaltige Anregung gegeben. Auch hat man, von der Stadt durch Bewilligung größerer Mittel für die Aufsicht unterstützt, seit 1907 zum Teil wenigstens zum sogenannten halben Zwang gegriffen, d. h. zur Einwirkung auf die Eltern zum Versprechen des Besuchs der Spiele durch ihre Kinder oder zur freiwilligen Verpflichtung der Schüler selbst, und hat damit wesentlich stärkeren Besuch und stetigeren Betrieb erreicht.

Auch für die **Wanderungen** der schulpflichtigen Jugend machen die Verhältnisse der Großstadt eine Anregung und Unternehmung außerhalb der Familien nötig, da sie, diesen überlassen, ungeachtet ihres vielfachen Wertes meist ganz unterbleiben würden. Soweit es sich um Ausflüge von Lehrern mit ihren Klassen handelt, haben die genaueren Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Haftpflicht der Unternehmungslust einen Hemmschuh angelegt, der solcher freiwilligen Betätigung der Lehrer gegenüber nur durch Übernahme der Folgen auf die Stadt oder andere Schulbehörden beseitigt werden könnte. Daß man auch in der Lehrerschaft das Bedürfnis anerkannt und zum Teil auch gern zu seiner Befriedigung bereit ist, beweist unter anderem für die höheren Schulen die Begründung

¹⁾ Vergl. das verdienstliche „Dresdner Spiel-, Turn- und Wanderbuch für Schüler“, herausgegeben von Fritz Eckardt. Dresden 1909, Seite 14; 1910, Seite 51.

der Dresdner Schülerreisen im Jahre 1907 durch eine Gruppe von Lehrern¹⁾, für die Volksschulen die Unterstützung der von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene seit 1909 unternommenen Ferienwanderungen besonders aus Lehrerkreisen. Bei letzteren sind in diesem ersten Jahre 2400 Schüler und 600 Schülerinnen in 42 ein- und 14 mehrtägigen Wanderungen geführt worden. Sehr aner kennenswert sind auch die von der Steingutfabrik Villeroy & Boch für die Kinder ihrer Arbeiter und Beamten seit 1902 unter Führung eines Lehrers und seiner Frau unternommenen Ferienwanderungen in die nähere Umgebung.

Schon mehr in das Gebiet der Hygiene gehören die meist von Lehrern oder Lehrerinnen geleiteten Ferienkolonien. Unser Gemeinnütziger Verein entsendet solche seit 1879 und hat sie stetig weiter entwickelt, sodaß er 1909 1300 Kinder für 3 bis 4 $\frac{1}{2}$ Wochen mit einem Aufwand von rund 41 580 *M* ausgesendet hat; außerdem konnte der Stadtverein für innere Mission im selben Jahr etwa 320 Kinder mit einem gleichfalls meist durch freiwillige Spenden aufgebrauchten Betrag von rund 9200 *M* in Sommerpflege bringen. — Auch der vom Dresdner Turnlehrerverein seit 1899 eingerichtete unentgeltliche Schwimunterricht an Bezirksschüler wird besonders dem Eintreten von Lehrern während der Sommerferien verdankt. Er ist nach Erhöhung der städtischen Beihilfe seit 1906 auch auf Mädchen ausgedehnt worden. Es nehmen etwa 500 Knaben und 300 Mädchen jährlich an ihm teil. — Für den Winter hat die Stadt der unbemittelten Schuljugend 13 Eisbahnen mit etwa 20 000 Quadratmeter Fläche unentgeltlich überlassen.

Zu den Leibesübungen der der Schule entwachsenen Bevölkerung leitet am besten über die Frage nach dem Stand der Sache bei der Jugend in den Jahren zwischen Schul- und Wehrpflicht. Daß hier in unseren öffentlichen Einrichtungen zum Schaden unserer Wehrfähigkeit und Volksgesundheit eine Lücke klappt, ist in den letzten Jahren in Deutschland an vielen und zum Teil sehr beachtlichen Stellen ausgesprochen worden. So auch in Dresden, aber zur Überwindung der Schwierigkeiten ist auch hier noch wenig geschehen; das Nächstliegende, die Einführung des Turnunterrichts in der Fortbildungsschule, stößt auf bis jetzt unbesehbare Hindernisse. Auch die vom Schulamt begünstigte Empfehlung des Eintritts in die Jugendabteilungen von Turnvereinen durch die Fortbildungsschulen oder Lehrherren hat nur geringen Erfolg gehabt. Einige Fachschulen haben aber Turnunterricht zu erteilen begonnen. Wenn die genannten Jugendabteilungen

¹⁾ Vergl. Seite 17 des oben unter ¹⁾ angeführten Büchleins. Die Dresdner höheren Schulen melden seit Jahren die meisten Schüler für die mitteldeutschen und böhmischen Schülerherbergen an, z. B. 1909 von 36 275 2526. Auch ist die Auskunftsstelle für Jugendwandern des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele von Dresden aus angeregt worden und hat hier ihren Sitz. Vergl. Raydt und Eckardt, Das Wandern, 2. Auflage. Leipzig 1910.

doch von 1905 bis 1909 von 653 auf 1014 Mitglieder gestiegen sind, so ist das eine Folge besonders der Herabsetzung der Beiträge, die ermöglicht und ausbedungen worden ist durch den zuerst im Stadtverordnetenkollegium angeregten Beschluß der städtischen Körperschaften vom Jahre 1906, die Entschädigung für die Heizung und Beleuchtung der von den Vereinen mit benutzten städtischen Schulturnhallen von 1906 bis 1910 mit 4300 M auf die Stadtkasse zu übernehmen.

Die Verhandlungen der Stadtverordneten hierüber im Februar 1906 haben zum ersten Male die Scheidung der hiesigen **T u r n v e r e i n e** in solche der seit 1861 bestehenden Deutschen Turnerschaft und solche der 1893 gegründeten Freien Turnerschaft für Dresden und Umgebung öffentlich zur Sprache gebracht. Die letztere ist ein Teil des Arbeiterturnerbundes Deutschlands, der den Zweck hat, seine Mitglieder in Absonderung von der Deutschen Turnerschaft leiblich zu üben, die ja Mitglieder aus allen Ständen aufnimmt, aber nach § 2 ihres Grundgesetzes auch deutsches Volksbewußtsein und vaterländische Gesinnung pflegen will. Die freie Turnerschaft zählte 1909 in Dresden 11 Vereine mit 1546 Turnern und Turnerinnen gegen 11 mit 1478 im Jahre 1903, ist also bei meist wegen des Versagens der Schulturnhallen ungenügenden Turnräumen noch etwas schwächer gewachsen wie die Vereine der Deutschen Turnerschaft, deren es 1903 30 mit 6030 Vereinsangehörigen über 14 Jahre, 1909 28 mit 6883 gewesen sind, deren Mitgliederzuwachs aber nur den Abteilungen der schon genannten Jugendturner und der Turnerinnen zu verdanken war trotz der Neubegründung des rasch gewachsenen und mit Nachtturnen, Lichtluftbädern und anderem einen eigenartigen Betrieb pflegenden „Vereins für Turnen und Bewegungsspiele Turnlust“ im Jahre 1903. — Einen großen Verlust hat der Turnsache in Dresden und Sachsen am 7. Januar 1906 der Tod des früheren Direktors der Turnlehrerbildungsanstalt und ersten Vertreters des sächsischen Turnkreises Professor Wold. Bier bereitet. Die Turner Sachsens haben 1908 sein Grab auf dem inneren Neustädter Friedhof mit einem würdigen Denkstein geschmückt.

Was die Betriebsart des Turnens anlangt, so hat es hier auch in den Jahren seit 1903 nicht an Versuchen gefehlt, die Vorzüge der schwedischen Gymnastik zu empfehlen, auch haben sich die hiesigen Turnvereine ein Bild des schwedischen Betriebes zu verschaffen gesucht durch Einladung der von den Olympischen Spielen aus Athen heimkehrenden schwedischen Mannschaft zu einer Vorführung in der Halle des Allgemeinen Turnvereins am 9. Mai 1906. So glänzend aber die Leistungen dieser aus den Besten des Landes ausgewählten Mannschaft auch waren, so haben sie doch für die schwedische Gymnastik als solche geringe Werbekraft ausgeübt. Die Versuche zu ihrer Einführung sind hier auf eine Privatmädchenschule

und einige Privatlehrgänge beschränkt geblieben. Wohl aber sind die Turnlehrer auch hier nach wie vor darauf bedacht, von den Schweden besonders für das Schulturnen zu lernen, was auch für uns nutzbar sein könnte. Sehr beachtlich sind daneben auch die Bestrebungen, im Turnbetrieb der Schulen mit Verzicht auf über Gebühr gepflegte Kunstformen mehr die im Leben verwendbaren Übungen zu betreiben¹⁾.

Vom Turnen unterscheidet sich der Sport durch die Pflege nur einzelner Leibesübungen und das damit meist und besonders in den Sportvereinen verbundene Streben nach hohen Leistungen, und zwar zum Teil ungeachtet der gesundheitlichen Nachteile, die Einseitigkeit und Übertreibung mit sich bringen. Am meisten zeigen wohl die Radrennen mit auf Motoren voranfahrenden sogenannten Schrittmachern den weiten Abstand solcher auf die gespannte Schaulust von Tausenden berechneter Vorführungen weniger meist ganz ihrem Sport lebender und hohe Gewinne als Preis ihres Einsatzes an Gesundheit beziehender Sportsleute von den Bestrebungen, die Leibesübungen möglichst breiten Schichten der Bevölkerung zugut kommen zu lassen, und von deren Wettkämpfen nur um einen Eichenkranz. Für solche R a d r e n n e n hat der 1900 gegründete Dresdner Verein für Radwettfahrten im Jahre 1909 mit Aufwendung von 215 000 M für den Platz und 120 000 M für den Bau bei Reich eine neue stattliche Bahn hergestellt. So steht dem Sport überhaupt leichter Kapital zur Verfügung, er rechnet auch wegen der dem einzelnen durch ihn erwachsenden höheren Kosten mehr auf Beteiligung der „besseren“ Kreise und gilt als feiner. Aber auch die Einfachheit der einseitigen Übung und vor allem, daß er fast immer ins Freie führt, werben für ihn. So ist denn die Beteiligung an ihm in den Jahren 1903 bis 1909 besonders stark gestiegen und das ist wohl das Bemerkenswerteste, was auf unserem Gebiete für diesen Zeitraum zu berichten ist. So vereinigte z. B. 1903 der Verband Dresdner B a l l s p i e l v e r e i n e 386 Mitglieder in 7 Vereinen, 1909 umfaßte die seitdem begründete hiesige Unterabteilung des Verbandes mitteldeutscher Ballspielvereine 26 Vereine mit 1525 Mitgliedern und außerdem spielten noch etwa 25 Vereine mit 700 Mitgliedern Fußball. Dazu kommt noch das von so vielen kleinen Gruppen in gleichfalls gestiegenem Umfang betriebene Tennisspiel und das erst in den letzten Jahren aufgekommene Hockeyballspiel! Die erstgenannten Vereine treiben außer dem Ballspiel noch andere vollstümliche Leibesübungen als sogenannte Leichtathletik und veranstalten für sie „Olympische Spiele“. — Von den drei hiesigen R u d e r v e r e i n i g u n g e n ist die größte, der Dresdner Ruderverein, von 250 (1903) auf 380 (1909) Mitglieder gewachsen und

¹⁾ Vergl. Eckardt, Der Turnunterricht, entwickelt aus den natürlichen Bewegungsformen. Dresden 1908.

hat sein Klubbootshaus in Blasewitz 1908 bedeutend vergrößern müssen, der Dresdner Ruderklub hat 1909 ein neues Bootshaus in Cotta erbaut. — Auch der Betrieb des *f e c h t e n s* hat in den letzten Jahren neue Anregungen bekommen.

Das *f a h r r a d* wird ja jetzt mehr zu rascher Zurücklegung nötiger Wege benutzt als zu Sportzwecken; für seine immer noch steigende Benutzung gibt einen Anhalt, daß unsere Polizeidirektion für das Jahr 1903 25 627 Radfahrkarten ausgegeben hat, im Jahre 1908 aber 33 403 von den seitdem eingeführten Dauerkarten. Zum Sächsischen Radfahrerbund gehörten 1903 hier 9, 1909 20 Vereine mit rund 1000 Mitgliedern, zum Deutschen Radfahrerbund in beiden Jahren 16 Vereine mit rund 450 Mitgliedern. — Das vor etwa 30 Jahren nur auf einzelnen Bahnen, den Skating-rinks, mögliche *R o l l s c h u h f a h r e n* ist neuerdings auf den Asphaltstraßen der Großstädte und so auch bei uns besonders unter der Jugend wieder aufgelebt, wird aber auch wieder in Hallen als gefällige Kunst geübt. — Erfreulich hat sich auch die *L u f t a m W a n d e r n* gehoben und das Bestreben, sich hierfür nach dem Vorgang unseres verdienstvollen Gebirgsvereins für die sächsische Schweiz zu kleineren oder größeren Gruppen zu vereinigen. Die beneidenswerte Lage, die Dresden ebenso durch seine nähere wie die weitere Umgebung vor vielen Großstädten voraus hat, trägt hierzu ihr gutes Teil bei. Ein Blick in die Vorhalle unseres Hauptbahnhofes am Sonntag vor 7 Uhr versetzt uns gleichsam in eine Stadt am Fuße der Alpen. Zu einem echten Sport auch mit zweckloser Herausforderung von Lebensgefahr wird dabei das Klettern in den Felsen unseres Elbsandsteingebirges. — Eng damit zusammen hängen die auch gerade in den letzten Jahren noch außer dem Schlittschuhlaufen in vorher ungeahnter Weise aufgekommenen neuen Betätigungen des *W i n t e r s p o r t s*, das Schneeschuhlaufen und das Rodeln. Für dieses wetteifern auch unsere hierzu geeigneten Vororte Bahnen anzubieten. — Einem *S c h w i m m v e r e i n* tritt wohl meist nur bei, wer Kunstspringen, Dauer- oder anderes Wettschwimmen pflegen oder eine Werbetätigkeit besonders bei der Jugend ausüben will. Auch die Zahl dieser Vereine hat sich von 6 im Jahre 1903 auf 11 im Jahre 1909 gehoben, von denen 8 (5 für Herren, 3 für Damen) mit etwa 850 Mitgliedern oder jugendlichen Angehörigen dem sächsischen Kreis des Deutschen Schwimmverbands angehören. Dem Schwimmen, besonders in der ungünstigen Jahreszeit, hat im Jahre 1906 die Errichtung des städtischen Bades aus den Mitteln der Günzschschen Stiftung mit zwei den ganzen Tag über zugänglichen Schwimmbecken für Männer und für Frauen außerordentlichen Vorschub geleistet. — Sehr bemerkenswert für das Bedürfnis des modernen Großstadtmenschen und für neuere hygienische Anschauungen ist auch die Gründung und zum Teil starke Benutzung einer Reihe von *L i c h t - u n d L u f t - b ä d e r n* in Dresdens Umgebung.

Das Wenige, das von den Leibesübungen der Schüler unserer drei Dresdner Hochschulen leider nur zu berichten ist, fällt auch mehr in das Gebiet des Sportes. Denn von den beiden akademischen Turnverbindungen zählte die eine 1909 nur 15 Mitglieder, die andere war im Erlöschen. Dafür werden genannt zwei akademische Sportvereine und akademische Abteilungen des Dresdner Fechtclubs, des Dresdner Rudervereins und des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins; einige Verbindungen pflegen das Fechten. Zu allgemeinerer Teilnahme will der 1909 in Leipzig gegründete Akademische Sportbund anregen, der zurzeit von Dresden aus geleitet wird, und außerdem hat man hier 1909 von der Gründung eines Ausschusses zur Pflege der Leibesübungen an den Dresdner Hochschulen aus Vertretern der genannten Vereine und anderer Korporationen gelesen.

Zwei Sportarten, die nicht mehr zu den Leibesübungen und auch zum Sport nur bedingt gerechnet werden können, dafür aber im praktischen Leben Bedeutung teils schon erlangt haben und noch mehr erlangen können, muß zum Schluß noch gedacht werden, weil sie gerade in den letzten Jahren auch in Dresden viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben: des Fahrens mit Kraftfahrzeugen und der Luftschiffahrt. Kraftfahrzeuge waren bis 1903 hier nach einer Mitteilung der Königlichen Polizeidirektion 142 angemeldet und zwar 94 Kraftwagen und 48 Kraftträder, 1909 dagegen 889, wovon 811 zur Personen-, 78 zur Lastenbeförderung, und zwar 369 Kraftwagen, 320 Kraftträder. Zur Förderung dieses Verkehrsmittels bestehen seit 1906 der Sächsische, seit 1908 der Dresdner Automobilklub und außerdem zwei Motorfahrervereinigungen und zur Vertretung ihrer Interessen die Autoliga Sachsen. Das starke Interesse für die Luftschiffahrt bekundet, daß der von Dresden aus geleitete Sächsische Verein für Luftschiffahrt Ende 1909 schon 568 Mitglieder zählte, 4 Ballons besaß, 36 Führer ausgebildet hatte und im Jahre 1909 71 Aufstiege veranstaltete, darunter 39 von Reich, 16 von Weißig aus. Die Förderung des Verkehrs lenkbarer Luftschiffe bestrebt der 1908 in Mannheim gegründete Deutsche Luftflottenverein, für den sich auch hier bald eine Ortsgruppe mit etwa 400 Mitgliedern gebildet hat, die dann 1909 wieder die Gründung eines Landesverbandes Sachsen veranlaßt hat.

Sowohl den turnerischen wie den sportlichen Leibesübungen wollen einen Sporn geben die 1898 auf eine Anregung des Oberbürgermeisters Beutler in Gemeinschaft mit diesem von dem damaligen Vorsitzenden des Allgemeinen Turnvereins Professor Paul Weidenbach († 5. Juli 1909) ins Leben gerufenen Vaterländischen Festspiele. Ihre Bedeutung hat 1905 König Friedrich August durch Übernahme der Schutzherrschaft anerkannt. Ihre Verlegung im Jahre 1903 auf die von der Stadt zu Spielen freigegebenen und etwas hergerichteten Elbwiesen bei „Antons“

mit der sehr glücklich durch den hohen Damm der Hochuferstraße gebildeten Zuschauertribüne hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen. Besonders lebhaft ist die Teilnahme an der 1903 gegründeten Gruppe von Schülern höherer Lehranstalten geworden, deren Ausschuß auch eine über diese Spiele hinausgreifende Wirksamkeit für die Leibesübungen dieser Schuljugend eröffnet hat, und als nicht minder erfreulich ist endlich zu berichten, daß das Generalkommando des 12. Armeekorps seit 1907 die Beteiligung von Unteroffizieren und Mannschaften gestattet und daß von dieser Erlaubnis in steigendem Umfange Gebrauch gemacht worden ist¹⁾. Die äußerst beachtlichen Gedanken, die der Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt im Oktober 1909 bei einem Festmahl der priv. Bogenschützengesellschaft als der Veranstalterin der sogenannten „Dresdner Vogelwiese“ über die bessere Gestaltung unserer V o l k s f e s t e ausgesprochen hat, würden durch die weitere Ausgestaltung solcher Festspiele am ersten verwirklicht werden können, wie z. B. durch die Beteiligung unserer Sängerschaften.

Bei fast allen Unternehmungen, über die bis jetzt hier berichtet worden ist, spielt eine entscheidende Rolle die P l a t z f r a g e. So sehr einerseits die Großstadt das Bedürfnis entstehen läßt, auf nicht zu weit von ihren dichten Häuservierteln entfernten Plätzen Leibesübungen in freier Luft zu treiben, so erschwert sie andererseits die Befriedigung dieses Bedürfnisses durch die ungemeine Steigerung der Bodenpreise. Nur ganz wenigen Vereinen gelingt es daher, sich einen ausreichenden Platz für ihren Betrieb durch Erwerb zu sichern. Die Beschaffung der Plätze wird so, um dem Gemeinwohl förderliche Bestrebungen nicht verkümmern zu lassen, zu einer Aufgabe der Stadtgemeinde und anderer Behörden. Auch die Stadt Dresden ist sich dieser Pflicht bewußt geworden und hat einige große Plätze für solche Zwecke eingeräumt; so aus den Mitteln der Günzischen Stiftung den sogenannten Sportplatz an der Lennéstraße und mit Hergabe von Land im Überschwemmungsgebiet der Elbe die Spielwiesen am Johannstädter Ufer, an der alten Weißeritzmündung und an anderen Stellen; auch plant sie die Einrichtung eines weiteren Platzes auf den 1908 erworbenen Wiesen unter dem Waldschlößchen. Auch staatliche Behörden haben z. B. die Benutzung des Maunplatzes und der sogenannten Eichenwiese im Großen Garten gestattet. Der 1909 verstorbene Vorstand des für diese Sache zunächst zuständigen städtischen Tiefbauamtes Hermann Klette hatte dieser Frage besondere Aufmerksamkeit geschenkt und so auch für die 30. Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege 1905 in Mannheim einen der Vorberichte zu der Verhandlung über die Bedeutung öffentlicher Spiel- und Sportplätze für die

¹⁾ Über diese Vaterländischen Festspiele und andere Bemühungen zur Förderung der Leibesübungen hat der Verfasser eingehend gehandelt in den Aufsätzen über „Dresden und die Leibesübungen“ im Dresdner Anzeiger vom 31. August und 7., 8. und 9. September 1903.

Volksgesundheit erstattet und in ihm die Dresdner Verhältnisse als Beispiel behandelt¹⁾. Er legte den Stadtverwaltungen vor allem ans Herz, „wo Baupläne über noch unbebaute Gebiete neu aufgestellt werden, Vorsorge zu treffen, daß für Spielzwecke geeignete Plätze mit vorgesehen werden“. Wir können diese hochwichtige Aufgabe, da wir hier auch über Maßnahmen zur Volkserholung zu berichten haben, gleich erweitern: nicht nur für Spiel-, sondern im weiteren Sinn für Erholungszwecke. Dresden ist hierfür in einer vor manchen anderen Großstädten bevorzugten Lage. Das Hochflutbett der Elbe bietet breite, der Bebauung entzogene Wiesenflächen und die Randhöhen am rechten Elbufer einen nahen, ausgedehnten Wald. Dieser ist freilich durch die Anlage der Schießplätze in seinem nächsten Teile der öffentlichen Benutzung fast ganz entzogen und bittet daher wie von selbst für seine übrigen Teile, auch soweit sie die Stadt nicht schon 1898 in äußerst erfreulicher Weise ihren Bürgern als König-Albert-Park gesichert hat, um Schonung. So insbesondere für den vom Staatsfiskus bis 1913 dem Verein Volkswohl als Heideparck überlassenen Teil! Ferner genießen die dem Großen Garten und der Bürgerwiese nahen Stadtteile damit eine besondere Gunst. Die Fürsorge der Stadt hat sich also hauptsächlich auf die südlichen und westlichen Vororte zu erstrecken, die ja mit ihrem Höhenrande dazu einladen. Auch außer der Einrichtung des Volksparkes am Räcknitzer Hochbehälter des Wasserwerks im Jahre 1898 ist hierzu 1909 mit den 7 Hektar großen städtischen Anlagen auf vormals Leutewitzer Flur ein ansehnlicher Anfang gemacht worden. Für Plauen haben die Bienertschen Stiftungen des Westendparks und der Anlagen vor dem Hohen Stein einen erfreulichen Grundstock und dazu der 1909 gleichfalls von den Brüdern Bienert ermöglichte Wettbewerb für einen Bebauungsplan beachtliche Anregungen gegeben. Es ist aber durchaus zu befürworten, daß von dem Wunsche des 1906 zur Förderung dieser Sache gegründeten „Volksparkvereins Naturschutz“, einen Anlagen-gürtel von Strehlen über die Höhen bis zum Schoner Grund zu schaffen, noch weitere Teile verwirklicht werden. Im Vorort Naußlitz hat dieser Verein mit städtischer Beihilfe Spielplätze von 2½ Hektar Fläche geschaffen.

Ähnlichen Bedürfnissen entspricht der Wunsch nach dem Besitz eines Gartens vor der Stadt. Die Aufteilung größerer Landstücke zu Kleingärten hat in den letzten Jahren rings um die Stadt außerordentlich zugenommen, wie ein dem Verfasser vom Stadtvermessungsamte ausgearbeiteter Plan dieser Anlagen ergibt. So erfreulich das ist, so ist doch zu bedauern, daß diese Gartenkolonien nur zum geringsten Teile nach dem

¹⁾ Vergl. die Deutsche Vierteljahrschrift für öffentliche Gesundheitspflege, Band 38, und „Körper und Geist“, 15. Jahrgang (mit Plänen und Abbildungen).

Grundsatz der Leipziger Schrebergärten angelegt sind, d. h. von dazu gebildeten Vereinen nach einheitlichem Plan mit Ausparung eines gemeinsamen Spielplatzes, Milchversorgung für die Kinder u. a. Ein solcher Zusammenschluß wäre auch sehr erwünscht, um auf eine nicht zu plan- und geschmacklose Gestaltung der Gartenhäuschen hinzuwirken. Auf Anregung des Oberbürgermeisters hat sich ein Ausschuß gebildet, um hierin auf Besserung hinzuwirken.

Überblicken wir die in diesem Abschnitte behandelten Gebiete meist öffentlicher Tätigkeit, so lassen sie sich ganz überwiegend unter den Gesichtspunkt stellen, daß in Dresden im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts das Bedürfnis, dem ungünstigen Einfluß der Großstadt durch Bewegung in freier Luft entgegenzuwirken, in sehr verstärktem Grade empfunden worden ist und auf mannigfaltigen Wegen Befriedigung gesucht hat.

Heinrich Stürenburg.





Ballwerfer auf dem Güntzplatz

Sachregister.

- Abgaben 111 fg. 118.
 Annenkirche 14.
 Arbeiterstreiks 212 fg.
 Arbeiterverhältnisse 153 fg.
 197 fg.
 Arbeitervereine 220.
 Arbeiterversicherung 229 fg.
 Arbeitslöhne 205 fg. 222. 227.
 Arbeitslosigkeit 216 fg. 220.
 Arbeitsnachweis 218.
 Arbeitszeit 209 fg.
 Artesischer Brunnen 22.
 Augustusbrücke 9.
 Automobilroschken 186.
 Automobilspport 297.
- Bakteriologisches Institut 94.
 Ballwerfer 22.
 Banken 168 fg.
 Barnewitz, Maschinenbau-
 anstalt 144.
 Bantätigkeit 41 fg.
 Bauvereine, gemeinnützige
 231 fg.
 Bauwesen 1 fg.
 Bebauungspläne 18.
 Bodenkreditanstalt 13.
 Betonbau 248.
 Bevölkerungsverhältnisse
 23 fg.
 Bezirkschulen 16.
 Bienerische Hofmühle 152.
 Bildhauerei 264.
 Bildungswesen 249 fg.
 Bismarckdenkmal 21.
 Bismarcksäule 22.
- Christuskirche 13.
 Denkmäler 20 fg.
 Desinfektion 93 fg.
 Deutsche Bank 13.
- Dresdner Bank 170.
 Dresdner Bankverein 174.
 Droschken 186.
- Ehrlich'sches Gestift 14.
 Einkommenstatistik 37 fg.
 Einwohnerstatistik 23 fg. 45 fg.
 Eisenbahnverkehr 185.
 Elbverkehr 179 fg.
 Elektrizitätswerke 124 fg. 247.
 Ernemann, Kamerafabrik 152.
 Eschebach'sche Werke 144.
 Esders' Kaufhaus 20.
- Fabriken 143 fg.
 Felsenkellerbrauerei 150.
 Fernheizwerk 246.
 Fernsprechanstalten 191.
 Festspiele, vaterländische 297.
 Feuerbestattungsanstalt 15.
 96.
 Feuerwehrdepot 15.
 Finanzen, städtische 98 fg.
 Fortbildungsschulwesen 261.
 Frauenklinik 88 fg.
 Fremdenverkehr 194.
 Friedrich-August-Brücke s.
 Augustusbrücke.
 Fürsorgegesetz 235.
- Gartenkolonien 299.
 Gasfabriken 124 fg. 247.
 Gasometer in Reich 15.
 Gastwirtschaften 191.
 Gehe & Co., Drogengeschäft
 163.
 Gehe-Sammlung 249.
 Gemeindebetriebe 122 fg.
 Gemeindepflege 240.
 Gemeindesteuerordnung
 116 fg.
 Georgdenkmal 20.
- Gesundheitspflege 77 fg.
 Gewerbe 133 fg. 202 fg.
 Gewerbeschule 262.
 Gewerkschaften 220.
 Gleitsmann, Farbenfabrik
 148.
 Grundbesitzverhältnisse 41 fg.
 Grundrenten- und Hypo-
 theken-Anstalt 175.
 Grundstücksrisis 41 fg.
 Grundstückspreise 47. 66.
 Güntzbad 91.
 Güterverkehr 179 fg.
 Gymnasien 252 fg.
- Handel 161 fg.
 Handelskammergebäude 13.
 Handwerk 136.
 Haushaltplan 105 fg.
 Hausindustrie 137 fg.
 Heimatschutz 11.
 Hellerau 17.
 Hochschulwesen 243 fg.
 Hofoper 283.
 Hoftheater 270 fg.
- Industrie 133 fg. 202 fg.
- Josefskirche 14.
- Kanalisation 77 fg.
 Kartonnagenindustrie 149.
 Katholische Hofkirche 283.
 Kirchenbau 13 fg. 238.
 Kirchenbesuch 240.
 Kirchenmusik 241.
 Kirchenwesen 236 fg.
 Knauth & Weidinger, Lack-
 fabrik 149.
 König-Georg-Gymnasium 16.
 Konservatorium für Musik 288.
 Konzerte 284 fg.

Sachregister.

- Krankenhaus Friedrichstadt 89.
 Krankheiten, ansteckende 92 fg.
 Kreditanstalt für Industrie
 und Handel 175.
 Krematorium s. Feuerbestat-
 tungsanstalt.
 Kreuzkirchenchor 287.
 Künstlerhaus 13.
 Kunst, bildende 263 fg.
 Kunstausstellungen 266.
 Kunstgewerbe 268.
 Kunstgewerbeausstellung 14.
 Kunstgewerbeschule 6.
- Landgerichtsgebäude 7.
 Landständische Bank 12.
 Landwirtschaftl. Feuerversiche-
 rungs=Genossenschaft 12.
 Landwirtschaftl. Kreditverein
 12.
 Lebensmittelpreise 225.
 Lehrausstellung, deutsche 244.
 Leibesübungen 291 fg.
 Leichendienst 95.
 Leichenverbrennung 96.
 Lesehalle 251.
 Literarische Gesellschaft 280.
 Luthertagefeste 279.
- Mädchenschulwesen 256.
 Malerei 265.
 Mietpreise s. Wohnungs=
 mieten.
 Ministerialgebäude 7.
 Mozartdenkmal 21.
 Mozartverein 288.
 Müller, Nähmaschinenfabrik
 145.
 Museen 263.
 Musik 282 fg.
- Nähmaschinenzornfabrik
 149.
 Nymphenbrunnen 21.
- Omnibus 186.
 Opernhaus 283.
- Personenverkehr 185. 186.
 Pehold & Uulhorn, Schofo-
 ladenfabrik 150.
 Post- und Telegraphenwesen
 187 fg.
- Radfahrtsport 295 fg.
 Rathaus 4 fg.
 Realschulen 253 fg.
 Reichsbankhauptstelle 173.
 Religionsunterricht 260.
 Residenztheater 278. 284.
 Rudersport 295 fg.
- Sächsische Bank 169.
 Sächsische Diskontbank 174.
 Säuglingsheim 90.
 Schankwirtschaften 191.
 Schauspielhaus 270 fg.
 Schiffsverkehr 179 fg.
 Schlacht- und Viehhof 15. 84 fg.
 Schulwesen, höheres 252 fg.
 Schwemmkanalisation 77 fg.
 Schwimmsport 296.
 Seck, Mühlenbauanstalt 145.
 Seidel & Naumann, Fabrik 146.
 Soziale Fürsorge 229 fg.
 Sparkasse 12.
 Spar- und Bauverein 17.
 Spielplätze 298 fg.
 Sport 295 fg.
 Stadtschulden 130.
 Stadtvermögen 130.
 StädtebauSeminar 244.
 Ständehaus 9.
 Steuern 109 fg.
 Steuerordnung 116 fg.
 Steuerreform 113 fg.
 Straßenbahnen 69. 124 fg. 187.
 Straßenkehrer 82.
 Streiks s. Arbeiterstreiks.
- Superintendentur 12.
 Symphoniekonzerte 284.
- Tarifverträge 210 fg.
 Technik 246 fg.
 Technische Hochschule 8. 243.
 Theater 270 fg.
 Theaterplatz 10.
 Theaterverein 277.
 Tierärztliche Hochschule 248.
 Tonkünstlerverein 286.
 Trinkerheilanstalt 90.
 Turnen 291 fg.
 Turnvereine 294.
- Unterrichtswesen 243 fg.
- Verkehr 178 fg.
 Versicherungsgesellschaften
 176 fg.
 Veröhnungskirche 14.
 Villeroy & Boch, Steingut=
 fabrik 143.
 Volksbibliotheken 251.
 Volksheime 233.
 Volksschulwesen 257 fg.
 Volkswohl, Verein 233.
 Vormundschaft, gesetzliche 234.
- Wasserwerke 124 fg.
 Wasserwerk Hosterwitz 15.
 82 fg.
 Wohnungsmarkt 43 fg.
 Wohnungsmieten 48 fg. 56.
 232.
 Wohnungsordnung 73.
 Wohnungsverhältnisse 67 fg.
 223. 232.
- Zeitungen 252.
 Zentraltheater 279. 284.
 Zionskirche 13.
 Zwangsversteigerungen 49 fg.
 57 fg.



2014-1

ROTANOX
oczyszczanie
styczeń 2008

BLIOTI

VI

KD.164
nr inw. 201